SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

UNIV. OF CALIFORNIA
LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF
CALIFORNIA

Die Grenzboten

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgegeben von Georg Cleinow

76. Jahrgang — Jährlich 52 Hefte

Nr. 1

Trepow und die Kämpfe des Blocks 1
Zum Kampfe um das Bildungsideal. Von Professor Dr. Robert Petsch 9
Albrecht von Stosch als Gneisenau-Biograph. Von Dr. Max von Szczepanski, Major a. D. 16
Englischer Postraub. Von Oberlandesgerichtsrat Dr. Nöldeke . 25
Politische Literatur 29

Ausgegeben am 3. Januar 1917

0 Pf.
s Heft

Berlin SW. 11
Tempelhofer Ufer 35a

6 Mark
vierteljährlich

Anzeigen-Annahme durch den Verlag der Grenzboten: Berlin SW 11, und durch alle Annoncenexpeditionen.

Anzeigen

Anzeigenpreis 60 Pf. die 3 gespal Nonpareillezeile oder d Raum.

GERMANIA

Lebens-Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Stettin

Lebensversicherung mit ärztlicher Untersuchung mit und ohne Einschluss der **Invaliditätsgefahr.**

Sicherheitsfonds: 445⅔ Millionen Mark

Lebensversicherung ohne Ärzliche Untersuchung mit durchve garantierten Leistungen.

Aussteuerversicherung :: Leibrentenversicherungen :: Unfall- u. Haftpflicht-Versicherun

Hervorragend günstige Bedingungen in allen Geschäftszweigen der Gesellschaft.
Prospekte und jede weitere Auskunft kostenfrei.

Das kriegerische Eintreten von

Rumänien

für die Entente ruft die Erinnerung an die Entstehungsgeschichte des rumänischen S wach. Wir weisen daher auf eine in den Grenzboten veröffentlichte Aufsatzreihe ht die Berichte des damaligen preußischen Gesandten Freiherrn von Richthofen n gibt. Die hochinteressanten Dokumente erschienen unter der Überschrift

An der Wiege des Königreichs Rumänien

1912 und 1913 in den Heften 28, 31, 42, 48; 8, 17, 18.

Eine kleine Anzahl der Hefte ist noch zum Preise von je M. 1,— zu haben.

Notizen

Dem heutigen Heft der „Grenzboten", liegt ein Prospekt der **Herder'schen Verlagshandlung, Freiburg i. B.**, betr. **„Das christliche Gewissen im Weltkriege"** bei, auf den wir besonders aufmerksam machen.

Deutsche Bank. Der Inseratenteil unserer heutigen Nummer enthält eine Anzeige der Deutschen Bank mit dem Verzeichnis ihrer Depositenkassen in Berlin und Vororten.

Karl und Marie von Clausewitz. Ein Lebensbild in Briefen und Tagebuchblättern. Herausgegeben von Karl Linnebach. Martin Warneck, Verlag, Berlin. M. 8.—.

Briefe der Liebe aus deutscher Vergangenheit. Mit zeitgeschichtlichen Lebensbildern. Wilhelm Langewiesche-Brandt, Ebenhausen b. München. M. 1.80.

Bücherliste

Neue Kriegskarten. Rumänien: Karl Flemming karte Nr. 32 „Übersichtskarte von Rumänien und Nachbar 1 : 1500000 (1.— M.) ist in jeder Beziehung empfeh

Die Karte von G. Freytag in Wien im Maßstab bezeichnet die siebenbürgischen Ortschaften nur magy aber sonst im Verhältnis zum Preise (1.— M.) recht gut; vielfarbig (Gewässer blau), reichhaltig an Wegenetz, Ortsch

Der Wert der „Generalkarte des Königreichs R des Verlages Artaria u. Ko. in Wien liegt in der d (1 : 864000) entsprechenden Reichhaltigkeit und in den Ortsbezeichnungen. Sie ist brauchbar trotz mangelhf ländedarstellung und trotz des Überdrucks der Eisenb welcher die Lesbarkeit stellenweise stört.

Der Koloß auf tönernen Füßen. Gesammelte Auf Rußland. Herausgegeben von Axel Ripke. J. F. Verlag, München. M. 2.50.

Die Tarifverträge im Deutschen Reiche am Ende de 1914. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amte. (12 heft zum Reichs-Arbeiterblatte. Carl Heymann Berlin. M. 1.—.

HP30
.G7
v.76:1
UNIV. OF

Trepow und die Kämpfe des Blocks

Die Kämpfe, die sich in den ersten Dezembertagen in den russischen Volksvertretungen abgespielt haben, sind zweifellos die interessantesten, die wir in Rußland seit Beginn des Krieges erlebt haben. Wir haben auch früher Ausbrüche des Zornes, erbitterte und drohende Stimmen der verschiedensten Parteien im gemeinsamen Ansturm gegen die Regierung gesehen, doch wir hatten niemals in solchem Maße den Eindruck planmäßiger Arbeit, bewußten Wollens, elementarer Wucht und zäher Hartnäckigkeit.

Es geht diesmal um die Macht und die Blockparteien machen den Versuch, diese Macht in ihre Hände herüberzubringen. Sie sind dabei unter der Führung von Miljukow und Rodsianko außerordentlich geschickt vorgegangen. Die Ergebnisse des ersten Ansturms: der Abgang Stürmers, der sang- und klanglos von der Bildfläche verschwunden ist, nachdem Miljukow seine große Anklagerede gehalten hatte, legen davon Zeugnis ab.

Die große Rede des Kadettenführers, die eine Zeitlang von der russischen Zensur unterdrückt war, und deren kräftigste Stellen uns auch jetzt noch vorenthalten werden, ist in unseren Händen. Nichts hat nützlicher für die Opposition gewirkt, nichts ist gefährlicher für die Regierung gewesen, als die langen weißen Flecke in den Zeitungen, die an Stelle der Rede erschienen. In jedem Dorfe wurde es von Mund zu Mund geflüstert: „Stürmer hat Rußland an die Deutschen verraten wollen, Miljukow hat den Nachweis dafür erbracht.“ Diese dunkeln Gerüchte, die nur die Bestätigung von dem zu enthalten schienen, was man längst zu wissen glaubte, wirkten wie ein elektrischer Funke, der eine Gewitterschwüle zur Entladung brachte. Und wenn man die Rede nun vor sich sieht, so ist es ein Sammelsurium von Gerüchten, sind es Niederschläge von Eindrücken, hysterische und krankhafte Anklagerufe, denen zum großen Teile der feste Boden fehlt, die aber bedeutsam wurden, weil sie der Ausdruck der

467758

Enttäuschung und des Unmuts des denkenden Rußlands waren und weil durch sie wie ein roter Faden das energisch ausgesprochene Verlangen ging: „weg mit dieser Regierung, sie besteht entweder aus Dummköpfen oder aus Verrätern." Wie Suchomlinow einst Rußland verraten habe (so etwa sprach Miljukow), so habe auch Stürmer alles getan, um das Volk um seinen Sieg zu betrügen. Er habe nicht nur Rußland betrogen — auch Rußlands Verbündete. Sasonows Abgang habe wie ein Vandalismus gewirkt, das Spitzenwerk der diplomatischen feinsten Beziehungen, das nur der Meister klöppeln kann, sei gestört. Der englische Botschafter lebte in Furcht vor dem Separatfrieden. Im Innern aber waren Mißwirtschaft und Ratlosigkeit. Die deutschen Zeitungen haben, so sagte der Führer der Linksnationalisten Schulgin, bei der Ernennung Stürmers diesen ein unbeschriebenes Blatt genannt. „Doch jetzt ist er schon kein unbeschriebenes Blatt mehr, jetzt sind auf ihm einige denkwürdige Worte geschrieben: die Mißwirtschaft in der ‚Ernährungsfrage', auf ihm steht geschrieben ‚England', auf ihm steht geschrieben ‚Polen', auf ihm steht geschrieben ‚Straflosigkeit Suchomlinows' und unten in Form einer Anmerkung ‚Manassewitsch-Manucilow'."

Der tiefste Schmerz, den Stürmer seinen Widersachern angetan hatte, war zweifellos Sasonows Abgang. Das sehen wir ganz deutlich aus den Erklärungen Miljukows. Es steckt ein Teil der Rache von Sasonow hinter den Erklärungen des Kadettenführers, ebenso wie hinter den Erklärungen des Grafen W. A. Bobrinsky gegen Protopopow die Rache für dessen Verdrängung aus der Regierung. Die Stelle seiner Rede, in der Miljukow über Sasonows Abgang spricht, ist aus mehr als einem Grunde interessant. Ich führe nur zwei kurze Sätze daraus an:

> „Bedenken Sie nur, meine Herren, daß seit 1907 die Grundlagen zu der gegenwärtigen internationalen Konjunktur gelegt wurden ..... Es schien, als ob Rußland bereits im Begriffe sein sollte, die Früchte seiner Mühen und der Arbeit zweier Minister des Äußeren in jenem Moment zu ernten, als sich die ungewöhnliche, seltene, in der Geschichte vielleicht einzig dastehende Konjunktur herausgebildet hatte, deren Grundlagen von König Eduard dem Siebenten gelegt worden waren."

Aus diesen Worten spricht zugleich die ganze Hoffnung des Rußlands von Iswolsky, Sasonow und Miljukow und die ganze bittere Enttäuschung. Diese Worte sind aber ferner ein Eingeständnis. In der Tat, aus keinem berufeneren Munde konnte uns bestätigt werden, woher die Reise kam und wohin die Reise ging. Von 1907 an, von Friedenskonferenz und russisch-englischem Perservertrage her war an dieser europäischen Konstellation gearbeitet worden, deren Wegwarten Reval und Racconigi, Marokko, Tripoliskrieg und Balkankriege waren. Nun auf einmal sollte dieser große Traum nicht in Erfüllung gehen, diese einzige Konjunktur, von dem geschicktesten Spieler, Eduard dem Siebenten, vorbereitet, verpaßt werden? Das können

die Männer nicht fassen, die mit an dem Werke gearbeitet haben. Aber — was vergangen, kehrt nicht wieder. Als der Block bei der Erwähnung des russisch-englischen Vertrages über Konstantinopel und die Dardanellen „Bravo Sasonow" rief und dem Abgegangenen nicht endenwollende Ovationen darbrachte, als er ihn telegraphisch als Wohltäter Rußlands begrüßte, gab er sich wohl der Illusion hin, das könnte Sasonow auf die Bildfläche zurückrufen, wie man es in England gern gesehen hätte. Statt dessen wurde Pokowski zum Minister des Äußeren ernannt.

Und trotz alledem — die Trepowsche Rede, in der der „Besitz" und die „Souveränität" der türkischen Wasserstraßen als dasjenige russische Kriegsziel genannt wurde, das mit England schon 1915 vereinbart worden war, in der Trepow von der Notwendigkeit sprach, die althistorischen polnischen Lande, die sich in deutschem Besitze befinden, für Rußland zu erobern, fanden eine außerordentlich kühle Aufnahme in der Duma. Ist dafür maßgebend gewesen die Einsicht, daß diese großen Phrasen sich so außerordentlich von der Wirklichkeit entfernen — oder hat das Mißtrauen zu dem, was Trepow zu den innerpolitischen Fragen sagte, dabei die ausschlaggebende Rolle gespielt? Sicherlich beide Momente. Die Trepowsche Erklärung erfolgte, wie die englische Zeitschrift „Nation" sagt, „in einem Augenblicke, wo die militärischen Schicksale der Alliierten im allgemeinen sowie Rußlands im besonderen nicht allzu brillant erscheinen." Es war, nach englischer Auffassung, die wir teilen, ein „dreister Streich, in diesem Augenblick den Zielen der russischen Politik ihre größte Bestimmung zu geben."

Das hat vielleicht auch die russische Presse, trotz ihrer allgemeinen Zustimmung zu dem Kriegsziele Trepows, instinktiv gefühlt, wenn sie, wie „Rußkoje Slowo" vom 24. November sagt: „Zarjgrad muß erst noch genommen werden." Sehr lange hat diese selbe Presse auf den Verdiensten Sasonows in der Richtung verweilt, daß er es fertiggebracht habe, die alten gegensätzlichen Anschauungen von Frankreich und England über diese Frage zu überwinden. „Als der große Krieg anfing, waren wir durch einen formellen Bündnisvertrag nur mit Frankreich verbunden, dabei waren die Geschicke des nahen Ostens in diesem Vertrage überhaupt nicht berührt. Was England anlangt, so ist es mit vollkommen freier Hand in der orientalischen Frage in diesen Krieg eingetreten. Noch vor zwei Jahren hat die öffentliche Meinung weder in England noch in Frankreich keineswegs besondere Bereitschaft gezeigt, mit dem auftauchenden Konflikt zugleich alle streitigen Fragen der europäischen Politik zu lösen." — Jetzt diese Wandlung! Nun ist die Wandlung wirklich so groß? Wir haben nicht gesehen, daß sich die englische Presse mit besonderer Liebe des russisch-englischen Vertrages angenommen hätte, im Gegenteil, es gibt dort beachtenswerte Stimmen, so z. B. die „Nation", die der Meinung sind, daß die Umstände geändert sind, unter denen der Vertrag geschlossen worden ist, damals habe man nahe vor der Eroberung von Konstantinopel gestanden, jetzt aber sei man

davon mehr entfernt als je. Wenn die Entente verpflichtet wäre, den Krieg weiter durchzufechten, bis Rußlands Ehrgeiz gestillt sei, so würde Lord Northcliffes Prophezeiung von einem weiteren fünfjährigen Krieg wohl zutreffen. Das wäre aber ein Selbstmord der Zivilisation, und bevor es dazu komme, würde es eine Revolte der Massen bedeuten. Keine Regierung habe das Recht, einen solchen Handel mit dem Fleisch und Blut ihrer Bürger abzuschließen. Rußland verlange, daß das Schwarze Meer sein mare clausum sein soll. Der deutsche Traum einer kompakten militärischen Pan-teutonischen Herrschaft über Zentral-Europa sei ein Märchen, aber dieser panslawistische osteuropäische Kompakt sei andererseits auch keine notwendige Alternative. Flottenfreiheit für alle Meerengen und Kanäle der Welt dürfe nicht von dem Willen einer einzigen Macht abhängen, sondern von einer internationalen Garantie.

Was Frankreich anlangt, so hat noch Hervé neulich in einem Gespräche mit einem Sozialisten als Meinung eines großen Volksteils das Wort zitiert: „on s'en fout de Constantinople, en France".

Den Russen werden diese Ausführungen ihrer Verbündeten kaum sehr angenehm in den Ohren klingen. Je weiter gerade während der jetzigen Friedensaktionen Deutschlands und der neutralen Staaten die Diskussion der Kriegsziele der einzelnen Staaten gehen wird, um so mehr wird sich herausstellen, daß die Trepowsche Rede eine große Dummheit war. Zu bemerken dabei ist übrigens, daß es Trepow nicht gewagt hat, den Asquithschen Andeutungen zu folgen und davon zu sprechen, daß England auch den Erwerb von Armenien in demselben Vertrage Rußland garantiert hat. Vielleicht hatte er das Gefühl, daß dieses Übermaß der Eroberungen und Beschützung kleiner Nationalitäten den Neutralen doch zu sehr auf die Nerven gefallen wäre. Die „Nation" sagt mit Recht: „Wir wünschten, daß Trepow mit derselben Genauigkeit und demselben Umfange von Phrasen bei der Natur der ‚Freiheit', welche für das wiedervereinte Polen vorbehalten ist, verweilt hätte." Von Polen hat Trepow in der Tat weiter nichts gesagt, als daß es unter dem Zepter Rußlands frei sein sollte. Das bedeutet also weniger als nichts.

Offenbar wird in einem großen Teile der russischen Öffentlichkeit die Unmöglichkeit und Lächerlichkeit derartiger politischer Ziele für Rußland gefühlt. Ich verweise vor allem auf das bekannte Buch von Suchanow, dessen Ausführungen gerade über den Punkt Konstantinopel von großem Interesse sind. Suchanow sagt, daß zunächst im Frieden die Freiheit der Passage der Meerengen jeder Macht, auch Rußland, freistehe, daß für den Krieg aber, selbst für einen mikroskopischen Feind, die Blockade der Meerengen ohne weiteres möglich sei. Freiheit der Meerengen sei infolgedessen gar nicht mit dem Besitz notwendig verbunden, denn sehr viele natürliche Meerverbindungen, wie z. B. der Sund, Belt, Gibraltar, Suez und der Panamakanal seien für die allgemeine internationale Schiffahrt unabhängig von ihrem Besitz geöffnet. Kuropatkin hat seinerzeit erklärt, daß es für Rußland „nicht nur nicht vorteilhaft ist, sich

Konstantinopel und die Dardanellen anzugliedern, sondern eine solche Angliederung schwäche Rußland und schaffe die Gefahr für einen langen bewaffneten Kampf für die Aufrechterhaltung dieser gefährlichen Erwerbung".

Das ist sicherlich eine sehr gesunde Ansicht, die allmählich auch in Rußland durchdringen wird. „Die tausendjährigen Träume," von denen Trepow gesprochen hat, die religiösen Phantasien von dem Kreuz der Heiligen Sophie und dem Schild des Heiligen Oleg an den Toren von Zarigrad, sollte man wirklich lieber den Poeten als vernünftigen Politikern überlassen.

Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß diese außenpolitischen Fragen zurzeit die größte Aufmerksamkeit des russischen Volkes auf sich ziehen. Zweifellos ist vielmehr seine ganze Spannung augenblicklich auf die inneren Fragen gerichtet. Wie ich schon oben erwähnte, versucht der liberale Block, dem es jetzt gelungen ist, Stürmer zu stürzen, auf diesem Wege fortzufahren. Trepow, der die Zügel der Regierung übernommen hat, ist der liberalen Mehrheit, als zu denselben Kreisen gehörend wie Stürmer, verdächtig. Allen Phrasen von dem Entgegenkommen für die Bestrebungen der Gesellschaft, die Trepow in geschickter Weise in seiner Rede zum Ausdruck brachte, steht die Duma kühl bis ans Herz hinan gegenüber. Miljukow hat sofort hervorgehoben, daß Trepow von der Förderung der „zweckentsprechenden" Entwicklung der öffentlichen Organisation gesprochen habe. Dieses Wörtchen „zweckentsprechend" sei verdächtig und lasse der Regierung die Möglichkeit offen, jederzeit ihre jetzige Haltung abzuleugnen. Der Hecht sei zwar getötet, aber die Zähne des Hechtes seien geblieben. Wiederum stehe Rußland vor kleinen und volksfremden Menschen. Zur Regierung habe man kein Vertrauen mehr. Der weitere Kampf könne deswegen nicht aufgeschoben werden; die alten Forderungen, ein Ministerium des Vertrauens, ein Ministerium, das sich auf die Mehrheit der Duma stütze und deren Programm durchführe, müßten daher aufrecht erhalten werden.

„Ein diese Merkmale nicht aufweisendes Kabinett ist des Vertrauens der Reichsduma unwürdig und muß abgehen."

Die Taktik der Duma, um dies Ziel auch Trepow und dem ihr verhaßten Protopopow gegenüber zu erreichen, ist die, immer wieder diesen selben Satz zu wiederholen und dem Lande den Glauben einzuhämmern, Rußland könne nur von einem Kabinett gerettet werden, welches eben diese Vorbedingungen erfüllt. Da eine gewisse Macht, der große Dumablock, geschlossen hinter diesen Forderungen steht, und da der Löwe nun einmal Blut geleckt hat, so sollte man glauben, daß ein solches geschlossenes Vorgehen einigermaßen Erfolg haben müßte. Die Tatsachen aber zeigen uns bisher das Gegenteil. Protopopow ist trotz aller Anklagen, die gegen ihn geschleudert wurden, trotz des Mißtrauens, das seine eigene Partei ihm offen entgegenbringt, noch im Amte. Sein eigener Parteigenosse Sawitsch hat in seiner Rede von ihm gesagt: „Erinnern Sie sich noch daran, wie Taras Bulba seinen Sohn Andrej im Lager der Feinde trifft und ihm sagt: Ich habe dir das Leben gegeben, ich werde dich auch töten. Gegen

Protopopow hat die Reichsduma ihr Urteil bereits gesprochen und streng und entschieden ist dieses Urteil." Trepow hat dem Zaren vorgeschlagen, Protopopow gehen zu lassen. Seine Unterredung in Stockholm, seine Ministerschaft ohne Billigung der Partei, sein Verhältnis zu Kurlow, seine Zeitungsgründung — alles wird von der russischen Öffentlichkeit zerpflückt — und trotzdem — Protopopow ist noch im Amte.

Es gibt nämlich einen schwachen Punkt in diesem Blockprogramm und in diesem Vorgehen des Blockes. Ein guter Kenner der russischen Parlamentsverhältnisse drückt dies in der russischen Presse so aus: „Leider besteht zwischen den Vertretern der Mehrheit keine volle Einigkeit. Der Kampf mit entschiedenen Mitteln, z. B. Ablehnung des Budgets, Ablehnung aller auf Grund des Verordnungsparagraphen erlassenen Gesetze usw., findet auf Seiten vieler gemäßigter Blockvertreter Bedenken. Sie können sich nicht entscheiden, offen diesen Weg zu betreten. . . . Miljukow mußte, in dem Bestreben den Block zusammenzuhalten, in der letzten Zeit schwere Opfer bringen, aber diese Opfer sind nicht zwecklos, und die Kadetten, die sich oft mit ihrem Führer beraten, erkennen selbst an, daß ohne diese Opfer vielleicht auch der Block nicht vorhanden wäre." („Rußk. Slowo" 24. November.)

Das fühlt natürlich die Regierung genau, aus diesem Grunde muß Miljukow, Schidlowsky und Sawitsch die Erklärung abgeben, man wolle gar keine Macht, man wünsche keinen Boykott, nicht der Sturz der Regierung an sich sei es, worauf es ihnen ankomme.

Es gibt daher für die Blockführer nur eine Taktik; man versucht, möglichst weitzugehen mit seinen Drohungen, die Verfassung der Gemüter möglichst schwarz zu malen. Allerdings auch dabei gibt es eine Gefahr: Die Provokation der rechten Parteien, deren Kampfmittel ja gerade die Bezichtigung der Linksparteien nach Anzettelung einer Revolution ist.

Für die „Sphären" ergibt sich bei dieser Sachlage die Taktik des Schwankens und Abwartens, die sowieso ihrer innersten Natur zu entsprechen scheint, wie von selbst. Man zieht die Sache hin, man hofft auf die Ferien. Auseinanderzujagen traut man sich die Duma nicht mehr, dazu ist ihr Einfluß im Lande zu groß geworden — aber, man läßt sie reden und tut nichts.

Ein solches Verhalten birgt aber zweifellos seine großen Gefahren in sich, denn man kann nie abschätzen, welches die äußerste Grenze ist, bis zu der man ungefährdet gehen kann. Für uns Außenstehende ist es natürlich noch viel schwerer, über den wahren Zustand des russischen Landes zu urteilen, als für die Russen selbst.

Daß es außerordentlich faul im Innern Rußlands aussieht, unterliegt keinem Zweifel. Die Lebensmittelnot ist zu einer großen Drohung für das Land geworden. Die „Börsenzeitung" vom 26. November/9. Dezember spricht von einer „fast vollständigen Hoffnungslosigkeit auf einen günstigen Ausgang". Der Landwirtschaftskongreß, der zurzeit in Petersburg tagt, hat zu Beginn

seiner Beratungen festgestellt, daß es keine Leitung, keinen Entschluß gegeben habe und gebe. Und dann heißt es wörtlich: „Aber es ist gefährlich, das Volk in dieser Weise zu führen. Man wird es schließlich zu der Ueberzeugung bringen, daß man den Verfügungen nicht Folge zu leisten braucht. Indem man diese Organisation bestehen läßt, führt man das Volk zur Revolution."

Man hört in letzter Zeit dieses Wörtchen Revolution bedenklich oft aussprechen, und zwar von beiden Seiten, von der Linken und von der Rechten. Schingariow hat in seiner großen Rede eine ausführliche Parallele zwischen der Jetztzeit in Rußland und der Zeit der französischen Revolution gezogen. Skworzow, der bekannte Herausgeber des „Kolokol", berührt in seinen Artikeln immer wieder das Thema von der herannahenden Woge der Revolution. Er fleht die Regierung an, sich der Pfarrgeistlichkeit in ihrem sozialen Elend anzunehmen, sonst treibe man sie in das revolutionäre Lager. Auch Gapon sei einst ein loyaler Priester gewesen! Die Schilderung des politischen Lebens in Moskau, wie sie uns Skworzow gibt, ist außerordentlich interessant. „Schon beim flüchtigen Hinsehen muß man bemerken, daß das Moskauer Meer brandet. Bis jetzt ist nur der leise Gang der unterirdischen Wogen bemerkbar, aber man muß stark befürchten, daß ein Sturm kommen wird." — Und Skworzow bemerkt nirgends einen Steuermann. Alles läuft auseinander, es gibt keine starke und autoritäre geistliche und weltliche Gewalt. Das Stöhnen der Einwohner und ihre Zwangslage werde von Tag zu Tag größer. Der Kampf gegen den Wucher, und die Unordnung ist hoffnungslos, es fehlt ein starkes Regiment. „Die monarchischen Organisationen sind uneinig und im Zerfall. Ruhig und viel spricht man in intelligenten Kreisen Moskaus von dem übermäßigen Eifer der Stadtverwaltung und des kadettischen Bürgermeisters im Demonstrieren von Ergebenheitsgefühlen des Herzens von Rußland für Sir Buchanan" (!) —

Von beiden Seiten appelliert man, vorläufig noch, an die höchste Gewalt. Purischkjewitsch, dessen Rede in der Duma von dem während der Krieges zum fanatischen Deutschenfeind gewordenen Großfürsten Nikolai Michailowitsch lebhaft beklatscht worden ist, trug Sorge, daß seine Worte über die „dunkeln und unverantwortlichen Einflüsse" dem Zaren bekannt würden. Rodsianko hat die Rede ins Hauptquartier gesandt. Ob dort die Ausfälle gegen die Andronnikow, Mardari, Warnawa, Pitirim und deren Hintermänner angenehm berühren, ist eine andere Frage. Die Rechten, zu denen Purischkjewisch nicht mehr gehört, weisen im Gegenteil darauf hin, daß alle diese Angriffe indirekt „gegen die höchsten Sphären" gerichtet sind und schreien nach Gegenmaßregeln. —

Von den linksliberalen Blättern wird mit Genugtuung konstatiert, daß niemand mehr übrig geblieben sei, der sich auf die Seite der Regierung stelle. Sogar die „Leute mit dem Federbusch", die alten Beamten im Reichsrat, der Adel habe sich gegen das herrschende System ausgesprochen. Ganz Rußland sei einig. Die Blätter der Rechten betonen, daß die Regierung nur dieselben

einseitigen Kräfte der russischen Intelligenz mit ihren Vorzügen und Nachteilen gegen sich habe, wie früher, jener russischen Intelligenz, „welche schön zu reden versteht und große Pläne schmiedet, aber diese Pläne nicht auszuführen vermag, die nicht die genügende Hartnäckigkeit besitzt, um in ein und derselben Richtung standzuhalten und die Schwierigkeiten zu beseitigen, die ihr entgegenstehen.“ —

Wer will sagen, ob das ganz zutrifft? Eins steht jedenfalls fest, nämlich, daß die Bewegung gegen das herrschende Regime außerordentlich weite Kreise in Rußland ergriffen hat; das Auftreten von Schuwajew und Grigorowitsch legt ferner Zeugnis davon ab, daß auch die Beamtenwelt und die Militärs sich teilweise auf diesen Standpunkt stellen, von den extremen Linksparteien, deren Führer die Obstruktion wollten und deshalb aus der Duma ausgeschlossen worden sind, nicht zu sprechen. Das muß auf die Dauer das Gleichgewicht verschieben.

Schließlich wird es darauf ankommen, wie die Lebensmittelnot und die militärische Lage sich weiter entwickeln. Geht es in beiden Richtungen bergab, so wird der Ruf des greisen Taganzew im Reichsrat „das Vaterland ist in Gefahr“ seine Berechtigung haben. Dann wird auch das Volk nicht verstehen, woher die Trepowsche Regierung den Mut finden konnte — nach Ausschluß der Linksparteien und ohne Berücksichtigung der wahren Lage — das Friedensangebot Deutschlands in der Duma so schroff und kategorisch zurückzuweisen.

Zum Kampfe um das Bildungsideal

Von Professor Dr. Robert Petsch

Als Rudolf Virchow im Jahre 1892 in der alten Aula der Berliner Universität in seiner vielberufenen Rektoratsrede den „Übergang aus dem philosophischen in das naturwissenschaftliche Zeitalter" ankündigte, glaubte mancher, den „deutschen Idealismus" endgiltig zum alten Eisen werfen zu dürfen. Seit der Blütezeit von 1770 bis 1830 etwa hatten seine großen Gedanken nur noch unter der Oberfläche fortgelebt und waren von wenigen deutschen Denkern und Dichtern, wie von Kuno Fischer und Lotze, von Friedrich Hebbel und Richard Wagner offen vertreten und selbständig fortgebildet worden. Inzwischen hatte der Materialismus, der alle Welträtsel einheitlich zu lösen versprach, das Übergewicht erhalten und nun schien gar seine Alleinherrschaft von der ersten Bildungsstätte des Deutschen Reiches her verkündet zu werden. Aber sonderbar — in den Tiefen des Volkes sah es damals schon ganz anders aus. Die Füße derer, die den alten Materialismus begraben wollten, standen vor der Tür; und seiner künstlerischen Nachblüte, der naturalistischen Dichtung begannen sich doch schon Werke zu entwinden, die auf ganz neue und schließlich wieder auf alte Wege hinwiesen, wie sie seit den Tagen der Romantik nicht mehr begangen worden waren. Gerhart Hauptmann schritt von den „Einsamen Menschen" über „Hanneles Himmelfahrt" zur „Versunkenen Glocke" vor und die naturwissenschaftlichen Arbeiten seines Bruders Karl hielten sich nicht mehr starr und steif an das Jenaische Dogma. Von ganz besonderer Bedeutung aber wurden die Kämpfe zwischen Natur und Geist, zwischen Altem und Neuem, die damals ausgefochten wurden, für die eigentlichen Lebensfragen der höheren Schulen, deren sich alle Parteien zu bemächtigen suchten. Nicht bloß im Namen des naturwissenschaftlichen Zeitalters wurde der Kampf gegen die „alte Schule", gegen das Gymnasium in seiner herkömmlichen Form eröffnet, gegen das auch die Vertreter der alten ständischen Ordnung und starrer Altgläubigkeit einst manches einzuwenden gehabt hatten; gleichzeitig waren schärfere Angriffe von ganz anderer Seite erfolgt. Zu den Vorwürfen weltfremder Geisteszucht und einseitiger Richtung auf die antike Kultur kam die neue schwere Beschuldigung des mangelnden, völkischen Rückgrats, die von keinem Geringeren als dem deutschen Kaiser mit jugendlichem

Feuer erhoben wurde. Eduard Spranger hat jüngst knapp und eindrucksvoll*) die eigentümliche Lage geschildert, in der sich der Kaiser als einziger „Nicht-Fachmann" inmitten der überwiegend aus Schulleuten und Gelehrten zusammengesetzten „Schul-Konferenz" von 1890 befand, von der er die volle Erkenntnis und die tatkräftige Förderung der gesunden Entwicklungstendenzen des deutschen Volkes, also die Erziehung oder doch Vorbereitung der gebildeten Jugend zu politischer Reife forderte und die schließlich in allerlei Kleinigkeiten stecken blieb. Denn was wollten die leidigen Berechtigungsfragen, was der Kampf um den lateinischen Aufsatz und um den Schriftstellerkanon, was die Vermehrung der Turnstunden usw. gegenüber der großen Frage sagen, die für das Reichsoberhaupt im Mittelpunkte stand: wie machen wir die deutsche Jugend tüchtig zum Kampfe um Deutschlands Weltstellung, wie sichern wir sie und ihr leicht empfängliches, gerade für große Worte und Gesten so zugängliches Herz gegen das Gift sozialdemokratischer Irrlehren? Mit einem Schlage war ein neues „Bildungsideal" aufgesteckt, das den Hütern des alten auf den ersten Blick tief unter den Bestrebungen des deutschen Idealismus zu liegen, den Neuerern turmhoch darüber zu stehen, allen aber gänzlich aus den Entwicklungsbahnen der geistigen Bestrebungen zu weichen schien, denen die höhere Schule, wie sie nun einmal war, ihre wesentlichen Grundlagen verdankte. Denn das alte Bildungsideal war im Grunde humanistisch gewesen, das neue sollte politisch sein. Und diesen politischen Zug werden wir heute als Zeugen der gewaltigsten politischen Ereignisse der neueren Geschichte, ja vielleicht der europäischen Geschichte überhaupt, nicht mehr ausschalten können und wollen. Es fragt sich nur, ob die Betonung dessen, was heut an der Zeit ist, wirklich einen schroffen Bruch mit allem dem bedeutet, was der Vergangenheit nicht bloß als genügende, sondern als heilige und unverletzliche Grundlage vornehmer Jugendbildung erschienen ist. Wer mitten im Kampfe oder doch in der Arbeit steht, wird das Trennende betonen, wer von höherer Warte aus das Ganze überblickt, wird die Verbindungsfäden zwischen Altem und Neuem hin und her weben sehen. Der treffliche Führer, dessen Namen wir schon erwähnten, einer der hervorragendsten Kenner des deutschen Idealismus und seiner Bildungsbestrebungen, sucht in einem neuen Schriftchen**) dem einen wie dem anderen Standpunkt gerecht zu werden. Um seinen Lesern (oder den Hörern seines Vortrages) die veränderte Lage möglichst klar zu machen, treibt

*) 25 Jahre deutscher Erziehungspolitik (= Deutsche Erziehung, von R. Muthesius, Heft 2). Stuttgart, Union Deutsche Verlagsgesellschaft 1916.

**) Eduard Spranger, „Das humanistische und das politische Bildungsideal im heutigen Deutschland". (= Deutsche Abende im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, sechster Vortrag.) Berlin 1916, E. S. Mittler und Sohn. In derselben Sammlung erschienen drei weitere Vorträge, die zu unserm Thema in naher Beziehung stehen: Burdach, „Deutsche Renaissance, Betrachtungen über unsere künftige Bildung"; Sprengel, „Die deutsche Kulturcinheit im Unterricht"; Joël, „Die Bedeutung unseres klassischen Zeitalters für die Gegenwart".

er zunächst den Gegensatz zwischen einst und jetzt möglichst stark auf: dann aber bringt er ihnen durch eine geschichtliche Betrachtung großen Stils die höhere Einheit in der ganzen Bewegung zum Bewußtsein. Uns mag es erlaubt sein, den letzteren Punkt in den Vordergrund zu rücken.

Wäre der „deutsche Idealismus" wirklich nichts als eine philosophische Richtung, die sich von der Wirklichkeit und ihren Forderungen hochmütig oder gleichgültig abkehrte, um in erhabener Einsamkeit und mit starrem Blick auf ein Ideenreich jenseits aller Erfahrung den jungen Bürger zum bestimmungs- und charakterlosen „reinen Menschentum" zu erziehen, so stände es freilich schlimm, wenn wir bei ihm wieder anknüpfen wollten, um der Jugend eine deutsche Erziehung im höchsten Sinne zu geben. Aber schon ein oberflächlicher Blick auf das, was wir in der Kulturgeschichte alles unter jenem Namen zusammenfassen, mag den Irrtum solcher Auffassung beleuchten: da stehen nebeneinander Kant und Fichte, Schelling und Hegel, Schleiermacher und Lotze, und als Vater der ganzen Bewegung Leibniz, als kräftige Anreger aus der Fremde Rousseau und Shaftesbury; da blicken wir auf die letzten Ausläufer der Aufklärung und des Pietismus, auf die tändelnde Anakreontik, in die scharfe Klarheit Lessings und in das mystische Dunkel Hamanns, da atmen wir die Freiheitsluft des Sturmes und Dranges und den kühnen Schönheitsdrang eines Heinse, da sehen wir die Klassiker um die Formung ungebändigter Triebe ringen und bald an Shakespeare, bald an die Griechen sich anlehnen, da suchen die Romantiker nach der blauen Blume und verlieren sich bald in berauschendem Weihrauchnebel, bald in einer wunderlich zusammengebrauten Vorstellung von deutscher Vorzeit: und aus dem ganzen Wirrsal heraus tönen wie schmetternde Fanfaren Heinrich von Kleists Rufe nach der Freiheit des Vaterlandes, nach der straffen Zucht preußischen Gehorsams. Und doch in dem scheinbar verwirrenden Durcheinander ein Geist, eine Grundrichtung: sie alle lehnen sich auf gegen den materialistischen Geist, dem die französische und schließlich auch die englische Aufklärung verfallen waren, sie alle leben des Glaubens, das All sei mehr als eine Summe von toten Atomen und der Strom des Lebens mehr als eine Summe von Bewegungen solcher Massenteilchen. Die Welt ist kein Uhrwerk, sie hat auch einen Sinn. Und diesem Sinn des Lebens nachzutrachten, ihn nachzuerleben, das Unaussprechliche in den kühnen Gedankenbauten philosophischer Systeme, in den Gebilden der schöpferischen Phantasie und durch die Macht der Töne auszudrücken, das ist es, was sie alle im letzten Grunde beseelt: in dieser Weise wollen sie denn freilich „menschlich" sein und zu einer „Humanität" erziehen, die allenthalben menschliche Werte unternimmt und in ihrer Hingabe an das belebte Ganze die eigene Menschlichkeit wachsen fühlt. Über tausend Einzelheiten werden wir heut anders urteilen, als jene Zeit und ihre besten Söhne. Aber ihre Grundüberzeugung wäre darum die unsere nicht mehr? Und diese Fülle der Aufnahmefähigkeit und Gestaltungskraft sollten wir uns nicht zurückwünschen? Wir müßten damit uns selbst verleugnen, um als Sklaven

unserer Besiegten das Gnadenbrot einer entgeisteten Weltanschauung zu genießen.

Aber die politische Erziehung? Nun, es liegt auf der Hand, daß eine geistige Bewegung, wie der deutsche Idealismus, dem nichts Menschliches fremd war und der das All mit der Macht des Geistes zu umspannen suchte, an den Formen und Fragen des politischen und staatlichen Lebens dauernd nicht vorübergehen konnte. Nur steht jedes Geschlecht, jede Gruppe, jede Persönlichkeit dieser Teilfrage wie jeder anderen bald mit mehr, bald mit weniger Teilnahme gegenüber: die große Frage vor hundert Jahren war eben die allseitige Herausbildung der Persönlichkeit und ihr gegenüber kam das Politische, wie Spranger richtig hervorhebt, nur als Teilfrage zur Geltung, ja so manchem schien sie als bedenklicher Abweg von der Hauptsache; eine solche Auffassung kann und darf uns heute nicht mehr genügen. Die Lebenseinheit, worin der Deutsche des achtzehnten Jahrhunderts feststehen wollte, war die Welt; diejenige, worin der Deutsche des zwanzigsten Jahrhunderts wurzeln soll, ist das Vaterland. Dazu hat unser politischer Lehrgang im neunzehnten Jahrhundert endlich auch unser Volk erzogen. Die Frage ist nur, ob sich nicht von der einen wie von der anderen Grundlage aus dem Kranze reinen Menschentums nachjagen läßt, und Spranger hat recht, diese Frage zu bejahen. Das um so mehr, als der völkische und der Staatsgedanke eben nicht bloß, wie viele meinen, im „klassischen Zeitalter" hier und da gelegentlich mit vielen anderen auftaucht, sondern eine bisher nur wenig beachtete, aber keineswegs geringfügige Strömung bildet, die in der Zeit der napoleonischen Kriege mächtig anschwoll, die Erhebung des Volkes in den Freiheitskriegen vorbereitete und schließlich zur kräftigen Einheitsbewegung führte.*)

Wenn Goethe von Friedrich dem Großen rühmt, daß er der deutschen Dichtung der Zeit „den ersten wahren und höheren eigentlichen Lebensgehalt" eingeprägt habe, so verdient der große König dies Lob nicht zum wenigsten durch seine rückhaltlose Betonung des Staatsgedankens; was er auf dem Schlachtfelde mit seinen Soldaten der Welt und dem eigenen Volke vorgelebt hatte, forderte er in den Staatsschriften seines Alters von jedem Bürger ohne Ausnahme: die unbedingte Hingabe des einzelnen an das Ganze des Staates, der kein willkürliches Vernunftserzeugnis, sondern ein selbständiges Lebewesen höherer Art sei und um dessen willen der Bürger zu leben habe. War dieses Leben für die Gesamtheit auch mehr als peinlicher Gehorsam denn als freie, politische Mitarbeit aufgefaßt, wurden auch Friedrichs Gedanken in Deutschland nur recht mangelhaft verstanden und der breiten Öffentlichkeit in mannigfacher Brechung und Durchsetzung mit gelehrten Brocken oder mit Zugeständnissen an die besonderen Neigungen einzelner Reichsstände übermittelt, war auch diejenige

*) Ich darf zum folgenden vielleicht auf meine näheren Ausführungen über „Staat und Vaterland in der deutschen Literatur des achtzehnten Jahrhunderts" verweisen, die im Aprilheft der deutschen Monatsschrift „Der Panther" (1916) erschienen sind.

deutsche Dichtung, die unmittelbar unter der Einwirkung des siebenjährigen Krieges stand, mit Ausnahme von Lessings „Minna von Barnhelm“ nicht eben von bleibendem, künstlerischem Werte — auf die Dauer konnte die Summe der Lebensarbeit des großen Königs seinem Volke nicht verloren gehen. Und auch die formale Hinneigung der klassischen Dichtung zum Altertum konnte daran nicht viel ändern: wie Goethes „Iphigenie“ trotz des „antiken“, in Wahrheit gleich allem Sagenhaften allgemein menschlichen Stoffes, ihrem innersten Gehalt nach grunddeutsch, d. h. künstlerischer Ausdruck des innersten Lebens der neugewonnenen und in jenen Tagen so überaus kräftig sich gebahrenden deutschen Kultureinheit ist, so hat auch das politische Bewußtsein, das uns schließlich von der Kulturnation zur Staatsnation führen sollte, gerade bei den großen Führern der ganzen Bewegung den reichsten Widerhall gefunden. Goethe freilich stand der Erhebung gegen Napoleon innerlich fern, aber den heimkehrenden Kriegern rief er im „Epimenides“ zu:

„Doch schäm' ich mich der Ruhestunden,
Mit euch zu leiden war Gewinn:
Denn für den Schmerz, den ihr empfunden,
Seid ihr auch größer als ich bin“.

Kräftiger aber hatte sich Schiller unter dem Einfluß der Napoleonischen Kriege von der Not des Vaterlandes rühren lassen und seit dem Frieden von Luneville wieder und wieder mit mächtiger Hand vaterländische Töne angeschlagen, die den tiefsten Widerhall im Volke weckten. Niemand hat sie kräftiger aufgenommen, als Heinrich von Kleist, der sich von verbissenem Künstlerindividualismus durch schmerzhafte Erfahrungen zum Vertreter des vaterländischen Gedankens in seiner höchsten Form, ja zum entschlossenen Verfechter des preußischen Staatsbürgertums in reinster Ausprägung durchgerungen hatte. Wir dürfen aber von hier aus um einen Schritt weitergehen: Kleist hat das große Problem „Der Einzelne und die Gesamtheit“ und die Grundlinien zu seiner Lösung, die freilich immer von neuem innerlich erlebt werden wollten, an die deutsche Dichtung des neunzehnten Jahrhunderts weitergegeben; und so spielen, um nur eines zu erwähnen, die schweren politischen Kämpfe des Jahrhunderts, das Sehnen nach völkischer Einheit und Größe, nach einem Ausgleich zwischen den Forderungeu des Menschen und der menschlichen Gemeinschaft immer wieder in das Drama dieses Zeitabschnittes hinein. Ich denke da nicht sowohl an die politischen Bühnenwerke im engeren Sinne, etwa an gewisse Erzeugnisse der jungdeutschen Schule, die unmittelbar oder unter sehr durchsichtiger Hülle öffentliche Tagesfragen in einseitigem Parteisinne „behandeln“ wollten. Ich möchte vielmehr an einen Grillparzer erinnern, dessen innige Hingabe an Volk und Staat durch andauernde Zurücksetzung, wohl auch durch die Folgen eigener Mißgriffe auf die härteste Probe gestellt wurde und der doch in seinen Dramen diese Hingabe in immer wechselnden und in immer reineren Formen aus innerstem Erleben heraus gestaltet hat — am schönsten wohl in der Gestalt seines Rudolf

von Habsburg; ich denke an den Judas Makkabäus Otto Ludwigs, der seinen trotzigen Eigenwillen schließlich dem (theokratisch gefärbten) Staatsgrundsatz aufopfert; oder an Richard Wagners „Meistersinger", wo der Kampf zwischen dem einzelnen und der Gesamtheit und ihre endliche Vereinigung auf höherer Linie ganz innerhalb der Schranken künstlerischen Lebens und Schaffens sich abspielt, wo aber das künstlerische Dasein gleich dem religiösen bei Otto Ludwig als ein Gleichnis höchster Gemeinsamkeit überhaupt aufgefaßt sein will. Unmittelbarer, ja rücksichtsloser als sie alle hat Friedrich Hebbel das höhere Recht des Staates gegenüber dem einzelnen anerkannt und verfochten. Wieder und wieder ist in diesen Tagen so manches geradezu prophetische Wort des Taglöhnersohnes wiederholt worden, in dem doch der ganze aristokratische Stolz des dithmarsischen Bauern lebte; keines dieser Worte aber ergreift uns so tief als die eherne tragische Notwendigkeit, mit der er seine Agnes Bernauer, ihre Schönheit und ihre Liebenswürdigkeit, ihre Unschuld und selbst ihr unbestreitbares Recht auf persönliche Lebensgestaltung unerbittlich dem höheren Recht, der unverletzlichen Selbsterhaltungspflicht des Staates aufopfert. Wenn dabei der Gedanke durchblitzt — und durchblitzen soll! — daß Zeiten kommen werden, wo das junge Eheglück eines Bürgerkindes und eines Fürstensohnes nicht mehr wird aufgeopfert werden müssen, um den Staat zu erhalten, so liegt ihm keine grausame Zeitsatire, sondern die dem modernen Menschen unbestreitbare Tatsache zugrunde, daß andere Zeiten andere Mittel und andere Wege bringen, während die grundsätzlich höhere Bewertung des Ganzen auf Kosten des einzelnen unverändert fortbestehen müsse. Die Wirkung Hebbels aber erstreckt sich bis in die unmittelbare Gegenwart hinein und so brauchen wir kaum auf die mannigfachen politischen Beziehungen in der Kunst der Zwischenzeit zu erinnern, um uns bewußt zu erhalten, daß seit den Tagen des deutschen Idealismus auch in dem Gebiete der Kunst und zumal der Dichtung, das seit den Tagen unsrer Klassiker wie eine abgeschiedene Insel abseits vom Lärm des Alltags dazuliegen schien, die großen völkischen und staatlichen Antriebe nie gefehlt haben.

Spranger hat klar und lebendig gezeigt, wie das allgemeine Gepräge unserer Zeit, die Hinneigung auf das praktische Berufsleben und vor allem auf das gesellschaftliche Streben nach gemeinsamen Zielen mit innerer Notwendigkeit auch die Schule ergriffen hat, bis zu einem Grade, der uns bisweilen eine gewisse Sorge erregt: als möchte über der vielen Vereinstätigkeit und Organisationsarbeit jeder Art, (unter denen selbstverständlich die Sicherung der Wehrkraft unserer Jugend mit vollem Recht an erster Stelle steht,) der Jugend jene heilige Einsamkeit der Seele ganz verloren gehen, in der sich in früheren Tagen so manche wertvolle Persönlichkeit ahnungsvoll entfaltet hat. Aber wenn irgend etwas, so können uns Sprangers Ausführungen auch hier beruhigen: daß in Übergangszeitaltern Mißgriffe und Grenzüberschreitungen vorkommen, liegt im Wesen jeder kräftigen Entwicklung. Aber die moderne Erziehung, die gewiß nicht rein oder auch nur vorwiegend auf das Politische im engeren Sinn

gerichtet sein darf, die aber unserer Jugend die menschlichen Grundlagen für eine gesunde, politische Betätigung wird geben wollen, sie schließt die Anknüpfung an das Beste, was die „humanistische" Zeit uns gegeben hat, nicht aus. Und ich glaube, daß gerade die Dichtung und überhaupt die geistige Kultur des deutschen Idealismus mit allem was damit zusammenhängt, sich unter den neuen Gesichtspunkten unserer Zeit erst recht lebendig erweisen wird, wenn sie am rechten Ende und im rechten Geiste angefaßt wird. Auch die Bedenken der wissenschaftlichen Historiker gegen den parteilich gefärbten „Gesinnungsunterricht" in der Geschichte werden schwinden, wenn die großen Wendepunkte, wo um der „Menschheit große Gegenstände, um Herrschaft und um Freiheit wird gerungen", im Lichte der Dichtung oder des philosophischen Denkens eines Kant und Fichte behandelt werden. Geschichtsunterricht und deutscher Unterricht können hier ebenso kräftig zusammengreifen, wie die Belehrung über deutsche Sprache und Literatur durch diejenige aus fremden Kulturen bereichert und vertieft werden muß, denen unsere eigene Gesittung so viel verdankt. Ich denke hier an französische und englische so gut wie an die klassische, vor allem die griechische Literatur, mit deren Geiste unsere Jugend immer aufs neue wird vertraut gemacht werden müssen, wenn wir sie vor einer gewissen Verödung schützen wollen. Gewiß muß bei der Bildung der Jugend eine gewisse Gabelung beibehalten werden, wie sie sich mit innerer Notwendigkeit herausgebildet hat, je nachdem die alten oder die neueren Sprachen oder die „realen Fächer", jeweils unter stärkster Betätigung ihrer menschlich bildenden Kräfte und Werte in den Vordergrund treten. Aber über dem Trennenden darf das Einigende nicht übersehen werden, was auch für eine gesunde Betätigung im öffentlichen Leben erst die unentbehrlichen Grundlagen legt. Der deutsche Unterricht im weitesten Sinne (der auf den Realanstalten von selbst eine angemessene Pflege auch der griechischen Dichtung einschließen muß), wird im Verein mit Geschichte und Erdkunde diese Grundlage zu bilden haben und je gründlicher der Unterricht in diesen Fächern angefaßt wird, um so kräftiger werden sich „das humanistische und das politische Bildungsideal im heutigen Deutschland" unter höheren Gesichtspunkten zusammenschließen.

Albrecht von Stosch als Gneisenau-Biograph

Von Dr. Max von Szczepanski, Major a. D.

Am 27. Januar 1865 schrieb Gustav Freytag an den Oberst Albrecht von Stosch, einen seiner ungenannten Mitarbeiter an den „Grünen", wie er die Grenzboten im vertraulichen Schriftverkehr wohl zu bezeichnen pflegte: „Sie haben das ‚Leben Gneisenaus' durchgelesen; wäre es Ihnen recht, darüber etwas zu schreiben? Ihr männliches Urteil würde nicht nur mir sehr wertvoll sein. Es braucht kein langer Aufsatz zu werden, wenn Sie kurz das Fazit ziehen wollen. Scheint Ihnen genehm, ein Referat über seine Lebensschicksale nach dem bis jetzt erschienenen einzufügen, so ist auch das angenehm. Ich würde Ihnen, im Fall Sie darauf eingehen, das betreffende Exemplar sogleich zusenden . . ." Stosch antwortet unter dem 29. Januar 1865: „Das ‚Leben Gneisenaus', zu dem mein Vater als sein langjähriger Adjutant bedeutende Beiträge geliefert, habe ich mir gekauft. Das Referat übernehme ich mit Freuden, denn das Buch ist zur Beurteilung der preußischen Militärverhältnisse von großem Wert."

Das Interesse, welches Stosch an dem Stoff nahm, bekundet sich in der Schnelligkeit, mit welcher er seiner Aufgabe sich entledigte. Schon am 10. Februar 1865 kann Freytag ihm „für den Gneisenau" danken und aussprechen, daß er Stoschs Ansicht über Pertz' Buch „vollkommen teile". Die Besprechung ist dann noch im ersten Bande des vierundzwanzigsten Jahrganges der Grenzboten (auf S. 353 bis 357) zum Abdruck gelangt. Aber wenn Freytag ausdrücklich erwähnt: „Was Sie geschrieben haben, ist gut;" — so fügt er doch auch an: „. . . daß ich mir die Freiheit genommen, Ihr Urteil am Ende noch etwas breiter auszuführen, ist aus Rücksichten der Zweckmäßigkeit geschehen. Ein Aufsatz, sei er groß oder klein, wirkt nur dann entsprechend auf den Leser, wenn er das Resultat am Schluß mit einer gewissen Ausführlichkeit und Energie zusammenfaßt." Auch auf den Wunsch nach einer „Charakterskizze" des Feldmarschalls gewissermassen als Ergänzung der Buchbesprechung kommt Freytag bei dieser Gelegenheit zurück: „Sie würden dazu in mehrfacher Hinsicht besser unterrichtet sein als wir anderen. Indes kann das auch bis nach dem zweiten Teil bleiben, der Ihnen auch mehrfache Gelegenheit geben würde, die militärische Seite zu behandeln." In der Tat brachten denn auch die Grenzboten im zweiten Bande ihres fünfundzwanzigsten Jahrganges (1866) vier weitere Artikel über „Das Leben Gneisenaus von Pertz", welche, über den Rahmen „einer eingehenden Würdigung des Werkes" weit hinausgehend,

aber doch auf jene Arbeit sich stützend, eine eigene Auffassung von dem Lebensgang und dem Charakter des Feldmarschalls darbieten wollen.

Die wiederholte Anregung Freytags allein wird Stosch kaum zu dieser Ausführlichkeit veranlaßt haben. Sie war ihm nahegelegt durch eine gewisse Kongenialität mit der Persönlichkeit Gneisenaus*) und schien ihm wohl auch geboten durch sein absprechendes oder doch ablehnendes Urteil gegenüber Pertz, das er nicht nur mit Freytag teilte, sondern auch mit dem General von Fransecky, der freilich selbst ein „Leben Gneisenaus" unter der Feder hatte. Dieser „behauptete, daß Pertz Gneisenau gar nicht verstehe und sich in militärischer Beziehung nie an die richtigen Quellen wende." (Stosch an Freytag, am 13. Februar 1865.) Stosch macht sich, in seiner Besprechung des ersten Bandes schon, den härtesten Teil dieses Vorwurfes, freilich in milderer Form, zu eigen. Er meint: „Sollte der Verfasser nicht von derselben Liebe zu seinem Gegenstand ergriffen gewesen sein als bei dem Leben des Freiherrn von Stein und deshalb jetzt weniger bis in das einzelne zu dringen Neigung gehabt haben, so dürfen wir ihm das nicht allzusehr verargen. Ein Blick auf das Leben beider Männer wird den Unterschied klarlegen." Nach einem entsprechenden Vergleich, welcher den Hauptinhalt und vornehmlichsten Gedankengang der ganzen Besprechung bildet, auf dessen besondere Züge eben zur Kennzeichnung von Stoschs Urteil über Gneisenau noch zurückzukommen sein wird, heißt es dann nach dem Schluß hin: bei Pertz „erfahren wir von Gneisenau nur einzelnes, erkennen wir in ihm nur den begabten Mann, nicht den Genius seiner Zeit ,und es ist aus dem gegebenen nicht möglich, ein harmonisches Bild des Menschen zu formen. Die kleinen Falten des Herzens haben Pertz bei Gneisenau anscheinend nicht gefallen, er hat sie deshalb nicht zu ergründen gesucht und kein lebenswarmes Bild geschaffen." Es ist freilich nicht unmöglich, daß wir den Wortlaut dieser Sätze schon der Feder Freytags verdanken, daß wir in ihnen einen Teil der ausführlichen und energischen Zusammenfassung des Urteils zu sehen haben, das inhaltlich selbst ja schon im Beginn der Besprechung angedeutet ist. Jedenfalls kommt Stosch gleich im Anfang seiner späteren Aufsätze auf den hier berührten Mangel mit dem Bedauern zurück, „daß der Biograph nicht der Künstler ist, der aus dem reichen Material**) lebendige Bilder schafft; er ist wenig mehr als ein erfahrener Sammler, der seine großen Schätze anschaulich zu gruppieren versteht. Pertz überläßt allzu liberal der Phantasie jedes einzelnen Lesers, sich je nach dem Maße seines Verständnisses ein Bild des Helden zu konstruieren."

Dieser Umstand soll denn auch die Freiheit des Kritikers rechtfertigen, mit welcher er für seine Aufsätze außer den Materialien des angezeigten Buches noch

*) Auch dessen politischen Standpunkt identifizierte er gewissermaßen mit dem seinen, wenn er „Denkwürdigkeiten" Seite 14 schreibt: „Mein Liberalismus hat sich noch immer mit den Pflichten des preußischen Offiziers vertragen, so gut wie Gneisenaus."

**) Dies bezieht sich auf die im zweiten Bande bei Pertz enthaltenen Originalstücke (Briefe und Aufsätze Gneisenaus).

Züge aus anderen Schriftstellern verwendet. Solche Quellen waren für Stosch: ein im Jahre 1856 erschienenes Beiheft des Militärwochenblatts, welches den schon erwähnten General von Fransecky zum Verfasser hatte; eine längere Arbeit des Professors Usinger im vierzehnten Bande der Historischen Zeitschrift; endlich General von Müfflings hinterlassene Aufzeichnungen. Nur an dessen Buch übt Stosch zugleich Quellenkritik, indem er erwähnt, daß Müffling „auf Gneisenau viele dunkle Schlaglichter fallen läßt, um ihn als guten Hintergrund für eigene Größe zu benutzen".

Nach dieser ganzen Art seiner Entstehung und Bestimmung kann nun der „Essay" Stoschs über Gneisenau natürlich nicht den gleichen Wert oder auch nur das Maß von Interesse beanspruchen, welches die abgeschlossene Lebensbeschreibung einer historisch bedeutenden Persönlichkeit verlangen oder erwarten lassen würde. Was er dennoch gibt, fordert aus eben diesen Gründen aber das Urteil über den kritisierenden Schriftsteller und dessen Arbeit selbst heraus, — und um so mehr, als jene Besprechung des ersten Bandes von Pertz, welche den Lesern der Grenzboten bereits ein Charakterbild Gneisenaus auf Grund der veröffentlichten Materialien in dem nächsten Band verspricht, mit überaus feinen, freilich wohl von Freytag herrührenden Bemerkungen über die Aufgaben des Biographen schließt. Es heißt dort über Pertz: „Wir wissen nicht, ob Rücksicht auf die Familie oder Pietät ihn bestimmt hat, das eigene Urteil gänzlich zurücktreten zu lassen; aber wir meinen, daß auch die größte Pietät nicht mehr abhalten darf, gerade und deutlich herauszusagen, was die Helden der großen Zeit besaßen, und was ihnen fehlte. Denn was uns eine Biographie lieb und wertvoll macht, ist doch nur, daß wir vom Standpunkt unserer Bildung ein Verständnis und Urteil gewinnen über das vollendete Leben. Die Liebe, welche der Biograph seinem Helden schuldig ist, soll sein Urteil nicht zurückdrängen; sie soll ihm nur die höchsten Gesichtspunkte dafür an die Hand geben, damit es zugleich mild und fest erscheine."

Vorweg sei nun bemerkt, daß diese kritischen Aufsätze von Stosch stilistisch recht ungleich gehalten sind. Wo er lediglich zu erzählen hat, ist die Darstellung flüssig, aber fast nüchtern, die Satzbildung einfach und durchsichtig. Das trifft besonders für den ersten Aufsatz zu, welcher die Jugendgeschichte Gneisenaus und dessen Lebensgang bis zum rühmlichen Abschluß der Verteidigung von Kolberg behandelt, im wesentlichen also der Entwicklung des Menschen und Truppenführers gilt. Der folgende Aufsatz schildert dann hauptsächlich Gneisenaus Anteil an der Reorganisationstätigkeit bis zum Jahre 1809: die Darstellung wird hier durchweg schwungvoller und gedankenreicher; sie ist gleichzeitig aber polemisch, nicht nur in bezug auf Pertz, sondern auch in bezug auf die Umstände und Verhältnisse, unter denen Gneisenaus Leistung sich abspielt. Hier ist das Gebiet, auf dem Stosch sich zugleich durch die Gegenwart, in welcher er schreibt, mitgerissen fühlt: im Biographen wird der Politiker rege. Der nächste, dritte Aufsatz beschäftigt sich mit den Vorgängen der Jahre 1809 bis 1812.

Da ist es nun Stosch offenbar so ergangen wie einst dem von ihm getadelten Pertz: das liebevolle Verständnis für den Menschen, den er schildern will, hat etwas nachgelassen. Über den Gneisenau dieser Jahre heißt es nämlich schon in der früheren Besprechung von 1865: „Er nahm nach dem Schluß des Krieges 1809 seinen Abschied, ging nach England, Schweden und Rußland, und konspirierte, um einen Krieg gegen Napoleon herbeizuführen. Klar ist sein Wollen und Wirken hier nicht und wird es auch erst wieder, als das Jahr 1813 ihn von neuem der Armee zuführt." Daher wohl bringt dieser Teil der Abhandlungen neben dem Rahmen der allgemeinen Ereignisse vor allem Auszüge aus Denkschriften, Aufsätzen und Briefen Gneisenaus. Solche sind reichlich auch in den letzten, vierten Aufsatz aufgenommen, der, wie die Materialien bei Pertz, mit dem Waffenstillstand von 1813 endigt. Eine Biographie Gneisenaus so recht aus einem Guß hat Stosch also nicht gegeben — auch wohl nicht geben wollen —, sondern nur ungleich durchgearbeitete Aufsätze über bestimmte Lebensabschnitte des großen Mannes. Was er auswählt und heraushebt, ist deshalb um so mehr geeignet, über seine eigenen allgemein menschlichen, militärischen und politischen Auffassungen Aufschlüsse zu geben und Rückschlüsse zuzulassen.

Gneisenaus Leben ist in Stoschs Augen dasjenige eines reich begabten, von den Wogen des Glücks vielfach herumgeworfenen und endlich zu hohem Ruhm emporgetragenen Soldaten. „Verstand, Charakter und Kenntnisse sowohl als auch die Macht einer freien und edlen Persönlichkeit waren die treibende Kraft, welche ihn emporhob. Aber wie kein Mensch ohne Schwäche ist, so gesellte sich auch bei Gneisenau zu den Eigenschaften des großen Mannes ein Fehler und zwar der eines gewissen Leichtsinns. Dieser Fehler hat ihm mannigfach trübe Erfahrungen gebracht — er hat ihn unter anderen nie aus finanziellen Verlegenheiten herauskommen lassen, aber dieselbe Charaktereigenschaft trug freilich auch dazu bei, ihn der Masse der Menschen mehr zu nähern, den Zauber seiner Person zu erhöhen." In diesem liebenswürdigen Leichtsinn, der sich besonders in den Jugendjahren Gneisenaus geltend macht, aber eben auch noch seine Schatten auf die späteren Lebensverhältnisse wirft, erblickt übrigens Stosch eine durch die vielen Schwankungen in den Knaben- und Jünglingsschicksalen hervorgerufene Notwendigkeit. Sonst sieht er nur edle Anlagen und nichts Gemeines im Charakter seines Helden, dessen eigene gottesfürchtige Auffassung, aus allen Verirrungen durch eine höhere Hand wie durch ein Wunder gerettet worden zu sein, von Stosch durch die folgende Überzeugung unterstrichen wird: „Sein besseres Selbst siegte ohne helfende Hand von außen und dieser Sieg hat ihm Vertrauen zu sich für das ganze Leben gegeben, hat ihn frei und unabhängig von allem ferneren Wandel des Schicksals gemacht." Aus einer anderen Stelle — sie findet sich schon in der Besprechung von Pertz' erstem Band — geht aber hervor, wie wenig sympathisch doch auch wieder die leichte Seite in Gneisenaus Wesen dem Oberst von Stosch erschien, und wie er seine allgemeine Bewertung der Persönlichkeit glaubt einschränken zu müssen. Aller-

dings geschieht dies im Vergleich mit dem Freiherrn von Stein. „Gneisenau ist eine brillante Persönlichkeit, die überall da, wo sie zur Handlung berufen wurde, den Genius bewies und Großes leistete; Stein aber war eine durch und durch solide Natur, die seiner Zeit nicht nur, sondern auch der ganzen Entwicklung des preußischen Staats den Stempel seines Geistes aufgedrückt hat."

Besser, unbefangener befreundet sich der Soldat mit dem Soldaten. Hier ist zumal die Anerkennung der in Kolberg bewiesenen Führereigenschaften vollkommen.

„Am 29. April übernahm Gneisenau die Verteidigung dieser Festung und entwickelte vom ersten Augenblick an eine Sicherheit des Befehls, eine Kenntnis seiner Stellung, eine Gabe der Herrschaft über Stadt und Land, ein Erfassen der großen politischen Verhältnisse, eine persönliche Ausdauer und Allgegenwart und dabei eine Kühnheit in der Anlage und Durchführung seiner Gefechte, welche vereinten Eigenschaften es allein möglich machten, eine bis dahin in Bau, Ausrüstung und Verproviantierung gänzlich vernachlässigte Festung gegen einen siegreichen, in allen Richtungen viel überlegenen Gegner glücklich zu behaupten ..." „Denn das war das Eigentümliche des neuen Kommandanten, daß er in allen Dingen immer weit über das Zunächstliegende hinaussah. In ihm waren ein sehr klarer Verstand, mühsam erworbene Kenntnisse, ein in der Not gestählter Wille sehr merkwürdig mit höchst elastischem, sanguinischem Sinn und einer stets regen Phantasie verbunden." In der Fülle und dem Überschwang dieser Phantasie lag, nach Stoschs Auffassung, aber doch auch für die feldherrnmäßige Tätigkeit Gneisenaus eine Gefahr, die eben dadurch sich milderte, daß er gerade Blücher zur Seite gestellt war. Das geistige Verhältnis zu diesem und die gegenseitige Ergänzung beider in der Praxis der Heerführung wird in folgende charakteristische Worte gekleidet: „Das instinktartige Gefühl, welches Blücher für das momentan Richtige eigen war, hat ebensooft die Kombinationen Gneisenaus auf das unmittelbar Notwendige zurückgeführt, als Gneisenau die einfachen Truppenhandhabungen Blüchers zu einem meisterhaft durchgeführten Feldzug zusammengefügt hat ... Die etwas phantastische Gedankenrichtung Gneisenaus wurde durch die realistische Natur Blüchers gezügelt, das stets unbefangene nur dem Moment angehörende Leben Blüchers aber durch Gneisenau zu einer planmäßigen, die Weltgeschichte regelnden Handlung gemacht." Wir denken heute allerdings von Blüchers Feldherrngaben höher, als Stosch sie werten mag; Gneisenaus Verdienst wird deshalb doch nicht geschmälert. Die Verschiedenheit der Naturen ist gewiß richtig von Stosch eingeschätzt: sie waren Ergänzungen, zusammengehalten durch den gleichen entschlossenen Willen zum Siege.

Nun aber zeigt uns die Geschichte Gneisenaus diesen militärischen Genius zugleich noch berufen und gewillt, in staatsmännischem Sinne an der Reorganisation Preußens mitzuwirken und auch für eine Neugestaltung Deutschlands sich zu betätigen. Stosch führt uns mit jenem in den Kreis der „an kleinem Ort in gleicher Arbeit und gleichem Ziel vereinigten Männer, auf welche das Volk sah," der Stein, Vincke, Scharnhorst, Boyen, Grolman und Goetzen.

Es ist nun äußerst interessant zu ersehen, in welchem Lichte und von welchem politischen Standpunkte aus der Generalstabsoberst König Wilhelms des Ersten die Wirksamkeit dieser berühmten Schar betrachtet. Er schreibt: „Aus dieser Gemeinsamkeit gründete sich eine Genossenschaft, die sich durch alle ferneren Kämpfe, innere wie äußere, erhielt und die durch ihre Mitglieder, welche in der Regierung blieben, in dieser die Kraft des Volkes repräsentierte und die Befreiung des Vaterlandes, man möchte sagen fast gegen den Willen des Königs durchsetzte. — Weil diese Männer aber einerseits ihre Kraft nur im Volke suchten, entfremdeten sie sich den Anhängern des Alten, den eigentlichen Hofkreisen, und weil das Ziel ihres Strebens auf die Befreiung des Vaterlandes, die Vertreibung der Franzosen gerichtet war, schufen sie sich in diesen erklärte Feinde. — Um das Volk zu gewinnen, mußte die Reorganisation des Staates auf durchaus liberalen Grundlagen erfolgen, und um sich der Macht der Franzosen zu entziehen, war man genötigt, die Tätigkeit in das Gewand des Geheimnisses zu kleiden. So kamen die Hofpartei und die Franzosen in ein gemeinschaftliches Interesse gegen Stein, Scharnhorst, Gneisenau usw. Und ebenso traten diese in ein geheimes Bündnis mit allen Bestrebungen, welche die französische Revolution in den Massen wachgerufen hatte." Wie manches in dieser Darstellung auch schief gesehen ist, liegt ja zutage. Um das Urteil über König Friedrich den Dritten kämpft man noch heute; Stosch scheut sich nicht, aus dem Verhalten des Monarchen im Jahre 1805 und einer aus dem Februar 1812 überlieferten Äußerung desselben „keine große Empfindlichkeit des Königs für die Ehre des Staates zu entnehmen". Dagegen steht Stosch mit vollem Herzen auf seiten der obengenannten Männer und umschreibt Gneisenaus Stellung in dieser Genossenschaft wie folgt: „Wie mit den Menschen war Gneisenau mit allen Plänen und Werken derselben in Gemeinschaft. Er beteiligte sich ebensowohl an den Arbeiten für die Neukonstituierung des Staates, als auch für die Armeereorganisation. In ersterer Beziehung hielt er eine Verfassung, welche den Bürger an den höchsten Interessen des Staates teilnehmen macht, für notwendig, nicht allein um die Kräfte des Staates zu heben, sondern auch um seine Wehrkraft nach außen zu bestärken. Aus diesem Gedanken heraus erklärte er sich schon damals für ein Volksheer, für allgemeine Wehrpflicht."

Die große Frage war nun dabei die praktische Regelung der Rechte einer Landesvertretung, wie sie auch von dem „liberalen Aristokraten" Gneisenau gewünscht wurde, dessen „Ideal die englische Verfassung gewesen zu sein scheint". Stosch ist überzeugt, daß sein Held eine besonders breite Basis für die Beteiligung des Volkes an der Regierung vorausgesetzt habe und vielleicht gar überzeugt gewesen sei, die der Bevölkerung aufgelegte große Last der allgemeinen Wehrpflicht müsse durch das Recht der Mitwirkung zu den Beschlüssen über Krieg und Frieden aufgewogen werden. Diese weitgehende Befugnis wäre ihm durchaus verständlich und angemessen erschienen, freilich auch schwer erreichbar,

denn: „Bei der jetzigen preußischen Verfassung wird dem Landtag ja sogar das Recht, in der äußeren Politik den Ausschlag zu geben, abgesprochen." Möglicherweise haben wir hier wieder einen Einschub Freytags, der ja diese „schriftstellerischen Versuche" seines Mitarbeiters „zurechtzustutzen" pflegte, „wo der ungelenken Feder die Klarheit versagte." Nichtsdestoweniger ist Gneisenau gerade für Stosch in allen innerpolitischen Fragen offenbar der liberale Parteiheld, in dessen Bildnis und Lebensschicksalen der gegenwärtigen Menschheit ein Spiegel vor die Augen gehalten werden soll. Denn es heißt weiter: „Auch in den späteren Lebensperioden Gneisenaus werden wir sehen, daß alle seine staatlichen Anschauungen immer auf das Volk als das allein Macht gebende zurückgehen. — Ja selbst in seinen rein militärischen Bestrebungen, in den Kampf für seine Ideen der Armeereorganisation gegen die zähe widerstrebenden Anhänger der Alten sucht er die Unterstützung nicht von oben her, sondern benutzt die Tagespresse, um seinen Ideen den Sieg zu verschaffen. Es ist das ein Verfahren, welches man wenigstens heute an betreffender Stelle als demokratisch bezeichnet"*).

Die eigene, wenn auch nur innerliche, politische Kampfstellung läßt Stosch offenbar ganz übersehen, daß „die etwas phantastische Gedankenrichtung Gneisenaus" eben auf alle Lebensverhältnisse sich erstreckte und deshalb auch immer korrekturbedürftig war. Das eine wie das andere wird dadurch deutlich, daß das Urteil dieses seines Biographen unparteiisch sich geltend macht, sobald er ihm auf anderem Boden begegnet, vor allem sobald das militärische Gebiet mitbetreten wird. Beweisend dafür ist das, was er zu den Aufsätzen über die Beteiligung des Volkes am Kampfe zu sagen weiß, die der Staatsrat Gneisenau dem König im Sommer 1811 vorlegte und die der König mit eigenhändigen Bemerkungen versah. Allerdings vermochten dabei die späteren Ereignisse ihm den Anhalt für ein gerades Urteil zu geben. Dieses lautet dahin: „Der König zeigt nicht das mindeste Vertrauen zu den freiwilligen Leistungen der eigenen Untertanen; während Gneisenau dagegen den Feind gering und den allgemeinen Geist des Widerstandes hoch achtet. Beide waren im Unrecht, der König, indem er sein Volk nach den Leistungen des Jahres 1806 beurteilte, wo es teilnahmlos den Staat zugrunde gehen ließ. Das Volk hatte ja jetzt erst gelernt, wie nahe sein Schicksal mit dem des Staates zusammenhing. — Gneisenau aber traute jedem Bürger die unerschöpfliche und aufopfernde Tatkraft zu, die er selbst empfand. Er sah im kühlen, bedächtigen Norddeutschen den im Widerstande wie in seinem ganzen Leben fanatischen Spanier. — Das Jahr 1813 bewies, wie recht Gneisenau hatte, indem er die Opferwilligkeit und Tatkraft jedes Preußen hoch anschlug, und wie richtig der König urteilte, indem er die Kampfesmittel nicht in irregulären Formationen, sondern nur in einer Verstärkung der regulären Armee suchte."

*) In den Schlußsätzen der ganzen Aufsatzreihe erwähnt Stosch wieder, daß Gneisenau noch als Feldmarschall „in dem allgemeinen Demagogenschwindel in Erinnerung seiner früheren geheimen Verbindungen" in Ungnade gefallen sei.

Man sieht, wie das Anlegen des militärischen Maßstabes das Bild des „Volksmanns" gewissermaßen zurechtrückt; hier kann sich Stosch auf gelebte Überzeugungen, nicht nur auf Angelerntes stützen, und von ähnlicher Bedeutsamkeit ist sein durchaus preußischer Standpunkt für die Beurteilung von Gneisenaus auswärtiger und gesamtdeutscher Politik. Es wird in der weiteren Erzählung erwähnt, wie dieser im März 1812 mit Genehmigung des Königs, den mit in Anschlag zu bringen er aber „verlernt" hatte, in das Ausland sich begibt, um durch Verbindungen mit fremden Fürsten den Krieg gegen Napoleon einzuleiten und so für die Befreiung Preußens zu wirken; wie er im Grunde doch nur in der Schwäche der Fürsten die Ursache für den Aufstieg des Weltbeherrschers und im Kampf der Völker die einzige Möglichkeit, ihn zu besiegen sah; wie er nun von außen versuchen wollte, was von innen heraus bisher nicht gelungen war, und von England die Mittel erheischte, um an der Spitze einer Landungstruppe, der sich Schweden, Russen und endlich die aufständischen Deutschen anschließen sollten, den entscheidenden Kampf einzuleiten. Es war unter diesen Umständen wohl nicht unnatürlich, daß Gneisenau in Zusammenhang damit „das welfische Reich in Deutschland" plante, — wie Stosch annimmt, nur als Lockvogel, um statt Spanien Norddeutschland zum Kriegsschauplatz der britischen Regierung zu machen. Diese Pläne brachten Gneisenau nun in Gegensatz zu Stein, und der diesbezügliche Briefwechsel zwischen ihnen gibt Stosch noch einmal Gelegenheit zu einer Gegenüberstellung dieser Persönlichkeiten. „Wir sehen aus diesen gegenseitigen Bemerkungen, wieviel großartiger Stein die notwendigen Veränderungen Deutschlands ansah als Gneisenau, und wie unzureichend beide Männer, die an der Spitze der Bewegung in Preußen gestanden hatten, die innere Kraft und Bedeutung dieses Landes beurteilten . . . Beide waren eben keine Preußen! Stein aber ein durch und durch deutscher Mann, der für Deutschland fühlte, Gneisenau dagegen eine ganz deutsche Natur, welche sich in den großen Interessen des Vaterlandes fort und fort individualisierte." Sie waren „keine Preußen"; Stoschs Preußentum hat seinem Liberalismus allezeit die Wage gehalten. Ein Brief an Gustav Freytag vom März 1866 spricht sich in dieser Hinsicht sehr deutlich aus. Da möchte er in den Grenzboten die Auffassungen des schon ergrünten Kronprinzen in der auswärtigen Politik noch schärfer angefaßt wissen; denn der lasse sich durch die englischen Beziehungen und den Einfluß einiger „nicht preußisch denkenden" Männer seiner Umgebung in ein falsches Fahrwasser treiben.

Die vorstehend wiedergegebenen Urteile und Auffassungen zum „Leben Gneisenaus" zeigen uns Albrecht von Stosch nicht immer auf der Höhe klarer kritischer Erkenntnis, nicht als gleichmäßig ruhig, gewissermaßen historisch denkenden Schöpfer eines Lebensbildes. Sie enthalten manche Widersprüche, aber sie belegen doch auch ein feines psychologisches Verständnis und den immer neuen Versuch, dem eigentlichen Genius seines Helden richtig wertend nahezukommen. Dafür sei noch ein kurzer Abschnitt angeführt, der mitten in der Aufsatzreihe stehend für uns doch als zusammenfassende Ansicht gelten kann. „Weit aus-

sehend wie seine Pläne für Kolberg, waren sie auch in seinem Familienleben, in seiner Landwirtschaft, wie später, als er im Staate eingriff und die Operationen eines Heeres leitete. Aber wie wolkenhoch er auch seine Pläne anlegte, eng verband er doch die Zukunft mit der Gegenwart; er suchte und fand immer im Nächsten die Mittel, um die Gebäude seiner Phantasie zu begründen, emsig trug er jeden Stein zusammen, um den hohen Turm zu bauen, und kein Mißgeschick, kein Fehlgriff ermüdete ihn und brachte ihn von dem begonnenen Werke ab. Die Größe des gesteckten Zieles bewahrte ihm die Frische des Geistes und die Kraft der Tat, wenn alle umher ermatteten oder kleinmütig wurden, weil die nächsten Erfolge ihnen das Ziel raubten; die Weite seines Gesichtsfeldes ließ ihn stets neue Mittel zur Erreichung seines Zweckes finden, während andere bei dem Anblick des Versagens im nächsten Kreise ratlos wurden."

Als Albrecht von Stosch diese Worte niederschrieb, da hat ihm wohl Gneisenaus Bild in der größten Stunde seines vielbewegten Lebens vorgeschwebt. Die war nicht damals schon, als er in den dunkelsten Tagen vaterländischer Not, unterstützt von dem Opfermut patriotischer Bürger und der Tatenfreudigkeit preußischer Krieger, unter den Wällen Kolbergs den französischen Belagerern siegreich widerstanden hatte, — sondern als am Abend der verlorenen Schlacht von Ligny, da alles zusammenzubrechen schien, was man in der gewaltigen Anstrengung der Freiheitskriege erreicht hatte, er allein und unter eigenster Verantwortung jenen großartigen Entschluß faßte, das preußische Heer auf Wavre zurückzuführen, ein Entschluß, dessen glückliche Durchführung die entscheidende Teilnahme am Kampf bei Waterloo ermöglichte und erst die Krönung des Werkes bedeutete, welches er für den Staat mit der glorreichen Verteidigung der kleinen pommerschen Strandfestung begonnen hatte.

Vom Hütejungen zum Feldmarschall! — das mögen die äußeren Grenzen sein, zwischen denen Gneisenaus Lebensgang sich bewegte. Aber auch abgesehen von jener Legende seiner Kinderjahre liefert des großen Mannes Leben jedem, der ernstlich mit ihm sich beschäftigt, stets wieder den Beweis, daß niemand im Alltag zu ersticken braucht, den sein Berufsschicksal in kleine und enge Lebensverhältnisse bannen zu wollen scheint: er muß nur selbst dafür sorgen, daß die Stunde, die ihn emportragen will, ihn nicht arm finde, indem er ein ihm gemäßes Verhältnis zu den Zielen der großen Außenwelt zu gewinnen sucht und festzuhalten versteht — beides mit den äußeren Mitteln rastloser Arbeit im Erwerben immer breiterer, aber auch vertiefter Kenntnisse und Erkenntnisse, mit den inneren Eigenschaften einer unwandelbaren Gewißheit von der Lauterkeit des eigenen Strebens und eben jener göttlichen Sicherheit eines männlichen Willens, der sich bewußt bleibt, allezeit über seinem Schicksal stehen zu können.

Englischer Postraub

Von Oberlandesgerichtsrat Dr. Nöldeke

Der englische Postraub bildet eine ständige Rubrik unserer Blätter. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht über einen oder mehrere Fälle berichtet werden muß, in denen englische Kriegsschiffe sich an neutralen Postsendungen vergriffen haben. Die Neutralen, die diese Übergriffe britischer Anmaßung in erster Linie berühren, haben sich mit einer gewissen Resignation in ihr Schicksal ergeben. Dänemark und Holland schweigen nach anfänglichen ergebnislos verlaufenen Protesten gänzlich, Schweden trat zunächst etwas energischer auf, hielt sogar als Vergeltungsmaßnahme die bei ihm durchgehende englisch-russische Post fest, hat aber auch damit nicht viel erreicht. Und die Vereinigten Staaten legen in dem hierüber mit England gepflogenen Notenwechsel eine Langmut an den Tag, die in merkwürdigem Widerspruch steht zu der Entschiedenheit, die die amerikanische Regierung zeigt, wenn Verhandlungen mit Deutschland in Frage stehen. England hat sich fast ein halbes Jahr Zeit genommen, um die amerikanische Note über den Postraub vom Mai 1916 zu beantworten. Die englische Note, die schließlich in Washington erschien, ist nach der übereinstimmenden Meinung der amerikanischen Presse und wohl auch ihrer Regierung vollkommen unbefriedigend. Trotzdem denkt man nicht daran, hieraus diejenigen Folgerungen zu ziehen, mit denen man Deutschland droht, sobald man mit unserer Haltung in einem Streitfalle nicht zufrieden ist.

So erscheint es ausgeschlossen, daß in diesem Kriege die Praxis unserer Gegner in der Behandlung der Postsendungen sich noch ändern wird. Welchen Umfang diese Posträubereien angenommen haben, lehrt die Tatsache, daß nach amtlichen Feststellungen in der Zeit vom Dezember 1915 bis Ende September 1916, also ungefähr während drei Vierteljahren, von der Entente rund 24 200 Briefpostsendungen, die hinausgingen, und rund 16 800 solche, die hereingingen, also insgesamt 41 000 Briefpostsendungen festgehalten und zum großen Teil weggenommen worden sind. Wie in anderen Beziehungen, so zeigt sich auch in dieser der gegenwärtige Krieg geradezu als riesenhaft. In früheren Kriegen kamen solche Postberaubungen immer nur vereinzelt vor, aber auch damals erregten sie die öffentliche Meinung in den von ihnen betroffenen neutralen Staaten auf das schärfste.

Überaus lehrreich sind in dieser Beziehung einige Vorgänge aus dem Buren- und dem ostasiatischen Kriege. Als die Engländer während des ersteren unsere Postdampfer „Herzog" und „General" in Aden anhielten und den „Bundesrat" nach Durban aufbrachten, da entstand bei uns eine Aufregung, die leicht zu bedenklichen Folgen hätte führen können. Auf ein energisches Auftreten des Fürsten Bülow lenkte England damals ein. Nicht anders war es, als wenige Jahre darauf im ostasiatischen Kriege der Postdampfer „Prinz Heinrich" vom russischen Kreuzer „Smolensk" angehalten und sämtlicher nach Japan bestimmter Post beraubt wurde. Allerdings gaben die Russen, nachdem sie die Post durchsucht hatten, einen Teil derselben einige Tage später einem nach Bombay fahrenden britischen Postschiffe mit, aber die Erregung über diesen Vorgang war bei uns doch eine sehr große gewesen.

In diesen Fällen hat die deutsche Regierung durch ihr festes Auftreten Abhilfe bewirkt und ein Versprechen der englischen bzw. russischen Regierung herbeigeführt, daß deutsche Postdampfer während des Krieges nicht mehr belästigt werden sollten, was auch eingehalten worden ist. Herr Wilson kann hieraus ersehen, was ein fester Wille vermag und wie sowohl England als Rußland gegenüber auch in dieser Frage ein Erfolg erzielt werden kann, wenn diese erkennen, daß sie mit einem ernstgemeinten Widerspruch zu rechnen haben. Deutschland ist bei jenen Gelegenheiten mit großem Erfolg für die Bedürfnisse des Verkehrs eingetreten, wie nicht minder auf der zweiten Haager Konferenz von 1907.

Gerade die erwähnten Vorgänge und die schwere Schädigung, die dem stets wachsenden Handel und Verkehr aus etwaigen Eingriffen in den Postbetrieb entstehen müssen, haben Deutschland veranlaßt, im Haag diese Frage zur Sprache zu bringen und die Befreiung der Postsendungen vom Seebeuterecht zu beantragen. Von unserer Seite wurde der Antrag gestellt, die überseeische Briefpost, sowohl die amtliche als auch die private, und zugleich diejenige der Kriegführenden wie der Neutralen, für unverletzlich zu erklären. Den Antrag begründete unser Vertreter, der Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. Kriege, in der Sitzung der vierten Kommission vom 24. Juli 1907 damit, daß die postalischen Beziehungen in unserer Zeit von solcher Wichtigkeit sind, daß so viele Handels- und andere Interessen auf dem regelmäßigen Briefverkehr beruhen, daß es äußerst wünschenswert ist, ihn vor allen Störungen zu sichern, die durch den Seekrieg entstehen können. Der Nutzen, der für die Kriegführenden aus der Kontrolle des Postverkehrs erwachse, stehe in keinem Verhältnis zu den Schädigungen, welche die Ausübung der Kontrolle für den rechtmäßigen Handel mit sich bringe. Dr. Kriege führte noch aus, daß das wirksamste Mittel des Schutzes für die Korrespondenz darin bestehe, alle Postdampfer von der Kontrolle zu befreien, daß dies aber nicht wohl möglich sei. Immerhin müsse die Korrespondenz für unverletzlich erklärt werden, möge sie auf einem Schiffe der Kriegsparteien oder einem neutralen Schiffe befördert werden.

Es ist bezeichnend, daß dieser Antrag allgemeine Zustimmung fand. England machte nur geltend, daß die Unverletzlichkeit der Briefpostsendungen keineswegs auch die Unverletzlichkeit der Postdampfer als solcher bedeute und Rußland erklärte sich dagegen, daß auch die auf feindlichen Schiffen beförderte Briefpost unverletzlich sein sollte. Schließlich wurde der deutsche Antrag mit einigen redaktionellen Änderungen, die nicht wesentlich sind, angenommen. Darnach bezieht sich der Schutz ganz allgemein auf die Briefpost, nicht dagegen auch auf die Paketpost. Die letztere unterliegt nach wie vor der Untersuchung und Wegnahme, falls sie Bannware enthält. Mit diesem Abkommen glaubte man einen bedeutenden Fortschritt im Interesse des Verkehrs erzielt zu haben. Nach der Haltung der Mächte auf der Haager Konferenz durfte man wirklich erwarten, daß die Kriegführenden künftig die Briefpost im Seekriege nicht mehr antasten würden.

Darin hat man sich gründlich geirrt. Der gegenwärtige Krieg hat uns in diesem Punkte weit zurückgeworfen. Allerdings will die englische Presse jetzt erkannt haben, daß die ganzen Haager Abmachungen von Deutschland veranlaßt worden sind, um die britische Vorherrschaft auf See gründlich zu brechen; die britischen Delegierten hätten das nicht durchschaut, sondern wären ahnungslos in die Falle gegangen. Früher hat man freilich von derselben Seite Deutschland nicht genug schelten können, weil es nicht auf alle Vorschläge unserer jetzigen Gegner auf den Friedenskonferenzen eingegangen sei und sich dort überhaupt sehr zurückhaltend verhalten habe. Jedenfalls ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß die britische Regierung das Abkommen über den Schutz der Briefpostsendungeu nicht nur im Haag angenommen, sondern auch nachher formell genehmigt hat.

Die Rechtfertigung, die unsere Gegner ihrem jetzigen mit dem Haager Abkommen im schärfsten Widerspruch stehenden Verhalten zu geben versuchen, besteht nur aus Wortklaubereien. In erster Linie muß auch hier die sogenannte Allbeteiligungsklausel herhalten, nach der das Abkommen nur gelten soll zwischen Vertragsparteien und wenn alle Kriegführende Vertragsparteien sind. Nun haben die Balkanstaaten dieses wie die anderen Abkommen der zweiten Haager Konferenz nicht genehmigt, und Rußland hat seine Genehmigung aus dem oben mitgeteilten Grunde versagt; es hat sich aber vollkommen damit einverstanden erklärt, daß die auf neutralen Schiffen beförderte Briefpost unverletzlich sein soll. Über diese Klausel, die nach ihrem Wortlaute die Geltung aller Haager Abkommen für den gegenwärtigen Krieg ausschalten müßte, ist in den letzten zwei Jahren schon soviel geredet und geschrieben worden, daß man wohl als die allgemeine Ansicht der kriegführenden Regierungen wie der Völkerrechtssachverständigen feststellen darf, daß diese Klausel nicht wörtlich zu nehmen ist. Vor allem aber haben auch England und Frankreich in einem Memorandum vom 15. Februar 1916 sich ausdrücklich an dieses Haager Abkommen gebunden erklärt.

Die Praxis des Vierverbandes soll deshalb mit diesem Abkommen nicht im Widerspruche stehen, weil der Schutz sich nur auf die wirkliche Korrespondenz, nicht auch auf den sonstigen Inhalt der Briefe beziehe; daher müsse eine Durchsuchung auch der Briefe zulässig sein, und diese könne bei den gegenwärtigen Formen des Seekrieges nicht auf hoher See, sondern nur in einem eigenen Hafen erfolgen. Damit wird aber die ganze praktische Bedeutung dieses Abkommens beseitigt. Was man auf der Haager Konferenz erreichen wollte, ist ganz klar. Man konnte sich, u. z. gerade auf Betreiben Englands, nicht dazu verstehen, die ganzen Postdampfer für unverletzlich zu erklären, da diese selbst auch zu Kriegszwecken Verwendung finden und auch abgesehen von Briefen in größeren Mengen Waren mit sich führen können, die als Bannware für die Kriegführung Bedeutung haben. Aber man wollte solche Sendungen von jeder Belästigung befreien, die einen rein postalischen Charakter haben, wie es bei Briefen der Fall ist. Alles, was als „Brief" mit der Post versandt wird, soll vor Durchsuchung und Wegnahme geschützt sein.

Und wenn die feindlichen Kriegsschiffe aus Angst vor deutschen Tauchbooten eine Durchsuchung nicht auf hoher See vornehmen wollen, sondern die Postdampfer zwingen, in feindliche Häfen zu fahren, um sich dort untersuchen zu lassen, so zeugt dieses Verfahren sicherlich von der bedeutenden Macht unserer Tauchboote auch gegenüber der „die See beherrschenden" britischen Flotte. Aber diese vielleicht berechtigte Angst der großen englischen Flotte gewährt ihr doch keineswegs ein Recht, im Hafen mit Briefpostsendungen anders zu verfahren, als sie auf hoher See hätte verfahren dürfen. Es gehört schon die ganze Sophistik englischer Rechtsauslegung und -anwendung dazu, um zu dem Schlusse zu kommen, daß hinsichtlich der auf diese Weise in die britischen Häfen verschleppten Postdampfer der Schutz des Haager Abkommens versage und englisches Landrecht zur Anwendung komme!

Wenn der deutsche Vertreter auf der zweiten Haager Konferenz erklärt hat, das wirksamste Mittel des Schutzes für die Korrespondenz bestehe in der Befreiung der Postdampfer von jeder Kontrolle, so hat ihm der jetzige Krieg in jeder Weise Recht gegeben. Daß das getroffene Abkommen den Bedürfnissen im Handel und Verkehr nicht genügt, lehrt nicht nur die Tatsache, daß unsere Gegner sich kühn über die Bestimmungen des Abkommens hinwegsetzen, sondern vor allem der Umstand, daß sie ihr Verhalten als im Einklang mit diesen Bestimmungen stehend hinstellen. Ist auch ihre Begründung dieses Standpunkts, wie gesagt, durchaus hinfällig, so wird sie doch ernstlich vertreten. Daraus folgt aber ohne weiteres, daß das Abkommen in der Praxis versagt hat. Heute ist der Schutz der überseeischen Korrespondenz sehr viel geringer als er je in einem Kriege zuvor gewesen ist.

Unsere Gegner tragen die Hauptschuld an diesem bedauernswerten Zustand. Aber auch die Neutralen sind von einer Mitschuld nicht freizusprechen. Sie haben die in ihre Hand gegebene Verteidigung der Rechte

des Handels und Verkehrs nicht mit der gebotenen Entschiedenheit geführt. Sie haben sich kein Vorbild genommen an Deutschland, daß sebst von England unter nicht weniger schwierigen Verhältnissen die Anerkennung der Rechte des Postverkehrs durchzusetzen gewußt hat. So haben sie durch ihre Duldung dazu beigetragen, daß ein von Deutschland durch Festigkeit und Hartnäckigkeit erfochtener Fortschritt auf dem Gebiete des Verkehrs wieder aufgehoben worden ist. Hiernach dürfen wir in Zukunft eine dem Verkehr günstige Entwicklung nur von einer Beseitigung der britischen Seewillkür d. h. also von einem deutschen Siege erwarten. Dann werden die „kleinen Staaten", deren besonderen Schutz unsere Gegner auf ihre Fahne geschrieben haben, erkennen, daß ihr Schutzherr England dem Weltverkehr schwere Fesseln angelegt hat, während Deutschland den von ihm bisher vertretenen Grundsatz von der Notwendigkeit des freien überseeischen Verkehrs auch auf den jetzt so sehr mißhandelten Postverkehr zur Geltung bringen wird. Hat doch selbst die amerikanische Regierung in ihrer Note an England ausdrücklich anerkannt, daß Deutschland bei seinem Vorgehen gegen den feindlichen und den neutralen (Bannwaren-) Handel die Vorschriften des Postabkommens genau befolge!

Politische Literatur

Siebert „Der völkische Gedanke und die Verwirklichung des Zionismus". München 1916. Verlag von J. F. Lehmann.

Dr. Siebert, der als Arzt und Rassenforscher fest auf dem Boden der Wirklichkeit steht, lehnt in seiner Schrift die seit fünf Menschenaltern zugkräftigen Schlagworte des mit natur- und geschichtslosen Begriffen operierenden Aufklärungszeitalters: Gleichheit aller Menschen, Zufall der Geburt und Selbstzweck der Persönlichkeit, als naturwidrig ab und entwickelt mit zwingender Folgerichtigkeit, was sich aus dem völkischen Gedanken ergibt.

Die Menschen sind, zeigt er, seit je ungleich gewesen und werden es in aller Zukunft sein, sind demgemäß auch ungleich zu werten und zu behandeln. Was Menschenantlitz trägt, ist als Ausfluß der Artung sämtlicher Vorfahren, in die Stammesgemeinschaft hineingeboren und von ihr dauernd beeinflußt — in der Ausdrucksweise von gestern —, ein Produkt seines Milieus. Über dem einzelnen, dem lieben Ich, steht deshalb als höhere die völkische Persönlichkeit. Sein Volk gesund, seine Kultur und seinen Staat lebens- und entwicklungsfähig und sein Blut möglichst rein zu erhalten, ist jedes, auch des geringsten Volksgenossen Pflicht; Pflicht desgleichen, dafür zu sorgen, daß das eigene Volk, um sich auszubreiten, über genügend Raum verfügt, daß eine genügende Kopfzahl vorhanden ist, daß

das Blut nicht durch fortgesetzte Vermischung mit Fremdvölkischem geändert und so die völkische Eigenart gefährdet wird. Weil unsere Feinde unvergleichlich mehr Land besitzen und ihrer Vermehrungsfähigkeit keine, der unsrigen dagegen recht enge Grenzen gesteckt sind, müssen wir, der Not gehorchend, die Bodenfläche nach Ost und West erheblich vermehren, um die Kopfzahl zu steigern, müssen wir an der bewährten Wirtschafts- und Schutzzollpolitik festhalten, die Schutzgesetzgebung erweitern, den durch die Gefahr der Atomisierung bedrohten Volkskörper richtig gliedern, die Mittelschicht als die für das Volks- und Staatsleben wichtigste mehr als bisher, z. B. durch die Steuergesetzgebung, fördern und vor allem den beängstigenden Rückgang der Geburtenzahl verhüten.

Da des Verfassers A und O die Reinerhaltung des deutschen Blutes ist, so legt er seine darauf abzielenden Vorschläge besonders eingehend dar. Für völkisch überwiegend reine Nationalstaaten, wie das deutsche Reich, sind diese einfach und bei Befolgung des Grundsatzes, daß, unbeschadet der Rechte sämtlicher bisherigen Reichsangehörigen, „nur der Vollbürger Eigentümer und Besitzer eines Bodens werden darf", unschwer durchzuführen; für völkisch gemischte Nationalitätenstaaten, wie etwaige staatliche Neugründungen in Osteuropa es sein werden, sind sie komplizierter, werden dort aber zur Verwirklichung des Prinzips „schiedlich friedlich" doch wohl nicht führen, weil die räumliche Trennung der Völker, denen Sonderstaaten im Gesamtstaate, eigene Verfassungen, politische Körperschaften und Beamte, eigene kulturelle Einrichtungen auf eigene Kosten, z. B. nationales Schulwesen, zugebilligt werden, nicht restlos durchgeführt werden kann und nach Dr. Siebert auch nicht soll; es bleibt so ein Durcheinanderwohnen bestehen, das, wie ich vermute, nur zu bald zu neuen Reibereien, Boykottkämpfen und zur Beeinträchtigung der nationalen Eigenart der numerisch schwächeren Völkersplitter führen wird. Das gilt ganz besonders für die Ostjuden, von denen der Schlußabschnitt handelt, und für die Deutschen namentlich in den Städten. Während die anderen Völker Westrußlands als Ackerbauer leicht und ohne erheblichen Aufwand durch Umsiedlung voneinander getrennt werden könnten, wohnen Deutsche zerstreut an vielen Orten und die Ostjuden, als Kaufleute, Handwerker und Intellektuelle über das ganze weite Gebiet verbreitet, in gewaltigen Massen zumeist in den Städten, in Warschau z. B. als 42 Prozent der Einwohnerschaft; im bisherigen Zartum Polen bilden sie sogar in hundertfünfundneunzig Städten über 50, in neununddreißig über 75 und in neun über 90 Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie in eigenen Territorien anzusiedeln und aus der Stadt aufs Land zu verpflanzen, dürfte nicht unmöglich, aber bei enormen Kosten eine Herkulesarbeit sein, die schließlich an der Weigerung nicht bloß der jüdischen Finanzgrößen, Fabrikanten, Rechtsanwälte und Ärzte, sondern auch der Hunderttausende von Handwerkern, Händlern und Agenten, die auf Erwerb von dem Wirtsvolke angewiesen sind, sich mit den blutsverwandten Proletariern von der übrigen Welt abzusperren, scheitern würde.

Werden sich die 6 Millionen Ostjuden, sobald des Krieges Stürme schweigen, entschließen, in den fünfundzwanzig Gouvernements des Ansiedlungsrayons, insonderheit die fast 2 Millionen polnischen in Kongreßpolen zu bleiben? Schon bisher, seit 1881, dem Beginn der Pogrome und der russischen Antijudengesetzgebung, sind sie fortgesetzt — in kleiner Zahl — nach Palästina und — in hellen

Haufen — nach den Vereinigten Staaten übergesiedelt, wo von 2½ Millionen Juden 2 Millionen während der letzten fünfundzwanzig Jahre eingewanderte Ostjuden sind. Ginge es nach dem Sehnen ihres Herzens, sicher die meisten wären längst in die Urheimat ihres Volkes gezogen. Für eine nahe Zukunft darf deshalb, die Erlaubnis des Sultans vorausgesetzt, mit einer Massenübersiedlung ostjüdischer muskelschwacher Händler und Proletarier nach dem neuen Zion gerechnet werden; diese werden sich dort (zu dieser Hoffnung berechtigen die bisherigen Erfahrungen), überraschend schnell in tüchtige, körperlich kräftige, an ihrer Scholle hängende Bauern verwandeln. Unvergleichlich größere Massen freilich werden die ungastliche alte Heimat, die Stätte unsäglicher Leiden, mit einer gastlicheren im Lande der unbegrenzten Erwerbsmöglichkeiten vertauschen; dort fühlt sich das jüdische Element wohl und übt schon heute im wirtschaftlichen, geistigen und politischen Leben einen spürbaren, stetig wachsenden Einfluß aus. Nur ein Bruchteil also wird geneigt sein, im Gebiet der „Fremdstämmigen" sitzen zu bleiben, um den problematischen „Jiddischen Staat", den Zionismus im Sinne des Dr. Siebert verwirklichend, mitten unter feindlich gesinnten Wirtsvölkern zu gründen.

Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Die Ruthenen Galiziens sehen mit Grausen und Protest der Autonomie Galiziens, d. h. der Herrschaft der ohne Einspruch der Wiener Zentrale „ihre inneren Landesangelegenheiten selbständig ordnenden" Polen entgegen. Die Juden des Weichselgebietes erwarten mit gleichen Befürchtungen „das friedliche Zusammenleben" mit der im autonomen Königreich in Gesetzgebung und Verwaltung maßgebenden polnischen Mehrheit. Beide Völker haben aus ihrer Leidensgeschichte gelernt und schließen von der trüben Vergangenheit auf eine noch trübere Zukunft. Die polnischen Juden, die die Proklamierung des selbständigen Kongreßpolens längst erwarteten, treffen dementsprechend ihre Vorkehrungen. Sie trauen dem Philosemitismus nicht, den neuerdings die für Deutsche deutsch geschriebene Polenpresse unentwegt zur Schau trägt. Schon vor Wochen kam aus Warschau die Nachricht, daß auffallend viel junge Juden an englischen Sprachkursen teilnähmen, um nach dem Kriege nach Amerika auszuwandern. Und drüben werden seit Monaten Vorbereitungen für die Aufnahme großer Massen von ostjüdischen Einwanderern und für ihre Ansetzung in Städten des mittleren und fernen Westens, wo es bisher erst wenig Juden gibt, getroffen. Was ihnen in der Heimat bevorsteht, ergibt sich aus polnischen Worten und Taten der letzten Zeit, von denen, weil in Deutschland wohl kaum beachtet, einige angeführt seien.

Mitte Oktober d. Js. beschloß der Magistrat Warschaus, der übrigens bei der Besetzung von fünfhundert Beamtenstellen nur zwei oder drei Juden berücksichtigt hat, den jüdischen Kaufleuten in den restaurierten Gewölben der Handelshallen, des gościnny dwór, getrennt von den christlichen, ganz hinten ein besonderes Viertel, also die schlechtesten Verkaufsplätze, zuzuweisen. Und gegen Ende Oktober beschloß die polnische Mehrheit der Stadtverordneten Warschaus, an Sonntagen und katholischen Feiertagen den Handel „im Interesse der Geschäftsangestellten" ganz zu verbieten. Indem sie die jüdischen Kaufleute, die 72 Prozent der Warschauer Kaufmannschaft stellen, zwingen, ihre Geschäfte im Jahre 190 Tage geschlossen zu halten, hoffen sie sie, wie jüdischerseits mit Recht vermutet wird, ge-

schäftlich zu vernichten und dauernd loszuwerden. Die Beratung des Stadthaushaltsvoranschlages am 31. Oktober gab der jüdischen Minderheit Gelegenheit, ihren Standpunkt würdig, maßvoll aber entschieden zu vertreten. Ihnen antwortete der Führer der polnischen Mehrheit Ilski zum Schluß: „Die Juden haben von den Polen nichts zu erwarten, und wenn sie stets mit besonderen Forderungen kommen, so haben sie in Polen keinen Platz. Wir kämpfen nicht gegen euch, sondern für uns. Wir wollen uns von euch befreien. Sprecht nicht von abstrakter Gerechtigkeit, die werdet ihr bei uns nicht finden. Wißt, daß das polnische Volk bis jetzt passiv war. Hütet euch, seinen Zorn zu erwecken. Er könnte zu Taten führen, für die ich keine Verantwortung übernehme."

Sapienti sat. Oder muß ich noch hinzufügen, daß die Polen des autonomen Königreichs entschlossen sind und bei ihrer Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit es auch durchsetzen werden, daß an die Stelle des gewerblichen und kaufmännischen blutsfremden, deutschen und jüdischen Mittelstandes ein national-polnischer tritt, desgleichen, daß die Deutschen zum größten Teil im Polentum aufgehen, zum kleineren aus dem Lande gedrängt, die Juden zu einem recht kleinen, den Assimilanten, aufgesogen, zu dem so großen, der treu zu seinem Volkstum haltenden, für die Ideale des Zionismus begeisterten, brotlos gemacht, anderswo eine neue Heimat zu suchen gezwungen sein werden? —

Dr. Siebert, der mit den Methoden der Rassenforschung und ihren Ergebnissen genau bekannt ist, hätte sein Thema in den Rahmen eines breit ausgeführten und wissenschaftlich begründeten Lehrgebäudes zu fassen, also ein dickes Buch zu schreiben vermocht. Weil der Leser während des Krieges weder Zeit noch Lust habe, einen dicken Wälzer zu studieren, hat er den ungewöhnlich reichen Stoff auf zwei Bogen zusammengedrängt; er bietet Wissenschaft in gemeinverständlicher Darstellung, die bei völkisch gesinnten Lesern freudige Anerkennung auslösen, auf Weltbürgerei eingeschworene stutzig machen und diesen und jenen von dem Köhlerglauben an Schlagworte eines Zeitalters, das wir innerlich längst überwunden haben müßten, befreien wird. Die kleine Schrift verdient in recht vielen Häusern Aufnahme zu finden und auch von der in Deutschland so zahlreichen Fraktion der politisch und national Gleichgültigen, die um Werke, die Rassenfragen behandeln, im weiten Bogen herumzugehen pflegen, gelesen zu werden; manchem von ihnen würde doch wohl das Gewissen schlagen und zum Bewußtsein kommen, daß er Pflichten nicht an der „Menschheit", sondern an seinem Volke zu erfüllen hat.

Professor Kranz

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Noch einmal: Ethik und Politik

Von Professor Dr. Otto v. d. Pfordten

Im ersten Dezemberheft 1914 dieser Zeitschrift hatte ich einige Gedanken unter obigem Titel veröffentlicht, vor allem um gegen die Proklamierung eines Nietzscheschen Amoralismus als Sinn dieses Weltkriegs Stellung zu nehmen. Zwei Jahre sind seither verflossen und das Thema inzwischen vielfach erörtert worden, am bedeutendsten wohl von O. Külpe*), Heinrich Scholz**) und jüngst von Otto Baumgarten***), dem evangelischen Theologen. Darf man sich im einzelnen vielfach Widersprechendes zusammenfassen, so ist das Ergebnis die offene Proklamierung einer doppelten Moral für den Staat und den einzelnen; für jenen wird Machiavelli verherrlicht, wenn auch leise verbessert, für diesen soll die Bergpredigt gelten. Wie ein Staatsmann die Widersprüche in sich vereinigen soll, wird nicht klar und statt dessen als „tragisch" hingestellt; diese „ungelöste Dissonanz", die besonders von Baumgarten, der lichtvoll über das Historische orientiert, mit erschreckender Folgerichtigkeit als der Weisheit letzter Schluß ausgegeben wird, zwingt dazu, noch einmal solcher Verwirrung entgegenzutreten.

Die Ethik kann nicht und niemals zugeben, daß es zweierlei Regelsysteme gibt, die einander noch dazu völlig widersprechen und ob das ein einzelner, und sei es Bismarck, als „tragisch" fühlt oder ob man solche Tragik bei ihm finden will, ist dem Ethiker völlig gleichgültig. Denn tragisch ist ein ästhetischer Begriff und die Maßstäbe der Ethik sind nicht dazu da, dem betrachtenden Welt-Beschauer tragische Schauer einzujagen. Sobald man diese Folgerung zugibt, ist eine der beiden Moralen falsch; denn die Norm redet überzeitlich

*) „Die Ethik und der Krieg". Hirzel, Leipzig 1915.
**) „Politik und Moral". F. A. Perthes, Gotha 1915.
***) Ebenso J. C. B. Mohr, Tübingen 1916.

zu allen Menschen und kann keine Sonderausgabe für Staatsmänner veranstalten. Nur ihre Befolgung kann vernünftigerweise nicht von allen in gleichem Maße verlangt werden; dabei ist aber der Unterschied ein gradueller und kein prinzipieller. Sonst läuft diese Weisheit auf das Wort hinaus von den kleinen Dieben, die man hängt, und den großen, die man laufen läßt, zumal wenn man sie nicht in die Gewalt bekommt. Und wenn ein Theologe so gegen die ersten Grundlagen der Ethik verstößt, so ist es wohl wert, sich dreimal zu besinnen, ehe man dem Lockruf folgt, Machiavelli und Jesus zu gleicher Zeit zu empfehlen, je nachdem nur zu beliebigem Gebrauche! Da aber eine eingehende Widerlegung allein dieses Baumgartenschen Buches den Rahmen eines Zeitschriften-Artikels sprengen würde, so fasse ich meinen philosophischen Standpunkt lieber in einer Reihe positiver Thesen zusammen.

Die Ethik ist souverän, d. h. ihre Normen sind nicht von den Ereignissen, und seien diese noch so welterschütternd, abhängig. Das Sollen steht nicht im Sein geschrieben und ist nicht aus Tatsachen einfach abzulesen noch durch sie zu beweisen oder zu widerlegen. Ideale sind frei und stehen nicht unter Naturgesetzen; wie oft und wie weit sie verwirklicht werden, entscheidet weder über ihren Wert noch über ihre Geltung. Was man für eine Welt der Normen, wie sie in Ethik, Recht, Völkerrecht usw. vorliegt, aus der Erfahrung lernen kann, ist nur eine Beschränkung, nämlich auf mögliche und erreichbare Ziele, Zwecke, Ideale, eine Ausschaltung hoffnungsloser Forderungen, unerfüllbaren Sollens, unvernünftiger Ideale. Nicht nur die Politik ist eine Kunst des Möglichen, auch eine vernünftige Ethik fordert nur das dem Menschen mögliche, aber davon allerdings das höchste Maß, die denkbar beste Leistung, die sie als Muster und Vorbild hinstellt. Die Praxis, der Alltag bleibt hinter allen Normen weit zurück und dennoch sind nur sie es, die die Menschheit vorwärts ziehen, höher treiben; was auch nur einmal möglich war, das kann öfter, sollte ideal gefaßt immer geschehen, wenn es ethisch wertvoll erscheint.

Wer also Moral und Politik völlig auseinanderreißen will, muß behaupten, daß es dieser unmöglich ist, irgendwelche ethische Anforderungen zu erfüllen und die unmoralische Natur des Staates postulieren, in dessen Namen Politik getrieben wird. Vor solcher Folgerung scheut wohl jeder zurück; dann aber fällt auch die schroffe Entgegensetzung; alles wird relativ, es klafft kein Abgrund, sondern es baut sich eine Brücke. Vielleicht ist es dem Staatsmann nur viel schwerer gemacht, als dem einzelnen, ethisch zu handeln; die Entwicklung zum Ideal geht in der Politik noch langsamer, mühsamer, als bei der Individualmoral; wir müssen als Ethiker mit dem Staat noch mehr Geduld haben.

Aber die müssen wir doch auch mit den einzelnen haben! Die Kluft zwischen Wollen und Vollbringen, Wirklichkeit und Ideal, Tatsache und Norm finden sich doch nicht nur beim Staate! Wenn man z. B. Baumgartens Buch liest, meint man oft, jeder einzelne lebe genau nach der Bergpredigt und nur allein der Racker von Staat nach Machiavelli. Müssen wir denn nicht überall sehr

bescheiden sein, wenn wir das Erreichte mit der Forderung vergleichen? „O, daß dem Menschen nichts Vollkommnes wird, empfind' ich nun", sagt Goethe-Faust. Aber gibt man darum die Normen auf, die Ideale preis!? Hören wir auf Betrug zu tadeln, Diebstahl und Mord zu strafen, weil es noch immer Diebe, Betrüger, Mörder gibt? Wer sich durch die mangelhafte Durchführung von Moralgeboten entmutigen lassen will, findet im Privatleben reichen Anlaß zu Pessimismus und brauchte nicht auf diesen Krieg zu warten oder den bösen Staat auszunehmen. Unvollkommenheit überall — dieser Fundamentaltatsache gegenüber müssen sich ethische Vollkommenheits-Ansprüche auf allen Gebieten behaupten.

Die unheilbare Trennung zwischen Politik und Moral, nach der jener nur die Aufgabe zufiele, die Macht des Staates zu fördern, dieser nur der sogenannte Altruismus, der Dienst an anderen, beruht auf einer unrichtigen Ethik. Es ist gar nicht an dem, daß das Leben für den „anderen" zur Begründung einer solchen ausreichte; der reine Altruismus ist, wie ich in meiner bei Göschen erschienenen Ethik gezeigt habe, als Theorie ungenügend. „Selbstbehauptung", Selbsterhaltung, Selbstvervollkommnung sind auch beim einzelnen ethische Aufgaben; selbst der altruistischste Beruf unserer Kultur, die Krankenpflege, erfordert eine Sorge des Pflegenden für sich selbst, sonst wird man selbst krank, unfähig, oder stirbt und kann jedenfalls nichts leisten. Wirklich nur für andere kann kein Mensch leben. Das Opfer ist überhaupt eine Ausnahme, nicht die Regel, und nur mit Selbstaufopferung kann man wohl sterben, z. B. für das Vaterland, aber niemals leben. Die „Selbstbehauptung", die man der Politik für den Staat zuweist, hat auch der einzelne nötig, auch der Tugendhafteste; äußerlich hat sie ihm eben der Kulturstaat abgenommen. Nun dieser sie auf seinen Schultern trägt, scheint sie beim Privatmann unnötig; aber vor dem allgemeinen Landfrieden mußte auch der ethische Bürger in Wehr und Waffen reisen, um nicht erschlagen zu werden; Kulturpioniere in fernen Ländern und Kolonien müssen sich ohne Staatsschutz helfen; schließlich jeder, wenn die Polizei nicht da ist oder versagt. Der Kulturstaat aber ermöglicht es erst dem einzelnen, viel mehr für andere zu handeln und zu leben, weil er die nächste Sorge um sein und der Seinigen Leben nicht mehr hat.

Die Bergpredigt, die immer als Typus der Ethik herangezogen wird, ist nicht die ganze Ethik, nicht einmal die ganze christliche. „Seligpreisungen" bedeuten in der Sprache der Philosophie die Aufstellung höchster, absoluter Werte, nicht aber eine Kasuistik für den Alltag und das ganze Leben. Gepriesen wird, wem und wann es gelingt, solchem Ideal nachzustreben; politisches Tun mag da noch am weitesten entfernt sein — weit genug bleibt doch auch das Privatleben zurück hinter solchen ethischen Rekordleistungen. Sie müssen auch hier bestimmt werden nach den Forderungen des Lebens, soll eine Individualethik nicht hyperidealistisch, zwar sehr rein aber dafür desto un-

brauchbarer sein. Des Russen Tolstoj Lehren, der das Unerfüllbare verlangte, sind ein vorzügliches warnendes Beispiel; was er wohl getan hätte, wenn ein fremdes Volk auf seinem geliebten Landgut gehaust hätte, wie die Russen in Ostpreußen? Er hat es nicht erlebt, aber seine Theorie hat schon in seinem eigenen Leben Schiffbruch gelitten. Jedenfalls, wenn die Politiker nicht einfach mit der Bergpredigt durchkommen, so beweist das gar nichts; zwischen ihr und Machiavellischem sacro egoismo gibt es viele Zwischenstufen.

Denn auf der anderen Seite hat ja doch der Staatsmann nicht nur für die „Selbstbehauptung" und Macht des Staates zu sorgen; das ist die gleiche Übertreibung, die dazu dient, den Gegensatz von Politik und Ethik zu überspannen. Macht gehört zum Wesen des Staates, ist auch eine Vorbedingung für sein Kulturleben, und nicht „Freiheit", die statt ihrer immer genannt wird. Freiheit ohne Macht, speziell Militärmacht, nützt dem Staat gar nichts; das sehen wir heute an Norwegen, Portugal, Italien usw., deren Freiheit nur eine Vasallenrolle unter Englands Fuchtel bedeutet. Aber Macht ist der Ethik nicht diametral entgegengesetzt. Macht ist nicht ohne weiteres Recht, aber Macht schafft Recht — auch im inneren staatlichen Leben — und erhält es als solches. Was unterscheidet Recht von (philosophischer oder religiöser) Ethik? Die Macht des Staates, die hinter jenem steht, nichts anderes; die die Durchführung der Rechtsnormen erzwingt und das ethische Minimum sichert, das im Recht als Ausdruck gemeinsamen ethischen Willens lebt. Konflikte mit privaten Überzeugungen gibt es hier so gut wie in der Politik. Ein Richter muß ein Gesetz anwenden, das er für verfehlt hält; ein Geschworner kann die Institution als solche mißbilligen und muß sich doch beteiligen; wieviel Staatshandlungen mögen einzelnen widerstreben, die ihnen gegenüber immer machtlos sind. Aber nur Privatethik ohne Recht und Staatsmacht wäre doch tausendmal schlimmer!

Aber für unseren Kulturstaat ist Macht gar nicht Selbstzweck, sondern Mittel zu höheren Aufgaben und darum eben ethisch wertvoll; nur in mächtigem Staate kann sich reiches Kulturleben entfalten, dem im letzten Grunde doch die errungene Macht dienstbar ist. Steht aber gar erst der Feind im Land, dann ist es mit aller „Pflege der Persönlichkeit", den Humanitätsidealen und der Persönlichkeitsethik aus, die z. B. Baumgarten wieder, wie die Leute des achtzehnten Jahrhunderts, ohne und gegen den Staat betreiben will. Das hat sogar der Abgott Goethe merken müssen, als die Franzosen in Weimar eindrangen; und dabei wurde er auf Napoleons Befehl noch geschont. Wenn doch endlich einmal die realen Tatsachen diese Fiktion zerstörten, als seien alle diese schönen geistigen Güter und der ganze Persönlichkeitskult vom Staat und seinem Schutz unabhängig zu denken; wiederum hätte ich gewünscht, einen Vertreter solcher Anschauungen gerade in Insterburg weilen zu lassen, als die Russen dort herrschten — er hätte nach dem Militär geschrien, wie alle anderen. Nicht für die Politiker erwirbt und erhält der Staat seine Macht, sondern für alle seine Bürger; sie dient ihrem Wohl und nicht der Befriedigung machiavellistischer

Fürsteneitelkeit und Nietzscheschem Übermenschentum. Wenigstens in dem Staat, in dem wir die unverdiente Ehre haben zu leben.

Spricht man die Politik von jeder ethischen Kritik frei, so stößt man sie geradezu ins Unmoralische und muß dann konsequent jede Abscheulichkeit gutheißen, wenn sie nur angeblich zum Besten eines Staates geschieht. Denn dann gibt es keine Schranke mehr, weder was die Ziele noch die Mittel betrifft. Nein, man darf nie ermatten beide ethisch zu beurteilen; wer das nicht tut, versündigt sich geradezu am Staat. Man soll festhalten z. B. den Unterschied von gerechtem Verteidigungs- und ruchlosem Eroberungskrieg; nur muß man dabei die Vernunft walten lassen und z. B. nicht kindisch „Anfang" nennen, wenn der erste Schuß fällt. Wer jahrelang bis in die Schulen hinein zum Kriege hetzt (Frankreich) oder heimlich und heimtückisch mobilisiert (Rußland) oder dem anderen entwürdigende Zumutungen macht (England), der ist offensiv. Gegen Englands Tyrannei ist jeder Krieg ein Defensivkrieg noch auf viele Jahre hinaus. Und Eroberungskrieg heißt ein solcher, der zum Zweck einer Tyrannei begonnen wurde oder um ein Land zu vernichten, wie es unsere Feinde wollten. Wenn sich aber im Laufe eines großen Krieges Eroberungen als nötig herausstellen, weil sie die einzig mögliche Sicherung des eigenen Staates bedeuten, so hat das seine sittliche Rechtfertigung. Das ist von Fall zu Fall zu entscheiden; eine Lebensgarantie allen kleinen, verfaulten, unfähigen Staaten für alle Zeiten zuzubilligen, ist töricht und nicht im Interesse höherer sozialer Gesichtspunkte. Die wertvollere Kultur muß sich ausbreiten und auch einmal eine äußere Selbständigkeit ohne inneren Wert vernichten dürfen (Serbien); auch im Privatleben verdient das Morsche und Unfähige keine Erhaltung, sei es Person oder Geschäft. Das folgt gerade daraus, daß Staatsmacht nicht Selbstzweck, also auch kein absoluter Wert in jedem Falle ist, den ein Erhaltungsgesetz auf ewig zu bewahren zwänge. So kann ein gerechter Verteidigungskrieg dennoch zu Eroberungen führen; der sich vergrößernde Staat hat dann die ethische Aufgabe, seine neue Macht in Kulturleistungen für die eroberten Länder zu bewähren. Sich aber als Ziel eine für das Staatswohl unnötige Eroberung zu setzen (die Russen und Konstantinopel), lediglich, weil man das fremde Gut gern haben möchte, ist unmoralisch. Das ist ein echter „Eroberungskrieg".

Soviel von den Zielen, die meist am schwersten zu bestimmen sind, weil die Regierungen sie verschleiern und selten so offen äußern, wie in dem sogenannten Testament Peter des Großen. Noch viel weniger wird man auf die Kritik der Mittel von Staatslenkung und Kriegführung verzichten wollen; und es gibt keinen anderen als den ethischen Maßstab dafür. Alles sogenannte „Völkerrecht" ist vertragsmäßige Ethik, denn zum Recht fehlt ihm die erzwingende Macht. Daß es oft in diesem Kriege verletzt wurde, darf nur ein Ansporn sein, um so eifriger an dem Neubau zu arbeiten; wir Deutsche können das um so leichter, als wir wenig Tadel zu fürchten haben, sobald sich erst der Nebel von Lüge und Verleumdung gelichtet hat. Von welchem

anderen als ethischen Gesichtspunkt aus will man denn den Lügenfeldzug verdammen, den unsere Feinde gegen uns geführt haben? Und soll man nicht sagen dürfen, daß unser Verhalten gegen Belgien, ein extremer Notfall, hundertmal vornehmer und anständiger war, als das ekelhafte Vorgehen der Entente in Griechenland, für das keinerlei zwingender Grund oder Lebensnot vorlag? Es ist geradezu erschreckend, wie z. B. Baumgarten dazu gedrängt wird, die ungeheure englische Heuchelei (Freiheit der Kleinen, Kampf für Zivilisation usw.) zu verteidigen und zu entschuldigen. Heuchelei hat eine Stelle in der praktischen Moral, aber nur wenn sie ein Durchgangspunkt auf dem Wege zu sittlicher Wahrheit ist; der Schwankende heuchelt zunächst einmal „Tugend", bis sie ihm zur zweiten Natur geworden und dann ehrlich ist. Aber von dieser psychologischen Feinheit ist doch hier keine Rede; diese Heuchelei ist auch keine Anerkennung ethischer Forderungen, sondern bewußter Betrug, Geschichtsfälschung, Verhetzung.

Das Verhältnis von Ethik und Politik ist also genau wie bei der Privatmoral das einer dauernden, nie restlos erfüllten Forderung, eines Ideals, verbunden mit der Hoffnung auf einen immer größeren Sieg des Guten. Daß diese fortschreitende Moralisierung beim Staat einfach dadurch kommt, daß die Politik immer mehr demokratisiert wird, wie Baumgarten meint, ist eine irrige Hoffnung; die Volksmasse ist nicht moralischer als der einzelne und die alte Idee der Aufklärungszeit, auch Kants, nur die Monarchen machten Kriege, ist heute doch nicht mehr aufrecht zu erhalten. Am wenigsten wird die Politik moralisiert werden, wenn man aus Schrecken über die Greuel dieser Zeit die Flinte ins Korn wirft und den Staat machiavellistischen und Nietzscheschen Prinzipien überantwortet. Wer verzweifeln will wegen des ungeheueren Abstands zwischen Sollen und Wirklichkeit, der verlebendige sich einmal den Abstand zwischen dem tatsächlichen Zustand unserer Voreltern und der Ethik, die ihnen etwa Bonifazius predigte. Ich halte diesen für größer, als den in der heutigen Politik, denn Ansätze zur Ethisierung sind hier zweifellos vorhanden; auf solche wies ich schon im ersten Aufsatz hin. Die Wahrheit siegt z. B. doch langsam über die Lüge: Amerika hat das Belogenwerden schon satt. Und ist es nicht ein Fortschritt und echt deutsch, wenn unser Reichskanzler den Einmarsch in Belgien offen beim Namen nannte, anstatt Lügen dafür zu ersinnen? Das hieß nicht: Verträge gelten gar nichts; aber sie sind nicht das höchste und letzte. Über ihnen steht der Zwang der Not, der Eisen bricht — und Papier. Also muß eine Vertragsverletzung durch höhere Staatsinteressen gerechtfertigt sein; wohl ihnen, wenn Italien und Rumänien auch das von sich sagen könnten. Für die Vergewaltigung Griechenlands lag jedenfalls keine Not vor; ebensowenig für die Nichtachtung des Frankfurter Vertrags, die Frankreichs Eroberungspolitik seit Jahren zu Grunde lag. Es läßt sich also sehr wohl im einzelnen Fall nach ethischen Gesichtspunkten urteilen, wenn man seinen Verstand nicht zum Weißwaschen des alten Zynikers Machiavelli verwendet oder ethische Theorien aufstellt, die auch im Privatleben als Maßstab ungeeignet sind.

Das alles betrifft die äußere Politik; für die innere braucht man nicht so viel Worte zu verwenden, da die Zahl derer, die hier einem Immoralismus des Staatsmannes das Wort reden, wohl nur klein sein wird. Vor allem gilt es auch hier, feiner zu unterscheiden und nicht mit einem „alles oder nichts" das Kind mit dem Bade auszuschütten. Ein Beispiel, das Baumgarten heranzieht, Bismarcks Spiel mit den politischen Parteien im Reichstag, mag genügen. Es ist nicht nötig, dies ohne Einschränkung zu billigen; etwas ganz anderes ist, etwa zu sagen: die ungeheuren Schwierigkeiten bei der Reichsgründung und Ausgestaltung nötigten ihn zu dieser oder jener Maßnahme, die unter anderen Umständen nicht zu rechtfertigen wäre. Entschuldigen, erklären, aus der besonderen Lage rechtfertigen ist etwas anderes als das für allezeit als Muster hinstellen. Gerade in den Entschuldigungsgründen liegt ja die Anerkennung, daß es an sich nicht schön und vorbildlich war. Das erleben wir eben jetzt häufig, daß die Staatsvernunft zu mancher Maßnahme zwingt, die im Frieden unnötig wäre; genau so muß man im Privatleben manches tun, was man lieber nicht täte, wenn eine höhere Rücksicht es gebietet. Mit Rigorosität kommt man nirgends durch, und eine Skala einander übergeordneter Wertgruppen ist unentbehrlich. Jetzt geht das Vaterland z. B. schlechthin allem vor, jedem Privatrecht; ist es aber nicht in Gefahr, dann nicht. Darüber braucht die Ethik noch lange nicht Schiffbruch zu leiden oder ihren Anspruch selbst mutlos aufzugeben. Denn für die Ethik gilt ohne Zweifel, daß sie Gott fürchtet und sonst nichts auf der Welt und wenn sie tausendmal mit Füßen getreten wird. Dem Staat aber, dessen Lenker es am besten verstehen werden, Staatsnotwendigkeiten mit tunlichster Berücksichtigung moralischer Forderungen zu verbinden, dem gehört die Zukunft. Möge es der unserige sein.

Die Deutsch-Russischen Handelsverträge

Von Universitätsprofessor Dr. L. Karl Goetz in Bonn

olange Rußland in Warenaustausch mit dem westwärts von ihm gelegenen Europa steht — und das sind schon über tausend Jahre her — in Ausfuhr seiner eigenen Rohprodukte, im Zwischenhandel mit den Gütern Asiens, wie in Einfuhr von Waren aus Westeuropa, steht der deutsch-russische Handel an erster Stelle unter dem auswärtigen Handel Rußlands. Solange ein russischer Staat existiert, von den ältesten Zeiten der nordrussischen und südrussischen Teilstaaten an bis zum Kaiserreich Rußland unserer Tage, gibt es auch amtliche Urkunden über diese deutsch-russischen Handelsbeziehungen, gibt es deutsch-russische Handelsverträge. Wenn wir von zwei russisch-byzantinischen Handelsverträgen aus der ersten Hälfte des zehnten Jahrhunderts absehen, die zwischen den Fürsten von Kiew, Oleg und Igor und den griechischen Kaisern 911 und 945 geschlossen wurden, ist Deutschland das Land, das die ältesten und die meisten vertraglichen Regelungen seines Handels nach und aus Rußland aufzuweisen hat, Handelsverträge, die sich auf einen Zeitraum von rund siebenhundert Jahren, von 1189, dem ersten deutsch-russischen Handelsvertragsentwurf, bis 1894/1904, dem neuesten Handelsvertrag zwischen Rußland und dem Deutschen Reich, erstrecken. Auch ohne daß Ziffern über den beiderseitigen Warenaustausch beigebracht, Statistiken über die wechselseitige Einfuhr und Ausfuhr geboten werden, ergibt sich aus dieser einfachen Tatsache die große Bedeutung, die dieser uralte Handelsverkehr zwischen Rußland und Deutschland für das wirtschaftliche Leben wie für die politischen Beziehungen beider Reiche und Völker bis in unsere Zeit gehabt hat. Ein derartiger tausendjähriger Faktor im Leben zweier Nationen kann aber durch den Krieg einiger Jahre nicht getilgt werden, trotz naturgemäßer Feindschaft zweier Kriegsgegner, trotz Schürung dieser Feindschaft durch Konkurrenten aus anderen Völkern, die so gern bereit sind, Deutschlands Erbe im Handel mit Rußland anzutreten, und die dafür schon alle Vorbereitungen treffen. Deutschland und Rußland haben sich in einer fast tausendjährigen Vergangenheit für ihr wirtschaftliches Leben im großen Umfang als aufeinander angewiesen gezeigt, sie werden es auch in Zukunft sein. Das ist eine selbstverständliche Schlußfolgerung, über die kein Wort mehr zu verlieren ist. Die Marksteine dieses uralten deutsch-russischen Handels, die Stufen seiner Entwicklung, sind die Handelsverträge zwischen Deutschland nnd Ruß-

land. Und so werden wir die große Bedeutung des deutsch-russischen Handels in der Vergangenheit wie in der Zukunft mit am besten aus einer knappen Übersicht über die Geschichte und den allgemeinen Inhalt dieser Handelsverträge erfassen.

In ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge können wir die deutsch-russischen Handelsverträge in zwei große Gruppen einteilen, in die vom Ende des zwölften bis Mitte des siebzehnten und in die von Mitte des siebzehnten bis Ende des neunzehnten bzw. bis Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts. Dieser allgemeinen Verschiedenheit von älteren und neueren deutsch-russischen Handelsverträgen entspricht in jeder der beiden Gruppen eine solche der Vertragschließenden wie der Handelsgebiete, für die die Verträge geschlossen sind. Kontrahenten auf russischer Seite sind bei den Handelsverträgen der älteren Gruppe erst einzelne Teilfürsten, später das Moskauer Zartum, bei denen der neueren Gruppe das Kaiserreich Rußland seit Peter dem Großen. Ist hier auf russischer Seite doch eine Einheitlichkeit der Vertragschließenden insofern vorhanden, als immer ein russischer Teilstaat oder der russische Staat die Handelsverträge schloß, so ist bei den deutschen Kontrahenten ein scharfer Unterschied zwischen den Handelsverträgen der älteren und der neueren Gruppe. Die älteren Handelsverträge bis zum siebzehnten Jahrhundert sind auf deutscher Seite geschlossen nicht vom Staat, sondern von der organisierten deutschen Kaufmannschaft, erst von der großen, den Ostseehandel beherrschenden Kaufmannsgenossenschaft auf der Insel Gotland, der uralten Vermittlungsstelle für den Handel zwischen Deutschen und Russen, von dem „gemeinen (d. h. gemeinsamen) deutschen Kaufmann", später von der deutschen Städtehanse unter Führung ihres Hauptes Lübeck. An Stelle dieser alten, kurz gesagt, Hanseverträge mit Rußland treten seit dem siebzehnten Jahrhundert wirkliche Staatsverträge, abgeschlossen im wesentlichen von Preußen, das als nächster und größter deutscher Nachbar Rußlands naturgemäß die Führung übernahm. Daneben haben wir Staatsverträge zwischen Rußland und den Nachfolgern der alten Hanse, den Hansestädten Lübeck und Hamburg, sowie mit einzelnen anderen deutschen Staaten, aus neuester Zeit natürlich Verträge mit dem Deutschen Reich.

Der Trennung der Handelsverträge in zwei Gruppen, Hanseverträge und Staatsverträge, entspricht eine andere Scheidung der Verträge nach Handelsgebieten, für die die Handelsverträge geschlossen sind, eine Trennung, die ihrerseits mit der Entwicklung der russischen Teilfürstentümer zum allrussischen Reich zusammenhängt. Die älteren Verträge sind vorwiegend für einzelne räumlich begrenzte Handelsgebiete in Rußland abgefaßt, die neueren beziehen sich auf den Handel im ganzen, sich allmählich zu seinem vollen Umfang ausgestaltenden russischen Reich, wie auf den Transithandel durch Rußland nach Asien.

Daß die beiderseitigen Handelsverbindungen, in Teilgebieten wie im Verkehr der beiden ganzen Reiche miteinander, jeweils abhängig waren von den

allgemeinen politischen Beziehungen der beiden Staaten, ist selbstverständlich; ein flüchtiger Überblick über die Geschichte der Handelsverträge wie der folgende kann aber natürlich auf diese ständige, bald fördernde bald hemmende Verbindung von Handel und Politik nicht eingehen. Aber im ganzen ist die lange Reihe dieser Handelsverträge doch auch für sich ein Beweis, daß direkte und große politische Gegensätze, von der allgemeinen Verschiedenheit der Nationen, ihrer politischen Grundanschauungen und Bestrebungen abgesehen, zwischen Deutschland und Rußland weniger vorhanden waren als zwischen Rußland und anderen Völkern. Im Gegenteil, die immer größer werdende Festigung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland geht auf die Erkenntnis zurück, daß eben keine solchen grundlegenden politischen Differenzen zwischen Deutschland und Rußland existierten. Sind ja doch schon die ersten Handelsverträge der neueren Gruppe zwischen Preußen und Rußland auf Grund der allgemeinen freundschaftlichen politischen Beziehungen abgeschlossen, dem gemeinsamen Gegensatz gegen fremde Mächte entsprungen, wie auch später die Handelsverträge auf die allgemeine Erkenntnis der wechselseitigen politischen Interessen zurückgehen.

Bei der älteren Gruppe der Hanseverträge haben wir von Anfang an zwei Handelsgebiete zu unterscheiden, für die sie getrennt verfaßt wurden. Einmal Groß-Nowgorod am Ilmensee, ehemals eine mächtige Handelsrepublik, die größte staatliche Gemeinschaft in Nordwestrußland, wohin die deutschen Kaufleute nach der Ostseefahrt entweder über die Newa, den Ladogasee und den Wolchowfluß oder von der Küste Livlands und Estlands über Pskow auf dem Landweg kamen. Und dann das Dünahandelsgebiet, von Riga über Polock und Witebsk nach Smolensk. Von beiden Orten, von Nowgorod wie von Smolensk aus ging, wenn auch im verminderten Umfang, der deutsche Handel weiter nach Innerrußland, zum Wolgagebiet, in die Gegend von Moskau und noch weiter nach Osten. Als die Engländer den Seeweg durch das Weiße Meer entdeckten und im Jahre 1553 zum ersten Male an die Mündung der nördlichen Dwina, an die Stelle des späteren Archangelsk kamen, da trat bald zu den alten beiden Gebieten des norddeutschen russischen Handels — der süddeutsche nach Kiew, über den wir keine Verträge besitzen, tritt an Bedeutung ganz gegen ihm zurück — Archangelsk als Haupthafen für den Warenverkehr nach und von Moskau hinzu.

Die für diese beiden Hauptgebiete des Nowgoroder und des Dünahandels von Ende des zwölften bis Ende des fünfzehnten Jahrhunderts, der Blütezeit des deutsch-russischen Hansehandels geschlossenen Handelsverträge teile ich in zwei Klassen ein, in Grundverträge und Sonderverträge.*)

*) Eine genauere Geschichte und Erklärung dieser Hanseverträge mit besonderer Darstellung ihres Verhältnisses zum deutschen wie zum russischen Recht biete ich in dem demnächst erscheinenden ersten Band einer Deutsch-Russischen Handelsgeschichte unter dem Sondertitel: „Deutsch-Russische Handelsverträge des Mittelalters".

Die Grundverträge sind diejenigen, die beim Beginn und der ersten Entwicklung des deutsch-russischen Handels, nach den beiden großen Gebieten aller Handelsverträge: Handel und Verkehr einerseits, Gewährung des Rechtsschutzes an die fremden Kaufleute andererseits, die allgemeinen Grundlagen schaffen, auf denen sich der Handel entwickeln, die persönlichen Beziehungen der Kaufleute sich gestalten sollen. Eine Eigentümlichkeit des russischen Handels der Deutschen war es, daß die Hansen in den Hauptorten Rußlands, vor allem in Nowgorod, geschlossene Organisationen, Handelskontore, große Kaufmannshöfe bildeten, nach außen getrennt von den Russen durch Zaun und Pforten, in ihrem inneren Leben von den Russen abgeschlossen durch die deutsche Hofordnung, das innerdeutsche Hausgesetz des Kontors, eine Summe von strafrechtlichen, zivilrechtlichen, handels- und ordnungspolizeilichen Vorschriften, die deutschem Recht entsprangen und von den Hansen nach Rußland mitgebracht worden. waren. Darum regeln die Grundverträge nicht nur die eigentlichen Handelsbeziehungen, sondern haben auch Satzungen strafrechtlicher, zivilrechtlicher und prozessualer Art für alle persönlichen Beziehungen, in die die Deutschen zu den Russen während ihres Aufenthaltes in Rußland treten konnten. Bei diesen Grundverträgen des deutsch-russischen Handels ist es von Interesse zu beobachten, wie das internationale Vertragsrecht sich aus dem Zusammentreffen von deutschen und russischen Rechtsanschauungen bildet, wie bald das eine bald das andere überwiegt. Andererseits läßt sich zeigen, daß die deutschen Forderungen in den russischen Handelsverträgen sich vielfach decken mit den Forderungen, die die Hanse in ihren anderen Handelsgebieten aufstellte; die Deutschen streben darnach, die Vorrechte und Freiheiten, die sie in anderen Ländern hinsichtlich ihres Handels wie der Gewährung des Rechtsschutzes genießen, auch in Rußland zu erhalten. So haben wir vielfach eine Gleichheit der russischen und der nichtrussischen Hanseprivilegien, aber auch Verschiedenheiten zwischen ihnen, die bedingt sind durch die besondere Lage der Hansen in Rußland gegenüber ihren anderen Handelsgebieten.

Die eigentlichen Handelsbestimmungen garantieren beiderseits volle Verkehrsfreiheit, „reinen Weg", bestimmen, daß ein Krieg den Handel nicht hindern soll — eine Satzung, die allerdings regelmäßig übertreten wurde —, sprechen von der Haftung der Russen für Unfälle und Schädigung der Deutschen auf russischem Gebiet, geben genaue Bestimmungen über die Reisewege, Benutzung russischer Leichterschiffe, Fuhrleute, Träger, enthalten Verordnungen über Maß und Gewicht, Groß- und Kleinhandel, speziell über den Handel mit den zwei wichtigsten Ausfuhrartikeln Rußlands, mit Pelz und Wachs, sichern den Grundbesitz und die Höfe der Deutschen in Rußland.

Bei der zweiten Hauptgruppe der Vertragsbestimmungen, die von Gewährung des Rechtsschutzes an die Fremden handeln, können wir, wie erwähnt, strafrechtliche, zivilrechtliche und prozessuale Satzungen unterscheiden; indessen gehen sie vielfach ineinander über, sind wechselseitig miteinander verbunden. Wichtigster

Grundsatz, der den Kaufmann auf beiden Seiten vor gewaltsamer Beschlagnahmung seiner Person und Ware sichern sollte, aber nie durchgeführt, sondern immer verletzt wurde, war der, daß kein Unbeteiligter unter dem Vergehen oder der Verschuldung eines anderen leiden, daß die eine Klagepartei sich an die andere halten solle. Ferner sind allgemeine Rechtsgrundsätze in den Grundverträgen, daß der Streit da enden soll, wo er beginnt, daß der Fremde wie der eigene Landsmann zu behüten ist. Auf strafrechtlichem Gebiet haben wir Strafandrohungen für Tötung, Körperverletzung, kleinere Streitigkeiten, Vergewaltigung von Frauen, Diebstahl, Sachbeschädigung. Aus dem Zivilrecht ist natürlich besonders die Eintreibung der Schulden, die Pfändung des Schuldners, behandelt, das Vorrecht der fremden Gläubiger vor den einheimischen festgestellt. Dazu kommen prozessuale Vorschriften über Abhaltung des Gast- und Handelsgerichts.

Diese allgemeine Regelung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den Grundverträgen wird dann in späterer Zeit, im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert, durch eine große Zahl von Sonderverträgen genauer bestimmt. Diese Sonderverträge sind also natürlich nicht so umfassend wie die Grundverträge. Sie knüpfen an einzelne Streitigkeiten an, die sich über den Handelsbetrieb wie über persönliche Rechte der Kaufleute entspannen, regeln diese und stellen dabei allerdings auch die allgemeinen Grundsätze für diesen und jenen Punkt auf. Wir können auch sagen, daß die Grundverträge mehr theoretischer Natur sind, d. h. daß sie die sich in Zukunft vielleicht ergebenden Fälle besprechen, daß dagegen die Sonderverträge mehr praktischen Charakter haben, daß sie die tatsächlich vorgekommenen Fälle von Verkehrsstörung nach den von alters her feststehenden Grundsätzen zu lösen versuchen. Die Grundverträge stellen die Regel auf, die in den Sonderverträgen angewendet wird. Oder, das Gebiet der Ahndung von Straftaten ins Auge gefaßt: der Grundvertrag enthält die jeweilige Strafandrohung, der Sondervertrag bietet für die schon begangene Tat die Bestrafung.

Solche Grundhandelsverträge haben wir für das Nowgoroder Handelsgebiet aus den Jahren 1189, 1259, 1268 bis 1269, für das Dünahandelsgebiet aus den Jahren 1229 und 1250. Die letzten Sonderverträge aus dieser Periode des deutsch-russischen Handels stammen aus dem Jahre 1493 für das Nowgoroder und aus dem Jahr 1498 für das Dünahandelsgebiet.

Nach der Blütezeit des hansisch-russischen Handels bis Ende des fünfzehnten Jahrhunderts verfiel er im sechszehnten Jahrhundert immer mehr und mehr; er hatte mit großen Schwierigkeiten, der Konkurrenz durch Engländer, Holländer, vor allem aber Livländer, zu kämpfen. Aus dieser Zeit haben wir noch einige Handelsverträge oder Handelsprivilegien, die für die Hanse von Moskauer Zaren ausgestellt wurden, so z. B. einen Vertrag vom Jahre 1514 mit Wassilij Iwanowitsch dem Dritten, der zu einer Wiedereröffnung des 1494 durch Iwan Wassiliewitsch den Dritten gewaltsam geschlossenen Kontors in

Nowgorod führte, ferner einen vom Jahre 1588 mit Feodor Iwanowitsch und einen vom Jahre 1603, der infolge einer großen hansischen Gesandtschaft nach Moskau mit Boris Feodorowitsch Godunow abgeschlossen wurde. Diesem letzten der eigentlichen russischen Hanseverträge folgen noch eine Anzahl von Handelsprivilegien, die die Zaren für große Kaufleute aus Hamburg und Lübeck ausstellten, so in den Jahren 1615, 1633, 1636, 1638, 1644, 1651, 1652, 1653. Es waren, wie gesagt, besonders die Engländer, die seit ihrer Eröffnung der Schiffahrt nach der Gegend von Archangelsk im Jahre 1553 den Deutschen Konkurrenz machten. Auch für das heutige Verhältnis der Engländer zu den Deutschen im Welthandel ist es noch von Interesse, wie die Engländer sich damals in Rußland zu dem deutschen Wettbewerb stellten. Ein englischer Gesandter, der mit Iwan Wassiliewitsch dem Vierten, dem Grausamen, einen politischen und Handelsvertrag abschließen sollte, verlangte 1583 Handelsvorrechte ausschließlich für die Engländer. Die verhandelnden Bojaren des Zaren wendeten ein, daß der Zar an niemanden ausschließliche Rechte verleihe, daß die russischen Häfen allen Fremden offen ständen. Der englische Gesandte Bowes erklärte dagegen immer: „Wir wollen keine Nebenbuhler." Indes, die Russen erwiderten, sie würden sich nicht zu Knechten der Engländer machen, die man in Rußland wohl als Kaufleute zulasse, aber nicht als Herrscher.

Mit der stärkeren Anteilnahme der Moskauer Zaren an der europäischen Politik seit der Wende des fünfzehnten zum sechszehnten Jahrhundert beginnt dann, noch in der Zeit, da die sterbende Hanse um Wiederherstellung der alten Handelsbeziehungen zu Moskau bemüht war, die Reihe der politischen Verhandlungen und der Abschlüsse von Waffenruhen und Freundschaftsbündnissen zwischen Rußland und dem deutschen Orden sowie den deutschen Kaisern, in die mehrfach auch allgemeine Bestimmungen über Handel und Meistbegünstigung aufgenommen, oder Handelssatzungen eingeschaltet wurden, wie wir das in der Gruppe der neueren Handelsverträge bei einer Reihe von Allianzverträgen zwischen Preußen und Rußland vom Jahre 1726 an wieder finden werden.

Die neuere Gruppe der deutsch-russischen Handelsverträge besteht wesentlich aus Verträgen zwischen Rußland und Preußen bezw. dem Deutschen Reich. Ihre genauere Geschichte müßte zugleich die Darlegung der allgemeinen politischen Beziehungen dieser beiden Staaten zueinander sein. Aber nicht nur die Wechselwirkung zwischen äußerer Politik und Handel kommt dabei zur Geltung. Wohl ist z. B. die Zollpolitik eines Landes gegenüber einem anderen abhängig von politischen Erwägungen, sie richtet sich danach, ob das eine Land dem anderen mehr oder weniger freundschaftlich gegenübersteht. Aber gerade bei Rußland war die Gestaltung der äußeren Handelsbeziehungen, wie sie auch in der russischen Zolltarifpolitik ihren Ausdruck findet, im Laufe der Zeit vielfach abhängig von der inneren Politik, z. B. von nationalistischen Strö-

mungen und ihrem Ankämpfen gegen die Tätigkeit der Fremden, ihres Kapitals, ihres Handels in Rußland. Auch war die Gestaltung und der Abschluß von Handelsverträgen manchmal mit verursacht durch die einseitig von einem Land betriebene Zolltarifpolitik. Freilich behandeln die tatsächlich abgeschlossenen Handelsverträge vorwiegend die äußeren Bedingungen und Formen, unter denen sich der Handel vollziehen soll. Alle jene inneren Momente bei den deutsch-russischen Handelsverträgen können hier, da es sich lediglich um eine knappe Übersicht über ihre Entstehung und Reihenfolge handelt, eben nur einleitungsweise kurz gestreift werden.

Die erste amtliche Handelsbeziehung zwischen Brandenburg-Preußen und Rußland fällt in den Anfang des sechszehnten Jahrhunderts. Es war der politische Gegensatz zu Polen, der 1516 den Markgraf und Hochmeister des Deutschen Ordens, Albrecht, bewog, eine Anknüpfung mit Moskau zu suchen; später, im siebzehnten Jahrhundert, kam die Verwandtschaft brandenburgischer und russischer Interessen gegenüber Schweden im Kampf um die Ostsee als Förderung der brandenburgisch-russischen Handelsbeziehungen hinzu. Der erste Staatsvertrag zwischen Brandenburg und Rußland, vom 10. März 1517, spricht nur ganz allgemein und kurz vom Handel, indem er den Kaufleuten und den Gesandten Albrechts nach Moskau freie und ungehinderte Reise in der Art zusichert, wie es auch in früheren Beifrieden und Frieden zwischen dem Deutschen Orden und den Fürsten Rußlands geschehen war. Weiter besitzen wir aus dem sechszehnten und der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts keine Urkunden über politische und Handelsverträge zwischen Brandenburg und Rußland. In diese Zeit fallen, wie schon erwähnt, noch einige der Hanse oder einzelnen deutschen Kaufleuten ausgestellte Handelsprivilegien in Rußland. Zu den schon angeführten kann noch der Vertrag des Jahres 1634 hinzugefügt werden, der einer holsteinischen Kaufmannsgesellschaft das Recht des Transithandels (mit Bernstein) durch das Moskauer Gebiet nach Persien und Indien verlieh.

Erst aus dem Jahre 1650 haben wir wieder Nachrichten über staatliche Handelsbeziehungen zwischen Brandenburg und Rußland. Der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm, schickte 1649 seinen Gesandten Heinrich Reiff an den Zaren Alexej Michailowitsch, um nach den Nöten des Dreißigjährigen Krieges die Erlaubnis zur Ausfuhr russischen Getreides zu erwirken. Unter der in Moskau besonders üblichen Überreichung reicher Geschenke, zumal von Bernstein, sowie von drei Hengsten, „so den Kopf hübsch tragen, auch sich zierlich und wohl zäunen," brachte Reiff das Gesuch vor, Alexej möge den Verkauf von Getreide an den Großen Kurfürsten gestatten, oder aus seinen Kornmagazinen in Archangelsk auf vier oder sechs Jahre jährlich 2000 Lasten billig überlassen. Alexej erklärte 1650, dies wegen ähnlicher Forderungen und Verkäufe an Dänemark, Schweden und Holland nicht bewilligen zu können. Aber zum Zeichen der Freundschaft wolle er dem Großen Kurfürsten 5000 Tschetwert (heute gleich

210 Liter) Roggen zum Preis von je 1 Rubel überlassen und hoffe, dies in Zukunft noch reicher bewilligen zu können. Wie weit dieser Handel ausgeführt wurde, ist nicht bekannt. Jedenfalls begannen damit erneute Beziehungen zwischen Brandenburg und Rußland, bei denen es sich freilich für Moskau bezeichnenderweise zunächst um Bewilligung der richtigen Titel für die beiden Fürsten handelte. Der Gegensatz beider Staaten gegen Schweden ließ dann 1656 den Zaren dem Großen Kurfürsten ein Offensiv- und Defensivbündnis gegen Schweden vorschlagen; es kam am 22. September 1656 zu Stande. In ähnlicher Weise wie der Bund von 1517 sichert auch dieser zweite Vertrag Brandenburgs mit Rußland den Kaufleuten zu Wasser und zu Lande ungehinderten Verkehr, daß „die commercien sollen von beyden seiten frey getrieben und dieses in allem steiff undt unbeweglich von nun an biß in ewigkeit gehalten werden". Die über die brandenburgisch-russischen Verhandlungen des Jahres 1673, welche die polnische Frage betrafen, gemachten Aufzeichnungen bieten nichts über den Handelsverkehr. Auch der Berliner Vertrag von 1687 über die wechselseitige Behandlung der Gesandten sagt nichts von den Reisen der Kaufleute im fremden Land, die doch in früheren Verträgen und noch in den von 1517 immer gemeinsam mit den Gesandten genannt werden.

Drei Verträge vom Januar-Februar 1689 bilden dann die Grundlage für alle folgenden Handelsbeziehungen zwischen Brandenburg-Preußen und Rußland. Kurfürst Friedrich Wilhelm der Dritte hatte 1686 seinen Geheimrat Chaplitz nach Moskau zur Anzeige seiner Thronbesteigung wie zum Abschluß eines Handelsvertrages geschickt; die Sendung hatte vollen Erfolg. Chaplitz erlangte Erfüllung seines Begehrens, daß die brandenburgischen Kaufleute in Rußland die gleichen Rechte wie die Konkurrenten der Deutschen, die Engländer und Holländer, erhielten. Die Urkunden gestatten den beiderseitigen Untertanen in beiden Reichen „zu handeln mit allerley freyheit undt ohne Vervortheilung, vornemlich aber unter aller beschützung und verthäydigung". Die Erlaubnis, nach Archangelsk zum Handel zu kommen, wurde im zweiten Vertrag speziell auf die französischen reformierten Emigranten angewendet. Der dritte Vertrag bewilligt den Untertanen des Kurfürsten Reise und Handel in Smolensk und Pskow, unter gebührender Zollzahlung „gleich alß anderer Herrschafften außländer, so in Unßer Zaarischer Majestät Groß-Reußische Reiche ankommen undt von langer Zeit hero ihren Handel treiben".

Daß auf dieser nun festen Grundlage für weitere Entwicklung des preußisch-russischen Handels den Russen in Brandenburg-Preußen dieselben Handelsrechte wie den Deutschen in Rußland zugeschrieben waren, hatte, wie die ähnlichen Zusagen in den älteren Hanseverträgen, mehr den theoretischen Wert der Anerkennung voller Gegenseitigkeit, als praktische Bedeutung für einen wirklich vorhandenen russischen Außenhandel. Die Aktivität war im deutsch-russischen Handel von jeher auf deutscher Seite. Und auch die weitere Beurteilung, die die deutsch-russischen Handelsverträge jener Zeit gefunden haben,

ist richtig, daß ihr Wert, ähnlich wie das für die mittelalterlichen deutsch-russischen Handelsverträge gilt, mehr negativ war als positiv, daß sie weniger die Förderung des Warenaustausches als die Unterlassung einer Hinderung des Handelsverkehrs in Auge hatten.

Eine große Erweiterung des deutsch-russischen Handels tritt dann bei der bedeutungsvollen Neugestaltung und Umbildung Rußlands unter der Alleinherrschaft Peters des Großen (1689 bis 1725) ein; sie läuft parallel dem Bestreben Peters, Rußland in Industrie und Gewerbe auch durch Hinzuziehung ausländischer Kräfte zu heben. Verträge werden geschlossen nicht nur mit Preußen, sondern auch mit den Hansestädten, an Stelle von Archangelsk als Haupteinfuhrhafen tritt jetzt 1703 Peters Neugründung Petersburg, dann durch den Frieden von Nystadt im Jahre 1721 Riga; zum nordrussischen Handel der Deutschen kommt allmählich der südrussische hinzu.

Als Peter im Jahre 1696 seine Europareise antrat, traf er sich in Königsberg mit Friedrich dem Dritten; dort wurde auch über einen Allianzvertrag verhandelt und dieser am 22. Juni 1697 abgeschlossen. Er bewilligt den Russen unter Bezahlung des „gebührenden Zolls" Reise und Handel in Memel, Königsberg, Berlin und anderen Städten, ebenso Durchzug und Rückreise nach und von anderen deutschen Gebieten. Andererseits gewährt er den Preußen den Verkehr nach Archangelsk, Pskow, Nowgorod, Smolensk, Moskau, Kiew und anderen Städten, ferner den Durchzug nach Astrachan, Persien und China „nechst Erlegung der Verordneten Zölle und gebräuchlichen Fracht und Contribution".

Der preußisch-russische Offensiv- und Defensivvertrag gegen Schweden vom Jahre 1709 spricht, im Gegensatz zu späteren derartigen preußisch-russischen Verträgen, über den Handel gar nicht.

Die alten Handelsverbindungen der Hansestädte mit Rußland fanden ebenfalls unter Peter ihre vertragliche Erneuerung; vielfach bot die Stellung der Städte zu Schweden, dem Feind Peters, diesem Anlaß zu mancherlei Klagen.

Hamburg, das seit Beginn des siebzehnten Jahrhunderts am russischen Handel stärker beteiligt war und russische Residenten in seinen Mauern sah, verpflichtete sich in der mit Fürst Menschikow am 11. Juni 1713 abgeschlossenen Konvention zur Abstellung der russischen Klagen, Zahlung einer Summe von 200000 Reichstalern und erhielt dafür die Versicherung, daß alle russischen Beschwerden völlig abgetan sein und bleiben sollten, sowie daß Hamburg alle alten Handelsvorrechte in Rußland wiedererlangen, daß auch die Handelsfahrt nach feindlichen Ländern (d. h. Schweden), soweit sie nicht mit Konterbande geschehe, ohne Hindernisse zugelassen werden solle.

Auch gegenüber Lübeck ergaben sich für Peter wegen Begünstigung der Schweden und Belästigung der Russen in Lübeck „einige Difficultäten". Sie sind beseitigt in der ebenfalls von Menschikow abgeschlossenen Konvention vom 26. Juni 1713. Lübeck wurde gleichfalls die Handelsfreiheit zur See bestätigt,

seine Privilegien und Freiheiten in Rußland, speziell in Nowgorod, Pskow und Moskau wurden erneuert und den Lübeckern dieselbe Freiheit wie den Engländern und Holländern in Einfuhr und Ausfuhr so wie in Zollzahlung zugesichert.

Danzig, im Nordischen Krieg von Rußland wie von Schweden der Begünstigung des Gegners beschuldigt, hatte sich ebenfalls durch seinen Handel mit Schweden Peters Unwillen zugezogen. Menschikow traf auch mit Danzig am 27. Oktober 1713 eine Vereinbarung, laut der Danzig 300 000 Gulden zahlte, wofür es dieselben „Freiheiten, Emolumente und Privilegien" wie Hamburg und Lübeck und andere „amicissimae nationes" erhielt, ihm auch der Handel mit feindlichen Ländern ohne Konterbande freigegeben wurde. Bald entstanden neue Differenzen, Danzig wurde 1716 als offener Feind Rußlands erklärt, ein russisches Ultimatum vom April 1716 verlangte Einstellung seines Handels mit Schweden bis zum Schluß des Krieges. Danzig sah sich genötigt, sich dem russischen Druck und den Forderungen des Ultimatums in der am 30. September 1717 geschlossenen Konvention zu fügen. Es mußte auf den Handel mit Schweden bis Kriegsende verzichten, russische Kriegs- und Kaperschiffe aufnehmen, 140 000 Speziestaler Kontribution zahlen. Dafür erhielten die Danziger Kaufleute in St. Petersburg und den anderen russischen Städten dieselben Handelsvergünstigungen, wie andere „amicae gentes" hatten oder in Zukunft erlangen würden. Als während der polnischen Thronstreitigkeiten 1734 Danzig vom russischen Feldmarschall Münnlich belagert wurde, bekam es in der Kapitulationsurkunde auch wieder Freiheit seines Handels und der Seefahrt zugesichert und mußte den fremden Negozianten jeweils ihre alten Rechte zurückgeben.

Mit dem Herzog Karl Leopold von Mecklenburg-Schwerin schloß, nach dessen Vermählung mit der russischen Prinzessin Katharina Iwanowna, Peter am 3. April 1716 einen Allianzvertrag, in dem „zur Beförderung des Commercy in der Ostsee" der Abschluß eines „ordentlichen Commercien Traktates" als Zusatz zum Allianzvertrag ins Auge gefaßt war. Der gegen England-Hannover gerichtete Allianz- und Freundschaftsvertrag zwischen Rußland, Preußen und Frankreich vom 15. August 1717 beschloß, um diese Allianz „également solide et utile" zu machen, Vorbereitung eines Handels- und Schiffahrtsvertrages, der den Untertanen der drei Herrscher in ihrem Handel wechselseitig Meistbegünstigung gewähren sollte.

Unter den nächsten Nachfolgern Peters des Großen kam es zu keinem eigentlichen preußisch-russischen Handelsvertrag.

Friedrich Wilhelm der Erste und Katharina die Erste schlossen am 21. August 1726 auf achtzehn Jahre einen Allianzvertrag. In ihm ist die Bestimmung enthalten, daß die „Commercien zu Wasser und zu Lande" zwischen beiden Reichen ihren „freien ungehinderten Fortgang haben sollen", daß die beiderseitigen Kaufleute und Schiffe „in imposten und onera" wie die „am meisten favorisierten Nationen" behandelt werden sollen. Der

Allianzvertrag mit dieser Bestimmung über Handelsfreiheit und Meistbegünstigung wurde dann in den Jahren 1729, 1730, 1740 und 1743 erneuert. Die Parteinahme der Kaiserin Elisabeth Petrowna für Österreich während des Siebenjährigen Krieges unterbrach die preußisch-russischen Handelsbeziehungen. Als Peter der Dritte gleich nach seiner Thronbesteigung am 16. März 1762 einen Waffenstillstand mit Friedrich dem Großen einging, wurde auch die Handelsfreiheit vereinbart; der Friedensvertrag vom 5. Mai 1762 selbst enthält nichts über den Handel. In einem Separatartikel des Friedensvertrages war auch ein neuer Abschluß eines Allianzvertrages in Aussicht genommen. Der infolge der Entthronung Peters durch Katharina die Zweite nicht ratifizierte Text dieses Allianzvertrages auf zwanzig Jahre vom 19. Juni 1762 hat die Bestimmung des Allianzvertrages von 1726 über Handelsfreiheit und Meistbegünstigung aufgenommen und durch einen Zusatz über Weiterbenutzung einer griechischen Kirche für die russischen Kaufleute in Königsberg vermehrt.

Auch die Allianzverträge, die Katharina die Zweite am 11. März 1764 und am 23. Oktober 1769 auf je acht Jahre mit Friedrich dem Großen schloß und am 1. April 1777 um weitere acht Jahre im allgemeinen verlängerte, enthalten wieder allgemeine Satzungen über Handelsfreiheit und Meistbegünstigung.

Während des englisch-amerikanischen Krieges nach der Unabhängigkeitserklärung der dreizehn Vereinigten Staaten von Amerika hatte auch Preußens Handel unter Englands Uebergriffen zu leiden. Friedrich der Große schloß am 19. Mai 1781 mit Katharina der Zweiten einen Vertrag zum Schutz der Handelsfreiheit und der Schiffahrt der Neutralen, nachdem Friedrich Katharina schon vorher um den Schutz der russischen Flotte für die preußischen Handelsschiffe gebeten und ihn zugesichert erhalten hatte. Die Neutralitätsakte galt nach dem ersten ihrer Separatartikel besonders für die Ostsee, auf der als auf einem „geschlossenen Meer" jede „Feindseligkeit, Piraterie und Gewalttat" verhindert werden sollte. Der Begriff der Blockade ist hier als der einer effektiven, die für den blockierten Hafen „un danger évident d'entrer" mit sich bringt, bestimmt.

Als Streitigkeiten zwischen Preußen und Danzig über den freien Handel der preußischen Untertanen durch das Danziger Gebiet und deren Importationshandel zur See über Neufahrwasser und umgekehrt über den Verkehr der Danziger auf der Weichsel, besonders den „pohlnischen Seeexportationshandel" ihren Abschluß in der Konvention zu Warschau vom 22. Februar 1785 zwischen Preußen und Danzig fanden, übernahm Katharina die Zweite die Garantie für Aufrechterhaltung dieses Vergleichs.

Der Allianzvertrag zwischen Friedrich Wilhelm dem Zweiten und Katharina der Zweiten vom 7. August 1792 erneuerte in der seit dem Allianzvertrag von 1726 üblichen Weise die Zusage der Handelsfreiheit und der Meist-

begünstigung. In dem zwischen Friedrich Wilhelm dem Dritten von Preußen und Paul dem Ersten von Rußland am 28. Juli 1800 auf acht Jahre abgeschlossenen Allianzvertrag wurde auch wieder wechselseitige Meistbegünstigung im Handel ausgesprochen und zugleich wurde ein fester („stable et permanent") Handelsvertrag, der sofort ausgearbeitet werden sollte, in Aussicht genommen. Die preußisch-russische Neutralitätsakte zum Schutz von neutralem Handel und der Schiffahrt während des Krieges aus dem Jahre 1781 wurde dann auf Vorschlag Pauls des Ersten am 18. Dezember 1800 erneuert, wobei die Handelsartikel, die als Bannware gelten sollten, eigens aufgezählt sind, und in der wiederholten Definition der Blockade als einer effektiven deren vorherige Ansage durch den betreffenden Schiffskommandanten verlangt wird. In den vor Ausbruch des französisch-preußisch-russischen Krieges am 1. und 24. Juli 1806 erlassenen zwei Allianzerklärungen von Friedrich Wilhelm dem Dritten und Alexander dem Ersten von Rußland ist kurz von der Wiederherstellung der Handelsfreiheit auf der Ostsee gegenüber Schweden und von der Erneuerung der Handelsbeziehungen in Norddeutschland auf den Fuß, auf dem sie vor der französischen Okkupation Hannovers waren, sowie von der dazu nötigen Wiederaufhebung der Einschränkung der englischen Schiffahrt die Rede. Der am 24. April 1807 zwischen Preußen und Rußland in Bartenstein zur Fortsetzung des Krieges mit Frankreich abgeschlossene Vertrag spricht nur allgemein und kurz von der Unabhängigkeit Deutschlands und insbesondere seines Handels, an der auch England, das sich später, wie Schweden, dem Vertrag anschloß, sehr interessiert sei.

Ein Handelsvertrag zwischen Preußen und Rußland wurde wieder wie 1800 in dem preußisch-russischen Allianzvertrag von Breslau und Kalisch vom 27. und 28. Februar 1813 angekündigt. Sein endliches Zustandekommen schien aber auch sehr nötig, da der preußische Handel unter dem damaligen russischen, zur Hebung der eigenen bescheidenen russischen Industrie befolgten Prohibitivsystem, der Untersagung des Transithandels mit preußischen Tüchern nach China, trotz aller preußischen Beschwerden in St. Petersburg sehr litt.

In gewissem Sinne eine Vorstufe zu einem neuen Handelsvertrag, die freilich zunächst mehr zu mancherlei Kämpfen als zu Handelsfrieden führte, wurde auf dem Wiener Kongreß am 3. Mai 1815 durch Verträge zwischen Rußland einerseits und Preußen sowie Österreich andererseits geschaffen. Von polnischer Seite zur zollpolitischen Einigung der jetzt getrennten polnischen Gebiete, zur Aufrechterhaltung des polnischen Nationalgefühls in den staatlich geschiedenen Teilen Polens gedacht und vorgelegt, bezweckten die Verträge, durch Ausschließung des Königreiches Polen aus der russischen Zollgrenze, eine Art wirtschaftlicher Wiederherstellung der jetzt unter drei Mächte geteilten polnischen Lande. Die Bestimmungen des preußisch-russischen Vertrages über Handel und Schiffahrt zwischen den verschiedenen polnischen Landesteilen sind mit Recht dahin beurteilt worden, daß ihre genaue Durchführung eine Abtrennung des

an Preußen gefallenen Teiles des polnischen Reiches vom preußischen Staat verursacht hätte. Lange Verhandlungen über die Durchführung der Wiener Vereinbarung folgten, bei denen Preußen mit seinen Vorschlägen und Zugeständnissen in der Zollfrage wenig Entgegenkommen fand.

Ein neuer Handelsvertrag kam am 19. Dezember 1818 zustande, der erste moderne Handelsvertrag mit ausführlichen Einzelbestimmungen über Personen und Gegenstände des Handels, Transithandel, Zolltarif und Festsetzung der Zollämter. Trotz des neuen russischen Zolltarifs von 1819, des niedersten aller russischen Tarife, begannen die alten Mißhelligkeiten von neuem. Neue Erschwerungen der Durchfuhr durch Ausführungsbestimmungen, einschränkende Interpretation des Handelsvertrages durch die Russen, die von Preußen geradezu als Vertragsbruch angesehen wurde, beiderseitige Vorwürfe der Vertragsverletzung folgten. Alexander der Erste schrieb dem König Friedrich Wilhelm dem Dritten über die schädlichen Folgen des Vertrages für Rußland, der neue russische Zolltarif von 1822 kehrte zum strengen Prohibitivsystem zurück, eine königliche Kabinettsorder vom 22. Mai 1822 erklärte infolgedessen den Vertrag als erloschen, Preußen nahm auch Zollerhöhungen vor, ein richtiger Zollkrieg war da. Rußland gab nach, neue Entwürfe wurden gemacht.

Am 15. März 1825 erfolgte der Abschluß eines neuen Handels- und Schiffahrtsvertrags zur Ausführung der Wiener Vereinbarung von 1815 auf neun Jahre; er brachte Preußen Erleichterungen bezüglich der Zulassung einiger Tuche zum Transit und der Errichtung mehrerer von Preußen geforderter Grenzzollämter. Aber die preußischen Beschwerden über hohe Zölle, Erschwerungen des Zoll- und Grenzverkehrs, Hinderung des Transits, den die Russen wegen des Absatzes ihrer Pelze nach China nicht gern sahen, hörten nicht auf. Schon 1830 wurde preußischerseits Nichterneuerung des Vertrags bei Ablauf erwogen, aber auf russischen Vorschlag erfolgte sie doch am 12. Juni 1834 auf ein Jahr. Preußen, das wieder Unterhändler senden sollte, sprach dabei die Hoffnung auf größeres russisches Entgegenkommen aus. Die Verhandlungen über eine nochmalige Verlängerung scheiterten, eine königliche Kabinettsorder vom 7. September 1836 verkündigte die Nichtverlängerung. Von russischer Seite wurden 1840 neue Verhandlungen eingeleitet. Die preußischen Wünsche gingen auf Zollherabsetzung und Erleichterung der Zollabfertigung, allgemein auf Aufrechterhaltung der Wiener Vereinbarung von 1815. Rußland widerstrebte, wollte nur Erneuerung der preußisch-russischen Konvention von 1830 über die Regelung des Grenzverkehrs. Preußen wünschte Ausdehnung der Vereinbarung auf den Zollverein, Rußland lehnte das ab. Schließlich legte Rußland 1842 „aus freiem Willen und aus Freundschaft" Preußen einige „definitive Konzessionen" zur Erleichterung der Zollabfertigung und des Grenzverkehrs vor. Preußen war zu ihrer Annahme, da sie nicht erheblich waren, nicht sehr geneigt, teilte aber die stillschweigende Ausdehnung der Zollherabsetzung auf den Zollverein, von dem Klagen gegen Preußen vorgebracht waren, den verbündeten Staaten mit. Die Erneuerung

des Grenzkartells auf zwölf Jahre kam am 20. Mai 1844 doch zustande, über die Handelsfrage wurde nicht weiter verhandelt. Mit Bayern traf Rußland am 30. Juni 1853 auf fünf Jahre das Übereinkommen über die Donauschiffahrt, daß die bayerischen Kauffahrteischiffe auf der unteren Donau in jeder Hinsicht wie die österreichischen, umgekehrt die russischen Schiffe auf der bayerischen Donaustrecke wie die österreichischen Schiffe auf Grund des bayerisch-österreichischen Schiffahrtsvertrages vom 2. Dezember 1851 behandelt werden sollten. An dem Vertrag einer Reihe von Staaten mit Hannover über Ablösung des Elbzolls in Stade-Brunshausen vom 22. Juni 1861 war auch Rußland beteiligt und bezahlte 7983 Thaler Ablösung.

Der nächste deutsch-russische Handelsvertrag stammt erst aus dem Jahre 1894. Als er im russischen Reichsrat besprochen wurde, hieß es in seiner Erläuterung durch den Finanzminister: Die Handelsbeziehungen zu Deutschland hätten im Laufe des ganzen Jahrhunderts unter dem Einfluß der gegenseitigen politischen Beziehungen gestanden. Da diese sehr freundschaftlich waren, sei auch auf wirtschaftlichem Gebiet kein Anlaß zu Konflikten gewesen. Rußland habe daher, obgleich es mit anderen Staaten Handelsverträge abschloß, es nicht für notwendig erachtet, sich gegen Deutschland durch einen Vertrag zu sichern; es habe Deutschland ohne formellen Vertrag das Meistbegünstigungsrecht eingeräumt. So friedlich waren indessen die Handelsbeziehungen doch nicht verlaufen; der Handel nach Rußland litt unter den hohen Zollsätzen, am besten gedieh der Schleichhandel. Preußen legte Rußland eine Annäherung an den Deutschen Zollverein nahe und zeigte ihm die Schäden seiner Prohibitivpolitik. Der neue russische Zolltarif von 1850, an sich maßvoll gehalten, brachte doch gerade für wichtige preußische Ausfuhrartikel eine Zollerhöhung, er brachte auch die Einbeziehung Polens in die russische Zollgrenze. Preußen, das statt dessen als einer Schädigung um Aufrechterhaltung des Wiener Vertrages von 1815 bemüht war, wurde von Rußland energisch „une fois pour toutes“ abgewiesen. Der maßvolle Protektionismus des russischen Zolltarifs hielt bis 1877 vor, als die neu angeordnete Zollzahlung in Gold eine Erhöhung der Zölle um 33 Prozent brachte.

Ein Ukas des russischen Dirigierenden Senats vom 15. Mai 1860 wendete im allgemeinen den Handel- und Schiffahrtsvertrag Rußlands mit Frankreich vom 14. Juni 1857 auch auf den Deutschen Zollverein an. Im Jahre 1864 führten die Klagen über die Schwierigkeiten des deutsch-russischen Handelsverkehrs zu einer Denkschrift des Deutschen Handelstags über den Abschluß eines Handels- und Zollvertrags zwischen den Staaten des Deutschen Zollvereins und Rußland, die keine weiteren Erfolge als große Erörterungen, auch in der russischen Presse, hatte. Die Absperrungsmaßregeln Rußlands schädigten schließlich, wie auch Bismarck bei parlamentarischen Interpellationen 1867 und 1868 sagte, Rußland selbst mehr als Preußen; konnte man doch die Verluste der russischen Zollkasse durch den besonders von russischen Untertanen betriebenen Schmuggel auf jährlich

30—40 Millionen Rubel schätzen. Bismark erklärte, die preußische Regierung gebe die Hoffnung nicht auf, daß die russische Regierung den Handel von den auf ihm lastenden Fesseln emanzipieren werde; aber das könne nur aus freiem Entschluß der russischen Regierung geschehen, die preußische müsse sich darauf beschränken, das Entgegenkommen zu fördern.

Nach Gründung des Deutschen Reiches schwebten auch Verhandlungen über eine Erleichterung des Grenzverkehrs, sie scheiterten an dem zu starren russischen Festhalten an der Schutzzollpolitik. Bismark traf das Wesen der Sache, als er darüber am Juli 1873 im Reichstag erklärte: „Die Kaiserlich Russische Regierung ist auch zum Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages gegenwärtig geneigt, sobald sich derselbe der Besprechung und Bestimmung über Zollfragen ganz enthält. Die Zollfragen wünscht sie davon auszuschließen und ihren Tarif nicht einem Abkommen mit Nachbarn zu unterwerfen."

Über Einzelpunkte des Handels und Verkehrs wurde im Laufe der Jahre eine Verständigung erzielt, so haben wir die deutsch-russischen Abkommen vom 28. Juli 1878 über Fabrikmarkenschutz, vom 8. Dezember 1874 über Konsulate, vom 26. Dezember 1881 über Schiffstonnage, vom 30. Juli 1885 über Aktiengesellschaften.

Die russische Einführung der Zollzahlung in Gold ließ Bismarck Gegenmaßregeln ins Auge fassen. Schon im Dezember 1876 schlug er dem Reichstag „Retorsionszölle für Getreide, Holz und Vieh" als „vorübergehende wirtschaftliche Kampfmaßregel" vor. Als 1878 mit Rußland abermals vergeblich über Erleichterung der Zollabfertigung verhandelt wurde, erklärte Bismarck wieder Kampfzölle auf die russischen Hauptausfuhrartikel als einzig wirksame Waffe. Die neue deutsche Zollpolitik erbitterte natürlich in Rußland; es folgten bis 1882 russische Zollerhöhungen bis zur doppelten Höhe des Tarifs von 1868, in den achtziger Jahren bis 1891 kamen neue Steigerungen. Diese starre Schutzzollpolitik fand in Rußland selbst Gegner, die in ihr eine Schädigung des Landes sahen.

Für diese ganze Periode der deutsch-russischen Handelsbeziehungen seien die Worte des Freiherrn Marschall von Bieberstein am 26 Februar 1894 anläßlich der Beratung des deutsch-russischen Handelsvertrags im Deutschen Reichstag angeführt: „Fünfmal hat Rußland in den letzten zwanzig Jahren seinen Zolltarif allgemein erhöht; dazwischen laufen eine Menge Erhöhungen für deutsche Artikel; dazwischen trat ein die differentielle Behandlung für deutsches Eisen, deutsche Kohle. Wir haben in den letzten zwanzig Jahren dagegen reklamiert, wir haben Beschwerde erhoben, wir haben wiederholt mit Rußland erfolglos verhandelt, mehr als einmal die Einrichtung von Kampfzöllen in Beratung genommen, und wir haben endlich dreimal, 1879, 1885 und 1887, die Zölle auf russische Waren erheblich erhöht." Nach dem Abschluß der deutschen Handelsverträge von 1891 mit Österreich und Italien folgten Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland. Letzteres wünschte Anteilnahme an den diesen zwei Staaten gewährten Zugeständnissen. Dafür beanspruchte Deutschland Herabsetzung

der russischen Einfuhrzölle besonders auf Kohle und Eisen, Rußland lehnte dies 1893 ab. Gegen die Herabsetzung des deutschen Zolles auf russisches Getreide waren besonders die Vertreter der ostelbischen Landwirtschaft. Es kam im Sommer 1893 zu einem deutsch-russischen Zollkrieg durch Einführung eines russischen Doppeltarifs, mit Maximalsätzen, die 15, 20 bis 30 Prozent höher waren als die allgemeinen Tarifsätze. Deutschland antwortete darauf mit einer Zollerhöhung von 50 Prozent auf die russische Einfuhr, Rußland tat sofort dasselbe.

Da Rußland mehr unter dem Zollkrieg litt als Deutschland, trafen im Herbst 1893 russische Unterhändler in Berlin zu neuen Verhandlungen ein. Diese waren öfter am Scheitern, wurden von dem russischen Finanzminister Witte doch weitergeführt und endigten schließlich mit dem am 20 März 1894 auf zehn Jahre in Geltung tretenden neuen deutsch-russischen Handelsvertrag.

Er enthielt vor allem die gegenseitige Meistbegünstigung und setzte für die Fremden die gleichen Abgaben, Tarife und Gebühren bei Benutzung der Transportwege fest wie für die Inländer und machte den Erlaß von Einfuhr- und Ausfuhrverboten (ausgenommen Staatsmonopole und Verbote aus Gesundheitsrücksichten) unmöglich. Deutschland gestand Rußland die Bindung von 27 Tarifartikeln zu, Rußland gewährte an Deutschland die Bindung von 20 Artikeln vollkommen und von 53 Artikeln teilweise, in einer gegenüber dem Tarif von 1891 allerdings nicht sehr bedeutenden Ermäßigung von 15 bis 20 Prozent.

So waren von beiden Seiten Zugeständnisse erfolgt. Das wesentliche am Vertrag war vor allem Sicherheit gegen Zollerhöhung; Rußland hatte seine alte Politik, sich in den Zöllen nicht zu binden, aufgeben müssen. Die allgemeine Folge war Verdoppelung der deutschen Ausfuhr nach Rußland in den Jahren 1894—1903, die deutsche Einfuhr nach Rußland rückte an die erste Stelle der russischen Gesamteinfuhr. Die Aufnahme des Vertrags in Deutschland war verschieden, in den agrarischen Kreisen bleibend schlecht, in der Industrie größtenteils gut; auch in Rußland fand der Vertrag Freunde und Gegner. In Deutschland wurde noch im Oktober 1894 das seit 1887 bestehende Verbot der Lombardierung russischer Wertpapiere in der deutschen Reichsbank und Preußischen Seehandlung aufgehoben, was in Rußland allerdings als wenig belangreich hingestellt wurde.

Als Deutschland wegen Seuchengefahr die Einfuhr russischen Viehs hinderte, fanden 1896 bis 1897 neue Verhandlungen in Berlin statt, die in einem Schlußprotokoll vom 9. Februar 1897 zu deutscherseits gewährten Erleichterungen und Ausnahmen besonders für die Grenzverkehrsbeziehungen führten. Die Behinderung der Einfuhr lebender Gänse nach Deutschland brachte 1898 neuen Streit mit sich, russische Zollmaßregeln folgten; auch hier kam im August 1898 eine Verständigung zu Stande.

Beim bevorstehenden Ablauf des Handelsvertrages wurden auf beiden Seiten Tariferhöhungen vorgenommen von deutscher Seite für Getreide, von russischer für Industrieartikel. Die neuen Verhandlungen, die von deutscher Seite durch Zulassung russischer Kriegsanleihen auf den deutschen Geldmarkt beschleunigt wurden,

führten zum Abschluß des Zusatzvertrages vom 28. Juli 1904, der den Handelsvertrag vom 1. März 1906 bis zum 31. Dezember 1917 verlängerte. In ihm ist der russische Tarif in noch mehr Artikeln (88 statt bisher 73) gebunden, die deutschen Bindungen gegenüber Rußland waren geringer als 1894; neue 1894 noch nicht genannte Waren wurden in den Tarif aufgenommen. Zollerhöhungen fanden im neuen Tarif bis zu 50 Prozent und mehr statt, von russischer Seite, um die russische Industrie zu schützen, z. B. auf Eisen- und Stahlbleche, Guß-Eisen-Stahl und Kupferwaren, Maschinen und andere Gegenstände, von deutscher Seite zu Gunsten der deutschen Landwirtschaft z. B. auf Roggen, Weizen, Hafer Braugerste, Pferde, Butter und anderes. Auch gestand Rußland zolltechnische Erleichterungen zu, die 1906 bis 1910 noch vermehrt wurden.

Ein Abkommen über den Zuckerverkehr zwischen Deutschland und Rußland wurde für die Jahre 1908 bis 1913 geschlossen, indem Rußland der durch den Zuckervertrag vom 5. März 1902 gebildeten internationalen Vereinigung beitrat; dieses Abkommen wurde 1913 auf weitere fünf Jahre verlängert.

Der deutsch-russische Handel hat sich seit der Zeit immer noch weiter entwickelt, Statistiken darüber können hier freilich nicht geboten werden. Nur im allgemeinen sei kurz einiges beigebracht. Das zur Pariser Weltausstellung von der russischen Regierung im Jahre 1900 veröffentlichte Werk: La Russie à la fin du 19e siècle zeigte das Wachsen des deutsch-russischen Handelsverkehrs in folgenden Zahlen: Für den Zeitabschnitt von 1846 bis 1848 betrug der jährliche Durchschnitt der Einfuhr Rußlands aus Deutschland 20,0 Millionen Rubel, der Ausfuhr Rußlands nach Deutschland 12,8 Millionen Rubel. Für den Zeitabschnitt von 1896 bis 1898 dagegen war der jährliche Durchschnitt der Einfuhr aus Deutschland 190,7 Millionen Rubel, der Ausfuhr aus Rußland 179,6 Millionen Rubel.

Für die weitere Entwicklung seien einige Zahlen aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" von 1913 angeführt. Es verzeichnet für die Jahre 1909 bis 1912 eine Steigerung des gesamten deutschen Handelsverkehrs (Spezialhandel) von und nach Rußland von 1808,4 Millionen Mark auf 2207,7 Millionen Mark. Dabei stieg die deutsche Einfuhr aus Rußland in den genannten Jahren von 1363,9 auf 1527,9 Millionen Mark, die deutsche Ausfuhr nach Rußland von 444,5 auf 679,8 Millionen Mark.

Im Jahre 1913 betrug die Einfuhr aus Rußland nach Deutschland 1424,6 Millionen Mark; die Ausfuhr Deutschlands nach Rußland dagegen 880,2 Millionen Mark, erstere ist also gefallen, letztere gestiegen, beides zum Vorteil der deutschen Seite im deutsch-russischen Handel.

Schon vor dem jetzigen Krieg war die Stimmung in Rußland dem deutschen Handel nicht günstig, und unter dem Einfluß des russischen Kampfes gegen die „deutsche Vergewaltigung", wie das gegenwärtige Schlagwort lautet, werden jetzt schon in Rußland allerlei Vorschläge für die künftige russische Handelspolitik gegenüber Deutschland nach dem Frieden gemacht. Ein neuer autonomer Zolltarif ist in Vorbereitung, der hohe Schutzzölle vorsieht. Das Organ des

russischen Finanzministeriums, der Westnik Finanzow, erklärte die Befreiung des russischen Wirtschaftslebens von dem Joch der übermächtigen ausländischen Konkurrenz für nötig; aber es wurde auch betont, daß kein Land in der Lage sei, Deutschland als Lieferant zu ersetzen, und das sei auch gar nicht nötig. Das sind jetzt Kriegsstimmungen. Aus verschiedenen Nachrichten kann man sehen, daß die russischen Kaufleute darauf warten, daß nach dem Krieg die alten deutschen Handelsbeziehungen wieder hergestellt werden, daß das gleiche bei den deutschen Kaufleuten der Fall ist, und daß die deutschen, jetzt in Deutschland lebenden Kaufleute, die vor dem Kriege jahrzehntelang in Rußland waren und das Volk dort gut kennen, mit ruhiger Sicherheit auf eine Rückkehr nach Rußland bald nach dem Frieden und auf den Wiederbeginn des alten Handels rechnen.

Deutschland und Rußland sind in ihrem Handel seit vielen Jahrhunderten so sehr aufeinander angewiesen, wie auch der vorstehende Überblick über die Geschichte der Handelsverträge zeigt, daß im großen und ganzen nach dem Krieg das alte Verhältnis wieder eintreten, daß trotz Kriegsstimmung der Weg zur Verständigung gefunden werden wird.

Quellen und Literatur.

Goetz, L. K.: Deutsch-Russische Handelsverträge des Mittelalters. (Erscheint demnächst.)

Martens, F. de: Receuil des traités et conventions conclus par la Russie avec les puissances étrangères, Band V—VIII (1856—1888), St. Petersburg 1880—1888.

Loewe, H.: Preußens Staatsverträge aus der Regierungszeit König Friedrich Wilhelms I., Leipzig 1913 (in: Publikationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven 87. Band).

Die Handelsverträge des Deutschen Reiches, herausgegeben im Reichsamte des Inneren, Berlin 1906.

Zollhandbuch für die Ausfuhr nach Rußland, 4. Auflage, 1912, herausgegeben vom Deutsch-Russischen Verein in Berlin.

Winckler, A.: Die Deutsche Hansa in Rußland, Berlin 1886.

Zimmermann, A.: Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik, aktenmäßig dargestellt, Oldenburg und Leipzig 1892.

Zimmermann, A.: Die Handelspolitik des Deutschen Reiches vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart, 2. Auflage, Berlin 1901.

Wittschewsky, V.: Rußlands Handels- Zoll- und Industriepolitik von Peter dem Großen bis auf die Gegenwart, Berlin 1905.

Zweig, E.: Die russische Handelspolitik seit 1877, Leipzig 1906 (in: Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von G. Schmoller und M. Sering, Heft 123). Hier Angabe der einschlägigen amtlichen und nichtamtlichen Literatur und Statistik.

Human, A.: Der Deutsch-Russische Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 20. März 1894, Leipzig 1900 (in: Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von G. Schmoller, Band XVII, 3).

Holland — Belgien — Deutschland

Von J. Versluys, Baarn in Holland

Der nachstehende Aufsatz stellt ein Kapitel einer von holländischer Seite herrührenden Schrift dar, die in der deutschen Übersetzung unter dem Titel „Über Annexionspolitik. Die Kriegsziele von Deutschlands Feinden“ vom Rembrandt-Verlag, Oberweimar in Thüringen, direkt versandt wird (Mk. 1.75). Der Verfasser stellt darin, vielfach ergänzt durch den Übersetzer, die Kriegszieläußerungen unserer Feinde in nahezu vollständiger Aufreihung zusammen und erörtert ihre politische Bedeutung vom Standpunkt des Deutschland wohlwollend gesinnten nationaldenkenden Holländers.

Es hat in Holland seit dem Jahre 1865 immer Leute gegeben, die Deutschland der Annexionswut bezichtigen zu müssen glaubten, und die behaupteten, diese Annexionswut werde sich eines Tages auch Holland gegenüber zeigen. Diese Furcht ist hauptsächlich dadurch entstanden, daß unsere Landsleute in der schleswig-holsteinischen Frage irregeführt worden sind. Zu einem kleineren Teile können auch pangermanistische Äußerungen diesen Glauben erzeugt haben. Obwohl es aber außer Deutschland keinen Staat gibt, der reiner germanisch wäre als Holland, haben wir niemals etwas von einem deutschen Streben, uns dem großen Germanien einzuverleiben, zu spüren bekommen.

Aber die Holländer sind zu einem Teil überempfindlich! Kaum daß ein Deutscher es ausspricht, den holländischen Handelsinteressen würde durch eine engere Verbindung mit Deutschland sehr gedient sein, so rufen sie aus: Hört ihr's, die Deutschen wollen uns annektieren. Und wenn der betreffende Deutsche unvorsichtig genug ist, hinzuzufügen, wir Holländer sähen das noch nicht richtig ein, aber die Zeit werde kommen, wo wir es einsehen müßten, so ruft man wieder: Hört ihr's, die Deutschen wollen uns Gewalt antun .... Meistens hat man es in derlei Fällen mit holländischen Fanatikern zu tun, die mit Äußerungen wie den angeführten Unfug zu treiben lieben; zuweilen aber spricht sich da auf holländischer Seite auch ein instinktives Furchtgefühl von Schwächlingen aus, das vor jeder Offenbarung der Kraft erzittert. Wie dem aber sei: je weniger die Deutschen über (angebliche oder wirkliche) Vorteile eines Anschlusses Hollands an Deutschland schreiben, desto besser. Wenn sie es aber überhaupt tun, so sollten sie sich aller unbestimmten Äußerungen enthalten, die so leicht falsch ausgedeutet werden können.

Mir will scheinen, ein Eintritt Hollands in den deutschen Staatenbund würde, wenn er je zustandekommen sollte, eher das Werk der Feinde Deutschlands sein als das Werk von Deutschland selbst. Dabei würde sich dann wiederholen, was bei der Einswerdung Deutschlands geschah, die Frankreich beschleunigte, indem es sie mit Gewalt verhindern wollte.

Dieser Krieg hat ja bereits zur Genüge erwiesen, daß wir jeder Verletzung unserer Rechte durch England und Frankreich vollkommen machtlos gegenüberstehen, und daß diese Länder sich, wenn ihre Interessen auf dem Spiele stehen, durch keine Völkerrechtsregel für gebunden halten. Daß wir bestrebt gewesen sind, neutral zu bleiben, hat uns nichts genutzt: die Entente würde nur dann mit uns zufrieden gewesen sein, wenn wir uns ihrem Kriege gegen Deutschland angeschlossen hätten. Da wir dies nicht wollten, haben wir uns den Zorn vieler Franzosen und Belgier zugezogen. Diese würden nach dem Kriege nichts lieber tun als vertragliche Vereinbarungen treffen, durch die die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Holland untergraben würden. Gerade durch eine solche Politik aber würde unser Bedürfnis nach einem engeren Anschluß an Deutschland sehr stark werden.

Nun sind für Holland die Kolonien eine Lebensfrage, ebenso wie Handel und Verkehr. Allein sind wir nicht imstande, die Kolonien gegen Angriffe einer großen Seemacht zu verteidigen. Deswegen halten viele Holländer die holländischen Kolonien für einen sehr unsicheren Besitz. Man fürchtet, wir gingen ihretwegen großen Gefahren entgegen. Ich für mich teile diese Furcht einstweilen noch nicht, aber ich weiß: wenn Insulinde uns sollte geraubt werden, so wird Deutschland der Räuber nicht sein. Vielmehr glaube ich, daß in diesem Falle der Zustand Hollands derartig beschaffen sein würde, daß höchst wahrscheinlich mancher mit guten Gründen einen Anschluß ans Deutsche Reich herbeiwünschen würde. Die Vorteile und Nachteile eines solchen Anschlusses unter veränderten Verhältnissen lasse ich beiseite.

Ich komme auf die Frage zurück, ob und woher Holland Annexionsgefahren drohen.

Während des Krieges hat einer der englischen Minister erklärt, der geographisch-politische Zustand von Antwerpen sei nicht so beschaffen, wie er beschaffen sein müsse; aber es bestehe gegenwärtig kein Grund, diesen Zustand zu ändern. Dies schien auch die Meinung des ganzen Kabinetts zu sein, und daraus würde dann folgen, daß trotz allen Geschreibes über die Einverleibung von Teilen unseres Landes in Belgien auch nach dieser Richtung keine Gefahr bestehen würde, falls die Entente als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgehen sollte.*)

*) Anmerkung des Übersetzers: Mit der oben gestreiften ministeriellen Erklärung ist wohl das von Winston Churchill vor einem Vertreter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" gesprochene vielbedeutende Wort gemeint: Die territoriale Besitzregelung der Scheldemündung müsse, „sowohl vom geographischen wie vom militärischen Standpunkt angesehen", als unnatürlich erscheinen; eine Meinungsäußerung, mit der dann der Ministerpräsident

Unter diesen Umständen würden wir also in keiner Hinsicht zu befürchten haben, ganz oder teilweise annektiert zu werden. Alle jene Äußerungen, die sich auf eine zukünftige Annexion von Teilen der Niederlande entweder durch Belgien oder durch die Entente beziehen, sind denn auch wohl nicht in der Absicht getan, um uns klar zu machen, daß wir darüber besorgt zu sein hätten; vielmehr wollen jene Äußerungen erzieherisch wirken: sie wollen dazu beitragen, daß wir als neutrale Zuschauer unsern gesunden Menschenverstand bewahren, wenn beim kommenden Friedensschluß Belgien seine Unabhängigkeit ganz oder teilweise aufgeben muß, und wenn dann Blätter wie „De Telegraaf", „Algemeen Handelsblad", „Het Nieuws van den Dag" und „De Amsterdammer" vor Gefahren zu warnen beginnen, die nur in ihrer Einbildung vorhanden sind.

Es wird nun bei uns gesagt, daß eine Annexion Belgiens von Seiten Deutschlands notwendigerweise zu einer Annexion Hollands durch Deutschland führen müsse. Die für diese These angeführten Gründe stehen indessen auf sehr schwachen Füßen. So wenn behauptet wird, der Besitz von Antwerpen werde für Deutschland keine Bedeutung haben, solange es nicht im Besitze der Scheldemündungen sei, und Deutschland werde infolgedessen von selber dahin gedrängt werden, sich eines Teiles der holländischen Provinz Zeeland zu bemächtigen. Hiergegen ist in erster Linie zu bemerken, daß Antwerpen auf alle Fälle schon als Handelshafen für Deutschland eine große Bedeutung haben würde. Der Umstand, daß die Schelde durch Holland laufend ins Meer einmündet, erhöht viel eher den Wert Antwerpens als eines Handelshafens, als daß es ihn mindert. Man könnte also höchstens mit gutem Grund behaupten, daß Antwerpen bei den einmal bestehenden Grenzverhältnissen keine Bedeutung als Kriegshafen für Deutschland besitzen würde. Allein auch gegen diese These könnte man geltend machen, daß Deutschland aus Antwerpen ohne Besitzergreifung der Scheldemündung einen Kriegshafen machen könnte (wenn es das wollte), indem es einen breiten und tiefen Kanal nach dem naheliegenden Zeebrügge ziehen würde. Wenn Deutschland dies täte, würde sicherlich

---

Asquith einverstanden zu sein ausdrücklich bejahte. Es ist der ausgezeichnete Politiker Dr. Baron van Bredenburch gewesen, der auf diese Holland wenig Gutes verheißenden Worte der maßgeblichsten Engländer wiederholt warnend hingewiesen hat. Am Ende könne, so schreibt der Genannte in „De Toekomst", die Lage des neutralen und Deutschlands Flanke deckenden ganzen Holland der englischen Regierung eines Tages ein „unnatürlicher Zustand" sein .... „sowohl vom geographischen wie auch vom militärischen Standpunkt angesehen", und die Natur der Dinge, wie England sie sehe, werde wohl nicht eher als wiederhergestellt gelten, bis Holland in irgendeiner Form einen Teil ausmachen dürfe of his Majestys Empire ...."

Hiernach scheinen doch nicht alle Holländer dem Frieden Englands und Belgiens zu trauen. In der Tat bilden die belgischen Annexionsabsichten für den unangetasteten Fortbestand Hollands unseres Erachtens eine ernsthafte Gefahr. Die Sache Hollands wie die Sache Flanderns dürfte bei einer Besiegung Deutschlands verloren sein.

eine vollkommen genügende Verbindung Antwerpens mit dem Meere hergestellt werden. Ja es ist sehr wahrscheinlich, daß Deutschland sich dabei ganz und gar von der Scheldemündung unabhängig machen würde, indem es den gedachten Kanal auch für die Handelsschiffahrt brauchbar machen würde. Es liegt sogar die Frage nahe, ob Deutschland sich nicht dazu entschließen würde, einen großen Kanal vom Rheine nach Zeebrügge durchzuführen. Also auch mit dieser Beweisführung, die sich auf eine Besitzergreifung Belgiens stützt, ist es nichts.

Gleichwohl gibt es in unserm Lande Toren, die auf Grund der eingebildeten Gefahren, die mit der Annexion Belgiens durch Deutschland verbunden sein sollen, schon jetzt dem Deutschen Reich im voraus den Krieg erklären wollen. Ja es gibt Leute, die in ihrem verbrecherischen Fanatismus zu erklären wagen, es sei jetzt eine günstige Zeit zu einer Kriegserklärung, da Deutschland nun alle Hände voll zu tun habe. Und dieselben Leute, die so ohne weiteres einen Krieg vom Zaune brechen möchten mit einem Lande, mit dem wir Jahrhunderte lang in Frieden und in Freundschaft gelebt haben, bringen es fertig, über den deutschen Militarismus zu schimpfen! . . . . Glücklicherweise sieht aber die übergroße Mehrheit unseres Volkes sehr wohl ein, daß eine solche Tat unter keinen Umständen als erlaubt gelten dürfte.

Um das Register unserer deutschfeindlichen Politiker vollständig zu machen, sei noch angemerkt, daß bei uns auch mit dem Argument operiert wird: die Franzosen wären uns als Nachbarn im Süden weniger gefährlich als die Deutschen. Die so sprechen, wissen anscheinend nicht, daß die Franzosen durch zwei Jahrhunderte hindurch so viel sie nur konnten südholländische Lande geschluckt haben, wobei die reine Eroberungslust ihr unbestreitbares und einziges Motiv gewesen ist. Und dabei haben sie durchs ganze neunzehnte Jahrhundert verkündet — und tun es heute noch —, daß der Rhein (der bekanntlich auch durch Holland fließt), die „natürliche" Grenze von Frankreich sei!

Wie aber würden sich die Vlamen, die infolge dieses Krieges mit verdoppelter Kraft nach Selbständigkeit ringen, zu unsern französischen Nachbarn im Süden stellen? Ein Blick in die vlämische Presse und Kriegsliteratur gibt unmißverständliche Auskunft! Und andererseits läßt ihr sich immer besser herausstellendes Verhältnis zu den Deutschen vieles erhoffen. Die Dinge stehen, wie man die Vlamen deutscherseits behandelt, heute so, daß sie garnichts zu verlieren brauchten, wenn Belgien nach Friedensschluß in der einen oder andern Form unter deutschen Einfluß käme. Im Gegenteil! Die vlämische Sprache würde dann zu ihrem vollen Recht kommen, und sicherlich zu einem besseren Recht, als dies unter der Herrschaft der Wallonen, der Unterdrücker der Vlamen, der Fall sein würde. Natürlich werden die zu treffenden Vereinbarungen zu einem Teil mit abhängig sein müssen von der Haltung, die die Vlamen Deutschland gegenüber annehmen werden. Aus den mannigfachen, oft sich widersprechenden Berichten von vlämischer Seite scheint hervorzugehen, daß man die wahre Meinung vieler Vlamen, die jetzt noch zurückhalten, erst in

jenem Augenblicke vernehmen wird, der ihnen Sicherheit gibt: Sicherheit vor den Beläſtigungen und Angriffen jener Leute, die behaupten, die „belgiſche Seele" in ſich zu haben, und die ſich anſtrengen, unter den national geſinnten Vlamen im Lande Furcht vor ſpäterer Rache zu verbreiten. Indeſſen hat Deutſchland während der nun bald zweieinhalbjährigen Beſetzung des Landes unter dem weiſen Regiment des Generalgouverneurs von Biſſing viel Feld gewonnen. Deutſche Kunſt, deutſche Wiſſenſchaft, deutſche Sozialpolitik, deutſcher Ordnungsgeiſt — das alles hat ſich vor den Augen aller in Belgien ausbreiten können und muß jedem gerecht urteilenden Betrachter geſagt haben, daß die vielgeſchmähte deutſche Kultur kein leeres Wort iſt, und daß das deutſche Kulturſtreben gerade in Belgien ein Arbeitsfeld finden würde, auf dem es mancherlei zu tun gibt. Daneben hat die Umwandlung der Genter Hochſchule in eine Pflegeſtätte vlämiſchen Geiſtes und vlämiſcher Kultur eine überaus anſehnliche Schar vlämiſcher Intellektueller beſtimmt, wie die großen öffentlichen Kundgebungen zugunſten Gents deutlich erwieſen haben, ſich feſt entſchloſſen dem vlämiſchen Nationalideal mit Herz und Hand hinzugeben. Dieſes vlämiſche Nationalideal aber ſteht, wie jedermann bekannt iſt, in Wallonen und Franzoſen den Feind, während es von Deutſchland den Schutz ſeiner nationalen Selbſtändigkeit erhofft und erhoffen darf. Dieſe vlämiſche Hoffnung zu teilen, haben aber gerade wir Holländer allen Grund. Denn das aus germaniſchem Geiſte kommende vlämiſche Streben nach unbedingter Selbſtändigkeit feſtigt auch unſere Selbſtändigkeit und Unabhängigkeit und dient alſo letzten Endes auch dem holländiſchen Nationalgedanken.

Neue Bücher

Die Zurückwendung unſeres Geiſteslebens zum deutſchen Idealismus, die ſchon ein Jahrzehnt vor dem Kriege eingeſetzt hatte, vollzieht ſich unter den gegenwärtigen Zeitläuften nur um ſo ſicherer; der Geiſt der Gegenwart wird dafür ſorgen, daß ſie nicht einem öden Hiſtorizismus, einer lebloſen Aneignung des Veralteten, ſondern dem lebendigen Fortwirken des Ewigen zu gute kommt, was jene Zeiten uns gebracht haben. Wie lebendig werden auf einmal Goethes bisher ſo wenig beachtete „Maximen und Reflexionen" oder ſeine naturwiſſenſchaftlichen Werke in den letzten Schriften Hermann Bahrs („Expreſſionismus", „Himmelfahrt" uſw.). Goethe wird wieder eifriger geleſen als ſeit Jahrzehnten. Um ſo notwendiger iſt, abgeſehen von Lebensbeſchreibungen und rein literaturgeſchichtlichen Darſtellungen, ein bequemes Nachſchlagwerk, das nicht nur in ſeine Werke im allgemeinen einführt, ſondern einzelne Anſpielungen raſch erläutert, die Perſonen

seines Umgangskreises knapp charakterisiert, einzelne Wissens- und Lebensgebiete, die er beherrschte oder berührte, in bequemer Übersicht ausbreitet und selbst einzelne Züge seines Wesens durch kurze Sonderbetrachtungen in helleres Licht rückt. Zu einem solchen Werke hat **Dr. Julius Zeitler** einen stattlichen Mitarbeiterstab vereint, unter denen sich der verstorbene R. M. Meyer und der verdiente Faustforscher Pniower, Fr. von der Leyen und Chr. Schrempf befinden, um von andern klangvollen Namen abzusehen. So entstand das **„Goethehandbuch"**, von dessen drei Bänden der erste soeben in saubersten Ausstattung im Verlag der Metzlerschen Buchhandlung in Stuttgart erschienen ist. Die 700 Seiten führen von dem Artikel „Aachen" bis „Glück". Es ist hier nicht der Ort, um einzelne Auffassungen oder um das Ausmaß für einzelne Artikel zu rechten. Manches wird noch auszugleichen sein, wenn das Werk seine sicher zu erwartende zweite Auflage erlebt. Aber schon so, wie es ist, kann es gerade weiteren Kreisen von ernstem Wollen als ein treffliches Hilfsmittel zum Eindringen in Goethes Wirken auf das Wärmste empfohlen werden.

Ernstere Goetheleser und Freunde des deutschen Idealismus seien bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß der geistige Vater der ganzen Bewegung, **G. W. Leibniz**, dessen Jubiläum wir soeben begangen haben und zu dessen Gedankenwelt Goethe in neuerdings immer mehr aufgehellten Beziehungen gestanden hat, dem deutschen Volk soeben in würdiger Weise nahe gebracht wird. Der Verlag von Felix Meiner in Leipzig, bei dem eine wissenschaftlich hervorragende, vierbändige Ausgabe der Hauptwerke des Philosophen unter der Leitung von Ernst Cassirer erscheint, gibt jetzt auch in schmucken Bändchen und mit ausreichenden Erläuterungen für weiteste Kreise seine „Deutschen Schriften" heraus. Bisher erschien Band I („Muttersprache und völkische Gesinnung", darin die wichtigen „Unvorgreiflichen Gedanken betreffend die Ausübung und Verbesserung der deutschen Sprache") und Band II (die Schriften über „Vaterland und Reichspolitik"*) mit ihrer schneidigen Abwehr der Eroberungsgelüste Ludwigs des Vierzehnten). Sechs weitere Bände sollen folgen, jeder zum Preise von 2 Mark. Herausgeber ist ein Schüler Diltheys, Professor Walter Schmied-Kowarzik in Wien.

Johannes Thummerer: Hannerle. Ein Blindenroman. (Verlag Fr. W. Grunow, Leipzig. Geb. 5,50 M.)

Von der Welt der Blinden pflegt man zu sagen, daß sie schöner sei als jene, die wir sehenden Auges erschauen: aus den Geheimnissen des Klanges formt sich eine Traumschöpfung, in der sich die Seele der Blindgeborenen mit tastendem Schweben bewegt, beglückt in jener Feinfühligkeit der anderen Sinne, die um den Inhalt des fehlenden bereichert sind. In diese duftzarten Stimmungen führt das Buch des Dichters, das das seelische Erschließen eines blinden Mädchens schildert. Auf der Schwelle zwischen Kind und Jungfrau naht ihr ein junger Student, der von ihr das Träumen lernt und den sie bald mit aller Hingabe ihres reinen

*) Darin das bedeutsame Wort: „Ich bin der Meinung, daß jedermann, vom Fürsten bis zum Ackerknecht geschickt zu machen ist, dem Vaterland im Notfall einige Kriegsdienste zu leisten".

Herzens liebt. Dann kommt der Konflikt, der Zusammenstoß mit der erbarmungslosen Wirklichkeit, der Tod der Mutter, die Erkenntnis, daß der Geliebte nicht heimisch werden kann in Hannerles weltabgeschiedenem Dasein und endlich das Sichzurechtfinden mit Gott und Umwelt: als Helferin Kranker und Führerin verlassener Kinder erringt die Blinde schließlich ein entsagungsfreudiges Glück. — Der Dichter geht mit großer Innigkeit diesem Mädchenleben nach, dem er in einem anderen nutzlos welkenden eine wirkungsvolle Antithese gibt. Daneben erscheinen die übrigen Gestalten zuweilen ein wenig farblos, ohne daß dies die reizvolle Wirkung des Ganzen wesentlich beeinträchtigte. B. p.

Parpert, Friedr., Pastor in Seelze bei Hannover. Evangelisches Mönchtum, Leipzig, bei A. Deichert, 1916. 67 Seiten. Preis M. 1.80.

In der evangelischen Kirche wirken die Konventikel, jene Sammlungen ernster, weltabgewandter Christen, zersetzend. Die katholische Kirche hat es verstanden, den Sektengeist in ihre Mönchsorden abzuleiten und dadurch ihren Zwecken dienstbar zu machen. Sie sind Kraftquellen für die Zeiten ihrer Verweltlichung geworden. Der Verfasser fordert nun auch für die evangelische Kirche offiziell anerkannte mönchartige Gemeinschaften, freilich ohne ewig bindendes Gelübde. Hier soll ganzer Ernst gemacht werden mit dem Ideal christlicher Sittlichkeit. Sie sollen ein Zufluchtsort werden für die, die für immer oder für einige Zeit Einsamkeit und Stille suchen. Es sind beachtenswerte, von Liebe zur evangelischen Kirche getragenen Gedanken, die der Verfasser bringt. Doch wird noch nicht klar, wie sich derartige Ideen verwirklichen können. Die Parallele zwischen Konventikeltum und Mönchtum ist richtig. Es ist aber nicht ersichtlich, daß ein protestantisches Mönchtum etwa die vorhandenen inner- oder außerkirchlichen Gemeinschaftskreise in sich aufsaugen werde. Jenes wird vielmehr neben den alten, eine neue und neuartige Gemeinschaft werden, mit den alten und mit der Kirche, je nach Personen und Umständen, in Frieden oder Krieg. Das Schriftchen, welches Harnacksche Gedanken weiter ausspinnt, ist auch Adolf Harnack gewidmet.

Theod. Simon

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Siegen, siegen, siegen!

Von Dr. Friedrich Thimme

Der Abgeordnete von Heydebrand und der Lasa, der Führer der konservativen Partei, ein Mann von anerkannten, auch bei seinen Gegnern anerkannten staatsmännischen Qualitäten, hat kürzlich auf eine Frage nach seinen Kriegszielen mit lapidarer Kürze geantwortet, daß es nur noch auf eins ankomme: Siegen, siegen, siegen! Das ist ein Wort, das nach der schnöden Abweisung unseres Friedensangebots sicherlich Stimmung und festen Entschluß unseres ganzen Volkes, vom Kaiser bis zum letzten Arbeiter wiedergibt. Konservative und Sozialdemokraten, Alldeutsche und Friedensenthusiasten, Städter und Landleute, alle einander entgegengesetzten Gruppen und Richtungen sind hierin eins. Man sollte meinen, daß auch über den Weg zum Siege ein Zweifel nicht mehr möglich sei. Der Kaiser hat es seinem Heer und seiner Marine schon bei der Jahreswende zugerufen: „Der unvergleichlich kriegerische Geist, der in Euren Reihen lebt, Euer zäher, nimmer ermattender Siegeswille, Eure Liebe zum Vaterlande bürgen mir, daß der Sieg auch im neuen Jahr bei unseren Fahnen bleiben werde.“ Zu Stahl zu werden, hat er dann Heer und Marine in dem Aufruf des 5. Januar aufgefordert, der den Fortgang des Krieges in aller Form ankündigt. Also Kampf, grimmigen, entschlossenen, zähen Kampf zu Wasser und zu Lande, härteren, rücksichtsloseren noch als bisher gilt es. Der Heimat aber fällt vor allem die Aufgabe zu, alles, was irgend für diesen gesteigerten Kampf erforderlich ist, in gigantischem Ausmaß herzustellen. Heerespflicht und Dienstpflicht umfassen ja heute das ganze Volk. Was der Reichskanzler am 12. Dezember warnend voraussagte: „Lehnen die Feinde unser Friedensangebot ab, dann wird bis in die letzte Hütte hinein jedes deutsche Herz von neuem in heiligem Zorn aufflammen gegen Feinde, die um ihrer Vernichtungs- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmorden noch keinen Einhalt tun wollen,“ das muß zur Wahrheit werden und ist schon Wahrheit geworden. Nicht als ob der furor teutonicus sich in lauten Worten und leidenschaftlichen Gesten nach Art unserer Feinde kund gäbe; stählerne Entschlossenheit, wie sie von uns verlangt wird, heischt nach Taten, nicht Worten. Was not tut, ist der eherne Wille, auch das Letzte an Gut und Blut herzugeben, ist die Bereitschaft zu jeder

Arbeit und zu jeder Entbehrung, ist der Verzicht auf alle Selbstsucht und jeden Sondervorteil, auf alle überflüssige Kraftvergeudung in unnötigem Zank und Parteihader, der sich immer noch in Blättern aller Richtungen häßlich breit macht, ist der Geist und die Tat freudiger und restloser Gemeinschaftsarbeit, zu der das Hindenburg-Gesetz die große Ouvertüre spielt, ist mit einem Worte die völlige Einheit und Geschlossenheit der nationalen Front. Heute, wo es sich bei dem Herannahen der endgültigen Entscheidung des Weltkampfes mehr wie je um die Existenz und die Zukunft Deutschlands handelt, muß ein jeder Deutscher in jedem Betracht, vor allem aber in der Richtung der Einheit und der Gemeinschaft auf vaterländische Höchstleistung bei mindestem Kraftverlust gestellt sein.

Fort darum mit dem leidigen Streit zwischen Stadt und Land um die Ernährungsfragen, der sich immer wieder von neuem entzündet. Ehrensache muß es für unsere Landwirtschaft im Sinne der Hindenburgschen Ermahnungen sein, nicht bloß einmalig, sondern dauernd im Interesse der Gesamtbevölkerung herzugeben, was nur irgend entbehrt werden kann; Ehrensache auch, sich durch nichts, durch keinen noch so begreiflichen Ärger über behördliche Eingriffe in der Steigerung der Produktion auf ein Höchstmaß behindern zu lassen. Ehrensache muß es aber auch für den Städter sein, dem Landmann zu vertrauen, verdammenswerte Einzelfälle nicht zu verallgemeinern, und statt mißgünstig die Leistung des Landmannes zu kontrollieren, gerade und unverrückt auf den ihm selbst vorgeschriebenen Weg der Anspannung der eigenen Kräfte zu schauen. Ein jeder sehe, nach dem Goetheschen Spruche, wie er es treibe.

Fort mit dem unfruchtbaren Streit um den Einfluß des Parlaments! Im Grunde wollen hier doch alle Deutschen dasselbe, sie wünschen den Einfluß des Parlaments in der Richtung stärkster Mithilfe an dem nationalen Verteidigungs- und Hilfsdienst anerkannt und erhöht zu sehen, wünschen auch, daß von der Tribüne des Reichstags das starke Wollen des deutschen Volkes möglichst oft seinen weithinhallenden Ausdruck finde. Was braucht man sich da um das Maß der Parlamentsrechte zwischen Rechts und Links zu streiten, was braucht man hüben das Ziel der reinen Parlamentsherrschaft, das in weitem Felde liegt, aufzustellen, drüben, wie es jüngst in einer Zuschrift der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung" („Auf dem Wege zur Parlamentsherrschaft", Nr. 651 und 652 vom 21. und 22. Dezember) geschah, die wahrlich bescheidenen Ansätze zu einer Steigerung des parlamentarischen Einflusses im Lichte der allerschwärzesten Gefahren auszumalen? Unsere Konservativen mögen sich erinnern, daß auch ein Bismarck auf das eindringlichste seine Stimme zugunsten eines starken Parlaments als des Brennpunktes des nationalen Einheitsgefühls erhoben hat. „Wir brauchen den Reichstag, wir brauchen seine Autorität, wir müssen sie stützen und fördern." Bismarck hat ja — er hat es 1891 ausgesprochen — diktatorische Zustände, wie sie heute während des Krieges notgedrungen herrschen, als Ausnahmen angesehen, und als solche für zulässig gehalten, aber er hat doch als Regel die parlamentarische Autorität und die durch sie vorzunehmende Korrektur der Regierungspolitik für schlechthin notwendig und für um so notwendiger erklärt, je mehr die ministerielle Leitung an Sachkunde und Geschick zu wünschen übrig lasse. Sogar die Forderung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes würde sich auf die Autorität eines Bismarck berufen können!

Fort auch mit dem Streit um die Neuorientierung, der wieder unsere Konservativen mehr als nötig aufregt und beunruhigt. Sie mögen, da sie nun

einmal die Bismarcksche Autorität so hoch einschätzen, sich seiner eigenen Lebensmaxime erinnern, die just für den heutigen Zeitpunkt geprägt sein könnte: „Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie; in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können. Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus fest gebaut dasteht" (5. März 1878). Auch des anderen Wortes von Bismarck wollen wir eingedenk sein: „Den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist, jederzeit zu erstreben, ist die Pflicht jeder ehrlichen Regierung." Daß heute aber, nachdem in dem Kampf um Deutschlands Existenz sich die völlige Solidarität der Volksgenossen in vaterländischer Zuverlässigkeit, die nationale Haltung aller Parteien in einem Maße dokumentiert hat, das Bismarcks kühnste Erwartungen übertroffen hätte, nachdem auf der anderen Seite die Autorität des Kaiser- und Königtums eine auch von konservativer Seite oft und warm begrüßte Stärkung erfahren hat, daß heute Bismarck einen höheren Grad von Freiheit des Volkes und des Individuums, ein stärkeres Ausmaß des Selbst- und Mitbestimmungsrechts im Staate, und also eine Neuorientierung für nützlich und notwendig halten würde, das kann einem ernstlichen Widerspruch nicht unterliegen und am wenigsten neuen Streit entfachen.

Fort weiterhin, ganz im Sinne Herrn von Heydebrands, mit dem unfruchtbaren, nur die Einheit bedrohenden Streit um die Kriegsziele! Ob wir viel oder wenig als Siegespreis verlangen, ist heute letzten Endes ganz gleichgültig; wir wissen ja, daß unsere Feinde uns gar nichts, nein, weniger als nichts gönnen, daß sie uns jeden Frieden weigern, der nicht unserer Vernichtung gleichkommt. Da kann in der Tat nur siegen, siegen und noch einmal siegen die Parole sein; alles andere ist nur ein Streit um das Fell des übel zugerichteten, aber noch nicht erlegten Bären. Die Größe des Siegespreises, das sollten sich gerade unsere Machtpolitiker sagen, hängt nicht von dem Maße der Agitation für möglichst weit gesteckte Kriegsziele ab, die doch immer nur ein entsprechendes Maß von Gegenagitation auslöst, und die auf diese Weise tatsächlich nur den Eindruck der Zerfahrenheit des Volkswillens steigert und unsere politische Stoßkraft nicht herauf-, sondern herabsetzt; sie hängt vielmehr einzig und allein von der Größe des erfochtenen Sieges ab.

Fort endlich mit dem unglückseligen Streit um unsere führenden Männer, um den Reichskanzler zumal, der neuerdings, im Zusammenhang mit dem Friedensangebot, heftiger wie je zu entbrennen droht! Kann es nützlich und ersprießlich sein, wenn ein Urteil wie das folgende in das Land getragen wird: „Es ist wohl das Schwerste an diesem so schweren Kriege, daß das Volk in seinem einsichtigsten Teil so gänzlich das Vertrauen zu unserer politischen Leitung verlieren mußte. Kann überhaupt der Mann, dem das Wort vom Unrecht an Belgien entschlüpfte, und der versprach, das begangene Unrecht wieder gut zu machen, einen Frieden schließen, der Deutschlands Zukunft sicherstellt?" Und leider ertönt die gleiche Melodie aus alldeutschen, konservativen, ja selbst aus einem fortschrittlichen Blatte. Es werden Resolutionen gefaßt wie die des Vorstandes des Verbandes Westmark der deutschvölkischen Partei: „Während

sich den Männern um Scheidemann und den Vertretern des Börsenkapitals nur noch einige unklare Besserwisser anschließen, steht das übrige gesamte deutsche Volk der Politik des Reichskanzlers ohne Vertrauen gegenüber ... Das deutsche Volk darf daher wohl erwarten, daß der Herr Reichskanzler zum Wohle des Vaterlandes und der deutschen Zukunft einem anders gearteten Mann den Platz räumt." Ja, die „Alldeutschen Blätter" haben ihren Neujahrsartikel mit den Worten geschlossen: „Wenn wir für unser Volk in der Form eines Neujahrswunsches eine Frage an das Schicksal tun, so kann es nur die nach neuen Männern sein: Nur in diesem Zeichen werden wir siegen."

Wir wollen hier nicht darüber streiten, ob wirklich ein so großer Teil des deutschen Volkes, ob gerade die Einsichtigsten dem Kanzler ihr Vertrauen versagen. Das eine steht jedenfalls fest, daß er bis auf den heutigen Tag das volle Vertrauen des Kaisers und Königs und der vornehmsten Bundesfürsten, wie des kraftvollen Bayernkönigs genießt; immer wieder haben wir ja während des Krieges herzliche und vertrauensvolle Kundgebungen von ihrer Seite an ihn gelesen. Auch das steht fest, daß Hindenburg zum Kanzler hält; nicht umsonst hat er an ihn nach der Einleitung der Friedensaktion und der Rede vom 12. Dezember ein Telegramm von wärmster und persönlichster Färbung gerichtet. Daß der Kanzler als solcher, so lange er im Amte ist, der Hauptvertrauensmann, der Hauptvertrauensberater des Kaisers, daß er in Wahrheit kaiserlicher Beamter sei, das hat Bismarck zu wiederholten Malen mit allem Nachdruck betont. „Um ernannt zu werden und im Amt zu bleiben," sagte Bismarck zum Beispiel am 25. Januar 1877, „muß der Reichskanzler notwendig das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers haben." Den Kanzler zu ernennen und zu entlassen, ist ausschließlich ein kaiserliches Vorrecht, das ganz gewiß kein irgend konservativ gesinnter Mann durch eine noch so entfernte Nötigung, einen anderen Reichskanzler zu ernennen, schmälern dürfte. Vor wenigen Jahren erst — es war nach dem Fall von Zabern — hat Herr von Bethmann Hollweg selbst unter dem lauten Beifall der Rechten ausgeführt: „Nach der Reichsverfassung steht dem Kaiser die Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers in vollkommen freier Entschließung zu, und es ist verfassungswidrig, darauf einen Druck ausüben zu wollen." Damals hat es die ganze konservative Partei höchlich gebilligt, daß der Kanzler es ablehnte, auf Grund eines parlamentarischen Mißtrauensvotums seine Entlassung zu nehmen, so lange ihn das Vertrauen des Kaisers trage. Damals hat sich die ganze konservative Presse über das parlamentarische Mißtrauensvotum mit Recht entrüstet und aufgelehnt. Ja, ist denn ein alldeutsches oder ein konservatives Mißtrauensvotum, ausgehend von einzelnen Blättern, Vereinsvorständen oder Persönlichkeiten im Grundsatz verschieden von einem demokratischen oder parlamentarischen Mißtrauensvotum? Wir appellieren an Herrn von Heydebrand: hätte nicht gerade die konservative Partei jetzt die Verpflichtung, für das bedrohte Recht des Kaisers, an dem Mann seiner Wahl und seines Vertrauens festzuhalten, mit aller Schärfe und Bestimmtheit, auch gegenüber den Heißspornen der eigenen Partei einzutreten?

Wenn die neuerliche Bewegung gegen den Kanzler ihre Argumente insbesondere aus der Friedensaktion, die sie für unzeitig und schwächlich ansieht, abzuleiten sucht, so sollten konservative Blätter auch das nicht vergessen: diese Friedensaktion ging nicht sowohl von Herrn von Bethmann Hollweg, als vielmehr vom Kaiser und seinen hohen Verbündeten, zumal dem jungen Kaiser Karl aus. Ausdrücklich hat der Kanzler in seiner Rede vom 12. Dezember gesagt: „Seine Majestät der Kaiser hat in vollem Einvernehmen und in Gemeinschaft mit den

ihm verbündeten Herrschern den Entschluß gefaßt, den Feinden den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen". Auch der Kaiser selbst hat dies in seinem letzten Aufruf an Heer und Marine bestätigt. Diese persönliche Initiative des Kaisers aber sollte Grund genug sein, den Motiven, die zu der Aktion geführt haben und den Gründen, die für sie sprechen, vollkommen gerecht zu werden, statt daß die Gegner des Kanzlers sie benutzen, um über ihn, der den Kaiser mit seiner Verantwortlichkeit deckt, herzufallen. Auch wenn das Friedensangebot weiter gar nichts gutes gewirkt hätte, als daß die innere Einheit Deutschlands durch diese politische Handlung gestärkt wäre, was selbst die „Kreuzzeitung" am 10. Januar zugestanden hat, so wäre das bei der ungeheuren Bedeutung der inneren Einheitsfront von gar nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung. Wir möchten es mit der „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung", einem ebenfalls weit rechts stehenden Blatte, doch auch hoch anschlagen, daß gerade von deutscher Seite mitten in dem Toben des Weltkrieges die „reinliche Sprache der Wahrheit, des Christentums und der Verantwortung vor Gott" angeschlagen ist! Mag auch diese Sprache zunächst von dem Haß und Toben unserer Feinde niedergeschrieen werden, auf die Dauer kann und wird es im weiten Erdenrund nicht ohne Eindruck und ohne tiefere Wirkung bleiben, daß die Menschheitsfrage des Friedens, nicht aus schwächlicher Sentimentalität und noch weniger aus Schwäche selbst, sondern um des Gewissens willen zuerst und gerade von uns gestellt ist. Dem Reichskanzler aber soll es für immer unvergessen bleiben, daß er, um mit Hindenburg zu sprechen, mit seiner Rede eine tiefsittliche Kraftäußerung unseres deutschen Vaterlandes eingeleitet hat.

Es liegt auch schlechterdings kein Anlaß vor zu glauben, daß der Reichskanzler, wie ihm so oft unterstellt wird, sich um jeden Preis zu Friedensverhandlungen bereit finden lassen werde. Unsere Antwort auf Herrn Wilsons Friedensnote ließ und läßt einer solchen Annahme wahrlich keinen Raum; besagt sie doch klar und eindeutig, daß wir selbst, Aug in Auge und ohne Vermittler mit unseren Gegnern verhandeln wollen. Auch die angeblichen Äußerungen unseres Gesandten in Amerika, des Grafen Bernstorff: daß Deutschland unter allen Umständen zur Friedenskonferenz gelangen wolle, daß es bereit sei, Belgien herzustellen und zu entschädigen und überhaupt Kriegsentschädigungen zu bezahlen, sind mit aller Deutlichkeit dementiert worden. Damit ist denn auch von neuem festgestellt, daß jene Äußerungen des Reichskanzlers vom 4. August 1914, die ihm von seinen Gegnern immer wieder vorgehalten werden, durch die seitherigen Ereignisse völlig hinfällig geworden sind, und unsere jüngste Note an die Neutralen hat dies noch unterstrichen. Man versteht ja, daß unsere Feinde die Äußerungen des Kanzlers bei jeder Gelegenheit von neuem hervorsuchen. Aber daß ein solcher durchsichtiger Advokatenkniff uns eine Veranlassung geben könne, den Reichskanzler fallen zu lassen, das scheint mit deutschem Selbstbewußtsein doch schwer vereinbar. Wollen wir überhaupt das mindeste Gewicht auf das legen, was unsere Feinde sagen, so müßten wir uns beeilen, auch unseren ganzen Militarismus, ja unsere Hohenzollerndynastie — suchen unsere Gegner nicht etwa auch aus den Äußerungen Kaiser Wilhelms Kapital zu schlagen? — preiszugeben!

So bliebe denn von allen Vorwürfen, die neuerdings gegen Herrn von Bethmann Hollweg erhoben werden, wesentlich nur der eine übrig, daß er aus Rücksicht auf Amerika und die Neutralen mit dem verschärften Unterseebootkrieg zurückgehalten habe. Wer sich aber diesen Vorwurf zu eigen macht, übersieht,

daß der Reichskanzler hier keineswegs zu entscheiden hat, daß die Entscheidung vielmehr auf Grund der Gutachten aller maßgebenden Stellen, darunter unserer ersten Marineautoritäten von dem Kaiser selbst gefällt wird. Auch unsere Heeresleitung, die doch am besten übersieht, was zur raschen und völligen Entscheidung des Weltkrieges von nöten ist, hat, wie jedermann weiß, ihr gewichtiges Wort in die Wagschale zu werfen. Das sollte doch allen Deutschen ohne Unterschied der Partei ein sicheres Vertrauen geben, daß auch das äußerste Kriegsmittel, wenn es die siegreiche Entscheidung des Krieges verbürgt, rechtzeitig eingesetzt wird. Wo Hindenburg im Rate sitzt, zu dessen ruhiger Entschlossenheit ganz Deutschland in felsenfester Zuversicht aufschaut, da kann und darf es keinen Zweifel, keine bange Sorge mehr geben.

Man wird diesen Ausführungen vielleicht entgegenhalten, daß es nicht üblich sei, die Person des Kaisers in die Erörterung hineinzuziehen. Aber hier handelt es sich doch um Wahrheit und Klarheit, handelt es sich darum, daß dem deutschen Volke das Vertrauen auf die siegreiche Entscheidung, das durch leidenschaftliche Agitation untergraben zu werden drohte, zurückgegeben werde. Unser Kaiser selbst ruft heute das deutsche Volk in flammenden Worten zu Kampf und Sieg auf. Er vertraut dem deutschen Volke von ganzer Seele und von ganzem Herzen; sollte das deutsche Volk ihm nicht wieder vertrauen, auch darin vertrauen, daß er uns die rechten Führer gegeben hat? Uns scheint ein solches Vertrauen heute schlechthin notwendig zu sein. Ohne Vertrauen des Volkes kein Sieg! Ein Bibelwort sagt: „Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat." Das gilt ja zunächst von dem geistlichen Gebiete. Aber es trifft auch völlig auf unsere Situation im Weltkriege zu. Darum ist es höchste patriotische Pflicht für jeden Deutschen, der die Parole „Siegen, siegen, siegen" unterschreibt — und welcher Deutsche sollte das nicht? — dahin zu wirken, daß das Vertrauen des Volkes zu sich selbst und zu den Männern, die des Kaisers Wille zu seinen Führern bestellt hat, gestärkt und gemehrt werde. Damit verträgt es sich sehr wohl, daß diesen Männern immer wieder zugerufen wird: Landgraf werde hart!, daß ihnen alle Bedenken gegen irgendwelche Nachgiebigkeit, alle Gründe für eine möglichst rücksichtslose Kriegsführung zu Wasser und zu Lande ans Herz gelegt werden. Wir sind überzeugt, daß das heute, nach der schier wahnwitzigen Antwortnote der Entente an Wilson nicht mehr nötig ist, daß heute der Kanzler an grimmiger Entschlossenheit und Siegeswillen hinter keinem Deutschen zurücksteht. Wir dürfen auch gewiß sein, daß das sich bald, sehr bald zeigen wird! Und darum noch einmal: Unser Glaube ist der Sieg. Nicht in dem Zeichen irgendwelcher neuer Männer, nicht in dem Zeichen irgendeines Kriegsmittels: siegen werden wir mit unseren treuen Verbündeten nur in dem Zeichen des Vertrauens und der Einigkeit. „Noch nie ward Deutschland überwunden wenn es einig war", in diesem schönen Kaiserwort liegt das tiefste Geheimnis des Sieges!

Stadt und Land

„Er hat es schier vergessen, was wir einander sein!"

Von G. Hoffmann

mmer wieder ist aus den Äußerungen der Tagespresse ersichtlich, daß die Stadtbevölkerung über das Verhalten der Landwirtschaft zum Volksganzen in dieser schweren Zeit ganz falsch unterrichtet ist. Durch die langjährige bedenkenlose parteipolitische Zänkerei ist die Kluft zwischen Stadt und Land so groß geworden, daß kaum noch eine Verständigung möglich erscheint. War das in Friedenszeiten schon beklagenswert, so ist es das in des Vaterlandes Schicksalsstunde doppelt. Ja, ich bin der Meinung, daß das Mißtrauen zwischen dem Urberufsstand und allen anderen Ständen und die daraus folgende falsche Einschätzung der Leistungswilligkeit und Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft sich zum Hauptgefahrpunkt unserer Lage gestaltet. Das Ertragenwollen und damit das Ertragenkönnen der gesamten Stadtbevölkerung, aber auch die richtige Bemessung diplomatisch-politischer Möglichkeiten hängt davon ab. Es ist zwar unmöglich, in einem kurzen Aufsatz alle diese Gedanken und Fragen erschöpfend zu behandeln, aber es ist schon viel gewonnen, wenn eine Anzahl der uns Landleuten so fremd Gewordenen aus gebildeten Kreisen der Wahrheit eine Gasse bahnen hilft. Meist fehlt aber dazu jede Grundlage wegen der völligen Unkenntnis unserer Lebenskreise und unserer Bestrebungen. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint mein Unterfangen ja aussichtslos; aber vor uns allen steht des Vaterlandes Not. — So muß ich's wagen.

Man macht allgemein der Landwirtschaft den Vorwurf der Zurückhaltung ihrer Erzeugnisse und glaubt mit einer rückhaltlosen Abgabe eine durchgreifende Linderung der städtischen Not zu erreichen. Man glaubt den angeblichen Mangel an Opferwilligkeit besonders dadurch gebührend zu beleuchten und die gestellte Forderung ganz unwiderleglich zu begründen, indem man sie aus der unbestreitbaren Tatsache ableitet, daß bei einem feindlichen Einbruch gerade der Bauer durch die Verwüstung seines Besitzes auf viele Jahre hinaus weit vernichtender getroffen würde als irgendein anderer Stand. Diese Schlußfolgerung ist ganz falsch, weil oberflächlich. Sicherlich ist der Landmann zur Hergabe seiner Erzeugnisse verpflichtet; geht er aber darin so weit, daß dadurch der ordentliche Fortgang seiner Wirtschaft gefährdet wird, so ist das zwar

menschlich schön, aus Gründen einer höheren Staatsvernunft aber in unserem Falle geradezu ein Verbrechen. Ich betone hier ausdrücklich, daß ich mit diesem Satz nicht gegen die Hindenburgspenden und Ähnliches eifere — sie sind selbstverständliche Pflicht —, meine Gedanken umfassen nur die tatsächlich verlangten Opfer, die eine Behinderung der Erzeugung bedeuten. Die Richtigkeit dieser Gedanken hätte eigentlich jedem Deutschen von dem Augenblicke an klar sein müssen, da England den Plan des Hungerkrieges offen aussprach. Der Weitblick unserer Heeresleitung erkannte das sofort und trug dem durch die Bebauung des feindlichen Landes Rechnung, die Masse des Volkes erkannte das nicht, ja es ist sehr zu bezweifeln, ob die leitenden Stellen unserer inneren Wirtschaft allezeit sich völlige Klarheit über die vernunftgemäße Grenze der landwirtschaftlichen Leistungspflicht und der tatsächlichen Leistungsfähigkeit bewahrten. Nur aus der völligen eigenen Unklarheit jener Stellen ist die Versäumnis einer eingehenden Volksaufklärung über das Wollen, Können und Tun der Landwirtschaft zu verstehen und zu entschuldigen; sonst wäre kein Tadel scharf genug, um die Lässigkeit zu kennzeichnen, mit der man tatenlos der Hetze gegen die Landwirtschaft zugeschaut hat.

Inwieweit beruhen die unablässig erhobenen Vorwürfe auf Tatsachen? Hat die Landwirtschaft ihre gewaltige Aufgabe: die Ernährung eines Achtundsechzigmillionen-Volkes — jetzt im Kriege unter fast völligem Abschluß vom Weltmarkt — zu lösen versucht? Mit welchen Schwierigkeiten hat sie dabei zu kämpfen?

Es kann nicht meine Absicht sein, auf die einzelnen Behinderungen einzugehen, denn ihre Zahl ist fortwährend aus einigen falschen Grundmaßnahmen heraus so gewachsen, daß ihre Aufzählung nur ermüden und bei Nichtfachleuten den Eindruck übelwollender Kritikasterei erwecken würde. Ich beschränke mich also nur auf eine Darstellung der Zusammenhänge. Ohne jeden Umschweif sei zugegeben, daß sehr viele Landwirte und Landwirtsfrauen ihrer Nächstenpflicht nicht so nachgekommen sind, wie sie das hätten tun können, — genau wie auch in den Städten die Nächstenliebe nicht immer Triumphe feiert.

Ist man berechtigt, all' solche unschönen Geschehnisse dem Stande als solchem zur Last zu legen? Jeder Stand hat üble Vertreter vorzuweisen, also auch die Landwirtschaft. Die Beurteilung der Landwirtschaft bezüglich ihrer sittlichen Kräfte geschieht aber überhaupt stets von gänzlich falscher Grundlage aus. Jeder urteilt nach dem vertrauten Maßstabe seines Standes, ohne zu bedenken, daß sein Stand nur einen kleinen Ausschnitt des gesamten Volkstums bedeutet, erwachsen auf einer ziemlich einheitlichen Grundlage geistiger und beruflicher Bildung aller seiner Genossen. Es entbehrt im allgemeinen nicht einer gewissen Berechtigung, wenn man bei allzu häufiger Wiederkehr des gleichen Fehlers diesen dem ganzen Stande zur Last legt. Anders bei unserem Beruf. In ihm ist unter der gleichen Kennmarke alles vertreten von der höchsten Bildung des Geistes, des Wissens und der praktischen Arbeit bis zur völligen Stumpfheit

auf diesen Gebieten, Groß- und Kleinbesitzer, Beamte und Arbeiter, jede Klasse in sich und gegeneinander grundverschieden nach Lebensauffassung und -Bedürfnissen. Kurz: unser Stand ist das Spiegelbild aller Volksschichten mit allen Vorzügen, aber auch mit allen Schwächen und Mängeln. Und da will man für die Fehler einzelner, mag ihre Zahl auch nicht klein sein, den ganzen Beruf verantwortlich machen? Das hieße, sich den Fehler unserer Feinde zu eigen machen, die in dem langjährigen Verhalten der Sozialdemokratie und in dem Gebaren eines[] zum Teil gänzlich aus der Haltung gekommenen Reichstages zurzeit der Zabernschmach den Beweis völliger Vermorschung des Deutschtums erblickten, die ihnen diesen kriegerischen Meuchelmord aussichtsvoll erscheinen ließ.

Nein! Statt Vorwürfe zu erheben, sollte die Volksgesamtheit den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen ehrlichen Dank wissen. Wie gering ist die Zahl derer im ganzen Volk, die schon einmal darüber nachgedacht haben, daß die Möglichkeit, in diesem gewissenlosesten aller Kriege der ganzen Welt standzuhalten, ihre Voraussetzung in der ungeahnten Kraft unserer Landwirtschaft hat! Und — die Hauptsache —, daß diese Kraft von unserer selbsterkorenen Führerschaft in jahrzehntelangem zum Teil erbittertem Ringen gegen mißgünstige oder urteilsschwache aber mächtige Volkskreise und selbst Regierungsstellen erzwungen worden ist! Wäre die Gegnerschaft nicht allzu stark gewesen, so hätten wir unter anderem seit vielen Jahren eine gewaltige Kriegskornreserve angelegt, die uns die entsetzliche Mißernte von 1915 nicht hätte fühlen lassen. Gleichzeitig damit war eine Preisregelung auf mittlerer Linie beabsichtigt, die eine Stetigkeit landwirtschaftlicher Erzeugungssteigerung verbürgt hätte, die jeden Gedanken an Aushungerung lächerlich erscheinen ließ. Aber wer — selbst aus den gebildetsten Kreisen — weiß heute etwas von diesen zähe verfolgten, leider nicht erreichten Zielen?

Nun kam durch Englands Neid auf die Blüte von Deutschlands Industrie und Handel der Krieg. Es kann nicht genug betont werden: Nicht unsere blühende Landwirtschaft reizte Englands Zorn! — Ein agrarisches Deutschland konnte seinem Geldbeutel nicht schaden. Nein! Dieser Krieg ist geplant und begonnen zur Vernichtung des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Er wird von uns geführt zu ihrer Erhaltung und damit zugleich für die Lebensmöglichkeiten der deutschen Arbeiterschaft. Die Landwirtschaft hätte die üblen Folgen eines sogenannten „ehrenvollen" Friedens im Sinne des Wedelschen Nationalausschusses erst in allerletzter Linie zu fühlen. Für die nicht ländlichen zwei Drittel des deutschen Volkes aber gibt es nichts Verhängnisvolleres als diese und die Scheidemannsche Friedenssehnsucht. Der erbitterte stille Kampf gegen diese Schwächlichkeiten, in dessen vorderster Reihe die deutsche Landwirtschaft steht, beweist wieder, daß wir wie seit Jahrzehnten weit über Berufsinteressen hinaus unbeirrt den Blick aufs Ganze gerichtet halten, daß des Vaterlandes Herrlichkeit unser höchstes Streben ist.

Ich muß zurückgreifen auf Kriegsbeginn. Der 1. August 1914 nahm der deutschen Landwirtschaft die halbe Manneskraft, die halbe Gespannkraft und — was noch mehr ins Gewicht fällt — die Hälfte der denkenden Köpfe. Das war der erste aber unvermeidliche Schlag gegen die Erzeugung. Trotz dieser Behinderung, die mit längerer Kriegsdauer sich noch gewaltig vergrößern mußte, sollte die Landwirtschaft die Kriegsversorgung des Reiches unter Wegfall der bisherigen Auslandszufuhr leisten. Ich muß hier daran erinnern, daß unsere ganze Ernährungswirtschaft gegen den Willen der Landwirtschaft auf diese Zufuhr zugeschnitten war. Hatte doch sogar ein Mann von der Bedeutung Helfferichs in den Zolldebatten die heute fast grotesk-komische Ansicht gegen die Landwirtschaft vertreten, unsere Grenzlinien und das Wirken unserer Diplomatie seien uns untrügliche Gewähr gegen eine Absperrung vom Weltmarkte. Es war also klar, daß die Ernährungswirtschaft sich nicht in den bisherigen unbeschränkten Bahnen weiter bewegen konnte ohne schwere Gefahr für die Gesamtheit.

Was tat die städtische Bevölkerung? Es setzte ein ganz unerhört wahnsinniger Verschwendungstaumel — zum Teil aus gutem aber unverständigem Herzen — ein, und bis zum 1. Februar 1915 hatten wir statt der normalen Halbjahrsration eine reichliche Dreivierteljahrsration verzehrt. Das Ergebnis der Bestandsaufnahme am 1. Februar 1915 löste eine unerhörte, aber von der Regierung geduldete Preßhetze gegen die Landwirtschaft aus. Der gesamte Fehlbetrag sollte zum Teil verfüttert, zum andern Teil versteckt worden sein.

Was tat das Landvolk? Als die erste Erschütterung überstanden war, da stand die Sorge vor uns: Wer birgt die Ernte? Die Erntehilfe der Städter sei hier dankbar anerkannt, es muß aber festgestellt werden, daß bei der geringsten Witterungsungunst diese ungeübten Kräfte hätten versagen müssen und eine Katastrophe unvermeidlich gewesen wäre. Das ist für eine spätere Zeit wichtig, auch für die praktische Ausgestaltung des neuen Hilfsdienstpflichtgesetzes. Der Ernteertrag blieb um ein Viertel gegen das Vorjahr zurück, in allen Zeitungen war aber von einer überreichen Ernte zu lesen, und dem entsprach ja der Verschwendungstaumel in den Städten. Da waren es wahrhaftig nicht die Schlechtesten, sondern die Besten im Lande, die „zurückhielten". Die Regierung tat keinen Einhalt. Da kam ein dumpfes Mißtrauen und ein böser Groll über uns; denn diese — nach unserem Bauernverstand — tolle Gesellschaft, weil sie die einfachste Pflicht nicht begriff, überbot sich in gehässigsten Beschuldigungen, während uns die Sorge zerfraß. Diese entsetzliche gegenseitige Stimmung wurde erzeugt und blieb, weil die Regierung kein entschiedenes Wort der Mahnung und Aufklärung fand.

Was taten die Berufsvertretungen der Landwirtschaft?

Bereits am 14. August traten sie vor die Regierung mit einem wohlüberlegten Wirtschaftsplan, der, wenn nicht mehr, so doch wenigstens die nötige Grundlage bot. Als Hauptforderung war aufgestellt: Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl und Brot, aber auch für alle Futtermehle und für

Kunstdünger, Beschlagnahme des gesamten Brotgetreides und Verbrauchseinteilung. Die Führung der Landwirtschaft hatte also sofort den Kern der Sache erfaßt. Ein ganzer Stand, der die verschiedensten Bildungsstufen in sich vereinigt, bot einmütig aus freiem Antrieb das Opfer dar, eine durch nie erlebte Umstände ins Ungemessene gesteigerte Gewinnmöglichkeit auf das zum erzeugungskräftigen Fortbestehen unbedingt notwendige Maß zu beschränken und auf Eigentums- und Verfügungsrecht zu verzichten. Gewiß: des Vaterlandes Not stand vor uns, — so war es selbstverständlich. Aber man nenne mir in der Geschichte aller Länder und Völker eine ähnliche Großtat! Der Kommunismus der ersten Christengemeinde muß, wenn man Wirtschafts- und sonstige Umstände vergleicht, dagegen wie ein Kinderspiel erscheinen. Und — wieviele Volksgenossen kennen diese Tatsache? Gegenüber der verlogensten Hetze hat kein Mund für uns gezeugt. Kein „Hände weg!" aus Regierungskreisen.

Was tat die Regierung gegenüber diesem Angebot? — Nichts! einfach — nichts! Sie erwägte sicherlich die etwa nötigen Schritte. Endlich — im Spätoktober — kamen Höchstpreise auf — ach nur auf Brotgetreide. Von Mehl und Brot wurde nicht geredet; sie stiegen weiter, und der Städter schalt auf den Bauern, der damit gar nichts zu tun hatte. Der Preis aller landwirtschaftlichen Bedürfnisse stieg auch lustig weiter, so daß die meist wirtschaftenden Altväter, Frauen und Buben völlig den Überblick und den Wirtschaftsmut verloren. Das war der zweite — nicht nötige — Schlag gegen die Erzeugung.

Der Februar 1915 brachte endlich — in elfter Stunde — die Beschlagnahme des Getreides. Und selbst in diesem kritischen Zeitpunkte noch mußte diese Maßnahme auf einem Umweg von den Führern des Bundes der Landwirte — man kann fast sagen — erpreßt werden. Dieser Februar brachte aber auch den berüchtigten Schweinemord. Ich halte es heute noch für wahr, daß damals etwas zu viele Schweine vorhanden waren. Aber die planlose Art des Vorgehens wirkte vernichtend. An praktischen Vorschlägen von der Fachseite hat es auch damals nicht gefehlt. Durch die Hilflosigkeit der verantwortlichen Stellen war jedoch in gut vaterländischen aber unfachmännischen Kreisen geradezu eine Tollheit ausgebrochen. Konnte man doch neben den schönen Stichworten wie „das Schwein unser neunter Feind" einen hochangesehenen Professor in öffentlichem Vortrag in Berlin sagen hören, man solle die Schweine totschlagen selbst auf die Gefahr hin, sie aus Mangel an augenblicklicher Verwendbarkeit vergraben zu müssen. Als man nach dieser Radikalkur zur Vernunft und zur Übersicht des volkswirtschaftlichen Schadens kam, da lud eine geschickte Presse die unliebsame Angelegenheit auf einen anderen Karren: „Ja, wenn die Landwirte — namentlich die Kartoffeln bauenden Großagrarier des Ostens — ihre Kartoffelvorräte richtig angegeben hätten, dann — usw. Aber die Landwirtschaft hat die Kartoffeln unterschlagen, um eine Preiserhöhung durchzusetzen."

Wie lag die Sache in Wirklichkeit? Die Landwirte hatten bei der amtlichen Taxaufnahme im Winter pflichtgemäß den gewohnten Winterverlust —

durch Frost, Krankheiten, Eintrocknung — in Ansatz gebracht mit erfahrungsgemäß ungefähr 12 Prozent. Als die Mieten im Frühjahr geöffnet wurden, stellte sich zur freudigen Überraschung ein Verlust von noch nicht 2 Prozent heraus. (N. b. Gleiches habe ich in zwanzigjähriger Praxis nicht erlebt.) Statt Gott zu danken für diese Gnade, benutzte man sie zur Verleumdung unseres Standes. Und — die Regierung schwieg. Das war der dritte Schlag gegen unsere Erzeugungskraft.

Die Folgezeit will ich ganz kurz zusammenfassen; der Entwicklungsboden des Unheils ist ja genügend gekennzeichnet. Es kam die an sich unumgängliche Gründung der Kriegswirtschaftsgesellschaften, aber — mit einem Mehltau erzeugungslähmender Verordnungen. Kaum ein Wirtschafter kann heute noch überschauen, ob er nicht längst reif für den Staatsanwalt ist. Denn, daß die Leiter dieser Gesellschaften fast nur aus den Kreisen der Waren umsetzenden Berufe gewählt wurden unter fast völligem Ausschluß des Berufes, der die zu bewirtschaftenden Werte schafft, das hatte unglaubliche Verständnislosigkeiten zur Folge und mußte auf der Bahn der Erzeugungsbehinderung rettungslos weitertreiben. Man denke sich nur einmal das genaue Gegenstück. Was wäre geschehen, wenn man, wie uns, dem Heer, der Industrie, der Geldwirtschaft ihre altvertraute und jahrzehntelang erprobte Führung genommen und sie Neulingen anvertraut hätte zu bedingungslosem Gehorsam? Man mühte sich ehrlich um eine gewissenhafte Verteilung, die Förderung der Erzeugung blieb in mehr oder minder verständnisvollen Worten stecken. Und man mag alle möglichen fördernden Maßnahmen ausklügeln, sie sind alle nur Tropfen auf glühendem Stein, so lange nicht die Grundlage alles landwirtschaftlichen Fortschrittes wieder hergestellt wird: Dungkraft, Arbeitskraft und Verstandeskraft, die die beiden ersten richtig anzuwenden weiß. Daran hängt alles. So lange man sich nicht entschließt, die Kosten der Kunstdüngerherstellung als Kriegskosten zu verrechnen, so lange es vorkommen kann, daß, wie in diesem Herbst, eine Verordnung herauskommt, der Landwirtschaft 25 Prozent der knapp zugewiesenen Kriegsgefangenen zu entziehen, während noch tausende Hektar von Hackfrucht im Felde standen, so lange die Freigabe der Wirtschaftsleiter bei Kv.-Eigenschaft fast unmöglich ist, so lange ist eine Sicherung der Volksernährung auf die Dauer aussichtslos. Man gewinne doch endlich Klarheit darüber, daß es hohe Zeit ist. Selbst wenn man heute mit einem Ruck alles ins richtige Gleis heben könnte, so würde eine für die Allgemeinheit fühlbare Besserung wahrscheinlich erst mit der Ernte 1918 eintreten. Um Tatsachen kann man sich nicht herumdrücken. Hunger tut im Frieden genau so weh wie im Kriege und, wenn morgen die Friedensglocken läuteten, so wäre dadurch auf dem äußerst knappen Weltmarkt kein Kilo Getreide für uns zu haben, gar nicht zu reden davon, daß unser derzeitiger Getreidepreis etwa ein Drittel unter Weltmarktpreis steht. Man überlege mal die natürliche Folge. Die allgemeine Lage ist heute so, daß auch der heiligste gute Wille der Landwirtschaft in der Gesamtheit vom

größten Großagrarier bis zum kleinsten Hüttner und die hehrste Opferwilligkeit die Gefahr nur für kurze Zeit bannen können, wenn unsere Kraftquellen verschüttet bleiben.

Deshalb: nicht unbedacht fordern und schmälen! Verprügelte Pferde ziehen keine schwere Last! Aber die deutsche Landwirtschaft, die bis heute 70 Prozent ihrer Manneskräfte hergegeben und trotzdem die deutsche Scholle nicht hat veröden lassen, sie sollte nicht der ganzen Welt trotzen können, wenn ihr Recht wird?

Ihr Städter, helft! Wir wollen und wir können; aber nicht ohne Euer Vertrauen und ohne Euer Mitwirken, denn wir sind eines Leibes Glieder. Und alle Teufel der Welt werden diesen Riesenleib nicht verschlingen, so lange er sich bewußt bleibt, daß er sich stets aus Bauernmark verjüngen kann und muß. Dann muß das Reich uns bleiben!

Die Monopolisierung des Getreidehandels

Von Eduard Ladenburg

Als im Juli des Jahres 1914 sich am politischen Horizonte Wolken zusammenzogen, da machte sich das besonders an den deutschen Börsen bemerkbar. Wie es in der Natur der Sache liegt, reagierte die Fondsbörse auf die Zuspitzung der politischen Lage mit einem Rückgang der Kurse, die Berliner Getreidebörse dagegen mit einer beträchtlichen Steigerung der Preise. Diese entgegengesetzte Tendenz ist durchaus erklärlich. In politisch bewegten Zeiten sucht der Kapitalist sich nach Möglichkeit seines Besitzes an Effekten zu entledigen oder ihn doch der Zahl nach zu verringern. Der Warenhändler dagegen ist bestrebt, seine Vorräte so viel wie möglich zu vermehren. Stand doch im Juli bei einer kriegerischen Verwicklung eine Preiserhöhung für alle Lebensmittel in Aussicht und das reizte naturgemäß die Kaufleute zur Anschaffung. Die Folge davon war ein ständiges Anziehen der Notierungen, und diese Tendenz verschärfte sich immer mehr, als die Mobilmachung verkündet wurde. Es kam damals zu ganz ungewöhnlichen Preistreibereien, namentlich an der Berliner Getreidebörse. Die Ursachen hierfür sind in erster Reihe in der recht erheblichen Spekulationstätigkeit Berliner und auswärtiger Händler zu suchen, die durch umfangreiche Käufe unnötigerweise die ohnehin gespannte Situation verschärften. Denn in der Hoffnung auf weiteren Gewinn aus Preisdifferenzen wurden immer neue Abschlüsse weit über den Bedarf hinaus getätigt. Hinzu kam, daß damals der

Einkauf der Behörden noch nicht geregelt war, so daß sich am Berliner Markte die einzelnen Proviantämter und die Stadtverwaltungen untereinander beim Einkauf Wettbewerb machten. Dabei wurden von seiten der Behörden einzelnen Firmen oft Riesenaufträge mit einer sehr kurzen Lieferfrist erteilt, wodurch die Situation erheblich erschwert wurde. Ob alle die Firmen, die im ersten Kriegsjahre Einkäufe für Behörden ausgeführt haben, dabei immer nur das Interesse des Vaterlandes im Auge gehabt haben, wird ja noch amtlich festgestellt werden, sobald die angekündigte Nachprüfung der Kriegslieferungen erfolgt. Vielleicht wird sich dann zeigen, daß die Riesengewinne, die einige Firmen während des Krieges erzielt haben, zu einem großen Teil auf den Heeresaufträgen während der Mobilmachung basieren. Leider besaß Deutschland damals noch nicht das Gesetz gegen die übermäßige Preissteigerung, das erst nach zwei Kriegsjahren bei uns zur Einführung gelangte. Vor Erlaß dieses Gesetzes war der Getreidehandel nicht daran gehindert, zu Tagespreisen zu verkaufen ohne Rücksicht auf den niedrigen Einkaufspreis. War der Tagespreis für Weizen z. B. 260 Mark, so verlangte jeder Warenbesitzer diesen Preis für seinen Weizen ohne Rücksicht darauf, ob ihn die Ware beim Einkauf 190 Mark oder 240 Mark gekostet hatte. Dieses Aufgeld auf den Anschaffungspreis hat in erheblichem Umfange zu den übermäßigen Bereicherungen einzelner Händler beigetragen, wodurch das Ansehen des gesamten Getreidehandels empfindlich geschädigt wurde. Ja nicht nur das: Händler, die Ware zu sehr niedrigen Preisen auf Lager hatten, lieferten diese ohne Rücksicht auf Gewinn zu den Tagespreisen an Behörden ab und erhielten womöglich noch für die Beschaffung der Ware eine Provision gezahlt, da die Behörden damals nicht in der Lage waren, in eine Prüfung der Preise einzutreten.

Verhältnismäßig lange hat die Reichsregierung den Treibereien am Getreidemarkt zugesehen, ohne einzuschreiten. Sie glaubte zunächst, da sie sich über die Dauer des Krieges und seine wirtschaftlichen Folgen noch im Unklaren war, sich auf die Aufhebung des Zeithandels beschränken zu sollen. Damit sollte die Spekulationstätigkeit am Getreidemarkt ausgeschaltet und allzu große Preistreibereien vermieden werden. Die Aufhebung des Zeithandels bei Kriegsausbruch war ein Gebot der Notwendigkeit; aber das reichte bei weitem nicht aus. Die Notierungen wurden immer höher und nichts charakterisiert die Auffassung, die damals in gewissen — nicht in allen — Kreisen des Berliner Getreidehandels herrschte, als die Bemerkung eines Vorstandsmitgliedes der Berliner Börse: „In diesen Zeiten muß man verdienen." Zwar hat später gelegentlich einer Veröffentlichung dieser Bemerkung der Vorstand des „Vereins der Getreidehändler" erklärt, daß er diesen Ausdruck mißbillige. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß er einer amtlichen Stelle gegenüber getan wurde und deutlich die Anschauung einiger leitender Männer charakterisierte.

Es hat naturgemäß auch an der Berliner Produktenbörse nicht an einsichtigen Männern gefehlt, denen das Wohl des Vaterlandes bei Kriegsausbruch

höher stand, als ihr eigenes Interesse. Aber man kann nicht behaupten, daß sich diese Männer in der Mehrzahl befunden haben. Im Gegenteil, sie standen abseits der großen Menge und beteiligten sich nicht am Geschäft. Sie mußten zusehen, wie diejenigen, die ihre Auffassung nicht teilten, Millionenumsätze buchen konnten. Die Mehrzahl der maßgebenden Männer hatte damals nicht die genügende volkswirtschaftliche Einsicht. Nur so erklärt es sich, daß an der Getreidebörse nichts erfolgte, um den schädlichen Preistreibereien Einhalt zu tun, um vor allem das Interesse des deutschen Konsums zu schützen. Ja, es gab sogar Männer, die sich nicht scheuten, auszusprechen, „daß, je teurer das Getreide sei, um so mehr schränke sich der Konsum ein und daß eine solche Politik im Interesse unserer Kriegswirtschaft liege". Die Getreidebörse war nicht der einzige Ort, wo man solchen falschen Theorien vertraute. Es ist bekannt, daß auch an anderen Stellen der Vorschlag gemacht wurde, „man solle den Getreidepreis noch 50 Mark pro Tonne steigen lassen und das Ernährungsproblem sei gelöst". Auf das völlig Unsoziale dieser Vorschläge ist man damals nicht gekommen. Man hielt es durchaus für angebracht, den Getreidepreis emporschnellen zu lassen auf Kosten des Konsums, wobei der Zwischenhandel einen großen Teil des Gewinnes eingeheimst hätte. Ein erheblicher Teil des Börsenvorstandes huldigte damals ganz falschen manchesterlichen Anschauungen, wollte von einem Eingriff in die natürliche Bewegung der Preise nichts wissen, trotzdem sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ganz gewaltig verschoben hatte. Gegen die Spekulanten wurde nicht eingeschritten, im Gegenteil, der Börsenvorstand sah untätig den ganzen Vorkommnissen zu, die, wie sich später gezeigt hat, für das deutsche Börsenwesen von verderblicher Wirkung waren. Das zwang die Regierung zum Einschreiten. Sie drohte zunächst durch die ihr nahestehende Presse mit der Einführung von Höchstpreisen. Aber es zeigte sich, daß diese Drohung nicht den gewünschten Erfolg hatte, im Gegenteil, die Preise stiegen andauernd weiter, und so mußte denn die Regierung gesetzliche Vorschriften erlassen, die auf eine Preisbegrenzung für Getreide hinausliefen. Wiederum mußte die Regierung um eine schlechte Erfahrung reicher werden. Hatte man vorher geglaubt, sich auf den Handel verlassen zu können, so mußte man jetzt einsehen, daß der Handel selbst nicht einmal Gesetze respektierte. Zwar gab es auch an der Berliner Getreidebörse Firmen, die sofort bei Bekanntwerden der Höchstpreise ihre geschäftliche Tätigkeit einstellten, da sie mit denjenigen, die die Höchstpreise ständig überschritten, nicht in Wettbewerb treten wollten. Das waren aber nur sehr wenige, die übrigen Händler trieben ein munteres Spiel und überboten sich gegenseitig in der „Technik" der Überschreitung der Höchstpreise. Schließlich kam es dahin, daß am Getreidemarkt überhaupt kaum noch ein Geschäft abgeschlossen wurde, das den gesetzlichen Anforderungen entsprach. Fast jedes Geschäft bedeutete einen Verstoß gegen die bestehenden Verordnungen. Es wurden fast nur Abschlüsse unter Umgehung der Höchstpreise bekannt. Es ist heute noch unverständlich, weshalb der Vorstand der Berliner Börse nicht

ein einziges Mal gegen diese notorischen Gesetzesverletzer eingeschritten ist. An Material wird es sicherlich nicht gefehlt haben; denn man scheute sich an der Produktenbörse nicht, die Namen derer offen auszusprechen, die die Gesetze ständig übertraten. Ja es herrschte sogar ein förmlicher Wettbewerb in der Art, wie man die gesetzlichen Bestimmungen umging. Im Juniheft der Zeitschrift „Das neue Deutschland" habe ich einige der wesentlichsten Arten der Gesetzesübertretungen aufgezählt, die dadurch erfolgten, daß man besondere Qualitätsvergütungen erstattete, Säcke doppelt bezahlte und dergleichen. Die Tatsache, daß solche Geschäfte täglich in breitester Öffentlichkeit der Börse abgeschlossen und bekannt wurden, ohne daß die Disziplinarbehörden der Börse dagegen einschritten, läßt gewisse Schlußfolgerungen zu, die hier nur angedeutet werden können.

Man hat in der letzten Zeit darauf hingewiesen, daß gerade im Metallhandel so erheblich viele Überschreitungen erfolgt sind, die eine strafrichterliche Ahndung gefunden haben. Da nun verhältnismäßig wenige Getreidehändler den Strafrichter während des Krieges beschäftigt haben, so wollte man daraus den Schluß ziehen, daß im Metallhandel besonders viele Sünder an der Arbeit waren, im Gegensatz zum Getreidehandel. Diese Schlußfolgerung ist aber völlig falsch. Die Tatsache, daß im Metallhandel die Zahl der Bestrafungen der Gesetzesübertretungen größer ist als im Getreidehandel, hängt nicht damit zusammen, daß der Getreidehandel weniger Verstöße gegen das Gesetz begangen hat, als der Metallhandel. Der Grund hierfür ist vielmehr darin zu suchen, daß bei den Metallhändlern nachträglich Revisionen der Bücher erfolgten, bei denen festgestellt wurde, wo Überschreitungen der Befugnisse eingetreten sind, die alsdann zur Anzeige gelangten. Beim Getreidehandel sind solche Revisionen nicht vorgenommen worden und daher erklärt sich auch die verhältnismäßig geringe Zahl des strafrichterlichen Einschreitens.

Die ständige Ueberschreitung der Höchstpreise zwang die Regierung zum zweiten Male einzuschreiten. Es blieb kein anderer Ausweg, als die Verstaatlichung des ganzen Getreidehandels und die Ausschaltung der privaten Initiative. Für diesen Weg sprachen u. a. auch die Gründe der Sparsamkeit im Verbrauch. Der Handel bot keine Möglichkeit, rationell innerhalb der Kriegswirtschaft zu arbeiten oder gar die Vorräte gleichmäßig zu verteilen. Das Höchstpreis-System hatte beim freien Handel Schiffbruch gelitten und die Gefahren, die daraus folgten, mußten eine Lehre bieten. Eine Verteilung der Vorräte in gleichen Mengen unter die Verbraucher war aber um so notwendiger, als sonst die Gefahr nahegerückt wurde, daß die Getreidebestände zur Deckung des laufenden Bedarfes nicht ausreichen würden. Nach langen Beratungen entschloß sich die Regierung im Januar 1915 zu einer Monopolisierung des gesamten Getreidehandels. Sie schuf eine Organisation, wie sie die Weltgeschichte nicht kennt: denn die „Kriegsgetreide-Gesellschaft" erhielt die Aufgabe, ein Volk von 68 Millionen Menschen mit Getreide und Mehl zu versorgen und

zwar so, daß jeder im Deutschen Reiche das gleiche Quantum erhält. Im Gegensatz zu vielen anderen Kriegs-Organisationen muß man bei der Kriegsgetreide-Gesellschaft feststellen, daß hier für die Leitung die richtigen Männer gefunden wurden. Man gewann einen Fachmann, der der Situation gewachsen war und dem es gelang, zusammen mit amtlichen und privaten Mitarbeitern das große Werk zu vollenden. Wenn man heute auf das zurückblickt, was die Kriegsgetreide-Gesellschaft, die jetzige „Reichsgetreidestelle", geleistet hat, so muß man sagen, daß die Aufgabe, die das Reich sich gestellt hat, vollinhaltlich gelöst ist. Nach Überwindung einiger Kinderkrankheiten, die unvermeidlich waren, funktionierte der Apparat ausgezeichnet. Es gelang, mit den vorhandenen Beständen nicht nur auszureichen, sondern darüber hinaus sogar noch einen Vorrat zu erübrigen, was man in früheren Zeiten nicht für möglich gehalten hätte.

Die Monopolisierung des Getreideverkehrs durch die Reichsgetreidestelle brachte, wie es in der Natur der Sache liegt, die Lahmlegung des privaten Handels mit sich. Eine Betätigungsmöglichkeit für ihn war nicht vorhanden. Das mag man im Hinblick auf die zahlreichen Angestellten, die im Getreidehandel tätig sind, bedauern. Aber wer einmal gründlich die Frage der Versorgung des Deutschen Reiches während des Krieges prüft, kann zu keinem anderen Resultat kommen, als zu dem Wege, den die Regierung eingeschlagen hat. Würde man, wie das in der letzten Zeit häufig verlangt wird, jetzt den freien Handel wieder einführen, so wäre die Folge davon, daß zunächst das jetzige Preisniveau nicht mehr gesichert ist, denn die Händler würden sich beim Einkauf gegenseitig überbieten. Außerdem wäre es nicht möglich, den Verbrauch so rationell zu regeln, wie es die Kriegswirtschaft verlangt. Die Ausschaltung des Getreidehandels erfolgte unter dem Zwang der Verhältnisse und wenn man heute zurückblickt auf die Schwierigkeiten, die die Versorgung verursachte, so muß man zugeben, daß der freie Handel die Aufgabe nicht so gelöst haben würde, wie es das staatliche Monopol getan hat.

Der Plan der Nationalisierung der englischen Eisenbahnen

Von Albert Bencke

Zur Zeit als Asquith — es ist erst einige Wochen her — der Leistung der englischen Eisenbahnen im Kriege das höchste Lob zollte, brauchte ein Eisenbahnwagen von Liverpool nach London fünf Wochen, zahllose Eisenbahnwaggons brachen auf der Fahrt zusammen, da man zeitgerechte Reparaturen versäumt hatte, und in den Londoner Stadt- und Vorortstationen waren die Gleise mit Kohlenwagen, die nicht entladen werden konnten, derart blockiert, daß der Zugverkehr gehemmt wurde und die Bevölkerung trotz der Fülle, die da rings herum lagerte, empfindlichen Mangel an Kohlen litt. Die Schiffe verließen die Häfen zum großen Teil in halbbeladenem Zustande, weil aus dem Lande infolge der Transportschwierigkeiten nichts herauskam und die großen Eisenbahngesellschaften, die allerdings seit Beginn des Krieges unter nomineller Kontrolle der Regierung standen, sahen diesem Stande der Dinge ruhig zu oder standen ihm doch machtlos gegenüber. Sie erlitten durch diese Transportkrisen keinen Schaden, denn die Regierung hatte ihnen bei Übernahme der Kontrolle ihre Dividenden garantiert. Die Dinge nahmen unter diesen Umständen, man könnte sagen, einen bedrohlichen Charakter an, denn wenn auch im englischen Parlament, in welchem vierundachtzig Eisenbahndirektoren im „House of Commons“ sitzen, wenig oder nichts von diesen Mißständen zu hören war, so ließen sie sich vor dem Publikum doch nicht völlig geheim halten und man forderte Maßnahmen zur besseren Ausnützung der Eisenbahnen und zum Bruch mit dem unverantwortlichen System der Rückständigkeit und des Schlendrians, der seit geraumer Zeit in alle Verwaltungen der Eisenbahnen des Inselreiches eingezogen ist. Daraus aber ergab sich dann der immer lauter und lauter ertönende Ruf nach Nationalisierung der englischen Bahnen, der trotz des Widerstrebens der Regierung nicht mehr zum Verstummen zu bringen ist und dem Lloyd George in irgendeiner Weise wird Rechnung tragen müssen. Die Stellung, in welcher sich die Regierung infolge dieser Lage der Dinge befindet, ist keine leichte, denn, wie erwähnt, sind die im House of Commons vertretenen Eisenbahninteressen gewaltige, und die Regierung braucht deren Rückhalt; andererseits zeigt aber die durch den Krieg aufgedeckte Rückständigkeit des englischen

Eisenbahnwesens klar die Notwendigkeit dringender Abhilfe, die über das Wollen und die Kräfte der englischen Eisenbahnverwaltungen hinauszugehen scheint.

Daß das so geworden ist, liegt an zwei Ursachen, nämlich am insularen Charakter der englischen Eisenbahnen und an dem in die organisatorische und damit auch in die technische Arbeit hineingetragenen konservativen Charakter des Engländers. Das eine Moment schaltete, bei der immer zunehmenden engen Interessengemeinschaft der englischen Eisenbahnen, die Konkurrenz fast ganz aus und schuf eine Art von insularem Betriebssystem, das dem Bedürfnis und den Wünschen des Publikums mit den einfachsten, die künftige Entwicklung außer Acht lassenden Mitteln gerecht zu werden versuchte, andererseits wurden alte Einrichtungen, die schon längst verdient hätten zum alten Eisen geworfen zu werden, oft mit großen Kosten gewissermaßen verewigt. Hand in Hand mit diesem Steckenbleiben im Organisatorischen und Technischen ging dann allerdings manche ausgezeichnete technische Leistung auf Spezialgebieten, wie etwa im Lokomotivbau. Da aber auch die beste technische Leistung ihre Bedeutung verliert, wenn mangelnde Betriebsorganisation ihre volle Ausnützung verhindert, so wurde durch diese Entwicklungen auf einzelnen Gebieten an dem im allgemeinen höchst unbefriedigenden Stande des englischen Eisenbahnwesens wenig geändert.

Ein Umstand hebt das in besonders drastischer Weise hervor. Die englischen Bahnen sind in ihren Frachtraten die teuersten Bahnen ganz Europas, und hier konnte man den in der Eisenbahnentwicklung der ganzen Welt wohl höchst seltsamen Fall erleben, daß eine Zunahme des Verkehrs nicht mit entsprechender Gewinnzunahme, ja mit teilweisen Verlusten verbunden war: die Betriebsorganisation der englischen Eisenbahnen war und ist eben so fehlerhaft, daß der Verkehr durch den Verkehr erwürgt wurde; eine über ein gewisses Maß hinausgehende Leistung, die von den Eisenbahnen gefordert wurde, brachte immer Betriebsschwierigkeiten mit sich und erhöhte dadurch die Kosten oft über das Maß der Mehreinnahme. Die Frachtrate pro Tonnenkilometer stellte sich vor dem Kriege im Durchschnitt:

In England	auf 7.2 Pfennige	In Holland	auf 3.9 Pfennige
„ Frankreich	„ 4.9 „	„ Dänemark	„ 5.4 „
„ Deutschland	„ 4.2 „	„ Norwegen	„ 5.9 „

England hat also Frachttarife, die fast doppelt so hoch sind als der deutsche Tarif und dennoch wurde kurze Zeit vor Kriegsbeginn von den englischen Eisenbahnverwaltungen an die Regierung die Forderung der Ermächtigung zur Tariferhöhung gestellt, da infolge der höheren Löhne und Kosten die Einnahmen zurückgingen. Wir können schwer beurteilen, was an dieser Behauptung wahr ist; auf jeden Fall zeigt sie die schwerenl Mänge im englischen Eisenbahnbetriebssystem an, denn tatsächlich hatte damals weder eine allgemeine Lohnerhöhung stattgefunden, noch waren sonst Aufschläge auf Material und Arbeit erfolgt. Wäre nicht der Krieg dazwischen

getreten, so hätte das Parlament sicherlich die Ermächtigung zur weiteren Tariferhöhung erteilt, denn es hätte den Stimmen der vereinigten Eisenbahninteressen nicht Widerstand zu leisten vermocht.

Wenn wir uns nun unvoreingenommen fragen, welches denn die dem kundigen Beobachter aus den eingangs charakterisierten Umständen offensichtlich zutage tretenden Mängel des englischen Eisenbahnwesens sind, so zeigen sich diese in der vollkommen unzweckmäßigen, verschwenderischen und unproduktiven Ausnutzung des teilweise allerdings erstklassigen, aber nicht auf seinem Stande erhaltenen Materials und in der vollständig versagenden Überwachung der Bahnen seitens einer übergeordneten Regierungsstelle, die in der Lage wäre, gewisse Betriebs- und Verkehrsgrundsätze nach einheitlichen Gesichtspunkten festzustellen. Von den 1 560 000 Frachtwaggons, die England (Großbritannien und Irland) im Jahre 1910 nach den vorliegenden statistischen Ausweisen besaß, wurden im genannten Jahre insgesamt nur 377 Millionen Tonnen Last befördert, somit von jedem Waggon nur 270 Tonnen im Jahre, oder etwa 880 Kilogramm pro Tag. Reduziert man diese Last auf die tatsächlich durchlaufenen Zugkilometer, so ergibt sich als Durchschnittsleistung für jeden dieser — im Durchschnitt 6 Tonnen fassenden — Lastwaggons eine Tagesleistung von 880 Kilogramm auf 14 Kilometer. Das ist eine verschwenderisch geringe Leistung gegenüber dem Arbeitsausmaß unserer Staatsbahnwaggons, denn sie beträgt kaum mehr als einhalb Prozent der vollen, möglichen Leistung. Dieser Verschwendung an totem Material, die um so unbegreiflicher ist, weil die Ruhepausen der Waggons nicht oder nicht genügend zur Aufbesserung des alten Materials verwendet wurden, reiht sich dann die Verschwendung an lebendem Material, am Material der Hilfsarbeiter und insbesondere des Verschubdienstes an, mit dem rücksichtslos gewirtschaftet wurde und an dem in diesem erklärten Lande der Humanität ein direkter Raubbau getrieben wird. Auch hier sprechen die von der Statistik gegebenen Daten für sich, wobei allerdings in Betracht zu ziehen ist, daß es sich um Ziffern aus dem Kriegsjahre handelt, deren Höhe vielleicht zum Teil auf das ungeübte Personal zurückzuführen ist. Danach wurden im Jahre 1915 im Verschubdienst allein nicht weniger als 106 Menschen getötet und 2751 verwundet. Alles in allem wurden im englischen Eisenbahndienst in diesem Jahre nicht weniger als 398 Menschen getötet und 4937 verwundet; außerdem wurden noch 21 000 anderweitige Verletzungen geringerer Natur herbeigeführt.

Diese Ziffern bewiesen an sich schon das Vorhandensein unhaltbarer und rückständiger Verkehrseinrichtungen, wenn dieser Nachweis nicht schon durch die anderen angegebenen Tatsachen erbracht wäre, und diese Zustände hätten sich nicht in das gesamte englische Eisenbahnwesen einnisten und es zu einer Art von reaktionärem System ausgestalten können, wenn nicht jenes andere erwähnte Moment, das Fehlen jeder zielbewußten, verständigen, die Interessen des Gesamtpublikums wahrenden staatlichen Überwachung des englischen Eisenbahn-

wesens hinzugekommen und den Eisenbahngesellschaften vollkommen freie Hand gelassen worden wäre.

Die englische Überwachungsbehörde, die für alle Transportdinge und damit auch für das Eisenbahnwesen maßgebend ist, ist der „board of trade", das Handelsamt mit seinen technischen und kommerziellen Abteilungen. In diesem Amte, vielleicht der ultrakonservativsten Regierungsbehörde Englands, kommt so recht der englische kurzsichtige Merkantilismus zum Ausdruck, der in der alleinigen Ansehung des augenblicklichen größten Gewinnes hübsch alles beim alten läßt und seine Verfügungen stets nach den engsten Gesichtspunkten der Direktoren der verschiedenen Transportunternehmungen geregelt hat, die beständig große Summen für die Wahlfonds beider Parteien zahlten und sich daher in der Sicherheit wiegen konnten, daß ihnen keine der beiden Parteien, welche immer zur Regierung gelange, wehe tun würde. An der Spitze dieses „board of trade" steht immer ein der jeweiligen Regierungspartei angehöriger Politiker, dem die festbesoldeten Beamten der Behörden unterstellt sind. Diese Herren aber kennen das mit Geldinteressen so eng verwobene englische Parteisystem zu gut, um Neuerungen, die ihnen ihr in diesen Kreisen unleugbar vorhandenes Fachwissen eingibt, vorzuschlagen und auf ihre Einführung zu bringen. So wird diese nominelle „Überwachungsbehörde" zur Dienerin der großen Transportverbände, deren engherziger Gewinnpolitik demnach kein Gegengewicht geboten wird und die durch gegenseitiges Einverständnis auch den durch den Wettbewerb gegebenen Antrieb zu zweckmäßigen Neuerungen und von der Entwicklung geforderten Ausgestaltungen des Verkehrswesens nicht verspüren, so daß sie sich in geschlossener Stellung dem Publikum gegenüberstellen konnten.

Seit Beginn des Krieges wurde nun über dieses verrottete Eisenbahnsystem die Kontrolle der Regierung gelegt, die das Chaos nur noch vergrößert hat, da an die Eisenbahnen ungleich größere Anforderungen gestellt wurden, denen keine einheitliche Organisation nach großen Gesichtspunkten an die Seite trat. Die Verwirrung wurde immer ärger, führte zu den eingangs skizzierten Zuständen und dennoch fand ein Asquith, kurze Zeit bevor er den Ministersessel verließ, den Mut, die Leistungen der englischen Eisenbahnen und insbesondere die Arbeit jenes „board of trade" zu rühmen, der einfach zugesehen und nichts getan hatte, um der allgemeinen Transportverwirrung und dem selbstherrlichen Regime der einzelnen Eisenbahnverwaltungen zu steuern. Bleiben doch heute noch die Waggons jeder der vielen einzelnen Gesellschaften sorgsam getrennt und werden als gesonderte Zubehöre behandelt, statt sie, wie es nach Übernahme der Kontrolle der Eisenbahnen durch den Staat hätte geschehen sollen, nach einem einheitlichen Gesamtplan zu behandeln. Auch hier scheiterten alle Organisationsbestrebungen an dem System des konservativen englischen Individualismus, der auf seinem Standpunkt beharrt und im englischen Charakter seinen stärksten Nährboden findet.

Nun aber sind die Mißstände so offenbar geworden, daß sich sowohl vom radikalen als vom konservativen Flügel aus immer lauter der Ruf nach Nationalisierung der englischen Eisenbahnen erhebt, während die liberale Mitte, in der das eigentliche Eisenbahninteresse vertreten ist, bisher in dieser für die Zukunft Englands überaus wichtigen Frage nicht Farbe bekannt hat. Lloyd George wird durch den Zwang der Not getrieben, Maßnahmen zur Entwirrung der Verkehrsverhältnisse zu treffen, aber es ist doch sehr die Frage, ob er anders als unter dem äußersten Zwange zu einer Nationalisierung, also Übernahme der gesamten Eisenbahnen Englands in den Staatsbetrieb, schreiten wird. So sehr das allerdings in das ganze System zu passen scheint, das durch Lloyd George seit Beginn seiner Laufbahn vertreten wurde, so hat doch die Geschichte der letzten Jahre nur zu deutlich gezeigt, wie eng auch dieser scheinbare Staatssozialist mit dem englischen individualistischen System verknüpft ist, das sich mit solchem Eingriff in die Rechte der einzelnen nicht verträgt. Der Krieg verlangt aber seine Opfer und drängt Lloyd George von der liberalen Mitte immer weiter nach rechts und nach links zu Radikalen und Konservativen, die heute die stärksten zur Fortführung des Krieges treibenden Kräfte im englischen Parlamentarismus darstellen, und daß Lloyd George diesen Mahnern auch starke Parteiinteressen zu opfern gewillt ist, hat er zu verschiedenen Malen bereits gezeigt.

So steht heute die Sache der englischen Eisenbahnen gewissermaßen auf der Schneide; die Pläne, nach denen die Nationalisierung der Bahnen vor sich gehen sollte, sind fertiggestellt, die ungeheuren Ersparnisse, die dadurch am Volksvermögen gemacht werden könnten, sind ziffernmäßig erhoben und kein Geheimnis; von oben und unten wird agitiert und wir können daher eines Tages plötzlich mit der Nachricht von einem großen Umschwung im englischen Eisenbahnwesen überrascht werden.

Aber auch dann wird es langer Zeit bedürfen, bis man die tief eingefressenen Mängel des englischen Eisenbahnwesens wird beseitigen können und wir können heute schon sagen, daß die eigenartigen Charaktereigenschaften des Engländers, die in seinem Eisenbahnwesen zutage treten, uns nicht unwesentliche Helfer in unserer gerechten Sache werden. So entsteht oft aus dem Wesen, das den Krieg gebar, der Gegenseite ein Helfer und die Ordnung einer höheren Gerechtigkeit tut sich damit kund.

Die Deutſche Theologie

Von Dr. Guſtav Rauter

Es gibt Dinge, die jeder zu wünſchen ſcheint, wobei man aber doch in die größte Verlegenheit geriete, wenn es wirklich nach Wunſch ginge. So gibt es auch Bücher, die jeder zwar lobt, die aber doch keiner derer, die ſie ſo rühmen, auch ernſtlich zum Leſen empfehlen würde. Denn ſie ſeien zwar ſehr ſchön und gut, aber wer nicht ganz genau wiſſe, was er in ihnen zu ſuchen habe, der ſchöpfe aus ihnen doch mehr Schaden als Nutzen.

Zu dieſen verbotenen Büchern gehört auch jene „Deutſche Theologie“ einen unbekannten Verfaſſers, die gerade vor nunmehr vierhundert Jahren von Luther erſtmals zum Druck gegeben iſt. Im Jahre 1516 fand Luther irgendwo ein kleines, wohl ſchon recht zerleſenes Büchlein „ohne Titel und Namen“, bei deſſen Studium ihm die Erkenntnis kam, hier etwas überaus Köſtliches entdeckt zu haben. Er nennt es „Ein geiſtlich edles Büchlein“ und gab es unter dieſer Bezeichnung heraus. In einer kurzen Vorrede ſagt er von ihm: „Aber nach möglichem Vermuten zu ſchätzen iſt die Sache faſt nach der Art des erleuchteten Doktors Tauler, Predigerordens. Wie dem aber auch ſei, es enthält wahre, gründliche Lehre der heiligen Schrift und muß Narren machen oder zum Narren werden.“

Dann fand Luther im Jahre 1518 noch eine zweite Handſchrift, vollſtändiger als jene erſte, wenn auch ebenfalls titel- und namenlos; jedoch gab eine kurze, ihr vorgeſetzte Anmerkung wenigſtens einen Hinweis darauf, wo man den Verfaſſer vielleicht zu ſuchen hatte, nämlich unter den Mitgliedern der Deutſchordensniederlaſſung zu Frankfurt und zugleich unter den Angehörigen der ſogenannten Gottesfreunde. Der Verfaſſer war alſo, wie wir heute ſagen würden, zugleich Geiſtlicher und Gemeinſchaftsmann, ein Umſtand, der manche Stellen des Buches erſt eigentlich erklärlich und überdies höchſt zeitgemäß macht.

Beim Abdruck dieſer zweiten Handſchrift nun änderte Luther den Titel in „Eine Deutſche Theologie“, ein Name, der der Schrift fortan verblieben iſt. In einem neuen, dieſer Ausgabe mitgegebenen Vorwort ſagt Luther, daß das Buch nicht mit viel Gelehrſamkeit prunke, aber doch Weisheit genug enthalte; darum ſei es auch bisher als des Armen Weisheit verachtet und ſeinen Worten nicht gehorcht worden. Ihm ſei bisher nächſt der Bibel und Sankt Auguſtin kein Buch vorgekommen, daraus er mehr gelernt und gewonnen hätte, was Gott, Chriſtus, der Menſch und alle Dinge ſeien. Er bittet dann, ſeine eigene

Theologie an diesem Buche zu prüfen, und dann zu sagen, ob er wirklich den Vorwurf verdiene, ein Neuerer zu sein. Man werde finden, daß das, was er sage, schon in jenem Buche enthalten sei, und das sei ja nicht neu. „Sagt man uns aber, wie einst auch, wir seien deutsche Theologen, so nehmen wir das gern an. Ich wenigstens danke Gott, daß ich in deutscher Sprache meinen Gott also höre und finde, wie ich — und sie auch — ihn bisher nicht gefunden haben, und zwar weder in lateinischer, noch in griechischer oder hebräischer Sprache. Gott gebe, daß dieser Büchlein mehr an den Tag kommen, so werden wir finden, daß die deutschen Theologen ohne Zweifel die besten Theologen sind."

Und hiermit hat nun freilich Luther gerade das ausgesprochen, worauf es ankommt, und was ihn zu der Benennung des Buches als einer „Deutschen" Theologie veranlaßt hat. Allerdings scheint dieser Name auf den ersten Blick wenig glücklich; denn wir Heutigen wenigstens verstehen unter „Theologie" eine Wissenschaft, nicht aber ein Gebot, wie man leben und handeln solle. Die deutsche Theologie war Luther aber nicht sowohl eine deutsche Wissenschaft, als vielmehr ein Hinweis darauf, wie der Deutsche Christus nachfolgen und in die Gemeinschaft mit Gott eingehen solle. Eine solche besondere Lehre war aber gegenstandslos, sobald man die Meinung verließ, daß Gottes Wort dem Verständnis eines jeden einzelnen Volkes besonders angepaßt werden müsse. Duldete das Evangelium nur eine einzige mögliche Auslegungsform, so konnte es keinen Unterschied mehr machen, ob man es Juden, Griechen, Römern oder Deutschen verkündete — ebenso wie auch die Wahrheiten der Mathematik oder der Chemie für den Hottentotten wie für den Chinesen stets ein und dieselben sein müssen. So ist denn „eine deutsche Theologie" in jenem Sinne des Wortes die Form, in der Gott sich den Deutschen zu erkennen gibt, die Sprache, in der er zu einem jeden unter uns redet, und es war nur natürlich, daß diese Sprache in dem Augenblicke nicht mehr verstanden wurde, in dem an die Stelle des ersten lebendigen Glaubens mehr und mehr ein Wühlen in Bekenntnisformeln aller Art trat, und als man nach dem Vorbilde der eben jetzt überall auftauchenden römischen Juristen die Bibel nicht mehr anders handhabte, als diese ihr Corpus Juris, zu dem Zweck, Beweis und Gegenbeweis für jede beliebige Behauptung daraus zu ziehen.

Die „Deutsche Theologie" fiel denn auch bei den zünftigen Theologen recht bald in Ungnade. Diese haben sie nur insoweit beachtet, als sie im Gegensatz zu der herrschenden Lehre von der Anwendungsmöglichkeit logischer Verfahren auf das Verhältnis zwischen Gott und Welt, dem Gefühl den ihm gebührenden Rang einräumten. So waren denn Johann Arndt (1555—1621), der Verfasser des „Wahren Christentums", und Philipp Jakob Spener (1635—1705), der Vater des Pietismus — man hatte ihm vom Standpunkt toter Rechtgläubigkeit nicht weniger als zweihundertvierundsechzig Ketzereien vorgeworfen — die einzigen, weiteren Kreisen bekannten Theologen, die die „Deutsche Theologie" warm empfohlen haben. Allerdings, gewirkt hat sie dennoch auf so manchen Geist,

aber wer mochte es gerne eingestehen, von einem Buch Eindruck empfangen zu haben, das gerade nur noch in den Kreisen kleiner Leute sein Leben fristete? Dies wollte man um so weniger wahr haben, als ja die „Deutsche Theologie" als die Blüte und der Schlußstein deutscher Mystik galt, und das nicht mit Unrecht. Mystik aber, „das Gefühl, mit Gott eins zu sein", war allmählich in einen so schlechten Ruf gekommen, daß es auch jetzt noch Leute gibt, die unter „Mystik" schlechthin „ungereimtes und sinnloses Zeug" verstehen.

Wir glauben insbesondere nicht fehlzugreifen, wenn wir Kants Anschauungen in ihren wesentlichen Grundlagen hierher zurückführen. Denn so oft und so entschieden Kant es auch abgelehnt hat, mit Mystik irgendetwas zu tun zu haben, so ist er doch ohne diese Grundlage nicht zu begreifen. Kant stammte aus einer pietistischen, entschieden gläubigen Familie, und es ist mehr als unwahrscheinlich, daß ein damals noch in solchen Kreisen so verbreitetes Buch, wie es die „Deutsche Theologie" war, dort nicht gelesen worden sein sollte. Allerdings haben wir keine Beweise dafür, da Kant es stets abgelehnt hat, über die Anschauungen der Kreise zu sprechen, in denen er aufgewachsen ist, und nur das eine betonte, daß der Einfluß seiner wahrhaft frommen Mutter auf ihn sehr groß gewesen sei. Aber seine Forderung — die ganze Grundlage seines kategorischen Imperativs — das Gute nur um des Guten willen zu tun, Erwartung von Lohn aber und Furcht vor Strafe völlig hintanzusetzen, stimmt so völlig mit dem überein, was die „Deutsche Theologie" will, daß es ein Wunder wäre, wenn Kants Sittengesetz einen anderen Ursprung hätte, als dieses Buch. Es ist darum auch Kant der „Vorwurf", Mystiker zu sein, nicht erspart geblieben, ja er kommt schließlich in seinem letzten Werke, dem „Streit der Fakultäten", selber dazu, den an ihn gerichteten Brief eines Verehrers ohne Widerspruch abzudrucken, der Kants Lehren in den Kreisen der Mystiker in die Wirklichkeit übersetzt gefunden hatte.

Und in der Tat, wie kann aus einem logischen System auch ein Sittengesetz folgen? Beide Dinge haben nichts miteinander zu tun, und die ganze philosophische Begründung, die Kant seinem kategorischen Imperativ unterschiebt, hätte schließlich ebensogut auch zu irgendeiner anderen Lebensweisheit führen können, wenn eben diese Begründung — nicht aber die scheinbar darauf aufgebauten Schlüsse — für Kant das Ursprüngliche gewesen wäre. Der beste Beweis dafür sind jene vermeintlichen Anhänger Kants, die, von Kants logischem Ausgangspunkt beginnend, zu der so unkantischen Annahme gelangen, Gott und sein Sittengesetz seien nur eine logische Hilfskonstruktion — so wie man sich zu jedem Kreis einen Mittelpunkt denkt.

Wir können dann weiter noch Fichte nennen. Man hat sich gelegentlich darüber gewundert, daß man nicht wisse, wie die spekulative Mystik über Fichte gekommen sei. Fichte selbst sagt es auch nicht, aber die „Deutsche Theologie" darf auch hier wohl als Quelle gelten. Indessen müßte Fichte nicht er selbst gewesen sein, wenn er die „Deutsche Theologie" wirklich hätte verstehen

können. Dazu war schon sein unbändig stolzes Wesen von dem des bescheidenen „deutschen Theologen“ zu sehr verschieden.

Fragen wir nun, was sich kurz als die Lehre des Deutschherrn darstellt, so ist hier folgendes zu bemerken: Der menschliche Verstand kann Gott und die Welt überhaupt nicht erfassen; und auch soweit er wenigstens eine Ahnung von diesem Unbegreiflichen hat, kann es die Sprache nicht einmal ausdrücken. Deshalb führt ein jeder Versuch, hier trotzdem etwas sagen zu wollen, nur zu Mißverständnissen und schadet dem Hörer wie dem Sprechenden. Ja, man hat das Wesen der Sache schon in dem Augenblicke selber nicht mehr, in dem man es aussprechen will, so daß der Mensch das Beste, daß er weiß, doch niemandem sagen darf. Er kann nur dazu auffordern, es selbst erfahren zu wollen: und so ist denn höchste Erkenntnis nicht Sache des Verstandes, sondern des Willens.

Nun ist aber die Haupterkenntnis der Mystiker überhaupt und des Deutschherrn insbesondere die, daß es nur ein Ding gibt, das wirklich mehr als Erscheinung ist, nämlich Gott. Gott allein hat in Wahrheit Wesen und Dasein, und alle anderen Dinge verhalten sich zu ihm, wie der Schein zur Sonne. Sie sind von ihm ausgegangen und sie gehen von Natur wieder zu ihm zurück. Nur der Mensch macht eine Ausnahme; denn er hat einen freien Willen. Es ist nun die Aufgabe des Menschen, seinen Willen in Übereinstimmung mit demjenigen Gottes zu bringen. Tut er das, so handelt er recht und hat dafür keine Belohnung zu erwarten. Tut er es aber nicht, so befindet er sich im Zustande der Sünde. Es gibt demnach nur eine Sünde, nicht so zu wollen, wie Gott will. Würde nun der Mensch für sein Rechttun irgendeine Belohnung erwarten, und sei es auch die ewige Seligkeit, so würde er sich selber höher als Gott stellen und schon deshalb auf dem falschen Wege sein. Das Gute ist also nur so lange gut, wie es nicht um Lohnes willen getan wird; und würde den, der Gutes tut, ewige Verdammnis erwarten, ewige Seligkeit aber den, der Böses tut, der Mensch müßte doch das Gute tun, das heißt, nicht nach seinem, sondern nach Gottes Willen handeln.

Nun ist aber der Wille des Menschen frei. Ein freier Wille ist aber wie ein freier Mann niemandes Knecht. Lenkt man aber seinen Willen zum Bösen, so macht man ihn zum Leibeigenen der Sünde. Und wie es ein schweres Unrecht, ist, einen freien Mann zum Leibeigenen zu machen — eine Frage, die gerade damals sehr brennend war — so ist es auch ein ebenso schweres Unrecht, einen freien Willen zu knechten. Und ebensowenig wie sich jemand selbst in Leibeigenschaft geben darf, ebensowenig darf sich der freie Wille der Sünde zuwenden. Frei ist also der menschliche Wille nur dann, wenn er das Gute tut, und seine Freiheit besteht somit im Grunde nicht darin, zwischen Gut und Böse wählen zu dürfen, sondern nur darin, das Gute, das die nicht menschliche Natur aus Zwang tut, aus eigener Wahl zu tun. In diesem Sinne ist also Freiheit, Gott gleich sein. Und Pflichterfüllung ist nicht Entsagung, sondern ein herrliches Geschenk.

Bleibt nun aber die Forderung von der notwendigen Vereinigung des Menschen mit Gott nur eine bloß für wahr gehaltene Lehre, so besteht die große Gefahr, daß der Mensch die Folgerungen aus dem von ihm vorausgesetzten Handeln vorwegnimmt, d. h. daß er glaubt, Gott gleich zu sein, obwohl er es nicht ist. Die Folge davon ist dann ein unerträglicher geistlicher Hochmut und ein Schwelgen in vermeintlicher Vollkommenheit. In Wirklichkeit aber ist der Mensch Gott um so weniger ähnlich, je mehr er sich einbildet es zu sein; denn er kann hinnieden nie Vollkommenheit erreichen, nur danach streben.

Warum aber hat nun Gott eine Welt mit der Möglichkeit des Unrechttuns geschaffen? Konnte er nicht vielmehr in ungetrübter Seligkeit dahinleben, ohne sich sozusagen mit Geschöpfen herumärgern zu müssen, die ihm doch immer und immer widerstreben? Der Deutschherr antwortet uns darauf, daß Gott ohne Welt ein Nichts sei — wohlverstanden sei. Denn so lange außer Gott nichts anderes vorhanden war, konnte Gott gar keine Eigenschaften haben; denn Eigenschaften sind nur Unterschiede von oder Beziehungen zu andern Dingen, und andere Dinge gab's eben noch nicht. Gott konnte also erst ein Etwas werden, wenn es außer ihm noch etwas anderes gab, und er mußte also eine Welt schaffen, wenn er, um mit Fichte zu reden, aus dem Sein ins Dasein treten wollte. In dieser Welt aber mußte es auch mit freiem Willen begabte Wesen geben; denn zu einer nur von mechanischen Gesetzen bewegten Natur konnte Gott nicht in ein dem Sittengesetze unterworfenes Verhältnis treten. Ein Geschöpf — der Mensch — mußte also die Fähigkeit bekommen, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden und dem Guten aus freien Stücken nachzufolgen. Tut er dies nicht, so betrübt er Gott ganz unendlich, und das alles, trotzdem Gott als Gottheit, d. h. im Zustande des bloßen Seins, nicht das Geringste bedarf. Darum auch so große Anstrengungen Gottes, um den Menschen zu retten; aber was helfen sie, wenn der Mensch selber nicht mittut? Denn wer sie nicht von vorneherein selber will, dem kann auch Gott nicht die ewige Seligkeit schenken.

Was zum Schluß die Sprache des Buches anbetrifft, so ist diese ein schönes und klares Deutsch, aber doch für uns Heutige deshalb nicht ganz leicht zu verstehen, weil es die Sprache von etwa 1360 ist. Außer dem einen, allerdings öfter vorkommenden Worte „Kreatur" und hier und da einmal einem ganz vereinzelten Ausdruck, finden sich keine Fremdwörter in ihm. Das ist eine Leistung, die ihm, namentlich bei einem so schwierigen Gegenstande, heute so leicht niemand nachmacht, und gerade darum als Vorbild für unsere Zeit wie geschaffen. Denn noch haben bei uns die Freunde einer möglichst fremdwortreichen Sprache keineswegs den Kampf aufgegeben, und da muß jeder Bundesgenosse willkommen sein, der nicht nur verlangt, die Fremdwörter zu meiden, sondern der auch zeigt, wie man es machen kann, und zwar ohne irgendwie gesucht oder geziert zu erscheinen.

Karl Auguſt von Sachſen-Weimar in Belgien

Die Anfänge der proviſoriſchen Regierung im Jahre 1814*)

Von Profeſſor Dr. Otto Cartellieri

Bewahrt wohl das Wort Ordnung, Einwohner von Belgien! Möge das einſt ſo blühende Belgien wieder erſtehen, unter dem Schutze des Friedens und der Ruhe!"

So ermahnte Herzog Karl Auguſt von Sachſen-Weimar die Belgier in der Proklamation, die er mit dem General von Bülow, dem Führer des preußiſchen dritten Korps, vor ihrem Einzug in Brüſſel erließ. Als allerwärts die Freiheitsfeuer loderten, da hatte auch der hochgeſinnte deutſchfühlende Fürſt zu dem Schwert gegriffen. „Le prince le plus remuant de l'Europe", wie ihn Napoleon ärgerlich genannt hatte, war „ſtolz des hohen Berufes, einen ſo edlen und mannhaften Teil der deutſchen Waffenbrüder in den heiligen Kampf führen zu können". Er übernahm das deutſche dritte Armeekorps, das ſich aus königlich ſächſiſchen, herzoglich ſächſiſchen, ſchwarzburgiſchen und anhaltiſchen Truppen zuſammenſetzte und erhielt gleichzeitig das Oberkommando über alle in Holland und Belgien ſtehenden Truppen.

Seine Aufgabe war, Belgien vom Feinde zu ſäubern und geſicherte Zuſtände zu ſchaffen, um die Hilfsquellen des reichen Landes für das Hauptheer nutzbar zu machen. „Ich führe den Krieg mit viel Weisheit", ſchrieb Karl Auguſt ſeiner Gemahlin, „und ich hoffe, die Verbündeten werden mit mir zufrieden ſein".

Das Unternehmen war nicht leicht. Napoleon war noch nicht beſiegt. Karl Auguſt verfügte nur über wenig Truppen, und allerwärts hielten ſich die Franzoſen noch in den feſten Plätzen, ſowohl in Oſtende, Ypern, Lille als in Valenciennes, Maeſtricht und Maubeuge. In Antwerpen leitete in trefflichſter Weiſe der berühmte General Carnot die Verteidigung und ſann mit ſeiner ſtarken Beſatzung ſtets auf Ausfälle. Als der Herzog im März auf Blüchers Forderung hin die preußiſchen Truppen abrücken laſſen mußte, geriet er in die größte Verlegenheit: General Maiſon verſuchte ſofort von Lille aus Gent wiederzugewinnen und bemächtigte ſich der Stadt durch einen Handſtreich (am 26. März 1814). In Brüſſel rechnete man mit der Ankunft der Franzoſen. Doch Karl Auguſt zwang durch geſchickte Gegenmaßregeln den Gegner bereits

*) Vgl. im „Belgiſchen Kurier" vom 30. Oktober 1916 meinen Aufſatz: „Der Einzug des Herzogs Karl Auguſt in Belgien".

nach einigen Tagen wieder abzuziehen. Die Franzosen hatten in Gent so übel gehaust, daß der General selbst sie als des französischen Namens unwürdig brandmarkte. Die Kampfeslust der Belgier mochte dadurch noch gesteigert werden. Als Maison später vor Tournai erschien, widerstand die kleine Garnison tapfer und fügte dem Gegner nicht unerhebliche Verluste bei. Hier zeichneten sich auch neu geworbene Belgier aus. Denn gleich anfangs hatten die Verbündeten an alle Niederländer die Aufforderung gerichtet, gleichfalls gegen den Tyrannen ins Feld zu rücken. In allen Gemeinden bildeten sich Werbeämter. Privatmittel flossen reichlich zu, das ruhmreiche Beispiel Preußens wirkte. In einem Kriegslied, dem „Voeu belge", wird der Waffenfähige aufgefordert, seine Geliebte zu verlassen, für das Vaterland und die Liebe zu kämpfen. „Gott, Freiheit, Licht" — auch hier erscholl dieser Kriegsruf, der schon Tausende begeistert hatte. In Brüssel, Gent, Mons und Namur wurden vier Infanterieregimenter aufgestellt, dazu kamen noch ein Kavallerieregiment und eine Artillerie-Batterie. An die Spitze der belgischen Legion trat der österreichische Generalleutnant Graf von Murray, dessen Vorfahren einst dem sieggewohnten wallonischen Regiment den Namen gegeben hatten. Der Adjutant des Herzogs Graf von Pückler-Muskau, eine bekannte Erscheinung in allen eleganten Salons, erwarb sich in Flandern große Verdienste um die Ausbildung von Truppen.

Am 30. März fiel Paris, bald folgte Napoleons Abdankung. „Wir werden nicht eher Ruhe haben als bis wir Napoleon stürzen", hatte Blücher gewettert. „Que dira donc Goethe de son dieu tutélaire", spottete gutmütig der Herzog.

Das Militärische trat damit in den Hintergrund. Mitten im Waffenlärm hatte Karl August auch für die innere Verwaltung Belgiens Sorge getragen und eine provisorische Regierung ins Leben gerufen. Die Grundlinien waren von dem Freiherrn vom Stein gezogen, dem Leiter des sogenannten Zentralverwaltungsdepartments, dem alle eroberten und in Generalgouvernements gegliederte Gebiete unterstellt waren. Seinen ursprünglichen Plan, mit den Abgeordneten der einzelnen belgischen Departements in Verbindung zu treten, mußte Karl August bei der Schwierigkeit der Verbindungen aufgeben; zuviel Zeit wäre darüber hingegangen. Daher berief er auf den 12. Februar 1814 in den königlichen Palast die Notabeln ersten Ranges, d. h. die Häupter der zweiunddreißig angesehensten Familien in Brüssel und trug, da er das Hauptquartier verlegen mußte, seinem Generalstabschef, dem Generalmajor Baron von Wollzogen, auf, im Verein mit dem preußischen Generalmajor von Boyen die Verhandlungen zu leiten. Vierundzwanzig von den Eingeladenen erschienen, und nach eingehender Beratung wurden die Beamten der provisorischen Regierung ernannt.

Es wurden bestimmt und am 15. Februar eingesetzt: als Generalkommissare der Verbündeten für die Militärverwaltung Graf von Lottum, Gouverneur

von Brüssel, für die Zivilverwaltung Delius. Als Generalgouverneur vorläufig der Herzog von Beaufort. Als dessen Stellvertreter Graf Eugen von Robiano, der mit zwei anderen dem Verwaltungsrat angehörte. Vier Generalsekretäre für die militärischen Rüstungen; für Polizei und Inneres; für Finanzen; für Justiz und Klerus. Die Verwaltungseinteilung des Landes blieb bestehen, nur führten Präfekturen und Präfekten fürderhin den Namen Intendanzen und Intendanten. Alle Beamten, bis auf die geborenen Franzosen, konnten auf ihrem Posten bleiben, mußten aber den Verbündeten den Treu- und Gehorsamseid leisten. Alle Einwohner wurden von dem Eide entbunden, den sie der französischen Regierung geschworen hatten. Die Franzosen, die das Land nicht verlassen wollten, erhielten von der Behörde einen Ausweis.

Man erkennt den vortrefflichen Willen, von dem Karl August und seine Ratgeber beseelt waren. Die Eigenart Belgiens wurde nach Möglichkeit berücksichtigt, schroffer Willkür machte weise Mäßigung Platz. Im Laufe des Monats März trat an die Stelle des Herzogs von Beaufort der Freiherr von der Horst, den Stein als Generalgouverneur ausersehen hatte; die beiden Kommissare schieden aus ihren Ämtern. Nach Horst folgte im Mai der österreichische General Freiherr von Vincent, der lange in Belgien gelebt und das Regiment Latour befehligt hatte. Vertrat Horst mehr das neue liberale Preußen, so Vincent das konservative feudale Österreich. Die Kaufmannschaft und der Advokatenstand fühlte sich mehr zu Horst hingezogen, Adel und Klerus begrüßten Vincent mit besonderer Freude.

Die provisorische Regierung erhielt ein reiches Feld der Tätigkeit. Überall galt es die Spuren der napoleonischen Gewaltherrschaft zu vertilgen. Welcher Jubel entstand in den Gefängnissen und Zuchthäusern unter den Unglücklichen, die ohne richterliches Urteil hinter Schloß und Riegel schmachteten, weil es so dem bon plaisir des Herrn Präfekten gepaßt hatte. Der „Mangel an Anhänglichkeit an die französische Regierung" war schon ein schweres Vergehen gewesen. Recht gern hatten die französischen Beamten von dem „Mittel administrativer Polizei" Gebrauch gemacht und Mißliebige in die Zwangsjacke gesteckt. Jetzt schlug die Stunde der Freiheit. Zahlreiche Begnadigungen wurden vorgenommen. Einem schneidigen Kosaken, Oberst Bychalow, ging es damit noch viel zu langsam. Am Jahrestag der Krönung seines kaiserlichen Herrn gab er in Gent zu Ehren des Zaren Alexander einer Menge Gefangener den Laufpaß, ohne sich viel um die Schuldfrage zu kümmern.

Um der „verhaßten Landplage der Konskription", um der Zahlung der drückenden Steuern (droits réunis) zu entgehen, waren viele Männer in die Wälder Flanderns geflohen und führten als berüchtigte „Waldgesellen" (Compagnons de la Forêt) ein frohes Räuberleben. Bei der Regelung der Lebensmittelfrage achteten sie natürlich nicht so peinlich auf die gesetzlichen Vorschriften. Alle möglichen Listen wurden angewandt, um nicht den bunten Rock anziehen zu müssen. Da verehelichte Männer von der Heerespflicht befreit waren, ver-

heirateten sich viele Jünglinge, mochte die Zukünftige auch über fünfzig, ja achtzig Jahre alt sein. Was tut man nicht in der Verzweiflung! Allerdings: incidit in Scyllam, cupiens vitare Charybdim. Das sahen mit Behagen die gestrengen Herren am grünen Tisch.

Wie hatte der Klerus gelitten! Kirchen und Klöster führten beredte Sprache. Der Bischof von Gent, Moritz von Broglie, war wegen seines Widerstandes gegen Napoleon schließlich auf die Insel Ste. Marguerite verbannt und auf kaiserlichen Befehl durch einen anderen Prälaten ersetzt worden. Als bischöfliche Seminaristen sich diesen Anordnungen nicht fügen wollten, wurden sie in die kaiserliche Garde in Paris gesteckt. Anderen ging es noch schlimmer. Sie wurden als Widerspenstige mit Deserteuren zusammen eingesperrt, eine Seuche raffte achtundvierzig von ihnen hin.

Das Schulwesen lag danieder, Gelehrte hatte Frankreich nicht nötig gehabt, sondern Soldaten. Die Kunstfreunde klagten bitter über die Fortführung von Meisterwerken. Antwerpen und andere Städte forderten ihre Gemälde zurück; Löwen die goldenen Schlüssel, die einst König Karl der Dritte seinen treu ergebenen Bürgern gestiftet hatte.

Der Handel hatte durch die Kontinentalsperre und die französischen Monopole große Einbuße erlitten. Der Oise-Schelde-Kanal war noch im Bau und konnte daher noch keine Entschädigung bieten. Antwerpen, das zur größten Wut der Engländer die großen militärischen Hafenanlagen erhalten hatte, wandte sich jetzt stürmisch gegen die Sperre der Schelde und forderte den Freihandel, während Gent und andere Industriestädte für Schutzzölle eintraten.

Auch die Journalisten hatten schlimme Tage gesehen. Die meisten Zeitungen waren von Napoleon als „überflüssig" unterdrückt worden, der „Moniteur" und das „Journal de l'Empire" boten ja allen Wissensdurstigen reichen und richtig zubereiteten Stoff. Die wenigen Blätter, die erscheinen durften, führten ein elendes Dasein.

Die Anhänger der alten Ordnung wollten vom Code Napoléon und den französischen Einrichtungen nichts wissen. „Die Völker Deutschlands haben die Gesetze der Revolution wieder abgeschafft," heißt es in einer Bittschrift des Brüsseler Magistrats, „sie huldigen wieder ihrer nationalen Sprache und ihrer angestammten Gesetzgebung. Wir müssen heute noch erröten, daß wir unsere nationale Sprache in keiner öffentlichen Urkunde anwenden dürfen. La proscription de la langue nationale flamande doit cesser."

Berücksichtigt man alle Klagen und Beschwerden, alle Hoffnungen, denkt man daran, daß die Wünsche der Belgier hinsichtlich der Zukunft ihres Landes weit auseinandergingen, so erkennt man, welch mühselig heikle Aufgabe der provisorischen Regierung zufiel. An kleineren Unruhen fehlte es in Brüssel und anderwärts auch nicht. Die zurückgebliebenen Franzosen machten viel Schwierigkeiten. Die Bevölkerung war nicht so leicht zu nehmen. Das Urteil eines französischen Präfekten aus dem November 1813 lautet recht scharf: „Die

Belgier sind stets unbeständig, immer ungeduldig unter welcher Herrschaft auch immer, aufrührerisch im Innern unter der äußeren Kälte und Schwerfälligkeit, unfähig sich selbst zu regieren." Von seinem Hauptquartier aus (so in Ath, Tournai, Mons, Edingen) blieb Karl August in steter Verbindung mit der Hauptstadt und griff, wenn nötig, ein. Seine Briefe aus Belgien, deren Veröffentlichung in Aussicht steht, werden noch manch interessante Angaben bieten. In Übereinstimmung mit dem Freiherrn vom Stein wollte er keine unbedingte Erneuerung des Alten, da er von dem guten Recht des Fortschritts überzeugt war. Ein großer Teil der Bevölkerung wußte ihm dafür Dank. Die zahlreichen Bittschriften, die ihm überreicht wurden, zeigen am besten, was man sich von ihm versprach, wie volkstümlich er war. Schon bei seinem Einzug in Brüssel hatte ihm eine Dame in einer uns nicht mehr geläufigen Blumensprache ein Immortelle und eine Pensée überreicht. Auch an komischen Zügen fehlte es nicht. Ein erfindungsreicher Brüsseler bot dem Befreier seines Vaterlandes ein Verfahren an, mit Eis, ohne jegliches Feuer und Eisen, die sämtlichen Pferde eines Regiments in einer halben Stunde zu beschlagen. Aufrichtig war das Bedauern vieler, als der Herzog Ende April Belgien verließ, um in Paris für die Zukunft seines Landes zu sorgen. Kurz vorher hatten ihn die Brüsseler noch einmal sehen können, als das Hauptquartier wiederum für einige Tage in die Hauptstadt verlegt war. Am 4. April, am gleichen Tage, da die Verbündeten in Paris einzogen, fand auf dem Koningsplaats eine Siegesfeier statt. Karl August nahm mit dem Prinzen von Hessen-Darmstadt an dem Dankgottesdienst teil. In zündenden Worten feierte der Garnisonpfarrer Dr. Mann den Kampf der germanischen Völker wider die Fremdherrschaft: „Freiheit, Friede, Vaterland." In der St. Gudula ward ein Tedeum gesungen, um die Einnahme des „modernen Babylon" zu verherrlichen. Ein goldenes Zeitalter schien den Hoffnungsfreudigen mit dem Sturze Napoleons anzubrechen.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Raſputin

Ganz Rußland hat in dieſen Tagen in atemloſer Aufregung gelebt. Die Telephone in Petersburg ſchwirrten. In Moskau und in den Provinzſtädten, die Verbindungen mit der Hauptſtadt hatten, wurden in der Nacht vom 17. zum 18. Dezember alten Stils die Redaktionsſtuben mit Anfragen überhäuft. Jedermann in Rußland wußte es, aber niemand durfte es ſagen: Grigori Raſputin war ermordet worden. In den Zeitungen erſchienen am Morgen vage Andeutungen, die doch jeder verſtand, man las am Abend von dem myſteriöſen Verbrechen an „der Perſon, von der man in der letzten Zeit in der Reichsduma und in der Geſellſchaft ſo viel geſprochen hat“, bis endlich in der „Birſhewyja Wjedomoſti“ eine kurze aber mit großen Lettern geſchriebene Notiz erſchien: „Der Tod Grigori Raſputins. Heute um 6 Uhr morgens iſt in einem der ariſtokratiſchen Palais im Zentrum der Hauptſtadt Grigori Raſputin-Nowych plötzlich verſchieden.“

Was dieſe Nachricht für Rußland bedeutet, kann nur der verſtehen, der die letzten Ereigniſſe in der Hauptſtadt mit Aufmerkſamkeit verfolgt hat. In dieſer Zeit der Aufregung des Krieges und der inneren Kämpfe wurde ein Thema immer und immer wieder variiert: das Raunen von den „finſteren Mächten“, die am Werke ſeien, Rußland zu vernichten. Auch der deutſche Zeitungsleſer hat die große Rede von Miljukow, die zum Sturze Stürmers führte, wenigſtens bruchſtückweiſe kennen gelernt. Die Rede von Puriſchkjewitſch, der unter dem demonſtrativen Beifallsklatſchen des Großfürſten Nikolai Michailowitſch von der Dumatribüne aus einen flammenden Appell an den Zaren richtete, ſich loszuſagen von jenen dunkeln Kräften, iſt über die Grenzen des Zarenreiches hinaus beachtet worden. Sie war ein Ausdruck der Stimmungen und Befürchtungen, die ein großer Teil des ruſſiſchen Volkes erfüllte, der ſich nach den Tagen von Stürmer mit ihren „unbegrenzten Möglichkeiten“ nach außen und innen nach einem friſchen Luftzug ſehnte. Der ſollte all die Spreu

hinwegfegen, die, wie man glaubte, nur den lauteren Glanz des reinen Wollens des ruſſiſchen Volkes bedeckte. Laßt einmal dieſen Glanz zum Vorſchein kommen, und er wird in ſtrahlender Schönheit Rußland die Rettung bringen, ſetzt einmal das freie ruſſiſche Volk auf das von allen Feſſeln erlöſte Pferd und es wird im Sturmlaufe alle inneren und äußeren Hemmniſſe ſpielend überwinden. Das Volk, ſo dachten und ſprachen viele in Rußland, will den Sieg nach außen und ordentliche Zuſtände im Innern, Ihr Stürmer, Protopopows und Trepows, die Ihr ja doch nur gezogen und dirigiert werdet von jenen „dunkeln Kräften", gegen die ſich der Kampf des Volkes richtet, hindert uns daran. Weg mit Euch und weg mit jenen Raſputins und Mardaris, gebt uns den Weg frei! Die Debatten des Adelskongreſſes waren im weſentlichen von dieſen Gedanken erfüllt, die Reden, die dort gehalten wurden, bildeten eine einzige große Anklage gegen den Mann, den man im geiſtlichen Reſſort ungehinderte Macht zuſchrieb und der durch die hohe Geiſtlichkeit und ſeinen Einfluß bei Hofe auch in weltlichen Dingen herrſche. In der Reſolution des Adelskongreſſes, die dem Zaren unterbreitet wurde, heißt es wörtlich: „In der Staatsverwaltung haben ſich dem Geſetze fremde, unverantwortliche finſtere Mächte eingeniſtet. Dieſe Mächte unterwerfen ihrem Einfluß die Spitzen der Regierung und greifen ſogar in die kirchliche Verwaltung über." Der Reichsrat verlangte in ſeinem mit erdrückender Majorität angenommenen Beſchluſſe ausdrücklich vor dem ganzen Lande „die entſchiedene Beſeitigung der Beeinfluſſung der Staatsgeſchäfte durch verborgene, unverantwortliche Mächte". In jedem Zeitungsartikel, in jeder politiſchen Rede finden wir dieſe ſtereotype Formel wieder. Rußland iſt auf der ſchiefen Ebene, die Regierung bewegt ſich mit Macht dorthin, wohin ſie von den dunkeln Elementen gezogen wird.

Der Kampf begann. Man ſtürzte Stürmer, man verſuchte mit aller Macht, die dem Dumablock zur Verfügung ſtand, Protopopow zu ſtürzen, man ſetzte alle Hebel in Bewegung, um das Trepowſche Miniſterium ins Wanken zu bringen. Mit welchem Ergebnis? Protopopow blieb. Er, gegen den ſich die ganze Duma gewandt hatte, wurde vom Zaren endgültig zum Miniſter ernannt; der Erzbiſchof Pitirim, der mit Raſputin zuſammen als Drahtzieher hinter den Kuliſſen offen bezeichnet worden war, erhielt eine demonſtrative Auszeichnung vom Zaren; Stürmer, der des Vaterlandsverrates bezichtigt worden war, wurde in aller Form und in allen Ehren nach ſeinem Abgang für alle Zeit „dem Perſonalbeſtande des Auswärtigen Miniſteriums zugezählt", eine Auszeichnung, die man Herrn Saſonow nicht hatte zuteil werden laſſen. Die Sphären, die lange geſchwankt hatten, hatten ſich zur Tat entſchloſſen.

„Unſer Sieg," ſo klagte Miljukow in der Duma, „war nur ein partieller. Unſere Ziele erreichten wir nicht. Wir müſſen das laut ausſprechen. Wir müſſen ſagen: Wir haben keine Hoffnung, daß die jetzigen unfähigen Miniſter Rußland aus der ſchwierigen Lage herausbringen werden. Wir müſſen uns geſtehen, daß ſogar das minimale Ziel: die Befreiung vom Ein-

flusse der dunkeln Elemente, von diesen kraftlosen und unfähigen Ministern nicht erreicht werden kann. In dem Bilde der Einflüsse hinter den Kulissen .. hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, diese dunkeln Elemente, die nach meiner Rede in die Defensive gedrängt waren, haben nun wieder die Offensive ergriffen. Ein Syndikat dieser dunkeln Elemente ist jetzt in der Wiederherstellung seiner eingebüßten Kräfte begriffen und tritt mit einer solchen Frechheit und Offenheit hervor, wie nie zuvor."

Kurze Zeit, nachdem diese Worte ausgesprochen wurden, war das Automobil von Purischkjewitsch nach jenem Hause in der Gorochowaja Straße Nr. 64 mit dem der höchsten Petersburger Gesellschaft angehörigen eleganten jungen Manne unterwegs, der Grigori Rasputin zur Todesfahrt abholte.

Wie diese Nacht verlaufen ist, wissen wir nicht. Abenteuerlich und einander widersprechend sind die Angaben der russischen Zeitungen, soweit sie mir bis heute vorliegen,*) über diese letzte Fahrt, ebenso rätselvoll wie das Leben Rasputins. Das Gastmahl in jenem eleganten Restaurant auf den Inseln, wo man bei Sekt und Zigeunern würfelte (warfen diese Würfel das Todeslos des so oft Totgesagten?), der glänzende Rout im Palais an der Moika 94, die mit Blut getränkte Galosche Rasputins da draußen auf jener abgelegenen Brücke hinter der Bavariabrauerei, die blutgetränkte Matte, das Loch im Newaeise, zu dem noch in der Morgenfrühe die höchsten Beamten des russischen Reiches, der Justizminister Makarow an der Spitze, pilgerten, die Schüsse im Palais an der Moika, der tote Hund, die Worte des Abgeordneten Purischkjewitsch, der den Schutzmann von dem Tode eines Hundes und dem Morde Rasputins benachrichtigt — das alles scheinen Tatsachen zu sein. Wir kennen nur nicht genau ihre Verknüpfung.

Mag die Ermordung Rasputins mit persönlichen Erlebnissenn der beteiligten Personen, mit persönlichem Rachebedürfnis zusammenhängen, ich glaube, man kann trotzdem sagen, Rasputins Ermordung ist seit Stolypins Tod der größte politische Mord, den Rußland erlebt hat. Er ist eigentlich noch viel aufregender, noch viel bedeutsamer, weil er in jene höchsten Höhen führt, die man bisher vergeblich zu treffen versucht hat.

Einen Hund hat man in jener Nacht an der Moika erschossen. Was bedeutet das? Wollte man nur die Spuren des Mordes verwischen, eine Erklärung für gewisse Blutlachen schaffen, die man am anderen Tage in den Zimmern jenes aristokratischen Palais fand? Oder hatte die Erschießung des Hundes symbolische Bedeutung? Ich habe einmal in einem merkwürdigen Buche eine Photographie Rasputins gefunden. Dort steht er an den finnischen Schären zusammen mit der bekannten Freundin der Zarin, dem Hoffräulein Wyrnbowa, mit Schlapphut und langem Rocke neben der Frau mit Kopftuch und ganz kleinbürgerlichem Anzuge. Daneben finde ich eine Beschreibung der Religiosität

*) Bis zum 2. Januar neuen Stils.

des Zaren. Es wird von seiner abergläubischen Verehrung der Heiligenbilder gesprochen, das Kopfende seines Bettes ist mit Heiligenbildern behängt, wie man es nur bei einem Dienstmädchen findet, das eben vom Dorfe in die Stadt gekommen ist. Für jede neue Aufgabe im Leben, für jede Gelegenheit sucht man nach den Heilkräften eines besonderen wundertätigen Bildes. Der Moskauer Jude Gobermann hat die Lieferung für den Allerhöchsten Haushalt. Für die alten durchräucherten Heiligenbilder werden die größten Geldsummen gezahlt. „Man betet zu den merkwürdigsten Bildern. So lenkt in der Hofkapelle in Gatschina ein Heiligenbild die besondere Aufmerksamkeit auf sich. Wir sehen neben den gewöhnlichen russischen Heiligengesichtern einen Ritter im Harnisch — mit einem Hundekopf. Die Legende sagt, daß der Ritter die Schönheit seines Gesichtes beängstigt habe. Auf seine Bitte habe Gott seinen Kopf in einen Hundekopf verwandelt."

Der religiös-mystische Sinn, der dieser Heiligenlegende zugrunde liegt, gibt nach mehr als einer Richtung hin zu denken. Fällt doch der religiöse Gedanke, der hier ausgedrückt ist, zusammen mit jenen in den Petersburger höchsten Kreisen in den letzten Jahrzehnten beobachteten mystischen Tendenzen, deren Anhänger und vielleicht Führer Rasputin gewesen ist. Es ist auch für uns nichts Neues, daß sich gerade in hocharistokratischen Kreisen besonders häufig eine Neigung zu religiös-mystischen Absonderlichkeiten vorfindet. Wir haben in unserer eigenen preußischen Geschichte Beispiele dafür. Auch die Gesundbeterbewegung einige Jahre vor dem Kriege hatte ihre Anhänger hauptsächlich in der hohen und höchsten Gesellschaft. Eine Überspannung des religiösen Gedankens, die man oft gerade in diesen Schichten findet, zusammen mit einer vielleicht unbewußten Sehnsucht, ein Korrelat zu der irdischen Herrlichkeit zu finden, von der man umgeben ist und deren ideell gerichtete Gemüter leicht satt werden, daneben eine gewisse Dummheit in der Kenntnis der physikalischen Weltgesetze und eine große geschäftliche Unerfahrenheit besonders bei den aristokratischen Frauen, bilden einen guten Boden für die Ausbreitung solcher Tendenzen. Sind sie aber einmal da, so wirken sie ansteckend.

In Rußland ist aber noch ein ganz anderer und besserer Nährboden für ähnliche Erscheinungen vorhanden. Wer die Geschichte der russischen Sekten und die Geschichte des russischen Hofes kennt, weiß das. Ein Blick in Mereschkowskis „Peter und Alexei" mag den Nichtkenner über diese Seite des russischen Volkslebens belehren. Schließlich ist auch eine Figur wie der große Leo Tolstoi letzten Grundes aus dieser Seite des russischen Empfindungslebens mit zuerklären.

Es gibt oder hat in Rußland eine Sekte der Chlysten gegeben, deren Kult etwas asketisch-mystisches aber zu gleicher Zeit sinnlich-erotisches hatte. Im alten Chlystentum herrschte, wie uns ein guter Kenner der Materie, Prugawin, in der „Rußkija Wjedomosti" Nr. 292 auseinandersetzt, „die grausame, rein mittelalterliche Theorie von der Abtötung des Fleisches, das als sündig angesehen

Univ. of California

wurde. Dieſe Abtötung ſuchte man auf dem Wege langandauernder Faſten — bis zu 40 Tagen — durch anſtrengende Gebetübungen, durch Tragen ſchwerer eiſerner Feſſeln zu erreichen." Es hat zu allen Zeiten Übergänge dieſer Übungen auf das erotiſche Gebiet gegeben und das Neuchlyſtentum (Neochlystowschtschina), wie es uns Prugawin aus der gegenwärtigen höchſten Petersburger Geſellſchaft ſchildert, hat dem alten Bilde neue Züge in dieſer Richtung hinzugefügt. Als eine der religiöſen Übungen, wie ſie die Anhänger dieſer Richtung betreiben, wird vor allem „die Verſuchung des Fleiſches" und die „Verbrennung der Leidenſchaften" genannt. Es bedarf keiner Ausführung, was unter dem Deckmantel ſolcher religiöſer Praktiken alles betrieben werden kann. In der ruſſiſchen Preſſe wird es deutlich und ohne Scheu ausgeſprochen. Wir haben keine Veranlaſſung, es zu wiederholen. Wie ſind nun die Leute, die dieſes Neochlyſtentum treiben, in die höchſte Geſellſchaft hineingekommen? Durch die hohe Geiſtlichkeit. Die in der orthodoxen Kirche weitverbreitete „Theorie der Prawedniki (der Gerechten)" iſt eine der Urſachen davon.

„Einer der glühenden Anhänger des Biſchofs Theophan hat dieſe Theorie folgendermaßen auseinandergeſetzt: der Biſchof war tief davon überzeugt, daß es bei uns in Rußland außer den Heiligen und Gerechten, die von der Kirche anerkannt und kanoniſiert ſind, noch beſondere, ſozuſagen irreguläre Heilige gibt. Wie es reguläre Soldaten gibt und irreguläre, z. B. die Koſaken, ſo ſind auch dieſe Heiligen, dieſe Gerechten vorläufig noch nicht von der Kirche anerkannt. Das ſind die verſchiedenſten Arten: ‚Gute', ‚Seher', ‚Pilger', ‚Einfältige' uſw. Der Biſchof war feſt davon überzeugt, daß ſich unter jenen Leuten wirklich bemerkenswerte Perſonen finden, die ungewöhnliche Seelenkräfte beſitzen."

Es ſcheint als ob es gerade Theophan geweſen iſt, der Raſputin an den Hof gebracht hat. Als ſich der Biſchof davon überzeugte, daß der von ihm empfohlene „Proſtez"*) „ein grober und ſchmutziger Wollüſtling war, der offen und ausgedehnt die verſchiedenſten Praktiken der ‚Verſuchung des Fleiſches' und der ‚Verbrennung der Leidenſchaften' ausübte" — da war ſein offener Einſpruch zu ſpät. Die einzige Folge der Warnung war, daß Theophan die Akademie und Petersburg verlaſſen und weithin in ſeine tauriſche Eparchie abreiſen mußte.

Man kann ſich vorſtellen, wie ſehr ſolch ein Mann, dem man offen derartiges nachſagte, den Haß und die Wut nicht nur der politiſchen Parteien, denen er im Wege war, ſondern auch eines Teiles der höchſten Geſellſchaft, der nichts mit ihm zu tun haben wollte, auf ſich zog. So war Raſputin ſeines Lebens ſchon lange nicht ſicher. Bekannt iſt der „Unfall" mit ſeinem

*) Wörtliche Überſetzung: der Einfache, d. h. ein Mann, der aus dem Volk hervorgegangen iſt. Meiſt ſind es Leute ganz einfacher Abkunft, die ſolche „Sehergaben" entfalten.

Wagen, den er zu Beginn des Krieges in Petersburg hatte, bekannt ist ferner das Attentat, das am 28. Juni 1914 in seinem Heimatdorf die Bäuerin Gußewa mit einem Dolch auf ihn ausübte. Das Gerichtsverfahren wurde damals niedergeschlagen und die Gußewa ins Irrenhaus geschickt. Diesmal ist Grigori Rasputin unvorsichtig gewesen, er, vor dessen Treppe sonst Tag und Nacht Geheimpolizisten auf- und abpatrouillierten, um die Besucher zu mustern, hat diesmal alle Vorsichtsmaßregeln außer Acht gelassen.

Interessant ist, daß sich unter seinen Gegnern auch der Großfürst Nikolai Michalowitsch befunden hat. In seinem Werke über Alexander den Ersten hat er auf Seite 193 die Persönlichkeit der bekannten Baronin Krüdener geschildert. „Wir schätzen", so sagt der Großfürst, „den Wert dieser Person nicht hoch ein und ihre eigene Überzeugtheit ist mehr als zweifelhaft. Die Interessen der scheinbar exaltierten Baronesse standen auf mehr realem Boden. Sie war durch Mangel an Geldmittel geniert und hatte immer an allem Mangel. Außer den Gefühlen der Eitelkeit, die eine große Rolle bei ihr spielten, beseelte sie die Gier. Es gibt ja auch in unserer Zeit Personen, die von dem Gefühl besonderer Heiligkeit (la haute dévotion) durchdrungen sind und die häufig hinter diesem Vorhang ganz andere Motive verbergen". Für jeden russischen Leser ist es klar, daß mit diesem letzten Satze kein anderer als Rasputin gemeint sein kann.

Zum Schlusse noch ein paar Angaben über den äußeren Lebensgang Rasputins nach der Petersburger Börsenzeitung. Über sein eigentliches Wirken am Hofe und in den höchsten Regierungskreisen der Hauptstadt wird wohl erst eine spätere Zeit volle Aufklärung erhalten: „Grigori Rasputin ist im Jahre 1872 geboren, er war also 44 Jahre alt, als er ermordet ward. Er stammt aus dem Dorfe Pokrowskoje, Kreis Tjumen, Gouvernement Tobolsk. In seiner Jugend verband ihn enge Freundschaft mit einem Gemüsegärtner, dem jetzigen Tobolsker Bischof Warnawa. Rasputin, der das Kutscherhandwerk ausübte, fuhr einmal einen namhaften kirchlichen Würdenträger nach Wjerchoturje. Nach einer Unterhaltung mit ihm ging Rasputin ins Kloster nach Wjerchoturje und blieb dort wochenlang. Sodann siedelte er nach Tjumen über, ließ sich lange Haare wachsen, ging als Barfüßler in die Kälte hinaus, in den Klöstern herum usw. Er wurde mit einem Bischof bekannt. Der Bischof nahm ihn unter seine Protektion.

Aus Tjumen kommt Rasputin nach Moskau und wird dort schnell bekannt. Ihm öffnen sich die Türen der Moskauer Salons. Rasputin erzählte, daß es ihm damals gelang, P. A. Stolypin zu heilen, der nach dem Attentat auf der Apothekerinsel gelähmt war. Seitdem fangen an zu Rasputin nach Tjumen nicht nur seine Anhänger, sondern auch solche Leute zu pilgern, die Protektion und Förderung von ihm wünschen.

Bei einer seiner Fahrten nach Petersburg lernte Rasputin Iliodor kennen, befreundete sich eng mit ihm. Iliodor hat seinen Freund dann oft in Tjumen besucht.

In den letzten Jahren lebte Rasputin teils in Petersburg, teils in seiner alten Heimat."

Rasputins Mord wird einen Einfluß auch auf die inneren politischen Verhältnisse des russischen Reiches haben. Dies zeigen die Äußerungen der russischen Parteiführer. Typisch ist, was der bekannte nationalistische Abgeordnete Schulgin über Rasputins Tod im Kiewljanin gesagt hat:

„Die Telegramme teilen mit, daß in allen Petersburger Theatern auf dringendes Verlangen des Publikums die Kaiserhymne gespielt wurde. ‚Gott sei des Zaren Schutz', das waren die Worte, mit denen die Hauptstadt dieses ganz Rußland erschütternde Ereignis begrüßte. Noch neulich habe ich geschrieben ‚Rußland weist jeden Gedanken an Revolution mit Ekel von sich, es wünscht sie nicht'. Das Ereignis, das alle erregt hat, war von ganz bestimmten Ideen diktiert. So hat es die Menge der Hauptstadt auch verstanden, indem sie mit der Nationalhymne darauf antwortete . . . Mögen die, die fähig sind zu denken, über das was geschehen ist, nachdenken. Rußland will siegen, was es auch immer kosten mag. Alle Klassen wollen das, alle Schichten, alle Parteien — von der Hütte Weremtschuks bis zum Palastdes Fürsten Jussupow. Eine Todsünde begeht die Regierung, die diese Stimmung nicht auszunutzen versteht — die Regierung, die sich Augen und Ohren verstopft, die die Revolution von links her herbeiführen möchte und die die mächtigen Klänge der Kaiserhymne nicht hört, welche die Pistolenschüsse in dem Aristokratenpalais übertönt. Ich wiederhole es noch einmal, nicht die Revolution wünscht Rußland, sondern den Sieg."

So malt sich die Wirkung des Todes Rasputins in jenen Köpfen, die dem Blocke in der Reichsduma nahestehen und die jetzt um die Macht kämpfen oder zu kämpfen versuchen.

Unser Verhältnis zu Japan

Von Amtsgerichtsrat Gustav Schneider

In den Nummern 24 und 33 der „Grenzboten“ von 1916 wurde auf die politischen Werke E. von Hartmanns als auf eine Fundgrube politischer Weisheit hingewiesen, und ganz besonders das Hartmannsche Buch „Zwei Jahrzehnte deutscher Politik“ (1889) gerühmt. In diesem Werke findet sich auf Seite 368 ein Satz, den man gerade uns Deutschen immer und immer wieder einschärfen muß: „Wenn es schon töricht ist, auf Dankbarkeit in der Politik zu rechnen, so ist es doppelt töricht, sich durch Ärger über Vergangenes, durch Schmollen und Grollen in seinen Entschließungen beeinflussen zu lassen.“ Wem fällt bei dem ersten Teile dieses Satzes nicht unsere früher gegenüber unseren jetzigen Feinden betriebene Politik ein; besonders unser Verhalten gegenüber Rußland in den Jahren 1856, 1863, 1870, 1878, 1904 und 1905! Aber der Unmut, der unsere Seele wegen der Undankbarkeit unserer Feinde, ja wegen der von einigen sogar begangenen Treulosigkeit, beschleichen will, muß durch die nüchterne, realpolitische Erwägung und Mahnung gedämpft werden, die der letzte Teil jenes Satzes zum Ausdruck bringt. Wir dürfen uns nur fragen: mit welchen Lebensinteressen unserer heutigen Gegner werden sich in Zukunft die unsrigen dauernd kreuzen; wo sind schwer oder gar nicht ausgleichbare Gegensätze vorhanden? Rudolf Kjelléns Werk „Die politischen Probleme des Weltkrieges“ (1915) bietet ein Muster solcher Untersuchung. Hier soll die Frage, ob für uns die „östliche Orientierung“ in Zukunft angezeigt sei, in dem gewöhnlichen Sinne dieses Ausdrucks nicht breiter erörtert, zunächst sogar ganz von ihr abgesehen, dagegen unser Verhältnis zu der Großmacht des fernen Ostens, zu Japan, untersucht und etwas eingehender behandelt werden.

Als Japan am 15. August 1914 uns in dem bekannten Ultimatum den „Rat gab“, die uns von ihm unterbreiteten Vorschläge auszuführen, knüpfte es bewußt an den „freundschaftlichen Rat“ an, den wir den Japanern bei Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges im Jahre 1895 gaben: sie sollten ihre Forderungen, Rußlands wegen, mäßigen und bescheiden. Indem wir damals im Frieden von Shimonoseki zusammen mit Frankreich und Rußland den Japanern in den Arm fielen, begingen wir freilich eine Unklugheit, die aber in Japan bald in Vergessenheit geraten wäre, wenn nicht England ziel-

bewußt und fortdauernd gegen uns gehetzt hätte. Wie wir aus den Aufzeichnungen des Grafen Hayaschi und aus anderen Quellen wissen, war Japan schon im Jahre 1898 wieder bereit, ein Bündnis mit England und Deutschland zu schließen. Wenn wir uns auch im Jahre 1895 mehr im Hintergrund hätten halten sollen, so wußte man in Japan doch recht wohl, daß die Teilnahme Deutschlands an der „Intervention" eher mäßigend als unterstützend auf die weit schärferen Forderungen Rußlands gewirkt hat. Ohne die systematische Hetze Englands hätte Japan nach dem Ablauf weniger Jahre niemals mehr daran gedacht, „Rache für Shimonoseki" zu nehmen.

Die Japaner haben recht wohl gewußt, welche Dankesschuld sie Deutschland gegenüber abzutragen hatten. Wir haben ihnen bei der Neuordnung ihres Heerwesens geholfen, besonders auch dadurch, daß wir ihnen im Jahre 1888 den tüchtigen Major von Meckel als militärischen Ratgeber sandten, dem Japan 1904 ein Denkmal setzte. Nach deutschem Vorbild wurden in Japan auch das neue Recht und vieles auf dem Gebiete anderer Wissenschaften, namentlich der Medizin und der Technik ausgestaltet. Dem Japaner ist Dankbarkeit nicht fremd, im Gegenteil: die Dankbarkeit wird in Japan im allgemeinen höher bewertet als bei uns; ganz besonders aber schuldet man sie nach konfuzianischem Gesetz dem Lehrer. Andererseits ist aber der Japaner weit entfernt, die sittlichen Normen, die das Verhältnis der einzelnen Menschen zueinander regeln, auch auf das Verhältnis der Staaten zueinander auszudehnen, während wir Deutschen nur zu leicht — trotz Bismarck — die Privatmoral auf das Gebiet der äußeren Politik übertragen, statt hier zunächst den nationalen Egoismus walten und das Moralische (im Sinne der subjektiven Sittlichkeit) erst in zweiter Linie gelten zu lassen. Nimmt man diesen Standpunkt ein, so wird das Vorgehen Japans im August 1914 verständlich und zum Teil auch entschuldbar.

Als England am 30. Januar 1902 mit Japan einen Bündnisvertrag abschloß, gewann es in dem Bundesgenossen einen Degen gegen Rußland; dieser aber wurde, indem er als bündnisfähig mit einer Weltmacht erschien, als gleichberechtigte Großmacht aller Welt förmlich vorgestellt. England täuschte sich zwar nicht in dem Vertrauen, das es der kriegerischen Kraft des Bundesgenossen entgegenbrachte, aber es entsprach doch nicht den Wünschen Englands, daß Japan ohne größere Einbußen aus dem Land- und Seekrieg mit Rußland hervorging. Eine um so größere Enttäuschung aber erlebte Japan als es von England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Frieden von Portsmouth (1905) zum Verzicht auf eine russische Kriegsentschädigung genötigt wurde. Damit geriet es in die drückendste finanzielle und industrielle Abhängigkeit von jenen beiden Staaten und besonders unter die finanzielle Botmäßigkeit der Londoner Börse. Überschuldet, übersteuert, mit stark passiver Handelsbilanz, mußte Japan bis zum Weltkrieg nach der englischen Pfeife, an der der englische Geldbeutel hing, tanzen. England konnte im Jahre 1911 sogar bei einer

Verlängerung des Bündnisvertrages eine Abänderung*) erreichen, durch die er für Japan seinen eigentlichen Wert verlor, indem er dieses in einem Falle im Stiche läßt, wo seine Lebensinteressen in Frage kommen: in einem möglichen Krieg mit den Vereinigten Staaten. Aber die Lösung des Bündnisses wäre für Japan gleichbedeutend mit dem Verzicht auf seine Großmachtstellung oder mit deren moralischer Vernichtung gewesen. Deshalb brauchte England im August 1914 auch nur mit dieser Lösung zu drohen, um in Japan einen gefügigen Helfer zum Zug gegen Kiautschou zu haben. Zu der Drohung aber fügte England auch noch die Bestechung und das Geld: 160 Millionen Dollar betrug der Judaslohn, um den Japan es auf sich nahm, dem schon von der halben Welt angegriffenen Deutschen Reich auch noch in den Rücken zu fallen. Der englisch-japanische Bündnisvertrag war freilich nur ein Vorwand, den man brauchte, um das allzu Unehrenhafte dieses Streiches einigermaßen zu verdecken, denn jener kam gar nicht in Frage. In Wahrheit dachte Japan, sein Ansehen in seinem östlichen Bereich durch eine leichte Vernichtung einer europäischen Großmacht stark zu erhöhen und sich ohne große Kosten in ein fertig bereitetes Nest zu setzen, das ihm eine Stufe sein sollte zu dem weiteren Ziel: der wirtschaftlichen Ausnutzung und Unterjochung Chinas und der Vorherrschaft in Ostasien. Es glaubte, das von allen Seiten angegriffene Deutschland werde in kurzer Zeit unter den vereinten Streichen seiner vielen Gegner zusammenbrechen und der Krieg in Bälde beendet sein. Gerade aber die Länge des Weltkrieges kam Japan in ungeahnter Weise zu statten. Es verdiente ungeheuere Gelder durch die Munitionslieferungen an Rußland. England unterstützte dabei Japan auf jede Weise, damit der schon fast von Deutschland vernichtete russische „Bundesgenosse" nochmals seine Kraft gegen den gemeinsamen, verhaßten deutschen Gegner zusammenfassen könne. So ward Japan finanziell, industriell und wirtschaftlich unabhängig von England. Gleichzeitig gewann es die Märkte nicht nur in Ostasien, sondern sogar teilweise auch in Australien und Südafrika, wo bisher die Engländer (und andere Europäer) den Handelsgewinn eingesteckt hatten. In Japans Interesse lag es, daß der Krieg sich möglichst in die Länge zog und beide Kriegsparteien schließlich in einen Zustand allgemeiner Erschöpfung gerieten. Es verdiente, verdiente ungeheuere Summen und trat im Osten immer mehr das Erbe Englands an, ohne fürchten zu müssen, daß der „Bundesgenosse" nach dem Weltkrieg den ihm entrissenen Besitz wieder zurückfordern könne. Aber so angenehm die Verlängerung des Krieges auch für Japan ist, sie hat doch auch eine große Schattenseite für das ostasiatische Inselreich: das ist die Erstarkung der amerikanischen Wehrmacht zu Wasser und zu Lande. Die Vereinigten Staaten haben ihre Flotte so gewaltig verstärkt und werden hiermit weiter fortfahren, daß sie mit diesen Vergrößerungen alles in

*) Es ist mehr als wahrscheinlich, daß damals zwischen Grey und dem japanischen Botschafter Kato ein geheimes Abkommen geschlossen wurde, wodurch Japan die Anwartschaft auf Kiautschou und die deutschen Besitzungen in der Südsee zugesichert erhielt.

den Schatten stellen werden, was selbst Deutschland und England in derselben Beziehung geleistet haben. Handelte es sich um die Vergrößerung der Seewehr allein, so könnte man auf den Gedanken kommen, sie geschehe zu dem Zweck, damit die Union sich in einem künftigen Kriege als unbeteiligter Staat nicht die Übergriffe der kriegführenden Staaten gefallen lassen müsse, wie sie solche jetzt von England hinnehmen mußte; oder auch zu dem Zwecke, um bei der Beendigung des Krieges und bei dem Friedensschlusse als „neutrale" Macht ein gewichtiges Wort mitsprechen zu können. Daß aber die Union nunmehr auch daran geht, sich ein Heer von etwa drei Millionen zu schaffen, geschieht nicht zur Sicherung gegen englische oder gar gegen deutsche Angriffe; die Spitze dieser Maßnahme kann sich vielmehr, ebenso wie die Befestigung Hawaiis, nur gegen Japan richten.

Daß es eines Tages zum offenen Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Japan kommen muß, ist ein offenes Geheimnis. Die amerikanischen Weststaaten haben sich der Überschwemmung durch japanische Einwanderer und der wirtschaftlichen Durchdringung Kaliforniens durch die „Gelben" nur durch scharfe Gesetze erwehren können, die aber das japanische Selbstbewußtsein tief verletzt haben. Dazu ist in Japan die imperialistische Richtung so ausgeprägt wie in keiner anderen Großmacht. Nicht nur wirft man dort begehrliche Blicke auf die Philippinen, sondern vor allem auch auf Mexiko, das an Petroleum so reiche Land. Je mehr das Petroleum für alle schiffahrtstreibenden Völker zum begehrtesten Gegenstand wird, um so heftiger muß auch zwischen den Vereinigten Staaten und Japan der Streit um den Besitz Mexikos entbrennen. Endlich schickt sich auch Japan an, den Vereinigten Staaten ebenso wie alle anderen weißen Mächten die „offene Tür" in China vor der Nase zuzuschlagen und damit die dort ganz besonders stark vorhandenen amerikanischen Interessen in empfindlichster Weise zu verletzen. Deshalb muß es einmal zu einer Auseinandersetzung zwischen Japan und der Union kommen. Die Frage ist nur die, ob Japan so lange warten wird, bis die Vereinigten Staaten zur See und zu Land mit ihren Rüstungen fertig sind, und bis der durch Erdrutsche zum großen Glück für Japan betriebsunfähig gewordene Panamakanal wieder hergestellt sein wird.

Japan, das bisher im großen und ganzen eine überaus geschickte Politik betrieben hat, wird, wenn es klug ist, den Zeitpunkt wählen, wo die Rüstungen der Vereinigten Staaten noch nicht allzu weit fortgeschritten sind, die Erschöpfung Englands durch den Weltkrieg aber stark genug geworden ist. Wäre uns die Rolle ganz klar, die England bei dieser Auseinandersetzung zugedacht ist, so würden sich vielleicht manche Dunkelheiten klären, die der von der Union während des Weltkrieges betriebenen europäischen und ostasiatischen Politik anheften.

Gustav Frenssen führt in seiner kleinen Schrift „Ein Brief" (Schriften zur Zeit und Geschichte, verlegt bei G. Grote, 1916) auf Seite 25 aus, es bestehe

seit längerer Zeit (1911) eine geheime Verabredung zwischen den Vereinigten Staaten und England, wonach zunächst Deutschland, dann aber Japan vernichtet werden sollte. Bei dem ersten Unternehmen sollte die Union England „mit allen Kräften", bei dem zweiten umgekehrt England den Vereinigten Staaten helfen. Bei den merkwürdigen Beweisen von „Neutralität", die wir von diesen während des Krieges erfahren haben, kann man jedenfalls mutmaßen, daß eine ähnliche Abmachung vorliegt; man wird jedoch die Worte Frenssens „mit allen Kräften" durch die Worte „in wohlwollender Neutralität" ersetzen müssen. Auch Freiherr von Mackay erwähnt geheime Abkommen, durch die England schon zur Zeit Tafts Washington in den Kreis seiner „unwritten liabilities" (ungeschriebenen Verpflichtungen) einbezogen habe, um Deutschland einzukreisen, wenn auch „leider über das Maß und die Form dieser Verpflichtungen vollkommenes Dunkel gebreitet" sei („Das Größere Deutschland", Heft 26 von 1915, Seite 917: „Japan und die Vereinigten Staaten"). Wenn diese Mutmaßungen der Wahrheit entsprechen — und so vieles, auch die ganze Wilsonsche Friedenspolitik*) spricht für ihre Richtigkeit —, so wäre es vom englisch-amerikanischen Standpunkt aus die größte Ironie der Weltgeschichte, von dem deutsch-japanischen Gesichtspunkt aus aber die furchtbarste Tragik, daß sich zwei Staaten während dieses Krieges bekämpfen, die nacheinander von demselben Gegner abgeschlachtet werden sollen.

Wir dürfen wohl sagen, daß der Weltkrieg längst zu unseren Gunsten entschieden wäre, wenn Japan statt gegen, mit uns gegangen wäre. Ihm aber wäre dann Ostsibirien mühelos in den Schoß gefallen und die ganze Mandschurei und Mongolei selbstverständlich noch dazu. Auch wenn Japan bloß neutral geblieben wäre, hätte sich vieles anders und günstiger für uns gestaltet; Japan aber hätte in diesem Falle große Vorteile für sich jederzeit von den Ententestaaten durch die Drohung erzwingen können, es werde tätig auf unserer Seite in den Krieg eingreifen. Hätte Japan mit einer längeren Dauer des Krieges von vornherein gerechnet, so hätte es auch wohl diesen Weg gewählt.

Ob eine Verständigung zwischen Japan und Deutschland möglich war? Graf Reventlow führt in der dritten Auflage seines Werkes „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914" (Seite 469 und 470) aus, der 1913/1914 in Berlin weilende japanische Botschafter Sugimura sei besonders zu dem Zweck dorthin geschickt worden, um nähere Beziehungen zwischen Japan und dem Deutschen Reich herbeizuführen; er hätte hieraus auch kein Hehl gemacht, aber

*) Nachdem in dem Weltkrieg ein Keil zwischen Japan und Deutschland getrieben worden ist, mag es Nordamerika — auch aus anderen Gründen — nicht so sehr darauf ankommen, daß Deutschland völlig auf die Knie gezwungen wird, als vielmehr darauf, daß sich England nicht völlig erschöpft. Diese Gefahr von England abzuwenden, erheischt nicht nur das Interesse der amerikanischen Gläubiger gegenüber dem ihm stark verschuldeten England, sondern auch vor allem das Interesse des amerikanischen Staates wegen der England bei der Auseinandersetzung mit Japan zugedachten Rolle. Wilson schätzt die Erschöpfung Englands vielleicht schon heute richtiger ein, als dessen verantwortliche Staatsmänner es selbst tun.

auf deutscher Seite kein genügendes Entgegenkommen — mit Rücksicht auf unsere Beziehungen zu England (und Nordamerika) — gefunden. Nachdem der Reichskanzler im Reichstage ausdrücklich erklärt hat, ein Bündnisantrag sei niemals von Japan an uns gestellt worden, wird man Graf Reventlow nur darin Recht geben können, daß bei Japan die Neigung bestand, in nähere Beziehungen zu uns zu treten, daß wir uns aber von vornherein ablehnend verhielten, so daß sich Japan mit einer deutlicheren Annäherung gar nicht erst hervorwagte. Jedenfalls erwähnt auch Professor K. Alberti (in der Zeitschrift „Handel und Industrie", München 1915, unterm 13. Februar) in einem Aufsatz „Mußte Tsingtau fallen?", bei den Übergabeverhandlungen in Tsingtau hätten hochgestellte Japaner dem Gouverneur Meyer-Waldeck versichert, wenn Deutschland Japan die Zinsgarantie für dessen Schuld an England angeboten und es so aus den Händen Englands befreit hätte, wäre Tsingtau noch heute deutsch; dem deutschen Botschafter in Tokio sei auch dieser Ausweg deutlich genug gezeigt worden, er habe ihn aber nicht verstanden oder nicht verstehen wollen.

Wenn diese in der Vergangenheit liegenden Begebenheiten hier erwähnt werden, so geschieht es nicht, um Kritik zu üben, sondern um Richtlinien für die Frage zu gewinnen, wie sich in Zukunft unser Verhältnis zu Japan gestalten soll. Besondere Berücksichtigung verdient das Verhalten, das die Japaner nach der Eroberung Tsingtaus und später gezeigt haben.

Die heldenmütige Verteidigung Tsingtaus durch die schwache deutsche Besatzung hat auf die Japaner, die für das Heldenhafte mehr als alle anderen Völker empfänglich sind, großen Eindruck gemacht. Sie haben die Gräber der dort gefallenen Deutschen mit der Bezeichnung „Heldengrab" versehen, die deutschen Kriegsgefangenen im allgemeinen höflich und zuvorkommend behandelt, dagegen England, der britischen Flotte, dem englischen Heere und ihren „Erfolgen" im Weltkriege gegenüber eine Verachtung an den Tag gelegt, die alles übersteigt, was sich England jemals von einer fremden Macht gefallen lassen mußte. In den japanischen Zeitungen und Zeitschriften, die trotz der englischen Hetzpresse die Kriegslage meist sehr objektiv behandeln, wird nicht nur laut und offen eine Kündigung des japanisch-englischen Bündnisvertrages gefordert, sondern sogar mit einem deutsch-japanischen Bündnis gegen England offen gedroht. Nicht nur die angesehene Monatsschrift „Dai Nippon" erörtert solche Vorschläge, auch in anderen japanischen Zeitungen findet man Wendungen wie die folgende: „Heute versorgt Amerika die Alliierten mit Waffen und Munition gegen Deutschland; vielleicht kommt einmal der Tag, da Deutschland uns gegen die Vereinigten Staaten und Australien versorgt" („Frankf. Zeitung", Abendblatt vom 7. Januar 1916). Der Gegensatz zwischen Japan und den Vereinigten Staaten hat sich im Weltkrieg weiter verschärft, der zwischen ihm und England ist sogar seit der Eroberung Tsingtaus ins Ungemessene gewachsen. Zwischen Japan und den britischen Dominien Australien und Britisch Kolumbien bestehen dieselben Streitigkeiten wie zwischen jenem und den Vereinigten Staaten,

Australien gegenüber sogar in verschärftem Maße. Japan hat die Schwäche der europäischen Staaten dazu benutzt, um sich bedeutende wirtschaftliche Zugeständnisse von China zusichern zu lassen, die aufs Empfindlichste die Rechte Englands in dessen Interessensphäre, dem reichen Yangtse-Tale, bedrohen. Da zu alledem noch die schon erwähnte Verdrängung der Engländer im Osten durch die japanischen Kaufleute kommt, und die Japaner sogar schon begehrliche Blicke auf Ostindien werfen, wo sie eine überaus rührige Werbearbeit entfaltet haben, so kann man sich leicht denken, wie sich das Verhältnis zwischen den beiden „Bundesgenossen" in letzter Zeit gestaltet hat. England, das den Krieg begann, um seinen stärksten Konkurrenten auf dem Weltmarkte, Deutschland, zu verdrängen und auszuschalten, hat — ohne dieses Ziel zu erreichen — es zulassen müssen, daß ihm in Japan und in der Union zwei weitere, zum Teil noch gefährlichere Nebenbuhler auf dem Weltmarkte entstanden sind. Dabei hat es politisch seinen Einfluß und sein Ansehen in Ostasien völlig eingebüßt. Japan hat sich im Sommer 1916 eine Rückendeckung durch das von ihm mit Rußland geschlossene Bündnis geschaffen. Mit diesem Bündnis, das sich seiner Natur nach vorwiegend gegen England richtet, kann jeder japanische Staatsmann es jederzeit wagen, das Bündnis mit England zu kündigen. So groß aber anscheinend eben die Freundschaft zwischen Rußland und Japan ist, so ist es doch fraglich, ob sie den Krieg lange überdauern wird. Rußland hat notgedrungen Japan allzu viele Vorteile einräumen müssen, die es im Falle eines Sieges kaum gelten lassen würde. Beide Mächte mit ihrem ungeheueren Expansionsdrang haben zu viele Reibungsflächen in der Mandschurei und Mongolei. Vor allem aber haben die Japaner, teilweise auch die Chinesen das Reich des Zaren bis weit in das Innere Rußlands hinein derartig mit gelben Arbeitern überschwemmt, daß die russischen Zeitungen voll Sorge darauf hinweisen, wie sie nach dem Kriege diese heute notwendigen Gäste wieder loswerden sollen. Bliebe die Entente Sieger im Weltkrieg, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß sie bald nach dessen Beendigung — zusammen mit der Union — Japan den Stuhl vor die Türe setzte. Japan würde es dann aufs bitterste zu bereuen haben, daß es den Entente-Staaten Helfersdienste gegen Deutschland und Österreich-Ungarn geleistet hat, gegen die Großmächte, die keine Reibungsflächen mit ihm gemein haben. Geht aber Deutschland, wie wir zuversichtlich hoffen, als Sieger, oder auch nur unbesiegt aus dem Weltkrieg hervor, so wird Japan erst recht alle Ursache haben, sich wieder mit uns auf guten Fuß zu stellen. Wir aber werden — eingedenk des an die Spitze dieses Aufsatzes gestellten Hartmannschen Wortes — eine Annäherung Japans an uns nicht zurückzuweisen brauchen. Wir werden uns sagen müssen, daß zwischen Japan einerseits und England und Rußland anderseits viele Reibungsflächen und Konfliktsstoffe vorhanden sind, daß diese beiden Staaten also natürliche Gegner Japans sind und auch unsere natürlichen Gegner bleiben werden (vgl. Fürst von Bülow, „Deutsche Politik" S. XII). So sehr uns daher die

natürliche Sachlage auf ein näheres Verhältnis zu Japan für die Zukunft hinweist, so darf man einen Punkt doch nicht unbetont lassen: wir müssen Japan gegenüber darauf bestehen, daß es uns eine moralische Genugtuung für Tsingtau gewährt; sonst ist unser Ansehen in China für alle Zeiten herabgewürdigt. Ferner ist, falls uns Kiautschou und die andern von Japan besetzten ehemals deutschen Gebiete nicht zurückgegeben werden, eine gleichwertige Kompensation zu bieten, die aber nicht auf Kosten Chinas erfolgen darf.*) Da sie aus der Haut unserer Feinde geschnitten werden muß, wird man in erster Linie an die französische Musterkolonie Indochina denken dürfen, für das wir schon einen Teil des von uns besetzten nordfranzösischen Gebietes räumen können. Der in Japan mit amtlicher Unterstützung begründete Bund „für die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Japan und Deutschland" sollte sich vor allem diese beiden Bedingungen merken und für sie eintreten. Das neue in Japan am Ruder befindliche Ministerium Terautschi, dem der Englandknecht Kato nicht mehr angehört, wird eher für sie gewinnen zu sein als das frühere Ministerium Okuma.

Wir Deutschen aber müssen uns vor allem hüten, unsere Beziehungen zu Japan durch die parteipolitische Brille zu sehen oder durch Rassengegensätze trüben zu lassen. Wenn z. B. Rudolph Goldscheid in seiner Schrift „Deutschlands größte Gefahr" diese im nahen und fernen Osten dämmern sieht, und deshalb einen Zusammenschluß der demokratischen Westmächte, einschließlich eines demokratischer gewordenen Deutschlands und der Union, gegen die reaktionären Oststaaten Rußland und Japan empfiehlt, so muß hiergegen folgendes bemerkt werden: ein solches Bündnis wäre für uns die richtige societas leonina; denn die beiden anderen Bundesgenossen würden stets gegen uns zusammenhalten, uns gegen Rußland und Japan benützen und uns, wenn es darauf ankäme, zuletzt doch im Stiche lassen. Die so oft an die Wand gemalte „gelbe Gefahr" ist wirtschaftlich in Wirklichkeit weit geringer, als man gewöhnlich annimmt (Vgl. Rathgen, „Die Japaner in der Weltwirtschaft", B. G. Teubner. 1911, Kap. 6 und 7). In politischer Hinsicht haben wir sie nicht zu fürchten, sondern die Vereinigten Staaten, England und Rußland. Wenn manche Deutsche schon jetzt die Gefahr der Bildung eines großmongolischen Reiches sehen, das sich nach der Eroberung des asiatischen Rußlands dereinst auf Europa stürzen könne, so unterschätzt man, welch gewaltiger Bissen das ungeheure russische Reich auch für eine mongolische Weltmacht wäre. Für uns liegt nach dem bekannten Hindenburgschen Worte allerdings in Zukunft die Gefahr im Osten, nämlich in dem wiederholten Angriff eines ungeschwächten Rußlands. Wenn dieses sich später selbst gegen den fernen Osten verteidigen müßte und nicht seine ganze Stoßkraft, wie jetzt im Weltkriege, gegen uns entfalten könnte, so dürfte uns dieses doch nur recht sein.

*) Über unsere Verpflichtung gegenüber China vgl. auch den Aufsatz: „Wir und die Chinesen" von Dr. Max Linde, Grenzboten Nr. 34, 1916.

Umgekehrt findet man in rechtsstehenden deutschen Blättern häufig den Vorschlag, wir sollten alsbald zu einem Sonderfrieden und einem näheren Verhältnis zu Rußland und Japan zu kommen suchen, weil England „der Feind" sei und in Zukunft auch bleiben werde, ferner auch der Zusammenschluß der drei östlichen Militärmonarchien gegenüber dem demokratischen Westen der natürlichen Sachlage entspreche. Ein solches späteres Zusammengehen liegt zwar nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit. Aber auch hier müßten wir Acht geben, daß wir nicht, durch die beiden anderen Mächte und ihre asiatische skrupellose Schläue betrogen, zuletzt als der dumme Dritte dastünden; auch hier müßten wir darauf bestehen, daß Chinas Gebiet unverletzt und die „offene Türe dortselbst gewahrt würde" (wobei sich unsere Interessen viel mehr mit denen der Vereinigten Staaten als mit denen aller anderen Mächte decken). Vor allem aber wäre die Voraussetzung für ein künftiges näheres Verhältnis mit Rußland die, daß es zunächst durch Ablösung einiger Teile im Westen empfindlich geschwächt würde, und daß es seinen Ansprüchen auf Konstantinopel und die Dardanellen entsagt. Unsere künftige politische Aufgabe wird vor allem im Ausbau der Beziehungen zu unseren heutigen Verbündeten liegen. Soweit sich andere Bündnisse diesen zweckmäßig eingliedern lassen, können wir sie suchen oder an uns herankommen lassen. Wir werden aber vielleicht mehr die zwischen unseren heutigen Feinden bestehenden natürlichen Gegensätze durch die Kunst unserer Diplomatie noch zu vertiefen, als den einen oder anderen von ihnen möglichst bald zum Bundesgenossen zu werben suchen.

Das Verhältnis zu unseren heutigen Verbündeten hat uns gelehrt, daß Gegensätze der Rasse und Religion keine Rolle spielen, wenn die politischen und wirtschaftlichen Interessen zweier Staaten nach der gleichen Richtung weisen und sie zueinander hinführen. Da die Solidarität, das Gemeinschaftsgefühl der weißen Rasse in diesem Kriege in die Brüche gegangen ist, so wird der Umstand, daß die Japaner einer anderen Rasse wie wir angehören, später kein Hinderungsgrund für uns sein, mit ihnen in ein näheres Verhältnis zu treten, wenn nur realpolitische Erwägungen uns auf ein solches hinweisen. Auch in dieser Beziehung muß des Kanzlers Wort gelten, daß wir in dem großen Kriege „die Sentimentalität verlernt" haben.

Aus Litauens Vergangenheit zu Litauens Zukunft

Von Professor Dr. Conrad Bornhak

Wiederherstellung Polens, aber innerhalb der Grenzen von 1772, also vor der ersten polnischen Teilung, das war seit Menschenaltern polnische Forderung. Sehen wir uns dieses Polen etwas näher an, so umfaßte es außer Kongreß-Polen auf der deutschen Seite Posen und Westpreußen mit Ermeland, auf der österreichischen Galizien, auf der russischen außer dem Lehnsherzogtum Kurland auch das ganze jetzt sogenannte Westrußland bis vor die Tore von Kiew und Smolensk. Blättern wir im geschichtlichen Atlas etwas zurück, etwa zu 1519, so geht die polnische Grenze im Südosten sogar noch viel weiter bis jenseit des Dnjepr, aber alles Land östlich einer Linie etwa von Lyck nach Lemberg und Halicz heißt Großfürstentum Litauen. Und noch etwas früher auf einer Karte zur Zeit Kaiser Karls des Vierten geht die Ostgrenze des polnischen Reiches überhaupt auf dieser Linie und jenseit liegt das selbständige litauische Staatswesen. Diese alte polnische Reichsgrenze ist abgesehen davon, daß sie jenseit des San stark in ruthenisches Volksgebiet übergreift, bis auf den heutigen Tag auch die des polnischen Volkstums. Dieser Rückblick zeigt uns: der größte Teil dessen, was die Polen als das Polen von 1772 beanspruchen, war gar nicht polnisch, sondern litauisch. Und wenn das polnische Dankschreiben an den deutschen Kaiser hervorhebt, zwei Städte seien vor allem dem polnischen Herzen teuer, Warschau und Wilna, so hat Wilna zwar vor den polnischen Teilungen zum polnischen Reiche gehört, aber es ist die Hauptstadt von Litauen.

Die Litauer bilden mit den Letten und den jetzt ausgestorbenen alten Preußen einen besonderen indogermanischen Stamm, der sprachlich zwischen Germanen und Slawen steht, aber mehr zu den Slawen hinneigt. Die Letten bewohnen Kurland und die südliche Hälfte Livlands einschließlich des Zwickels nördlich von Dünaburg (sog. Polnisch-Livland) und sind mit Ausnahme der Katholiken von Polnisch-Livland seit der Reformation evangelisch. Die Litauer sitzen in dem Winkel zwischen Kurland und Ostpreußen östlich bis zur Linie Dünaburg-Wilna, südlich bis Suwalki, im Gebiete der Memel greifen sie auch nach Ostpreußen über bis an das Kurische Haff. Sie sind durchweg katholisch, nur in Ostpreußen evangelisch. Die staatliche Zugehörigkeit im Reformationszeitalter hat auch hier über das Bekenntnis entschieden. Die

lettische Mundart ist abgeschliffener, die litauische hat einen höchst altertümlichen Charakter und ist deshalb eine Fundgrube für Sprachforscher. Eine besondere Literatur haben, abgesehen von Volksliedern, beide Sprachzweige nicht hervorgebracht. Nach den letzten statistischen Angaben von 1910 gab es in Preußen 106 000 Menschen mit litauischer Muttersprache, 9000 sprachen deutsch und litauisch, Rußland zählte drei Millionen Litauer und Letten, die sich beinahe gleichmäßig auf Letten und Litauer verteilen dürften, vielleicht mit einem kleinen Übergewicht der letzteren.

Das eigentliche Litauen ist das am spätesten zum Christentum bekehrte Land Europas.

Polen und Rußland waren etwa um das Jahr 1000 christlich geworden, die baltischen Provinzen bis etwa 1255, Preußen bis etwa 1283. Von allen Seiten drängte das Christentum auf den letzten heidnischen Winkel zwischen Preußen, Kurland und Niemen, vom Osten in der griechischen Form, die Rußland angenommen hatte, von allen anderen Seiten in der Form der römisch-katholischen Kirche. Endlich in der Zeit von 1386 bis 1417 gelang auch die Bekehrung des letzten europäischen Heidenlandes, und zwar war es die Kirche von Rom und nicht von Konstantinopel, der die Litauer sich zuwandten und mit Ausnahme der evangelischen Litauer in Ostpreußen bis auf den heutigen Tag treu geblieben sind.

Während die Litauer anfangs gleich den alten Deutschen in einzelnen Stämmen unter Fürsten lebten, brachte die kriegerische Bewegung von deutscher wie von russischer Seite den bisher voneinander unabhängigen Stämmen die staatliche Einheit. Mindowe, der Sohn Ringolds, einer der Fürsten, unterwarf sich 1250 als Großfürst das ganze Land und auch schon Teile des benachbarten russischen Gebietes von Polozk, Witebsk und Smolensk. Um einen Rückhalt gegen die russischen und polnischen Fürsten zu finden, ließ er sich 1251 taufen, trat dem deutschen Orden Samaiten und Schalauen ab und soll ihm sogar im Falle kinderlosen Absterbens sein ganzes Land versprochen haben. Papst Innocenz der Vierte war über das neue Schäflein seiner Herde hoch erfreut und ließ ihn durch den Bischof von Kulm zum Könige krönen. Doch die Freude dauerte nicht lange. Da die abgetretenen Gebiete sich gegen den Orden empörten und dieser auch sonst in Schwierigkeit geriet, fiel Mindowe 1262 vom Christentum wieder ab und begann im Bunde mit dem russischen Fürsten Alexander Newski den Kampf gegen den Orden. Bald darauf wurde er infolge einer Verschwörung litauischer und russischer Fürsten ermordet, und Litauen zerfiel wieder in einzelne Herrschaften unter verschiedenen Häuptlingen.

Doch aus dem Lehnsadel, den Mindowe durch Einführung des Lehnssystems herangebildet hatte, erstand zwischen 1282 und 1291 ein neues Herrschergeschlecht. Der erste Fürst aus ihm war Lutuwer, ihm folgte 1293 sein Sohn Witen und diesem ein zweiter Sohn Gedimin (1316—1341). Sie haben die

Macht Litauens begründet und durch immer weitere Unterwerfungen russischer Teilfürstentümer eine litauische Großmacht geschaffen. Damit gelang es ihnen, das weitere Vordringen des deutschen Ordens zum Stehen zu bringen. Der beinahe bis zum Meere vordringende Keil zwischen Ostpreußen und Kurland wurde dadurch dauernd behauptet. Daraus ergab sich die weitere folgenschwere Erscheinung, daß der Bauernstand in den baltischen Provinzen im Gegensatze zu Ritterschaft und Bürgern bis auf den heutigen Tag fremdstämmig blieb, da der deutsche Bauer jener Zeit niemals zu Schiff, sondern im Wagen eine neue Heimat suchte.

Es waren wesentlich die unterworfenen Russen, die diese kriegerische Entwicklung Litauens und seine Kämpfe mit dem deutschen Orden ermöglichten. Das Reich Gedimins erstreckte sich im Westen ungefähr bis zur heutigen östlichen Sprachgrenze des Polentums, griff also noch nach dem seit 1815 sogenannten Kongreßpolen an dessen nordöstlicher und südöstlicher Ecke hinüber. Dagegen umfaßte es im Osten ganz Westrußland bis vor die Tore von Smolensk und einen Teil von Kleinrußland, so daß Tschernigow und Kiew litauische Städte waren.

Aus politischen Gründen, um dem deutschen Orden den Vorwand des Glaubenskrieges zu entziehen, liebäugelte Gedimin auch wieder einmal mit dem Gedanken der Annahme des Christentums und trat in Beziehungen zu Papst Johann dem Zweiundzwanzigsten. Tatsächlich dachte Gedimin gar nicht an den Übertritt und nahm auch seine früheren Erklärungen zurück, da er seinen politischen Zweck, die Preisgabe des Ordens seitens des Papstes, nicht erreichte. Doch übte er weitgehende Duldung. Das abendländische Christentum wurde ebensowenig verfolgt wie das griechische, zu dem die ehemals russischen Gebiete gehörten. Nur das eigentliche litauische Stammland blieb heidnisch.

Auf Gedimin folgten seine Söhne, von denen sich aber nur zwei, Olgerd und Kestuit, behaupteten. Bei der endgültigen Zweiteilung erhielt Kestuit die eigentlich litauischen, Olgerd die russischen Gebiete, die als die wertvolleren galten, unter Anerkennung der oberherrlichen Stellung Olgerds. Wir dürfen uns das Verhältnis wohl ungefähr so denken wie eine Teilung des fränkischen Reiches in Austrasien und Neustrien, wobei Neustrien als das Land alter Kultur wertvoller erschien, obgleich nur der größte Teil des Kriegsadels fränkischen Stammes war. Kestuit war der eigentliche Kämpfer gegen den deutschen Orden und verhinderte endgültig die Landverbindung Preußens mit den baltischen Provinzen. Olgerd wandte sich mehr nach Osten. Im Kampfe mit den Tartaren unterwarf er das ganze Dnjestr-Becken bis zum unteren Laufe des Dnjepr. Wenn die Polen von einem Reiche vom Meere zum Meere träumen, so handelt es sich dabei, soweit das Schwarze Meer in Betracht kommt, um alte litauische Eroberungen. Im Kampfe mit den Polen behauptete er Wolhynien. Im Jahre 1377 starb Olgerd.

Olgerd hatte mehrere Söhne hinterlassen, unter denen er den ältesten, Jagiello, zum obersten Herzog von Litauen bestimmte. Obgleich Kestuit diese Bestimmung anerkannte, strebte Jagiello nach mehr. Indem er in verräterische Beziehungen zu dem deutschen Orden trat, gelang es ihm mit dessen Hilfe, sich der alten litauischen Landeshauptstadt Wilna zu bemächtigen. Durch Verrat kamen auch sein greiser Oheim Kestuit und dessen Sohn Witold, sein Jugendfreund, in seine Gewalt. Kestuit wurde im Gefängnisse erdrosselt, während Witold entkam.

Aber bald wandte sich Jagiello gegen das Ordensland, das er schrecklich verwüstete. Doch sah er trotz der Einnahme von Marienwerder ein, daß es ihm nicht gelingen werde, mit diesem Feinde fertig zu werden. Er trat daher in Beziehungen zu Polen. Hier war nach dem 1382 erfolgten Tode König Ludwigs von Ungarn und Polen aus dem Hause Anjou seine Tochter Hedwig von den Großen zur Königin erwählt worden und erschien, obwohl sie bereits mit Wilhelm von Österreich verlobt war, als die geeignete Gemahlin Jagiellos. Doch dieser mußte römisch-katholischer Christ werden. Das machte auch keine weiteren Schwierigkeiten. Obgleich der größte Teil der litauischen Untertanen infolge der russischen Stammeszugehörigkeit griechisch-katholisch war, und daher das griechische Christentum die größte Aussicht zu haben schien, auch die Litauer zu gewinnen, wurde infolge der Taufe und Ehe Jagiellos, der bei der Taufe den polnischen Namen Wladislaw erhielt, der litauische Stamm, der letzte Heidenwinkel zwischen Ostpreußen und Kurland, römisch-katholisch. Am 15. Februar 1386 wurde Wladislaw Jagiello zu Krakau getauft, drei Tage später mit der Königin Hedwig getraut und am 4. März 1386 als Wladislaw der Vierte zum Könige von Polen gekrönt.

Polen und Litauen waren damit in Personalunion verbunden, wenn es außer Wladislaw Jagiello als Großfürsten in Litauen auch noch andere Teilfürsten gab. Doch 1392 belehnte er seinen Vetter Witold mit Litauen, über das er doch immerhin eine gewisse Oberherrlichkeit behauptete.

Nun konnte sich die vereinigte Macht beider Staaten gegen den Orden in Preußen wenden, dessen Kampf gegen Litauen nicht mehr durch religiöse Gründe gerechtfertigt war. In der Schlacht bei Tannenberg von 1410, die die Polen immer als ihren Sieg über das Deutschtum gefeiert haben, unterlag der Orden unter dem Hochmeister Ulrich von Jungingen weniger den polnischen als den litauisch-russischen Streitkräften. Doch der Verteidiger der Marienburg, Heinrich von Plauen, bald darauf zum Hochmeister erwählt, rettete den Orden noch einmal. Der Thorner Friede von 1411 wurde auf der Grundlage des Besitzstandes vor dem Kriege abgeschlossen, wenn der Orden auch 100000 Schock Groschen zur Auslösung der Gefangenen zahlen mußte.

Der gemeinsame Sieg auf dem Schlachtfelde hatte die engste Verschmelzung Litauens mit Polen zur weiteren Folge. Zu Hrodlo am Bug kamen im Oktober 1413 die polnischen und litauischen Großen zu einer gemeinsamen

Reichsversammlung zusammen. Der litauische Adel wurde dabei dem polnischem gleichgestellt und in dessen Gemeinschaft aufgenommen, die griechisch-katholischen Russen dagegen, die im heidnischen Litauerstaate Gleichberechtigung genossen hatten, von allen Ämtern und sonstigen öffentlichen Rechten ausgeschlossen. Damit beginnt die allmähliche Aufsaugung Litauens durch Polen, indem der herrschende Adel Litauens, von Polens höherer Kultur überwältigt, sich mehr und mehr als polnisch fühlte.

Nachdem Witold 1430 achtzigjährig gestorben war, wählten die litauischen und russischen Herren den Bruder Jagiellos, Switrigail, zu ihrem Großfürsten und Jagiello mußte ihn bestätigen. Doch schon zwei Jahre später erlag er einer Verschwörung der katholischen litauischen Bojaren und wurde durch Witolds Sohn Sigismund ersetzt, den Jagiello wiederum belehnte. Es war ein neuer entschiedener Sieg des Polentums über die Selbständigkeit Litauens. Denn Sigismund, der Litauen nur auf Lebenszeit als Lehen empfing, mußte sich dafür gegenüber dem polnischen Könige nicht nur zur beständigen Heeresfolge, sondern auch zur Abtretung von Podolien und der Hälfte Wolhyniens an Polen verpflichten. Klein-Polen, das polnische Gebiet östlich der Pilica, bisher in der Tat der kleinere Teil des polnischen Reiches, dehnte sich damit über die weiten, bisher litauischen Gebiete des Südostens aus und wurde größer wie Groß-Polen. Bald darauf, 1433, wurde auch die Moldau polnisches Lehen, nachdem Polen durch die litauischen Abtretungen den Zugang dazu erlangt hatte.

Im Jahre 1434 starb Wladislaw Jagiello sechsundachtzigjährig nach achtundvierzigjähriger Regierung. Er hatte an sein Geschlecht, das nun als das der Jagellonen bezeichnet wurde, die polnische Krone gebracht, aber dafür sein bis dahin aufstrebendes litauisches Vaterland als Untertanenland an Polen gekettet.

Erst von seiner vierten Gemahlin hatte Wladislaw Jagiello zwei bei seinem Tode noch minderjährige Söhne, denen er den Bischof von Krakau, Zbigniew Olesnicki, zum Vormunde gesetzt hatte. Der älteste folgte ihm durch Wahl des Adels als Wladislaw der Fünfte und wurde sechzehnjährig (1440) auch zum Könige von Ungarn gewählt, verlor aber schon 1444 in der Schlacht bei Varna beide Kronen und das Leben im Kampfe gegen die Türken.

Inzwischen hatte Sigismunds Herrlichkeit in Litauen nicht lange gedauert. Im Jahre 1440 wurde er von dem Fürsten Czartoryski ermordet. An seine Stelle trat der zweite Sohn Jagiellos, Kasimir. Da dieser nach dem Tode seines Bruders Wladislaw auch auf den polnischen Thron erhoben wurde, waren Polen und Litauen wieder unter einem Herrscher vereinigt. Bald darauf leistete ihm auch der Woiwode Peter von der Moldau den Vasalleneid. Nun konnte sich die vereinigte polnisch-litauische Macht noch einmal gegen den Deutschen Orden wenden. Jetzt gelang die endgültige Zertrümmerung der Ordensmacht im Bunde mit den aufsässigen preußischen Ständen. Im ewigen Frieden von

Thorn von 1466 mußte der Orden Westpreußen und das Ermeland an Polen abtreten und für das ihm verbliebene Ostpreußen die polnische Lehnsherrlichkeit anerkennen.

Doch noch einmal gingen nach dem Tode Kasimirs des Vierten 1492 Polen und Litauen auseinander. Es war der letzte Versuch der Litauer, ihre Selbständigkeit zu behaupten. Schleunigst trat ein litauischer Reichstag in Wilna zusammen und wählte Kasimirs dritten Sohn Alexander zum Großfürsten von Litauen. Doch es schien, als käme Litauen aus dem verhängnisvollen Strudel, der es zu Polen zog, nicht mehr heraus. Zum Danke mußte der neue Großfürst dem litauischen Adel alle Privilegien bestätigen, welche der polnische genoß, und damit die übrigen Stände zur Rechtlosigkeit, die Krone zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken. Die Polen waren zwar über die Eigenmächtigkeit der Litauer empört. Doch widersprach es ihrem Selbstbewußtsein, die Vereinigung etwa durch die Wahl Alexanders zum polnischen König aufrecht zu erhalten. So wählten sie den zweiten Sohn Kasimirs, Johann Albrecht, zum polnischen Könige. Die beiden Länder waren wieder getrennt.

Doch nicht auf lange. Als Johann Albrecht 1501 gestorben war, wurde Alexander auch zum Könige von Polen gewählt, und nunmehr blieb die Verbindung dauernd bestehen. Doch es war nicht mehr bloße Personalunion, die durch verschiedene Thronfolge wieder auseinandergehen konnte. Durch die Unionsakte vom 28. Oktober 1501 wurde die ewige und unlösbare Verbindung beider Staaten unter einem Könige ausgesprochen, der gemeinsam auf einem Wahlreichstage zu wählen sei. Die Bischöfe, Palatine und Kastellane des Großfürstentums werden in den königlichen Rat gezogen, und die Stände beider Staaten gewährleisten sich wechselseitig ihre Rechte. Die Verbindung wurde auch vom König Alexander anerkannt. Jeder künftige König sollte dazu in einer gemeinsamen Bestätigungsurkunde verpflichtet sein.

Noch einmal versuchten die Litauer nach dem Tode des Königs Alexander 1506 selbständig aufzutreten und wählten auf einem Wahlreichstage zu Wilna seinen jüngsten Bruder Sigismund zum Großfürsten von Litauen. Doch diesmal beeilten sich die Polen trotz des litauischen Vertragsbruches, dem Beispiele zu folgen und wählten den litauischen Großfürsten auch zum polnischen Könige. Seine zweiundvierzigjährige Regierung machte das Band zwischen den beiden Staaten so enge, daß es nicht mehr gelöst werden konnte. Die Litauer haben sich keinen eigenen Großfürsten wieder gewählt. Nach dem Tode Sigismunds des Ersten im Jahre 1548 bestieg sein Sohn Sigismund der Zweite den Thron. Mit ihm erlosch das Geschlecht der Jagellonen, durch das Litauen mit Polen verbunden war. Doch trotz des Erlöschens der Jagellonen und, indem Polen reines Wahlreich wurde, blieb die Verschmelzung bestehen.

Inzwischen hatte nämlich der polnische Reichstag zu Lublin von 1569 durch eine förmliche Union unter Billigung des Königs der litauischen Selbständigkeit ein Ende gemacht. Die reichsten Provinzen Litauens, Podlachien

und Wolhynien, das damals noch Kiew umfaßte, wurden förmlich dem polnischen Reiche einverleibt. Dann wurde man mit dem Reste Litauens fertig, indem die Vertreter Litauens schließlich unter Tränen die Entscheidung dem König anheimstellten. Beide Staaten hatten jetzt nicht nur notwendig denselben Herrscher, der in einer einheitlichen Wahlhandlung gewählt wurde, sondern auch einen gemeinsamen Senat und Reichstag, sie waren zu einem Staate verschmolzen. Doch sollte seit 1673 jeder dritte Reichstag auf litauischem Boden zu Grodno gehalten werden.

Gelungen war den Polen die Verschmelzung gegen den Willen der Litauer, indem sie die größere monarchische Gewalt, die ihr Herrscher als Großfürst von Litauen besaß, zur Unterdrückung Litauens benutzten und dann diese monarchische Gewalt durch Gleichstellung des litauischen Adels mit dem polnischen und durch Einverleibung des litauischen Staatswesens in das polnische auch für Litauen brachen.

Der litauische Adel fühlte sich sehr bald durch die ausgedehnten Adelsprivilegien in der polnischen Adelsrepublik als Teil des polnischen, so daß wir von einzelnen polnischen Adelsgeschlechtern, wie den Radziwill, allenfalls noch aus dem Gothaer Kalender erfahren, daß es sich um ursprünglich litauische Bojarengeschlechter handelt. Die Gemeinsamkeit des religiösen Bekenntnisses bei Polen und Litauern trug das ihre dazu bei, die Verschmelzung zu befördern. Die Gegenreformation wandte sich nach Unterdrückung des Protestantismus sehr bald gegen die griechisch-katholischen Weißrussen und Ruthenen, die durch Litauen an Polen gekommen und von den Litauern mit religiöser Duldung behandelt waren. Doch diese Verfolgung der sogenannten Dissidenten ließ die Litauer kalt, bot nur den Russen nach Erstarkung ihres Reiches Veranlassung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens. Neben Adel und Geistlichkeit hatten die übrigen Bevölkerungsklassen in der polnischen Adelsrepublik nichts zu besagen. Das Nationalitätsprinzip schlummerte noch in der Zukunft Schoße.

So teilte denn Litauen seit der Union von 1569 das Schicksal Polens, kam durch die polnischen Teilungen größtenteils an Rußland, nur mit einem Teile des von Preußen in der dritten Teilung erworbenen Neuostpreußens an Preußen, bis auch dieser Rest durch den Wiener Kongreß von 1815 an Kongreßpolen und damit an Rußland fiel.

Litauen hatte ein ähnliches Schicksal gehabt wie einige Zeit später Schottland. Indem das Herrscherhaus des kleineren Staates den Thron des größeren Nachbarstaates bestieg, wurde der kleinere Staat in eine immer engere Verbindung mit dem größeren hineingezogen und ihm schließlich einverleibt, so daß die Verbindung auch den Wechsel des Herrschergeschlechtes überdauerte. Während aber in Schottland wenigstens der größte Teil der Bevölkerung derselben angelsächsischen Nationalität angehörte wie in England, handelt es sich bei Polen und Litauen um ganz verschiedene Nationalitäten, die nur durch das Aufgehen des litauischen Adels in den polnischen und durch das gemeinsame religiöse Bekenntnis zusammengehalten wurden.

Wenn das alte Polenreich vor den Teilungen weit nach Osten bis vor die Tore von Smolensk und Kiew, früher sogar noch darüber hinaus und bis zum Schwarzen Meere reichte, so verdankt es diese weiten Gebiete des Ostens dem in Polen einverleibten litauischen Staatswesen, das außer dem eigentlichen Litauen sich große weißrussische und ruthenische Gebiete unterworfen hatte. Der eigentliche und ursprüngliche Polenstaat hat vor der Vereinigung mit Litauen nicht weiter gereicht als das polnische Volkstum, das heißt bis zu einer Linie, die sich etwa von der ostpreußischen Ecke bei Lyck hinter Lublin über San und Wislok zu den Karpathen erstreckt. Erst durch Litauen stieg Polen zur Großmacht empor und vermochte den Deutschen Orden zu besiegen. Durch Litauen wurde es aber auch aus einem Nationalstaate zu einem Nationalitätenstaate, in dem die Polen neben Deutschen, Letten, Litauern, Weißrussen und Ruthenen nur die Minderheit bildeten. Darin lag aber gleichzeitig ein Element der Schwäche und ein Grund des Unterganges. Denn nur der herrschende polnische Adel, der den litauischen in sich aufgenommen hatte, konnte das Polenreich zusammenhalten. Diese soziale Grundlage war aber gegenüber dem Anprall von außen zu schwach.

Das neue Königreich Polen, auf dessen Boden sich in der Zeit der Fremdherrschaft ein kräftiger Mittelstand und ein freier Bauernstand entwickelt hat, entsteht nicht wieder als Adelsrepublik. Deshalb kann es aber auch nicht Litauen umfassen, sonst würde der Gegensatz der Nationalitäten den neuen Staat sprengen.

Andererseits bildet Litauen das Bollwerk Ostpreußens gegen Rußland, die Verbindung zwischen dem deutschen Ostpreußen und dem deutschen Kurland. Wenn die vollständige Verdeutschung der baltischen Provinzen nicht mehr gelang, weil der Deutsche Orden den litauischen Winkel nicht besaß, so ist Litauen jetzt fest in deutscher Hand und muß es bleiben als notwendiges Band zwischen Ostpreußen und den baltischen Provinzen. Die Verbindung Litauens mit Polen kann nichts anderes mehr sein als eine geschichtliche Erinnerung.

Namenſchöpfung im Kriege

Von Profeſſor Dr. Hermann Tardel

Der lang andauernde Stellungskrieg hat zur Folge gehabt, daß ſich in dem von uns beſetzten Gebiet im Weſten und Oſten weitausgedehnte Befeſtigungslinien als Schutzwälle von bisher unbezwungener Widerſtandskraft erhoben haben. Die großen Schienenſtränge in der Heimat führen durch die Etappe in das außerordentlich weitmaſchige Netz der eigentlichen Feldſtellungen mit den zahlloſen Schanzen, Gräben und Unterſtänden aller Art. Um ſich in dieſen von Millionen bewohnten, über und unter der Erde liegenden Kriegs-Siedelungen überhaupt zurechtzufinden, bedarf es einer beſonderen Orts- und Wegebezeichnung, für die die bisherige, von der heimiſchen Bevölkerung herrührende bei weitem nicht ausreicht. Neue Namen zu ſchaffen iſt unbedingte Notwendigkeit, und da erſcheinen unſere Feldgrauen gleich den alten Römern am Rhein und Main als vortreffliche Namenſchöpfer. Da der Name ſtets einen Rückſchluß auf den Charakter des Namengebers geſtattet, ſo erhalten wir auch einen Einblick in die Weſens- und Gemütsart des deutſchen Soldaten und Offiziers. Zugleich bietet ſich die ſeltene Gelegenheit, die Entſtehung des Namens bald nach dem Entſtehen zu ſtudieren und die Ergebniſſe der wiſſenſchaftlichen Namenkunde dienſtbar zu machen. Allerdings iſt das zurzeit zugängliche Material noch recht gering, da ein Teil dieſer Namen unter den Begriff des militäriſchen Geheimniſſes fällt, immerhin laſſen ſich ſchon einige Grundzüge feſtlegen. Die folgenden Ausführungen beruhen auf gelegentlichen Mitteilungen von Kriegsteilnehmern, zerſtreuten Zeitungsnotizen und einzelnen Angaben in den bereits in Buchform vorliegenden Schriften.*)

So unbegrenzt auch die Möglichkeiten der Namenbildung naturgemäß ſind, es laſſen ſich doch ſchon drei allgemeine Geſichtspunkte erkennen. Die unmittelbare Beobachtung der umgebenden Natur, die Eindrücke der eigentlich militäriſchen Umwelt und die Erinnerung an die Heimat und das Leben im Frieden, das ſind die wichtigſten Ausgangspunkte der Namenſchöpfung. Dieſe primären

*) Verfaſſer bittet die Leſer um freundliche Mitteilung weiterer Namen und, wo nötig, ihrer Entſtehungsgeſchichte. Anſchrift: Profeſſor Dr. H. Tardel, Bremen, Altmannſtraße 16. — Ich verweiſe noch auf meinen früheren Aufſatz in der „Zeitſchrift für den deutſchen Unterricht", 29. Bd. (1915), Dezember-Heft [S. 778—786], wo auch die durch den Krieg in der Heimat veranlaßte Namengebung behandelt iſt.

Empfindungen und Vorstellungen verdichten sich im Einzelfall unter Verwertung des vorhandenen Sprach- und Formenschatzes zu bestimmten konkreten Wortgebilden, die den Namen ausmachen. Die Bildung erfolgt sowohl durch direkte dinggemäße wie auch durch vergleichsweise Bezeichnung, wobei die Hyperbel bevorzugt wird, und stellt nicht nur ein Sach- und Werturteil, sondern oft auch eine Gefühlsäußerung dar, die neben ernster Auffassung dem Humor, dem feineren wie dem gröberen, Raum gibt.

Angesichts einzelner Berge, Wälder oder Landstriche, die entweder nie einen Namen hatten oder deren Name, oft eine bloße Flur- oder Forstbezeichnung, nicht auf den Karten vermerkt ist oder wegen seiner fremden Sprachform sich nicht einprägt, liegt es nahe, aus der sich dem Auge darbietenden äußeren Gestalt einen Namen zu schaffen. Wenn eine Höhe, auf der zu Beginn des Stellungskampfes ein Kreuz stand, nunmehr einfach ein Kreuzberg heißt, so begnügt sich die Namengebung mit der Festlegung des Beobachteten. Wenn ein bewaldeter Berg wegen einer weithin sichtbaren kahlen Fläche der Fensterberg genannt wird, so liegt schon ein Vergleich vor. Wenn unsere Soldaten die vielumstrittene Höhe 199 in der Champagne Sargdeckel nennen wegen der steilen, langgestreckten und oben schräg abfallenden Form des Berges, so finden wir nicht nur einen treffend gewählten Vergleich, sondern auch eine tiefernste Vorstellung darin ausgedrückt. Ähnlich liegt es, wenn gefährdete Talstellungen Totenloch oder Hexenloch heißen (ebenso nannten nach dem „Matin" die Franzosen den Ort Thiaumont bei Verdun, seit er dem deutschen Geschützfeuer ausgesetzt war, die Todesfalle). Der Scherz spielt hinein, wenn bei den Österreichern in Tirol der besetzte Teil eines abenteuerlich geformten Felsengrats Kamelrücken getauft wird. Bestimmte Wälder heißen wegen ihrer eigentümlichen Form Viereckiger Wald oder Trapez-Waldung, ein anderer Stiefelwald, weil er sich im Landschaftsbild wie ein Riesenstiefel ausnimmt, noch ein anderer (bei Vimy) Zahnstocher-Wäldchen wegen der von Granaten arg zerzausten Bäume. Zu erwähnen ist ferner die Waldnase am Serwetsch-Knie und die eckig ausgebogene, Nase von Pinsk genannte Stellung. Hierher ist zu rechnen, wenn unsere Matrosen während der Dardanellenkämpfe den jetzt am Skagerak untergegangenen englischen Dreadnought „Queen Elizabeth" wegen seines massigen Baus das Meerschwein und den russischen Panzerkreuzer „Askold" wegen seiner fünf Schornsteine das Spargelbeet tauften.

Das militärische Leben während des Stellungskampfes besteht größtenteils, von Gefechtstagen abgesehen, im Ausbauen und Ausbessern der Schützengräben, Unterstände und Verbindungswege, die alle Namen und Schild (oft freilich auch nur eine Nummer) erhalten. Die einfachsten beziehen sich auf die innere Formation des Geländes: Sandgrube, Kiesgrube. Die Länge der Gräben ruft Namen wie Lange Gasse, Langer Jammer hervor, die Enge solche wie Hohle Gasse, Katzensteig oder bei Unterständen „Bück Dich!" (in imperativischer Bildung), die zickzackartige Gewundenheit den Namen Schlangenkeller, die

Steilheit den einer „Nordfranzösischen Rodelbahn", also immer Vergleiche. Sehr passend ist der Name für den Rest einer älteren, entbehrlich gewordenen Befestigungsanlage in der Champagne: Blinddarm. Bei Bailly gibt es eine Mittelstraße und einen Richtweg in Anlehnung an Bezeichnungen in dem Heimatsort des dort liegenden Regiments, aber auch weil sie in dem Schützengrabensystem tatsächlich einen mittleren Weg und eine Abkürzung vorstellen. Der Weg in die Reservestellung heißt auch Heimweg (Champagne), Schinkenpromenade oder Erbsensteig der von den Essenholern täglich zurückgelegte Weg. Die Küchenschlucht ist in der Champagne ein bestimmter Bergeinschnitt mit Unterständen und Badeanstalten, mit Bierausschank und Musiktempel. Wo ein Weg an der Rawka in einen Sumpf führt, steht ein Schild: Zum Moorbad! Das gefürchtete Grundwasser in den Gräben führt zu Scherznamen wie Suezkanal (bei Lille). Neben der häufigen „Guten Aussicht" gibt es auch eine „Villa Zugluft" (Champagne). Der Aufenthalt in den Schützengräben führt unvermeidlich zur näheren Bekanntschaft mit gewissen unangenehmen Lebewesen und wirkt im Westen wie im Osten stark namenbildend in humoristischer Richtung. Villa Rattenheim, Wirtshaus zum Ungeziefer, Flohkiste, Lauseheim, Villa Ruski oder Was beißt mich da?, Villa Flohberg, Villa Lausig, so nennen sich Unterkunftsstätten für Soldaten und Offiziere. Nur Schipper sind in der Lage, ihr Blockhaus stolz als Villa Lausefrei zu erklären. Die Latrinenwege geben — naturalia non sunt turpia — zu ausgelassenem Scherz Anlaß: Über die Stange, Zum braunen Kak-Kadu, Stinkbübelsgang. Indessen gibt es auch in den zurückliegenden Stellungen recht angenehme Plätze mit Namen aus der Jägersprache wie Jägerheim, Jagdhütte zur Eintracht, Schloß Hubertus, ferner Adlerhorst, Meilerhütte. Eine Sanitätskompagnie konnte im Westen in Steinbrüchen einen vortrefflichen Unterkunftsraum „Zum gemütlichen Höhlenbären" herstellen.

Außer nach der Lage und Beschaffenheit der Gräben und Wege erfolgt die Benennung oft nach dem Urheber oder Erbauer, meistens nach dem im Abschnitt befehlenden Offizier. So führt Artur Kutscher in seinem Kriegstagebuch (1915) an, daß der nach ihm benannte Kutscher-Weg auch in den Brigade- und Divisionsbefehlen so bezeichnet wurde. Der erste Eroberer einer Stellung, der Führer oder die Truppe, gibt ihr zuweilen seinen Namen. Am Narocz-See gibt es eine Luther-Höhe nach dem Namen des Leutnants, der sie zuerst mit stürmender Hand einnahm; das Schloß Hollebeeke am Iserkanal heißt Bayern-Schloß, seit bayrische Truppen in wochenlangen Kämpfen darum stritten. Bei besonderen Anlässen tragen auch die Namen von Unteroffizieren und Soldaten zu neuen Bildungen bei, wie Michelsplatz, Schulzens Abschied, Reils Frieden. Der häufigste Fall ist, daß Wege und Straßen als Zeichen der Huldigung und Verehrung nach dem Kaiser und den jetzt im Kriege berühmt gewordenen Heerführern benannt werden, wobei Hindenburg am stärksten hervortritt. In dem großen Pionierpark bei Wolka-Lasiecka bei Bolimow, dessen Kommandant sich zur besseren Übersicht ein besonderes Adreßbuch anlegte, trugen

beispielsweise die Hauptstraßen den Namen Kaiserstraße und Hindenburgstraße. Die von Sven Hedin beschriebene Fliegerstation in Iza bei Huszt (Karpathen), fast eine kleine Stadt, hatte eine Wilhelm- und Hindenburgstraße. Im Westen war an einem Abschnitt neben der Kaiser-Wilhelmstraße auch eine Franz-Josef-allee und eine Türkengasse vertreten (Offiziersunterstände hießen Haus Deutschland und Haus Österreich). Die gleich nach der Einnahme Warschaus erbaute Notbrücke über die Weichsel ist die Beseler-Brücke.

Auch die einzelnen Waffengattungen tragen erheblich zur Namenbildung bei, besonders die Artillerie. Schon im Kriege von 1866 nannten sächsische Truppen das böhmische Dorf Nieder-Prschim, wo sie von preußischen Geschützen arg bedrängt wurden, lange Zeit nur das Granatendorf.*) Im jetzigen Kriege hatte ein Münchener Regiment im Westen einen Unteroffiziersunterstand namens Granateneck (mit dem Motto: Im tiefen Keller sitz ich hier), die Granatenschlucht liegt in dem Wäldchen vor Mametz zwischen den deutschen und englischen Linien; Granatenschachteln ist bei den Bayern eine Bezeichnung für Gräben mit Grundwasser und schlechten Schutzwänden. Kanonenberg heißt eine Höhe bei Massiges. In dem genannten Pionierlager bei Bolimow gibt es eine Schrapnellstraße, einen Großen Brummerplatz, eine Kleine Blaue-Bohnen-Gasse, einen Schlosserplatz (für die Schmiede und die Waffenmeister) und ein Haus zur schwarzen Sau (so genannt nach der üblichen Benennung der großen russischen Granaten). An der Rawka heißen in der Artilleriestellung zwei Gräben Haubitzenallee und Kanonenstraße. Bei Olsztyn führt ein Unterstand den Namen Wirtshaus zum Ausbläser, weil im Innern ein dort niedergegangener russischer Ausbläser als Aschenbecher dient, und eine Kneipe in Lille heißt Zum fidelen Blindgänger. Fidel ist überhaupt ein beliebtes Wort — ein Regimentsunterstand nennt sich Zur fidelen Schießbude am Bzuraufer. Zur dicken Bertha ist ein Unterstand an der ostpreußisch-russischen Grenze und bei Huszt in den Karpathen. Wie umständlich manchmal die Gedankenverbindung ist, die den Namen erzeugt, zeigt eine Stelle aus einem Feldpostbrief: „Getauft haben wir unsern Bau ‚Auf dem Hügel', weil wir als Besitzer eines Kanonenofens eine entfernte Beziehung zu Krupp zu haben glauben."

Oft liegen der Namengebung ganz besondere Anlässe zu Grunde. Weil die Franzosen einen für gewöhnlich unbesetzten Graben andauernd mit Granaten belegten, was den Leuten viel Spaß, Jux, machte, hieß der Graben einfach der Juxgraben. Ein höherer Vorgesetzter nannte bei einer Besichtigung einen zierlichen netten Graben scherzweise den reinen Operettengang und sofort erhielt der Graben im Kreise der Offiziere diesen Zunamen. Zillerthal hieß eine Stellung, wohl in den Vogesen, weil ein Pumpwerk Wasser vom Tal auf die Höhe beförderte und dabei Bäche und Wasserfälle bildete, die eine lebhafte

*) Vgl. das Kriegstagebuch des Generalleutnants K. H. von Einsiedel (1866 Hauptmann in der Kgl. Sächs. Leibbrigade) in der Deutschen Rundschau 1916, S. 37 (Juli).

Phantasie mit Tiroler Gletscherbächen in Verbindung brachte. Jungbrunnen steht auf schön gemalter Tafel an einer Wasserstelle bei Westende, wo man mittelst Bohrung und Pumpwerk Trinkwasser nach oben bringt. Bei Noyon befindet sich in der Nähe des Schützengrabens ein fensterloser Schnapskeller, Melina genannt, nach einem dort in Friedenszeiten hergestellten Melina-Likör. Beziehung zum Gegner haben Namen wie Pariser Straße, Englische, Französische Straße, Turkoweg; ein bestimmtes Haus hieß das Toteturkohaus und der später in der Nähe angelegte Graben Turkograben. Ob die moderne Art, nach den Anfangsbuchstaben von Worten neue abkürzende Bezeichnungen (vgl. Hapag, Ila) zu schaffen, im Felde beliebt ist, steht dahin — man las von den Kämpfen um die B-Höhe, die vor Borowy-Mlyn liegt. Bei den Engländern scheint diese Methode mehr Eingang gefunden zu haben. Die bei den Dardanellenkämpfen vielgenannte Anzac-Stellung ist nach dem „Corriere della Sera" vom 22. Dezember 1915 (Nr. 354) aus Australia New Zealand Army Corps entstanden, da an diesem Teil der Gallipolifront Australier und Neuseeländer nebeneinander kämpften.

Gelegentlich spielt bei der Namengebung der Zivilberuf eine Rolle. Im Westen taufte ein Regimentskommandeur einen Verbindungsgraben nach dem Titel eines Reservehauptmanns Professorensteig. Ebendort gibt es eine Oberlehrerbatterie, deren Namensursprung auf eine Äußerung des Kronprinzen zurückgeführt wird. Als ihm bei einem Besuch drei Offiziere, die zufällig Oberlehrer waren, vorgestellt wurden, rief er aus: „Das ist ja die reine Oberlehrerbatterie"; seitdem wird dieser Name auch amtlich gebraucht. Nach einer anderen Mitteilung handelt es sich um eine Batterie eroberter französischer Geschütze, für die ein Oberlehrer die verloren gegangenen Entfernungen neu berechnete und sie dadurch wieder verwendungsfähig machte. Eine Schipperkompagnie erhielt den Spitznamen Assessorenkompagnie, weil sie größtenteils aus Angehörigen akademisch gebildeter Kreise zusammengesetzt war.

Vielleicht offenbart sich bei der Namengebung die Erinnerung an die Heimat, die Angehörigen und das Leben im Frieden noch stärker als die Eindrücke des Krieges, denn jene Empfindungen werden um so stärker, je mehr man sich bei den Wechselfällen des Krieges von allem Heimatlichen entfernt. Das Heimatsgefühl haftet besonders an der Stammeszugehörigkeit, die im Kriege mit bewußtem Stolz betont wird, an bekannten Ortsnamen, an charakteristischen Wendungen, die sich gerne der Mundart bedienen. Berliner haben sich im Fliegerheim in Hufzt einen Kurfürstendamm und Straßen Unter den Linden und An den Zelten errichtet, in den Höhlen an der Oise und in den Dünen bei Westende gibt es ein Brandenburger Tor, in letzterem Ort eine Kantine Café Bauer. In der Champagne findet man nach der Heimat der betreffenden Regimenter einen Sachsentrichter und einen Preußentrichter. Der frohe Rheinländer baut sich mitten in Frankreich einen Unterstand „Das Herz am Rhein", Leute aus der Goldenen Aue haben vor Arras einen Schützengraben Sanger-

häuserstraße. Der Hamburger hat eine Villa Hummel und einen Unterstand mit dem Weckruf der Plattdeutschen „Jungens, holt fast!" und der netten Inschrift:

„Hier wohnt de Jungens vun de Waterkant,
To Schutz för uns leev Vaderland.
Wat hier is makt in korte Tid,
Stört keen Franzos und ok keen Britt."

Nach seinem Wappen nennt der Bremer eine Kantine in Ostende Zum Bremer Schlüssel. Es gibt einen Holsteener, Sleswiger Gang. Bayern haben im Westen einen Verbindungsweg mit doppeltem Namen, König-Ludwig-Straße bei trockenem Wetter, König-Ludwig-Kanal bei Grundwasser. Sie nennen einen besonders lehmigen und nassen Grabenabschnitt Pfui-Teufel-Gasserl, einen Unterstand mit einer steilen, rutschigen Treppe „Gasteiger Anlagen, Automobile 15 Kilometer", einen nahen Wald das Bayerische Hölzl. Zum gemütlichen Sachsen ist eine Bezeichnung an der Rawka. Wenn es bei den deutschen Truppen auf Gallipoli eine Edmundsklamm gab, so ist das wohl eine Erinnerung an eine Schlucht bei Herrenskretschen im Elbsandsteingebirge an der sächsisch-böhmischen Grenze.

Unterstände werden oft nach heimatlichen Hotel- und Villennamen benannt. Zum Burgkeller, Zum Waldkater, Zum Einsiedler, Zur ewigen Lampe, Zum Verbrecherkeller, Villa Luginsland sind beliebte Namen. Scherzhafte Weiterbildungen sind: Zum Wilddieb, Zum ruinierten Nerven, Hotel zum schmierigen Löffel, Hotel zu den fünf hungrigen Jungens. Neuzeitliche Schlagwörter finden Verwendung: Zum deutschen Barbaren (Champagne), Im Feldgrauen (Versammlungslokal in Lille). Der Name der fernen Geliebten stellt sich oft im Gedächtnis ein. So gab es in dem genannten Pionierpark bei Bolimow eine Villa Grete, Villa Emilie, Villa Rosa, ein Haus Emma, ein Haus Auguste. Im Schützengraben vor Arras ist sogar ein Töchterpensionat Trudchen eröffnet. Gelegentlich sind musikalisch-literarische Anspielungen anzutreffen. Die Liebeslaube findet sich im Westen wie im Osten. Ein Wilhelm Busch-Verehrer hängt ein Schild Zur frommen Helena aus; ein Offizier, der den Tonio Kröger im Unterstand las, gründet sich ein Mann-Heim. An die Lektüre seiner Knabenzeit erinnert sich der Inhaber von Onkel Toms Hütte bei Bolimow.

Rein humoristischen Charakters sind die köstlichen Namen von Horchlöchern, über die die „Deutsche Kriegszeitung" von Baranowitschi berichtet. Da ist ein Horchloch Bellevue, das deshalb so heißt, weil es dort immer bellt, aber wie!, ein anderes Abrahams Schoß, weil man sicher drin sitzt, ein drittes Zum fidelen Siedewürstchen, weil es der reine Wurstkessel ist, ferner ein Minnezwinger, weil einem dort mitunter das Herz bubbert wie beim Stelldichein, eine Jungfernmühle, weil dort die ältesten Weiber wieder munter werden, eine Porzellankiste, weil sie von den Rußkis mit vieler Vorsicht behandelt wird, und endlich ein Märchenbronnen, weil man dort die schönsten Kindermärchen erdichten kann.

Wir schließen mit einer sehr ernsten, sehr inhaltsreichen Inschrift religiös-konfessionellen Hintergrundes. Nach der Liller Kriegszeitung haben Soldaten über einen Unterstand eine Marienfigur angebracht und die Behausung Maria-Einsiedeln genannt und über die Tür geschrieben:

Maria, in deine schützende Hand
Befehlen wir diesen Unterstand.
Willst auch uns Lutherischen hilfreich sein —
Im Kriege gibts ja keine Partein.

Die zweite Hälfte scheint späterer, protestantischer Zusatz zur ersteren zu sein.

Die militärische Namengebung bei unsern Bundesgenossen, den Österreichern, ist, da die Voraussetzungen dieselben sind, im wesentlichen auch dieselbe wie die bei uns erörterte, im einzelnen zeigen sich die Besonderheiten der staatlichen und völkischen Eigenart, doch liegt mir darüber vorerst wenig Material vor. In den besetzten Ortschaften kommen Namen wie Kaiser-Franz-Josef-, Erzherzog-Friedrich-, Prinzessin-Zita-Straße (oder Platz), auch Danklstraße oder Prinz-Eugen-Straße vor. Neben dem Namen unseres Kaisers erscheint derjenige Hindenburgs besonders oft, ein großes ungarisches Lager hieß geradezu Hindenburg-Nagyfalu (Großgemeinde Hindenburg). In der Nähe des Dorfes Klimiec beim Zwinin, das niedergebrannt wurde, um freies Schußfeld zu schaffen, errichtete man eine neue Barackenstadt mit dem stolzen Namen Zweikaiserstadt. Bemerkenswert ist, daß in einem Neu-Sandberg genannten Lager da, wo Sozialdemokraten ihre Stätte aufgeschlagen hatten, ein Lassalleplatz, eine Herweghgasse und ein Schuhmeierbrunnen (nach einem ermordeten Wiener sozialdemokratischen Abgeordneten benannt) entstanden. Von der Tiroler Front las man Namen wie Villa Fortuna, Zur Venushöhe, Zum Bratwurstglöckel, Zur Pflasterbude (Hilfsplatz für Sanitäter), Frühstücksstube (Felshöhle). Zu einer sehr hoch gelegenen Stellung führt eine Tafel: Weg zum Katzelmachertod, und ein an den Fels geklebtes Schwalbennest von Brettern und dünner Dachpappe für ein paar Beobachter, der vielleicht höchste Posten in ganz Tirol, trägt den Namen Franz-Josef-Hütte.

Als Anhang sei auf die höchst ergötzliche Umdeutung französischer und polnischer Ortsnamen verwiesen, durch die unsere der fremden Sprache nicht mächtigen Soldaten sich die schwer auszusprechenden Namen mundgerecht zu machen versuchen. Schon 1815 sagte man für Belle Alliance Bullerdanz, 1870 für Mars-la-Tour Marschretour, für Sauvage Sau-Wage, für St. Valérien Bullerjahn. Die Umbildung geht gewöhnlich vom Schriftbilde aus und nimmt ähnlich klingende deutsche Wörter zu Hilfe. Quesnoy, Messines, Berlinval, St. Etienne werden zu Genua, Messina, Berlin, Stettin. Bucquoy = Buckwitz, Neufchatel = Neuschrapnell, Perenchis = Bärenschiß, Ourscamp = Ortskamp, Gommécourt = Gummigurt, St. Mihiel = Stinkmickel, Champagne = Schlammpagne. Die Stellung bei einer Briqueterie (Ziegelei) heißt Kickeriki, eine Medeah-

Ferme Madeirafarm. Villers-au-Flos erkennt man in Wilddrauflos nicht wieder. Wer würde im plattdeutschen „Pedd di man nich up de Tehn" das französische Belle-la Fontaine vermuten? Savonnières (östlich von St. Mihiel) wird als Seifenheim wiedergegeben. Vlämisches Verlinghem bildet sich zu Sperlingsheim um. Das vielgenannte Przemysl spricht sich als Pritzmichel leichter aus. Swisloscz, Koniaczow (am San), Morchewo (an der Rawka) erscheinen als Schwitzloch, Kognakshof und Mordwinkel. Krzywen (bei Lyck in Ostpreußen) hieß „Kriech dazwischen!", weil die Mannschaften dort eng auf dem Heuboden lagen und aneinander vorbeikriechen mußten.*)

Auch die Etappe hat ihre Namengebung. Während und nach der Besetzung der größeren Städte Polens wurde zur leichteren Orientierung eine Umbenennung der wichtigsten Straßen, Plätze und Brücken vorgenommen, meistens vom Ortskommandanten. So gab es in Lowicz bald nach der Einnahme einen Kaiser-Wilhelm-Platz, eine Hindenburgstraße, eine Mackensenstraße, eine Gendarmeriestraße, auch eine Granatenstraße (weil sich hier der Hauptverkehr der Munitionskolonnen abspielte). In Warschau freilich als einer sehr großen Stadt und wohl in Rücksicht auf die polnische Intelligenz hat man die ursprünglichen Straßenbezeichnungen bestehen lassen, was nicht ausschließt, daß unsere Soldaten die Hauptverkehrsader Nowy Swiat mit Neue Welt, Plac Saski und Ogrod Saski mit Sachsenplatz und Sachsengarten übersetzen (die Namen enthalten noch eine Erinnerung an die sächsisch-polnische Königszeit). Das kleinere Kowno hingegen kann in Sachen der Namen die modernste Stadt des neuen Deutschland genannt werden. Es verwendet nicht nur Fürsten- und Generalsnamen (Hindenburg, Ludendorff, Eichborn, Litzmann), Namen der Bundesgenossen (wie Bulgarenplatz, Ungarplatz, ferner Dardanellenring, Konstantinopeler Straße), sondern auch deutsche Kulturnamen wie Goethe und Beethoven, Rosegger und Ganghofer für Straßen und Wege.

*) Einige der mitgeteilten Verdeutschungen entnehme ich den Aufsätzen K. Bergmanns über die Soldatensprache, andere teilten mir Professor Dr. Helm und Dr. Stammler mit. Herrn Geheimrat Dr. Fester in Halle verdanke ich den Nachweis des vorher genannten Anzac-Namens.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Los vom Golde!

Von Rechtsanwalt Dr. jur. und phil. Dalberg

Während im Frieden unſer Geldweſen und unſere Reichsbankpolitik nur in geringem Maße zu Erörterungen Anlaß gab, weil alles zufriedenſtellend ſeinen Gang ging, haben eine Anzahl Erſcheinungen der Kriegswirtſchaft, die ſinkende Kaufkraft der Gelder im Inland, die Entwertung der Mark-Valuta im Ausland, die Schwierigkeiten der Golddeckung für den angeſchwollenen Notenumlauf, die deshalb betriebene Goldanhäufung bei der Reichsbank und die Förderung des bargeldloſen Verkehrs u. a. m. die allgemeine Aufmerkſamkeit auf die Fragen der Währung gelenkt. Die Erörterungen gehen jedoch meiſt von der Unantaſtbarkeit unſerer Goldwährung aus, ohne ſich darüber klar zu werden, daß wir eine wahre Goldwährung in der Kriegszeit gar nicht mehr beſitzen, daß keine Ausſicht beſteht, eine ſolche auch nach Friedensſchluß in abſehbarer Zeit wieder einzuführen und daß endlich die völlige grundſätzliche Abkehr von der Goldwährung nicht nur möglich, ſondern geboten iſt, und uns ganz weſentliche Vorteile, insbeſondere auch im Verhältnis zu England, dem Hauptgoldproduzenten, verſchaffen würde.*)

Die unſer Geldweſen grundſätzlich beherrſchende Goldwährung verlangt von dem Gelde als dem Hilfsmittel im Güteraustauſch, daß es einen beſtimmten ſtofflichen Wert haben müſſe, da an ihm der Wert aller anderen Güter gemeſſen werden ſoll. Das in geringer Menge hohen Wert beſitzende Gold erſcheint danach als das gegebene Münzmetall. Schwankungen im Wert des Goldes werden dadurch vermieden, daß die Notenbanken der Goldwährungsländer geſetzlich gehalten ſind, jede ihnen angebotene Menge Gold zu einem beſtimmten Satze anzukaufen. Die Reichsbank bezahlt für 1 Kilogramm Gold

*) Eingehendere Darlegungen auch bei Dalberg: „Entthronung des Goldes“, Heft 30 der „Finanzwirtſchaftl. Zeitfragen“.

2790 Mark; sie prägt daraus 279 Goldmünzen von 10 Mark, so daß also die deutsche Währungseinheit, die Mark, einen Goldwert von $^1/_{2790}$ Kilogramm darstellt.

Da nun die in den einzelnen Staaten verfügbaren Goldmengen zur Durchführung aller im Verkehr erforderlichen Zahlungsleistungen nicht ausreichen, sind papierne Surrogate für das Gold geschaffen, die einen Anspruch auf eine bestimmte Menge Gold verkörpern: die Banknoten. Um diesen Anspruch zu sichern, schreibt das deutsche Bankgesetz vor, daß ein Drittel der umlaufenden Noten durch Gold im Besitze der Reichsbank gedeckt sein müssen. Es wird angenommen, daß die Banknoten nie alle zugleich zu der Bank zurückfließen und daß vor neuen Einreichungen auch wieder entsprechend Gold zurückgeflossen ist, so daß die Bank zur Einlösung der Noten in Gold auf diese Weise immer in der Lage bliebe.

Es ist ein schwerer, wenn auch allgemein verbreiteter Irrtum, anzunehmen, daß es die Goldwährung gewesen sei, welche uns im Kriege die Aufrechterhaltung unseres Zahlungswesens ermöglicht habe. Die Goldwährung würde gegenüber den außerordentlichen Kriegserfordernissen völlig versagt haben, wenn sie eben Gelegenheit gehabt hätte, die Probe zu bestehen, wenn nicht, wie in den meisten anderen kriegführenden Ländern, so auch bei uns Maßnahmen getroffen worden wären, welche in Wahrheit eine Preisgabe der Goldwährung bedeuten.

Schon vor dem Kriege ist ein Abbröckeln der Goldwährung bei uns zu verzeichnen gewesen. Die Reichsbanknoten wurden 1909 gesetzliche Zahlungsmittel (Zwang zur Annahme!), was eigentlich dem Gold allein vorbehalten sein sollte. Es wurden kleine Banknoten unter 100 Mark geschaffen, die dazu bestimmt waren, die Goldmünzen im Umlauf zu verdrängen. Durch beide Mittel sowie durch eine systematische Praxis der Banken und der Reichspost wurde allmählich das Gold aus dem Verkehr in die Reichsbank gedrängt, so daß auf Grund des in der Bank lagernden Goldes eine dreifache Menge von Noten dem Verkehr zur Verfügung gestellt werden konnte. Man hatte wohl als Hauptursache der Handelskrise von 1907 erkannt, daß die Menge vorhandenen Goldes und der darauf gegründeten Banknoten zum Zahlungsausgleich der gesteigerten Umsätze der Hochkonjunktur nicht ausreichten, und man bemühte sich, die Umlaufsmittel zu vermehren, was ja durch Ansammlung des Goldes in der Bank und Ausgabe der dreifachen Notenmenge dafür geschehen konnte.

Da nun aber die Golddrittelbedeckung bleiben sollte, durfte man auch den Notenumlauf nicht zu sehr ansteigen lassen; man förderte nach Kräften den bargeldlosen Zahlungsverkehr durch Scheck und Giro, welcher ja überhaupt keiner Noten bedarf.

Im Kriege setzte sich diese Entwicklung fort. Es darf als ein wesentlicher Verdienst unserer Reichsbankleitung bezeichnet werden, daß sie in richtiger Einschätzung der Verhältnisse, bald nachdem die ersten 100 Millionen Gold abge-

hoben waren, die weitere Einlösung der Banknoten in Gold einstellte zur Vermeidung weiterer Angst-Aufspeicherung von Gold und unkontrollierten Abflusses ins Ausland, wo ja nicht unser Papier, wohl aber unser Gold volle Zahlungskraft besitzt. So wahrte sich die Reichsbank die Verfügung über den Goldvorrat des Landes, allerdings um den Preis einer Aufgabe des Hauptgrundsatzes der Goldwährung. Da privater Goldhandel und Goldausfuhr verboten wurden, und durch die verschiedensten Mittel die Ablieferung allen vorhandenen Goldes an die Bank angebahnt wurde, konnte die Reichsbank im Kriege ihren Goldschatz mehr als verdoppeln und auf einen Stand von mehr als $2^1/_2$ Milliarden Mark bringen. Die Goldwährung wurde zu einer Papierwährung mit starkem Goldkern. Schneller aber noch als der Goldvorrat wuchs im Kriege der Notenumlauf, von 2 auf 7 bis 8 Milliarden. Alle Bemühungen, ihn durch die bargeldlosen Zahlungsmethoden herabzudrücken, blieben erfolglos. Die gesteigerten Preise, der Bedarf des Heeres und des Okkupationsgebietes erhöhten dauernd den Bedarf an Zahlungsmitteln. Es wurde mehr und mehr offenbar, daß es auf die Dauer unmöglich und willkürlich ist, die Jahresumsätze von tausenden Milliarden Mark innerhalb der deutschen Volkswirtschaft auf ein Metall zurückzuführen, von dem in der ganzen Welt nur vielleicht 35 Milliarden, in Deutschland nur 3 bis 4 Milliarden vorhanden sind. Dazu reicht nicht das Gold, aber es reichen auch nicht die Goldsurrogate aus. Der bargeldlose Verkehr ist an diese Schranken nicht gebunden. Aber man förderte ihn nicht deshalb, sondern nur um den Banknotenumlauf zu verringern und so den Götzen der Drittelbeckung noch aufrecht erhalten zu können und verkannte, daß dadurch ebenso wie durch starken Notenumlauf die Umsätze des Verkehrs doch auf eine immer schmalere Goldbasis gestellt wurden. Insbesondere die neuen bestätigten Schecks der Reichsbank müßten logischerweise genau so durch Gold gedeckt sein, wie die Banknoten.

Nun ist allerdings erstmalig in dem Reichsbankausweis vom 31. Dezember 1916, also nach $2^1/_2$ Kriegsjahren des Kämpfens um die Golddecke, ein Anschwellen des Notenumlaufs über den dreifachen Goldbestand hinaus erfolgt — über acht Milliarden Noten bei 2,5 Milliarden Gold. Die Macht der Verhältnisse hat über starre Grundsätze gesiegt. Aber es steht noch offen, ob dieser Sieg ein vorübergehender ist, ob die leitenden Bankkreise baldmöglichst die Drittelbeckung wieder eintreten lassen wollen, oder ob er dauernd ist und einer besseren Einsicht entspringt. Ist letzteres der Fall, so muß aber auch die weitere Folgerung gezogen werden, daß unser Goldschatz, welcher nur der Drittelbeckung zuliebe aufgehäuft worden ist und nunmehr seiner Bedeutung ledig geworden ist, auch der Wirtschaft nutzbar gemacht werden muß, statt in den Kellern der Reichsbank ein totes Dasein zu führen. Wir sind nicht reich genug, um uns ein totes Kapital von $2^1/_2$ Milliarden leisten zu können. Wir müssen das Gold dem Ausland abgeben, solange dieses noch willig ist, es zu nehmen. Wir tauschen Lebensmittel und Rohstoffe dagegen ein, deren wir so dringend

bedürfen, und mit der Ausfuhrware Gold wird es uns gelingen, unsere Valuta wieder auf die alte Höhe zu bringen, während jetzt deren Entwertung uns unsere Einfuhr um 30 bis 40 Prozent verteuert.

Die Ursache dieser viel erörterten Erscheinung der Mark-Entwertung im Auslande kann nun allerdings nicht in innerer Schwäche unserer Währung gefunden werden, wie das feindliche Ausland zu glauben vorgibt. Schuld daran ist die Abschnürung unserer Ausfuhr durch die sogenannte „englische Blockade", die Einstellung unserer Handelsschiffahrt, sowie die Unmöglichkeit, über die meisten unserer Auslandsforderungen zu verfügen. Die Einfuhr aus neutralen Staaten dauert demgegenüber, wenn auch stark herabgesetzt, noch an. So erwirkt das Ausland in der gleichen Zeitspanne mehr Forderungen an uns, wie wir ans Ausland. Da somit bei uns der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln das Angebot übersteigt, muß deren Kurs steigen. So müssen z. B. für 100 holländische Gulden heute 239 Mark bezahlt werden, wogegen früher nur 169 Mark; und 100 Schweizer Francs gelten heute statt 80 Mark nicht weniger als 117. Unter den heutigen Verhältnissen, wo größere Auslandsanleihen uns nicht gewährt werden, ist rücksichtslose Goldausfuhr das einzig wirksame Mittel, um für uns Auslandsguthaben zu begründen, unsere Valuta zu heben und so uns unsere Einfuhr um 30 bis 40 Prozent zu verbilligen. Einer willkürlichen Einrichtung, der Dritteldeckung zu liebe, hat man bis jetzt mit der Goldausfuhr zurückgehalten und die schweren Schädigungen der Valuta-Entwertung in Kauf genommen.

In Wahrheit aber brauchen wir das ängstlich behütete Gold gar nicht. Wir haben auch früher immer unsere Auslandsrechnungen durch Gegenrechnungen, sei es für Waren, sei es für Leistungen, sei es für Kapitalzins begleichen können, Gold haben wir dazu nie gebraucht. In den letzten 30 Jahren vor dem Kriege hat im Gegenteil das Ausland uns noch immer Jahr für Jahr Gold gezahlt, insgesamt an 3 Milliarden, und dies, obschon in den letzten Jahren alljährlich wohl mehr als 1 Milliarde deutschen Kapitals ins Ausland floß.

Nach dem Kriege werden wir auf die Dauer mit ähnlicher Entwicklung rechnen können, und wir müssen es auch, denn wir dürfen auf die Dauer nicht mehr vom Ausland nehmen als wir ihm geben. Nun wird allerdings unmittelbar mit Friedensschluß ein besonders starkes Einfuhrbedürfnis nach Rohstoffen und Lebensmitteln auftreten. Dann aber werden wir in der Lage sein, zu annehmbaren Bedingungen Auslandsanleihen aufzunehmen, um die Anfangseinfuhr zu bezahlen, und damit wird sich auch der Stand unserer Valuta wieder regeln. Jetzt ist Goldausfuhr unser bestes Mittel. Nach dem Kriege wird das Gold 30 bis 40 Prozent weniger für uns wert sein wie jetzt, und wenn etwa andere Länder vor uns sich von der Goldwährung abwenden und ihren Goldschatz auf den Weltmarkt werfen würden, so würde es auch hier heißen: „den letzten beißen die Hunde", d. h. wir sähen unsere

3 Milliarden Gold entwertet. Der Wahn, welcher glaubt, Gold zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland zu bedürfen, hat den Goldproduktionsländern, insbesondere England, welches zwei Drittel der Weltgoldproduktion in seinen Kolonien besitzt, ungeheure Summen zugeführt, England allein alljährlich etwa 1,2 Milliarden Mark. Nicht der Sachwert des Goldes bringt dies zustande, sondern nur der Umstand, daß es als Währungsmetall von aller Welt begehrt ist.

England selbst erkennt sehr wohl den Vorteil, welchen ihm die Weltherrschaft der Goldwährung verschafft. Es setzt alles daran, die Herrschaft des Goldes aufrecht zu erhalten. Während es sich durch ein weit ausgebautes Scheck- und Abrechnungssystem im Innern vom Golde unabhängig macht, kann es für seinen geringen Notenumlauf eine starke Golddeckung vorweisen und sogar die Goldzahlungen aufrecht erhalten. Es hat von Kolonien und Verbündeten riesige Goldmengen nach London gezogen; aber es begnügt sich nicht, den Goldbesitz protzig vorzuweisen, es macht ihn auch der Wirtschaft nutzbar; es hat zur Bezahlung der Kriegsmaterialeinfuhr Goldmengen allein an Amerika abgegeben, welche in die Milliarden gehen. Nur dadurch hat es den Sterlingkurs auf annähernder Parität halten können. Unter Beibehaltung einer formellen Goldwährung hat es sich doch die Vorteile stärkster Goldausfuhr zu nutze gemacht. Wir dagegen verzichten auf diese Vorteile zu Gunsten der Aufrechterhaltung eines bloßen Anscheins der Goldwährung*).

Es wird Zeit zum Handeln; denn bald könnte es zu spät sein. Schon haben neutrale Länder wie Schweden und Spanien sich gegen weitere Andauer des starken Goldzuflusses gesträubt in der richtigen Erkenntnis, daß unverminderter Zufluß von Gebrauchsgütern und die Hochhaltung ihrer Valuta ihnen wertvoller ist, als ein besonders hoher Goldvorrat. Auch die Amerikaner haben bereits in dieser Richtung Erwägungen angestellt; von zweiundneunzig Professoren und Volkswirtschaftlern, die hierüber gefragt wurden, haben allerdings fünfundachtzig die — in ihrer Allgemeinheit wohl sicher zutreffende — Erklärung abgegeben, daß die Goldwährung den Krieg überleben würde. Demgemäß werden die Amerikaner ihre allein während zweieinhalb Kriegsjahren drei Milliarden Mark übersteigende Goldeinfuhr wohl noch eine Weile fortsetzen. Es gilt zu handeln, ehe ihnen die bessere Einsicht kommt, was auf die Goldanschauungen aller anderen Länder ohne weiteres zurückwirken müßte. Darum heraus mit dem Gold!

Wie wir Gold nach den Erfahrungen dieses Krieges für den Inlandsverkehr nicht brauchen, so brauchen wir es auch nicht dem Ausland gegenüber, wobei natürlich offen bleibt, daß in besonderen Fällen das Gold immer als Ware beschafft werden kann. Das Gold ist doch nur ein von den Menschen geschaffenes Hilfsmittel zur Durchführung der Güterumsätze. Es muß

*) Über die Preisgabe der Goldwährung in Frankreich und Rußland, vgl. Dalberg a. a. O. S. 847.

als eine Anweisung auf alle verkäuflichen Güter und Leistungen der Nation angesehen werden in Höhe des auf dem einzelnen Geldstück genannten Betrages. Ein Stoffwert ist unwesentlich. Die Einwendungen der Metallisten gegen das Staatspapiergeld hier im einzelnen zu widerlegen, geht über den Rahmen dieses Aufsatzes hinaus. Es sei hierzu auf vorangegangene Ausführungen des Verfassers verwiesen*). Hervorgehoben sei nur: Vom Staatspapiergeld nur der Sicherheit wegen Golddeckung zu verlangen, geht nicht an, nachdem die Staatsschulden insbesondere nach den Kriegsanleihen ein vielfaches des Betrages der umlaufenden Geldscheine erreicht haben und trotz mangelnder Golddeckung als sicher gelten. Warum sollen denn auch die Gläubiger des Staates aus Geldscheinen durchaus bevorzugt werden gegenüber den Anleihegläubigern? Für die Geldscheine ist die jederzeitige Einlösbarkeit zwar nicht in Gold, wohl aber in Staatsleistungen, deren ein jeder bedarf, gewährleistet, wie im Post- und Eisenbahnverkehr, sowie in der Eignung zur Zahlung von Steuern, Gebühren und Zöllen an den Staat verwendbar zu sein, und endlich in der Bereitschaft des Staates, sie in verzinsliche Anleihen umzutauschen, was im Kriege als das wichtigste erscheint. So braucht der Verkehr nie mehr Scheine zurückzuhalten, als er zur Bezahlung der Umsätze benötigt. Eine Inflation — eine Übersättigung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln — ist so gar nicht möglich, und ebensowenig sind die von der Goldtheorie daraus hergeleiteten ungünstigen Wirtschaftsfolgen möglich.

Die Entwertung des Geldes, wie wir sie jetzt während der Kriegszeit erleben, ist somit gar keine Folge der Überproduktion an Zahlungsmitteln, sondern rührt von den natürlichen Erscheinungen der Kriegswirtschaft her: Größere Vernichtung, stärkerer Verbrauch an Gütern gegenüber geringerer Produktion unter ungünstigeren Bedingungen und eingeschränkter Einfuhr, wobei die durch die Kriegswirtschaft verursachten Einkommenverschiebungen noch entscheidend mitsprechen**). Hier liegen auch die Ursachen, welche in der Vergangenheit Papiergeldkrisen verursacht haben. Wenn völlige Entwertung erfolgte (Assignate), so lag das daran, daß die heute vorhandenen Rückflußmöglichkeiten in die Staatskassen fehlten und eine unverzinsliche, uneinlösliche Staatsschuld, die der einzelne Schein verkörperte, wertlos war, sobald kein Bedürfnis mehr vorlag, den Schein zum Zahlungsausgleich zu verwenden. Zum Preisproblem muß man sich auch darüber klar werden, daß alle Güterpreise Verhältniszahlen zueinander bedeuten und die Geldeinheit nur den gemeinsamen Nenner dafür abgibt. Die Ursache der Preisverschiebungen liegt immer in der Güterwirtschaft, nicht beim Gelde, ausgenommen nur die schweren Fälle, wo die Notenausgabe bei verhinderter Rückflußmöglichkeit das Verkehrsbedürfnis überschreitet***).

*) Dalberg, a. a. O. S. 78 ff.

**) Vgl. a. a. O. S. 50 ff.

***) Näheres a. a. O. S. 58 ff.

Unsere Zahlungsfähigkeit gegenüber einem an Goldwährung festhaltenden Ausland bleibt auch ohne großen Goldschatz unangetastet. Diese hängt von der Gesundheit der deutschen Volkswirtschaft im ganzen ab, nicht davon, ob große Goldbestände vorhanden sind. Wie wir in der Vergangenheit immer nur Gold eingeführt haben, also unsere Schulden ans Ausland mit Warenlieferungen, Leistungen und Zinsansprüchen aus Auslandskapital beglichen haben, so werden wir das auch in Zukunft vermögen, oder vielmehr, wir müssen es, wenn unsere Wirtschaft gesund bleiben soll. Auch mit Goldwährung könnten wir doch nur eine beschränkte Zeit lang das Ausland mit Gold bezahlen, da sich ja unser Goldbestand so aufzehren würde. Die Warenbewegung und die Kapitalbewegung über die Grenzen bestimmen die Wirtschaftskraft eines Volkes, nicht die verhältnismäßig so geringe Goldbewegung, welche immer nur offengebliebene Posten aus jenen zum Ausgleich bringt. Es ist eine Selbsttäuschung, die (Gold-)Zahlungsbilanz als die Hauptsache anzusehen. Allerdings können wir jetzt, wo wir einen Goldschatz von $2^1/_2$ Milliarden in die Wagschale werfen können, einen ganz wesentlichen Einfluß auf die Kurse erzielen, wenn wir nun auch wirklich zur Ausfuhr schreiten. Das ist dann aber nur eine einmalige Wirkung auf die Wechselkurse, solange als die Ausfuhr anhält; immerhin dürfte sie noch über den Krieg hinaus wirken. Danach müßten und könnten dann die Wechselkurse durch zielbewußte Devisen- und Effektenarbitrage der Reichsbank, sowie Anleihe-Politik reguliert werden, welche Mittel ja auch bisher die wesentlichen Faktoren gewesen sind, nicht das Gold.

Für die Inlandswirtschaft würde die Abkehr von der Goldwährung die Folge haben, daß dauernd so viel Zahlungsmittel ausgegeben werden können, wie sie der Verkehr benötigt. Die Reichsbank wird nicht mehr, wie bei den gesteigerten Wechseleinreichungen in der Hochkonjunktur gezwungen, zwecks Durchhaltung der Dritteldeckung den Diskont zu erhöhen, und so eine Verringerung der Kredite, Einschnürung der Geschäftstätigkeit und Rückfluß der Noten anzustreben — ein Gewaltmittel, welches den Zusammenbruch der guten Konjunktur herbeiführen muß, wie sich das zuletzt im Krisenjahr 1907 aufs klarste gezeigt hat.

Übrigens würde es aller Voraussicht nach auch nur mit großen Opfern nach dem Kriege möglich sein, eine volle Goldwährung wiederherzustellen. Wenn bei wieder hergestelltem freien Goldumlauf die Reichsbank einen allen Anforderungen entsprechenden Goldvorrat weiter halten sollte, so müßten wir, wie Heyn geschätzt hat, für etwa 1500 bis 1700 Millionen Mark Gold neu einführen, also in Höhe dieses Betrages auf die Einfuhr der uns so nötigen Rohstoffe und Lebensmittel verzichten. Die Beibehaltung einer Goldkernwährung wie jetzt würde aber nur dann einen Sinn haben, wenn der Goldkern auch ohne weitgehende Rücksicht auf Banknotendeckung zur Verwendung, d. h. Ausfuhr, kommen und so reichlichen Einfluß auf die Währung gewinnen würde. Der bloße Besitz des Goldes und der Hinweis darauf tut es nicht.

Wenn wir auf die Verwendung des Goldes als Währungsmetall verzichten und dabei doch ein geordnetes Zahlungswesen durchführen, werden auch bald andere Länder die Vorteile goldfreier Wirtschaft erkennen und unserem Beispiel folgen, zum Schaden der Goldproduktionsländer, besonders Englands mit seinem Besitz von zwei Dritteln der Weltproduktion. Sie würden Kapitalverluste von vielen Milliarden erleiden. Viel schwerer wäre aber für England der Schlag, den es in seiner Eigenschaft als Weltbankier und Weltunternehmer erhielte. Die finanzielle Vormacht Englands beruht nicht allein auf seinem Reichtum; das Volksvermögen Deutschlands gilt als größer. Eine hervorragende Ursache muß in der Flüssigkeit des englischen Geldmarktes erblickt werden, und diese beruht zum wesentlichen Teile auf der Möglichkeit, das alljährlich neu gewonnene und in der ganzen Welt gleichmäßig geschätzte Gold dorthin rollen zu lassen, wo es wirtschaftliche und politische Früchte verspricht. Wenn wir aber uns die Erkenntnis zu eigen machen, daß flüssiges Kapital nicht vom Golde abhängt, sondern vom Sachgüterbesitz, der nur der papiermäßigen Mobilisierung durch verpfändungsartige Prozesse bedarf, und wenn wir demgemäß unsere Umlaufsmittel statt auf dem Metall auf dem Volksvermögen begründen, so steht zu hoffen, daß auch auf einem von der Goldfessel befreiten internationalen Kapitalmarkt die viel bewährte deutsche Kraft der Organisation die englische Konkurrenz aus dem Felde schlagen wird.

Finnlands Problem

Von Hauptmann Ernst Liljedahl, Mitglied des schwedischen Reichstages

Wird der Schwerpunkt des Krieges noch einmal wieder nordwärts verlegt, dann liegt Schweden als hindernder Block zwischen England und Rußland, erschwert das kriegspolitische Zusammenwirken beider und bildet überdies ein der gegen Deutschland gerichteten Blockadepolitik Englands noch unbequemeres Hindernis, als Griechenland sich für die Balkanpolitik der Entente erwiesen hat. Die strategischen Voraussetzungen der Entente und der Mittelmächte sind so grundverschieden, daß wir Schweden völlig darauf gefaßt sein müssen, in einem späteren Abschnitte der Kriegsoperationen auf einmal von der Entente ähnlich wie Griechenland behandelt zu werden. Die Entente hat nämlich auf einer ungeheuer großen Kreislinie zu kämpfen, die sie von Norden und Süden her verengen möchte, während der Vierbund über den Vorteil einer starken Mittelpunktslage, die schnelle Truppenverschiebungen von einer Front nach der anderen ermöglicht, verfügen kann. Daher sehen wir bei jedem neuen strategischen Aufmarsche seine Heere längst fertig dastehen, während die des Vierverbandes infolge der gewaltigen Peripherie, die einheitliches Handeln erschwert, beinahe immer zu spät kommen.

Die Kriegslage ist derartig, daß das Hineinziehen Schwedens in den Krieg nach den Methoden, die man bei Griechenland angewandt hat, vor sich gehen kann, d. h. daß Schweden gezwungen werden soll, auf die Seite der Entente zu treten. Wenn man zu einer solchen Politik gegen uns greift, so ist es ja sonnenklar, daß unsere Bedrücker an uns keine Freunde, sondern Feinde finden werden. Wir denken gar nicht daran, denen zu helfen, die uns unseres freien Rechtes, neutral zu bleiben, berauben wollen.

Selbst wenn es — was wir sehr hoffen — uns gelingen sollte, unsere Neutralität beibehalten zu können, ohne auf unser freies Selbstbestimmungsrecht zu verzichten, so kann doch im letzten Abschnitte des Krieges eine Lage entstehen, die Schwedens Dasein als freier Staat in Frage stellt, vielleicht nicht gerade durch augenblickliche Gefahren, wohl aber durch eine sich erschließende Perspektive gleich der des Tilsiter Friedens im Jahre 1807, als die Kompensationspolitik Rußland Gelegenheit gab, Schweden den dritten Teil seines Reiches zu nehmen. Daher kann Schweden sich genötigt sehen, mit der Macht-

gruppe, deren Interessen sich vor allem mit unserem Lebensinteresse decken, nämlich mit den Mittelmächten, politisch zusammenzugehen.

Das Vorrücken der Deutschen über die Dünalinie gegen Petersburg könnte, durch unmittelbare Rückwirkung auf Finnland, wo man die unerträgliche Gewaltpolitik der Russen gegen die Landesverfassung gründlich kennt, das ganze finnländische Problem aufrollen und seine ungeheuere Macht über ein bis an die äußerste Grenze der Geduld gebrachtes Volk ans Tageslicht treten lassen. Finnlands Volk hat keine Lust, den Mordversuch von Osten her noch durch einen Selbstmordversuch zu ergänzen. Es wird die kommenden schweren Geschicke still hinnehmen, solange es keine Möglichkeit erblickt, sich staatliche Freiheit zu erkämpfen. Erschließt sich ihm aber dadurch, daß Finnland in eine ähnliche strategische Lage gerät wie Polen, eine solche Möglichkeit, dann hat seinem gepeinigten Volke die Stunde des Handels geschlagen. Das weiß man in Rußland ebenso genau wie in Finnland selbst.

Der Weltkrieg kann also sehr wohl eine Lösung der Existenzfrage Finnlands herbeiführen, und diese Lösung geht uns Schweden sehr nahe an. Wir müssen dem Gange der Begebenheiten kaltblütig zusehen und ausschließlich das Interesse unseres eigenen Landes im Auge haben. So muß jedes Volk handeln, und nur dann, wenn die Lebensinteressen verschiedener Völker in einem entscheidenden Punkte zusammenfallen, kann Gemeinsamkeit in politischem Fühlen und politischem Verstehen auch zu gemeinsamem Handeln erstarken. Falls Schweden und Finnland in einer gewissen Lage aufeinander angewiesen sind, um leben zu können, dann haben sie eine gemeinsame Sache, sonst nicht. Wir müssen uns rechtzeitig über die Existenzfrage Finnlands klar werden und prüfen, inwiefern sie mit der Schwedens zusammenhängt. Dabei ist es nun unsere nächste Aufgabe, uns in das finnländische Problem zu vertiefen und zuerst die Antwort auf eine sehr verwickelte Frage zu suchen, nämlich auf die Frage: „Was ist eigentlich das Volk Finnlands mit seinen beiden Rassen, seinen beiden Nationen und seinen beiden Sprachen? Ist die Vaterlandsliebe in Finnland das chronische Leiden eines in zwei Hälften zerschnittenen Herzens, eine mißtönende Halbheit, die nie zur Einheit werden und nie ein Ganzes bilden kann? Oder gibt es über Finnlands nationaler Zweiheit eine vaterländische Gemeinsamkeit beider Nationen und zwar nicht nur die durch die Finnlands Schweden und Finnen in gleicher Weise bedrohende russische Gefahr naturgemäß hervorgerufene, sondern auch eine tiefere Gemeinsamkeit, die nichts mit der politischen Bedrückung zu tun hat und der wirkliche finnländische Wesengrund ist, worin die beiden Nationen wurzeln? Ein Volk muß in der tiefsten Tiefe seines Wesens fühlen, daß es ein Vaterland besitzt und daß in seinem heiligsten Inneren eine nationale Stimme spricht, wenn es imstande sein soll, sich von höheren Eingebungen als bloßer Erwerbsselbstsucht leiten zu lassen. In der Liebe erreicht das Leben seine höchsten Höhen, und keine Liebe kann rein und stark bleiben, wenn sie nicht mit der Vaterlandsliebe verknüpft ist. Vollkommen

ist dies Gefühl noch bei keinem Volke auf Erden, aber man findet es bei allen als heiligen Funken, den zwar viel erstickender Rauch umgibt, der aber doch für das Höchste erglüht, das uns Menschen hienieden gegeben ist — für das Vaterland. Ist nun Finnland eine politische Walstatt, auf welcher die schwedische und die finnische Nation, die germanische und die mongolische Rasse, einander bekämpfen, oder ist es ein von beiden eroberter sicherer Besitz? Wird das Land dereinst einer der beiden Rassen zufallen und ist der Streit, den wir sie seit vielen Jahrhunderten führen sehen, ein Ausrottungskrieg, ein rein darwinistischer Kampf ums Dasein? Oder wird der Zwist einen harmonischen Abschluß finden, ohne das eine der beiden Nationen ausgerottet worden ist? Wahrlich, wir Schweden müssen erst wissen, was wir von dieser Daseinsfrage Finnlands zu halten haben, ehe wir daran denken, Schwedens außenpolitische Stellung zu einer Lage, die sehr wohl in der Schlußphase des Krieges entstehen kann, festzulegen. Untersuchen wir also dieses innerste Problem Finnlands!"

* * *

Finnland wird von zwei der Rasse und der Sprache nach sehr verschiedenen Nationalitäten bevölkert, den Schweden und den Finnen, die lange schon einander in beständigem Kampfe gegenüberstehen. Wir haben es hier nicht mit einer ungeschliffenen künstlichen Parteifehde zu tun, auch nicht mit einem hauptsächlich durch soziale und privatpsychologische Sonderverhältnisse hervorgerufenen gewöhnlichen Parteigegensatze, wie wir ihn in Schweden haben und der jedes nationale Fortschreiten begleitet. Das Rechts- und Linksstehen der politischen Parteien ist jedem gesunden Volkskörper nötig. Sie gehören zueinander wie der rechte und der linke Arm, wenn sie sich auch während des Marsches nach verschiedener Seite hin bewegen müssen, um das Gleichgewicht zu erhalten. Die politischen Parteien Finnlands lassen sich gewiß auch auf einen solchen Parteigegensatz zurückführen, aber der tiefste Gegensatz innerhalb des dortigen Parteilebens ist nicht der zwischen rechts und links, konservativ und liberal, sondern der zwischen schwedisch und finnisch. Es handelt sich um nichts Geringeres als um das Leben der Nationalität, deren Vertreterin die Partei ist. Am deutlichsten gewahrt man dies jetzt an der Minderheitspartei, der Trägerin des Schwedentums. Sie sieht sich in ihrer kulturellen Eigenart immer mehr bedroht, je mehr die Wirkungen des 1906 eingeführten allgemeinen Stimmrechtes für Männer und Frauen, wodurch das finnische Element unter den 200 Landtagsabgeordneten eine große Mehrheit erhalten hat, in sichtbarer und fühlbarer Weise hervortreten. Es zeigt sich, daß der finnländische Staat in seinem Verhalten gegen die schwedische Kultur in Finnland immer kühler wird.

Der Gegensatz zwischen schwedisch und finnisch wurzelt dort in dem Rassengegensätze zwischen Germanen und Mongolen. Wenn schon der Gegen-

satz zwischen schwedischem und norwegischem Wesen, während doch sowohl Rassengemeinschaft wie skandinavisches Stammesgefühl die beiden Völker miteinander verknüpften, im Jahre 1905 zur Trennung führen konnte, so ist es ja selbstverständlich, daß der Gegensatz zwischen schwedischem und finnischem Wesen, wobei alle Rassen- und Stammverwandtschaft fehlt, als durchaus reale Macht im Zeichen der Spaltung steht. Es kommt nun darauf an, ob über einer solchen Macht noch eine andere steht, welche die auseinanderstrebenden Teile zusammenhalten kann.

Es wird freilich in Finnland allgemein anerkannt, daß die schwedische Kultur das Volk aus dem Naturniveau emporgehoben, den finnländischen Staat rechtlich gefestigt und ihm dadurch auch bei den vielen Niederlagen seit 1898 das Behaupten seiner Rechtsordnung gegen die russische Gewaltherrschaft ermöglicht und seinem geistigen Leben durch die schwedische Mission seine protestantische Frömmigkeit gegeben habe. Hier haben die germanischen Rasseneigenschaften mit ihrer tapferen Tatenlust und ihrem reichen Intellekte einer hohen Zivilisation Bahn gebrochen, einer Zivilisation, die Finnland heute als etwas anderes dastehen läßt, denn als einen verwundeten Wilden und es in der schweren langen Zeit der Not zu dem gebildetsten und darum geduldigsten Märtyrer Europas gemacht hat. Sogar von ausgeprägt fennomanischer Seite her versucht man dieses Werk des Schwedentumes nicht zu verkleinern, denn die Geschichte Finnlands läßt sich nicht willkürlich ändern. Aber man versucht die heutige Bedeutung des Schwedentums wegzudeuten und den Leuten einzuschärfen, daß es, seitdem Finnland Kulturland geworden, eigentlich nur ein dünner Firnis sei, der sich leicht abkratzen und durch rein finnländische Kultur ersetzen lasse, wenn nur die finnischen Schweden die finnische Sprache annähmen.

Der Kampf zwischen schwedisch und finnisch gilt dort ausschließlich den beiden Sprachen und den mit ihnen zusammenhängenden Kulturwerten. Einige chauvinistische Finnen behaupten, daß es in Finnland zwar schwedischsprechende Finnen, aber keine Schweden gebe. Letztere verfechten ihrerseits das Recht, sich zum Unterschiede von den Finnen wirklich Schweden zu nennen, weil sie dem skandinavischen Zweige der germanischen Rasse angehören, während die Finnen Mongolen sind. Durch das vorzügliche, von mehreren Schweden Finnlands herausgegebene Werk „Schwedisch in Finnland" erhält man einen guten Einblick in diesen Kampf der Schweden um ihre Sprache und ihre nationale Eigenart. Im Einleitungskapitel betont Artur Ellund, daß die finnischen Bestrebungen, die darauf ausgehen, das Schwedentum als realen Faktor wegzuerklären — der Verfasser nennt dies „das Hasenpfotensystem in der Nationalitätsfrage" — sich in letzter Zeit genötigt gesehen haben, einer ganz entgegengesetzten Tendenz, die ebenfalls von Finnen verfochten wird, Raum zu gewähren. Diese Tendenz bemüht sich, die Eigenschaften der finnischen Rasse im Guten und Bösen festzustellen, um einen eigenen Typus, ein eigenes Ideal zur Leitung

der rein finnischen Entwicklungsbestrebungen zu bilden. Man will „das Urfinnische betonen und es in allen Formen der Kultur auskristallisieren", und Eklund ist überzeugt, daß diese Richtung immer mehr vorherrschen werde. Unter ihren Vertretern sieht man den bedeutendsten Romanschriftsteller des Finnentums: Johani Aho.

Dieses nationale Sichsammeln um einen finnischen Urtypus hat schon zu einer ähnlichen Konzentration um den schwedischen Urtypus geführt. Es gab eine Zeit, da viele unter den Schweden, die früher beinahe allein Träger der Bildung in Finnland waren, sich aus demokratischer Pflicht, Kenntnisse unter dem Volke zu verbreiten, der fennomanischen Bewegung anschlossen und ihre Kinder in finnische Schulen schickten. Jetzt ist eine Gegenbewegung eingetreten. Die Schweden erkennen immer deutlicher, daß die Finnen sie schon durch bloßen mechanischen Druck als die große Mehrzahl des Volkes bekämpfen, und daß es nun gilt, Widerstand zu leisten, die schwedische Muttersprache hochzuhalten und als Wächter der schwedischen Kultur aufzutreten.

Die Lage in Finnland zeigt also das Bild zweier, der Rasse und der Sprache nach wesentlich verschiedener Volkselemente innerhalb ein und desselben Landes und ein und desselben Staates. „Wir jetzt lebenden Schweden Finnlands", sagte Artur Eklund, „haben unseren Standpunkt völlig klar erkannt. Das unklare Umhertasten und der Kampf, wobei die Schweden ihren Standpunkt gefunden haben, liegt für uns jetzt in der Vergangenheit. Das damals wiedererwachte Gefühl des Schwedentums hat seitdem tiefere Wurzeln geschlagen und ist durch die Berührung mit schwedischen Leuten des Volkes und die Bestrebungen, die Schätze der alten Bauernkultur wieder ans Tageslicht zu bringen, reicher an Inhalt geworden, hauptsächlich durch jene Bemühungen, deren bester Vertreter der Verein Brage ist und denen wir vor allem eine schöne Ernte alter Volksmelodien, des feinsten, zartesten Ausdruckes der Stimmungen der Volksseele, verdanken. Wir haben auch das Fiasko erlebt, das die während der Bobrikoffschen Zeit gehegten Hoffnungen auf ein engeres Miteinandergehen der Sprachgruppen gemacht hat. Und wir sehen, wie man auf finnischer Seite durch Versuche, das Rassenbewußtsein zu stärken und dessen Ideal zu verwirklichen, dazu beiträgt, die Linien und Grenzen klar und deutlich hervortreten zu lassen. Wir fühlen, wo die Bande fester gezogen werden, und wir sehen, wo sich die Kluft verbreitert. Wir kennen unsere Vergangenheit und unseren Ursprung, die uns und dem Volke Schwedens gemeinsame Vergangenheit, sowie unseren und ihren gemeinsamen Ursprung. Wir schauen noch weiter in die Zeiten zurück, noch weiter um uns herum, und wir erblicken dann unsere germanische, unsere arische Herrschaft und gewahren unsere Verwandtschaft mit allen jenen Völkern, die hauptsächlich die uns bekannte Geschichte gemacht und die Kultur erschaffen haben, auf welche hin wir die Welt erobern werden. Gobineaus und Chamberlains stolze, glänzende Visionen steigen vor unserem inneren Auge auf: wir gehören zu den Helden der Epopöe. Auf der Nordostgrenze des Ger-

manentums, innerhalb des Gebietes Finnlands haben Skandinavier, Schweden, Abkömmlinge des am ausgeprägtesten germanischen Volksstammes sich angesiedelt und behauptet und dort, trotz ihrer geringen Anzahl, trotz ungünstiger Naturverhältnisse, ein festes Gesellschaftsgebäude, klare Rechtsbegriffe, Freiheit und Kultur geschaffen".

Soweit Eklund. Die Einwendung, daß es infolge der allgemeinen Rassenkreuzung keine reinen Rassen mehr gebe, weist er mit der Erklärung zurück, daß der schwedische Bauernstand Finnlands in hohem Grade reinrassig sei, während der finnische dagegen mehr Mischblut enthalte. Letzterer habe große Teile der schwedischen Bevölkerung, die einst wahrscheinlich viel größere Teile des Landes bewohnt hatte, aufgesogen. Rassengegensatz sei dort trotz aller Mischung vorhanden.

Finnland besitzt über drei Millionen Einwohner. Unter diesen sind dreihundertundsiebzigtausend Schweden, also ungefähr ein Achtel der Gesamtbevölkerung. In seiner Studie „Die Sprachgrenze nach 1800" (in der Zeitschrift „Schwedisch in Finnland") gibt Gabriel Nikander einen interessanten, ins einzelne gehenden Bericht über die kirchspielweise festgestellte Verbreitung der schwedischen Bevölkerung in den verschiedenen Landesteilen Finnlands. Er bezeichnet das Jahr 1870 als den Wendepunkt in der Geschichte des Schwedentums. Schon die Notjahre 1867 und 1868 trieben große Scharen Finnen nach den schwedischen Gegenden Südfinnlands hinunter, und viele dieser Einwanderer haben sich dort dauernd niedergelassen, wodurch das schwedische Element in mehreren Kirchspielen zurückgedrängt wurde. Zu gleicher Zeit wurde Finnland immer mehr industrialisiert, was manchen Schweden von der Landwirtschaft fort in die Städte lockte, während finnische Elemente in die leer gewordenen Stellen auf dem Lande einrückten. In dem überwiegend schwedischen Österbotten begann in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das Auswandern nach Amerika in großem Umfange, und noch heute ist dies die größte Gefahr, die dem Erhaltenbleiben des schwedischen Elementes in Finnland droht. Vielleicht ist, von sozialen Verhältnissen abgesehen, hauptsächlich die altskandinavische Wikingerlust am Streifen in die Ferne dasjenige, was den Auswandererstrom in Finnland ebenso wenig versiegen läßt wie in Schweden und Norwegen.

Die schwedische Bevölkerung Finnlands wohnt hauptsächlich an der Küste und auf den Inseln. Infolge der engen Verbindung mit Schweden ist sie auf den Alandsinseln am ausgeprägtesten. Das sich gegen das finnische Element am schärfsten abhebende Schwedentum findet man im Norden bei den Schweden Österbottens, wo die Selbsterhaltung sich bisweilen zur Feindseligkeit steigert. Dort kommen sehr selten Ehen zwischen den beiden Rassen vor.

Was nun die Städte Finnlands anbetrifft, so ist eine Verminderung der Zahl der Schwedischsprechenden während der letzten dreißig Jahre nur in Nykarleby, Kristinestad und Borga zu verzeichnen, während Gamlekarleby und Kaskö auf dem status quo geblieben sind, und in Helsingfors, Abo, Wasa

und Hangö sogar eine Zunahme stattgefunden hat. Vergleicht man dagegen das Prozentverhältnis zwischen Schweden und Finnen, so haben sich diese mehr vermehrt als jene. In den zwanziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts wohnten in Helsingfors viermal soviel Schweden wie Finnen, und noch 1845 machten die letzteren nur 30 Prozent der Einwohnerschaft aus. Seitdem hat die finnische Einwanderung immer größeren Umfang angenommen, so daß im Jahre 1880 die Bevölkerung der Hauptstadt nur noch wenig über die Hälfte schwedisch ist, um im Jahre 1910 auf nur 37 Prozent hinunter zu gehen, obwohl, absolut genommen, die Zahl der Schwedischsprechenden in den letzten dreißig Jahren sich mehr als verdoppelt und in den neunziger Jahren sogar außerordentlich zugenommen hat.

Offizielle Ziffern, die ich der „Offiziellen Statistik Finnlands" bis 1813 (dem letzten mir zugänglichen Jahrgange) entnommen habe, zeigen, daß das schwedische Volkselement in Finnlands Städten immer mehr durch finnische Einwanderung verdünnt wird. Die schwedischen Staatsschulen müssen den finnischen weichen, was natürlicherweise großen Einfluß auf die Sprachrivalität zugunsten der Finnen hat. Auch auf dem Lande unterliegt die schwedische Kultur im Kampfe gegen das Finnentum, wenn auch keine Vernichtung zu befürchten ist. Eingehendes Studium der Schulstatistik läßt diese Verschiebung zum Nachteile des Schwedischen deutlich erkennen.

Die gesamte Schülerzahl der Volksschulen auf dem Lande (die Kleinkinderschulen nicht mitgerechnet) betrug im Schuljahre 1912 bis 1913 143597 Kinder, unter denen 126617 auf Finnisch und 16980 auf Schwedisch unterrichtet wurden. Die entsprechenden Ziffern aus den Städten waren in demselben Schuljahre 8179 und 30648.

Beim Vergleichen der Tabellen sieht man, daß die finnischen Schulen auf dem Lande, deren es im Schuljahre 1908 bis 1909 nur 2394 gab, sich seitdem um 253 vermehrt hatten, was eine Zunahme um 9,5 Prozent bedeutet, während die schwedischen, die von 383 auf 421 gestiegen waren, um 38, also 10 Prozent zugenommen hatten. Die Zunahme der Schülerzahl beträgt in den finnischen Schulen auf dem Lande 20826 Kinder oder 19,6 Prozent und in den schwedischen 1418 oder 9,1 Prozent. Für die Volksschulen der Städte sind die jenen entsprechenden Ziffern 2179, beziehungsweise 7,6 Prozent und 144, also 1,6 Prozent. Hinsichtlich der zweisprachigen Schulen, deren Anzahl ja nicht gering ist, gibt die Statistik keine Auskunft über die Schülerzahl.

Wir sehen folglich, daß die prozentualische Zunahme finnisch sprechender Landesschulkinder während der angegebenen Zeit mehr als doppelt so groß gewesen ist wie die der schwedisch sprechenden, und in den Städten fällt der Vergleich noch günstiger für die finnische Sprache aus.

Erweitern wir den Rahmen der Vergleichung noch um das letzte Jahrzehnt, so betrug die Schülerzahl an den Volksschulen (ausschließlich der Kleinkinderschulen) während des Schuljahres 1903 bis 1904 in Finnland auf dem Lande

nur achtzigtausendeinundsechzig Kinder in finnischen und zwölftausendneunhundert in den schwedischen Schulen. Die Zunahme machte während der zehn Jahre (bis zum Ende des Schuljahres 1912 bis 1913) sogar sechsundvierzigtausendfünfhundertsechsundfünfzig Kinder oder 58,7 Prozent in den finnischen Schulen aus, in den schwedischen aber nur viertausendachtzig oder 31,6 Prozent. Für die Städte läßt sich keine genaue Berechnung anstellen, weil die offizielle Statistik über das Schuljahr 1903 bis 1904 sowohl Abendschulen, wie Fortbildungsschulen und die Schulen für zurückgebliebene Kinder mit zu den Volksschulen rechnet, während solche Schulen in der Statistik über das Schuljahr 1912 bis 1913 in eine besondere Rubrik aufgenommen worden sind.

Dieser großartige Fortschritt der Volksbildungsarbeit in Finnland, wodurch sich während des letzten statistisch vorliegenden Zeitabschnittes die Anzahl der Volksschulen mehr als verdoppelt hat, ist um so bewunderungswürdiger, als das planmäßige Bestreben der russischen Regierung, die kulturtragende Kraft des Volkes zu verringern, gerade in dieser Zeit sehr fühlbar war. So erhielt das Volksschulwesen der Städte im Jahre 1912 keine Staatsunterstützung, die noch 1911 über eine halbe Million und 1910 mehr als eine Million Mark betragen hatte. Die Kosten der Volksschulen der Landgemeinden betrugen 1913 im ganzen dreizehneinhalb Millionen Mark, wozu der Staat ungefähr die Hälfte beisteuerte.

Das russische Regime hat nach und nach dahin geführt, daß den Volkshochschulen Finnlands, deren es im Schuljahre 1912 bis 1913 im ganzen einundvierzig (siebenundzwanzig finnische und vierzehn schwedische) gab, jegliche Staatsunterstützung entzogen worden ist. Noch im Jahre 1911 hatte der Staat 376464 Mark dazu veranschlagt, die Summe aber im folgenden Jahre auf 112500 Mark heruntergesetzt und diesen Beitrag nur den landwirtschaftlichen und den Haushaltsschulen zugebilligt. Trotz dieses harten Schlages ging keine Volkshochschule ein, wenn auch die Schülerzahl sowohl in den schwedischen wie in den finnischen ein wenig abnahm.

Die große Vermehrung der Anzahl der Volksschulen Finnlands beruht gegebenerweise auch auf der starken Bevölkerungszunahme. Die Einwohnerschaft des Landes vermehrte sich in den fünfundzwanzig Jahren 1815 bis 1840 von 1096000 auf 1446000; fünfundzwanzig Jahre später, also 1865, betrug sie 1843000; in den fünfundzwanzig Jahren bis 1890 stieg sie auf 2400000, und im Jahre 1912 belief sie sich auf 3200000 Einwohner. Diese Bevölkerungszunahme ist größer als in den meisten europäischen Ländern und die größte in Skandinavien. Ihr jährlicher Zuwachs beträgt 1,38 Prozent, während Deutschland 1,36 Prozent aufweist, Schweden 0,72 Prozent, Dänemark 1,26 Prozent und Norwegen 0,60 Prozent. Geht es so weiter, dann wird dereinst Finnland die Hauptmacht des Nordens sein, die jetzt Schweden ist, vorausgesetzt allerdings, daß es Finnland gelingt, staatliche Selbständigkeit zu erlangen.

Finnlands wachsende Kraft wird besonders durch das finnische Volkselement manifestiert. Aber das schwedische bläst darum noch nicht zum Rückzuge. In dem Maße, wie die finnischen Staatsschulen die schwedischen verdrängt haben, sind mit großer Opferwilligkeit schwedische Privatschulen errichtet worden. Auf der Ostseite des Bottnischen Meerbusens steht das Schwedentum auch auf anderen Gebieten als dem des Schulwesens in hartem Kampfe um sein Leben. So ist die Konkurrenz zwischen den finnischen und den schwedischen Zeitungen schon lange ein Moment jener Fehde gewesen und bis heute geblieben. Es ist der schwedischen Presse an einigen Orten immer schwerer geworden, sich unter dem Drucke der fortschreitenden Verfinnung zu behaupten. Die Zahl der schwedischen Lokalblätter hat sich in den letzten Jahren immer mehr verringert. Sowohl in Fredrikshamn wie in Uleaborg haben die schwedischen Ortszeitungen eingehen müssen. Auch im Privatverkehre zwischen den beiden Volkselementen nimmt das Finnische kraft seines Majoritätsrechtes immer mehr überhand. „Wenn ein Schwede und ein Finne", schreibt F. W. Klingstedt in der Zeitschrift „Schwedisch in Finnland", „tagaus tagein, zusammen in derselben Fabrik arbeiten, so muß der Schwede finnisch lernen, denn der Finne hält bekanntlich eigensinnig an seiner Sprache fest, und es wird ihm in der Regel auch schwer, eine andere Sprache als seine Muttersprache gründlich zu erlernen. Daher wird bei gemischten Ehen auch im Hause meistens finnisch gesprochen".

Finnlands politische Geschichte nach seiner Lostrennung von Schweden ist zum großen Teile auch eine Geschichte des Sprachkampfes. Nach dem 1808 bis 1809 gegen Rußland geführten Kriege befand sich das entsetzlich ausgesogene Land in politischer Hinsicht lange im Verfall, aber in dem Maße, wie die Entwickelung fortschritt und Runeberg durch seine Lieder ein tiefes Vaterlandsbewußtsein in den beiden Nationen Finnlands erweckte, erwachte auch wieder das allgemeine Interesse an politischen Fragen. In den finnisch sprechenden Gemeinden war der Übelstand, das die schwedischen Richter oft die Sprache des gemeinen Mannes nicht beherrschten, sehr fühlbar geworden, weshalb man im Jahre 1851 die Verordnung erließ, daß in den Gegenden, wo das Finnische die Hauptsprache sei, niemals Richter angestellt werden dürften, denen es an vollständigem Vertrautsein mit dieser Sprache fehle. Die Reform wurde bald auf alle anderen Beamten ausgedehnt. Während eines Besuches, den der Zar Alexander der Zweite im Sommer 1863 in Finnland machte, erlangte man die Zustimmung zu einer Verordnung, welche die finnische Sprache im Verkehr der Behörden mit dem Volke der schwedischen völlig gleichstellte. Doch auch dies beendete den Streit noch nicht. Im Jahre 1865 wurde eine neue, ins einzelne gehende Verordnung erlassen. Sie wurde von den Fennomanen so aufgefaßt, als solle dadurch von dem 1863 gegebenen Versprechen des Zaren etwas abgedungen werden. Ihre Führer, der Senator Snellman und Professor Forsman (Yrjö-Koskinen) opponierten aufs heftigste, und der letztere wurde sogar zu einer Geldstrafe wegen Hochverrats verurteilt.

Die Volksvertretung Finnlands ist schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durch die Sprachenfragen in zwei Lager gespalten worden, wobei die Geistlichkeit und der Bauernstand die finnischen Interessen verfochten, während der Bürgerstand und die Ritterschaft für die schwedischen eintraten. Die finnisch gesinnte Partei — „die Jungfinnen" — wandte sich unter Forsmans Leitung gegen die Liberalen, welche die Sprachenfrage in den Hintergrund zu schieben versuchten, weil, wie sie betonten, die soziale und politische Entwicklung in freisinniger Richtung auch der Entwicklung der Bildung und der Sprache nützen werde. Der Vorschlag, an der Helsingforser Universität einen Lehrstuhl des Schwedischen und der nordischen Sprache zu errichten, führte zu einem heftigen Kampfe, worin zwei Stände gegen zwei standen. Schließlich wurde 1876 eine außerordentliche Professur errichtet, die Herr A. O. Freudenthal als erster bekleidete.

Der Irrtum der liberalen Partei in der Sprachenfrage lag, wie Johannes Hedengren („Schwedisch in Finnland") betont, darin, daß man übersah, wie sich die Entwicklung der Sprachfrage immer mehr zu einer Nationalitätsfrage zuspitzte. Erst als die finnisch gesinnte Partei deutlich erkennen ließ, daß ihr Ziel ein einsprachiges Finnland sei, erhob sich der Selbsterhaltungstrieb der Schweden zu neuer Kraft. Freudenthals Sprachforschung führte ihn zu der Entdeckung, daß die schwedischen Bauern Finnlands ein besonderes, wenn auch schlummerndes Nationalbewußtsein hatten. Damit war die Frage auch in die Tiefe hineingetragen, und die Wogen des Kampfes zwischen den beiden Parteien stiegen immer höher. Die Schweden sammelten sich eine Zeitlang (1870 bis 1874) um die kleine Zeitung „Der Wiking", nach welcher sie den Beinamen „Wikinger" erhielten. Aus diesen Wikingern entstand die schwedische Partei, die ihre Politik immer mehr durch Lösung praktischer Aufgaben gekennzeichnet hat.

Die schwedische Partei hat in Finnland treu für ihre Muttersprache und für schwedische Kultur gekämpft. Sie hat mehrere Privatschulen errichtet und eine Zeitschrift, die Schwedische Literaturgesellschaft und den Verein der Freunde der schwedischen Volksschule gegründet. Lange Zeit hindurch ist diese Kulturarbeit auf die „Intellektuellen" beschränkt geblieben, während die finnische Partei eifrig die unteren Schichten der Bevölkerung bearbeitet hat. Erst 1906, als die Volksvertretungsreform durchgeführt wurde und die vier Stände einer demokratischen Kammer Platz machten, wurde die schwedische Partei zur Schwedischen Volkspartei und hatte ihren Schwerpunkt im schwedischen Bauernstande. Jetzt hat sich die ganze schwedische Bevölkerung Finnlands dieser Partei mit ihren den Lebensbedingungen des platten Landes angepaßten sozialen Reformforderungen, die wir hier nicht zu berühren brauchen, vertrauensvoll angeschlossen.

Seit 1905 ist auch eine kräftige Jugendbewegung unter den Schweden Finnlands entstanden. Als am Ende des Jahrhunderts die Verrussung des Großfürstentums begann, näherten sich die schwedische und die jungfinnische Partei einander im Vorgefühle der von außen her drohenden gemeinsamen

Gefahr. Man machte gegen die altfinnische Nachgiebigkeitspartei Front, und durch dieses Zusammengehen wurde die Sprachenfrage in den Hintergrund geschoben. Doch jedesmal, wenn der äußere Druck Rußlands ein wenig nachgelassen hat, ist der sprachliche Nationalitätenkampf in Finnland wieder entfacht worden. Einige finnische Zeitungen begannen 1905 einen heftigen Angriff mit der Losung „Weg mit den Schweden bis zu den äußersten Strandklippen!" Die unteren Schichten wußten nicht, was sie denken sollten und in wem sie ihre Unterdrücker zu sehen hatten, — in den Russen oder in den Schweden. Der sprachlich motivierte Schwedenhaß der altfinnischen Partei hing mit ihrer Nachgiebigkeit gegen die russische Gewaltpolitik zusammen, und mit dieser Partei konnte die Schwedenpartei sich auf keine andere Weise als durch reine Selbstvernichtung versöhnen.

Unter dem Drucke dieser aggressiven Haltung der Finnen bildete sich im Frühling 1906 die Schwedische Volkspartei, und von diesem Zeitpunkte datiert die neue zielbewußte Bewegung des Schwedentums in Finnland. Im Jahre darauf trat der erste Einkammerlandtag mit gründlicher Parteiverschiebung zusammen. Während der Landtage der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatten die Schweden in zweien der vier Stände die Überzahl. Jetzt nach der Volksvertretungsreform gab es unter den 200 Landtagsabgeordneten nur noch 26 Schweden — ein gehöriger Erdrutsch.

In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts machten die Schweden 14,3 Prozent der Bevölkerung Finnlands aus, 1890 betrugen sie 13,5 Prozent, 1900 aber nur noch 12,9 Prozent und 1910 sogar bloß 11,8 Prozent; es hatte in den 40 Jahren also eine Verschiebung zuungunsten des Schwedentums stattgefunden. Die Ursache liegt zum großen Teile an den Schweden selber. Sie nahmen sich von vornherein der Volksbildungsarbeit unter den Finnen mit schöner liberaler Weitherzigkeit an, ließen aber leider oft ihre eigenen Kinder in finnische Schulen gehen und beschleunigten dadurch den Rückgang des Schwedentums. Jetzt haben die Finnen ihre eigene führende Oberklasse, und die Schweden finden hinreichend große Aufgaben bei den rein schwedischen Leuten des Volkes zu erfüllen. Es gibt dort auf dem Lande außer den 14 Volkshochschulen noch 200 Jugendvereine mit 18 000 Mitgliedern, wie uns Einar Pontans in seinem Berichte („Schwedisch in Finnland") mitteilt. Neuerdings sind größere Schenkungen als je zuvor zu rein schwedischen Zwecken gemacht worden, Schweden sind aus zweisprachigen Vereinen ausgetreten, um ihre Kraft ganz auf das nationale Gebiet zu konzentrieren, und am schärfsten wird der Unterschied zwischen Schwedentum und Finnentum jetzt von den schwedischen Studenten Finnlands betont. An der Helsingforser Universität, der einzigen unseres Landes, ist die nyländische Abteilung rein schwedisch geworden, während die aus Nyland stammenden Finnen sich zur südfinnischen Abteilung vereinigt haben, und ebenso haben sich die westfinnische und die österbottnische Abteilung aus sprachlichen Gründen in zwei Teile gespalten. Es sind auch Vorschläge

gemacht worden, die einzige noch übrige zweisprachige Abteilung, die viborgsche, der Sprache nach zu teilen, und auch die Studentenschaft der Technischen Hochschule soll in Finnen und Schweden geschieden werden. Die Studentenschaft der Universität Helsingfors ist als solche noch nicht geteilt, aber im Jahre 1908 wurde von altfinnischer Seite her der Vorschlag gemacht, daß die offizielle Sprache der Studentenschaft finnisch sein solle. Damals entspann sich ein erbitterter Streit, und in der Folge gelang es den Schweden, mit Hilfe der Jungfinnen 409 Stimmen gegen den Antrag aufzubringen, so daß die Altfinnen mit ihren 334 Stimmen die Unterliegenden waren. Sollte das Verhältnis in Zukunft sich anders gestalten, so werden die Schweden natürlich eine besondere Studentenschaft bilden.

Die Schweden Finnlands haben die schwierige Frage zu beantworten: Gehören wir geistig zu Schweden oder zu Finnland? Die darauf zu gebende Antwort ist so bedeutungsvoller Natur, daß sie über die Stellung entscheidet, welche die schwedische auswärtige Politik zu einer in Finnland während des Weltkrieges möglicherweise eintretenden Freiheitsbewegung einnehmen muß. Was ist ein Staat, und was ist eine Nation? Was ist das Schwedentum in Finnland und was das Finnentum? Wir reden von dem Rechte unterdrückter Völker auf eigenes Leben, wir dringen auf Finnlands Befreiung, aber wissen wir auch, was wir wirklich unter „Finnland" verstehen? Die Antwort auf diese schwerwiegende Frage wollen wir in dem nächsten Artikel, der von der Befreiung Finnlands handelt, zu geben versuchen.

Von der Times, der Diktatur und andern Dingen

Die Moskauer liberale, sehr englandfreundliche Zeitung „Rußkija Wedomosti" brachte unter obigem Titel Ende Dezember einen Aufsatz ihres Londoner Berichterstatters, Wladimir Giabotinski, der einerseits das Verhalten der englischen Gesellschaft zum Kriege so treffend charakterisiert, anderseits so wohltuend von der sonst üblichen Englandsverhimmelung der russischen Presse absticht, daß er vielleicht auch deutsche Leser interessieren dürfte. Wir geben ihn hier mit geringfügigen Kürzungen wieder.

„Heute also hat sich ein Ereignis begeben, von dem die Welt natürlich schon durch den Draht und drahtlos in Kenntnis gesetzt worden ist: die „Times" wird fortan $1^1/_2$ Penny kosten und nicht mehr einen, wie früher. England hat dieser Umwälzung all die Aufmerksamkeit gewidmet, deren sie wert ist. In diesem Lande ist alles, womit man in Berührung kommt, kein bloßes Ding, sondern eine „Institution"; jede Straßenlaterne hat ihre Geschichte, und wenn sie repariert werden soll, so entsteht daraus eine ganze „Frage". Und die „Times" ist natürlich eine hoch über allen sonstigen Institutionen stehende Institution. Der Preis von einem Penny für die Einzelnummer stammt zwar nicht aus sehr entlegener Zeit, aber da bei dem hiesigen Klima alles, was existiert, alsbald mit einem ehrwürdigen Schimmel von Tradition und Geschichte bewächst, so wurde auch diese Reform mit aller gebührenden Vorsicht durchgeführt. Die „Times" selbst brachte im Laufe einer ganzen Woche täglich auf ihrer ersten Seite, mitten unter sonstigen Kriegsnachrichten, kleine Betrachtungen über die Gerechtigkeit und Notwendigkeit dieser „Neuorientierung". Die übrige Presse kam dem kühnen Plane mit Aufmerksamkeit und Ehrerbietung entgegen — einige Zeitungen widmeten ihm sogar Leitartikel. Und heute ist die Reform endlich Tatsache geworden.

Bekanntlich ist die Lektüre der „Times" eine ganze Wissenschaft. Jede Nummer faßt gegenwärtig 16 Seiten — die Beilagen nicht mitgerechnet.

Wenn man am Morgen die Zeitung erhält, muß man die Lektüre nicht mit der ersten Seite, sondern von der Mitte aus anfangen. Die wichtigsten Seiten sind 8 und 9. Auf Seite 8 befinden sich eine Übersicht der Tagesereignisse, die wichtigsten Depeschen, und — anderthalb Spalten Theateranzeigen. Seite 9 beginnt mit zwei oder drei Leitartikeln, dann kommen Parlamentsnachrichten und die bemerkenswertesten Zuschriften an die Redaktion.

Das übrige Material ist rechts und links von diesem Zentrum verteilt. Links, d. h. zur Titelseite hin, befinden sich die übrigen Depeschen und Zuschriften, militärische und politische Aufsätze, Verlustlisten, Ordensauszeichnungen, Biographien aller gefallenen Offiziere und Berichte über die Gerichtsverhandlungen. Rechts kommen zwei bis drei Spalten mit Hofnachrichten, Parlamentsberichte, zwei bis drei Aufsätze leichterer Art (darunter wöchentlich ein Pariser Modebrief) und wieder Zuschriften an die Redaktion; den Schluß macht die City-Chronik, die zwei oder mehr Seiten umfaßt. Endlich die Anzeigen, an denen aber die „Times" durchaus nicht sehr reich ist; ihre Hoheit, die stellensuchende Köchin, dieser Eck- und Grundstein jeder soliden Zeitungsexistenz, zieht die „Morning Post" und den „Daily Telegraph" der „Times" bei weitem vor.

Das also wäre die „Times". Natürlich handelt es sich hier nicht um eine bloße Verteilung des Stoffes. Alles das fußt auf uralter Tradition. Die Gepflogenheit, diese oder jene Nachrichten gerade an dieser Stelle zu bringen, hat sich in dem und dem Jahre ausgebildet, und diese oder jene Rubrik ist dann und dann eingeführt worden. Mit solchen Dingen scherzt man nicht. Als es sich herausstellte, daß infolge der stark gestiegenen Papierpreise die Zeitung wöchentlich gegen tausend Pfund Verlust hatte, sah sich die Schriftleitung vor die große Frage gestellt: Soll sie sich von jetzt ab wirklich kürzer fassen? In Abhandlungen von der Art der oben erwähnten wurde diese Frage auch den Lesern vorgelegt. Die allumfassende Fülle der „Times" — hieß es dort — sei eine uralte Institution. Die Hofnachrichten, die Aufzählung der Ordensauszeichnungen und Beförderungen in allen Ressorts, die Zuschriften an die Redaktion — das alles seien „geschichtliche Eigentümlichkeiten" der Zeitung. Durfte man die so ohne weiteres fallen lassen? Wäre es nicht richtiger, daß jeder Leser einen halben Penny mehr opferte? Die Abhandlungen schlossen mit der Behauptung, das letztere wäre vorzuziehen. Hoffen wir, daß auch die Leser ihre Zustimmung dazu geben.

Aber die Sache hat noch einen Haken. Die „historischen Eigentümlichkeiten" der „Times" werden auf Papier gedruckt. Das Papier aber wird in England eingeführt — und zwar zum Teil in Gestalt von Rohmaterialien, zum Teil schon fertig hergestellt. Sehr bescheiden gerechnet, verbraucht die „Times" gegen 500 Tonnen Papier wöchentlich. Das macht 25 bis 30 000 Tonnen jährlich. Diese Tonnen kommen aber nicht durch die Luft geflogen, sondern werden auf Dampfschiffen nach England gebracht. Würde nun die „Times" ihren Umfang um die Hälfte verringern, so könnten jährlich 15 000 Tonnen Getreide oder was weiß ich noch alles nach England geschafft werden. Ferner: die „Times" gibt den Ton an. Dieser Tage erhöhen auch alle übrigen Zeitungen den Bezugspreis. Hätte die „Times" das entgegengesetzte Beispiel gegeben, so hätten alle großen Blätter sich ihr angeschlossen. Im Jahre 1914 wurden für 7 Millionen Pfund Sterling Papier und für sechs Millionen Zellulose und sonstiges Rüstzeug der siebenten Großmacht ein-

geführt. Wie viel Tonnen sind das? Und wie viel Tonnen könnten erspart werden?

Freilich müßte man dazu auf die geschichtlichen Eigentümlichkeiten verzichten. Die „Times" müßte z. B. die Hofnachrichten kürzen oder ganz fallen lassen. Sie dürfte nicht mehr berichten, daß die Marquise of Ail von ihrem Schloß Culzeon Castle nach London abgereist sei, und daß demnächst die Vermählung des Oberleutnants D. mit Miß M. stattfinde, der zweiten Tochter des verstorbenen Mister M. und seiner noch lebenden Gattin, Mistreß M. aus Holmsey-Line. Das alles müßte wegfallen.

Oder die Zuschriften an die Redaktion. Kürzlich hatte die bekannte Miß Hobhouse mit Genehmigung der deutschen Militärverwaltung Belgien bereist und teilte in einer Zuschrift an die Redaktion mit, Löwen sei unversehrt geblieben, mit Ausnahme der zerstörten Stadtteile. Sofort regnete es Proteste von allen Seiten. Man fragte, was Miß Hobhouse in Deutschland zu suchen gehabt hätte; man erklärte, Löwen sei vollständig zerstört — mit Ausnahme der unversehrt gebliebenen Stadtteile. Zählt man all diese Zuschriften zusammen, so erweist es sich, daß an Stelle des auf die Hetzerei der Miß Hobhouse verschwendeten Papiers genug Eier nach England hätten eingeführt werden können, um die Versorgung einer ganzen Grafschaft für mindestens einen Tag sicher zu stellen.

Aber gegen die „historischen Eigentümlichkeiten" läßt sich nicht ankämpfen. Die Lebensmittelpreise steigen unausgesetzt, die U-Boote arbeiten unermüdlich, jeder Quadratzentimeter Schiffsraum wird mit Gold aufgewogen — aber die Leute kommen nicht auf den doch so einfachen Gedanken, diesen Schiffsraum vor allem von den historischen Eigentümlichkeiten zu säubern und den freigewordenen Raum mit Tausenden von Tonnen Getreide, Kartoffeln, Milch und Fleisch auszufüllen.

Wenn der Krieg genügend lange dauert, wird es natürlich auch dazu kommen. Der Augenblick muß kommen, wo alle einsehen, daß es unvernünftig ist, Papier und Zellulose für unnütze Dinge einzuführen, wenn der Ausgang des Weltringens selbst in erster Linie von einer vernünftigen Ausnutzung des Frachtraums der Schiffe abhängt. Wenn das erst allen klar geworden ist, wird auch die „Times" nicht mucken. Sie wird die geschichtlichen Eigentümlichkeiten fahren lassen und ihren Umfang um die Hälfte, um ein Viertel, oder um wieviel es eben nötig sein sollte, verringern. Aber das wird erst dann geschehen, wenn es klar geworden ist, daß es geschehen muß. Neugierige werden fragen: Ist denn das nicht jetzt schon völlig klar? Leider muß ich antworten: Nein, augenblicklich noch nicht. Die Neugierigen werden staunend weiter fragen: Wieso denn? Wie viel Zeit und welcher Art Anschauungsunterricht sind denn noch nötig, um die Leute dazu zu bringen, einen so einfachen Schluß aus der augenfälligen Not des Augenblicks zu ziehen? Darauf kann ich nur antworten: Das weiß kein Mensch zu sagen.

Wir stehen hier vor einem Geheimnis der Volkspsychologie. Und alles Tadeln, Bemäkeln, Kritisieren wäre zwecklos. C'est à prendre ou à laisser.

Als ich diesen Aufsatz begann, wollte ich eigentlich nicht von der „Times" reden, sondern von der „Lebensmitteldiktatur". Der übermäßige Papierverbrauch ist ja schließlich eine Kleinigkeit. Wenn im Lande die Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit gepredigt wird, handelt es sich um Millionen von Tonnen, nicht um Tausende. Aber Kleinigkeiten sind bezeichnend, besonders in diesem Falle. Es handelt sich doch um Zeitungen, die die eigentlichen Führer jener Bewegung sind, die Fortführung des Krieges bis zum vollen Siege verlangen, gleichviel was für Opfer das auch kosten möge. Die Einschränkung des Umfangs ist für eine Zeitung entschieden vorteilhafter, als die Erhöhung des Bezugsgeldes; es geht also in keinem Falle an, von „Geschäftsinteressen" zu reden. Wir haben einfach ein Beispiel jener organischen Abneigung gegen alles Neue vor uns, die das Tempo der englischen Mobilmachung der nationalen Kräfte und damit auch das Tempo des ganzen Krieges in so hohem Maße bedingt. Das nämliche wird auch bei der „Diktatur" zutage treten. Schwieriger als der Kampf gegen die U-Boote und gegen die Machenschaften der Spekulanten wird dem Lebensmitteldiktator der Kampf gegen die geschichtlichen Eigentümlichkeiten werden — vor allem gegen jene, die sich in den Satz fassen läßt: Klappe den Regenschirm nicht eher auf, als bis du ganz naß geworden bist.

Die Idee der Diktatur selbst ist um rund zwei Jahre zu spät gekommen. Vom ersten Tage des Krieges an war es klar, daß der Erfolg ebenso sehr von der Handelsflotte abhängt, wie von der Kriegsflotte, und daß der Verbrauch auf das Allernotwendigste beschränkt bleiben müsse. Ja, das war eigentlich schon vor dem Kriege klar, — war es immer. Das Gespenst der Lebensmittelnot hat England immer gepeinigt; als die ersten, noch sehr unvollkommenen Tauchboote aufkamen, brachte man hier die neue Erfindung sofort mit der Verpflegungsfrage in Verbindung. Statt daß man nach deutschem Muster Bestandsaufnahmen vorgenommen und Lebensmittelkarten eingeführt hätte, begnügte man sich — Sparsamkeit zu predigen. Auf diese Propaganda ist so viel Zeitungs- und Plakatpapier verschwendet worden, daß es ein Leichtes gewesen wäre, an dessen statt einen großen Teil der besten australischen Ernte herüberzuschaffen. Daß die Propaganda keinen Erfolg haben würde, war vorauszusehen. Der Krieg wirkt erregend auf die Nerven; die Atmosphäre, die er schafft, treibt ebenso wohl — ja vielleicht noch mehr — zum Verschwenden an, wie zum Sparen. Besonders in einem Lande, das geographisch durch den Krieg nicht berührt ist. Dagegen mit Predigten und Plakaten anzukämpfen, ist zwecklos.

Und wenn es nun zur behördlich vorgeschriebenen Regelung des Verbrauches kommen sollte, so wird wieder — wie später noch tausendmal — die angeborene Abneigung gegen jeden Zwang, jede Registrierung, jede unmittelbare

Berührung zwischen Staatsgewalt und Privatpersonen zutage treten. Schon jetzt wetteifern die Zeitungen im Beschwichtigen, während sie scheinheilig die neuen Maßregeln preisen. Vor allem verkünden sie, daß die Einführung von Brot- und sonstigen Karten vorläufig nicht beabsichtigt sei. Augenscheinlich werden vorläufig nicht die Verbraucher, sondern nur die Erzeuger und Verkäufer unter Aufsicht gestellt. Dem Müller wird vorgeschrieben werden, nur eine ganz bestimmte Sorte Mehl herzustellen, und jeder Bäckerei nur das festgesetzte Quantum zu liefern; der Bäcker wird an jeden einzelnen Käufer nur eine bestimmte Menge Brot abgeben dürfen. Das Ergebnis wird ein vollständiges Durcheinander sein: der Bäcker wird erklären, er könne sich unmöglich merken, wer heute schon sein Brot geholt habe und wer nicht, und ganz und gar außerstande wäre er, festzustellen, ob Mistreß Jones ihre vier Töchter nicht in vier verschiedene Bäckereien geschickt habe. Endlich wird es zu richtigen Brotschlachten kommen — und die Ordnung wird erst wiederhergestellt sein, wenn die Marken da sind. Das wissen alle sehr gut, und darum sagen sie auch, die Einführung von Lebensmittelmarken sei „vorläufig" noch nicht beabsichtigt. Wenn sie aber später doch kommen sollen, warum führt man sie nicht gleich ein? Das wäre gegen die Tradition!

Eine große Rolle spielt auch die Frage der Speisekarte in Klubs und Gasthäusern. Die Klubs haben sich übrigens den Verhältnissen angepaßt; die Mehrzahl hat ein vereinfachtes Menü für Lunch und Abendessen zu $2^1/_2$ und 3 Shilling eingeführt. Aber die Gasthäuser können sich dazu nicht entschließen. Sie berufen sich darauf, daß ihre Gäste zum größten Teil beurlaubte Offiziere seien, denen man nicht zumuten könne, sich einzuschränken. Nun ist es ja richtig, daß einer, der vielleicht zum letztenmal in seinem Leben in gemütlicher Umgebung ißt und trinkt, dieses auch gründlich tun möchte. Aber die Herren Offiziere sitzen niemals allein bei Tisch; sie befinden sich immer in größerer Gesellschaft, und natürlich will keiner dem anderen nachstehen — und so werden täglich tausende von Fleischportionen verschwendet, die gespart werden könnten. Die Zeitungen verkünden, daß gegen die Gasthäuser „vorläufig" nicht eingeschritten werden solle — einmal aber muß es doch dazu kommen, und dann wird es sich zeigen, daß ein beurlaubter Offizier ebenso gemütlich für 3 Shilling soupieren kann, wie für ein $^1/_2$ Pfund. Alles wird kommen, alles wird sich machen lassen, die Regenschirme werden alle einmal aufgeklappt, aber erst muß man tüchtig naß geworden sein.

Ich bitte alles hier Gesagte nicht für Ironie zu nehmen. Ich bin fest überzeugt, daß die Mobilmachung der englischen Volkskraft allmählich bis zu ihrem Höhepunkt gelangen wird, daß alles, was bisher noch nicht geschehen ist, geschehen wird. Alles wird zu seiner Zeit kommen. Ob aber unser aller Kräfte noch ausreichen, diese Zeit zu erleben — das ist die Frage.

Wilsons Friedensliga

Von Dr. H. Handke

Um es voraus zu nehmen: die Adresse des Präsidenten Wilson an den Senat, die er auch den fremden Mächten überreicht hat, bezieht sich grundsätzlich nicht auf den Frieden, der irgendwann einmal diesen Weltkrieg beenden wird, sondern auf die von Wilson längst geplante Friedensliga, die den geschlossenen Frieden zu einem Frieden von unbegrenzter Dauer gestalten, ja die Wiederkehr von Kriegen überhaupt unmöglich machen soll. Wilson betont ausdrücklich, „der gegenwärtige Krieg muß zuerst beendet werden", auch werde die amerikanische Regierung den Friedensbedingungen der kriegführenden Mächte keinen Widerstand entgegensetzen, oder versuchen, sie ungültig zu machen, „wie immer sie auch beschaffen sein mögen". Das hindert ihn allerdings nicht, auch bezüglich des den Weltkrieg einst beendenden Friedens Wünsche und Ratschläge zu äußern, die aber keinen Anspruch auf eine Mitbeteiligung Amerikas an diesen Friedensverhandlungen darstellen, da sich seine Vorschläge ja grundsätzlich nicht auf den Friedensschluß, sondern auf die Schaffung einer Friedensliga beziehen. In dieser Hinsicht berührt sich der Standpunkt Wilsons erfreulicherweise mit dem Deutschlands, das ja bekanntlich von Anfang an zum Ausdruck gebracht hat, daß der Frieden ohne eine Vermittlung oder Hinzuziehung einer dritten Macht von den Kriegführenden selbst zustande gebracht werden müsse, und das dementsprechend genötigt gewesen wäre, eine derartige Vermittlung abzulehnen.

Es ist das nicht der einzige Berührungspunkt der Adresse mit dem deutschen Standpunkt, vielmehr zeigt diese Darlegung der amerikanischen Wünsche eine weit größere Übereinstimmung in den Zielen Deutschlands und Amerikas, als man nach der Haltung, die Amerika in diesem Kriege gegen Deutschland eingenommen hat, glauben sollte und rechtfertigt durchaus die vielfach in der Presse und auch in den amtlichen deutschen Noten zutage getretene Anschauung, daß Deutschland und Amerika in diesem Kriege in sehr vielen Punkten hätten zusammengehen können. Was Wilson z. B. über die Freiheit der Meere und die Notwendigkeit freier Zugänge zum Meere als ein Vorbeugungsmittel künftiger Kriege ausführt, wird man deutscherseits durchaus unterschreiben können, denn für die Freiheit der Meere kämpft Deutschland in diesem Kriege gegen England, das durch seine Zwingburgen, unter denen nur Gibraltar, Suez, Singapore genannt seien, das freie Meer in Fesseln geschlagen hat und eine unerträgliche Seetyrannei ausübt. Eine Ausnahme, aber nur eine schein-

bare, macht der Bosporus und die Frage der Dardanellen, deren Befreiung vom türkischen Joch unsere Feinde unter ihren Kriegszielen aufgenommen haben; denn in Wirklichkeit streben sie nicht die Freiheit der Dardanellen an, sondern nur einen Besitzwechsel: Rußland soll den Bosporus in seine Hände bekommen, während Deutschland, auch bezüglich dieses Punktes, der sich in der Hand eines seiner Verbündeten befindet, in seiner bekannten Zusicherung an Rußland für eine Lösung dieser Fessel eingetreten ist, die Rußland gerade von seinen jetzigen Verbündeten, in erster Linie von England, auferlegt worden ist.

In Verbindung mit der Frage der Freiheit der Meere steht auch die Frage der Einschränkung der Seerüstung, die natürlich in einem anderen Sinne gelöst werden muß, als England in seinen mehrfachen Verhandlungen mit Deutschland angestrebt hat. Denn bei diesen Verhandlungen gingen Englands Bestrebungen stets dahin, seine nicht nur tatsächliche Überlegenheit, sondern uneingeschränkte Seeherrschaft von neuem zu festigen. Hätte Wilson diese Ziele bereits früher mit der Klarheit erkannt, mit der er sie hier vorgetragen hat, so würde wohl die amerikanische Regierung in mancher Hinsicht eine andere Haltung einnommen haben.

Auch in der Bekämpfung des Gleichgewichts der Kräfte, der „balance of power", wandelt Präsident Wilson in den Bahnen Deutschlands, das längst erkannt hat, daß England mit diesem Mittel Europa seit Jahrhunderten beherrscht und durch die Erregung zahlloser Kriege in Englands Interesse geschwächt und letzten Endes dadurch auch den jetzigen Weltkrieg heraufbeschworen hat. Deshalb hat Deutschland stets abgelehnt, in ein näheres Verhältnis zu England zu treten, weil es wußte, daß England seine Verbündeten auf dem europäischen Festlande nur benutzt, um seine, Englands, Kriege zu führen, und es sich bei der friedlichen Art seiner Politik nicht dazu hergeben wollte, den Frieden, Europas zu gefährden. Erst nachdem mehrfache Versuche Englands gescheitert waren, sich den besten Degen Europas zu sichern, ist es dann an Frankreich herangetreten, das in kurzsichtiger Verblendung, einzig beherrscht von dem Revanchegedanken, dieses Anerbieten angenommen hat.

Reichlich gutgläubig ist Herr Wilson, wenn er die Versicherung unserer Feinde dahin deutet, daß sie nicht die Absicht haben, Deutschland und die Zentralmächte zu vernichten und zu unterdrücken. Denn während Deutschland von Anfang an mit der Erklärung in den Krieg gezogen ist, nur diesen ruchlosen Angriff auf seine Selbständigkeit abzuwehren und sich gegen die Wiederkehr eines ähnlichen Überfalles zu sichern, und nachdem diese Ziele erreicht waren, sich sofort zu Friedensverhandlungen bereit erklärt hat, haben unsere Feinde ihre Eroberungspläne von Anfang an mit schamloser Offenheit enthüllt und durch die Ablehnung des deutschen Friedensangebotes und der amerikanischen Friedensnote in Verbindung mit der Bekanntgabe ihrer Kriegsziele von neuem ihren Vernichtungswillen bekundet.

Was Präsident Wilson gegen die Bündnisse der Völker sagt, „die sie in den Wettbewerb der Mächte hineintreiben", richtet sich augenscheinlich gegen die Entente, die, wie ihre ganze Geschichte, u. a. die Aufteilung großer Gebiete Afrikas und Asiens zwischen England und Frankreich und Rußland zeigt, von Anfang an eine auf Eroberung gerichtete Erwerbsgenossenschaft war — in ausdrücklichem Gegensatz zum Dreibund, der nur der Verteidigung gedient hat und seine Aufgabe, Europa und der Welt den Frieden zu erhalten, solange erfüllt hat, bis es dem Vierverband gelungen ist, Italien durch die Vorspiegelung von Eroberungsmöglichkeiten von ihm abwendig zu machen. Diese von Wilson verurteilte Politik hat der Vierverband auch nach dem Kriegsausbruch noch fortgesetzt und auf diese Weise durch die Vorspiegelung von Eroberungsmöglichkeiten das ursprünglich noch neutrale Italien und Rumänien mit in den Krieg getrieben. Angesichts dieser Politik, deren Ziele die deutschen Diplomaten natürlich ebenso klar erkannt, wie sie die Diplomaten Belgiens in Berlin erkannt hatten, mußte Deutschland natürlich bei seiner Zentrallage gerüstet sein. Daß es dabei Maß gehalten hat, haben in früheren Jahren englische Staatsmänner selbst anerkannt, so noch Lloyd George im Jahre 1908 in einer Rede, in welcher er dieser zentralen Lage Rechnung trug und ausführte, daß Deutschland, wenn sein Heer vielleicht auch stärker sei als das Frankreichs, doch nicht den Zweimächtestandard Englands angestrebt habe, nach welchem die englische Flotte stets stärker sein müßte als die zwei nächststarken Flotten der Welt zusammen. Dieses gewiß einwandfreie Zeugnis wird Herrn Wilson zeigen, an welche Adresse er seine Abrüstungsvorschläge richten kann.

Wenn Wilson schließlich für einen Frieden eintritt „der wert ist, verbürgt und gewahrt zu werden", so schließt er sich mit diesen Worten, auch fast im Ausdruck an das vom Reichskanzler von Bethmann-Hollweg mehrfach bekundete deutsche Kriegsziel an.

Auch das Nationalitätsprinzip, für das Wilson eintritt, ist für Deutschland, das den Gedanken des Nationalstaates so verwirklicht wie wenige andere Staaten, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, besonders im Gegensatze zu England und Rußland, die wohl Veranlassung haben, sich darüber verbindlich zu äußern. Vielleicht könnten wir sogar seiner Ausdehnung auf unseren kolonialen Besitz zustimmen. Wohl niemand glaubt, das Südwestafrika oder Ostafrika sich bei seiner wirklich freien Abstimmung für England entscheiden würde. Was aber würde von England und Rußland übrig bleiben, wenn der Nationalitätsgedanke verwirklicht würde?

Es wäre mehr wie auffällig, wenn sich die deutschen und amerikanischen Ziele, zumal der Standpunkt ein so verschiedener ist, in allen Punkten decken würden. Tatsächlich fehlt es auch nicht an Unterschieden, so wenn Wilson für „den Frieden ohne Sieg" eintritt. Hier ist sein Blick wohl durch falsche theoretische Voraussetzungen geblendet. Die Erfahrung der Geschichte zeigt vielmehr, daß ein Friede ohne Sieg gewöhnlich die Gefahr eines neuen Krieges in sich

birgt. Auf diesem Wege können wir ihm nicht folgen. Für uns ist vielmehr der Sieg die Voraussetzung für den Frieden, besonders für einen dauerhaften Frieden.

Auch für den theoretischen Aufbau seines Friedensgebäudes wird man bei uns nur wenig Verständnis haben, obwohl Wilson als spekulativer Kopf ihn vielleicht für die Hauptsache hält und wir Deutsche doch nach den allgemeinen Ansichten derartigen Theorien besonders zugänglich sein sollten. Jedenfalls treten wir Herrn Wilson diese alte deutsche Domäne gern ab. Für uns sind die Zeiten nicht derart, um auf solche Theorien, die an Bellamy und Thomas Morus erinnern, trotz ihres gern anerkannten hohen sittlichen Wertes unsere Zukunft und die Zukunft der Welt zu begründen. Wir erblicken im Gegensatze zu Herrn Wilson vielmehr darin ein Anzeichen einer gewissen Weltfremdheit, was gerade bei einem Vertreter Amerikas verständlich ist, das sich von Anfang an, gestützt auf die Monroe-Doktrin, von den Händeln der außer-amerikanischen Welt ferngehalten hat — so fern sogar, daß Herr Wilson mit dieser Adresse gewissermaßen den Eintritt in die Weltpolitik für die amerikanischen Völker, zu denen wohl auch danach die Staaten Südamerikas gehören werden, nachsuchen muß. Ob die amerikanischen Verhältnisse bereits genügend fest begründet sind, um diese Ziele für Amerika wünschenswert erscheinen zu lassen, ist in erster Linie eine Frage der Vereinigten Staaten. Zu begrüßen wäre in diesem Falle auch die Teilnahme Lateinamerikas, dessen Staaten, besonders Argentinien, in völkerrechtlichen Fragen vielfach sehr beachtenswerte Anregung gegeben haben, wie ja auch erst kürzlich die peruanischen Gerichte die englischen schwarzen Listen als unvereinbar mit der peruanischen Staatshoheit erklärt haben. Würde Amerika dieser Gemeinschaft einige Jahrhunderte, oder auch nur einiger Jahrzehnte angehören, so würden seine Staatsmänner den europäischen Verhältnissen mit ihren Jahrhunderte alten Gegensätzen und Feindschaften wohl mehr Verständnis entgegenbringen und der Macht des Gedankens gegenüber diesen tief eingewurzelten Verhältnissen ebenso mißtrauen wie ein Berufsgenosse Wilsons, ein deutscher Professor, nämlich Kant, es getan hat. Kant schreibt bei der Behandlung des jetzt von Wilson behandelten Themas, das ja schon auf eine mehrjahrhundertjährige Geschichte zurückschauen kann, in seinem philosophischen Entwurf" „Zum ewigen Frieden": „Ob diese satyrische Überschrift auf dem Schilde jenes holländischen Gastwirts, worauf ein Kirchhof gemalt war, die Menschen überhaupt, oder besonders die Staatsoberhäupter, die des Krieges nie satt werden können, oder wohl gar nur die Philosophen gelte, die jenen süßen Traum träumen, mag dahin gestellt sein!"

Neue Bücher

Dr. Georg Grimm: Die Lehre des Buddha, die Religion der Vernunft. München. R. Piper u. Co. 512, XV Seiten. Brosch. 8.—, geb. 10.— Mark.

Als vor einiger Zeit einer unserer Tapferen bei Verdun sich mit der Frage an mich wandte, welche wissenschaftlichen Bücher er sich kommen lassen könne, um die buddhistische Lehre kennen zu lernen, wußte ich nichts Besseres, als ihm zu empfehlen, zunächst mit dieser allerjüngsten Erscheinung Bekanntschaft zu machen. In der Tat ist dies in würdiger, ja sogar prachtvoller Ausstattung sich darbietende Werk die bei weitem ausführlichste, in gewissem Sinne auch am tiefsten eindringende Darstellung der buddhistischen Lehre, wie diese in dem gläubig als einheitliches Ganze hingenommenen Pali-Kanon vorliegt. Schon durch den Untertitel „die Religion der Vernunft", noch ausgesprochener durch das als Motto auf dem Titelblatt gebrauchte Buddhawort: „Es gibt einige unter den Wesen, deren Augen kaum mit Staub bedeckt sind: sie werden die Wahrheit erkennen", kündigt der Verfasser sich als bedingungsloser Anhänger der Lehre an. Ein solches Verhältnis eines Autors zum Gegenstande seiner Untersuchung wird nie verfehlen, an vielen wichtigen Punkten seinen Blick zu schärfen, die Auffassung zu vertiefen und in den dunkelsten Fragen dem ahnenden Verständnis den Weg zu weisen, somit der Darstellung selber im ganzen sehr förderlich zu sein; wo es sich hingegen um kritische Beleuchtung, um Beurteilung und zumal um Wertung handelt, da wirkt ein solches Verhältnis immer als Hemmung, nur zu oft aber als unübersteigbares Hindernis. Diese Doppeltwirkung zeigt sich denn auch in diesem Werke deutlich genug.

Bei weitem der originellste und überhaupt der verdienstvollste Teil dieser Untersuchung ist derjenige, der sich mit dem berühmten Anatta-Gedanken beschäftigt. Es ist die Lehre, die sich in der unermüdlich allen Erscheinungen, inneren wie äußeren, gegenüber wiederholten Formel ausdrückt: „das ist nicht mein Ich". Gewöhnlich wird nun dies so aufgefaßt, daß es überhaupt kein „Ich" gäbe, so daß es eigentlich auf einen schlechten Witz hinausliefe. Es ist mir nie zweifelhaft gewesen, daß dies ein grobes Mißverständnis sei; daß vielmehr durch diese Worte ein Ich vorausgesetzt werde — natürlich ein solches, das jenseits der Erscheinungswelt liegt und diese höchstens in einem Punkte berührt. Dieser Punkt ist, wie Dr. Grimm ausführt, die Wahrnehmung der Vergänglichkeit. „Wohl gemerkt, der Buddha sagt nicht: Was entsteht und vergeht ist nicht mein Ich — über diesen Satz ließe sich streiten —, sondern er sagt: wobei ich ein Entstehen und Vergehen warhnehme, das kann nicht mein Ich sein, und diesen Satz wird wohl kein denkendes Wesen in Zweifel ziehen". Er führt dies des Näheren aus und verweist dabei auf die schöne Schopenhauer-Stelle Parerga I, S. 114—18 (Erläuterungen zur Kantischen Philosophie, Paralogismus der Personalität).

So ansprechend nun auch diese Wendung der Sache sein mag, so kann man sie doch nicht ohne weiteres gelten lassen. Und zwar schon deshalb nicht, weil die hervorgehobenen Worte leider nicht zutreffen. Der Verfasser beruft sich auf die 148. Rede der mittleren Sammlung; allein in anderen Texten (z. B. Mahavaggo 1, 6, 38f., der eben als Mahavaggostelle besonderen Anspruch auf hohes Alter haben dürfte) haben wir gerade das dogmatische Argument (von welchem der Verfasser sagt: „der Buddha sagt nicht" usw.). „Was veränderlich ist, von dem können wir nicht sagen: es ist mein Ich". Dem könnte nun nicht so sein, wenn der vom Verfasser ausgeführte Gedankengang wirklich in voller Klarheit der Anatta-Lehre zugrunde läge, in welchem Falle der springende Punkt der Wahrnehmung sich überall finden müßte — gar nicht davon zu reden, daß dann der Gedanke selber ausgesprochen und nicht nur indirekt angedeutet sein müßte. Indessen hindert dies Bedenken nicht, daß Dr. Grimm tatsächlich in der Hauptsache das Richtige getroffen haben möge, nur mit der Einschränkung, daß diese Schlußfolgerung den alten Buddhisten vorgeschwebt hat, ohne sich freilich zur Klarheit durchgerungen zu haben, wie etwa in jener Schopenhauer-Stelle Hierfür spricht gar sehr, daß der so wissenschaftlich vorsichtige Professor Oldenberg in seinem letzten Werk (welches zu besprechen ich kürzlich hier die Ehre hatte) dieselbe Grundvorstellung hinter der Anatta-Lehre erblickt: „Wie käme die Vergänglichkeit dazu, ihrer eigenen vergänglichen Natur innewerdend, zu sich selber zu sagen: ‚das bin ich nicht?' Hier spricht vielmehr ein anderer. Ein Selbst, welches das ihm Fremde als solches an seiner Vergänglichkeit erkennt, seinerseits also in diese Vergänglichkeit nicht hineingehört". Über diesen Angehörigen eines ewigen Reiches äußern die Reden sich nicht weiter; sie lassen — wie Professor Oldenberg sich mit gewohnter Unübertrefflichkeit ausdrückt — „ein Drama sich abspielen, das unverständlich bleibt, so lange man ihn nicht als Mitspieler annimmt."

Übrigens ist zu bemerken — was Dr. Grimm gar nicht bedenkt, und was eben nicht die Darstellung, sondern die Beurteilung angeht — daß jene Schlußfolgerung keineswegs zwingend ist, sofern dadurch (was doch der Fall ist) die Zeitlosigkeit jenes transzendentalen Ichs bewiesen sein soll, was auch gegen jene Schopenhauer-Stelle gilt. Die Möglichkeit bleibt nämlich offen, daß jenes Ich sich selber im Entstehen und Vergehen befinde, nur in einem Rhytmus von viel langsameren Wellen. Sitze ich in einem Eisenbahnwagen und ein anderer Zug fährt neben dem meinigen mit genau derselben Geschwindigkeit, so kann ich seine Bewegung nicht wahrnehmen; wir scheinen beide still zu stehen; sobald aber mein Zug anfängt sich langsamer zu bewegen, nehme ich die Bewegung des anderen wahr; Gesichter, die sich in seinen Fenstern zeigen, tauchen in meinem Gesichtsfeld auf, gleiten vorüber und verschwinden. Die Nutzanwendung dieses Bildes, welches eigentlich mehr denn ein Bild ist, fällt nicht schwer.

Von der Auffassung des „Ichs" in der Anatta-Lehre ist die des buddhistischen Nirwana abhängig. In der positiven Auffassung dieses formell negativen Begriffes begegnen sich denn auch diese beiden letzten Darstellungen des Buddhismus, die historisch-kritische des Professor Oldenberg und die theoretisch-dogmatische des Dr. Grimm. Auch diese letztere sei hiermit allen, die jenes ungeheure Geistesphänomen gern gründlich kennen lernen mögen, angelegenlichst empfohlen, zum Studieren und Probieren, zum Nachlesen, nicht zum Nachbeten. Karl Gjellerup

Beda Prilipp: Wahrheitssucher. Ein Dürer-Roman. Edwin Runge, Berlin-Lichterfelde. Geh. 3 Mark, geb. 4 Mark.

„Es ist kain Zeit nie so böß gewesen, Gott hat ettwas gethon under den menschen, darumb im niemand gnug hat mögen dancken .... Wo er sunst nichts gethon hett, dann das er alle Welt erweckt hat —".

Das dem Roman an die Stirn gesetzte Motto aus Hans Dencks „Vom Gsatz Gottes" gibt uns schon die Zuversicht, daß wir ein Buch von ernsterer, tieferer Art in der Hand haben, das Werk eines nachdenklichen Autors. Bald erkennen wir auch, daß der Verfasserin Gestaltungskraft und die Gabe flüssiger Erzählung in beträchtlichem Maße zu eigen ist. Wir finden nicht, was man spannende Darstellung nennt, aber wir werden durch den Wert des Stoffes und die stille, tiefgehende Entwicklung der Geschehnisse gefesselt. Im Mittelpunkt steht Albrecht Dürers Bruder Hans und sein Ehegemahl Barbara Dürerin, die im allbekannten Haus nah der Burg in Nürnberg von fernher zu Gaste sind. „Wahrheitssucher" ist der Titel des Romans. 1524 wurden nach dem Chronisten „drei gottlos Maler" wegen revolutionärer Gesinnung in Nürnberg vor Gericht gestellt und der Stadt verwiesen, Dürers Schüler Jörg Penz und die beiden Beham. Diesen Vorfall nahm die Verfasserin zum Stoff und läßt Hans Dürer mit den dreien Nürnberg verlassen, um sich zu den Schaaren Thomas Münzers zu schlagen. Eine von Albrecht Dürer und Willibald Pirkheimer angezettelte Intrige, den Bruder durch Gefangennahme von der Verschwörung auszuschließen, mißlingt. Leben und Ehe des Helden treiben der Katastrophe zu. Die Fäden sind mit feiner Hand gespannt und verwoben, gleichviel ob die Schuld, die der große Maler hier gegen den Bruder auf sich lädt, kühne Erfindung ist, oder nicht. Hat die Verfasserin in neu erschlossenen mir unbekannten Quellen einen Anhalt dafür, in der Gestalt des Markus auf dem Apostelbilde ein Bildnis Hans Dürers zu sehen, oder hat sie sich das Recht genommen, aus dem Antlitz des Evangelisten mit dem Schwert ihren Hans Dürer herauszuholen, jedenfalls wird der Leser von ihrer Darstellung gefangen und ist geneigt, an ihre Zuverlässigkeit zu glauben.

Von den eingehenden Studien, die eine Voraussetzung des Buches waren, ist nichts toter Buchstabe geblieben, Ort und Zeit und die Träger weltkundiger Namen, unter denen ich besonders die ganz selbständig geschaute Gestalt Thomas Münzers hervorheben möchte, nehmen uns lebendig in ihren Kreis und halten uns in ihrem Bann.

Frieda Port

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Am: Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Konſervativismus und Neuorientierung

Von Dr. Max Habert

Man wird es als eine konſervative Grundanſchauung bezeichnen dürfen, daß es in hervorragendem Maße die großen Kriege ſind, die das große Rad der Weltgeſchichte allemal um ein merkliches Stück vorwärts bewegen und ſo die großen Richtlinien des hiſtoriſchen Fortganges herausſtellen, die im währenden Frieden mit ſeinem ſchleichenden Rhythmus, mit ſeinen vielen unendlich kleinen Schritten nicht in das allgemeine Bewußtſein eintreten. Und wer der Meinung anhängt, wie die Natur, ſo mache auch die Geſchichte keine Sprünge, der wird wenigſtens dies zugeben: die Kriege, die den in der Gewöhnung ſtumpf gewordenen Blick vor das Ungeheure ſtellen, erhellen mit ihren Blitzen die unmerklich veränderte weltgeſchichtliche Szenerie — Siehe, es iſt alles neu geworden. Lebendige Parteianſchauung, die immer auf tieferen und weſenhafteren Entſcheidungen des einzelnen beruhen ſollte, ſtemmt ſich dieſem geſchichtlichen Fortgang nicht entgegen. Die Kontinuität der Partei beruht eben auf jener feſt gerichteten Einſtellung auf Welt und Leben, und wie ſich das Bühnenbild ändert, ſo müſſen auch Doktrinen, Stellungnahmen und Werturteile gegenüber poſitiven Fragen wechſeln. Darin liegt kein anderer Verrat, als ihn das ewig junge Leben überall fordert. Weit ſchlimmer iſt der Verrat am Leben ſelbſt, der die vergänglichen Ausformungen des Parteilebens kanoniſch erſtarren läßt. Dann verhärtet ſich die Politik im Doktrinarismus, und das Ende iſt kraftloſe unſchöpferiſche Reaktion, beim Konſervativismus nicht minder wie beim Liberalismus oder bei den Unentwegten der Sozialdemokratie.

Es iſt alles, alles neu geworden. Der Großagrarier, einſt als Feudalherr und Patriarch auf ſeinen Schlöſſern hauſend, iſt zum hochkapitaliſtiſchen Intereſſenten geworden. Von oben her hat er ſich dem Bürgertum angenähert. Und der Arbeiter, in andern Ländern, die ſtolz auf ihre Fortſchrittlichkeit pochen,

ein verelendeter Proletarier, ist bei uns ein in seinem Lebensausmaß gesicherter Kleinbürger mit Sparbuch und fester Aussicht auf Invaliditäts- und Altersversorgung. Von unten her steigt er zum Bürgertum auf. Es gibt keinen Kampf weniger großer Klassen, wie etliche theoretische Starrköpfe bis zum heutigen Tage behaupten, sondern es gibt einen wirtschaftlichen Wettbewerb unzähliger, in ihren Interessen teils solidarischer, teils auseinanderstrebender Erwerbsgruppen, deren oft gegeneinander gerichtete Kräfte sich doch in diesem Kriege zu einer geschlossenen wuchtigen Schlagkraft nach außen zusammengeballt haben, vor der die ganze Welt staunt. Dabei stehen diese Berufsgruppen in kaum noch gehemmtem Austausch ihrer Individuen. Wenn auch natürlicherweise der Aufstieg noch beschwerlicher ist als der Abstieg: es kann immerhin der Sohn des Fabrikarbeiters auf den Posten eines hohen Beamten gelangen, und mancher Träger eines altadligen Namens ist auf die Stufe des Kleinbürgers herabgesunken.

All dies sind weltgeschichtliche Umwandlungsvorgänge, die in ihrer Richtung feststiegen. Nicht diese abzubiegen kann das Ziel ernsthaften politischen Wollens sein, so nahe dem verzagenden Willen das Versinken in einer Romantik liegt, die schwächlich die Vergangenheit lobt, statt die neuen Formen zu suchen, in denen der alte Geist auch allen Wandlungen zum Trotz eine zeitgemäße Gestalt finden kann. Auch der Konservativismus nimmt an dieser Aufgabe teil, und nur dies ist aus seinem irreführenden, die tiefsten Antriebe verschweigenden Namen zu schließen, daß er sich darüber hinaus noch das durchaus sinnvolle Ziel setzt, den Rhythmus der Entwicklung zu bestimmen. Nach Art des organischen Wachstums geht in einer konservativen Politik das gute Neue aus dem bewährten Alten hervor. Aber Erstarrung ist der Tod alles lebendigen Wachstums, und positiv weiterführende Ziele kennt deshalb der Konservativismus so gut, ja vielleicht noch besser als jede andere Partei, und es ist seine stolze Überlegenheit in seinen besten Zeiten immer gewesen, gegenüber rationalistisch-utopischen, gewissermaßen überzukünftigen Programmen mit zukünftigen, d. h. greifbaren und zunächstliegenden Vorschlägen der Regierung wirksam beizuspringen und so den wahren Fortschritt machtvoll zu lenken.

Konservativer Geist von solcher Art wird seine wirksame Stütze immer in solchen Lebenskreisen finden, deren Leben in innigem Zusammenhang mit dem geheimnisvollen Werden der Natur verläuft: bei den Landbewohnern. Aber es wäre traurig um die Zukunft des Konservativismus in einem so wesentlich verstadtlichten Volke wie dem unseren bestellt, wenn er einzig auf diese Kreise angewiesen wäre. Niemand wird leugnen können, daß die bewährte Schicht des preußischen Beamtentumes eine Heimstätte echt konservativen Geistes gewesen ist, und auch an den Universitäten war jene Haltung immer heimisch, die freilich zum rechten Flügel des Liberalismus hinüberneigte, aber der linksliberalen Demokratie mit ihrem Antimilitarismus und ihrer Bewunderung parlamentarischer Verfassungsformen ungleich fremder und ablehnender gegenüberstand als den Extremen konservativen Geistes. Allerdings übte der

Liberalismus auch in seinen radikaleren Formen gerade auf die führenden Geister der letzten Jahrzehnte eine starke Anziehungskraft. Aber schon in den letzten Jahren war gerade bei der geistig aufstrebenden Jugend etwas wie ein Überdruß am faden Rationalismus deutlich spürbar, und vollends die Schule des Krieges bedeutete ganz unzweifelhaft für eine sehr große Zahl geistig bedeutender Menschen einen starken Ruck nach rechts. Immer deutlicher wird es sichtbar, daß mitten durch den Liberalismus ein Riß hindurchgeht, der sich schwer wird überbrücken lassen, und daß sich um die Fahne einer konservativen Grundstimmung eine täglich wachsende Schar deutscher Männer und Frauen sammelt. Nur zum geringen Teil sind es dabei wirtschaftliche Motivationen, die den festen Kitt dieses durch eine unverkennbare Gesinnungsgemeinschaft zusammengeschweißten Blocks der größeren Rechten bildet. Und wer die Sinnesrichtung unserer Jugend kennt, lebt dem festen Vertrauen, daß die geistigen Kräfte nicht ausbleiben werden, die ihm den inneren Bestand gewährleisten müssen, und daß der Liberalismus die Rolle seiner intellektuellen Vorherrschaft ausgespielt hat.

Der konservative Gedanke — jenseits überkommener parteipolitischer Programme — hat sich viele Köpfe und Sinne in dieser eisernen Zeit erobert. Umso ernstere Sorge müssen die Anzeichen bereiten, daß er noch nicht in allen seinen führenden Vertretern zu der Einsicht durchgedrungen ist, welch große positive Aufgaben ihm diese Tatsache stellt. Denn neben ihr steht die andere, daß auch die liberale Demokratie durch die Annäherung des sozialdemokratischen Revisionismus, mit dem sie in vielen Punkten ein Herz und eine Seele ist, einen ungeheuren Machtzuwachs erfahren hat. Es steht also nicht so, daß diese Stärkung des Konservativismus durch eine große Zahl den agrarischen Sonderinteressen fernstehender Individuen nur als ein ja ganz erfreuliches Ereignis zu buchen wäre. Sondern gerade das hat diesen Zuwachs herbeigeführt, daß einer großen Zahl ernster Köpfe die zu erwartende offizielle Schwenkung nach links, deren erste Anzeichen bereits unverkennbar sind, als ein hochbedeutsames und schicksalschweres Menetekel für den konservativen Gedanken überhaupt erscheint. Wie die Lebensgefahr unseres Vaterlandes in vielen den schlummernden patriotischen Sinn weckte, so hat auch die ernste Bedrohung des Konservativismus, die viele für die Zukunft voraussehen, bei so manchem das verborgene Solidaritätsbewußtsein mit dem konservativen Gedanken über Nacht zur Entfaltung gebracht. Wahrhaftig nicht wegen der schönen Augen einiger Agrarier, sondern aus tiefer vaterländischer Sorge hat sich bei ihnen allen als Reaktion auf die große Linksschwenkung jenes Einbiegen nach rechts vollzogen.

Nicht alle Kreise der konservativen Partei scheinen diesen Sachbestand richtig zu würdigen. Eine überaus ernste Stimme, der man in innerpolitischer Hinsicht jedenfalls nur beistimmen kann, wurde unlängst in den Preußischen Jahrbüchern laut. (Die Krisis des konservativen Gedankens. Augustheft 1916.)

Neuerlich mehrt sich die Besorgnis. Auch die als Ganzes vortreffliche Rede, die v. Heydebrand im August in Frankfurt hielt: sie enttäuschte. Gewiß wird man ihr gern beistimmen, wenn sie die Wahlrechtsreform nicht als den Kern der Neuorientierung gelten lassen will. Aber daß sie den Versuch machte, die Aufmerksamkeit von dieser immerhin wichtigen Frage auf ein paar unverbindliche Redewendungen abzulenken und in keiner Weise ein Verständnis für die Motive durchblicken ließ, aus denen in weiten Kreisen, auch in den konservativen, eine tiefbegründete Unzufriedenheit mit diesem unglückseligen Wahlmodus zu finden ist: das war taktisch verfehlt und im vaterländischen wie im konservativen Sinne tief bedauerlich.

Denn was gilt es zu erhalten, wenn dem preußischen Staate — wie wir Herrn von Heydebrand aus innerster Seele beistimmen — seine Eigenart aller Zeitenwende zum Trotz erhalten bleiben soll? Sicher ist das Großagrariertum eine feste Stütze Preußens. Niemand wird sie auch fürder missen wollen. Aber war es nicht die Genialität führender preußischer Staatsmänner und Armeeführer, daß sie in die große Heereserneuerung die geistigen Kräfte des deutschen Idealismus hineinlenkten und neben Geburt und Tüchtigkeit auch die Bildung zum unerläßlichen Bestandteil der Offizierauswahl erhoben? Ist es nicht vor der ganzen Welt der Stolz unserer Beamtenschaft, daß sie dies Maß an Leistung und an Haltung aufbringt, obgleich sie, sofern man irgend modern-kapitalistische Maßstäbe anlegt, ebenso wie das Offizierskorps geradezu arm erscheint? Und das preußische Wahlrecht? Geburt bedeutet ihm nichts, Bewährung im Staatsdienst bedeutet ihm nichts, Bildung bedeutet ihm nichts: der dicke Geldbeutel, den Erbschaft und Verdienst so gut wie Wucher zu füllen vermögen, er entscheidet alles. Wo um alles in der Welt ist nun das Urpreußische, das mit diesem Wahlrecht unseligen belgischen Ursprungs gerettet werden soll?

Das ist auch eine Kritik an diesem Wahlrecht, aber man kann ihr wahrhaftig nicht nachsagen, sie sei demokratisch. Sie verdient es viel eher konservativ genannt zu werden, als jener Starrsinn, der auch innerhalb des Konservativismus nur die Herrschaft einer Berufs- und Interessengruppe sicherstellen will, indem er ihr durch eine Art prästabilierter Harmonie, durch eine List der Unvernunft das Gewähltwerden mittels dieses so über alle Maßen unpreußischen Wahlrechts erleichtert, und der gar nicht merkt, daß er den konservativen Gedanken selbst damit an den Rand des Abgrunds bringt. Und dabei gibt auch Herr von Heydebrand, obschon ein wenig gewunden, zu, auch ihm erschiene in der Reife seines jetzigen Alters das preußische Wahlrecht nicht als das ideale. Wenn nun die Preußischen Jahrbücher von der konservativen Fraktion sagen: „Statt also ihrerseits die Führung zu ergreifen, läd sie das Odium ödester Negation und Reaktion auf sich — und das ganz ohne Not, da sie prinzipiell zu einer Wahlrechtsänderung bereit ist. Diese Taktik verstehe, wer kann!", sind diese Worte nicht doppelt und dreimal zu unterstreichen? Muß nicht jedem Konservativen die ernste Sorge aufsteigen, die politische Reife, die die konservative

Partei sicher an die Spitze aller Parteien stellt, sei nunmehr im Begriff, in greisenhafte Erstarrung und in Impotenz umzuschlagen?

Niemand wird erwarten, daß die konservative Partei ihre Hand dazu reiche, das Reichstagswahlrecht nach Preußen zu übertragen oder sonst dem Land ein Wahlrecht zu geben, das der gewachsenen Eigenart des preußischen Staates keine Rechnung trüge. Auch auf das Pochen einer Partei, die für die selbstverständliche Erfüllung ihrer vaterländisch-militärischen Pflicht gewissermaßen den Lohn einer reißenden Demokratisierung fordert, braucht sie nicht zu hören. Sie hat von diesen Dingen eine etwas andere Auffassung als jene, die den Staat immer noch unter dem Schema eines contrat social sehen. Aber gerade wenn man von der Voraussetzung ausgeht, angesichts mächtiger Zeitströmungen bestünde eine Gefahr zu solch überstürzter Demokratisierung, dann ist die beste Abwehr auch hier der Hieb, die beste Kritik der positive Gegenvorschlag. Der preußischen Volksvertretung, so hören wir aus dem Munde des Führers der Feudalpartei, solle ihr bürgerlicher Charakter erhalten bleiben. So möge auch der Konservatismus darauf sinnen, wie die positiven, nationalen und organischen Kräfte des gebildeten und berufstüchtigen Bürgertums in einem dem wahren Preußentum gemäßen Pluralwahlrecht zu vollkommener Auswirkung gebracht werden können. Gelegenheit zur Betätigung konservativen Geistes wird sich dabei reichlich finden, freilich nicht eines solchen, dessen Kräfte nur mehr zu krampfhaftem Festhalten langen, eines Konservatismus vielmehr, der sich jung und kräftig und tatenfrisch genug weiß, einer veränderten Welt sein Gepräge aufzudrücken, eines Konservativismus, der weise genug ist, das Recht zur Zügelführung nicht nur durch brutale Gewalt zu behaupten, sondern es stets von neuem durch politische Klugheit und edelmännische Billigkeit von innen her zu erhärten.

Finnlands Befreiung

Von Hauptmann Ernst Liljedahl, Mitglied des schwedischen Reichstages

Auf einer allgemeinen schwedischen Studentenversammlung in Finnland ist am 6. April 1913 ein Anleitung gebender Beschluß gefaßt worden, den die Vorsitzenden der verschiedenen Korporationen unterzeichnet haben und der dann in den schwedischen Zeitungen Finnlands veröffentlicht worden ist. Er lautet folgendermaßen:

„Die schwedischen Studenten Finnlands, die beschlossen haben, sich anstatt der Worte Finne und finnisch von nun an nur noch der Worte Finnländer und finnländisch zur politischen Bezeichnung aller Staatsbürger Finnlands, einerlei welcher Sprache oder welcher Nationalität, zu bedienen, erlauben sich hiermit, die schwedischen Journalisten Finnlands aufzufordern, sich auch ihrerseits dieser Reform anzuschließen, damit das Publikum dadurch beeinflußt werde und die Abänderung größtmögliche Verbreitung erlange."

In dieser anscheinend unwichtigen Namensfrage ist das ganze Problem Finnland*) eingeschlossen, und sie wird vielleicht in einer gewissen weltpolitischen Lage über Krieg und Frieden bestimmen. Seit unvordenklichen Zeiten sind die Schweden Finnlands sowohl mit den Finnen Finnlands wie auch mit den Schweden Schwedens eng verbunden gewesen. Da erhebt sich nun die Frage: zu welcher der beiden Nationen gehören sie in ihrer Eigenschaft als Patrioten? Die Verbindung mit Schweden läßt sich nicht abbrechen, sie muß sogar noch ergiebiger werden als bisher, wenn das Schwedentum in Finnland nicht die Mutter seiner Kultur, sein geistiges Verknüpftsein mit schwedischer Literatur und der Entwicklung der Reichssprache, die zu dem Begriffe Schweden gehört, verlieren soll. Anderseits trennt der Bottnische Meerbusen die Schweden Finnlands von dem „alten Mutterlande" und weist sie auf Finnland hin, das sie gemeinsam mit den Finnen besitzen, auf das Land, wo ihnen gemeinsam Wälder rauschen und tausend Seen glänzen, auf — „unser Land, unser Land, unser Vaterland".

Jenes Gedicht Runebergs löst das Grundproblem Finnlands. Der Vaterlandsbegriff ist mit denselben Tönen, wenn auch in zwei verschiedenen Sprachen in Finnlands Schweden und Finnen hineingesungen. Schwedischsprechende Dörfer grenzen stellenweise an finnischsprechende. Sie sind freilich durch die Sprache ihrer Zungen und die Eigenart ihrer Seelen voneinander getrennt.

*) Vgl. „Finnlands Problem" in Heft 5 der Grenzboten 1917.

denn die Sprache ist das Leben der Seele, aber das Rauschen ein e-squq selben Waldes und das Wellengeplätscher ein und desselben Sees singen Finnland in ihr Herz hinein. Das ist Vaterlandsliebe, und das ist nationale Mystik. Wenn die Streitigkeiten innerhalb eines Landes den Gipfel ihrer Wut erreicht haben, schwingt sich doch ein Gedanke, ein Gefühl, ein Wille noch höher empor: die Besorgnis um die unteilbare Einheit des Landes. Wie es in Finnland mit seinen beiden Sprachen oder in Oesterreich-Ungarn mit seinen neun Sprachen eine solche Einheit geben kann — das gehört zu den Wundern der Weltgeschichte. Die Stubengelehrten glauben, das Geheimnis aus ihren sozialen und politischen Studien herauszulesen, und einigermaßen kommen sie dabei ja immer ins richtige Geleise, aber der Mensch, der sich der Natur hingibt, hört Stimmen aus größeren Welten. Wohl keiner der Schweden Finnlands kann beweisen, daß er zu Finnland gehört, nicht zu Schweden, aber fühlen kann er es. Als am 5. November 1907 bei einer Debatte in der nyländischen Abteilung der Helsingforser Universität das Thema „Skandinavien und Finnland" besprochen wurde, erklärte Dr. Gunnar Landtman, der Kurator der Abteilung: „Unter den Schwedischsprechenden Finnlands wird das Sausen des Westwindes niemals von dem Rauschen der finnischen Wälder übertönt werden. So denken die aufgewecktesten und gebildetsten Schweden Finnlands. Daher benennen sie sich selbst und die Finnen mit dem gemeinsamen Namen „Finnländer", während sie sich Schweden und die anderen Finnen nennen, sobald es gilt, die Rassen-, Sprachen- und Kulturgegensätze festzustellen.

Es ist also klar, daß die Schweden Finnlands nicht zu Schweden, sondern zu Finnland gehören. Jegliches Gerede über eine schwedische „Irredenta" im Osten des Bottnischen Meerbusens wird hinfällig, wenn damit Schwedens natürliches Recht auf Staatsoberhoheit über die Schweden Finnlands gemeint sein soll. Eine schwedische auswärtige Politik, die darauf ausginge, eine geographische Grenzlinie zwischen der schwedischen und finnischen Bevölkerung quer durch Finnland zu ziehen, um das Gebiet der ersteren Schweden einzuverleiben, würde von keiner Partei Finnlands gebilligt werden und überdies eine außerordentlich unvorteilhafte Grenze zwischen Schweden und Rußland schaffen.

Eine andere Möglichkeit wäre ein Zurückgehen auf Schwedens altes geschichtliches Recht vor 1809, nach welchem sich, wenn Rußland am Ende des jetzt vor sich gehenden Krieges geschlagen ist, auf eine Wiedervereinigung ganz Finnlands mit Schweden dringen ließe, so daß der Ladogasee die strategische Grenze bildete. Doch eine solche Anordnung brächte Schweden keinen Vorteil, denn damit würde in unser einheitliches, im großen ganzen einsprachiges Volk ein gewaltiger, $2^1/_2$ Millionen zählender Volksstamm, ein fremdsprachiges und fremdrassiges Volk eingekeilt werden. Der schwere Kampf zwischen „Schwedisch und Finnisch" würde dann in Schwedens Grenzen hineingetragen. Auch dürften weder Finnlands Schweden noch Finnlands Finnen eine solche Lösung wünschen.

Eine dritte Alternative läge in der Hoffnung auf Finnlands Befreiung vom russischen Joche mit der gleichzeitigen Hoffnung, daß auch das ganze russische Volk von diesem Joche befreit werde. Man würde also eine neue konstitutionelle Staatsverfassung Rußlands erhoffen, die annehmbarerweise zu einer versöhnlichen Politik in Finnland führte. Dieser Gedanke hat sich allerdings gewissermaßen schon als nicht stichhaltig erwiesen, man denke nur an die vielen liberalen „Versprechungen", welche gemacht zu werden pflegen, sobald der Zarismus in außenpolitische Bedrängnis gerät, und die, sobald er wieder aus der Klemme heraus ist, unfehlbar wieder zurückgenommen werden. So war es 1905 nach der Niederlage im japanischen Kriege, und jetzt 1915 nach der Niederlage gegen Deutschland wird auch von versöhnlicher Finnlandspolitik geredet. Die fortschrittlichen Parteien der Reichsduma und des Reichsrates schlossen sich im September 1915 zusammen und stellten ihr Programm auf, das hinsichtlich der Reichspolitik gegen Finnland folgenden anscheinend liberalen Beschluß enthielt:

„In der finnischen Frage wird eine Versöhnungspolitik eingeschlagen; besonders werden in der Zusammensetzung der Verwaltungsbehörden und des Senates Veränderungen vorgenommen und die Verfolgung gegen Beamte muß aufhören."

Mehr als diese platonische Auslassung ohne genau angegebene Maßregeln gegen die verheerenden Eingriffe der russischen Gesetzgebung in die Rechtsordnung Finnlands hatte die Duma dem besten Landesteile Rußlands nicht zu bieten. Das finnische Hauptstadtblatt schrieb denn auch:

„Offensichtlich — auch russische Zeitungen bezeugen es — ist die Abfassung des Beschlußes das Ergebnis eines Kompromisses. Früher hieß es, man wolle die Rechte Finnlands in ihrem früheren Umfange wieder herstellen, und in seiner berühmten Rede in der Reichsduma hat Baron von Rosen als eine in dieser Beziehung notwendige Maßregel das Aufheben der am 30. Juni 1910 erlassenen Verordnung über die Reichsgesetzgebung hervorgehoben. Man muß zugeben, daß mit seinen klaren Anträgen verglichen, die Sprache des Programmes relativ mager und ziemlich unbestimmt ist. Was bedeutet eine ‚Versöhnungspolitik'? Man kann darunter verstehen, was man will. Sie läßt sich sehr gut als bloße Andeutung auffassen, daß gegenwärtig keine aggressiven Maßregeln gegen unser Land zu ergreifen seien. Keinenfalls kann man aus dem Worte die Forderung der Wiederherstellung der grundgesetzlichen Verwaltung Finnlands und die Entfernung der Hindernisse einer konstitutionellen Politik herauslesen. Die Verfasser des Programms scheinen das Hauptgewicht auf eine in ‚versöhnlichem' Geiste vorgenommene Umgestaltung der Zusammensetzung des Senates und der Verwaltungsbehörden zu legen."

Das Hauptstadtblatt betonte ferner, daß ein derartiges Programm für Rußland, wo die Regierung die Regierungsform nach ihrer Auffassung ändern könne, vielleicht große Bedeutung habe. Anders aber liege die Sache in Finnland:

„Ein aus finnischen Männern zusammengesetzter Senat, der das Vertrauen des Volkes besäße, würde nichts ausrichten können, wenn das politische System, das in der Reichsgesetzgebung und der Zuständigkeit des Ministerrates in allen finnischen Angelegenheiten Ausdruck gefunden, fernerhin beibehalten würde, wenn auch die Methoden ‚versöhnlicher' als bisher wären. Es ist daher einfach nicht möglich, einen Senat — als wirtschaftliche sowohl wie als Rechtsbehörde — aus Männern, die das Vertrauen des Landes genießen, zustandezubringen, wenn die Politik, welche die letzten Jahre gekennzeichnet hat, nicht gänzlich aufgegeben wird und ihre Gründe nicht beseitigt werden. Was unser Land anbetrifft, so ist die Hauptsache vollständige Systemveränderung; die Umgestaltung der Verwaltung und des Personales der Behörden erfolgen dann ganz von selbst als gegebene Wirkung des Ganzen."

Soweit das Hauptstadtblatt. Während des finnischen Verfassungskampfes in den Jahren 1899 bis 1905 war die Bevölkerung Finnlands in zwei Teile gespalten, deren Ansichten über die Art und Weise, wie der Kampf gegen das russische Gewaltregime zu führen sei, weit auseinander gingen. Die konstitutionellen Parteien — die schwedische und die jungfinnische — drangen auf entschiedenen passiven Widerstand, während die altfinnische den Weg des Nachgebens einschlagen wollte, um dadurch Rußland versöhnlicher gegen Finnland zu stimmen. Durch diese Spaltung der Volksmeinung wurde der Widerstand in hohem Grade zugunsten der Verrussungsbestrebungen geschwächt.

Die Politik der Altfinnen nützte nichts. Es war unmöglich, durch Kompromisse in ein freundschaftliches Verhältnis zu Rußland zu gelangen. Als im Jahre 1908 der Druck von Osten her wieder einsetzte, versuchten die Altfinnen zwar wieder zur Versöhnung zu raten, erkannten aber bald selbst, daß diese Taktik aussichtslos war. Der russische Ministerpräsident Stolypin hatte in seiner strengen Politik gegen Finnland die Majorität der Duma hinter sich, und nun vereinigten sich endlich alle Parteien des unterdrückten Landes in der Überzeugung, daß die Konstitutionellen doch recht gehabt hatten. Seitdem hat die altfinnische Partei sowohl mit den Sozialdemokraten, der gegenwärtigen Mehrheit des finnländischen Landtages, den die russische Regierung indessen nicht einzuberufen wagt, wie auch mit der konstitutionellen Partei gemeinsame Sache gemacht, sobald es sich darum handelt, die vergewaltigten Freiheiten und Rechte des Landes zu schützen. Mit dem Weltkriege ist die russische Gewaltpolitik gegen Finnland immer ärger geworden. Das Zwangsregime wird immerfort verschärft, einige der geachtetsten Männer des Landes — darunter der frühere Landtagsvorsitzende Svinhufvud — sind nach Sibirien gebracht, wo sie noch schmachten.

Jetzt steht Finnland einig da und ist bereit, alles für sein Leben zu wagen, sobald sich eine Aussicht auf Rettung bietet. Die Zeitung der Altfinnen, „Uusi Suometar", welche früher jede Widerstandspolitik bekämpfte, spricht jetzt eine ganz andere Sprache und hat neulich der russischen Zeitung „Novoje Wremja", die beständig Finnland sowohl wie auch Schweden verleumdet und neuerdings

die finnischen Deutschfreunde des angeblichen Deutschtums und der Agitation innerhalb und außerhalb Finnlands zugunsten der deutschen Sache beschuldigte, folgende würdige Antwort gegeben:

„Wenn eine solche Agitation wirklich vorkommt, so liegt das unzweifelhaft gerade daran, daß die Novoje Wremja und ihres Gleichen, alles tun, um dazu Veranlassung zu geben ... Wenn die Forderung des finnischen Volkes, sein eigenes Leben nach seiner Gemütsart und seinen Neigungen leben, seine eigenen nationalen Züge und seine Kultur entwickeln, sich sowohl im Privatleben wie öffentlich seiner eigenen Sprache bedienen, seinen eigenen Gesetzen nachleben und seine Bedürfnisse selbst bestimmen, sowie die Mittel zu ihrer Befriedigung selber anweisen, sich willkürlicher Verwaltung, Bedrückung jeglicher Art und zugefügtem Unrecht widersetzen zu dürfen — wenn alles dies, das so tief in unserem Lande und in unserem Volke wurzelt, nur „Deutschtum" wäre, dann stände es ja schlecht mit allen anderen Völkern der Welt. ‚Separatismus' und ‚passiver Widerstand' in diesem Sinne gehören zu den kostbarsten geistigen Gütern der Völker, werden von ihnen sorgfältig und liebevoll gehütet, und ihre Verringerung gilt als größtes nationales Unglück."

Die „Novoje Wremja" betonte wiederholt, wie glücklich sich Finnland im Gegensatze zu dem übrigen Rußland preisen könne, da es weder Kriegsdienst zu leisten und noch so schwere wirtschaftliche Opfer zu bringen brauche wie Rußlands andere Provinzen. Hierauf antwortete die finnische Zeitung, daß Finnland niemals verlangt habe, von der Wehrpflicht frei zu sein, sondern daß diese Anordnung gerade eine Folge der russischen Politik sei, welche die „Novoje Wremja" stets verfochten habe und deren natürliche Folgen seien, daß Rußland den ihm unterstellten Völkern nicht trauen könne. Hieran schließt die „Uusi Suometar" jene den Rechtsgedanken in Finnland darstellenden Worte, die hier nach der schwedischen Zeitung „Aftonbladet" (vom zweiten Februar 1916) wiedergegeben werden:

„Die ‚Novoje Wremja' ist augenscheinlich der Ansicht, daß einem Lande und einem Volke, die in schicksalsschweren Zeiten nur kleine äußerliche Opfer, hauptsächlich wirtschaftlicher Art, zu bringen brauchen, nichts mehr zu wünschen übrig bleibe. Wir denken unsererseits nicht leichten Herzens an alle die Opfer an Gut und Gold, an Leben und Blut, die gegenwärtig vielen Völkern in so hohem Grade abverlangt werden. Derartige Opfer bringen so harte Prüfungen und so schwere Leiden mit sich, daß jedes Land, dem sie nicht auferlegt werden, dem Schicksale aus tiefster Seele dankbar sein muß. Dies aber darf uns nicht verhindern, offen auszusprechen, daß kein Volk darum vollkommen glücklich ist, weil es von solchen Leiden und Opfern verschont bleibt. Ein Volk, das sein Glück mit solchen Maßen mißt, ist in Wahrheit erbärmlich und des Lebens unwürdig. Wenn die Nation sich über die niedrige Denkweise, die einen primitiven Kulturstandpunkt kennzeichnet, erhoben hat, wenn geistige und sittliche Werte in ihren

Augen Bedeutung erhalten haben, dann verlangt sie vom Leben etwas anderes als nur materielles Wohlergehen. Damit sie sich glücklich fühlen könne, bedarf sie gesetzmäßiger bürgerlicher Freiheit, bedarf sie einer Gesellschaftsordnung, die keiner Willkür Spielraum gewährt, und bedarf sie des Rechtes der Selbstbestimmung über ihre eigenen inneren Angelegenheiten und der Freiheit, alle ihre Kräfte und Anlagen zu entwickeln, um sich selber zu wahrer humaner Kultur zu erheben und sich in sich selbst das wirkliche Glück zu erschaffen." (Dann folgen zwei von der Zensur gestrichene Sätze.)

„Dem Skribenten der ‚Novoje Wremja' sind solche Reden natürlich hebräisch, und am allerwenigsten hat das besagte Blatt je auch nur begreifen wollen, daß das Volk Finnlands, um sich glücklich zu fühlen, auch noch anderer Dinge als seiner körperlichen Nahrung bedürfe. Wir erdreisten uns jedoch zu versichern, daß das Blatt und seine Seelenfreunde vergeblich warten werden, wenn sie meinen, daß Finnland sich je glücklich fühlen könne, falls die hier oben angedeuteten Vorbedingungen zum Wohlergehen unseres Landes nicht erfüllt werden. Es ist möglich, daß man in dem, was wir hier gesagt haben, einen neuen Beweis der ‚Undankbarkeit' der Finnen sehen wird. Daran aber können wir nichts ändern".

Unter den Freunden Finnlands gibt es einige, die noch auf eine bessere Ordnung der Dinge hoffen, wenn nur die russische Freiheitsbewegung erst wirklich zum Durchbruche gelangt sei und dem Zarenreiche eine dauernde parlamentarische Konstitution gegeben habe. Doch selbst dann, wenn dies in absehbarer Zeit geschähe, deuten viele Zeichen darauf hin, daß der russische Reichsgedanke in seinem gegenwärtigen Sinne auch die freisinnigen Parteien Rußlands vollständig beherrscht. Ein liberales Rußland wird in Finnland immer nur einen Teil des russischen Reiches sehen, und besonders scheint der Weltkrieg die Ansicht verstärkt zu haben, daß die Finnen zu wenig unter den Prüfungen des Zarenreiches gelitten hätten und deshalb schwerlich ein Recht auf Änderungen zum Besseren beanspruchen könnten. Bezeichnend sind in dieser Hinsicht die Worte, die Baron A. Meyendorff, der Mitglied der Reichsduma und dort mehr als einmal für Finnlands Rechte eingetreten ist, zu dem Vertreter einer finnischen Provinzialzeitung, der einige Petersburger Politiker besucht hat, gesprochen hat. Nach dem Berichte in der „Neuen Uppsalazeitung" (vom 21. Januar 1916) hat er folgendes geäußert:

Herr Meyendorff sah die Verhältnisse durchaus nicht in hellem Lichte und meinte, daß die Frage über die Beziehungen zu Finnland, sehr schwierig zu beantworten sei. „Allerdings ist", sagte er, „von einer bevorstehenden Neugestaltungsperiode im Kaiserreiche, wobei das Volk seine Kraft und seinen Willen zeigen soll, die Rede." Er selber aber sei keineswegs davon überzeugt, daß es dazu kommen werde. Und er bezweifle jedenfalls, daß ein demokratischer Durchbruch in Rußland den Finnen irgend einen Vorteil bringen werde. Denn er sei fest davon überzeugt, daß der politische Kurs, den man in den letzten Jahren auch hinsichtlich Finnlands eingeschlagen habe, den Bestrebungen und

Wünschen der russischen Gesellschaft entspreche — wenigstens gegenwärtig. Die allgemeinen Tendenzen des herrschenden Systemes würden, mehr oder minder bewußt, auch von denen umfaßt, die der Regierung nicht nahe ständen. Nach dem Kriege werde man, wie er glaube, darauf hinweisen, daß die Finnländer in dem großen Kampfe eigentlich gar keine Opfer gebracht hätten, und dadurch werde eine Stimmung entstehen, die ihnen nicht günstig sei. Die Ostseeprovinzen hätten unter allen Heimsuchungen des Krieges gelitten, mancher Mann habe dort alles verloren. Aber auch das werde noch nicht als genügend angesehen.

Viele Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Stimmung in Finnland jetzt reif zu jeder Tat ist, die dem Großfürstentum seine gesetzmäßigen Rechte wiederverschaffen kann. Sogar die schwedische Zeitung „Sozialdemokraten", die, mit Branting als Redakteur, leidenschaftlicher als jede andere Entente-Zeitung in Schweden die Sache der Mittelmächte bekämpft hat, sah sich im Dezember 1915 gezwungen, in ihren Spalten den Brief eines Finnen aufzunehmen, der ihr über die erbitterte Stimmung in Finnland die Wahrheit sagt. Er schreibt unter anderem:

„Seit der Weltkrieg im Gange ist, hat die russische Regierung bekanntlich keinen Augenblick aufgehört, die konstitutionellen Rechte des finnischen Volkes zu unterdrücken, ja sie hat diese Bestrebungen nicht einmal verlangsamt. Im Gegenteil, der durch den Krieg geschaffene Ausnahmezustand ist aufs eifrigste ausgenutzt worden, um auch reaktionäre Maßregeln, die zu anderen Zeiten nicht möglich gewesen wären, durchzuführen. Alle bürgerliche Freiheiten und Gerechtsame — sowohl die persönliche Unverletzlichkeit wie auch die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit — sind tatsächlich aufgehoben oder von der Willkür der Polizeibehörden abhängig; der Landtag ist trotz der deutlichen Verordnung des Grundgesetzes im Jahre 1915 nicht einberufen worden, und finnische Bürger leben noch immer als Verbannte in Sibirien.

Zu der politischen Verfolgung gesellt sich der wirtschaftliche Druck. Die Lebensmittelpreise sind gestiegen wie nie zuvor, und dennoch ist die Arbeiterklasse außerstande, ihre Löhne in demselben Maße zu steigern, weil der Streik — das wichtigste Kampfmittel der Arbeiter — durch die Behörden verboten ist.

Unter solchen Verhältnissen sollte man sich denken können, welche Stimmung im finnischen Volke herrscht. Viele lange Jahre hindurch hat dieses Volk schwer um die Bewahrung seiner konstitutionellen Freiheit und seines Rechtes auf nationale Selbstbestimmung gekämpft, und die letzte Zeit ist keineswegs geeignet gewesen, uns gegen die Unterdrückerklasse, die uns dieses Recht zu rauben versucht, milder zu stimmen.

Weit entfernt, auf die Widerstandskraft des finnischen Volkes lähmend zu wirken, wie man an einigen Stellen im Auslande zu glauben scheint, haben die Ereignisse der letzten Zeiten ein Wiedererwachen des Willens der Nation zum Leben ihres eigenen Lebens bewirkt. Die Hoffnungen können mehr oder

weniger weit gehen, aber darin scheint Einigkeit zu herrschen, daß das finnische Volk nicht dazu verurteilt sein darf, sich beständig passiv zugunsten einer fremden Oberklasse ausbeuten und unterdrücken zu lassen.

Was nun die Arbeiterklasse anbetrifft, so ist sie unerschütterlich entschlossen, die machthabende russische Bureaukratie, die beständig nach Gelegenheiten zur Unterdrückung und Versklavung unseres Volkes ausspäht, zu bekämpfen.

Damit die jetzigen reaktionären Mächte Rußlands aufhören, eine Gefahr für die Freiheit des finnischen Volkes zu sein, müßte Rußland eine lange politische und wirtschaftliche Entwicklung durchmachen. Voller Bitterkeit hat die finnische Arbeiterklasse alle die Hoffnungen, die sie an ihr allgemeines politisches Stimmrecht geknüpft, in nichts zerinnen sehen, und dies ist in wesentlichem Maße infolge der Hindernisse geschehen, welche die reaktionären Mächte Rußlands einer freieren demokratischen Entwicklung in Finnland immerfort in den Weg gelegt haben und legen. Wenn es auch dem finnischen Volke infolge gelegentlicher Schwäche der russischen Reaktion glücken sollte, sich politische und soziale Reformen zu erkämpfen, so würde jene Reaktion doch immer die erste beste Gelegenheit, die Gerechtsame der Finnen von neuem zu verkürzen, eifrigst benutzen. Es wäre also eine Sisyphusarbeit, wenn man einer freieren Entwicklung Finnlands den Weg bahnen wollte, solange in Rußland noch reaktionäre Elemente herrschen, die sich wieder auf sie stürzen und sie erdrosseln würden.

Wie die Meinungen im übrigen auch auseinandergehen, eines steht fest: das in Rußland herrschende reaktionäre System wird nicht einen Mann des finnischen Proletariates zu sich hinüberziehen können, obgleich es an Versuchen dazu keineswegs fehlt. Die überwältigende Mehrzahl des finnischen Volkes besteht auf seinem Rechte, sein staatliches Leben nur nach seiner eigenen Rechtsauffassung und seinen eigenen Gesetzen zu führen."

Russisches Regime, es sei nun reaktionär oder liberal, wird nie verstehen können, daß Finnland sowohl von der Natur wie von der Geschichte zuerst und zuletzt seinem eigenen Volke geschenkt worden ist. Rußland ist zu nahe mit Asien verwandt, um den geduldigsten Märtyrer Europas verstehen zu können, jenen Märtyrer, der seine Kraft aus der unerschütterlichen Überzeugung schöpft, daß Finnland nie ein lebender Teil Rußlands werden könne.

Zur Befreiung Finnlands gibt es nur einen Weg: den Weltkrieg. Nur in Verbindung mit der Gestaltung einer gesicherteren Ordnung des Grenzenverhältnisses zwischen Europa und Asien, wohin Rußland eigentlich gehört, kann Finnlands Schicksal wieder lichter werden. Es ist derselbe Weg, der zu Polens staatlicher Befreiung geführt hat und auf welchem auch die Ukraine ihre Freiheit zu erlangen hofft. Dadurch, daß diese Länder einem großen mitteleuropäischen Staatenbunde beitreten, kann ihre Freiheit von Dauer sein. Auf halbem Wege stehen bleiben und Finnland dadurch, daß man ihm absolute Selbständigkeit gibt, von Rußland loszureißen suchen, hieße, es Rußland von neuem als Köder vorhalten. Finnlands Zukunft läßt sich, gleich der Polens, nur durch Anschluß

an den Westen sichern, durch einen Anschluß, der jenen Ländern völlige innerpolitische Selbständigkeit gibt, aber ihre Außenfront mit einem starken Mitteleuropa vereinigt.

Beim künftigen Friedensschlusse hat Schweden die Aufgabe, wenn möglich für eine gute Lösung des finnländischen Problemes einzutreten. Unsere eigene Sicherheit, die jetzt wie immer unser nächstes Ziel ist, würde sich sehr vergrößern, wenn zwischen Schweden und Rußland ein freier Staat von Finnlands geographischem Umfange errichtet würde. Nicht weniger als 500 Kilometer würden uns dann von dem großen Zarenreiche trennen. Doch müßte dies unter der Voraussetzung geschehen, daß Schweden nicht allein daran interessiert wäre, sondern Finnland sowohl wie Deutschland auch ihre Lebensinteressen darin sehen. Das Volk Finnlands wird, wenn die rechte Stunde schlägt, schon sein Schicksal durch eine bestimmte Willensäußerung selbst in die Hand nehmen. Wollen sowohl seine Schweden wie seine Finnen, daß ihr Land von Rußland abgetrennt werde und bei völliger innerer Selbstverwaltung sein außenpolitisches Geschick an ein starkes Mitteleuropa knüpfe? So muß die Frage gestellt werden. Wird sie, wie es wahrscheinlich ist, mit Ja beantwortet, dann steht damit ein ganzes Land da, dessen Schicksal in seine eigene Hand gegeben ist. Und dann gilt das Prinzip, daß es kein höheres Recht gibt als das Recht eines Landes, sich selbst zu regieren. Wenn Finnlands Entschluß als Tatsache vorliegt. so müssen Schweden und Deutschland bei ihrem notwendigen Zusammenwirken am Friedensschlusse dafür eintreten und können es auch, da sie damit einen unabweisbaren Rechtsanspruch und keine irgendwie brutale Eroberungsansprüche geltend machen. Schweden folgt dabei derselben moralischen Politik, von der es 1905 bei der Auflösung der Union beseelt war, als es Norwegen gerade das Recht zugestand, das Finnland in ebenso hohem Grade beanspruchen kann. Durch allgemeine Abstimmung und den Beschluß des Storthings hat das Volk Norwegens seinen Willen, aus der Union mit Schweden auszutreten, kundgegeben, und auf demselben Wege kann Finnland seine Trennung von Rußland beschließen. Schweden glaubte nicht das Recht zu haben, Norwegen wider seinen Willen in der Union festzuhalten, und Rußland ist ebensowenig berechtigt, Finnland wider seinen Willen zu besitzen. Dies ist 1917 ein ebenso unabweisbarer freisinniger Gedankengang, wie es dies 1905 gewesen ist.

Wer sich ein wenig mit russischer Politik beschäftigt hat, der weiß ganz genau, daß bei ihr von Ritterlichkeitstendenzen, denen Schweden im Jahre 1905 huldigte, nicht die Rede sein kann. Niemals wird Rußland Finnland freiwillig fahren lassen, dessen kann man gewiß sein. Wir müssen auf den Krieg und die ihm folgende Niederlage der russischen Eroberungspolitik hoffen. Ob nun das Volk Finnlands sich gegen Rußland erhebt, wenn die Deutschen über Reval an der finnländischen Küste landen sollten oder ob Finnland nur eine konstitutionelle Unabhängigkeitserklärung, wodurch die Verbindung zwischen dem Großfürstentume und dem Zarenreiche aufgesagt wird, zu verkünden braucht, immer

würde eine strategische und völkerrechtliche Lage gegeben sein, die in Deutschlands Interesse Finnland zum freien Lande machen kann.

Ist man davon überzeugt, daß die Finnländer ebenso wie die Polen ein Recht auf nationale Befreiung haben, so sieht man in dem Kriege auf der Ostfront einen wirklichen Befreiungskrieg. Damit soll nicht gesagt sein, daß Deutschland seinen schweren Kampf gegen die Übermacht kämpfe, um andere Völker zu befreien. Es kämpft, um seine eigene Freiheit zu sichern. Weiter kann ein Volk in der Regel leider nicht gehen, ohne seine eigene Existenz zu gefährden. Schweden befreite einst Sachsen und die anderen lutherischen Staaten Deutschlands, als es unter Gustav Adolf den Kampf gegen die katholische Liga aufnahm, aber es zog in den Kampf, um sich selbst und seine eigene Zukunft zu retten. Unser größter König war scharfsehend genug, um zu erkennen, wie eng die Sache Schwedens mit der Sache der deutschen Protestanten verknüpft war, und diese durch die Ereignisse selbst festgestellte Lage bewirkte, daß Schweden durch den Kampf um seine eigene Freiheit auch andere Völker befreite. Nie hätten die Heere Kaiser Wilhelms heutzutage Deutschlands ungeheuere Kraft entfalten können, wenn nicht damals unter Gustav Adolf das Freiheitsbanner auf deutschem Boden geweht hätte. Und niemals würden die Völker Finnlands und Polens auf eine bessere Zukunft hoffen können, wenn nicht Wilhelm der Zweite und sein Volk die von Osten heranstürmende Kosakenherrschaft zurückgetrieben hätten.

Der Glaube an die Befreiung Finnlands wird also in seiner Hoffnung dadurch gestärkt, daß es in Deutschlands eigenem Interesse liegt, Polens Forderung einer dauernden Abtrennung von Rußland auch auf Finnland auszudehnen. Gegebenerweise hat jedoch diese Erweiterung der Freiheitsforderung für Deutschland weniger Wichtigkeit als Polens Befreiung, weil dieses Land in russischem Besitze ein offenes Einfalltor bildet, das deutsche Staatskunst dauernd verrammeln muß. Das größte Interesse an der Lösung der finnländischen Frage hat natürlich Schweden. Und hiermit stehen wir vor dem schwierigsten aller schwedischen Probleme.

Wir Schweden wollen Finnland befreit und als Pufferstaat zwischen uns und Rußland liegen wissen, um auf der Seite Ruhe zu haben. Wir wollen aber nicht, daß Finnland uns einverleibt werde, und ebensowenig, daß es zu einer Teilung des Landes komme, wobei die Schweden Finnlands der einen Seite und die Finnen der anderen zufielen — falls man sich nicht mit einer Grenze im Osten der Alandsinseln begnügen würde. Denn diese von Schweden bewohnte Inselgruppe bildet jetzt eine militärgeographische Angriffsdrohung gegen Schwedens zentrale Teile, und es wäre daher eine nicht geringe Sicherung unseres Landes, sie innerhalb der Reichsgrenze Schwedens zu wissen. Doch damit wäre die russische Gefahr ja noch nicht beseitigt. Die Drohung im Norden, mit dem Drang über Lapplands Erzgruben hinweg nach dem Atlantischen Ozeane, bliebe bestehen. Hier scheint uns nur Finnlands voll-

ständige Losreißung von dem ihm fremden russischen Staatskörper beständige Sicherheit gewähren zu können.

Als Lösung des finnländischen Staatsproblemes sind mehrere Alternativen denkbar. Schließt sich Finnland unmittelbar an Deutschland an, so leidet Schweden unter einem übermächtigen deutschen Nachbarn, der auf unsere ganze Süd-, Ost- und Nordgrenze drücken wird. Ein deutscher Reichskörper mit Finnland als Bestandteil würde allerdings Deutschland selbst zu unförmlich in seiner schlangenhaften Ausdehnung erscheinen. Da wäre es denn sowohl für uns wie auch für Deutschland besser, wenn Schweden dadurch unmittelbar an der neuen Existenz Finnlands interessiert wäre, daß ein Band der Einheit sämtliche drei Staaten und, wenn möglich auch Dänemark und Norwegen, miteinander verknüpfte. Ein mitteleuropäischer Staatenbund ist die beste, ja die allen Kontrahenten allein Gewinn bringende Lösung des Existenzproblemes Finnlands und Polens, Skandinaviens, Deutschlands und Österreich-Ungarns. Damit träte der Gedanke eines dauernden Friedens auf den Boden der Wirklichkeit, und die Furcht vor einem neuen Blutbade innerhalb Europas wäre durch Organisation beseitigt.

Isolierte Völker sind lebensfeindliche Zeichen, die die Auffassung der Menschheit als einem im Werden begriffenen Organismus widersprechen. Nationales Leben ist, wie alles andere Leben, Bewegung, aber keine Rückwärts-, sondern eine Vorwärtsbewegung. Und die Weltgeschichte kennt im Grunde keinen anderen Fortschritt als den von den einzelnen Teilen zum Ganzen gehenden. Innerhalb eines großen, durch freiwillige Beteiligung gegründeten Staatenbundes wird der Wettstreit zwischen den Nationen sich ohne Blut, Tränen und Haß abspielen und ebenso frei wie edel sein.

In einem Punkte sind wir Schweden uns, im großen gesehen, einig: wir müssen den Moralgesetzen der Weltgeschichte darin gehorchen, daß wir ein nationales Leben führen, das andere Völker nicht vergewaltigt. Daher ist unsere auswärtige Politik eine nach allen Seiten hin korrekte Neutralitätspolitik. Wir haben Rußland nicht angreifen wollen, um in Verbindung mit der Offensive der Mittelmächte im Osten Finnland zu befreien. Solange es nur auf uns ankommt, wollen wir hinsichtlich des Neutralbleibens unser einmal gegebenes Wort halten. Doch wenn die Weltgeschichte durch den Weltkrieg eine Entscheidung im großen geben will — und das ist nur zu wahrscheinlich —, so wird vielleicht an der Ostfront des Krieges eine Lage entstehen, in welcher Schweden zwischen Leben durch Handeln oder Sterben durch Untätigkeit wählen muß. Wenn wir uns jeglichen politischen Zusammenwirkens mit den Mittelmächten und Finnland zum Zurücktreiben der russischen Gewaltherrschaft enthalten, so sind wir vielleicht in den Augen der Geschichte nutzlos geworden. Dann wäre unser Untergang so unausbleiblich vorherzusehen und vorauszusagen, daß wir uns zum Handeln aufraffen und ein Wort nach Osten hin sprechen müssen. Vielleicht — und wir wollen es so lange wie möglich hoffen —

braucht eine solche Lage nicht einzutreten. Tritt sie aber an uns heran, dann bleibt uns keine Wahl. Denn leben muß Schweden. Wenn Deutschland, dessen Kraft nicht unerschöpflich ist, so gewaltig sie auch ist, um Kraft zur Besiegung der Westmächte zu gewinnen, einen Sonderfrieden mit Rußland zu schließen beabsichtigte, der Polens Selbständigkeit als Pufferstaat sichert, dann steht Schwedens Leben auf dem Spiele. Dann wird seine Beteiligung an den Weltbegebenheiten nicht ein Überfallen eines Schuldlosen, sondern Verteidigung des eigenen Lebens sein. In solcher Lage müssen wir mit Deutschland zusammengehen, um das Befreiungswerk zu vollenden und uns selber zu retten. Stehen Deutschland, Schweden und Finnland politisch einig gegen Rußland zusammen, dann ist es wohl möglich, daß der Zarismus schon beim Anblicke einer solchen Konstellation den Kampf aufgeben wird.

Kant — unser Führer im Streit!

Von Dr. Max Müller

Kant † am 12. Februar 1804

Es ist eine Eigentümlichkeit des deutschen Volkes, daß seine großen Männer nicht bloß eine einheitliche Verbindung seiner Wesenszüge darstellen, nicht bloß als besonders hochentwickelte Einzelgestalten die übrigen überragen; — sondern gerade umgekehrt haben die führenden Deutschen, indem sie auf die große Menge nachhaltig lenkend und bestimmend eingewirkt haben, ganzen Geschlechtern, ganzen Zeitabschnitten den Stempel ihres Geistes aufgedrückt. Shakespeare ist nur der reinste, höchste Ausdruck der englischen Renaissance, Racine entwächst beinahe natürlich der Zeit Ludwigs des Vierzehnten. Bei uns dagegen ist es anders: fast jede große Bewegung geht auf den großen Führer zurück. Seine Gedanken treiben die Masse. So wirkt Luther die deutsche Reformation, und sein Geist ist noch heute in der protestantischen Geistlichkeit, im deutschen Pfarrhause lebendig. Friedrich Wilhelm I. schafft unser deutsches Heer und unsere Beamtenschaft, auf deren Geist wir gerade jetzt so stolz sind. Marx und Lassalle wecken die deutsche Sozialdemokratie. Ab uno disce omnes. Wäre es nun nicht möglich, daß auch in dieser großen Zeit, wo die gesamte Welt voll staunender Bewunderung und voll berechtigten Neides auf unsere gewaltigen Leistungen schaut, eine Kraft am Werke ist, die, wenn auch vielleicht uns unbewußt, auf eines einzigen allüberragenden Geist zurückgeht?

Unsere Feinde haben das auch gar bald herausfinden wollen, und die Namen Bernhardi, Treitschke und Nietzsche tauchten sogleich in ihren Erörterungen über die Entstehung des Krieges auf. Besonders mit dem letzten der drei wurde in der Presse der Feinde ein wahrer Kult getrieben; seine Werke wurden übersetzt und erklärt. War es doch auch gar zu bequem, die Lehre vom Herrenmenschen so zurechtlegen, daß man bewies — und noch heute ist der Durchschnittsamerikaner felsenfest davon überzeugt — Deutschland habe, rein dem Willen zur Macht folgend, seine Stärke zu schnödem Angriff der Nachbarvölker mißbraucht. Wir haben es nicht nötig, derartiges zu widerlegen. Zwar scheint die Ausgabe, daß neben dem Faust der Zarathustra die begehrteste Lektüre unserer Soldaten im Schützengraben sein soll, dafür zu sprechen, daß Nietzsche unser geistiger Führer in diesem gewaltigen Ringen ist. Und doch: es kann nicht sein. Diese unbedingte Hingabe des einzelnen an das große Werk, dies rührende Sichbescheiden allerorten steht in allzu krassem Widerspruch zu dem rücksichtslosen Durchsetzen der eignen Persönlichkeit und dem schroffen Abweisen alles die eigene Entwicklung Störenden, die Nietzsche predigt, daß wir schon weiter suchen müssen. Goethe, unser Größter? Sein weitherziges Weltbürgertum, das ihn im Freiheitskampf abseits stehen ließ, wird in der Zeit, wo die nationalen Gegensätze wie nie zuvor aneinanderprallen, von allzu wenigen verstanden, als daß er unser Führer genannt werden könnte. Wir suchen weiter und blicken zu dem Liebling unseres Volkes, zu Schiller. Und wir sind schon in der richtigen Bahn. Wir brauchen nur statt des Schülers den Meister zu nennen, und vor uns taucht die schlichte, ernste Gestalt des Mannes auf, dessen Geist in uns allen lebendig ist und schier Unmögliches wirkt: es ist der Weise von Königsberg, Immanuel Kant.

Freilich, manche werden sagen: die Quellen unsrer Kraft sind keine Bücher und Lehrer, sondern Kruppsche Geschütze und Panzerplatten, Unterseeboote und Zeppeline. Doch selbst dieser materialistische Standpunkt müßte uns, so unglaublich es zunächst klingen mag, zu Kant führen. Rufen wir uns kurz seine unsterbliche Leistung in der „Kritik der reinen Vernunft" zurück. Sie besteht vor allem in der klaren Scheidung des Gegebenen in zwei Welten, die Erscheinungswelt und die Welt des Dinges an sich. Alles, was wir mit unsern Augen sehen, mit unsern Ohren hören, kurz, mit unsern Sinnen wahrnehmen, ist nur Erscheinung. In Wirklichkeit ist die Welt ganz anders. Das Wesen der Dinge, so wie wir sie sehen, ist uns Ort, Größe und Gestalt. Doch Kant zeigt, daß in Wirklichkeit die Dinge keinen Raum haben, sondern daß Raum eine Funktion unseres Verstandes ist, gleichsam ein Netz, das vor unserm Bewußtsein ausgespannt ist und mit dem wir alles, was von außen als Empfindung unsern Sinnen zufließt, ergreifen. Die ursprünglich ungeordneten raumlosen Wahrnehmungen werden nun durch die uns angeborene Funktion des Raumes zu räumlich geordneten Anschauungen. Aus diesen entstehen dann unsre Begriffe von der Welt. Und wie es mit dem Raum ist, so ist es auch mit der Zeit.

Das Ding an sich ist zeitlos, das Ding, wie es uns erscheint, — das „Ding für uns“ —, besteht aus aufeinander folgenden Dingaugenblicken. Und da wir nichts anders sehen und in nichts anderem denken können als in bereits räumlich und zeitlich Geordnetem, so ist die eigentliche Welt, die Welt des Dinges an sich, unserm Verstande auf ewig verschlossen. Indem Kant dieses ein für allemal bewies, zerstörte er den Wahn der Aufklärung, auch die tiefsten Welträtsel lösen zu können: denn Gott oder der Kosmos sind eben solche Dinge an sich, an die unser Verstand nie heran kann. Schlüsse und Urteile stützen sich ja auf Begriffe, Begriffe aber auf Anschauungen, und diese haben wir eben nie anders als bereits in Raum und Zeit geordnet. Wenn wir an diese gleichsam negative Leistung Kants denken, dürfen wir aber nicht vergessen, daß beschränken nicht nur etwas Negatives ist, sondern oft gerade ungeahnte positive Ergebnisse im Gefolge hat. Um ein Beispiel zu nehmen, das uns allen geläufig ist: die Türkei verlor im Balkankriege ungeheuere Gebiete. Aber das bedeutete keine Schwächung, sondern eine gewaltige Stärkung des Reiches. Es befolgte gleichsam den Grundsatz der Bibel: „Ärgert dich dein rechtes Auge, so reiß es aus und wirf es von dir.“ Indem die Türkei nun instand gesetzt wurde, die in jenen Gebieten oft nutzlos verschwendete Kraft den alten Provinzen zuzuwenden, die bisher notgedrungen hatten zurückstehen müssen, gewann sie jene innere Festigkeit wieder, die zu Gallipoli und Kut-el-Amara führte. So war es auch mit Kants Kritik menschlichen Forschungsdranges, dessen Betätigungsfeld nicht vernichtet, sondern nur enger umgrenzt wurde. Das Übersinnliche zu enträtseln gab man nun als verlorene Liebesmüh auf, aber das im Bereich unserer Sinne Liegende, d. h. die ganze Natur, so wie sie in Raum und Zeit vor uns ausgebreitet daliegt, wurde nun mit um so stärkerer Macht von der Forschung in Angriff genommen. Hatte Kant ja gezeigt, daß es hier keine Schranken der Erkenntnis gab, ja, hatte er doch sogar bewiesen, daß unser Verstand nicht nur Raum und Zeit, sondern alle seine eigenen Gesetze, wie das der Kausalität, das heißt der Verkettung von Ursache und Wirkung, selbst in die Natur hineingelegt hat. Nicht die Natur gab uns Gesetze, sondern wir der Natur! Werden wir so doch geradezu zum Schöpfer der Erscheinungswelt; denn sie existiert als solche überhaupt nur durch die Formen unserer Erkenntnis. Forschen war demnach nichts anders als diese vom Verstande in die Natur hineingelegten Gesetze wieder aus ihr herauszusuchen! Das war die kopernikanische Tat Kants. Und nun man wußte, daß die uns umgebende Natur, an deren Entstehen wir so selbst fortwährend tätig sind, restlos von unserem Verstande entschleiert werden kann, ging man mit Feuereifer an die lockende Aufgabe heran. Statt mit metaphysischen Formeln arbeitete man mit mathematischen, und an die Stelle des Syllogismus trat das Experiment. So führt Kant der alten Aufklärung, die er scheinbar zermalmte, doch wiederum letzten Grundes neue Lebenskräfte zu, die sie noch heute als lebendige Macht erhält. Die Naturwissenschaft aber blühte mächtig auf. Nun kommt die Zeit des Kantianers Schelling, des

phantasievollen Jenenser Naturphilosophen; unter seinem Einfluß rückt die Naturphilosophie in den Mittelpunkt des Interesses der Gebildeten; alles macht nun Versuche mit dem magnetischen Pendel und primitiven elektrischen Apparaten. Es ist zunächst nichts als der reine Dilettantismus, der von der Literatur und Philosophie hergekommen und sich nun das Feld der Naturwissenschaften als neuen Tummelplatz erkoren hatte; aber schon das nächste Geschlecht arbeitet sich zur Klarheit durch und geht von der schwärmerischen Naturphilosophie zur exakten Naturwissenschaft über. Nun folgt jene stolze Reihe von deutschen Naturforschern, die seit der Zeit der „Kritik der reinen Vernunft" bis auf unsere Tage den Neid der anderen Völker bildet: von Humboldt über Helmholtz zu Häckel. Eine Verehrung der Wissenschaft entsteht, wie sie in keinem andern Lande ihresgleichen hat; denn wo hat sie wie bei uns eine Stelle im Gesetz, die ein für allemal verkündet: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei"? Und neben die reine tritt die angewandte Wissenschaft. Der rauchende Schlot und das Geraffel der Maschinen drängt sich in die friedliche Stille der Städte, Fördertürme und Zechen schaffen die Schätze des Bodens empor, und „Made in Germany" wird zur Reklame. Essen wird die zweite Hauptstadt des Reiches im Kriege, und deutscher Stahl schneidet am schärfsten. Das haben die Feinde gar oft erfahren müssen. Ahnen sie, daß der friedliche Bürger von Königsberg im schlichten Alltagsrock der geistige Vater auch unserer technischen Überlegenheit ist?

Wir haben gesehen, wie Kant zwischen der Erfahrungswelt und jener anderen geheimnisvollen Welt des Dinges an sich eine starre Schranke aufrichtete. Und doch ist sie unüberwindbar nur für uns als denkendes Bewußtsein. Unsere Seele ist aber nicht nur denkendes, sondern auch fühlendes und handelndes Wesen. Und was ihr als denkender ewig verschlossen bleibt, das wird ihr als handelnder gleichsam in einer Vision zuteil. Eine Stimme nämlich gibt es aus jener anderen Welt, deren mahnender Silberton zu jeder Stunde zu uns herübertönt. Das ist der kategorische Imperativ, jenes Gebot der Pflicht, das Kant so faßt: Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung sein könnte. Das war etwas ganz Neues, Gewaltiges. Vorher war der Richtpunkt menschlichen Strebens immer etwas anderes gewesen. Nach dem englischen Denker Shaftesbury beispielsweise war das Mitgefühl die Grundlage der Moral. Ein mitfühlender Mensch wird nicht böse handeln können, weil er das Leid, das er andern zufügen würde, selbst als „Mit-Leid" empfinden würde. Nach der zeitgenössischen Philosophie der französischen Materialisten war Selbstliebe das den menschlichen Willen Bestimmende. Alles, was das eigene Wohl förderte, alles, was für uns gut war, galt ihnen als an sich gut. Ihnen kam es nur darauf an, das Leben zu genießen bis zum letzten Augenblick. Cumberland, ein zeitgenössischer englischer Philosoph, findet das sittliche Prinzip in dem allgemeinen Besten. Sittlich ist nach ihm alles, was das Wohl der Gesamtheit fördert; jede Rücksichtnahme auf das eigene Wohl scheidet aus. Nach dem großen deutschen Denker des achtzehnten

Jahrhunderts, Leibniz, dagegen, ist gerade die eigene Vollkommenheit das Prinzip des moralischen Wollens. Alles ist gut, was den Zustand des Menschen vervollkommnet, ihn auf eine höhere Entwicklungsstufe führt, vom Tier entfernt und Gott nähert. Und so gab es noch eine Fülle anderer moralphilosophischer Richtungen, denen aber, so widerstreitend die einzelnen Meinungen sein mochten, doch eines gemeinsam war. Allen Philosophen vor Kant nämlich war der Wille bestimmt durch Gründe, die außerhalb der Vernunft lagen. Man fragt nach dem Wesen des Guten, und wenn man diesen Begriff bestimmt hat, stellt man die Richtlinien für die Verwirklichung dieses höchsten Guten auf. Dieser Fremdgesetzgebung oder Heteronomie des Willens stellt Kant die Selbstherrlichkeit des Willens gegenüber, die Autonomie, bei der der Wille aus sich selbst heraus, nicht vom Gefühl oder vom Verstand her, die Leitlinien zum sittlichen Wollen nimmt. Das Grundgesetz der Sittlichkeit ist eben der kategorische Imperativ, der uns zuruft: Gib deinem Willen die Form der allgemeinen Gesetzgebung! Nun ist es ganz klar, was wir zu tun und was wir zu lassen haben. Wir brauchen uns ja nur jedesmal zu fragen: Könntest du wollen, daß alle Menschen nach dem Grundsatz handeln, nach dem du jetzt deinen Willen bestimmst? Um nur zwei praktische Beispiele herauszugreifen: den Selbstmord und die Lüge. Der Selbstmord hatte manchem Philosophen nicht nur als etwas durchaus Entschuldbares, sondern sogar als etwas sehr Schönes, Erstrebenswertes gegolten. Denken wir nur etwa an den freiwilligen Tod des Petronius inmitten seiner Freunde im Arme seiner Geliebten! Und doch: Könnte der Selbstmord wirklich das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung sein? Sicherlich können wir nicht wünschen, daß jedermann Hand an sich legte und so dem Menschengeschlecht ein jähes Ende bereitet würde. Und die Lüge, die als Notlüge manchem Moralphilosophen als erlaubt galt? Wieder fragen wir uns: Wie wäre es, wenn alle Menschen nach demselben Grundsatz handelten? Wir finden, die Möglichkeit jeder moralischen Gemeinschaft wäre dahin. Betrachten wir so alle Handlungen, die ein allgemeines Gesetz sein können, so sehen wir deutlich zwei Gruppen: solche, die eigene Vollkommenheit, und solche, die fremde Glückseligkeit als Ziel haben. Und so ist auch dieses eine Formulierung des kategorischen Imperativs: eigene Vollkommenheit und fremde Glückseligkeit zu fördern. Kant hat ja das Sittengesetz als solches nicht gegeben, sondern nur als bestehende Gesetzlichkeit erkannt. Es war schon längst ein Eckpfeiler der christlichen Lehre gewesen, Kant hat ihm nur die eigentümliche Form und die feste Stelle im philosophischen System gegeben. Ihm bleibt das Verdienst, das autonome Sittengesetz den heteronomen Lehren der englischen und der rationalistischen Philosophie gegenüber für alle Zeit unwandelbar fest hingestellt zu haben. So sehr er aber in Gegensatz zu diesen zwei Geistesrichtungen trat, er reichte beiden wieder die Hand, indem er aus jeder etwas herüberrettete und das Verschiedenartige an ihnen zu harmonischer Synthese verband: die Vollkommenheitslehre der Rationalisten mit der Glückseligkeitslehre der englischen Gefühlsphilosophie.

Nun folgt die große Zeit des deutschen Idealismus. Man wurde sich der stolzen Empfindung ganz bewußt, daß wir als handelnde Wesen teilnehmen an jener übersinnlichen Welt, zu der unser erkenntnisdürstender Verstand vergebens hintastet, an jener Welt, in der nicht alles wie in der Welt der Erfahrung nach dem Zwange des Kausalgesetzes verläuft, sondern in der der Wille frei schaltet und waltet. Das Vorhandensein des Sittengesetzes in uns verbürgt uns ja das Bestehen dieser Willensfreiheit. Du kannst, denn du sollst! Freudig empfand man, daß es noch etwas anderes im Menschen gab als das nur auf das eigene Wohl bedachte Triebwesen, etwas Höheres, Absolutes, das nicht schwankt und wechselt, sondern das unveränderlich die gleiche marmorne Festigkeit bewahrt.

Achtung vor der Heiligkeit des Sittengesetzes wurde nun die allgemeine Triebfeder des Handelns. Aus dem in kleinlichen Sorgen aufgehenden Philister wurde der unerschrockene Kämpfer für eine Idee, heiße sie nun Wahrheit oder Freiheit. Der Gedanke des Staates gewinnt Gestalt, und die Idee eines einzigen deutschen Vaterlandes als eines Absoluten, hinter dem die partikularistischen Interessen zurückzutreten hatten, kann wieder aufkeimen. Der Tod fürs Vaterland bekommt einen neuen Sinn. Noch 1761 war eine Schrift von einem edlen deutschen Denker erschienen mit dem stolzen Titel „Vom Tode fürs Vaterland", die noch ganz im Geiste der Aufklärung gehalten ist und die Schönheit, ja man könnte ebensogut sagen die Vorteilhaftigkeit des Heldentodes — beweist: erwirbt man sich doch so unsterblichen Ruhm! So ehrenwert und im Sinne der Antike das gedacht sein mag, mit Kant treten wir auf einen unendlich höheren Boden. Aus dem oft nur schwach verhüllten Egoismus wird reiner Altruismus, und wie sehr wir mit dem großen Denker von der Aufklärung abrücken, sehen wir am besten daraus, daß er eine an sich gute Tat geradezu als unsittlich abweist, wenn das Tun uns mit Lust verknüpft ist, so daß Schiller, sein redegewaltiger Schüler und Bundesgenosse, der seine oft schwerflüssigen Lehren in die große Masse trug, gar spottet:

Gerne dient' ich den Freunden, doch tu ich's leider mit Neigung,
Und so wurmt es mich oft, daß ich nicht tugendhaft bin.
Da ist kein anderer Rat. Du mußt suchen, sie zu verachten,
Und mit Abscheu alsdann tun, was die Pflicht dir gebeut.

Vielleicht meinte Kant aber gar nicht, daß eine Handlung mit Unlust verknüpft sein müsse, um sittlich zu sein. Die Hauptsache war ihm, daß sie aus Achtung vor dem Sittengesetz geschah, gleichviel ob mit oder gegen Neigung. Man muß, um die Strenge Kants zu verstehen, sich eben die Anschauungen seiner Zeit deutlich vor Augen halten, die auch in die edelsten Handlungen den Beweggrund der eigenen Glückseligkeit, wenn auch noch so versteckt, hineinbrachte.

Nun formt Kantischer Geist in den folgenden Jahrzehnten unablässig weiter Geschlecht auf Geschlecht. Nun entsteht nach dem Verstandesmenschen aus der Zeit der Aufklärung und nach dem in Gefühlen sich verzehrenden Menschen der

Wertherzeit der neue deutsche Schlag, ein Geschlecht, dem der Wille die treibende Seelenkraft ist und zwar der Wille im Dienste der Pflicht, Menschen, die sagen können: „Ich habe keine Zeit müde zu sein" und die wie Bismarck diese Summe ihrer Lebensanschauung ziehen: „Wir sind nicht auf der Welt, um glücklich zu sein und zu genießen, sondern um unsere Schuldigkeit zu tun." Nun wird es möglich, daß ein ganzes Volk den Weltberuf in sich spürt, die gesamte Menschheit mit seiner Kultur zu durchdringen, nicht daß dadurch sein Platz an der Sonne gesichert werde, sondern aus idealen Gründen: die Menschheit zu fördern in dem Streben nach vollendetem Menschentum. Ja, unsere Feinde mochten wohl spotten über uns, die wir in unserer Einhalt diese Kulturmission unseres Volkes zu Kriegsanfang gar zu laut betonten. Sie verstanden uns eben nicht, weil Kantischer Geist ihnen nicht wesensverwandt war.

Kantischer Geist führt nun auch auf dem Wege über Scharnhorst zur allgemeinen Wehrpflicht und damit zu dem bösen Militarismus, der den einzelnen seine persönlichen Wünsche hintansetzen läßt, wenn das große Ganze es erheischt, und nun wird das preußisch-deutsche Heer mit seiner wunderbaren Organisation und Disziplin jenes feste Bollwerk, das auch eine Welt in Waffen nicht fürchtet.*)

Kants Mund schweigt schon seit mehr als einem Jahrhundert. Aber sein Geist lebt noch weiter in uns fort. Ja, mit Stolz können wir heute um uns blicken und es freudig erkennen: Kantischer Geist ist überall lebendig. Was für herrliche Beispiele von Pflichttreue und Aufopferung im Dienste der großen Sache allerorten! Fürwahr, der kategorische Imperativ ist unsere sittliche Kraft. Hindenburg ist nur der Dolmetsch jedes deutschen Soldaten, wenn er nach der Schlacht bei Tannenberg auf die Frage, wie er denn die ungeheuere Last der Verantwortung tragen könne, die schlichte Antwort gibt: „Man faßt seine Aufgabe als Pflicht auf. Dann geht es." Und wem fiele hier nicht die echt Kantische Antwort des tapferen Verteidigers von Tsingtau ein: „Einstehe für treue Pflichterfüllung aufs äußerste!"

Und wie im Felde, so daheim, wo Entbehrungen und Opfer willig getragen werden, wenn es zum Heil des Vaterlandes ist. Gerade die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung haben gezeigt, daß es mit der bloßen Organisation, und sei sie noch so glänzend, nicht getan ist. Der lebendige Geist muß dahinter stehen, sonst ist alle Mühe vergebens. Gewiß, wenn wir gerade an diese Seite des Wirtschaftskrieges denken, da trübt manch Schatten das sonst so reine Bild, und leider haften unsere Blicke so sehr an diesen Flecken, daß wir uns den erhebenden Gesamteindruck entgehen lassen. Erst später, wenn wir von höherer Warte aus zurückschauen, frei von den kleinlichen Sorgen des Alltags, wird uns ganz zu Bewußtsein kommen, wie reich an

*) Diese Zeilen wurden vor der Einführung der Zivildienstpflicht geschrieben. Es ist klar, daß das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst die Krönung des stolzen Baues ist.

Größe die Zeit ist, in der wir stehen, so reich wie nie zuvor. Wir brauchen ja nur die Augen aufzutun, und überreich werden uns Beispiele entsagender Pflichterfüllung daheim und draußen entgegenströmen. Dabei denke ich gar nicht einmal an die Großen, denen ein günstiges Schicksal Unsterblichkeit verleiht; nein, gerade das stille Heldentum spricht in seiner Schlichtheit viel beredter und ergreifender. Der Geist aber, in dem diese stillen Helden all ihre Kräfte einsetzen, und, wenn es sein muß, ihr Letztes dahingeben für ihr geliebtes Vaterland, das ist der Geist Immanuel Kants, — derselbe Geist, von dem unser Kaiser in seiner Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk sagt: „An dem Geist und dem Willen, der Heer und Heimat unerschütterlich eint, werden die Pläne unserer Feinde elend zuschanden werden, dem Geist der Pflichterfüllung für das Vaterland bis zum letzten Atemzuge und dem Willen zum Siege."

Kants Geist ist es, aus dem wir in diesem ungeheuren Ringen gegen die halbe Welt immer neue Kräfte schöpfen. Es ist merkwürdig: der friedliche Bürger von Königsberg der geistige Führer Deutschlands im blutigsten Kriege! Und doch ist es so. Selbst Kant müßte diesen Krieg billigen. „Der Krieg ist gerecht und moralisch, der auf einen dauernden, allgemeinen Frieden abzielt." Dies sind seine eignen Worte. Streben wir aber nach etwas anderem als nach einem solchen ewigen Frieden?

Möge Kant, wie er uns Deutschen jetzt, zwar den meisten unbewußt, ein Führer im Kriege ist, auch einst der wiederversöhnten Menschheit ein Leitstern sein in jener besseren Zukunft, die keinen Krieg mehr kennt, die nicht unersetzliche Werte zerstört, sondern rastlos gesegnete Werke des Friedens aufbaut. Denn Kant, der die Greuel der Napoleonischen Zeit miterlebte, glaubte doch unerschütterlich an den Fortschritt der Menschheit. Es scheint uns zwar, als machten die Völker, die sich jetzt zerfleischen, einen gewaltigen Schritt nach rückwärts. Und doch: „Vielleicht liegt es in unserer unrecht genommenen Wahl des Standpunktes, aus dem wir den Lauf menschlicher Dinge ansehen, daß dieser uns so widersinnig erscheint. Die Planeten, von der Erde aus gesehen, sind bald rückgängig, bald stillstehend, bald fortgängig. Den Standpunkt aber von der Sonne aus genommen, welches nur die Vernunft tun kann, gehen sie nach der kopernikanischen Hypothese ihren regelmäßigen Gang fort." So ist es vielleicht auch mit diesem Kriege. Er scheint uns die gräßlichste Ungeheuerlichkeit, und doch! vielleicht ist auch er ein Schritt vorwärts, eine schmerzvolle Bewegung der Menschheit zum ewigen Frieden.

Über die Frage der Kalenderreform

Von Professor Dr. L. Ambronn

Nach Friedensschluß werden sich die Handelsbeziehungen unseres Vaterlandes zweifellos wesentlich neu orientieren müssen. Es wird naturgemäß eine notwendige Bedingung sein, daß der Orient dem mitteleuropäischen Staatenbund angegliedert wird. Dabei kommen die Länder in erster Linie natürlich als Aufnahmegebiete für unsere industriellen Erzeugnisse und als Quellen für die Beschaffung von Rohmaterialien in Betracht, also als Produktionsstätten der von uns benötigten Ernährungs- und Futterstoffe und vor allem der für die Textilindustrie notwendigen Erzeugnisse, durch die Deutschland sich in erheblichem Maße von dem uns heute so wenig freundlich gesinnten amerikanischen Handel wird freimachen können.

Angesichts dieser Bestrebungen ist es ohne Frage wünschenswert, daß die westlichen Teile dieser Mächtegruppe, in erster Linie Deutschland, es sich angelegen sein lassen, sich mit den kulturellen Eigentümlichkeiten der Orientalen möglichst bekannt zu machen, um deren Bedürfnissen in richtiger Weise entgegenkommen zu können und den jetzt schon in sehr merkbarer Weise auftretenden Bestrebungen besonders türkischer gebildeter Kreise, sich mit deutschen bildungstechnischen Einrichtungen bekannt zu machen, zu genügen.

Unter diesen Umständen wird es sich vielleicht empfehlen, daß man auch einmal die Grundlagen der Zeitrechnungen der hier in Betracht kommenden islamitischen Völker näher betrachtet, zumal neuerdings im Interesse der technischen und kommerziellen Beziehungen der betreffenden Völkergruppen für den amtlichen, nichtreligiösen Gebrauch der türkischen Regierung der Gregorianische Kalender von der Kammer angenommen worden ist. Ich möchte aus diesem Grunde im nachstehenden einmal die bestehenden chronologischen Fragen etwas näher besprechen und dabei auch auf die z. T. nicht geringen Schwierigkeiten der Einführung einer allgemeinen einheitlichen Kalenderform hinweisen.

Die Grundlagen jeder Zeitrechnung sind die Erscheinungen, wie sie uns der scheinbare Lauf der Sonne und des Mondes darbieten. Zunächst ist natürlich der tägliche Auf- und Untergang der Sonne das Merkmal für unsere Zeiteinteilung gewesen; für die hier in Betracht kommenden Fragen kann es sich nur um die kürzeren oder längeren Perioden handeln, zu denen man eine ge-

wisse Anzahl von Tagen zusammenzufassen sich gewöhnt hat, um mit größeren Zeiträumen bequem rechnen zu können oder bestimmten Anhalt für die Festsetzung von kulturellen Gebräuchen zu gewinnen. Es ist daher im Altertum im wesentlichen Sache der Priesterkasten gewesen, über die Einhaltung der richtigen Zeitzählung und der sogenannten Festrechnung zu wachen. In gewissen Zeitabschnitten kehren allerdings auch die durch die Jahreszeiten bedingten landwirtschaftlich wichtigen Ereignisse wieder und bestimmen Aussaat und Ernte, so daß auch dadurch die Feier bestimmter Feste gegeben war. Erst als man mit der Zeit etwas sparsamer zu rechnen gezwungen wurde und bemerkte, daß die für die Festrechnung wohl genügenden Grundlagen für andere Zwecke nicht mehr ausreichten, griffen die Staatsleitungen in die Regelung des „Kalenderwesens" ein. Die für uns wichtigsten Festsetzungen in dieser Beziehung sind die durch Julius Cäsar und Papst Gregor den Dreizehnten eingeführten Reformen. Beide gingen darauf aus, die Zeitrechnung nach dem Monde und diejenige nach der Sonne wieder in Einklang zu bringen, nachdem sich zwischen beiden während langer Zeitabschnitte erhebliche Unterschiede herausgestellt hatten.

Wie bemerkt, ist die Grundlage aller Zeitrechnung der Tag, in unserm gewöhnlichen Sprachgebrauch die Zeit von einer höchsten Stellung der Sonne über dem Horizont (Kulmination) bis zur nächst folgenden. Diese Tage sind untereinander nicht gleich lang, da sich die Erde in einer Ellipse um die Sonne bewegt; aber im Laufe eines Jahres wird sich diese periodische Änderung stets wiederholen, und sie kann daher für chronologische Zwecke hier außer Acht bleiben. Etwas anderes ist es aber mit dem Zeitpunkt, zu dem der Tagesanfang bei den verschiedenen Völkern angesetzt wird. Wir sind gewohnt, den Beginn des Tages auf Mitternacht zu setzen, der Astronom setzt ihn folgerichtigerweise auf den Mittag, den Zeitpunkt der Kulmination der Sonne. Eine ganze Anzahl von Völkerschaften setzen ihn aber auf den Moment des Sonnenuntergangs oder auf diejenige Zeit, zu der die ersten Sterne am klaren Himmel sichtbar werden. Dieser Tagesanfang ist natürlich etwas willkürlich und außerdem gegenüber dem Kulminationsmoment der Sonne stark veränderlich, ist aber heute noch bei der kulturellen Zeitrechnung der Israeliten, Mohammedaner und anderer Völker im Gebrauch.

Die Zusammenfassung einer Anzahl Tage geschah in frühester Zeit fast ganz allgemein nach den Erscheinungen, die uns der Mond darbietet. Man rechnete von einem Neumonde bis zum nächsten einen Zeitabschnitt — den Monat. So entstanden zunächst die Monate und wiederum durch die Zusammenfassung einer gewissen Anzahl von Monaten (12 oder 13) zu größeren Zeitabschnitten die Jahre. Die letzteren wurden bedingt durch die regelmäßige Wiederholung der Tageslänge und der Veränderung der Sonnenhöhe, d. h. der Jahreszeiten, insbesondere der Zeiten der „Tag- und Nachtgleichen". Wenn der Mond einen vollen Umlauf um die Erde ausgeführt hat, wird er wieder bei denselben Sternen stehen, das dauert 27,32166 Tage, aber die Länge

eines solchen Monats, des siderischen, spielt in der kalendarischen Zeitrechnung keine Rolle, sondern der Monat der Chronologie ist der sogenannte synodische, d. h. die Zeit, welche zwischen einem Zusammentreffen des Mondes mit der Sonne (Konjunktion, Neumond) bis zum nächsten derartigen Moment verstreicht; das sind im Mittel 29,5306 Tage. Da nun in unserem Falle mit halben Tagen nicht gerechnet werden kann, so ergab sich als einfacher Ausweg von selbst, daß man die Monate abwechselnd zu 29 oder zu 30 Tagen zählte. Werden solche Monate aneinander gereiht, so entsteht durch Zusammenfassung von 12 oder 13 derselben ein sog. Mondjahr; denn nach dessen Ablauf wiederholten sich im allgemeinen die Erscheinungen, welche von der Bewegung der Erde um die Sonne, d. h. von einem Erdjahr, abhängen. Mit derartigen Jahren — Mondjahren — haben viele Völker der Erde gerechnet und tuen es zum Teil heute noch, z. B. die Israeliten und die Mohammedaner. Schon bald hat man die Schwierigkeiten bemerkt, die sich nach einiger Zeit daraus ergaben, daß weder eine volle Anzahl von Tagen den Monat, noch viel weniger aber eine ganze Anzahl von Monaten ein Erdjahr ausmachten, welches 365,2422 Tage umfaßt. (Es ist dieses wiederum nicht die Zeit, ausgedrückt in mittleren Tagen, welche die Erde zu einem vollen Umlauf gebraucht — siderisches Jahr — sondern diejenige, welche verstreicht, bis sie wieder zu dem gleichen Punkt der Ekliptik zurückgekehrt ist — tropisches Jahr*). Nach vorstehendem kommen eigentlich nur drei Jahresformen in Betracht:

1. Das sogenannte freie Mondjahr, die einfache Aneinanderreihung von 12 Mond-Monaten, die abwechselnd zu 29 oder 30 Tagen gerechnet werden,

2. das Sonnenjahr, welches sich allein nach dem tropischen Umlauf der Erde um die Sonne richtet,

3. das sog. gebundene Mondjahr, dessen Länge aus je 12 oder 13 Monaten besteht, die, je nachdem ein Ausgleich der Monatsdauer mit dem Sonnenjahr notwendig wird, durch mehr oder weniger komplizierte Schaltvorschriften in Übereinstimmung gebracht werden. Die an sich einfachste Zeitrechnung würde die nach freien Mondjahren sein, von denen 12 zu einem Jahre vereinigt werden; aber da würde schon nach etwa 33 Jahren jeder Monat alle Jahreszeiten durchlaufen, so daß eine mit den jährlich wiederkehrenden Arbeiten in Übereinstimmung zu haltende Zeitrechnung großen Schwierigkeiten begegnet und bald erhebliche Verwirrung verursacht. Deshalb hat man tatsächlich von ihm wenig Gebrauch gemacht, sondern ist immer bald zu dem gebundenen Mondjahr übergegangen**).

*) Alle diese Intervalle sind im Laufe der Zeit kleinen Veränderungen unterworfen, die aber hier durchaus unberücksichtigt bleiben können.

**) Das Jahr der Mohammedaner ist eigentlich nach den Bestimmungen des Propheten ein freies Mondjahr, da Mohammed im Koran den Mond ausdrücklich als Zeitmesser bezeichnet und die Einschaltung von Monaten direkt verbietet. Die Kultuszeitrechnung derselben ist daher noch das freie Mondjahr, aus mehreren Gründen wird aber daneben für das Finanzjahr und für die im öffentlichen Leben gebrauchte Zeitrechnung doch das gebundene Mondjahr benutzt.

Ohne auf die besonderen Einzelheiten der verschiedenen Schaltmethoden hier näher einzugehen, soll nur bemerkt werden, daß dieselben sehr verschieden ausgeführt werden und daß solche nicht nur für das gebundene Mondjahr, sondern auch für das Sonnenjahr, wie es wirklich im Gebrauch ist, notwendig werden, da ja auch dieses keiner vollen Anzahl von Tagen entspricht.

Die frühere Zeitrechnung der Römer, von denen die Völker des Abendlandes die ihrige zum größten Teil übernahmen, war zur Zeit des Julius Cäsar durch die Nachlässigkeit der Pontifices so stark in Unordnung geraten, daß eine Neuordnung dringend nötig wurde. Diese unternahm Julius Cäsar mit Hilfe des Mathematikers Sosigenes. Es wurde die Länge des Jahres, die man damals schon auf Grund der Beobachtungen des Hipparch ziemlich genau kannte, zu 365,25 Tagen angenommen, also 4 Jahre zu 1461 Tagen; Julius Cäsar setzte danach einen Schaltzyklus fest, der aus einem Jahr zu 366, und 3 Jahren zu 365 Tagen besteht; das Schaltjahr sollte immer das erste einer solchen Periode sein. Nun ist aber die Annahme von 365,25 Tagen für das tropische Jahr, wie wir sahen, nicht ganz richtig, es müßten 365,2422 Tage sein. Diese Abweichung bedingt, daß nach etwa 128 Jahren ein Tag zuviel gerechnet wird. Dieser Fehler ist im Julianischen Kalender nicht berichtigt worden, dagegen hat ihn Papst Gregor der Dreizehnte im sechzehnten Jahrhundert (in dem letzten Dezenium dieses Jahrhunderts ist der Gregorianische Kalender im Abendlande eingeführt worden) bei seinen Festsetzungen berücksichtigt. Er war damals auf 10 Tage angelaufen, so daß schon eine merkliche Verschiebung der Monatsanfänge und der Festrechnung gegen den Eintritt der Solstizien und der Tag- und Nachtgleichen bemerkbar wurde. Auf Anordnung Gregor des Dreizehnten, der eine ganze Anzahl Gelehrter zur Ausarbeitung der neuen Kalenderordnung nach Rom berufen hatte, wurden im Oktober des Jahres 1582 diese 10 Tage in der Zeitzählung einfach ausgelassen, indem man nach dem 4. Oktober sofort den 15. Oktober zählte. Um aber auch für längere Zeitabschnitte zwischen dem Julianischen Jahr von 365,25 Tagen Dauer und dem wirklichen tropischen Sonnenjahr Übereinstimmung zu gewährleisten, wurde weiter angeordnet, daß nur die Jahre, die ein volles Jahrhundert beginnen, Schaltjahre sein sollen, wenn deren Hundertzahlen sich durch vier teilen lassen. Es sollen also die Jahre 1600, 2000 usw. Schaltjahre sein, während 1700, 1800, 1900 usw. keine Schaltjahre sind.

Außer diesen Festsetzungen erstreckte sich die Gregorianische Kalenderreform noch auf einige andere Dinge, die die sogenannte zyklische Mond- und Festrechnung betreffen, deren eingehende Erörterung aber hier viel zu weit führen würde. Es mag nur so viel erwähnt werden, daß die wirklich benutzten Regeln für Festrechnung sich nicht ganz genau nach den astronomisch festzustellenden Mondphasen richten, sondern durch kanonische Festsetzungen bestimmt sind*).

*) Es kann z. B. vorkommen, daß die zyklischen Ostern, die ja für die ganze übrige Festrechnung bestimmend sind, um vier Wochen anders fallen, als es der wahre Eintritt des ersten Vollmondes nach Frühlingsanfang bedingen würde.

Der Übergang vom Julianischen zum Gregorianischen Kalender, dessen Datumunterschied gegenwärtig dreizehn Tage beträgt, würde also keine erhebliche Änderung in den Kalenderangaben bedingen. Ein bißchen guter Wille und die Überwindung nationalen, mit kulturellem Eigensinn oder Aberglauben vermischten Stolzes, würden genügen, um von der ersteren Zeitrechnung zur unbedingt richtigeren zweiten überzugehen.

Anders verhält es sich dagegen bei der Umwandlung der mohammedanischen in die gregorianische Zeitrechnung. Wir haben oben gesehen, daß den strengen Anordnungen Mohammeds zufolge jene Zeitrechnung auf einem freien Mondjahr beruhen soll, und daß Schaltungen, die dessen Übereinstimmung mit dem tropischen Jahr herbeiführen können, d. h. die Monate mit den Jahreszeiten in Übereinstimmung bringen, ausgeschlossen sein sollen. Der Beginn des mohammedanischen Jahres durchläuft daher im Zeitraum von etwa dreiunddreißig Jahren wirklich alle Jahreszeiten. Außerdem beginnt die Zählung des Tages mit Sonnenuntergang, und sowohl der Tag als die Nacht wird in je zwölf Stunden von natürlich verschiedener Länge geteilt. Auch haben die Monate eigentlich keine streng bestimmte Länge, sondern ihr jeweiliger Beginn ist auf das von „mehreren glaubwürdigen Leuten" wahrgenommene erste Erscheinen der schmalen Mondsichel nach dem Neumonde festgesetzt. Das solche ursprünglich gültige Regeln natürlich in der heutigen Zeit in der Praxis des öffentlichen Lebens nicht mehr durchführbar sind, ist einleuchtend. Deshalb zählt man auch dort heute nach vierundzwanzig gleich langen Stunden, und die Länge der Monate

---

Die Berechnung des Datums für den Ostersonntag gestaltet sich nach der Formel von Gauß wie folgt:

Bezeichnet J die Jahreszahl und bezeichnet man die Divisionsreste der Ausdrücke $\frac{J}{19}$ mit a; $\frac{J}{4}$ mit b, $\frac{J}{7}$ mit c, $\frac{19a+x}{30}$ mit d und $\frac{2b+4c+6d+y}{7}$ mit e, so erhält man das Datum des Ostersonntags als den $(22+d+e)$. März oder den $(d+e-9)$. April, wobei den Werten von x und y die folgenden Zahlen entsprechen

Julianischer Kalender: $x=15$ $y=6$

Gregorianischer Kalender:

1583—1699	$x=22$	$y=2$
1700—1799	$x=23$	$y=3$
1800—1899	$x=23$	$y=4$
1900—2099	$x=24$	$y=5$

Damit erhält man z. B. für 1916:

$\frac{1916}{19}: a=16$ $\frac{1916}{7}: c=5$

$\frac{1916}{4}: b=0$ $\frac{19a+x}{30}$

Julianischer Kalender	$d=19$
Gregorianischer „	$d=28$
Julianischer „	$e=0$
Gregorianischer „	$e=4$

Julianischer Kalender: Ostern am $(19+0-9)$. April d ist der 10. April

Gregorianischer „ : „ „ $(28+4-9)$. „ d „ „ 28. April.

Da der 10. April julianisch, dem $(10+13)$. April gregorianisch entspricht, so fallen in diesem Jahre beide Osterfeste zusammen. Dasselbe war auch im vorigen Jahre der Fall.

resp. ihr Beginn ist zyklisch festgesetzt, und sie wechseln mit je 29 oder 30 Tagen ab. Überhaupt ist die Zeitrechnung der Mohammedaner in verschiedenen Teilen des Reiches verschieden, und man muß eigentlich, wenn es sich um Zeitangaben handelt, die mit dem Julianischen oder Gregorianischen verglichen werden und die für die europäische Türkei gelten sollen, zu diesen hinzusetzen „nach dem Gebrauch in Konstantinopel".

Der Beginn der mohammedanischen Zeitrechnung wird bekanntlich auf die Zeit der Flucht Mohammeds von Mekka nach Medina, die sogenannten Hedschra oder Hidschra angesetzt. Diese wird kalendarisch auf den 15. Juli des Jahres 622 christlicher Zeitrechnung angenommen, obgleich sie tatsächlich nicht mit diesem Tage zusammenfällt. Die Jahre werden dann als Jahre „nach der Hedschra" gezählt.

Für einige Jahre des mohammedanischen Kalenders mag hier der Jahresbeginn nach unserer Zeitrechnung angeführt werden:

Der Beginn des Jahres	1333	d. H.	(Schaltjahr)	fällt auf den	19.	November	1914
„ „	1334	„	(Gemeinjahr)	„ „ „	9.	„	1915
„ „	1335	„	„	„ „ „	28.	Oktober	1916
„ „	1336	„	(Schaltjahr)	„ „ „	17.	„	1917
„ „	1337	„	(Gemeinjahr)	„ „ „	7.	„	1918.

Die Monate werden im mohammedanischen Kalender wie folgt benannt:

Moharrem . .	mit 30 Tagen	Redscheb . . .	mit 30 Tagen
Safar	„ 29 „	Schabân . . .	„ 29 „
Rebî I	„ 30 „	Ramadân . . .	„ 30 „
Rebî II	„ 29 „	Schawwâl . .	„ 29 „
Dschumâdâ I .	„ 30 „	Dhul-kade . .	„ 30 „
Dschumâdâ II .	„ 29 „	Dhul-hiddsche .	„ 29 „

Das gewöhnliche (bürgerliche) Mondjahr zählt also 354 Tage, das astronomische aber sehr nahe 354 Tage 8 Stunden und 48 Minuten. Der Überschuß von 8 Stunden und 48 Minuten kann nun derart eingebracht werden, daß man ihn in 30 Jahren auf 264 Stunden = 11 Tagen anwachsen läßt und dadurch einen 30jährigen Zyklus zu 10 631 Tagen oder 30 bürgerlichen Jahren zu je 354 Tagen und 11 Schalttagen erhält, oder man führt einen 8jährigen Schaltzyklus ein, wie es die Türken heute tun, der 5 Jahre zu 354 Tagen und 3 Schaltjahre zu 355 Tagen umfaßt; das macht zusammen 2835 Tage oder 405 Wochen aus. In diesem Zyklus ist das 2., 5. und 7. Jahr ein Schaltjahr, während bei dem ersteren Schaltverfahren das 2., 5., 7., 10., 13., 15. (16.,) 18., 21., 24., 26., und 29. Schaltjahre sind. Den achtjährigen Schaltzyklus nennt man „den Rus-name", den immerwährenden Kalender.

Die zuverlässigste Umrechnung geschichtlicher Daten von einer Zeitrechnung in die andere (im ganzen gibt es deren mehrere Dutzend) ist manchmal sehr umständlich. Um sie allgemein durchführbar zu machen, hat man schon seit

langen Zeiten einen gewissen Vergleichsmodus dadurch eingeführt, daß man eine Periode von 7980 Jahren, die sogenannte julianische Periode*), zugrunde legt und deren erstes Jahr auf 4713 v. Chr. Geb. (das Jahr — 4712) nach dem Vorschlag von Josef Scaliger ansetzt. Das ist ein Zeitpunkt, der sicherlich soweit zurückliegt, daß historische Begebenheiten kaum vor ihm liegen dürften. Man geht dann immer von einer Zeitrechnung zunächst auf den Tag der julianischen Periode über und von diesem wieder auf das Datum in der anderen Zeitrechnung. Zu diesem Zweck hat der Wiener Astronom Schram sehr zweckmäßige Tafeln berechnet. In den astronomischen Jahrbüchern ist immer angegeben, der wie vielste Tag der 1. Januar des betreffenden Jahres in der julianischen Periode ist. So entspricht z. B. der 1. Januar 1916 dem 2 420 864. Tag der julianischen Periode und somit der 1. Januar 1917 dem 2 421 230.

Aus den obigen Betrachtungen geht hervor, wie schwierig es ist, den türkischen Kalender mit dem der christlichen Völker in Übereinstimmung zu bringen, und daß dazu recht einschneidende Veränderungen notwendig sind, zu deren Ausführung eben nur Zeiten und Umstände führen können, wie sie der gegenwärtige Weltkrieg darbietet.

Es wird also eines scharfen Eingreifens der türkischen Behörden bedürfen, um in ihrem Staate die neuzeitliche Zeitrechnung, wenigstens soweit sie sich auf den Gebrauch im bürgerlichen Leben bezieht, durchzuführen. Die Festrechnung umzuwandeln, dürfte vorläufig noch kaum angängig sein. Aber mit dem Eindringen abendländischer Kultur und mit dem Ausbau der Handelsbeziehungen, die wir nach Friedensschluß sicher erwarten und erhoffen dürfen, wird auch die Anpassung der Zeitrechnung sich bahnbrechen, zumal es sich dabei um eine lebende Volksgemeinschaft handelt und nicht wie bei den Israeliten um eine abgeschlossene, nicht weiterer Entwicklung fähige, die durchaus keine Veranlassung hat, von ihrer noch viel verwickelteren Kultuszeitrechnung — sie rechnet mit nicht weniger als sechs verschiedenen Jahreslängen — abzugehen.

*) Über den Ursprung dieser Zahl mag hier nur gesagt werden, daß sie aus dem Produkt 28 × 19 × 15 = Sonnenzirkel × Mondzirkel × Indiktion entstanden ist, über deren Bedeutung vielleicht ein anderes Mal in Verbindung mit der Benutzung anderer solcher Perioden oder Ären berichtet werden kann.

Neue Bücher

Emil Michael: „Geschichte des deutschen Volkes vom dreizehnten Jahrhundert bis zum Ausgang des Mittelalters." VI. Band. Herdersche Verlagsbuchhandlung in Freiburg i. Br. 1915.

Während Michael in den ersten fünf Bänden seiner „Geschichte des deutschen Volkes" die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, das religiös-sittliche Leben, Erziehung und Unterricht, Wissenschaft und Mystik, die redenden und bildenden Künste in Deutschland während des dreizehnten Jahrhunderts behandelt hat, wendet er sich in dem neuvorliegenden sechsten Bande der politischen Geschichte dieser Zeit zu und schildert die Zeit der Gegenkönige Otto von Braunschweig und Philipp von Schwaben sowie die Anfänge der Regierung des Kaisers Friedrich II. bis zum Tode des Papstes Honorius III. im Jahre 1227.

Wie für alle Gebiete der Kulturgeschichte Deutschlands, so bedeutet auch für die Gestaltung der politischen Verhältnisse das ausgehende 12. und das beginnende 13. Jahrhundert einen bedeutungsvollen Wendepunkt. Es ist die Zeit, in der das Königreich Sizilien in eine verhängnisvolle nähere Beziehung zu Deutschland gebracht wurde und dem Einflusse seiner päpstlichen Lehnsherren mehr und mehr entzogen werden sollte. Da die Päpste es mit ihrer Weltstellung für unvereinbar hielten, daß die deutschen Könige und Kaiser, die sich bereits in Oberitalien festgesetzt hatten, nun auch im Süden der Halbinsel selbständig regierten und so den Kirchenstaat in eine enge Klammer zwängten, so waren hierdurch die schwersten Verwickelungen gegeben. Trotz wiederholten lebhaften Widerspruchs seitens des Apostolischen Stuhles gelang es indessen Heinrich VI., der deutschen Herrschaft in Italien Geltung zu verschaffen. Mit dem Tode dieses Kaisers im Jahre 1197 fiel jedoch auch seine Schöpfung zusammen. In Deutschland brach ein Bürgerkrieg aus, den Michael in ausführlicher, trefflicher Weise geschildert hat; beide Parteien die welfische sowohl als auch die staufische, wenden sich an den Papst, bis schließlich Otto die Kaiserkrone erlangt, und nachdem Otto vom Papste wegen Eidbruchs in den Bann getan worden ist, wird Friedrich II. als König von Deutschland berufen. Damit tritt das sizilianische Problem in den Vordergrund. Die Päpste Innozenz III. und Honorius III. bestehen auf die Trennung von Sizilien und Deutschland; Friedrich II. tritt diesem Bestreben aufs entschiedenste entgegen.

In außerordentlich eingehender und gründlicher Weise behandelt Michael diesen Kampf zwischen Kaiser und Papst, sowie auch die Frage, welche Männer für die Entschließungen und für die Politik Philippus von Schwaben, Ottos von Braunschweig und Friedrich II. in erster Linie verantwortlich zu machen sind. Die vom Verfasser benutzte Literatur ist außerordentlich groß, so daß die zahlreichen Anmerkungen oft einen geradezu erschöpfenden Quellennachweiß bieten. In einem dem Bande angeschloßenen Anhange, der 17 Nummern aufweist, nimmt Michael zu abweichenden Auffassungen ausführlich Stellung, während auf diese im Texte selbst nur kurz hingewiesen wird.

Dr. Kurt Ed. Imberg

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37.

Wilſons Fiasko

Von Dr. Friedrich Thimme

Wilſons Eingreifen in die europäiſchen Kriegshändel, das in ſo ſchneidendem Widerſpruch zu Geiſt und Buchſtaben der viel zitierten Monroe-Doktrin ſteht, hat ihm bereits zwei ernſte diplomatiſche Niederlagen eingetragen.

Die erſte Niederlage holte ſich der amerikaniſche Präſident mit ſeiner Friedensnote vom 21. Dezember, in der er ſämtliche Kriegführende aufforderte, anzugeben, welche Bedingungen nach ihrer Auffaſſung zu erfüllen wären, damit der Krieg beendet werden könne, und welche Maßnahmen ſie empföhlen, um einer Wiederholung des Krieges vorzubeugen. Die deutſche Antwortnote vom 26. Dezember, die einen unmittelbaren Gedankenaustauſch zwiſchen den kriegführenden Staaten als den geeignetſten Weg erklärte, um zu dem gewünſchten Ergebnis zu gelangen, bedeutete der Form nach eine höfliche Ablehnung. Umgekehrt ging die Antwortnote der Entente ſcheinbar auf die Wünſche Wilſons ein, indem ſie in allgemeinen Umriſſen die Vereinbarungen, Bürgſchaften und Wiederherſtellungen angab, die ſie als unumgängliche Bedingungen einer befriedigenden Löſung erklärte; tatſächlich aber verrammelte die Entente durch die Ungeheuerlichkeit ihrer Anſprüche und Forderungen die Friedenspforte, die Wilſon zu öffnen ſtrebte, aufs allerfeſteſte. Wenn Wilſon in ſeiner Botſchaft an den Senat vom 27. Januar die kühne Behauptung vorbrachte, gerade auch durch die Antwort der Entente ſei man der endgültigen Erörterung des Friedens um ſo viel näher gekommen, ſo können wir darin kaum etwas anderes als einen durchſichtigen Verſuch ſehen, das amerikaniſche Volk über die Schwere der erſten diplomatiſchen Niederlage hinweg zu täuſchen. Die Welt jedenfalls hat ſich durch die zur Schau getragene Zuverſicht Wilſons nicht in der Erkenntnis beirren laſſen, daß die Antwort der Entente, die ganz offenbar Deutſchland und ſeine Verbündeten mit der Vernichtung bedrohte, nur das Signal zu einer Verſchärfung der Kriegführung auf beiden Seiten geben könne. Die Welt iſt denn auch kaum von der Ankündigung des verſchärften U-Boot-

kriegs am 31. Januar, der nur die logische Konsequenz des Vernichtungswillens der Entente war, überrascht gewesen; die Entente selbst, sie hat es ja in ihrer Antwortnote an Wilson ausgesprochen, hat nichts anderes erwartet. Einzig und allein der amerikanische Präsident — spielt den Überraschten; er spricht von dem „unerwarteten" Vorgehen der deutschen Regierung, dem plötzlichen, tiefbedauerlichen Widerruf der ihm gegebenen Zusicherungen, obwohl er doch genau wußte, daß die deutsche Regierung sich die volle Freiheit ihrer Entschließungen durch die Note vom 4. Mai 1916 gewahrt hatte; ja er weigert sich förmlich zu glauben, daß Deutschland den hemmungslosen U-Bootkrieg wirklich durchführen werde.

Wir können es ruhig dahingestellt sein lassen, ob der amerikanische Präsident diese und andere Worte seiner Botschaft an den Kongreß vom 3. Februar ernst gemeint hat. Indem Wilson aber sich nicht damit begnügte, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland unter dem mindestens nicht substanziierten Vorwand gebrochener Versprechungen abzubrechen und uns für den Fall, daß wir unsere U-Bootsmethoden nicht aufgeben sollten, mit dem Kriege zu drohen, sondern sich anmaßte, das auch gleich im Namen aller Neutralen zu tun, hat er eine neue diplomatische Niederlage, eine der schwersten, die je ein Oberhaupt eines Staatswesens davongetragen hat, heraufbeschworen. Man ist versucht, sich an den Kopf zu greifen, wenn man in Wilsons Botschaft die klassischen Worte liest: „Ich nehme es als ausgemacht an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden." Man wird an Bismarcks schneidendes Wort erinnert: „Wir haben den Eindruck, daß die großen Reichtümer, welche der amerikanische Boden seinen Bewohnern liefert, einen Teil der amerikanischen Gesetzgeber zu einer Überschätzung der eigenen Berechtigung und zu einer Unterschätzung der Unabhängigkeit anderer amerikanischer und europäischer Mächte veranlaßt"*). Wie durfte Wilson übersehen, daß, wenn etwa Amerika aus dem angeblichen Bruch von Zusagen ein Recht auf den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland abzuleiten vermöchte, ein solches Recht doch niemals automatisch auf andere neutrale Staaten übergehen könnte, denen gegenüber Deutschland sich nicht gebunden hatte. Wie konnte er außeracht lassen, daß zumal die in der Nähe der Kriegszone liegenden kleinen neutralen Staaten sich in einer vollkommen anderen Lage befanden, als das große Amerika, das durch den breiten Ozean jeder direkten Gefahr entrückt war! Wahrlich, wenn sich Wilson gleich einem Gotte dünkte, der über die Kräfte des neutralen Erdballs verfügen könne, so hätte er doch des lateinischen Spruches im Interesse der Neutralen eingedenk sein sollen: „Quod licet Jovi, non licet — aliis". Das Echo, das Wilson auf seine hochmütige Aufforderung hin aus den neutralen Kabinetten und der neutralen Presse entgegenschallt, wird denn auch schwerlich lieblich in seine Ohren klingen. In der Stunde,

*) Über die Monroe-Doktrin äußerte sich Bismarck 1896 in gleichem Zusammenhang: „Wir sind der Ansicht, daß diese Doktrin, wie sie von seiten der amerikanischen Republik jetzt aufgestellt wird, eine unglaubliche Unverschämtheit der übrigen Welt gegenüber ist, und eine lediglich auf große Macht begründete Gewalttat allen amerikanischen und denjenigen europäischen Staaten gegenüber, die Interessen in Amerika haben." Siehe Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898, II, 357.

da dieses geschrieben wird, haben Schweden, Holland und die Schweiz bereits das Ansinnen des amerikanischen Mentors in aller Form abgelehnt, und es leidet kaum noch einen Zweifel, daß alle übrigen Neutralen, selbst die südamerikanischen, mögen sie im übrigen uns auch mehr oder minder scharfe Protestnoten wegen unserer Sperrgebietserklärung übersenden, ihrem Beispiel folgen werden. Man möchte wünschen, daß alle Antwortnoten der neutralen Kabinette und die begleitenden Stimmen der neutralen Presse gesammelt und herausgegeben würden: eine klarere Beleuchtung der selbstsüchtigen amerikanischen Neutralität, eine bessere Rechtfertigung unseres eigenen, auch jetzt noch auf die Schonung der neutralen Welt bedachten Standpunkts wäre kaum denkbar. Eine wie scharfe Verurteilung der Wilsonschen Neutralität schließt nicht schon die schwedische Antwortnote in sich. Sie erinnert den amerikanischen Präsidenten mit vollem Grund daran, daß die schwedische Regierung sich mehrfach an die neutralen Mächte und ganz besonders an die Vereinigten Staaten mit Vorschlägen gewandt habe, um zu einem gemeinsamen Zusammenarbeiten zur Aufrechterhaltung der völkerrechtlichen Grundsätze zu gelangen, daß aber leider gerade Wilson sich diesen Vorschlägen versagt habe! Sie bemerkt dann in bezug auf Wilsons Aufforderung, sich den Schritten Amerikas anzuschließen, d. h. die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen und ihm den Krieg anzudrohen: „Der Vorschlag gibt als Ziel die Abkürzung der Übel des Krieges an. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten hat als Mittel, zu diesem Zweck zu kommen, ein Verfahren gewählt, das durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen steht, die bis zur Stunde die Politik der Königlich Schwedischen Regierung geleitet haben ... Die Regierung des Königs will in Zukunft wie in der Vergangenheit den Weg der Neutralität und der Unparteilichkeit gegenüber den beiden kriegführenden Parteien weiter verfolgen." Das heißt doch mit vollster Deutlichkeit aussprechen, daß das Verhalten der amerikanischen Regierung eben nicht von den Grundsätzen der Neutralität und Unparteilichkeit geleitet sei!

Noch weit ungenierter, als die doch immer Europas übertünchte Höflichkeit wahrenden offiziellen Noten der neutralen Staaten sprechen sich die neutralen Blätter aus. Schwedische, dänische, holländische, es ist hier kein erheblicher Unterschied: alle bedanken sich, teils höflich, teils ironisch, teils mit herzerfrischender Grobheit dafür, die Kastanien für Wilson, der so hübsch hinter dem Ofen sitze, aus dem Feuer zu holen. Wir erinnern hier nur an die Stimme des dänischen „Extrabladet" vom 8. Februar, das die Einladung, „sich zu Ehren der amerikanischen Friedensbestrebungen schlachten zu lassen", mit klassischer Deutlichkeit eine „Dummheit oder Frechheit" nannte.

Dürfen wir hoffen, daß die Erkenntnis seines schweren Fehlgriffs Wilson vor weiteren übereilten Schritten zurückhalten wird? Manches läßt darauf schließen. Unmöglich kann sich Wilson der Überzeugung entziehen, daß wenn die Neutralen sich seiner Aufforderung rundweg versagen, auf deren Mitwirkung und Vorangehen sein ganzer Plan aufgebaut war, eine Kriegserklärung Amerikas an Deutschland nicht, was er doch bezweckte, den Krieg verkürzen, sondern nur verlängern kann. Erst recht unmöglich erscheint es, daß Wilson, der Hüter des Völkerrechts, der Beschützer der kleinen Staaten, sich etwaigen Schritten Englands, Frankreichs usw. anschließen sollte, um die neutralen Staaten mit Ge-

walt in die Botmäßigkeit und Dienstbarkeit der Entente zu zwingen. Mit gutem Grunde hat Holland gerade in diesem Augenblick wieder betont, daß es sich jeder Verletzung seines Gebiets mit Waffengewalt widersetzen werde; will etwa Wilson seinen europäischen Feldzug mit einer Vergewaltigung Hollands oder der Schweiz beginnen? Hier zeigt sich schon die ganze Widersinnigkeit des Gedankens, daß Wilson als voller Partner einer systematisch jedem Völkerrecht hohnsprechenden Genossenschaft auftreten könnte; er soll sich denn ja auch im voraus schon geweigert haben, dem Vertrag der Ententestaaten beizutreten, nach dem keiner von ihnen ohne den andern Frieden schließen darf.

Für seine eigene Kriegführung aber bieten sich Amerika bei seiner völligen militärischen unpreparatedness nur sehr geringe Chancen. Vor dem späten Frühjahr, das wird von den amerikanischen Zeitungen selbst zugestanden, könnte Amerika keinenfalls größere Truppenmassen auf das Festland senden. Wer mag aber sagen, ob England, das Rückgrat unserer Gegnerschaft, dann noch fest steht. Unsere U-Boote arbeiten, das hat schon die kurze Zeitspanne seit dem ersten Febuar doppelt und dreifach unterstrichen, schnell und gut. Über sechzigtausend Tonnen in zwei Tagen nach eigenen Angaben unserer Feinde! Ein über den Großen Ozean setzendes amerikanisches Heer, das mit Ausrüstung, Munition und Nachschüben überdies einen Frachtraum in Anspruch nehmen würde, wie er unseren Gegnern knapp zu Gebote steht, würde unseren U-Booten ein bisher nicht gekanntes Betätigungsfeld bieten. Ein gleiches gilt von den Munitions- und Lebensmitteltransporten, die Amerika unseren Feinden nach der Kriegserklärung zuführen könnte. Sink, burn, destroy, so lautete ja wohl die Parole jenes englischen Seelords, deren sinngemäße Anwendung uns freilich unsere englischen und amerikanischen Freunde so übel nehmen möchten. Das alles wird sich ja wohl Wilson, wird sich das ganze amerikanische Volk selbst sagen; wir brauchen es also nicht erst weiter auszumalen. Vielleicht erinnert sich Wilson auch, daß ein Eintreten Amerikas in den europäischen Krieg, das es in jedem Fall auf das allerschwerste mit Flotte und Heer, mit Finanzen und Volkswirtschaft in Anspruch nehmen würde, Japan die Hände in Ostasien völlig frei machen müßte, schlimmerer Möglichkeiten gar nicht zu denken. Die offenbare Spekulation des amerikanischen Präsidenten, daß einmal England mit seiner Flotte gegen Japan Beistand leisten werde, ruht doch, so lange die deutsche Flotte besteht, auf höchst unsicheren Füßen.

So versteht sich denn, daß nach den neuesten Nachrichten in Amerika eine Friedensbewegung um sich greift, der vielleicht, und zumal unter dem Eindruck seines völligen diplomatischen Fiaskos, auch Wilson sich nicht ganz zu entziehen vermag. Ein Bryan ist sich offenbar schon heutigen Tages völlig im klaren darüber, daß dem diplomatischen Fiasko Wilsons aller Voraussicht nach ein militärisches folgen, daß aber jedenfalls die Sache des Friedens durch ein Eingreifen Amerikas in den Krieg nur das allerkläglichste, nie wieder gut zu machende Fiasko erleiden würde. Wilson freilich scheint sich noch immer mit der Hoffnung zu tragen, daß Deutschland aus Angst vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg seine Politik ändern und sein Bedauern aussprechen würde. Diese Hoffnung, die sich auf das Nachgeben Deutschlands im Mai vorigen Jahres stützen mag, ist offenbar der Schlüssel zu Wilsons ganzem Verhalten. Aber der

Präsident wird sie, wenn er sie wirklich noch hegt, sehr bald völlig zu Grabe tragen müssen. Heute liegen die Verhältnisse ganz anders als im vorigen Frühjahr. Damals waren wir noch nicht in der Lage, mit dem verschärften U-Bootkrieg so überwältigend einzusetzen wie jetzt. Damals war die militärisch-politische Gesamtsituation weit ungünstiger als jetzt; es mußte vor allem damit gerechnet werden, daß ein kriegerisches Auftreten Amerikas im ungelegensten Moment den Anschluß Rumäniens an die Entente auslösen werde. Heute ist gerade das Schicksal Rumäniens ein warnendes Beispiel für die neutralen Staaten, das eine laute und beredte Sprache redet. Heute hat unser eigenes Friedensangebot unsere moralische Position in der Welt verstärkt; während umgekehrt Englands gewalttätiges Vorgehen gegen die Neutralen, des Schicksals Griechenlands gar nicht zu gedenken, die Neigung, sich in die Hände der Entente zu begeben, allerorten aufs stärkste vermindert hat. Heute bietet endlich der verschärfte U-Bootkrieg bei der geringen Weltgetreideernte Chancen, wie sie noch nie vorhanden waren. Heute sind denn auch alle unsere maßgebenden Instanzen, der Kaiser, die höchste militärische und politische Leitung, mit ihnen unser ganzes Volk ohne Unterschied der Parteien, darin einig, daß jetzt, wo unsere Feinde von neuem ihren wahnwitzigen Vernichtungswillen mit einem Zynismus sondergleichen verkündet haben, der Moment gegeben sei, das Äußerste an den Sieg, an den raschen und vollkommenen Sieg, zu setzen. Aus allen Reden und Kundgebungen unserer führenden Männer, auch und nicht zuletzt unseres Kanzlers, der mit Unrecht in weiten Kreisen des Volkes als ein grundsätzlicher Gegner des hemmungslosen U-Bootkriegs galt, klingt es mit der ruhigen Entschlossenheit, die tausendmal mehr wert ist als alle Kraftworte: es gibt kein Zurück! Nein, es gibt kein Zurück mehr, es gibt nur ein Vorwärts auf der einmal betretenen Bahn!

Einstweilen läßt es sich ja noch nicht übersehen, wohin die schließliche Entscheidung Amerikas fallen wird. Den mannigfachen Gründen, die dafür zu sprechen scheinen, daß Wilson, daß das amerikanische Volk es nicht zum äußersten kommen lassen werden, steht die Möglichkeit und selbst die Wahrscheinlichkeit gegenüber, daß, nachdem einmal die Beziehungen zwischen uns und Amerika abgebrochen sind, das Schwergewicht der Ereignisse und das Ungefähr des Zufalls die Wagschale des Krieges abermals sinken lassen werden. Wir werden die Entscheidung mit aller Ruhe abwarten, die uns das Bewußtsein unseres Rechts und unserer Kraft, die uns die klare und volle Überzeugung gibt, daß wir um des Rechts auf unsere Existenz und unsere Freiheit willen nicht anders handeln konnten und können. Wir geben uns keiner Illusion über den Ernst der Situation hin; wir können und wollen uns nicht über die Bedeutung täuschen, die der Eintritt Amerikas in die Reihen unserer Feinde, bei aller Zuversicht auf den Enderfolg, die uns gleichwohl erfüllt, haben müßte. Wir wissen, was es besagen will, wenn der Krieg durch das Hinzukommen eines neuen Feindes von dem finanziellen und wirtschaftlichen Gewicht Amerikas abermals verlängert wird. Aber uns stärkt, daß wir heute einen klaren und gewissen, durch keinen Zweifel und keinen Zwiespalt mehr getrübten Weg vor uns sehen. Uns erhebt, daß wir wieder unser ganzes Volk, das just durch die Wirrnis der U-Bootfrage gespalten, in seinem Gesamt-

willen und seiner Entschlußfreudigkeit halbwegs gelähmt schien, in voller Einigkeit und Geschlossenheit hinter den Kaiser, den Feldherrn, den Kanzler treten sahen. Heute können und müssen sich Gegner und Anhänger des U-Bootkrieges, die sich so grimmig befehdet hatten, versöhnt die Hände reichen, dürfen sich zugestehen, daß sie allesamt, ein jeder auf seine Art, das Beste unseres Vaterlandes wollten und wollen.

Was verschlägt es, wenn die einen von uns die Ansicht hochhalten, daß es just der richtige, am meisten erfolgverheißende Moment war, in dem unsere Reichs- und Heeresleitung unsere U-Boote hemmungslos losließen, die anderen aber der Auffassung nicht entsagen mögen, daß der richtige Moment fast schon versäumt sei; wenn nur alle sich in der freudigen Gewißheit vereinen, daß die befreiende Tat doch noch im rechten Augenblick gekommen sei. Mir selbst ist, daß ich es nur gestehe, die Art, wie etwa ein Graf Reventlow seine Agitation gegen den Kanzler zuspitzte, nicht zuletzt vom Standpunkte preußischer Disziplin und preußischer Autorität höchst bedenklich, höchst unsympatisch gewesen. Aber heute bin ich der erste, voll und unumwunden zuzugestehen, daß Graf Reventlow sich bei alledem die größten und bleibendsten Verdienste um die Klarheit und Zielsicherheit erworben hat, mit der das deutsche Volk die Niederringung Englands seines tödlichsten Gegners, als ein absolutes, nicht mehr wegzustreitendes Erfordernis erkannt hat. Vielleicht wird mir Graf Reventlow seinerseits zugestehen, daß er und seine alldeutschen Freunde, die sich so gern auf den Namen unseres großen Bismarck berufen, nicht immer dessen polemischer Grundweisheit: measures, not men eingedenk gewesen sind. Nun, heute gibt ja auch die „Deutsche Tageszeitung" zu, daß sie während des Krieges hinter jeder Regierung stehen werde, die die entschlossene Kriegspolitik betreibe, von der allein das Heil zu erwarten sei (3. Februar). Das soll ein Wort, ein deutsches und ein preußisches Wort zugleich sein! Heute muß uns alle das gemeinsame Bestreben einen, die Stimmung und Zuversicht unseres Volkes, das immerhin unter dem schweren Druck der langen Kriegszeit steht, auf das höchste zu tragen.

Und wahrlich, wenn Deutschland einig bleibt, so können wir getrost allen neuen Fährlichkeiten entgegensehen. Wir könnten es selbst, wenn es wider alles Erwarten Amerika mit der Zeit noch gelänge, einen oder den anderen der neutralen Staaten zu sich und unseren Gegnern herüberzuziehen; wir können es umsomehr, da wir sehen, daß Wilsons klägliches Fiasko Entmutigung und Enttäuschung in die Reihen unserer Gegner trägt, und da wir weiterhin gewahren, welche erfreuliche Rückwirkung unsere staatsmännische Schonung der neutralen Interessen auf die Stellung der Neutralen zu uns hat. Wahrlich, heute mag unser liebes Vaterland bei allem Ernst der Stunde ruhig sein. Felsenfest vertrauen wir auf das Wahrwort des Kanzlers:

„Wir setzen alles ein, und wir werden siegen!"

Natürliche Grenzen und Sprachgrenzen

Von Dr. W. Martens

Der Begriff der natürlichen Grenze hat eine reiche politische Geschichte hinter sich. Er empfiehlt sich als Waffe im Kampf um den Erdenraum durch den Anschein einer über die Parteien sich erhebenden Autorität. Sein Ansehen hat durch häufigen offenbaren Mißbrauch nicht gelitten. Verspricht er doch unanfechtbare Gültigkeit der Ansprüche aufzuzeigen. Und so hat auch der gegenwärtige Kampf der Völker ihm neues Leben gegeben. Er hat seinen Anteil am Weltkrieg.

Die natürlichste Grenze eines Staates ist offenbar die Küste. Mit ihr endet die Grundlage aller Gemeinschaftsbildung, die Bewohnbarkeit der Erdoberfläche. Die Küste schützt freilich nicht überall vor Angriffen. Aber diese sind seltener und leichter abzuwehren als an gewöhnlichen Landgrenzen. Etwaige Eroberer aber vergessen ihre Heimat und verschmelzen mit den Eingesessenen zu einem festen Gemeinwesen. In der Geschichte der Inselstaaten ist die Erkenntnis ihrer Grenzvorteile wesentlich.

Die gegenwärtigen Kriegszeiten haben nun freilich eine starke Abhängigkeit küstenreicher Länder von der vorherrschenden Seemacht aufgedeckt. Der Schutzwert der Küsten hat merklich gelitten durch die Steigerung der Seebeherrschung. Und es ist nicht zu leugnen, daß sich überhaupt regelmäßig auf Grund der besonderen Verkehrsvorzüge der trennenden Wasserflächen ein Streben nach Beherrschung eines ganzen Seeverkehrsgebietes mit seinen Küsten einstellt, eine Entwicklung, die der von uns betrachteten zuwiderläuft. Aber wichtige Vorteile der Meeresgrenzen bleiben doch bestehen. Das Ufer begrenzt einen geschlossenen Lebensraum, es erleichtert den Zusammenschluß der Bewohner zu kräftiger nationaler Kultur. Grenzstreitigkeiten gibt es nicht. Denn wenn auch mit überlegener Kraft eine feindliche Macht festen Fuß fassen sollte, so hat doch diese selbst dabei das Bewußtsein, wenn nicht des Unrechts, so doch der Unregelmäßigkeit. Der Anspruch der eigentlichen Bewohner des Landes auf ihre Meeresgrenze ist selbstverständlich und gültig.

Immerhin haben wir festgestellt, daß der Schutzwert dieser natürlichen Grenze niemals vollkommen und gerade in der Gegenwart erheblicher Beeinträchtigung ausgesetzt ist. Ähnliche Beobachtungen machen wir bei den vielgestaltigen Naturgrenzen des festen Landes.

Hohe, vereiste und zerklüftete Gebirge gelten als gute natürliche Grenzen. Je wilder und einsamer, je unerschlossener, um so besser eignen sie sich dazu. Wie die Küsten erschweren sie den Angriff und erleichtern die Abwehr, machen auch wohl den Kampf geradezu unmöglich. Auch sie bilden den wenigstens teilweisen Abschluß eines einheitlichen Lebens- d. h. Verkehrsgebietes durch einen Streifen unbewohnten Landes. Aber gerade dieser Zustand ändert sich im Laufe der Jahrhunderte. Mit zunehmender Besiedlung des Vorlandes, mit dem steigenden Wert des Bodens arbeiten sich Mönche und Bauern die Hänge und Täler empor, hinauf bis zum Kamm und zur Paßhöhe. Ja oft folgen sie darüber hinaus dem Händler bis dahin, wo vom jenseitigen Fuß der Berge ihnen Mitbewerber entgegentreten. Durch diesen Vorgang aber verliert das Gebirge an Grenzwert. Das ursprünglich breite und einsame Grenzgebiet geht allmählich über in eine Grenzlinie, und das um so vollständiger, je zugänglicher und bewohnbarer das Gebirge ist, und je mehr die Verkehrstechnik fortschreitet. Die so entstandene Linie innerhalb des Gebirges aber liegt nun nicht ohne weiteres fest. Im friedlichen oder blutigen Wettkampf wird sie hin und her geschoben. Der Grenzstreit hat begonnen.

Aber auch wenn die Siedler von beiden Seiten nicht bis zur Fühlung sich nähern, so entsteht doch mit der Zeit und fortschreitender Landeskenntnis das Verlangen nach Ersatz des unbestimmten Grenzgebietes durch die Grenzlinie. Und hier hat sich denn schon früh der Begriff der Wasserscheide als Helfer eingestellt. Durch ihn kann jederzeit in jedem Gebirge — und wir sprechen nur von Gebirgswasserscheiden — eine ziemlich genaue Linie aufgefunden werden, welche verspricht, beide Teile zu ihrem Recht kommen zu lassen. Sie kann von fern her vertragsmäßig festgelegt werden und gilt auch heute noch völkerrechtlich im Zweifelsfall als Grenze. So sehen wir denn diese Linie mit dem Anspruch auftreten, eine allgemein gültige Entscheidung in Gebirgsgrenzfragen zu sein.

Neben der Eigenschaft dieser Linie, eindeutig zu sein und in der Regel annähernd zu halbieren, gilt es nun aber, noch eins hervorzuheben, was ihr vor allem zu ihrer Bedeutung verholfen hat. Sie fällt meist zusammen mit dem Gebirgsteil, der der höchste und am schwersten zugängliche ist, der vielleicht wenig oder gar nicht besiedelt ist. Hier stößt jener oben beschriebene Prozeß gegenseitiger Annäherung auf die stärksten Hindernisse. Es gibt jedoch sehr gewichtige Ausnahmen. Die Alpen sind leichter von Norden nach Süden zu überschreiten, als in umgekehrter Richtung. Es kann hier nicht erörtert werden, wie das mit dem südlichen Steilabfall des Gebirges und seiner eiszeitlichen Ausräumung durch die Gletscher zusammenhängt. Eine sehr lesenswerte Schrift hat kürzlich der Berliner Geograph Albrecht Penck über „die österreichische Alpengrenze" veröffentlicht. Wir stellen hier nur fest, daß die Völker des nördlichen Alpenvorlandes sich über die Wasserscheide hinweg nach Süden ausgebreitet haben. Ihre „Paß-Staaten" schoben sich bis zum Südrand des Gebirges vor.

Eine natürliche Grenze, die sich in den Verkehrsmöglichkeiten nicht besser wiederspiegelt, kann aber offenbar nicht allgemeine Gültigkeit beanspruchen. Die italienische Forderung der Alpenwasserscheide als Grenze muß zurückgewiesen werden.

Die Alpen als ganzes sind schon längst nicht mehr eine einwandfreie natürliche Grenze. Eine naturgegebene Linie innerhalb ihrer Berge, die Wasserscheide, kann gleichfalls dafür nicht in Betracht kommen. Bei der Suche nach einem Ersatz aber ist uns eine politische Grenze im Alter von mehreren Jahrhunderten ein Fingerzeig, die Südgrenze Tirols. Sie lehnt sich nämlich an eine Kette von Engpässen an. Es finden sich hier am Fuß des Gebirges bessere natürliche Grenzbedingungen als auf dem Kamm, nämlich Verkehrserschwerung und günstige Verteidigungsgelegenheit. Und doch muß der Grenzwert auch dieser Linie der Technik unserer Tage immer mehr weichen, wie er ja auch nicht das Vordringen der italienischen Sprache gehindert hat. Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß eine natürliche Grenze, die auch nur annähernd den Wert einer Küstengrenze hätte, in diesen Gebirgsgegenden nicht vorhanden ist. Der nur bedingte Wert einer Gebirgsgrenze überhaupt und ihre mannigfaltigen Arten werden an diesem Beispiel deutlich.

Waldgrenzen sind offenbar noch viel weniger widerstandsfähig. Deutschland war einst ein Waldland. Die gewöhnliche Grenze zwischen deutschen Stämmen zur Zeit des Tacitus war der Urwald und das Waldgebirge mäßiger Höhe. Das Grenzkennzeichen der Unbewohntheit finden wir hier also wieder. Ja es ist bezeichnend, daß Rodung und Besiedelung des Grenzwaldes verboten war. Ähnliche Verhältnisse finden wir noch heute, z. B. bei primitiven Völkern in Afrika. Durch absichtliche Verwüstung umgeben sie sich mit breiten Streifen öden Landes. So entstehen gewissermaßen Inselstaaten. Ihr Flächenraum ist nur annähernd bestimmbar. Je mächtiger der Stamm, um so ausgedehnter die Grenzwildnis. Solche unbewohnten Grenzgebiete, die auch wohl als neutrales, beiderseits benutztes Jagdgebiet angesehen werden, sind ein natürlicher Festungsgürtel, eine vorzügliche, natürlich-künstliche Grenze. Doch schon das Wachstum des eigenen Stammes gefährdet ihren Bestand. Über kurz oder lang müssen sie, sei es von einer Seite aus, sei es von beiden zugleich, der Kulturarbeit weichen, und damit geht auch hier das Grenzgebiet in eine Grenzlinie über. Im Gegensatz zum besiedelten Gebirge ist dann aber dieser Linie jeder Grenzwert genommen, außer dem historischen. Um ein Beispiel zu erwähnen, so sind die merkwürdigen Sprachgrenzen in Böhmen dadurch entstanden, daß Deutsche von Norden, Westen und Süden her die Grenzwälder Innerböhmens rodeten. Seit der Vernichtung der natürlichen Grenze stehen nun Deutsche und Tschechen im Kampf.

Sehr nahe steht der Waldgrenze die vielfach mit ihr vereinigte Sumpf- und Seengrenze. Der moderne Verkehr und die Bodenkultur verwischen auch sie immer mehr. Die Nachbarstaaten aber vereinigen sich in der Regel, wie

auch nach Beseitigung der Waldgrenzen. Großstaaten wachsen heran, bis ihnen das Meer ein Ziel setzt.

Es braucht nur kurz berührt zu werden, daß Wüsten oder gar die Eisregionen gute, allzugute Naturgrenzen sind. Sie sind dauerhafte Rückendeckungen, sind nicht mehr ein Trennungsgebiet, sondern selber unantastbare Herrschaft der Natur, die „Anökumene".

Wenn wir nun zu den Flußgrenzen übergehen, so scheint auch hier nur eine Wiederholung des Bisherigen sich zu ergeben. Stromregulierungen schaffen ein festes Bett mit sicheren Ufern, an Stelle sumpfiger, unbewohnbarer Uferstreifen. Dadurch wird der Fährverkehr erleichtert, und feste Brücken entstehen. Die Unbequemlichkeit der Flußüberquerung wird weit aufgewogen durch die Vorteile der Verbindungen stromauf und stromab. Aus der natürlichen Grenze wird immer mehr eine natürliche Verkehrsstraße. Und so ist es nicht verwunderlich, daß im Laufe der Zeit die Vereinigung beider Flußufer in einer Hand zur Regel geworden ist. Ja, das ganze Flußsystem zeigt ein Streben nach politischer Vereinigung.

Im Gegensatz dazu steht aber noch heute der Fluß im Ruf, eine gute Grenze zu sein. Wie konnte der Rhein so lange und bis in unsere Tage hinein mit Erfolg als eine natürliche Grenze bezeichnet werden? Wie konnte der Anschein eines Naturanrechts auf sein linkes Ufer entstehen? Wie kommt es, daß selbst kleine, leicht zu überschreitende Wasserläufe als Grenzen zu hoher Berühmtheit gelangt sind? Zur Erklärung genügt die Tatsache nicht, daß die Flüsse ihren militärisch-taktischen Schutzwert immer behalten. Etwas anderes kommt hier in Frage.

Aus vergangenen Tagen wird uns wohl erzählt, daß Nachbarstämme in langen Fehden sich erschöpften deswegen, weil weder Berg noch Fluß ihren Grenzstreit schlichtete; und es ist gar keine Frage, ein kleiner Fluß oder ein anderer unbedeutender natürlicher Anhaltspunkt kann ein sehr willkommener, beiden Teilen erwünschter Helfer im Grenzstreit sein. Es wird berichtet, daß Steppenvölker kaum merkliche Geländeerhebungen als Grenzen achten. Auch Flußbetten mit nur periodischem oder abgeleitetem Wasserlauf dienen dem gleichen Zweck. Außerordentlich bezeichnend für die rein praktische Begründung solcher Verlegenheitsgrenzen wäre es, wenn folgender Bericht aus dem östlichen Okkupationsgebiet zuträfe. Die Grenze zwischen dem deutschen und österreichischen Verwaltungsgebiet in Kongreßpolen soll teilweise auf einem Bahndamm hinlaufen. Bei all diesen Beispielen ist natürlich von Verkehrshemmung oder von Unmöglichkeit der Siedlung keine Rede. Es handelt sich lediglich um Befriedigung des Grenzbedürfnisses, nicht aber um naturgeschaffene Schranken. So kam also die Flußlinie in den Ruf einer guten Grenze. Sie leistet gute Dienste, wo menschliche Hilflosigkeit zu überwinden oder sachliche Schwierigkeiten zu beseitigen sind, wo sie die diplomatische Verhandlung am grünen Tisch ermöglicht, die Schwierigkeit der Vereinigung an Ort und Stelle

umgeht, den Grenzstreit schlichten hilft. Ihr Wert ist auch sehr erheblich, wenn es sich nur um Errichtung von innerstaatlichen Grenzen handelt. Wir erkennen aber, wie notwendig es ist, eine Unterscheidung innerhalb des Begriffs der „natürlichen Grenze" zu treffen. So hat man „naturentlehnte" Grenzen oder auch „natürliche Grenzlinien" unterschieden von „natürlichen Grenzen" oder „Naturgrenzen". Wir haben uns bisher mit den letzteren befaßt. Nur gelegentlich der Betrachtung der Wasserscheiden kamen wir in die Nähe des anderen Begriffs. Und hier muß nun festgestellt werden, daß jede naturentlehnte Grenze wie ein Eindringling abzuwehren ist, sofern sie auf Allgemeingültigkeit Anspruch erheben sollte, ein Anspruch, der in der üblichen Bezeichnung als natürliche Grenze ganz von selbst mit anklingt.

Bekanntlich greift man bei Verhandlungen über Grenzfragen in entlegenen Gegenden oder anderen Erdteilen gern wie früher zur Wasserscheide, so heute zur Anwendung von mathematisch bestimmbaren geraden Linien, z. B. Längen- und Breitenkreisen. Man hat selbst diese Linien natürliche Grenzen genannt, weil sie durch Naturbeobachtung auffindbar sind. Aber gerade ihr Auftreten in dieser Gesellschaft legt es nahe, den Unterschied von naturentlehnten und natürlichen Grenzen durch Sprachgewöhnung geflissentlich zu betonen und dadurch klarzustellen, daß es bei ersteren sich genau genommen um künstliche, d. h. gewollte Grenzen handelt. Das Wesen der natürlichen Grenzen aber läßt sich durch den Gegensatz zu den naturentlehnten um so vollständiger erfassen.

Ein natürliches Lebensgebiet ist ein natürliches Verkehrsgebiet. Seinen Abschluß bilden Verkehrserschwerungen, mit der Wirkung um so regeren Austausches im Innern. Die Gegend der Verkehrshemmungen macht ein Grenzgebiet, einen Grenzstreifen, aus. Er ist gewissermaßen neutraler Boden, der auf beiden Seiten von Grenzlinien eingeschlossen werden könnte. Das benachbarte natürliche Verkehrsgebiet sieht sich an dem hemmenden Saum in seinem natürlichen Ausdehnungsbestreben behindert und ist seinerseits vor Bedrohung sicher. Erleichterte Abwehr und erschwerter Angriff für beide Teile, Schutz und Schranke machen Grenzstreit zur Seltenheit. Darin liegt ein Wert der natürlichen Grenze. Im äußersten Fall ist Grenzstreit sogar unmöglich, wenn nämlich absolute Trennung durch sie hervorgerufen wird. Ihre Autorität ist dann die Tatsache der Beziehungslosigkeit. Freilich der Wert dieses Extrems ist natürlich sehr bedingt, zeitlich wie sachlich.

Der Krieg ist Ausnahme. Der Frieden aber arbeitet, wie wir sahen, unablässig an der Beseitigung der Verkehrshemmungen, welche natürliche Grenzen hervorrufen. Damit führt die zivilisatorische Arbeit meist ganz gegen ihre Absicht die Gefahr kriegerischen Zusammenstoßes herbei. Auseinandersetzungen, allein schon wegen der Festsetzung der Grenzlinie im einzelnen, z. B. wegen des Besitzes der Pässe, treten ein. Ist aber einmal die Überführung des Grenzstreifens in eine Grenzlinie vertragsmäßig erreicht, so bedeutet das

doch keineswegs immer die Beseitigung oder auch nur eine starke Minderung seines Grenzwertes. Vielmehr bleibt häufig neben der neuen, vielleicht naturentlehnten Linie, wie es die Wasserscheide z. B. ist, die Wirkung des Grenzgebirges mehr oder weniger bestehen. Die neue Linie erhält dann doch erst durch dieses ihre militärische Festigkeit und Dauer, ihre Autorität, wo nicht im einzelnen, so doch im ganzen. Die natürliche Grenze steht und fällt mit dem Grenzgebiet, dem Saum. Die naturentlehnte Grenze aber ist eine Linie, wie es die vertragsmäßige oder historische Grenze ist, oder wenigstens heute sein sollte. Auf Übergänge zwischen beiden Begriffen wollen wir uns nicht einlassen, so wenig wir verkennen, daß auch bei linearen Grenzen die peripherische Eigenart der Grenzgegenden die Anwendung des Ausdrucks Grenzsaum rechtfertigt oder notwendig macht.

Während heute fast überall die mühsame und kämpfereiche Arbeit der Reduzierung des herrenlosen Grenzgebietes auf eine Grenzlinie an Land durchgeführt ist, macht die Küstengrenze eine Ausnahme. Die ganze Wasserfläche ist ja das, einst absolut trennende, heute überschreitbare Grenzgebiet. Seine Aufteilung aber zu einer Linie ist in der sogenannten Hoheitsgrenze nur im Ansatz vorhanden. Die Verbreiterung der Dreimeilenzone auf Grund der heutigen Geschützragweite würde freilich die Straße von Dover auf eine gute Strecke zwischen England und Frankreich aufteilen. Aber auch dazu wird es nicht kommen, so lange wir der Losung „Freiheit der Meere" Geltung zu verschaffen vermögen. Die Sonderstellung der Wassergrenze, die wir übrigens auch weiterhin einfach Küstengrenze nennen werden, kommt also hier in der Erhaltung der neutralen Grenzfläche wieder zum Ausdruck, wobei kaum noch darauf hingewiesen zu werden braucht, daß durch sie statt einer Verkehrsbehinderung die Nachbarschaft mit allen Uferstaaten, d. h. mit fast sämtlichen Staaten, gewonnen wird.

Küstengrenzen haben mit anderen natürlichen Grenzen den häufigen Wechsel ihrer Eigenart im einzelnen gemeinsam. Zugängliche und unnahbare Uferstrecken wechseln miteinander, wie auf dem Festland Gebirgslücken und Pässe, Furten und Sumpfübergänge bald hier, bald dort auftreten. Hier haben zu allen Zeiten starke Völker eingesetzt, um, dem friedlichen Handel folgend, ins jenseitige Verkehrsgebiet erobernd einzudringen. Außenposten, Nebenländer, Brückenköpfe jenseits des Meeres und Kolonien wurden erworben. Sogar über eine so gute natürliche Grenze wie die Pyrenäen hat die historische Grenze zeitweilig hinübergegriffen. Zumal die Weltreiche der Vergangenheit haben sich über solche Grenzen vielfach hinweggesetzt und die Völker unter einem Staatsgedanken geeint. Und es ist der Beweis einer erstmals durch England angestrebten wirklichen Weltherrschaft, daß England die Freiheit der Meere zu seinen Gunsten zu beseitigen unternimmt.

Jene Außenbesitzungen gehen aber nun vielfach wieder verloren. Die Selbständigkeit der Einzelstaaten stellt sich wieder her. Oder wenn das nicht

eintrifft, und der Kulturunterschied zwischen Herrscher und Beherrschten die Aufrechterhaltung der Abhängigkeit nicht selbstverständlich macht, so zeigen sich Ansätze von Selbständigkeit, wie z. B. in den englischen Tochterstaaten. Der Zerfall eines Weltreichs aber geschieht ebenfalls längs der natürlichen Grenzen in seinem Innern und durch sie mit veranlaßt. Diese haben vielleicht einst seine Entstehung gehemmt, nur günstige Umstände überwanden ihren Widerstand. Anderwärts aber waren die hemmenden Schranken vielleicht stark genug. Auf jeden Fall kommen wir zu dem Resultat, daß natürliche Grenzen die Zahl der Einzelstaaten vermehren. Ihre historische Wirksamkeit also war und ist noch heute sehr erheblich. Man könnte geneigt sein, in ihnen eine regulierende, mäßigende Kraft anzuerkennen. Doch vermeidet man besser ein Werturteil. Letzten Endes stellen sie doch einen militärischen Wert dar. Hemmen sie die Entfaltung übermächtiger Reiche, sind sie Befestigungen, Verteidigungslinien zu vergleichen, so sind sie eben ein Schutz der Schwächeren, ja der Schwachen (Andorra!). Ihr Schutzbedürfnis kennt der starke Staat wenig oder gar nicht. Ihm verkehrt sich der Wert natürlicher Grenzen eher ins Gegenteil. Ihr Fehlen hat einen Staat entstehen lassen von mehr als doppelter zusammenhängender Fläche Europas, das russische Reich.

In gleicher Weise widerspricht nun aber dem Schutzbedürfnis auch das Verkehrsbedürfnis. Es besteht eine unlösbare Spannung zwischen Verkehr und Grenze. Ist der Krieg die Fortsetzung der Politik, so ist der Schützengraben, das völlige Aufhören des Verkehrs, die andere Form der Grenze. Im Frieden verlegt sich die Hemmung des Verkehrs durch sie in eine technische und eine verwaltungsmäßige. Diese findet sich als Zollschranke fast überall. Jene nur im Bereich natürlicher Grenzen. Sofern diese aber, wie wir sahen, die Zahl der Einzelstaaten vermehren, verlängern sie auch die Grenzen. Die Küste hat auch hier ihre Vorzugsstellung. Mit der gern getragenen Unbequemlichkeit der Umladung erkauft sie die Möglichkeit des Weltverkehrs. Zuerst erheben also die Küstenstaaten, der englische Freihandel, und darnach auch der Kaufmann im Innern des Festlandes im Namen der Weltwirtschaft je länger je mehr Einwände gegen die Grenzen und zumal die natürlichen Grenzen. Verkehrsbedürfnis und Machtstreben kommen also hier überein, eine Sachlage, welche die Verwandtschaft beider Richtungen zu erkennen gibt. Beider Endziel ist der Einheitsstaat. Die Spannung zwischen Schutzbedürfnis und Verkehrsbedürfnis, zwischen Grenze und Handel, zwischen Schützengraben und Zivilisation ist letzten Endes eben die zwischen Einzelstaat und Gesamtstaat.

Vorläufig scheinen wir uns durch die Verkehrsentwicklung ermöglichten größeren staatlichen Interessengemeinschaften zu nähern, mehr oder weniger organischen Staatenbünden. Und es ist bezeichnend dafür, wie weit wir von dem Weltstaat entfernt sind, daß selbst ein Naumann solche Staatengemeinschaften mit einem durchgehenden Schützengraben umgeben will. Wir aber können hier feststellen, daß der Wert natürlicher Grenzen in hohem Maße von den politischen

Verhältnissen der durch sie getrennten Staaten abhängig sein muß. Je nach dem überwiegenden Schutz- oder Verkehrsbedürfnis sind natürliche Grenzen willkommen oder unwillkommen. Schon der Grenzverlauf im einzelnen, der Besitz der Pässe, womöglich der Ausgänge aus dem Gebirge und des jenseitigen Vorlandes zeigt den stärkeren der beiden Nachbarn an. Und so wird Mißtrauen oder Bündnis, Zuversicht oder Furcht die technisch-ziviliſatorische Ausgestaltung der beiderseitigen Grenzgegenden entscheidend beeinflussen. D. h. aber, daß der Grad der Beseitigung natürlicher Grenzen von dem historisch-politischen Moment abhängig ist. Man könnte hier an die Geschichte des Kanaltunnel-Projekts zwischen England und Frankreich erinnern. Es würde zu weit führen, im einzelnen zu verfolgen, wie an Stelle mangelnder oder beseitigter natürlicher Grenzen der Ersatz durch künstlichen Festungsbau einsetzt, und je nach den politischen Nachbarverhältnissen dieser militärische Grenzsaum seine Ausführung erhält.

Nur eine merkwürdige Umkehrung sei erwähnt, nämlich der in Kriegs- und Friedenszeiten sehr erfolgreiche Schutz der russisch-deutschen Grenze durch russischerseits vermiedenen Straßen- und Eisenbahnbau. Dieses kulturwidrige Verfahren, verstärkt durch den Kosakenkordon, wirkt wie die Errichtung natürlicher Grenzen. Denn der Grenzstreifen bleibt weit unter dem Verkehrsniveau seiner Umgebung, und wir erinnern uns jener Grenzwildnisse barbarischer Völker, die uns oben beschäftigten. Auch sie sind künstlich-natürliche Grenzschutzräume.

Es drängt sich in unseren Tagen hier noch ein anderer Vergleich auf. Die natürliche Grenze, der Grenzsaum, gleicht dem Niemandsland zwischen den Schützengräben des Stellungskriegs und andererseits dem Pufferstaat in Friedenszeiten. Der Weltkrieg lehrt, wie stark für solch ein Zwischenstaatswesen die Versuchung ist, seine Aufgabe zu vergessen, gewissermaßen eine natürliche Grenze, ein neutraler Grenzsaum zu sein. Und zur Stunde liegt es nahe, zu betonen, welche unvergleichlichen Vorteile für unser eigenes Land, welch wirksamer Schutz seiner Industrie vor Luftangriffen die Eroberung breiter Landstreifen im Westen und Osten bedeutet. Die Flucht militärisch-wertvoller Industrien aus den durch das Flugwesen bedrohten Grenzgebieten ins Innere des Landes haben wir gleichwohl vor Augen: Der Grenzstreifen kann nicht breit genug sein. Die Entwertung jedes natürlichen Grenzschutzes durch die Entwicklung des Luftverkehrs, der Luftflotten, kann in ihrer enormen Wirkung noch gar nicht übersehen werden.

Jedoch ungeachtet all dieser Einschränkungen des Begriffs der natürlichen Grenzen wird er im Gebiet der politischen und historischen Geographie immer Anwendung finden, so wie die Durchbrechung eines gültigen Prinzips, dessen Wert nicht erschüttert. Es wird allerdings der historische Geograph ihm mehr Aufmerksamkeit zuwenden müssen, als der Politiker es darf, und im Krieg zumal macht sich für diesen der Mangel an sicheren Anhaltspunkten zur Grenzfestlegung besonders bemerklich.

Es gibt hier nun aber einen wertvollen Ersatz vielfach gerade da, wo natürliche Grenzen heute ihren Wert mehr oder weniger verloren haben. Sie haben sich oft selbst ein Denkmal gesetzt, das sie indirekt doch wieder zu Ansehen kommen läßt. Das ist die Sprachgrenze. Mit den uns bekannten Begriffen lassen sich die Arten der Sprachgrenze leicht unterscheiden. Dort wo sie das unbewohnte Trennungsgebiet natürlicher Grenzen berühren, ist ihre Abhängigkeit von diesen offenkundig. In ihrem Schutz, in den von ihnen geschaffenen Lebensräumen breiteten sich die Völker aus. Wir können hier von einer Unterscheidung zwischen Nation und Sprachgemeinschaft absehen. Der ursächliche Zusammenhang zwischen natürlichen Grenzen und Sprachgrenzen beschränkt sich aber nun nicht nur auf die Küsten. Aus praktischen, nicht immer entschuldbaren Gründen überziehen die üblichen Sprachenkarten auch mehr oder weniger unbewohnte Landflächen mit der Sprachenfarbe des eigentlichen Lebensgebietes. Anderenfalls ließen auch solche Karten Gebirge, Salzsteppen usw. als natürliche Grenzen hervorteten. Wo nun aber die Sprachgebiete in enger Berührung miteinander stehen, auch da können natürliche Grenzen die Sprachgrenzen beeinflußt haben. Sie sind dann heute völlig geschwunden. Wir erinnern an die Entstehung der deutsch-tschechischen Sprachgrenze. Und ähnlich ist die sehr merkwürdig verlaufende vlämisch-wallonische zu erklären. Ein inzwischen seit langem gerodeter Grenzwald hielt vor anderthalbtausend Jahren die fränkische Kolonisation da auf, wo noch heute Belgien in Vlamen und Wallonen zerfällt. Drittens schließlich muß die Sprachgrenze einfach als siedlungsgeschichtlich gewordene Scheidelinie hingenommen werden, deren Verlauf im einzelnen sich der begründenden Erforschung entzieht. So zeigt uns z. B. die offene Ostgrenze Deutschlands eine völlig zerrissene, regellose Sprachgrenze, wo jede Linie, die man zu ziehen unternimmt, Willkür ist. Zwischen diesen drei Arten gibt es natürlich die vielfachsten Übergänge und Verwandtschaften. Uns kommt es vor allem darauf an, die natürliche Grenze in Beziehung zu setzen zur Sprachgrenze. Denn daraus ergibt sich sowohl ein Beweis für ihre Gültigkeit als auch zugleich eine Gewähr für ihre Dauer.

Kein Zweifel freilich, je ferner die Zeiten, um so weniger beachtete ein wachsender Staat die Sprachgrenzen. Und häufig bedeutete Eroberung zugleich eine gewaltsame Erweiterung für das Sprachgebiet des Siegers. Wenn auch nach und nach die Formen der Kriegführung und Herrschaft sich milderten, so zögerte doch bis in das Zeitalter des Absolutismus hinein kein Fürst, sein Land auch mit fremdsprachlichen Gebietsteilen zu vergrößern. Der Beginn des neunzehnten Jahrhunderts machte dann aber zur Grundlage der neueren Staatengeschichte den nationalen Gedanken. Eine kräftige Mißachtung der Sprachgrenzen und dazu auch sämtlicher Naturgrenzen durch Napoleon erweckte als Gegenwirkung die Nationalstaatsidee. Arndt aber schrieb 1813: „Die einzige günstigste Naturgränze macht die Sprache.“ Schon aus dem Jahre 1802 kennt man eine ähnliche Äußerung von ihm, der im Kampf der Ideen als erster auf kürzestem

Weg zur Erkenntnis des Nationalstaats gelangte. Heute aber braucht man nur das Wort „Irredenta“ auszusprechen, um zu erkennen, wie kräftig die Tatsachen der Sprachenkarte ihre Wünsche bei Grenzregelungen anzumelden verstehen. Nach hundertjährigem Siegeszug steht die nationale Idee in unseren Tagen auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Ihr Recht auf Mitwirkung an der Formung des Staatsgebiets liegt in der Anerkennung der nationalen Kultur und ihres Trägers, der Sprache, als eines wesentlichen Elementes des modernen Staates überhaupt. Wir hören daher heute wieder Äußerungen wie die des alten Arndt. Auch der bekannte schwedische Politiker Kjellén neigt dazu, ausgehend von der Forderung, daß eine natürliche Grenze politische Konflikte verhindern solle, wie auch sonst ihre Eigenschaften sein mögen. Sprachenkarten haben ein hervorragendes Interesse gewonnen. Die große Schäfersche Völkerkarte hat sich schnell eingebürgert. Der Jahrgang 1915 von Petermanns Geographischen Mitteilungen enthält eine Menge wertvoller Sprachenkarten.

Der geographische Unterschied zwischen natürlichen Grenzen und Sprachgrenzen ist ein doppelter. Zunächst prägen sich die letzteren im Gegensatz zu jenen im Landschaftsbild direkt gar nicht aus. Und oft sind auch Folgeerscheinungen, wie Wechsel der Bauart und Bodenkultur sprachverschiedener Nachbarn mit dem Auge nicht festzustellen. Zweitens umgibt die natürliche Grenze nur in den günstigsten Fällen ihr Gebiet allseitig derart, daß sie ein geschlossenes Lebensgebiet herstellt, während umgekehrt die Sprachgrenze nur von innen nach außen hin verstanden werden kann und eine geschlossene Linie bilden muß, weil sie nur ein Aufhören beschreibt. Kurz gesagt: Dort ein selbständiger, meist nur streckenweiser Grenzsaum, hier eine unselbständige, aber zusammenhängende Grenzlinie.

Die Sprachgrenzen nehmen nun für sich in hohem Maße in Anspruch, was viele natürliche Grenzen, je länger je mehr, verloren haben, was fälschlich naturentlehnte Grenzen gelegentlich für sich in Anspruch nehmen, die Autorität gültiger Grenzen. Und tatsächlich sind sie unter gewissen Bedingungen der allgemeinen Anerkennung sicher, ihre Erhebung zur Staatsgrenze hat dann streitschlichtende Kraft. Gleichwohl ist es offenbar besser, nicht auch sie natürliche Grenzen zu nennen. Die Unbrauchbarkeit dieses Ausdrucks liegt in seiner Vieldeutigkeit. Sie ist ein Anlaß zu diesen Ausführungen.

Die Verwandtschaft zwischen natürlichen und sprachlichen Grenzen erleichtert uns die folgenden Betrachtungen. Auch die Sprachgrenzen sind der Entwicklung und Dauer von Weltstaaten hinderlich. Sie haben diese Bedeutung heute in höherem Maße als, sagen wir, zur Zeit der babylonischen Sprachverwirrung, und übertreffen darin vielleicht die natürlichen Grenzen. Wenn Weltreiche längs der natürlichen Grenzen zerfielen, so ist heute ein Völkerstaat in Gefahr, nach seinen Sprachgrenzen auseinanderzubrechen. Oder aber diese inneren Sprachgrenzen verschaffen sich Geltung in verfassungsmäßiger Sonderstellung der Sprachgemeinschaften, ein Streben, das uns in Österreich entgegentritt. Eingefriedet

von natürlichen Grenzen können sich Sprachgemeinschaften, Nationen in ihren natürlichen Lebensräumen leicht und schnell bilden. Dann ist die geltende Grenze zugleich natürlich, sprachlich und kulturell. Ihre Festigkeit erreicht den höchsten Grad. Daß eine Staatsgrenze im Widerspruch zu natürlichen und sprachlichen Grenzen zugleich verliefe, ist Ausnahme. Häufiger aber streiten beide miteinander um den entscheidenden Einfluß. Hatten sich einst Völkermassen über natürliche Grenzen hinweg ausgebreitet, so gaben diese die Grundlage für die Forderung des Staates gegenüber den nationalen Verhältnissen. Er suchte in Anlehnung an sie eine einheitliche Nation aus dem vielleicht vielartigen Völkermaterial seines Gebiets zu schaffen. Aber seit den Tagen der französischen Revolution ist mit der gleichzeitigen starken Entwicklung wirtschaftlich-technischer und nationaler Kräfte die Bedeutung der natürlichen Grenzen gesunken und die der Sprachgrenzen gestiegen. So kann man heute von einer Umkehrung reden, derart, daß die Nationalitäten die Staatsgrenzen zu ziehen versuchen. Die selbständige Politik der nationalen Idee hat die europäische Geschichte mit neuem Leben und Kämpfen erfüllt. Es fragt sich heute sogar, ob das Staatsinteresse an guten natürlichen Grenzen größer ist, als das an guten nationalen Grenzen. Eine so gute natürliche Grenze, z. B. wie die zwischen Rumänien und Siebenbürgen ist selten. Gleichwohl sind gemäß der Sprachverhältnisse starke Kräfte am Werk, zu vereinigen, was die geltende Grenze trennt. Wir erkennen also in der Sprachgrenze einen letzten und schlimmsten Feind der natürlichen Grenze, der ihr freilich nur selten entgegentritt. Einen ersten, wenn auch nicht bleibenden Sieg errang die Sprachgrenze in dem österreichischen Anerbieten an Italien vom 10. Mai 1915. Die Tiroler Irredenta sollte abgetreten werden. Die, wenngleich nicht vorzügliche natürliche Grenze der Engpässe, die wir oben erwähnten, war der überwundene Gegner.

Und so wird wohl der Ausgang des Weltkriegs nicht überall eine Niederlage der Sprachgrenze zu verzeichnen haben, wo sie im Widerspruch steht zur natürlichen Grenze oder gar nur der naturentlehnten oder einfach historischen Grenze. Recht merkwürdig, daß es gerade die Polen sind, welche Warschau und Wilna in einem Staat vereinigen wollen. Denn das könnte nur über weißrussisches und litauisches Sprachgebiet hinweg erreicht werden. Es braucht kaum betont zu werden, daß möglichste Beachtung der Sprachgrenzen in Sicherheit und Dauer des Friedens sich zu belohnen verspricht.

Freilich ist auch ein nicht unwesentlicher Nachteil der Sprachgrenzen im Gegensatz zu natürlichen Grenzen zu verzeichnen. Sie sind verschiebbar. Und nicht nur verlagern sie sich in ganz allmählichem Vor- oder Rückschreiten, organisch wachsend, oder durch staatliche Beeinflussung geleitet. Sondern der Krieg hat uns russische Methoden kennen gelehrt, die eine plötzliche Änderung der Sprachenkarte in den Bereich der Möglichkeit rücken. Im großen und ganzen östlich der deutschen und polnischen Sprachgrenze, des 23. Meridians, haben die Russen bekanntlich eine Massenaussiedlung vorgenommen, die den

künftigen Besitzer dieser Gebiete in die Lage versetzt, sie seinem Sprachgebiet in absehbarer Zeit einzufügen. Auch freiwillige Völkerwanderungen kommen noch vor, wie sie der Bukarester Frieden unter den europäischen Türken hervorrief.

So sehen wir also die Sprachgrenze in einem Maße von politischen Verhältnissen abhängig, daß man sie beinahe als künstliche Grenze bezeichnen könnte, obwohl wir gerade ihren immer steigenden Einfluß in unseren Tagen festzustellen hatten. Wir stoßen immer von neuem auf den grundlegenden Gegensatz zwischen nationaler und geographisch bedingter Politik. Nur der Ausgang dieses Kampfes kann eigentlich erst ein Urteil ermöglichen über den Wert sprachlicher und natürlicher Grenzen. Und so lange kann man auch nur sehr vorbehaltlich von einer Gültigkeit dieser oder jener Grenzart sprechen und auf ihre Autorität sich berufen. Nur so viel läßt sich sagen: Wenn Dauer und Größe der Unterschiede den Maßstab abgeben für den Wert von Grenzen, so ist die Größe der Unterschiede in unseren beiden Fällen veränderlich. Den Vorzug der Dauer kann die natürliche Grenze zwar nicht absolut, aber doch in vieler Beziehung für sich in Anspruch nehmen. Dabei freilich müssen wir auch noch einmal wiederholen, daß ihr das Merkmal der Kontinuität in der Mehrzahl der Fälle fehlt.

Es gibt Beobachter, die den Höhepunkt der nationalen Idee schon in diesem Kriege überschritten sehen. Und sicherlich ist es eine, unseren Gegnern freilich naheliegende, Überspannung der nationalen Forderung, wenn sie, lediglich nach Sprachgrenzen, eine Zukunftskarte von Europa entwerfen. Es liegt darin eine Nichtachtung von Staatsnotwendigkeiten, die wohl nur auf Seiten der Mittelmächte ganz erkannt werden können. Denn nur wir haben zu leiden unter den Schwierigkeiten der „ethnopolitisch-kritischen Zone" der Länder des größten Völkergemisches.

Abschließend weisen wir hin auf solche Staatsnotwendigkeiten geographischer Art, auf das natürliche Bestreben aller Staaten nach Abrundung, nach Bewegungsfreiheit und schließlich nach Ausdehnung. Die Erhaltung oder Erreichung solcher Ziele führt uns mitten hinein in die Mechanik geographisch-politischer Begriffe, von denen wir einen auf seinen Geltungswert zu prüfen und mit den ihm nächst verwandten ethnopolitischen Begriff zu verbinden unternahmen.

Vorarbeiten und Bestrebungen zur landwirtschaftlichen Neugestaltung Englands

Von Albert Bencke

Unser Unterseebootkrieg hat England vor neue Tatsachen gestellt, die heute das ganze Land in Erregung bringen und in den allgemeinen Ruf nach bis aufs Maximum gesteigerter Weizenproduktion ausklingen. Da es sich hier nicht nur um Augenblicksstimmungen handelt, denn die Gefahr ist groß und ihre Erkenntnis reicht in alle Schichten des Volkes hinab, was trotz der Zensur aus den englischen Zeitungsberichten klar hervorgeht, so müssen wir damit rechnen, daß wir in nicht allzu langer Zeit einem, in landwirtschaftlicher Beziehung reformierten England gegenüberstehen, und es ist sicherlich für uns von großem Interesse, schon heute darüber ins klare zu kommen, auf welche Weise man diese Reform durchzuführen gedenkt und was, nach der traditionellen Gestaltung der Dinge in England von dieser Durchführung zu erwarten ist. Sicherlich würde es sich hier um einen gewaltigen Umschwung, um einen verwickelten Systemwechsel handeln, der auch ohne das ganz besondere Interesse, das wir an der inneren Gestaltung Englands notgedrungen nehmen müssen, kulturpolitisch von höchster Bedeutung wäre.

Man ist bei uns, wo Landwirtschaft und Industrie Hand in Hand arbeiten, wo beide gleichstarke und gleichberechtigte Stützen des ganzen Staatsbaues sind, nicht leicht in der Lage, sich ein zutreffendes Bild von der Stellung der englischen Landwirtschaft, die sie vor dem Kriege einnahm, zu machen. Im Parlament wurde über landwirtschaftliche Fragen nur dann gesprochen, wenn eine der beiden Parteien das Farmer-Votum zu irgendeinem politischen Zwecke brauchte, und in den Besprechungen der Finanz- und Handelswelt konnte man zwar oft von den Ernten Kanadas und Argentiniens, nie oder selten aber von dem Saatenstand und dem Ernteerträgnis in England hören. Der englische Ackerbau war ebensowohl für die gesetzgebende Versammlung als auch für die führenden Handelskreise des Landes eine zu vernachlässigende Größe, die nur bei besonderen Gelegenheiten, als Hilfsmittel zu Zwecken, die mit dem Ackerbau nichts zu tun hatten, aus der Versenkung, in der man sie hielt, emporstieg. Bezeichnend hierfür ist die Tatsache, daß der Präsident des „Board of Agrikulture", der unserem Ackerbauminister entspricht, im Ministerium nur die Rolle eines

Figuranten spielte und keinen Einfluß auf dessen Entschließungen hatte. In England hat es eben die Industrie und das kapitalistische Interesse stets verstanden, der Landwirtschaft und jedem ihrer Versuche zum Aufschwung Prügel in den Weg zu werfen; Vorurteil und Unwissenheit gegenüber landwirtschaftlichen Dingen konnten ungehemmt ihre Wege gehen, die zu der einseitigen Industrialisierung des Landes führten, und der Ruf einsichtigerer Männer verhallte ungehört bis heute, wo man alles Heil von einer schnellen landwirtschaftlichen Neuorganisation erwartet, die durch die drei Schlagworte: Schutzzoll, landwirtschaftliche Erziehung und Reform des Grundbesitzes umschrieben wird.

Zweifellos sind diese drei Forderungen unerläßlich, wenn man die lebensfähige Neugestaltung einer im Notfalle das Land erhaltenden Landwirtschaft erzielen will; aber wenn es sich bei der ersten Forderung doch nur um eine, wenn auch schwerwiegende, gesetzliche Maßnahme handelt, so sind für die beiden anderen Bedingungen zu erfüllen, die nicht im Handumdrehen zu verwirklichen sind. Da kommt vor allem der Kern der Frage, die Persönlichkeit des englischen Landwirts, der Besitzer des Grundes, vorwiegend aber des englischen „Farmers" in Betracht, der die eigentliche landwirtschaftliche Arbeit leistet. Der englische Farmer, der an sich ein nicht weniger kluger und schlauer Kopf ist wie unsere Bauern, ist nun im vollsten Sinne des Wortes ein Kind des Freihandels, ein Produkt der Politiker der Manchesterschule, die ihm seine, die Arbeit stark beeinflussenden Wesenszüge eingeprägt und ihn zu dem gemacht hat, was er heute, wenn auch nicht durchgängig, so doch zum großen Teile ist: zum Parasiten des Bodens, statt dessen Pfleger und Nutznießer zu sein. Die englische Farmerwirtschaft ist deshalb unter dem Einfluß der Manchesterlehre dem Lande zum Unheil geworden, weil sie keinen Dauergedanken, sondern nur den des unmittelbaren Nutzens und der in Schillingen und Pence nachzurechnenden Ersparnis in sich trägt, und dieser Mangel konnte weiter nur deshalb so schädlich wirken, wie er gewirkt hat, weil auch der Landbesitzer, der seinen Boden an den Farmer verpachtete, an diesem Boden nur insoweit Interesse nahm, als die Renten regelmäßig eingingen. Der Vermögensverwalter oder der Landagent wurde so zum beständigen Mittelsmann zwischen Grundbesitzer und Pächter, und keiner dieser drei hatte — von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen — den Trieb, fühlte die innere Veranlassung, den Boden als etwas anderes anzusehen als irgend eine Ware, aus der man möglichst schnellen und unmittelbaren Nutzen herausschlagen müsse. So ist es gekommen, daß der englische Landbesitzer im Verlaufe der Zeiten das richtige Verhältnis zum Grund und Boden verloren hat, daß die Liebe zur Scholle nur noch in verhältnismäßig wenigen Ausnahmen vorhanden ist. Man muß heute nach dem Nordwesten Englands gehen, um noch den alten, von der Tradition verherrlichten Squire anzutreffen, der in seinem alten Hofe, seine Gärten und Felder selbst bebauend, inmitten seiner Pächter sitzt und sein Auge über ihrer Arbeit hat. Die Regel

ist aber heute in England die, daß der Grundbesitzer zu wenig Kapital hat, um seinen Besitz selbst zu bewirtschaften und sich dieses Kapital auch nicht zu angemessenen Preisen zu verschaffen vermag oder daß er zu viel, beziehungsweise andere gewinnbringende Interessen hat, die seine geringe Arbeitskraft aufsaugen, so daß er keine Zeit hat, sich auch noch um seinen Grundbesitz zu kümmern, welche Sorge ihm dann der Vermögensverwalter, beziehungsweise der Landagent mit den für die Erhaltung des Bodens so nachteiligen Folgen abnimmt. Also auch hier wieder der Mangel eines richtigen Verhältnisses zum Grund und Boden, der Mangel einer inneren Qualität, bei dem man im Zweifel sein kann, ob ihm durch äußere Mittel so leicht abgeholfen werden kann. Eine eigentümliche, für diesen Stand der Dinge sehr charakteristische Tatsache wird sich jedem aufgedrängt haben, der Gelegenheit hatte, die Verhältnisse in der englischen Landwirtschaft genauer zu betrachten, die Tatsache nämlich, daß der Boden um so nachlässiger behandelt wurde, je niederer die Rente war, die der Farmer zu erlegen hatte, dessen Augenmerk eben immer nur auf den augenblicklichen Nettonutzen gerichtet ist und der sich um das nächste Jahr nicht kümmert. Dort, wo eine höhere Rente zu zahlen war, war der Besitzer des Bodens in der Regel selbst inmitten seiner Pächter und sah auf die Instandhaltung von Haus und Hof; dort waren die Farmhäuser in gutem Zustande und Reparaturen wurden zeitgerecht vorgenommen, der Boden wurde gedüngt. Das war aber die Ausnahme, die überall dort nicht zu finden war, wo der Landagent oder Vermögensverwalter der Vertreter des Grundbesitzers war. Hier konnte man in Hof und Wirtschaft die Spuren der Nachlässigkeit und des Verfalles bemerken, so daß manche Farmhäuser vor dem Kriege — und während des Krieges wird sich hierin kaum viel geändert haben — den Eindruck von Ruinen machten. Der Pächter war in der Regel von vornherein auf schnellen Wechsel gestellt, er gab sich gar nicht die Mühe, seinen Boden und dessen eigenartige Bedingungen recht kennen zu lernen und mit ihm vertraut zu werden. Der Boden wechselte eben so oft seinen Bebauer, wie der Bebauer seinen Grundherrn wechselte. So hat sich das englische Pachtsystem als ein äußerst verschwenderisches und unökonomisches erwiesen, von dem weder der Besitzer noch der Pächter einen Vorteil hatten und unter dem das Land am schwersten litt.

Um nun diesem Kardinalübel abzuhelfen, dessen Tragweite man erkennt, erhebt sich in vielen einsichtigen Kreisen des Landes die Forderung: Bebauung des eigenen Bodens und Abschaffung des Pachtsystems. Die Regierung hat aber, als sich diese Forderung zum ersten Male — es ist einige Monate her — laut geltend machte, deutlich abgewinkt, denn sie ist heute trotz der offenkundig zur Schau getragenen Demagogie Lloyd Georges allzu eng mit dem konservativen Interesse verknüpft, um sich diese Forderung selbst aneignen zu können. Deshalb wird für jetzt der Nachdruck auf den Schutzzoll und die nach neuen Gesichtspunkten zu erfolgende Bewirtschaftung des Bodens, auf eine Neuordnung der landwirtschaftlichen Erziehung gelegt, während die landwirtschaftlichen Besitz-

verhältnisse nicht mit einem Schlage, sondern langsam reformiert werden sollen. Da in England keine Landbanken bestehen, die den Pächtern, die Eigenbesitzer werden möchten, Geld vorstrecken könnten, sollen unter Aufsicht des Parlaments stehende „Land Improvements Societies" (Landverbesserungsgesellschaften) vom Staate gebildet werden, die für jede Verbesserung am Grunde oder an Baulichkeiten Kredite gewähren und den Pächter zum Teilhaber am Lande und mit der Zeit zum Besitzer machen. Darin liegt zweifellos ein guter Gedanke, indem dadurch eben das, was bisher fehlte, das richtige Verhältnis zum bebauten Boden, hergestellt wird, doch muß überdies in den englischen Farmer selber ein neuer Geist einziehen, der Geist der Zugehörigkeit, der Liebe und Lust am Boden, wie ihn unsere Bauern besitzen. Dieses Ziel soll nun durch eine planmäßige Erziehung der landwirtschaftlichen Bevölkerung erreicht werden, die für die Erwachsenen in Gestalt von zahlreichen, vom Staate zu errichtenden, über das ganze Land verstreuten Musterwirtschaften in die Wege geleitet werden soll, während für den landwirtschaftlichen Nachwuchs landwirtschaftliche Mittelschulen, die bisher in England fast gänzlich fehlten — die Farmerssöhne wurden meist in die Stadt, in die gewöhnlichen Schulpensionen geschickt und lernten das Land und den Ackerbau nur während der Ferien kennen — errichtet werden sollen. Diese landwirtschaftlichen Musterwirtschaften sollen so schnell als möglich und in großen Stile angelegt werden, um in ihnen die entlassenen Soldaten zu tüchtigen Farmern heranzuziehen, für welche später auf irgendwelche Weise — über das Wie ist man sich noch nicht ganz im klaren — englischer oder irischer Grund und Boden verfügbar gemacht werden muß. Durch die Einwirkung der Musterwirtschaften, die nach streng geschäftlichen Prinzipien, gewissermaßen als Demonstrationsfarmen, geführt werden sollen, hofft man bald eine allgemeine Steigerung und Qualitätsverbesserung der Produktion, also eine höhere Leistung der Farmen uud gleichzeitig eine Verbesserung der Bodenverhältnisse zu erzielen. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen soll eine gewisse wirtschaftliche Stabilität, die dem englischen Farmbetrieb bisher so sehr gemangelt hat, durch Gründung ländlich-städtischer Cooperations-Gesellschaften herbeigeführt werden, die den Ein- und Verkauf bezirksweise regeln und eine ständige Verbindung zwischen bestimmten Konsumenten- und Produzentenkreisen herstellen sollen, während die individualistische Produktionsweise selber dadurch nicht berührt wird. Auch dieser Gedanke enthält einen guten Kern, aber wer englische Verhältnisse kennt, wird die Empfindung haben, daß diese gute, unter den Druck des Krieges geborene Idee nur dann Aussicht hätte, auch im Frieden zur Durchführung zu gelangen, wenn staatliche Machtmittel zu diesem Zwecke angewendet werden, was nach dem Frieden kaum mehr der Fall sein wird, und wenn man durch hohen Zoll die Schranken des Landes gegen fremde Einfuhr schließt. Unter dem Zwang des Krieges aber könnte nur dann eine unmittelbare Wirkung aus dieser Zusammenarbeit von Konsument und Produzent erwachsen, wenn nicht nur keine Arbeitskraft

mehr aus der heutigen landwirtschaftlichen Bevölkerung für die Munitionsherstellung oder die Armee entnommen, sondern vielmehr die Anzahl der landwirtschaftlichen Arbeiter vermehrt wird; wir erfahren aber aus den jüngsten Meldungen, daß jetzt auch alles brauchbare Menschenmaterial aus der englischen Landwirtschaft herausgezogen werden soll.

Doch handelt es sich hier bei dieser bedeutsamen Angelegenheit weniger um die Gegenwart als um die Zukunft, und da tritt naturgemäß als wichtigstes Moment die Frage nach der zu errichtenden Zollschranke hervor. Gegen die Errichtung einer Zollschranke auf außerenglisches Getreide, sind nun aber nicht nur die Sozialisten, also fast die gesamte Arbeiterschaft Englands, sondern auch die Konservativen, die dadurch ihre teuersten Imperiums-Pläne gefährdet sehen und mit denen aus diesem Grunde der rechte Flügel der Liberalen Hand in Hand geht. Was den englischen Arbeiter betrifft, so ist dieser durch den Weizenbrotgenuß verwöhnt; er betrachtet jedes braune Brot gewissermaßen als einen zur Menschennahrung wenig geeigneten Stoff, als eine Art Abfall — in welcher Anschauung er ja bekanntlich mit seinem französischen Genossen übereinstimmt — und es sind deshalb hauptsächlich die Arbeiterkreise, aus denen die lautesten Stimmen nach einer wesentlichen Erhöhung der Weizenproduktion im Inlande ertönen. Diese soll aber nicht durch Zollschranken geschützt werden, weil das nach der allgemeinen Ansicht eine zu starke Verteuerung des Weizenbrotes herbeiführen würde, sondern durch ein Prämiensystem, im Zusammenhang mit strikten Weizenbebauungsvorschriften und Verteilung billigen Kraftdüngers seitens des Staates, der diesen in großen Massen zu beschaffen hätte und so für die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe fast zum ausschließlichen Dungmittellieferanten würde. Diesem Ruf gewisser Kreise nach überwiegendem Weizenbau ohne Errichtung einer Zollschranke steht aber eine mindestens ebenso laute, wenn nicht noch lautere Forderung gegenüber, welche die landwirtschaftliche Reform Englands nicht auf Weizenbau allein, sondern auf die intensive Anbauförderung aller Kornarten, ferner der Hülsenfrüchte und sonstigen Gemüsepflanzen und einen abgestuften (für die englischen Kolonien ermäßigten) Kornzoll begründen wollen. Diese Auffassung, die heute immer mehr Boden gewinnt, und der gegenüber der konservative Widerstand sichtlich geringer wird, betont, daß ein Prämiensystem bei den offenkundigen Mängeln des englischen Beamtentums gewaltige Schwierigkeiten schaffen würde, ohne den gewünschten Zweck zu erreichen; daß hingegen ein gestaffelter Zolltarif auf alle anderen Agrikulturgewächse zurückwirken und so England tatsächlich wieder zu einer für das Land im Notfalle zureichenden Ackerbauwirtschaft verhelfen würde. Bestände man aber auf der reinen Weizenproduktion, so würde man damit auf keinen Fall die Masse der Naturalien erzeugen können, die England brauche. Entsprechend den englischen Verhältnissen und der englischen Gemüsescheu — die ja so weit geht, daß man heute wenige Hausfrauen in England findet, die Gemüse richtig zuzubereiten verstehen, — verwahren sich diese Rufer im Streite nach den neuen Kornzöllen da-

gegen, daß sie den Wiesenbetrieb und damit die Viehhaltung Englands im geringsten beschränken wollen, sie machen grundsätzlich keinen Unterschied, ob das erzielte Korn von Menschen oder vom Vieh konsumiert wird und kommen auf diese Weise den traditionellen englischen Anschauungen über Ernährung entgegen. Heute bläht der Wind die Segel dieser Reformer, und die Saat, die sie heute streuen, wird sicherlich nach Beendigung des Krieges aufgehen. Welche Veränderungen sie in der Weltwirtschaft herbeiführen kann, das möge bei einer anderen Gelegenheit erörtert werden.

Im vorstehenden wurden nur die großen Richtlinien gezeigt, die sich in dem Streben nach einer landwirtschaftlichen Neugestaltung Englands bemerkbar machen; in den Einzelheiten aber blickt man bei Ausgestaltung des Durchführungsplanes auf Deutschland mit seiner straffen landwirtschaftlichen Organisation, mit seinem Landwirtschaftsamt, seinem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und vor allem — mit seinem Bauern- und selbstwirtschaftenden Grundbesitzerstand, den man uns so leicht nicht nachahmen kann.

Dakorumänische Großmachtspläne

Von Dr. Gustav Schober

Rumäniens Schöpfung als modernes Staatswesen ist König Karols Verdienst. Er wollte sein Land zu einer Vormacht an der unteren Donau machen. Dort auf der Grenzscheide von Mitteleuropa und Orient eine Großmacht zu schaffen, war der sein Leben beherrschende Gedanke, — ein Gedanke, der in der Weltgeschichte keineswegs neu ist. Zum ersten Male tritt er uns zur Zeit des römischen Kaisers Domitian in der Politik des Dakerkönigs Decebalus entgegen. Auch er beabsichtigte, auf der Grenzscheide von Kultur und Barbarei ein mächtiges Staatswesen zu schaffen. Römisch war damals die Kultur des südlichen Donauufers. Hier umfaßte die römische Provinz Mösien das heutige Serbien, Bulgarien, die Dobrudscha und die bessarabische Küste. Diesen Kulturstreifen hoffte sich Decebalus mit seinen Dakerscharen zu erwerben. Damit hätte sein Reich den Unterlauf der Donau beherrscht. Es wäre als Großmacht an der römischen Kulturgrenze konsolidiert gewesen. Die reichen Getreideerträge der walachischen Ebene wären das wirtschaftliche Zentrum und das nach dem Vorbild der ersten damaligen Militärmacht Europas vom König erschaffene und organisierte Heer das militärische Rückgrat der neuen Großmacht geworden.

Diese konnte von Decebalus auf ein Landgebiet gegründet werden, das im Norden weit über die Grenzen des Rumäniens, das König Karol geschaffen hatte, hinausragte. Denn es umfaßte das dakische Reich jene von der großrumänischen Politik erst nur erstrebten, aber noch nicht von der österreichisch-ungarischen Herrschaft „erlösten" Gebiete: Siebenbürgen, das Banat und Ungarn bis zur Theiß. Wo also sicherer Besitz als geschichtliche Tatsache zur Dakerzeit vorliegt, ist nur von wagen großrumänischen Hoffnungen König Karols zu sprechen. Er verfügte andererseits über einen Teil der Dobrudscha und besaß somit bereits ein Gebiet, das noch dem Decebalus als Eroberungsziel großdakischer Politik vorschwebte. Sie erscheint in ihrer Entwicklung als Vorläuferin der großrumänischen Eroberungspolitik und ihres Verlaufes. Freilich war König Karols Eroberungszug von 1913 wesentlich einfacher als des Decebalus dreijähriger Krieg mit dem römischen Kaiser Domitian. Karols Armee brauchte nur über das wehrlose, im Kampf mit Serbien und Griechenland befindliche Bulgarien herzufallen und ohne Kampf auf dem südlichen Donauufer bis in die Nähe der bulgarischen Hauptstadt vorzurücken. Nach diesem militärischen Spaziergang konnte Karol im Bukarester Frieden die rumänische Dobrudschagrenze auf Kosten Bulgariens vorschieben. Zar Ferdinand mußte sich infolge seiner damaligen militärischen und politischen Lage in diesen, ihm von der großrumänischen Eroberungspolitik aufgezwungenen schimpflichen Frieden fügen. Trotz nationaler Erbitterung hat Bulgarien auch mit dem vergrößerten Rumänien Frieden zu halten versucht. Militärisch viel schwieriger war des Decebalus großdakischer Eroberungskrieg am südlichen Donauufer. Denn hier standen kampferprobte römische Legionen, die nach der ersten überraschenden Dakerinvasion unter Fuskus Befehl offensiv vorgingen und schließlich in Tettius Julianus einen erstklassigen Feldherrn erhielten. Aber auch seine geniale Strategie konnte Domitians schimpflichen Friedensschluß mit Dakien nicht verhindern. Infolge neuer Thronwirren und Chattenkämpfe mußte der Kaiser trotz aller nationalrömischen Empörung in des Decebalus Friedensbedingungen willigen. Durch sie trat eine Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan zu Gunsten Dakiens ein, ähnlich der im August 1913 zu Gunsten Rumäniens verwirklichten Umgestaltung. Denn die jährlichen Tributzahlungen der Römer dienten zur Machtsteigerung Dakiens. Mit Hilfe der von Rom im Domitianschen Frieden gestellten römischen Handwerker, Ingenieure, Kriegsarchitekten und Offiziere wurde eine verstärkte Militärmacht nach römischem Vorbild an der unteren Donau erschaffen. Trotzdem hat Rom mit diesem vergrößerten Dakien Frieden zu halten versucht. Die geschichtliche Entwicklung aber ging über alle Friedenszustände hinweg. Decebalus konnte auf dem einmal betretenen Wege zu einem Großdakien nicht stehen bleiben, wo es seiner Politik beliebte. Die von ihr entfesselten Gegenkräfte verlangten gebieterisch eine für die damalige erste Militärmacht Europas günstigere Machtgestaltung an der unteren Donau. Eine solche konnte aber

eine großdakische Politik nicht annehmen, ohne den Plan eines Großdakiens überhaupt aufzugeben. Deshalb bedeutete die Beilegung der römischen Thronwirren nach Sicherung der Kaisermacht Trajans Krieg gegen Decebalus' Donaureich. Auf den neu ausgebauten Anmarschstraßen rückten die Römer an, um mit den militärisch wohlvorbereiteten Dakern um Sein oder Nichtsein eines Großdakerreiches zu kämpfen. Auch König Karol konnte durch den Bukarester Frieden nicht die endgültige Balkanvormachtstellung Rumäniens sichern. Im Innern des Landes ließ die Großmachtshoffnung Volk und Parlament nicht ruhen. Es gab für den König keinen Halt auf der Bahn der einmal eingeschlagenen Politik, und trauernden Herzens sah er alle Friedenserhaltung scheitern. Nur der Tod ersparte ihm die weitere Entwicklung der großrumänischen Politik zu schauen. Diese trieb dann auf dem einmal betretenen Pfade Karols unseligen Erben Ferdinand dazu, den Anspruch auf jene dakischen Gebirgsländer, die des Decebalus Besitz einst gewesen waren, und auch die dakischen Aspirationen am südlichen Donauufer wiederaufzunehmen. Das bedeutete aber wie zu Decebalus und Trajans Zeiten Krieg mit der ersten Militärmacht unserer Zeit, mit Mitteleuropa. Mit Händen zu greifen sind die Parallelen beider Donaukriege. Zwei Armeen Trajans gehen im ersten Dakerkrieg an der unteren Donau vor. Bei Turn Severin überschreitet die eine die Donaugrenze. Es gelingt in den Rücken der dakischen Position zu kommen und dadurch die Räumung zu erzwingen. Beide Armeen werden vereinigt und in den Gebirgspässen wird in erfolgreicher Schlacht gekämpft. Eine dakische Unternehmung über die Donau nach dem südlichen Ufer wird zum völligen Scheitern gebracht. Im zweiten Kriegsjahr marschiert Trajans Heer siegreich durch die Walachei und nimmt eine Dakerstadt nach der andern. Auf dem heißumstrittenen Roten Turmpaß dringen Römer vor; hier wird der Sieg errungen, und die nach römischem Vorbild von römischen Instrukteuren militärisch ausgebildeten Daker müssen trotz zähestem Widerstand das ganze Gebirgsland Siebenbürgens aufgeben. Schließlich muß Decebalus Frieden schließen, römischer Vasallenfürst werden, alle Waffen, das gesamte Kriegsmaterial, die Instruktionsoffiziere und Kriegsarchitekten ausliefern, die Festungen schleifen und das bisher besetzte Gebiet Rom überlassen. Damit war der Traum eines Großdakiens ausgeträumt. Ohne jede Sentimentalität mußte aber Rom die Möglichkeit einer zukünftigen Wiederholung einer großdakischen Gefahr verhindern. Mit sicherem staatsmännischem Blick erkannte der römische Kaiser, daß dies nur durch eine völlige Vernichtung Dakiens zu erreichen sei. Deshalb unternahm er nach dem zur Sicherung der Etappen notwendigen Bau einer festen Donaubrücke einen neuen Dakerkrieg, der erst mit dem Untergang Dakiens sein Ende fand. Notwendig führte so die Entwicklung des großdakischen Gedankens schließlich zu Dakiens Untergang. Auch ein Heldenkönig wie Decebalus konnte sich trotz Feldherrnkunst und zähester Tapferkeit seiner Truppen im Kampfe mit der ersten Militärmacht Europas nicht behaupten.

Er verlor Land, Thron und Leben. Bis zu diesem Schluß die Parallelen zwischen Großdakien und Großrumänien zu verfolgen, ermöglicht uns die Geschichte noch nicht. Aber die Ereignisse der letzten Zeit zeigen bereits, daß das heutige Rumänien ganz wie das Dakien des Decebalus infolge der unglücklichen Großmachtspolitik auf die Verteidigung der letzten noch nicht besetzten Reichsteile beschränkt wird. Vergeblich sind alle Versuche, den siegreichen Vormarsch der Deutschen, Bulgaren und Österreicher aufzuhalten. Und so verblassen von Tag zu Tage immer mehr alle bunten großrumänischen Träume von einem mächtigen Donaustaat. Nur noch um die Behauptung des Staatswesens im Gegensatz zu der ersten Militärmacht Europas geht der Endkampf. Noch jetzt wollen die Führer der großrumänischen Politik nichts von Frieden wissen und halten ihr Kriegsziel für realisierbar, unbeirrt durch den bisherigen Mißerfolg der eigenen Waffen, unbelehrt von allen Ereignissen der dakorumänischen Geschichte. Denn eben das rumänische Kriegsziel beleuchtete auch den dakischen Endkampf mit seinem trügerischen Lichte. Einen Staatsmann wie Decebalus vermochte es aber nicht zu blenden. Er war sich darüber klar, daß der Großmannstraum ausgeträumt und eine Behauptung Dakiens im Kriege mit der ersten Militärmacht seiner Zeit unmöglich war. Deshalb suchte er den Frieden um jeden Preis, suchte ihn, um Dakien im Frieden mit Rom zu behaupten. Doch Rom wählte den Krieg, und die kampferprobten Legionen nahmen die Neugestaltung an der Donau vor, die Roms Interessen entsprach. Dakien verlor seine Selbständigkeit. Auf diesen Markstein dakischer Geschichte scheint die heutige rumänische Geschichte trotz aller Zeitunterschiede wieder zuzustreben. Rumäniens König wollte nicht den von den Mittelmächten angebotenen Frieden. Deshalb mußte Mitteleuropa in den Kampf eintreten, der erst mit der Neugestaltung der Besitzverhältnisse an Donau und Balkan enden wird, die den Interessen der Verbündeten entspricht. Damit findet der Entwicklungskreis des dakorumänischen Großmachtsgedankens seinen Abschluß.

Ein Wörtlein fürs Gold

Von Dr. Karl Jentsch

Der Abhandlung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Dalberg: „Los vom Golde!“ im fünften Hefte der „Grenzboten“ erlaube ich mir fünf Gloſſen anzuhängen.

1. Die Funktion des Goldes als Wertmeſſer erwähnt der Herr Verfaſſer, ohne darauf einzugehen. Ihre Unentbehrlichkeit hat Knies (den ich S. 147 meiner Volkswirtſchaftslehre, dritte Auflage, anführe), ſo klar gemacht, daß keinen, der ihn geleſen hat, noch ein Zweifel anwandeln kann.

2. Das Geld hat die Menſchheit vom Naturaltauſch erlöſt, auf dem als Grundlage weder höhere Ziviliſation entſtehen noch ein Großſtaat gebaut werden konnte. Man denke ſich einen Schuſter, der mit Stiefeln Brot, Fleiſch und Gemüſe einkaufen geht, einen Bäcker mit einem Wagen voll Broten und Kuchen vor dem Möbelmagazin, wo er für ſeine Tochter die Ausſtattung anſchaffen will, einen Schneider, der am Bahnhofſchalter die Fahrkarte mit einer Hoſe löſen will. Nach Einführung des Geldes nimmt jedermann für ſeine Ware ein Gut, das nicht Gebrauchsgut für ihn iſt, wofür er aber jederzeit jedes Gut, das er braucht, bekommt, weil jeder Verkäufer von Waren und Dienſten dieſes Gut, das Tauſchmittel, ebenſo gern nimmt, wie er ſelbſt. Es gibt nur ein ſolches Gut, das Edelmetall, und zwar nach der Entwertung des Silbers das Gold. Dieſes allein eignet ſich zum Tauſchmittel, weil es einen hohen Wert in ſich ſelbſt beſitzt, den ihm nicht, wie ſeine Gegner behaupten, der Staat verleiht (dieſer verbürgt nur durch die Prägung Feingehalt und Gewicht), ſondern ſeine Natur, die Geſamtheit ſeiner Eigenſchaften: ſeine Schönheit, Reinlichkeit, Nichtoxydierbarkeit, leichte Verarbeitbarkeit, Unzerſtörbarkeit. Jeder nimmt es, wie geſagt, gern, weil ihm ſeine Vorzüge einen hohen Gebrauchswert für beſtimmte Zwecke verleihen, ſo daß man es jederzeit beim Juwelier, beim Mechanikus und Optikus, beim Zahnarzt und bei Vertretern noch mancher anderer Gewerbe anbringen kann. Das Wertverhältnis aller anderen Gebrauchsgüter zu ihm regelt ſich von ſelbſt im freien Verkehr, und weil ſein Wert ſo hoch iſt, daß man den Preis eines Ochſen in Gold in der Weſtentaſche tragen kann, iſt es das denkbar bequemſte Tauſchmittel. Da es eben nur deswegen ſich zum Tauſchmittel eignet, weil es einen hohen Wert hat und jedermann in aller Welt es gern nimmt, iſt es Geld; Geld und Gold ſind identiſch, und mit der Abſchaffung des Goldes würde das Wort Geld ſeinen Sinn verlieren. Daß das Einkommen nicht in Geld beſteht,

sondern in Gebrauchsgütern, daß das Geld nur das Rad ist, das die Güter umtreibt und einem jeden seine Gebrauchsgüter zuführt, wissen wir von Adam Smith; ebenso, daß für den Alltagsgebrauch ein Rad aus wohlfeilerem Stoffe hergestellt werden kann, welches das eigentliche Rad vertritt, aber eben nur als Vertreter Geltung hat. Die Papierzettel sind an sich wertlos und erhalten Wert nur durch das Versprechen der Regierung, dem Inhaber, wenn er es verlangt, den darauf angegebenen Betrag in Gold auszuzahlen. Im Inlande kann das Papierrad jahrzehntelang seinen Dienst verrichten, ohne daß eine Störung eintritt; aber wenn der Staatskredit wankt, will ein jeder statt des Zettels wirkliches Geld, daß heißt Gold haben, jenes Gut, mit dem man alle anderen Güter eintauschen kann. Der Staatskredit aber wankt, wenn man argwöhnt, der Staat habe nicht Gold genug, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen. Mag sein, daß er in Wirklichkeit reich ist; daß sein Besitz an Domänen, Bergwerken, Eisenbahnen seine Schulden weit übersteigt, aber Verbindlichkeiten kann er damit so wenig lösen, wie ein in Zahlungsschwierigkeiten geratener Kaufmann mit seinem vielleicht sehr wertvollen Hausgrundstück, es gehört flüssiges Geld, also Gold dazu. Das kann er sich nun vielleicht durch eine Steuererhöhung verschaffen, aber wenn entweder die Steuerkraft seiner Bürger erschöpft ist, oder seine schwache Regierung die revolutionierte Bevölkerung zum Steuerzahlen nicht zwingen kann, dann ist er bankrott. Seine Zettel sind Papierfetzchen, kein Geld mehr. Ob die Drittelbedeckung das Richtige ist, darüber läßt sich streiten, aber ganz ungedecktes Papier ist kein Geld mehr. Im Frieden würde beim gegenwärtigen Deckungsstande in jedem der Großstaaten Europas die Staatsbank gestürmt und der Bankrott erklärt werden. Der run unterbleibt nur deswegen, weil der Bürger weiß: es handelt sich um Sein oder Nichtsein für den Staat und für mich, ich darf nichts tun, was geeignet wäre, den Kredit meines Staates zu erschüttern, obwohl er, die Sache kaufmännisch angesehen, gar keinen mehr hat. Der deutsche Reichsbürger geht sogar in seinem Patriotismus so weit, daß er, anstatt seine Zettel zur Einlösung zu präsentieren, all sein gemünztes und ungemünztes Gold vollends der Reichsbank übergibt. Auch das ist richtig, daß selbst vier Milliarden, wenn unsere Reichsbank sie aufbrächte, eine lächerlich schmale Basis für die Reichsschuldenlast sein würde; ein paar Zinstermine würden sie verschlingen. Aber die Finanzlage aller am Kriege beteiligten Staaten — man kann nicht ohne Grauen an sie denken — wird nach dem Friedensschlusse so abnorm sein, daß sich aus ihr keine Folgerungen für die normale Währungspolitik ziehen lassen.

3. Im Verkehr mit dem Auslande ist Gold niemals zu entbehren, weil die nicht mit Waren auszugleichenden Saldi mit Gold beglichen werden müssen. Daß beim Sinken des Papiergeld- und Wechselkurses der Staat, der nicht mit Gold zahlen kann, alle Auslandswaren mit hohem Aufschlag bezahlen muß, sagt Dalberg selbst, und wenn er fordert, das Reich solle seinen Goldschatz zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen im Auslande verwenden (so viel ich weiß, ge-

schieht das ja), so ist das ein so glänzender Beweis für die Unentbehrlichkeit des Goldes und eine so schlagende Widerlegung seiner Theorie, daß ich mir meine Glossen eigentlich ersparen könnte.

4. Der lediglich negierenden Theorie fehlt die positive Ergänzung; soll an Stelle der Goldwährung die Silberwährung treten oder eine in der Luft schwebende Papierwährung? Wenn im Auslande unsere Zettel nicht mehr oder nur mit hohem Disagio genommen werden, dann sinkt im Frieden auch daheim ihr Wert. Und werden sie ganz entwertet, womit will der Staat ihren Wert wieder heben? Will er vielleicht dadurch ihren inneren Wert, ihre Leistungsfähigkeit als Tauschmittel beweisen, daß er selbst Gebrauchsgüter dafür gibt? Er müßte dann die Steuern in natura einziehen und ungeheure Magazine voll Getreide, Mehl, Kartoffeln Eisen, Kohlen, Kleiderstoffen anlegen, um jedem, der seine Banknoten oder Kassenanweisungen in Gebrauchsgüter umsetzen wollte, das Gewünschte geben zu können, und wir wären dann glücklich wieder von der Stufe der Geld- und Kreditwirtschaft auf die der Naturalwirtschaft zurückgesunken.

5. Normale Zustände werde ich ja nicht mehr erleben, aber ich würde die folgende Generation bedauern, wenn es ihr nicht vergönnt wäre, vom Papier zum Goldumlauf zurückzukehren. Schon aus ästhetischen Rücksichten muß den häßlichen zerknüllten und zerfetzten Papierlumpen jedermann die schönen Goldstücke vorziehen, deren wir uns zu erfreuen hatten. Es ist aber auch kein bloßes Vorurteil eines überästhetischen Geschmacks, wie die Gegner meinen, wenn das deutsche Publikum (das österreichische denkt und empfindet aus alter schlechter Gewohnheit ja anders) das Gold dem Papier vorzieht. Im Golde hat man nun einmal einen sicheren unzerstörbaren Besitz. Das Papierzettelchen kann verbrennen, von spielenden Kindern zerrissen werden, es zerfällt, wenn's abgenützt ist, und fällt's dem Bauer in die Krippe, so frißt's die Kuh. Das Goldstück kehrt selbst aus dem Magen des Tieres unversehrt, aus dem Feuer als Goldklümpchen zu seinem Eigentümer zurück. Und es verleiht dem Verkehr das Gepräge der Solidität. Den Florentinern verschaffte im Mittelalter ihr schöner Goldfloren Respekt bei den Potentaten Nordafrikas und des Orients; die englische Guinea war eine der Mächte, die den Engländern zu Ansehen auf dem Kontinent verhalfen, und wenn man in der Zeit der italienischen Finanzkrisis, in den siebziger Jahren, in Italien mit einer Marca di Germania, wie sie das Zwanzigmarkstück nannten, bezahlte, strahlten alle Gesichter des Hotelpersonals. Das im kaufmännischen Verkehr Scheck und Giroverrechnung die Goldzahlung verdrängen, ist in der Ordnung, und auch der Nichtkaufmann mag für größere Zahlungen diesen Modus wählen; aber für den Kleinverkehr soll das Hartgeld: Gold und silberne Scheidemünze, zurückkehren, und das Papier nur als Ersatz dienen in den Fällen wo es — bei hohen Summen und zum Fortschicken in Briefen z. B. — bequemer ist.

Neue Bücher

Die verdienstvolle Sammlung der „Märchen der Weltliteratur", die Friedrich von der Leyen und Paul Zaunert im Verlage von Eugen Diederichs in Jena herausgeben, ist neuerdings um zwei Bände von ganz eigenem Reiz und von besonders hohem, wissenschaftlichem Werte erweitert worden. Unter dem Titel „Südseemärchen" sammelt Paul Hambruch eine große Anzahl von Erzählungen recht verschiedener Art, die er teils selber gesammelt, teils älteren Werken und Beschreibungen der australischen und melanesischen, mikronesischen und polynesischen Eingeborenen entnommen hat; wir finden sogenannte ätiologische Sagen, d. h. phantastische Antworten auf allerlei Fragen aus dem Reiche der Natur (z. B. „Woher der Frost kommt" oder „Warum der Kasuar keine Flügel hat"), Geistergeschichten und eine große Anzahl von kleinen Novellen, alles treu übersetzt bis auf einige Natürlichkeiten im Ausdruck, die gemildert wurden. Eine liebevoll eingehende Einleitung, Anmerkungen und zahlreiche, zum Teil vortreffliche Abbildungen geben dem Leser eine reichliche Erläuterung, deren er hier vielleicht mehr bedarf, als bei irgend einem andern Bande der Sammlung. Denn so viel die „Märchen" der Südsee nach ihrem Aufbau, ihrem Stil und bisweilen nach einzelnen Motiven mit unsern gemein zu haben scheinen, im Grunde bilden sie doch eine Welt für sich.

Ganz anders die „Neugriechischen Märchen", die uns einer unserer hervorragendsten Sprach- und Volksforscher, Professor Paul Kretschmer in Wien als hochwillkommene Gabe auf den Weihnachtstisch legte, und die ebenfalls zum guten Teil auf eigenen Sammlungen beruhen. Die Übersetzungen folgen nicht bloß dem Gang der Handlung, sondern den leisen Schwankungen des Stils, der Neigung der Erzähler zum Formelhaften und den feinsten Abschattungen der Stimmung mit philologischer Genauigkeit und mit künstlerischem Zartgefühl, ohne falsche Scham und ohne die geringste Effekthascherei. Diese Märchen stehen im engsten Zusammenhang mit dem Erzählungsschatze der vorderasiatischen und der europäischen Völker, und der Herausgeber weist mit der ihm eigenen Belesenheit Nummer für Nummer auf die wichtigsten, bekannten Typen hin; er gibt auch dem vergleichenden Forscher die nötigen Hinweise auf die einschlägige Literatur, vor allem auf die unerschöpfliche Neubearbeitung der Anmerkungen zu den Grimmschen Märchen von Bolte und Polivka. (Leipzig, Dieterich-Weicher). Dabei werden einzelne Ausdrücke und Wendungen erklärt, die Gewährsleute genannt und, was in älteren Sammlungen meist versäumt wurde, die im Volk lebenden Titel der einzelnen Geschichten aufgeführt. Kulturgeschichtlich fesselnd ist die Einleitung, die sich vor

allem mit den übermenschlichen Personen der griechischen Märchen befaßt; gibt doch ihre besondere Auffassung und Gestaltung den von Volk zu Volk wandernden Erzählungen jeweils ihre ganz eigene, nationale Färbung. Bezeichnend für die neugriechischen Märchen sind vor allem die „Drachen", die man sich aber nicht in Schlangengestalt denkt, die vielmehr als menschliche Gegner, als Mädchenräuber, ja als Freier auftreten, ins Kaffeehaus gehen und ihre festen Wohnungen haben, kurz, sich vom Menschen nur durch ihre geheimnisvollen Kräfte, auch durch ihre Bösartigkeit unterscheiden: in ihnen scheinen nach Kretschmer die schlangenfüßigen Giganten der alten Sage fortzuleben. Durch die Vermittlung der Türken haben die Griechen ferner die Gestalt des schwarzen Unholds von den Arabern übernommen, wie ihm denn auch der Name Arapis geblieben ist. Mit den Arabern teilen sie weiter das Mißtrauen gegen die „Dünnbärtigen" oder die Bartlosen, die als schlau und hinterlistig gelten. Eben daher aber stammt die wunderbare Gestalt der „Schönen der Welt", der Prinzessin „Tausendschön", wie Kretschmer übersetzt.

Beide Sammlungen bieten uns reiches, zum großen Teil ganz neues und vor allem gewissenhaft zubereitetes und erläutertes Material und zeugen von der wachsenden Gediegenheit und Wissenschaftlichkeit des ganzen Unternehmens.

Professor Dr. R. Petsch

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 8510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum II. Quartal 1917 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 6 M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW 11.

Die Kriſis der ruſſiſchen Innenpolitik

Für die ruſſiſche Regierung handelte es ſich ſeit dem Moment, wo Miljukow die aufreizenden Reden in der Duma gehalten hatte, darum, ſich klar darüber zu werden, ob die Stimmung des Landes dahinter ſtand oder nicht. Je nachdem, zu welchem Ergebnis ſie kam, mußte ſie, wenn ſie die Ereigniſſe nicht treiben laſſen, ſondern ſelbſt treiben wollte, entweder Konzeſſionen an den Dumablock machen oder dieſem mit feſter Hand entgegentreten. Die Ereigniſſe haben gezeigt, daß die ruſſiſche Regierung den letzteren Weg gewählt hat; ſie haben uns auch gezeigt, daß ſie ihn wählen konnte, ohne ſelbſt eine weſentliche Gefahr zu laufen. In der Tat waren die Elemente, die der progreſſive Block in der Duma in ſich vereinigte, recht bunt. Vom Grafen Bobrinſky bis zu den Progreſſiſten klafft ein ſo ſtarker Abgrund, daß es äußerlicher und zum Teil nichtsſagender Etiketten bedurfte, um dieſe verſchiedenen Richtungen zum gemeinſamen Ziel zu vereinigen. Das aber natürlich bedingt auch eine gewiſſe innere Schwäche des Blockes, und dieſe innere Schwäche hatte die Regierung in dem Augenblick erkannt, als Krupensky, der Führer des Zentrums, ſeinerzeit beim erſten Auftreten der Duma gegen Stürmer mit Protopopow über die von der Duma abzugebenden Deklarationen verhandelte.

Die Taktik des Dumablockes in ihrem Kampfe gegen die Regierung war in geſchickter Anpaſſung an die innere Struktur des Blockes von den Blockführern weniger auf das Sachliche als auf Perſönliches abgeſtellt worden. Man ſprach nicht vom innerpolitiſchen Syſtem Stürmers und Protopopows, man ſprach von ihrem „verräteriſchen“ Handeln. Dieſelben Methoden hat dann ſpäter Puriſchkewitſch in ſeiner Rede gegen die „dunklen Kräfte“ angewandt. Das waren demagogiſche Methoden, die auf das Land im Augenblick Eindruck machten, die aber ſchließlich doch keinen nachhaltigen Effekt hatten, ihn auch nicht haben konnten, weil die Anſchuldigungen einmal nicht beweisbar waren,

ferner aber weil das breite Land offenbar mehr an seine täglichen Brot- und Nahrungssorgen dachte, als seine ganze Spannung für den persönlichen Kampf Miljukow-Stürmer hinzugeben.

Trotzdem war die Aufregung im Lande natürlich groß, denn es waren Worte von der Dumatribüne gefallen, die man dort früher nicht gehört hatte. Protopopow war es trotz aller Zensurverfügungen nicht gelungen, die Kenntnis der Reden dem Lande zu verheimlichen. Für Stürmer war es unmöglich, zu bleiben. Er hatte die falsche Taktik gewählt, die Duma zu boykottieren, und er hatte sich dabei selbst seiner besten Waffen beraubt.

Trepow schlug einen anderen Weg ein. Schon die ersten Schritte, die er ergriff, zeigten dies. Er versuchte, in der Dumakommission zu sprechen. Es gelang ihm, die Obstruktion der Sozialdemokraten, der Arbeitsgruppen und der Progressisten, die die Absetzung des ministeriellen Berichts von der Tagesordnung verlangten, zu brechen. Er besuchte Rodsjanko. Man sagt, daß er ein Memoire an den Zaren gerichtet hat, in dem die Rede davon war, daß sich „die scharfen Deklarationen des Blockes nicht gegen die Regierung überhaupt, sondern gegen einige ihrer Vertreter ausschließlich richteten". Das erste Auftreten Trepows in der Duma war sicherlich von dem Wunsche getragen, eine Zusammenarbeit zu versuchen, die Duma vielleicht auch durch die Ablenkung auf die äußeren Kriegsziele (Konstantinopel, Polen) von den inneren Fragen abzulenken und ihr ein glänzendes Ziel zu zeigen. Beides mißlang. Für glänzende Ziele war das Volk nicht mehr zu haben, man war müde, und die Ereignisse des Tages straften die Trepowschen Zukunftsbilder allzusehr Lügen. Graf Olsufiew erklärte im Reichsrat wörtlich: „In dieser Kriegszeit wird das Bewußtsein immer stärker, daß nicht die Worte wichtig sind, sondern die Taten, daß besser der Sperling in der Hand ist als die Taube auf dem Dache. Für mich sind die beiden Nachrichten, die ich gleichzeitig erhalten habe, nämlich die Räumung Bukarests durch unsere Truppen und die diplomatische Einnahme Konstantinopels, in ihrem Eindruck recht ungleichwertig".

Was die Zusammenarbeit mit der Duma anbelangt, so hatte man dieselbe Melodie nur allzuoft vorher gehört. Im Grunde genommen war das dasselbe, was Stürmer und die anderen auch gesagt hatten. Die späteren Ereignisse straften denn auch Trepow Lügen. Das Vorgehen der Regierung (oder gab es keine einheitliche Regierung mehr in Rußland?) gegen die Moskauer Verbände ist bekannt. Sie unterstützte die ablehnende Haltung, die der Block gegen die Bestrebungen Trepows auf ein Zusammenarbeiten einnahm. Der Wunsch Protopopows, der an den Dumapräsidenten selbst gerichtet wurde und die Bitte aussprach, eine Interpellation über die Moskauer Ereignisse nur bei geschlossenen Türen stattfinden zu lassen, wurde umgangen. Man behandelte eine andere Frage und besprach dabei die Moskauer Ereignisse. Es kam zu der bekannten Erklärung Miljukows „von der Atmosphäre, die von Elektrizität geladen ist, von dem Herannahen des Gewitters, dessen erster Schlag in jedem Augenblick ertönen

könne". Das war eine offene Herausforderung. Auf sie folgte die Heimsendung der Duma einen Tag früher, als sie eigentlich in die Ferien hätte gehen sollen. Die Ereignisse überstürzten sich, denn an demselben Tage wurde Rasputin ermordet, den man offen als Seele jener dunklen Elemente bekämpft hatte, die in ihrer willkürlichen Politik angeblich die wahre Leitung des Landes in den Händen hatten.

Diese Zeitfolge sah genau so aus, als ob der politische Mord nur die logische Folge jener Drohungen des Kadettenführers war, der im engen Bündnis mit dem britischen Botschafter am russischen Hofe stand. Jetzt mußte es zur Entladung kommen, aber die Entladung erfolgte nach einer anderen Seite, als sie Herr Miljukow sich hatte träumen lassen.

Makarows Abgang war das Vorspiel. Ob er wegen seiner Anschauungen über den Prozeß gegen die Mörder Rasputins oder wegen der Sache Manassewitsch-Manuilow abging, ist im Grunde genommen gleichgültig. Wir wissen es nicht. Jedenfalls ist er gegen den Willen von Trepow abgegangen, ebenso wie Protopopow gegen den Willen von Trepow definitiv zum Minister des Innern ernannt wurde. Trepow, der wohl gehofft hatte, den dem Block sehr unbequemen Protopopow beseitigen zu können, faßte dies als Befehl zum Abgang.

Es kam das Ministerium Golitzin. Seine Ernennung bedeutete für die Leute vom Block eine außerordentliche Überraschung. Man sah aus ihr, daß die Sphären ihre Festigkeit wiedergewonnen hatten, und daß der Weg nicht dahin ging, wohin man ihn gern haben wollte. Man hatte zu früh über den Erfolg gejubelt, jetzt sah man, daß Erfolge eigentlich nicht da waren. Man hatte Stürmer weggedrängt, dafür hatte man den denselben Kreisen angehörigen Trepow erhalten. Man hatte sich Trepow gegenüber unfreundlich gestellt, und sein Nachfolger wurde der Fürst Golitzin, von dem man alles in allem höchstens ein rechts gefärbtes Geschäftsministerium, wenn nicht offenen Kampf erwarten konnte. Die Ereignisse, die kamen, zeigten, daß die Regierung eine Haltung einnahm, die am besten der zu vergleichen ist, die der bekannte frühere Innenminister Chwostow seinerzeit zur Anwendung brachte. Man erklärte den Vertretern der Presse, daß man gern mit der Duma in jeder Beziehung zusammenarbeiten wolle, und daß man die gesellschaftlichen Strömungen berücksichtigen werde. Man handelte aber, wenn man es für richtig fand, so, als ob die Duma und die sogenannte Gesellschaft nicht vorhanden wären. Die Ereignisse selbst, die dem Sturze von Trepow folgten, sind bekannt. Zunächst fallen in die Augen die Verbannungen einiger hervorragender, bis in die höchsten Kreise reichender Personen auf ihre Landgüter und nach Nordpersien; darunter befanden sich der Großfürst Nikolai Michailowitsch, der Fürst Jussupow, der mit dem Morde Rasputins in Verbindung stand, und wahrscheinlich noch ein anderer Großfürst, dessen Name in der Presse nicht genannt wird, zu dessen persönlicher Verfügung aber der Generaladjutant Kutaissow in einem Extrazug sich nach Nordpersien begab.

Der Reichsrat erfuhr eine gründliche Umgestaltung. Präsident und Vizepräsident wurden entfernt, Schtscheglowitow und Deitrich, deren politische Richtung der des Blockes diametral entgegengesetzt ist, traten an seine Spitze. Es wurde ein Pairsschub gemacht dadurch, daß achtzehn Mitglieder des Reichsrats neu ernannt wurden, während eine Reihe von anderen aus der Präsenzliste gestrichen wurden. Das Resultat war die Herstellung einer Stimmenmehrheit von zwölf Personen für die rechten Fraktionen im Reichsrate. Eine Menge von Unterstaatssekretären, Kanzleichefs in den einzelnen Ministerien, von Gouverneuren und Vizegouverneuren nahmen ihren Abschied oder wurden beseitigt; außer Makarow ging noch Ignatiew, der bei der „Gesellschaft" sehr populäre Unterrichtsminister, der sich trotz aller Angriffe zwei Jahre hatte halten können. Er sowohl wie Makarow wurden durch bisher nicht bekannte rechtsstehende Bureaukraten ersetzt. Schuwajew, der seinerzeit Miljukow offen die Hand gedrückt hatte, verschwand ebenfalls im Abgrund. Während man die weiteren Maßnahmen des Kabinettes bespricht, erörtert man zu gleicher Zeit den Abgang der übrigen Minister, vor allen den von Bark, Prokowski, Schachowskoi, die sich zum Teil haben Urlaub geben lassen.

Alles fließt, nur eine Figur in der Erscheinungen Flucht bleibt unbeirrt und fest stehen, das ist der bei der Blockmajorität so verhaßte Protopopow, der doch selbst aus dem Block hervorgegangen ist. Die Zeitungen sind voll von seinen Plänen. Er will das alte Rezept wieder aufnehmen: starke Hand, aber väterliches Wohlwollen, mit Gewissensfreiheit, Freiheit für die Juden u. a. Diese „Idylle" veranlaßt die Liberalen zu bitterem Spott und zur Ironie, ihre Kraft aber scheint gebrochen. Golitzin empfängt einen Vertreter der „Nowoje Wremja". Er verweist vor allem darauf, daß das Reskript des Zaren an ihn die Richtschnur seines Handelns sein werde. In diesem Reskript befindet sich der Passus: „Ich halte es für die Pflicht aller Personen im Staatsdienst, den gesetzgebenden Körperschaften mit Wohlwollen, Gradheit und Würde entgegenzutreten." In ihm wird ferner die Hoffnung ausgesprochen, daß der Ministerrat unter dem Vorsitz Golitzins die Unterstützung des Reichsrats und der Duma finden werde, die in dem einmütigen und brennenden Wunsche geeint seien, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen. Im übrigen ist aber in dem ganzen Reskript vor irgendeiner Aussicht auf Erfüllung auch nur des kleinsten politischen Wunsches der Blockmajorität mit keiner Silbe die Rede. Die Lebensmittelversorgung, die Beseitigung der Verpflegungsschwierigkeiten hinter der Front, die Beseitigung der Schwierigkeiten auf Eisenbahnen und Wasserläufen, das sind die Aufgaben, die dem Fürsten Golitzin zusammen mit den gesetzgebenden Kammern vorbehalten bleiben sollen. Darauf verweist der Fürst auch den Zeitungsvertreter: „Jetzt, wo alle unsere Gedanken auf die Erreichung eines Sieges über den äußeren Feind gerichtet sind, darf man natürlich nicht von der Verwirklichung irgendwelcher tiefgehenden Reformen auf dem Gebiete der inneren Politik reden." Golitzin geht bald noch einen Schritt weiter, er vertagt die Duma um einen weiteren Monat und begründet das genau so wie

seine Vorgänger vor ihm mit der Notwendigkeit der Einarbeitung des neuen Kabinetts. Niemand im Lande glaubt an die Aufrichtigkeit dieser Erklärung, aber niemand glaubt auch mehr daran, daß die demokratischen Blockelemente sich auf die wirkliche Majorität des arbeitenden politischen Rußlands stützen. Das wahre Rußland hat nichts zu tun mit jenen allen Sensationen nachlaufenden Leuten, die die Versammlungen füllen, und die heute dem einen und morgen dem andern Hurra schreien. Es scheint, als ob das Gefühl der Notwendigkeit des Sorgens für den kommenden Tag, die Kriegs- und Ernährungsschwierigkeiten alles andere übertönt haben.

So war die Situation bis vor ungefähr vierzehn Tagen, als der Kongreß der Alliierten in Petersburg begann, als die französischen und englischen Zeitungsstimmen auf die Gefahr der Lage hinwiesen. Die west-schweizerische Presse, die offenbar von Paris inspiriert wurde, sprach sich am deutlichsten aus. Die Alliierten könnten und dürften nicht mitansehen, daß die inneren Zustände in Rußland so weiter gingen, wie sie jetzt gehen. Man müsse die Duma gegen die Regierung, d. h. gegen den Zaren, ausspielen und dafür sorgen, daß ein Ministerium Miljukow ans Ruder komme. Die englische Presse sagte offen, daß das dynastische Prinzip, das in Rußland, Japan und Deutschland vertreten sei, ein Hindernis für die westlichen demokratischen Tendenzen darstelle. Man müsse dafür sorgen, daß der Zar von den Einflüssen entfernt werde, die ihm das Zusammenarbeiten mit der Duma (d. h. mit dem dem englischen Botschafter gut ergebenen Herrn Miljukow) unmöglich machen. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Herren Doumergue und Lord Milner in Petersburg versucht haben, sich in die innere Politik des Zarenreiches einzumischen. Man zögerte, die finanziellen Wünsche Rußlands, dessen Währung auf dem Londoner Markt immer tiefer und tiefer sank, zu erfüllen, und man scheute sich nicht, gleichzeitig gewisse Möglichkeiten anzudeuten, die eintreten könnten, wenn man in den maßgebenden Kreisen kein Verständnis für die Notwendigkeit der Umgestaltung der russischen inneren Politik zeigen würde.

Vor allen Dingen ist höchst bemerkenswert, daß man in Paris schon offen davon sprach, daß man sich um die Verwirklichung der Kriegsziele Rußlands nicht mehr kümmern, sondern Rußland seinem Schicksal überlassen werde. Eine gewisse russische Presse hat sich soweit in ihrer Würde vergessen, daß sie angstbebend die Franzosen darauf aufmerksam machte, daß auch Frankreich ein gewisses Interesse daran habe, die russischen Grenzen nicht zu weit nach dem Osten zurückgeschoben zu sehen.

Was die Herren Doumergue und Genossen in Petersburg ausgerichtet haben, ist nicht bekannt. Jedenfalls werden die leitenden russischen Kreise wiederum gesehen haben, daß Stürmer nicht so unrecht hatte, als er dem Abgeordneten Purischkewitsch gegenüber von den allzu großen Prätentionen der Verbündeten Rußlands sprach. Ein absolut nicht zur Stürmerschen Gruppe gehöriger Schriftsteller, A. Petrischtschew, hat in der letzten Nummer der

„Rußkija Sapiski“ offen gesagt, daß man Stürmer doch nur dankbar sein könne, wenn er die russischen Interessen auch gegenüber seinen Verbündeten vertreten habe. Es sei bedauerlich, daß gewisse Leute keinerlei Verständnis für diesen Standpunkt hätten.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Deutschlands mit den Vereinigten Staaten wird vorübergehend allen Kriegshetzern in Rußland, namentlich den Führern der Kadetten, wieder Oberwasser geben. Von einer Begeisterung aber für die Erfüllung jener uferlosen Pläne, die Trepow und Pokrowski in ihren Reden zum Ausdruck brachten, wird in dem entnüchterten Rußland niemand mehr Interesse haben. Die „Rußkaja Wolja“, das bekannte, von Industriekreisen ins Leben gerufene neue Organ, hat denn auch jetzt schon vor übertriebenen Kriegszielen in Rußland gewarnt und solche Pläne uferlos und unbegründet genannt. Die Vernunft wird allmählich auch in Rußland sich Bahn brechen. Der Fall Rumäniens hat einen tieferen Eindruck auf das Land gemacht, als man dies aus der vollkommen geknebelten Presse ersehen kann, und auch der Zusammenbruch der Unternehmungen von Radko Dimitriew an der Aa hat dazu beigetragen, weite Schichten der Bevölkerung zu entnüchtern. Der dänische Korrespondent Toepffer, der neulich in Rußland gewesen ist, und der wegen seiner Beziehungen zur Kaiserin Witwe Zutritt zu den höchsten Kreisen gehabt hat, hat gesagt, daß der Durchschnittsbürger in Rußland nicht mehr an den Sieg glaube. Das wird wohl auch die wahre Stimmung des von Ernährungsschwierigkeiten und innerem Zwiste aufgeriebenen Volkes sein.

Der preußisch-amerikanische Freundschafts- und Handelsvertrag von 1785

Von Dr. Selma Stern

In der Tat haben seit der Zeit, wo Friedrich der Große mit John Adams, Benjamin Franklin und Thomas Jefferson den Freundschafts- und Handelsvertrag vom 10. September 1785 zwischen Preußen und der Republik des Westens vereinbarte, deutsche und amerikanische Staatsmänner in dem Kampf um die Freiheit der Meere und für den Schutz des friedlichen Handels immer zusammengestanden." Mit diesen Worten hat die deutsche Lusitania-Note vom 9. Juli 1915 das jahrhundertalte Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten charakterisiert. Sie hat aber vergessen hinzuzufügen oder, um das Selbstgefühl des amerikanischen Volkes nicht zu kränken, nicht hinzufügen wollen, daß es damals eine große Tat des großen Friedrich gewesen, diesen Vertrag überhaupt zu schließen. Sie hat vergessen hinzuzufügen, daß Amerika erst durch diesen Vertrag Existenzberechtigung in Europa und die Möglichkeit gewann, in Beziehung zu den Mächten der alten Welt zu treten. Sie hat vergessen darauf hinzuweisen, daß Friedrich selbst durch den Schutz, den er damals den amerikanischen Prinzipien von der freien Bestimmung der Völker und dem großen Rechte der Menschen gewährte, sich der Lächerlichkeit und dem Spott einer nüchterner denkenden Welt ausgesetzt hat.

Denn nach den großen Unabhängigkeitskämpfen, in denen die Kolonien Nordamerikas ihre Freiheit von englischer Bevormundung errungen hatten, stand der neue Staat ganz allein in der Welt, ein junger Riese, der seine Kraft wohl ahnte, aber noch nicht gebrauchen konnte. Noch hielten sich die legitimen Mächte Europas mißtrauisch und scheu von dem Rebellenstaate zurück, noch wagte niemand aus der alten Schar, dem neuen Ankömmling die Hand zum Gruße entgegenzustrecken. Wohl war man in Europa mit Bewunderung und Staunen dem gigantischen Ringen gefolgt, wohl waren freiheitstrunkene Scharen aus Deutschland, Frankreich und anderen Ländern heißen Herzens über das große Meer gezogen, um der jungen Nation ein neues und schönes Haus bauen zu helfen. Wohl hatten auch Frankreich und Spanien selbst während des Krieges auf amerikanischer Seite gestanden und Handelsverträge mit dem Kongresse geschlossen. Doch waren die Gründe, die die konservativen bour-

bonischen Fürstenhäuser in den amerikanischen Kampf gezogen hatten, rein politischer Natur gewesen. Um Menschenrechte und Völkerfreiheit haben sie sich wenig dabei gekümmert. Sie hatten nicht die Kolonien befreien, sie hatten nur England schwächen und ihren jahrhundertalten Kampf um die koloniale Vorherrschaft zum Austrag bringen wollen.

Jetzt stieß die amerikanische Republik, als sie zum ersten Male als selbständiger Staat versuchte, Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reich, Dänemark, Portugal, Spanien, dem Papst, Toskana, womöglich auch mit Rußland, England, Sardinien, Sachsen, Hamburg und Venedig anzuknüpfen, überall auf unerwarteten Widerstand. Die einen sahen in ihr nur mehr einen kriegsmüden, erschöpften Staat, einen losen Bau, ohne Zusammenhalt seiner Glieder. Die anderen fürchteten die eigene Seeherrschaft zu verlieren, wenn sie den neuen Rivalen unterstützten. Die kleineren Seemächte wagten nicht, die alten englischen Beziehungen zu lösen, die ihnen auch bequemer und vorteilhafter waren, als die neuen.

Nur ein Staat ging auf die Werbungen des Kongresses ein und erklärte sich einverstanden mit den neuen völkerrechtlichen Prinzipien, in deren Zeichen der amerikanische Staat gesiegt, und die er nun zur Grundlage seiner Handelsbeziehungen machen wollte — Preußen.

Schon während des Krieges hatte sich ein eigentümliches Verhältnis zwischen dem größten Vertreter des aufgeklärten Absolutismus und der freiheitsdurstigen Republik entwickelt. Mit Neugierde und Spannung hatte Friedrich Anteil genommen an den Ereignissen in der neuen Welt, wiederholt hatte er seine Freude über die Erfolge der Amerikaner öffentlich geäußert und ihren Sieg über das verhaßte England prophezeit. Nicht als ob Friedrich, streng legitimistisch wie er war, innerlich mit der Sache der Revolution übereingestimmt hätte. Er hat, wie Frankreich auch, durch seinen Anteil an Amerikas Siege nur England schaden und sich für alle Demütigungen und Beleidigungen rächen wollen. So hat er auch den Kolonien direkt die wertvollsten Dienste geleistet, indem er jenen berüchtigten Menschenhandel in den deutschen Kleinstaaten unterband, der England damals seine besten Soldaten lieferte.

Auf der anderen Seite war in der neuen Welt seit den Tagen des Siebenjährigen Krieges Friedrich der Große der populärste Fürst geworden. Man feierte ihn „als den Helden des Protestantismus", als den „Vorkämpfer des Glaubens gegen den Papismus", als den „weisesten Mann und Schiedsrichter Europas". Auch die leitenden großen Staatsmänner konnten sich in der Bewunderung für Friedrich nicht genug tun. Washington nennt es die höchste denkbare Ehre, von ihm empfangen zu werden, einem Feldherrn wie Greene erschien es als das Erstrebenswerteste, seinen Beifall zu gewinnen. Ja, man hatte in der Zeit der höchsten Bedrängnisse Reden und Flugschriften veröffentlicht, in denen man an Friedrichs Nöte im Siebenjährigen Krieg erinnerte und an seiner Standhaftigkeit und Größe das Volk aufrichtete und stärkte.

Ebenso hatte schon während des Krieges der Kongreß versucht, Friedrich für einen Handels- und Freundschaftsvertrag zu gewinnen. Für Preußen wäre ein solches Bündnis von großem Nutzen gewesen. Denn es war eine Lieblingsidee des Königs, den ostfriesischen Handel durch Erschließung der amerikanischen Märkte zu heben, für sich selber aber aus den Kolonien billigen Tabak für die Königliche Tabaksadministration zu gewinnen.

Doch alle Verhandlungen während des englisch-amerikanischen Krieges hatten zu keinem Ergebnis geführt, so rücksichtslos der selbstbewußte amerikanische Agent auch alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, um zu seinem Ziele zu gelangen. Dem vorsichtigen König war es damals noch zu gewagt erschienen, „unter den gegenwärtigen Konjunkturen" sofort einen Handel mit Amerika zu eröffnen, habe er doch, wie er immer wieder erklärte, keine Flotte, keine Marine, keine bewaffneten Schiffe, während 80 bis 90 englische Schiffe auf den verschiedenen Meeren umherschwärmten und ihm alles nehmen würden. „So wahr ist es", schreibt er bitter an Schulenburg, „daß eine Macht, welche keine Kriegsflotte hat, nicht darauf rechnen darf, ihre Kauffahrteiflagge in Kriegszeiten respektiert zu sehen." Deshalb wollte er auch damals die Engländer nicht reizen, indem er den amerikanischen Kapern den Aufenthalt und den amerikanischen Kauffahrteischiffen den freien Handel in preußischen Häfen erlaubte. Doch vermied er es auch auf der anderen Seite ängstlich, die Amerikaner zu verstimmen, damit er sich schließlich „auf die Seite dessen schlagen könne, für welchen das Glück sich erklären würde".

Wirklich wurden denn auch gleich nach dem Pariser Frieden die Verhandlungen zwischen Amerika und Preußen wieder aufgenommen. Diesmal, da von dem geschwächten England nichts zu fürchten, von der siegreichen Republik aber viel zu gewinnen war, wurden sie auch von preußischer Seite mit dem größten Nachdruck betrieben. Schon im Juli 1783 konnte Franklin an den Kongreß berichten, „daß auch Preußen sich am Handel mit Amerika zu beteiligen wünsche, und daß sein Gesandter, wenn er auch direkt noch keinen Vertrag vorgeschlagen, ihm doch eine Liste von Artikeln mit der Bitte übergeben habe, sie amerikanischen Kaufleuten zur Kenntnisnahme einzusenden."

Auf die einzelnen Verhandlungen, die dem preußisch-amerikanischen Handelsvertrag vorausgingen, näher einzugehen, würde zu weit führen. Auf Grund archivalischer Quellen sind sie von Friedrich Kapp in seinem kleinen Buch: „Friedrich der Große und die Vereinigten Staaten von Amerika" gründlich dargelegt worden. Was sie für uns heute noch interessant und wichtig machen, ist die Höflichkeit, Vornehmheit und Ruhe, mit der man auf beiden Seiten arbeitete, die zuvorkommende und großzügige Art, mit der man die gegenseitigen Wünsche zu berücksichtigen strebte, vor allem aber die Tatsache, daß Preußen als der erste europäische Staat sich rückhaltlos zu den neuen völkerrechtlichen Doktrinen der amerikanischen Republik bekannte.

Diese Doktrinen sind zum erstenmal klar formuliert worden in den Instruktionen, die der Kongreß den drei Bevollmächtigten Adams, Jefferson und Franklin nach Europa mitgab, damit sie auf dieser Grundlage Handelsverträge zu schließen suchten. Sie enthalten schöne Worte und schöne Träume von Menschheitsbeglückung und Idealen, von Weltbürgertum und ewigem Frieden, Utopien, wie sie der Stimmung eines Jahrhunderts entsprachen, das alle Erfahrung und Geschichte leugnete, das auf Grund abstrakter Theorien und philosophischer Systeme die Völker lenken, die Politik verbessern, aus der ganzen Welt aber ein vollkommenes Elysium machen wollte. Doch enthalten diese Instruktionen auch „gesunde staatsrechtliche Grundsätze und eine nüchterne Auffassung der realen Lebensbedingungen," vor allem aber ein paar Bestimmungen, „welche wie die Leuchttürme einer besseren Zukunft dastehen und den Vereinigten Staaten gleich in den ersten Anfängen ihrer Geschichte eine stolze Stellung unter den Seemächten anweisen". Es sind die tapferen Worte von der Freiheit der Meere, von den Rechten der Neutralen, von dem Wesen der Kriegskonterbande und von Bedingungen der Gültigkeit der Blokade, die der eben erst entstandene Staat den alten Mächten vorzulegen wagte, um das Recht zur See zu mildern und die Kriege menschlicher zu gestalten. Bis weit in das neunzehnte Jahrhundert hinein haben die Amerikaner diese Sätze immer wieder verfochten. Sie sind seit dem Pariser Frieden von 1856 von fast allen Nationen anerkannt worden und teilweise in das moderne Völkerrecht übergegangen. Und erst in unseren Tagen ist das freie Amerika, das sich rühmen konnte, „dem mittelalterlichen Faustrecht auf der See, dem Unfug des Piratenwesens den ersten empfindlichen Stoß gegeben zu haben", seiner großen Vergangenheit untreu, selber der Schleppträger der ersten Piratenmacht geworden.

Die Verhandlungen, die dem Vertrag vorangingen, wurden von Thulemeier, einem aus alter, westfälischer Beamtenfamilie stammenden, preußischen Gesandten und von Adams, dem späteren Nachfolger Washingtons, einem ruhigen, gewiegten, vorsichtigen Diplomaten im Haag eingeleitet und später neben Adams von Jefferson und Franklin zu Ende geführt. Wir erfahren aus diesen Verhandlungen, daß es Friedrich besonders darauf ankam, den englischen Zwischenhandel durch einen direkten Verkehr mit Amerika zu umgehen, wäre doch, wie er sich äußerte, ein direkter Handel immer mehr wert als einer durch zweite Hand.

Schon am 9. April 1784 waren die Verhandlungen so weit gediehen, daß Thulemeier einen von dem preußischen Minister Schulenburg aufgesetzten Vertragsentwurf dem amerikanischen Gesandten zustellen konnte, der aus siebenundzwanzig Artikeln bestand. Seine Grundlage bildete der schwedisch-amerikanische Handelsvertrag vom 3. April 1783. „Da es", so heißt es in dem dritten Artikel dieses Entwurfes, „die Hauptabsicht dieses Vertrages ist, einen gegenseitigen Handelsverkehr zwischen den Angehörigen beider Staaten zu begründen und ihnen auf diese Weise einen sicheren und leichten Weg für den Austausch ihrer Produkte zu eröffnen, so kommen die beiden kontrahierenden

Teile überein, daß die preußischen Waren, besonders schlesische und westfälische Leinwand, Tuche und Wollenstoffe in den Vereinigten Staaten von Amerika keine anderen und höheren als die von den höchstbegünstigten Nationen entrichteten Zölle bezahlen sollen. In derselben Weise sind die amerikanischen Stapelprodukte wie virginischer Tabak, Reis, Indigo, Pelze usw. bei ihrer Einfuhr in preußische Häfen nur den von den höchstbegünstigten Nationen bezahlten Zöllen unterworfen."

Als der Kongreß sich nicht mit allen Punkten des preußischen Entwurfes einverstanden erklärte und einige Abänderungen vorschlug, war Friedrich sofort bereit, einen neuen amerikanischen Gegenentwurf anzunehmen, in dem der Kongreß alle seine Lieblingsideen von der Humanisierung des Krieges niedergelegt hatte. „Wir bemerken", so hatten in einem Begleitschreiben zu diesem Gegenentwurf die drei Bevollmächtigten des Kongresses an Thulemeier geschrieben, „wir bemerken hier also nur, daß die Annahme dieses Artikels, (es war der dreiundzwanzigste des amerikanischen Entwurfes), weil er das Beste der Menschheit im Auge hat und das Unglück des Krieges mildert, für die ersten ihm zustimmenden Mächte und ganz besonders Seine Majestät von Preußen äußerst ehrenvoll sein wird, zumal wenn der König, dessen Untertanen durch seine Macht und seinen Geist bekanntlich so gut verteidigt sind, daß eine derartige Vereinbarung für sie, selbst in Kriegszeiten, ganz überflüssig ist, zuerst das Beispiel des Beitritts zu diesen Artikeln gebe."

Um diesen dreiundzwanzigsten Artikel, der ihm sehr am Herzen lag, und den er schon 1783 vergeblich in den Friedensvertrag mit England hatte einflicken wollen, durchzusetzen, hatte Franklin für die preußischen Staatsmänner eine besondere Denkschrift verfaßt. „Nach dem ursprünglichen Völkerrecht" — so heißt es wörtlich in der Denkschrift, die so ganz den optimistischen, zukunftsfrohen Ton des Jahrhunderts atmet — „waren Krieg und Ausrottung die Strafe für ein Unrecht. Es wurde aber allmählich immer menschlicher und setzte die Sklaverei an die Stelle des Todes, es machte einen Schritt weiter und tauschte die Gefangenen aus, statt sie zu Sklaven zu machen; es ging noch weiter und erkannte in den eroberten Ländern das Privateigentum an, indem es sich mit der politischen Herrschaft begnügte. Warum sollte nun dieses Völkerrecht nicht fernerer Verbesserungen fähig sein? Ganze Jahrhunderte hat es für jeden seiner Fortschritte gebraucht; da aber in neuerer Zeit die Erkenntnis mächtig wächst, warum sollen diese Fortschritte nicht beschleunigt, warum soll nicht das Völkerrecht künftiger Zeiten dahin bestimmt werden, daß in irgendeinem später ausbrechenden Kriege die folgende Klasse von Menschen unbehelligt bleiben, ja den Schutz beider Teile genießen und ihren Beruf in Ruhe und Sicherheit ausüben soll? (Franklin war dafür eingetreten, daß im Falle eines Krieges Angehörige der feindlichen Länder, wie Bauern, Handwerker, Künstler und Gelehrte, weiterhin ihrem Beruf ungestört nachgehen dürften.) — Das Interesse der Menschheit gebietet überhaupt, daß die Gelegenheiten des Krieges und die

Veranlassung dazu möglichst vermindert werden. Wenn Raub aufhört, so ist auch ein Hauptreiz zum Kriege aufgehoben, und der Friede wird dann länger, ja vielleicht immer dauern."

Diese Denkschrift verfehlte ihren Eindruck in Preußen nicht. Die anderen Staaten standen den amerikanischen Prinzipien kühl und ablehnend gegenüber, das englische Kabinett überhäufte die Bevollmächtigten der Union mit Hohn und Spott, der russische Gesandte nahm sich nicht einmal die Mühe, ihnen nur zu antworten. Dagegen ist der Preuße Thulemeier entzückt von dem dreiundzwanzigsten Artikel, „der von dem reinsten Eifer für das Beste der Menschheit eingegeben sei". „Es ist zu wünschen," so schreibt er den amerikanischen Gesandten, „daß diese erhabene Gesinnung von allen Seemächten ohne Ausnahme angenommen werde. Die Übel des Krieges werden dadurch bedeutend gemildert und Feindseligkeiten, so häufig durch Gier oder schmutzige Gewinnsucht hervorgerufen, immer seltener werden."

Auch Finkenstein und Hertzberg, die beiden preußischen Minister, bestimmten den König, unbedenklich die amerikanischen Vorschläge anzunehmen, da sie „völlig mit den Grundsätzen übereinstimmen, welche wir jederzeit behauptet haben, nämlich, daß der Krieg nicht zum Ruin des Particuliers, sondern zu dem großen Endzweck, einen anständigen und dauernden Frieden zu erhalten, geführt werden müsse, und daß daher die Seekaperey vollständig abzuschaffen oder doch möglichst einzuschränken wäre, und daß ferner, wenn zwei Mächte Krieg führen, die dritte nicht darunter leiden müsse, noch ihr sonst gewöhnliches Commerzium aufzugeben schuldig sey, daß folglich keiner der kriegführenden Teile ein Recht habe, die Waaren solcher neutralen Untertanen, wenn sie nur nicht direkte zum Kriegsgebrauche dienen, oder in einen belagerten Hafen gebracht werden sollen, so wenig aus einem feindlichen als einem freundlichen oder einem neutralen Schiffe zu nehmen".

So kam denn durch das rasche Entgegenkommen Friedrichs schon am 10. September 1785 der preußisch-amerikanische Freundschafts- und Handelsvertrag zustande. Wohl ist er im wesentlichen amerikanischen Ursprungs. Wohl sind die neuen Ideen im Kopfe Franklins und seiner Gesinnungsgenossen entstanden. Dennoch bleibt es eine unvergängliche Tat des Philosophen von Sanssouci, daß er, ohne zu zögern, einen neuen unbekannten Weg mutig beschritten hat.

In den ersten Artikeln des Vertrags wurde bestimmt, daß zwischen den beiden Staaten feste, unverbrüchliche und aufrichtige Freundschaft und Frieden bestehen solle. Die Untertanen oder Bürger der beiden kontrahierenden Staaten sollen die Küsten und das Gebiet des andern besuchen, dort wohnen und mit allen Arten von Waren, Produkten und Manufakturen Handel treiben dürfen. Die von ihnen zu zahlenden Zölle sollten nicht höher sein, als die von den höchstbegünstigten Nationen entrichteten, deren Rechte und Privilegien sie überhaupt in allen Stücken genießen würden. Der vierte Artikel regulierte „den

Handelsverkehr zwischen beiden Nationen im Interesse der größtmöglichen Handelsfreiheit". Artikel 5 bis 8 beschäftigen sich mit hafenpolizeilichen Vorschriften, im neunten hatte Preußen den Zusatz durchgesetzt, daß das alte barbarische Strandrecht für die Untertanen oder Bürger beider Teile abgeschafft sein soll. Der zehnte Artikel, der 1828 wieder in den letzten preußisch-amerikanischen Vertrag aufgenommen wurde, enthält „die näheren Bestimmungen über die Intestat- und testamentarische Erbfolge der Angehörigen beider Länder" und gibt dem König von Preußen das Recht, seinen Untertanen die Auswanderung nach Amerika zu verbieten. Der elfte Artikel verspricht vollständige Religions- und Gewissensfreiheit, der zwölfte, der als Artikel 2 in die Pariser Deklaration von 1856 kam, gestattet den freien Verkehr der neutralen Macht mit den Kriegführenden und erkennt den Grundsatz „frei Schiff, frei Gut" an. Der wichtige dreizehnte Artikel bestimmt des näheren den Begriff der Konterbande.

Von den übrigen Artikeln interessiert uns heute besonders der jetzt noch geltende, berühmteste dreiundzwanzigste, der sich, an die Franklinsche Denkschrift teilweise wörtlich anschließend, also lautet: „Wenn ein Krieg zwischen den beiden kontrahierenden Teilen entstehen sollte, so sollen die Kaufleute des einen der beiden Staaten, die in dem anderen sich aufhalten, die Erlaubnis haben, noch neun Monate darin zu bleiben, um ihre Aktivschulden einzutreiben und ihre Geschäfte in Ordnung zu bringen, nach welcher Zeit sie ungehindert abreisen und alle ihre Güter ohne jede Beeinträchtigung mit sich nehmen können. Die Weiber und Kinder, die Gelehrten aller Fakultäten, die Ackersleute, Handwerker, Manufakturisten und Fischer, die nicht bewaffnet sind und in Städten, Dörfern und unbefestigten Plätzen wohnen, und überhaupt alle diejenigen, deren Beschäftigung den Unterhalt und den allgemeinen Vorteil des menschlichen Geschlechts bezweckt, sollen die Freiheit haben, ihre respektiven Gewerbe fernerhin zu treiben. Sie sollen für ihre Person auf keine Art gefährdet, ihre Häuser oder Güter sollen nicht in Brand gesteckt, noch auf andere Art vernichtet, ihre Felder sollen nicht von feindlichen Armeen, in deren Hände sie durch die Kriegsereignisse fallen könnten, verheert werden, sondern, wenn man sich in der Notwendigkeit befinden sollte, etwas von ihrem Eigentum zum Gebrauch der feindlichen Armee zu nehmen, so soll ihnen der Wert dafür nach einer annehmbaren Schätzung bezahlt werden. Alle Kauffahrtei- und Handelsschiffe, die zum Austausch der Produkte verschiedener Gegenden gebraucht werden und folglich bestimmt sind, die zu den unentbehrlichsten Bedürfnissen, sowie zur Bequemlichkeit und Annehmlichkeit des Lebens dienenden Sachen leichter zu verbreiten, sollen frei und ungehindert passieren können, und beide kontrahierende Teile machen sich verbindlich, weder Kaperschiffe auszurüsten, noch ihnen zu erlauben, diese Art von Handelsschiffen wegzunehmen oder zu vernichten, noch auf andere Art den Handel zu stören."

Ähnlich behandelt auch der vierundzwanzigste Artikel Franklinsche Gedanken. „Um das Schicksal von Kriegsgefangenen zu erleichtern und sie nicht der Gefahr aus-

zusetzen, in entlegene und rauhe Himmelsgegenden verschickt oder in enge und ungesunde Wohnungen zusammengedrängt zu werden, machen sich beide kontrahierende Teile feierlich und vor den Augen der ganzen Welt gegenseitig verbindlich, daß sie keinen jener Gebräuche befolgen wollen; daß die Kriegsgefangenen, die sie gegenseitig machen könnten, weder nach Ostindien, noch nach einer anderen Gegend Asiens oder nach Afrika transportiert werden sollen; sondern daß man ihnen in Europa oder in Amerika in den respektiven Gebieten der kontrahierenden Teile einen in einer gesunden Gegend gelegenen Aufenthalt anweisen, sie aber nicht in finstere Löcher, in Kerker oder Gefängnisschiffe einsperren, daß man sie weder in Fesseln schmieden noch knebeln, noch auf eine andere Art des Gebrauchs ihrer Glieder berauben wolle, daß man ferner die Offiziere auf ihr Ehrenwort in Bezirken gewisser ihnen zu bestimmenden Distrikte frei herumgehen und ihnen bequeme Wohnungen anweisen lasse, die gemeinen Soldaten aber in offene und geräumige Kantonierungsquartiere verteilen wolle, wo sie hinreichend frische Luft schöpfen und körperliche Übungen anstellen können, und daß man sie in ebenso geräumige und bequeme Kasernen einquartieren wolle, als die Soldaten der Macht selbst haben, in deren Gewalt sie sich befinden, und daß endlich den Offizieren sowohl als den gemeinen Soldaten täglich ebensolche Rationen gereicht werden sollen, als die eigenen Truppen dieser Macht nach Verschiedenheit des Ranges erhalten." . . .

Die übrigen Artikel bestimmen die Anstellung von Konsulen, Vizekonsulen und Agenten in den betreffenden Häfen der kontrahierenden Mächte. Der letzte siebenundzwanzigste Artikel verschafft dem Vertrag für die Dauer von zehn Jahren Gültigkeit. Er wurde am 2. Juli 1785 von Franklin in Paris, am 28. Juli von Jefferson ebenda und am 5. August von Adams in London unterzeichnet, während ihn Friedrich am 24. September ratifizierte.

Seltener wohl ist ein Vertrag mit größerer Begeisterung aufgenommen, mit übertriebeneren Erwartungen und Zukunftsplänen verknüpft worden als dieser. Je zurückhaltender und indolenter die übrigen Staaten waren, um so freudiger hatte man in Amerika nach der dargebotenen Hand in Preußen gegriffen, erkannte man doch mit richtigem Instinkt, daß die Verbindung mit einem Fürsten wie Friedrich die Bedeutung, das Ansehen der Vereinigten Staaten gewaltig erhöhen müsse. „Ich freue mich der Tatsache", so schrieb Adams an Thulemeier, „daß der König uns die Ehre antut, mit der platonischen Philosophie einiger unserer Artikel übereinzustimmen, die wenigstens eine gute Lehre für die Menschheit enthalten und durch einen vom König von Preußen genehmigten Vertrag mehr Einfluß gewinnen werden als durch die Schriften Platos oder Sir Thomas Mores."

Auch Washington hält den neuen Handelsvertrag für den Anfang einer neuen Ära in der Diplomatie und schwelgt schon in den wundervollsten Zukunftsbildern, da die Menschheit, veredelt durch den Handel, durch brüderliche Bande

zu einer großen Familie vereint, täglich mehr Fortschritte machen, die Politik immer humaner und die Gegenstände des Ehrgeizes und die Ursachen der Feindseligkeiten stets sich verringern würden. Der Vertrag erscheint ihm als der freisinnigste, der je von unabhängigen Mächten abgeschlossen wurde, durchaus originell in verschiedenen seiner Artikeln, und als Grundlage des Völkerverkehrs einst geeignet, eine allgemeine Pazifikation herbeizuführen.

Aber auch von preußischer Seite, wo man den realen Dingen des Lebens nüchterner ins Auge sah, wo eine lange Leidenszeit Volk und Regierung belehrt hatte, daß mit schönen Worten und philosophischen Systemen einer Welt von neidischen, haßerfüllten Gegnern nicht Widerstand geleistet werden könne, wurde der Vertrag über alle Maßen gepriesen und als einen der humansten Akte der Regierung des großen Königs angesehen.

Preußen hatte keinen Grund, über den Vertrag allzusehr zu frohlocken. Die Humanitätsideen, die den jungen amerikanischen Staat groß und stark gemacht hatten, verschwanden bald unter dem erstickenden Druck des allmächtigen Dollars. Der rasch aufblühende Handel und der damit leicht gewonnene Reichtum trugen nicht dazu bei, den großen Prinzipien eine dauernde Heimstätte in der neuen Welt zu bereiten. Immer mehr zeigte es sich, wie unheilvoll das rein kaufmännische Interesse die ganze auswärtige Politik der Nation bestimmte und ihr jede Großartigkeit und jeden Schwung nahm.

Während Preußen sich ehrlich mühte, in Europa die Vorkämpferin für ein humanes Seerecht zu werden, enthält doch das preußische Landrecht vor allen andern Gesetzbüchern, lange schon vor der Pariser Deklaration, einige Artikel über die Sicherstellung des Handels der Neutralen in Kriegszeit und über die Blockade, so trat in Amerika schon einige Jahre nach dem Abschluß des Vertrages ein großer Umschwung ein. Bei Erneuerung des preußisch-amerikanischen Handelsvertrages von 1799 wurden die so hoch gefeierten Bestimmungen des Artikel 23 über die Ausstellung von Kaperbriefen fallen gelassen, da die amerikanische Regierung sich inzwischen infolge ihres gewaltig aufblühenden Seehandels von der Wichtigkeit und dem Vorteil der Kaperei für Amerika überzeugt hatte. Ebenso bestimmte der Paragraph 13 dieses Vertrages, der dann auch in den dritten, heute noch geltenden Vertrag von 1828 aufgenommen wurde, daß im Falle eine der beiden Mächte in einen Krieg verwickelt werde, während die andere sich neutral verhalte, „daß in einem solchen Kriegsfalle zur Vermeidung aller gewöhnlich über Konterbande entstehenden Schwierigkeiten und Mißverständnisse alle Artikel wie Waffen, Munition und Kriegsbedürfnisse jeder Art, welche in den Schiffen der von den Untertanen oder Bürgern der einen Macht dem Feinde der andern zugeführt werden, nicht als Konterbande gelten sollen, so daß sie weder konfisziert noch kondemniert werden, noch dem betreffenden Individuum Verlust verursachen solle. Der Kriegführende kann die also beladenen Schiffe aber auf ihrer Fahrt anhalten und die ihm brauchbar erscheinenden Waren gegen Zahlung des Preises für sich behalten, muß aber das

Schiff für erlittenen Zeitverlust entschädigen, wenn er es nach erfolgter Untersuchung weiterfahren läßt."

Es ist der Artikel, der zu den unheilvollsten Konsequenzen geführt hat. Er hat den Amerikanern das Recht gegeben, während des Siebenziger Krieges den Franzosen eine Million guter Gewehre zuzuführen und hat dadurch den Krieg um einige Zeit verlängert, ungeachtet der Freundschaft, die Amerika und Deutschland damals verbunden hat. Er ist in unseren Tagen der Grund unserer tiefsten Enttäuschung und unseres schmerzlichsten Erlebnisses in dieser an Schmerz und Enttäuschung wahrlich nicht armen Zeit geworden. Er hat aber auch dazu geführt, uns von der Richtigkeit der Kappschen Worte zu überzeugen, der schon vor vierundvierzig Jahren den Versuch gewagt, der Schwärmerei Deutschlands für Amerika durch Darlegung nüchterner Tatsachen und Beobachtungen ein Ende zu machen. „Es gibt", so hat er schon damals erklärt, „überhaupt keinen größeren Irrtum als den, die Vereinigten Staaten als die Vorkämpfer der freiheitlichen Bestrebungen in den Seerechtsfragen zu feiern. Sie handelten und handeln lediglich nach ihren augenblicklichen Interessen und interpretieren das Völkerrecht so strikt als möglich, sobald es ihnen als Kriegführenden dient, während sie den zu ihren Gunsten sprechenden Bedingungen die größtmöglichste Ausdehnung geben, wenn sie als Neutrale Vorteile daraus ziehen können."

Der Krieg als Vermittler zwischen kirchlicher und unkirchlicher Frömmigkeit

Von Paul Denker, Pastor an der St. Marienkirche zu Lübeck

Es ist sicher nicht übertrieben, wenn man sagt, daß dieser Krieg dem deutschen Volke den Wert der Religion von neuem offenbart hat. Unser Volk empfand es unmittelbar, daß es für die gewaltige Kraftanstrengung, die von ihm gefordert ward, die religiösen Kräfte nicht entbehren konnte. So mischte sich vom ersten Tage des Krieges an in die hinreißende vaterländische Begeisterung ein ernster, frommer Ton. Die frommen Worte, die unser Kaiser damals aus bewegtem Herzen zu seinem Volke sprach, fanden wohl in allen Herzen einen lebhaften Widerhall, auch in den Herzen derer, die zu andern Zeiten über solche Worte vielleicht spöttisch gelächelt haben würden. Und die starke äußere und innere Anteilnahme unseres Volkes an dem ersten allgemeinen Kriegsbettage bewies es noch deutlicher, daß in jenen Tagen tiefster Erregung, in jenen Tagen voll banger Sorge und Unruhe, voll aufflammender Begeisterung und Kampfesfreudigkeit die Seele des deutschen Volkes wirklich das Bedürfnis hatte, sich im Aufblick zu Gott auch innerlich zu sammeln und zu rüsten zum schweren Kampf. Mit tiefer Inbrunst sangen wir: „Ein' feste Burg ist unser Gott" und das „Gott mit uns!" — sonst nicht viel mehr als eine ausgedroschene fromme Redensart — es ward uns wieder ein Quell der Kraft und Zuversicht.

Daß der Krieg solch eine Wirkung auf unser Volk ausüben würde, hatte man nicht voraussehen können. Und ich glaube, es kam auch ganz unerwartet für uns alle. Es ist ja keineswegs selbstverständlich, daß der Ausbruch eines Krieges solche starke religiöse Bewegung hervorruft. 1870 hat man wenig davon gespürt. In den Freiheitskämpfen waren allerdings die Herzen des deutschen Volkes auf den gleichen ernsten, frommen Ton gestimmt. Aber 1813 lagen die Verhältnisse doch wesentlich anders als 1914. Damals hat nicht der Ausbruch des Krieges, etwa der Aufruf des Königs an sein Volk, die religiösen Kräfte entbunden, sondern die Jahre der Knechtschaft, der furchtbarsten Not, hatten schon längst die Herzen ernst gestimmt und sie empfänglich gemacht für die unermüdliche Arbeit der Besten im Volk, die ihre ganze Kraft

dafür eingesetzt hatten, neues religiös-sittliches Leben im Volke zu wecken. 1914 aber lag hinter uns eine Zeit des Wohlstandes und des Aufschwunges, wie unser Land sie bislang noch nicht erlebt hatte. Solche Zeiten aber pflegen nicht die Zeiten zu sein, in denen die Menschenherzen von frommer Sehnsucht erfüllt sind und religiöse Kräfte heranreifen.

Und doch würde jenes jähe Erwachen und Erstarken des religiösen Lebens, wie wir es so deutlich beim Ausbruch des Weltkrieges wahrnehmen konnten, sicherlich nicht eingetreten sein, wären nicht in unserm Volke die Vorbedingungen dafür vorhanden gewesen.

Wie stand es mit der Frömmigkeit im Lande vor dem Kriege? Ein oberflächlicher Beurteiler unseres Volkslebens hätte vielleicht auf diese Frage geantwortet: „Gewiß, es gab noch fromme Menschen unter uns. Aber ihre Zahl war nur gering und nahm von Jahr zu Jahr ab. Es war vorauszusehen, daß die Frömmigkeit bald aussterben würde.“ So ähnlich haben gewiß viele unter uns gedacht. Und man kann sich darüber nicht wundern. Es sah ja in der Tat so aus, als ob es so wäre. Wie gering war die Zahl der Kirchenbesucher, wenn man die Gesamtzahl der Gemeindeglieder berücksichtigt, wie klein die Zahl der Abendmahlsgäste. Immer lauter und schmerzlicher wurden die Klagen der Kirche über die zunehmende Unkirchlichkeit in Stadt und Land und das Schwinden der religiösen und sittlichen Kräfte in unserm Volke. Wohl war in den Häusern noch hier und da das Tischgebet üblich als letzter Rest frommer, von den Vätern ererbter Sitte, aber im übrigen spürte man im allgemeinen weder in den Häusern noch im Verkehr der Menschen untereinander etwas davon, daß die Religion noch eine Lebensmacht in unserm Volke war. Schon triumphierten die Feinde der Religion: Materialismus und Monismus und wie sie sich sonst noch nannten. Sie glaubten, es sei nun an der Zeit, der sterbenden Religion, der altersschwachen Kirche den Gnadenstoß zu geben. Schon glaubten sie ein Recht zu haben, den Anbruch einer neuen Zeit verkünden zu dürfen. Und — mußten es dann erleben, daß doch in unserm Volke stärkere religiöse Kräfte geschlummert hatten, als sie gedacht.

Freilich, wenn sie sich die Mühe gemacht hätten, einmal ein wenig tiefer in die Seele unseres Volkes hinabzuschauen, dann würden sie bemerkt haben, wie dort in der Tiefe schon seit längerer Zeit eine neue starke Sehnsucht sich regte, eine Sehnsucht, die weder der grobe Materialismus noch der feine und gelehrte Monismus zu befriedigen imstande war.

Wer auf die geistigen Strömungen und Unterströmungen in unserm Volke in den letzten zwei Jahrzehnten geachtet hat, der weiß, wie an so vielen Stellen ein Suchen und Sehnen nach neuen Lebensformen und Lebenskräften, nach neuen Zielen und Wegen und Führern sich bemerkbar machte. Man fühlte zu tief die Schäden und Notstände der Zeit. Den Besten im Volke war es aus dem Herzen gesprochen, wenn Cäsar Flaischlen klagend ausrief:

„Du fragst, was uns fehlt und was uns nottut, Freund?
O so viel!!
Ideale vor allem wieder und ein festes, hohes Ziel!"

Schien es nicht wirklich so, als müsse das Leben unseres Volkes immer mehr versanden und versumpfen? Mußte man nicht fürchten, daß der Materialismus nicht nur die Religion, sondern auch alles sonstige geistige Leben vernichten würde? Es sah fast so aus, als sei die Lebensarbeit eines Luther, Kant, Goethe, Schiller, Fichte und Schleiermacher ganz vergeblich und überflüssig gewesen! Immer deutlicher empfand man es, daß diese neue Lebensauffassung und Lebensweise, die in allen Schichten und Klassen so viele begeisterte Anhänger gefunden hatte, dem inwendigen Menschen, dem Herzen und Gemüte, sein Recht nicht zukommen ließ. Man begriff wieder die Wahrheit, die in den Worten der Heiligen Schrift liegt: „Der Mensch lebt nicht vom Brote allein oder davon, daß er viele Güter hat." So trat eine Rückwirkung ein. Unter den Gebildeten konnte man sie zuerst wahrnehmen. Eine wachsende Zahl von ihnen wandte enttäuscht dem Materialismus den Rücken, und ein neues Fragen und Suchen begann. Wenn aber hungernde Menschenseelen auf die Suche gehen nach dem, was sie wahrhaft befriedigen kann, dann pflegt die Religion, die seit Jahrtausenden die tiefste Sehnsucht der Herzen und Gemüter gestillt hat, wieder die Blicke mit Macht auf sich zu ziehen. So tauchte die „religiöse Frage" wieder auf. Sie ward, wie man sagte, wieder „modern". Was Rudolf Eucken aussprach in seinem Buche: „Können wir noch Christen sein?", in welchem er überzeugend darlegt: wir können die Religion nicht entbehren, das empfanden tausend andere auch wieder. Wie deutlich erkennt man diese Schwenkung zur Religion hin aus der Literatur der letzten zwei Jahrzehnte! Wie viele Bücher über religiöse Fragen und Probleme finden wir darunter! Und zwar sind die Verfasser keineswegs in der Mehrzahl zünftige Theologen, nein, wohl alle Berufe und Fakultäten sind dabei vertreten. Und wie viele Vorträge voll tiefer religiöser Gedanken sind zu gleicher Zeit gehalten! Und die meisten wiesen einen starken Besuch auf, und wo es nach dem Vortrage zu einer Aussprache kam, da zeigte sich die starke innere Anteilnahme der Zuhörer an diesen Dingen. Ja selbst auf die Bühne kamen Schauspiele mit starkem religiösen Einschlag, wenn nicht gar der religiöse Gedanke der bestimmende des ganzen Stückes war. Schon längst war unter den Gebildeten der Spott über die Religion verstummt. Ja, das Wort Religion war so „zugkräftig" geworden, daß manche Bestrebungen, die ihrem Wesen nach mit ihr nicht das geringste zu tun hatten, sich dieses Aushängeschildes bedienten, um neue Anhänger zu gewinnen.

So war schon in den letzten Jahren oder vielmehr Jahrzehnten vor dem Krieg neues religiöses Leben im Werden. Dies neue religiöse Leben aber war keineswegs kirchlich gesinnt. Ja es stand sogar in starkem Gegensatz zur Kirche. Es war unkirchliche Frömmigkeit. Friedrich Naumann, der sicher ein feines

Gefühl für die Empfindungen der deutschen Volksseele besitzt, hat einmal in seiner „Gotteshilfe" gesagt: „Die Menschen von heute wissen vor lauter religiöser Sehnsucht gar nicht mehr, wo sie hin sollen, nur daß sie nicht in die Kirche wollen, das wissen sie."

Woran lag es, daß sie nicht in die Kirche wollten, um dort für ihre Sehnsucht Befriedigung zu suchen? Sie hatten das Gefühl, daß man sie dort nicht verstände und auf all ihre Fragen und inneren Nöte keine Antwort wüßte. Sie hatten den Eindruck gewonnen, daß dort kein Raum wäre für ihre Frömmigkeit, die sich nicht in die alten Formen und Schablonen der Kirchenlehre pressen lassen wollte. Sie empfanden voll Schmerz und Empörung, daß die Kirche ihr aufrichtiges Suchen und ihre besonders geartete Frömmigkeit nicht als echt und vollwertig ansehen wollte. Die große Entrüstung, die der „Fall Jatho" hervorrief, ist nicht in erster Linie ausgegangen von den Feinden der Religion, obwohl diese den Fall weidlich ausgeschlachtet haben, sondern von den Freunden der neuen religiösen Bewegung, die in Jatho einen Menschen sahen, der sie verstand und der ihnen die Hand entgegenstreckte, um mit ihnen zu suchen und zu wandern nach gleichen Zielen. Mochten sie auch in vielen Punkten nicht mit ihm übereinstimmen und ihn nicht verstehen, sie fühlten trotzdem, da ist Geist von unserm Geist, Leben von der Art, wie es auch in uns sich regt. Und Johannes Müller — wodurch hat er auf so viele suchende Seelen eine so große Macht und Anziehungskraft ausgeübt? Dadurch, daß er freudig alles echte religiöse Leben, wo auch immer er es fand, anerkannte, und sich bemühte, das Flämmchen, das in irgendeinem religiös empfindenden Herzen glimmte, zu echter, heller, warmer Glut anzufachen.

Die Kirche selbst aber verhielt sich kühl ablehnend gegenüber dieser neuen undogmatischen und außerkirchlichen Frömmigkeit. Immer schärfer traten die Gegensätze hervor. Es drohte von dieser Seite damit der Kirche eine ernste Gefahr, denn diese neue religiöse Bewegung, mochte sie auch immerhin noch manche Unklarheit und Verschwommenheit an sich haben, sie hatte den festen Willen, sich ihre Daseinsberechtigung zu erkämpfen und zu sichern, und da gerade von den geistigen Führern des Volkes viele zu ihren Anhängern gehörten, so hatte sie auch gute Aussicht, eine immer einflußreichere Macht zu werden. Würde es der Kirche gelingen, sich ihr gegenüber zu behaupten? Über den Atheismus, der schon so manchesmal im Laufe der Vergangenheit sie zu überwältigen versucht hatte, war sie stets siegreich geblieben. Er ist eben mehr verneinend, als bejahend, er reißt nieder, aber baut nicht auf. Es fehlt ihm die Kraft, Leben zu wecken und neu zu gestalten, die der Kirche, trotz aller ihrer Fehler und Schwächen, doch innewohnt von jeher. Wie aber würde es werden, wenn eine junge, zukunftsfreudige religiöse Bewegung gegen die Kirche den Kampf erklärte, wenn die unkirchliche Frömmigkeit mit allen Mitteln die kirchliche von ihrem Platze zu verdrängen suchen würde? Rudolf Euckens Überzeugung war die, daß die Kirche in diesem Kampfe unterliegen und dabei zer-

fallen würde, daß dadurch zunächst eine Zeit der größten Verwirrung auf religiösem Gebiet entstehen würde, bis sich die neue Religion, der die Zukunft gehöre, ihre feste äußere Form geschaffen hätte, die sie zu dauerndem Bestande unbedingt brauche.

Zu diesem Entscheidungskampfe ist es nicht gekommen. Der Krieg kam dazwischen. Und dieser Krieg, der für unser gesamtes Volksleben von größter Bedeutung ist, er war auch, wie wir schon hervorhoben, für das religiöse Leben von außerordentlichem Einfluß. Er war wie ein Sturm, der hineinfuhr in die Seelen und in so manchem Herzen den nur noch glimmenden Funken religiösen Lebens wieder aufflammen ließ. Aber er hat noch mehr erreicht; er hat vermittelnd gewirkt zwischen der kirchlichen und der unkirchlichen Frömmigkeit. Er hat vieles, was trennend zwischen ihnen stand, hinweggefegt und das, was beiden gemeinsam ist, ans Licht gebracht. Die Gegner, die sich bislang in immer heftiger werdendem Kampfe gegenüberstanden, lernten sich kennen und verstehen. Das große gemeinsame Erleben ließ sie empfinden, daß es im Grunde das Gleiche war, was sie suchten und wollten und daß sie beide schöpften aus den gleichen Quellen lebendiger Kraft.

Die Kirche tat ihre Tore weit auf. Alles Kleinliche und Engherzige, das viele so abgestoßen hatte, trat ganz in den Hintergrund. Sie betrachtete es nicht mehr als wichtigste Aufgabe zu wachen über der Reinheit der Lehre, sondern sie erkannte ihren eigentlichen Beruf: religiöses Leben zu erwecken und zu pflegen die Kräfte, die aus der Religion entspringen, dem Volke zu vermitteln. Eine ganz einfache, schlichte, undogmatische Frömmigkeit war es, die seit dem Tage des Kriegsausbruches auf den Kanzeln laut ward. Daß noch vor ganz kurzer Zeit hitzige Kämpfe um kirchlicher Lehrsätze willen geführt wurden, war wie vergessen. Jetzt galt es Größeres, Wichtigeres: aufzubauen, zu pflegen und zu stärken, was immer an religiösem Leben sich fand. Man suchte Antwort zu geben auf alle die Fragen, mit denen die Menschen zum Gotteshause kommen und Hilfe zu schaffen, für all die äußeren und inneren Nöte, die sie durchmachen mußten. Freudig erkannte die Kirche dabei an — vor allem durch die vielen ergreifenden Zeugnisse aus dem Felde überwunden — daß echte Frömmigkeit, wahres religiöses Leben auch da zu finden sei, wo man weit entfernt ist, alle Glaubensartikel der Kirchenlehre für richtig zu halten und sich zu eigen zu machen. Daß es bei alledem viele Vertreter der Kirche auch jetzt noch gibt, an denen der Geist dieser Zeit so gut wie spurlos vorübergegangen ist, läßt sich leider nicht leugnen, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß aufs Ganze gesehen — die kirchliche Frömmigkeit neue Züge und neues Leben erhalten hat.

Auf der anderen Seite hat aber auch die neue Frömmigkeit zugelernt. Zunächst hat sie in dieser Kriegszeit einsehen müssen, welch einen Wert die Kirche als Organisation hat. Die Landeskirchen wurden, als wäre das ganz selbstverständlich, die Mittelpunkte des neuerwachten religiösen Lebens. Man begriff, welch eine Bedeutung diese große, das ganze Land überspannende,

feste Organisation für das geistige Leben eines Volkes habe, und man ahnte wohl, welch ein Schaden es wäre, wenn dieses in Jahrhunderten gewordene Gebäude zertrümmert würde, ehe man wirklich etwas Gleichwertiges, ebenso Dauerhaftes an die Stelle zu setzen hätte.

Zum andern empfand man es, welch ein Wert in dem Begriff „Gemeinde" enthalten ist. Die unkirchliche Frömmigkeit war im allgemeinen „subjektivistisch". Jeder glaubte, „nach seiner Façon" selig werden zu können. Jeder dachte, seine religiösen Bedürfnisse gingen niemand sonst etwas an. Der Grundsatz: „Religion ist Privatsache" galt auch für diese außerkirchliche Frömmigkeit. Jetzt fühlte man mit einem Male die große Kraft, die aus gemeinsamer Andacht strömt. Der einzelne saß als Glied eines größeren Ganzen in überfüllter Kirche oder stand draußen im Felde zusammen mit vielen Kameraden vor dem Feldaltar. Man fühlte, daß alle die andern Gleiches dachten und empfanden und suchten, wie man selbst. Wie ergreifend klangen die Lieder, in denen die gemeinsamen Gedanken und Gefühle, Sorgen und Hoffnungen laut wurden! Es war, als ob aus dieser Gemeinschaft neue wunderbare Kraft ausströmte, die den einzelnen innerlich hob und stärkte, wie man es nie zuvor empfunden, wenn man sich in der Einsamkeit religiösen Stimmungen hingegeben hatte. Für manchen ist solch ein Gottesdienst zu einem unvergeßlichen Erlebnis, ja wohl gar zu einer Offenbarung geworden, die ihm die Bedeutung des christlichen Gemeindelebens wieder klar zum Bewußtsein brachte.

Dazu kam noch ein drittes: Es wuchs auch in vielen Herzen wieder das Verständnis für die tiefen Wahrheiten, die in den Lehrsätzen der Kirchenlehre enthalten sind. Der Glaube an einen persönlichen Gott, in dessen Hand unser aller Leben ruht, wie das Schicksal der Völker, die Liebe zu den Brüdern, die sich im Mitgefühl, in helfender Liebe, in der Opferwilligkeit für andere äußern soll, die Hoffnung auf ein ewiges Leben, das alles ward wieder als tiefe, heilige Wahrheit geahnt und empfunden von so vielen, die bis dahin an diesen Begriffen achtlos und geringschätzig vorüber gegangen waren. Aber auch die Lehre vom stellvertretenden Leiden, von der Bedeutung des Opfers, das in der Hingabe der ganzen Persönlichkeit an ein hohes Ideal besteht, wurde durch die Erlebnisse des Krieges von neuem ins Licht gestellt. Man begriff wieder, daß die dienende Liebe etwas Großes und Edles ist, und daß es das Größte und Höchste ist, das Leben hinzugeben für die Brüder. So trat das Starke, Männliche, Heldenhafte wieder mehr hervor, das in der Persönlichkeit Jesu liegt und vor allem in seinem Leiden und Sterben sich offenbart. Und die Lehre von der Sünde und Schuld? Hat nicht auch sie wieder ein besseres Verständnis gefunden auch unter solchen, denen das Predigen über die Sünde besonders zuwider war? Man spürte ja selbst so recht die unheimliche und verhängnisvolle Macht der Sünde: die Macht der Lüge, der Verleumdung, des Hasses, der Unbarmherzigkeit, der Selbstsucht, des Mammonsinnes, der Genußsucht, der Oberflächlichkeit, der Unzucht. Man fühlte, daß Völker und Menschen, die

nicht von dieser Macht befreit und erlöst werden, nicht gesund sind, nicht so sind, wie sie sein sollten. Und nicht etwa wie eine Krankheit sah man die Sünde an, nein, man empfand sie wieder als Schuld. Und deutlicher als zuvor erkannte man, wie nötig ein jedes Volk, auch unser Volk, zu seinem Heil, zu seiner Gesundung das Evangelium braucht, das uns zeigt, wie der Mensch frei wird von Sünde und Schuld.

Das alles aber sind von jeher Grundgedanken der kirchlichen Frömmigkeit gewesen. Wenn diese Gedanken auch die außerkirchliche Frömmigkeit durchdringen, so wird auch das dazu mehr und mehr beitragen, daß der Boden für eine weitere Verständigung geebnet wird. So wagen wir zu hoffen, daß auch nach dem Kriege kirchliche und unkirchliche Frömmigkeit sich immer besser verstehen lernen und daß der Burgfriede, der jetzt zwischen ihnen herrscht, den Anfang der Verständigung und Versöhnung bedeutet. Und das wäre fürwahr ein großer Segen für unser ganzes Volk, denn, wenn wir auch noch nicht wissen, was die Zukunft unserm Lande bringen wird, so ist doch gewiß, daß wir auch nach dem Kriege alle guten Kräfte, die in unserm Volke wurzeln — und dazu gehören an erster Stelle die religiösen — dringend nötig haben werden, um die vielen großen und schweren Aufgaben bewältigen zu können, die auch nach dem Kriege unserer warten!

Mehmed Emin als Volkserzieher

Von Schulrat Eberhard

Dem Begriff einer „Nationalliteratur“ haben innerhalb der Türkei erſt die jüngſten Ereigniſſe den Boden bereitet: der Übergang von der Deſpotie zu der verfaſſungsmäßigen Staatsform und die lehrreichen Erfahrungen des Balkan- und des Weltkrieges, die eine Reihe ſittlicher Kräfte entbanden. Dieſes ſpäte Erwachen hängt nicht nur mit dem Einfluß des Perſiſchen auf die Sprache und Literatur zuſammen, das die türkiſche Geiſteswelt Jahrhunderte hindurch in ſeine Feſſeln geſchlagen hatte und den natürlichen Blutkreislauf hemmte; es kommt auch nicht bloß auf Rechnung der franzöſiſchen Romantik, die nach dem Krimkriege in dem vornehmen Konſtantinopel den Ton angab und aufs neue dem Erwachen eines nationalen Bewußtſeins und der Entwicklung eines bodenſtändigen Schrifttums in den Weg trat, vielmehr kommen die Äußerungen des politiſchen Regiments hinzu, das unter Abdul Hamid jahrzehntelang geblüht, nein gewuchert hat: die Willkürherrſchaft des Abſolutismus, der launiſche Deſpotismus, die jede freiere Geiſtesregung unterdrückende Zenſur und das verhängnisvolle Spitzelſyſtem. Der Begriff des Vaterlandes war den osmaniſchen Türken nicht nur weſensfremd, da Balkan und Anatolien keineswegs das Stammland der herrſchenden Eroberer-raſſe ſind, ſondern er galt auch als anrüchig und politiſch verdächtig. Was für Umtriebe mochten die Reformer unter dieſer Firma verſtecken! Den Großherrn mochten die duftenden Lieder preiſen und ſeiner Dynaſtie den immergrünen Kranz reichen, des Islams Kraft und welterobernde Miſſion mochten ſie beſingen, aber das „Vaterland“? ... Es war ein Zeichen der Zeit, daß vor der Jahrhundertwende ein treuer Patriot wie Mehmed Tewfik ſein nationales Empfinden in einem langen Frühlingsgedicht verſtecken mußte; die Hamidiſche Zenſur konnte das Bekenntnis echteſten Vaterlandsgefühls nicht vertragen:

Die Völker neiden uns das Vaterland,
Denn ſeinesgleichen gibt es nicht auf Erden;
Wir küſſen freudig deine Mutterhand,
Daß wir aufs neue deine Kinder werden.
Dir liegt zu Füßen unſer Hab und Gut,
Dein ſind wir, Vaterland, mit Gut und Blut,

und die Literatur litt unter ſolcher Engbrüſtigkeit.

Die persisch-arabischen Versspielereien hatten überhaupt mit ihrem reizenden und doch so abgenutzten Glockenklang von gül (Rose) und bülbül (Nachtigall) den gesunden Geschmack verdorben, und die Übersetzung und Nachahmung der französischen Sensationsschriftstellerei vermochten das ästhetische und das sittliche Urteil nicht zu verbessern. Die Dichtkunst wurde zu einer in den Salons Alt-Stambuls grassierenden Mode, und sie hatte Neurastheniker und Werthernaturen im Gefolge. Noch heute gibt es eine Gruppe in der heranwachsenden Jugend Konstantinopels, namentlich unter der Weiblichkeit, deren Lebenselement neben dem Klavierspiel in dieser Art von Lektüre besteht und deren Lebensstimmung diese Geisteskost vergiftet; sind doch nach Rieder Paschas verdienstvollen Untersuchungen von den Türken der Hauptstadt ohnehin mindestens 80 Prozent Neurastheniker.

Da kam der Umschwung der Jahre 1908 und 1909, und das in mannigfachen Keimen ansetzende neue Leben wirkte kräftigend auf Presse und Poesie ein. Die Machthaber des jungtürkischen Regiments hatten sich in ihren unfreiwilligen Auslandsaufenthalten bei einem Vergleich zwischen der Bedeutung des heimischen und des fremden Schrifttums der Erkenntnis nicht verschließen können noch wollen, daß Poesie ihrem Wesen nach mehr ist als Übersetzung oder Nachahmung fremder und andersartiger Vorbilder, mehr als melodisches Reimgeklingel oder weltschmerzliche, willensschwache Lebensstimmung, mehr auch als ein bloßer Genuß für müßige Stunden. Entwicklung einer nationalen Literatur bedeutet Entwicklung des türkischen Volksbewußtseins und Kraftbildung — dieser Gedanke verbreitete sich jetzt in den Oberschichten, und er ließ die Dichtkunst als ein Geistesgut erkennen, das Gabe und Aufgabe für das Gemeinschaftsleben in sich schließt. Es wurde deutlich: erst die Gemeinsamkeit der Gefühls- und Gedankenwelt, die im Liede zum Ausdruck kommt, macht ein Volk wirklich zum Volke, darum ist die Poesie und werde sie immer mehr ein Grundpfeiler für den Aufbau nationalen Lebens!

Jetzt war für Mehmed Emins Wirken der Boden bereitet und die Stunde gekommen. Denn so reich und feurig ihm auch die Lieder vom Munde fließen, des Gesanges Gabe ist ihm doch nur ein Mittel zum Wollen und Wirken: er will starke Männer für den Lebenskampf erziehen und für den Dienst am Vaterland ertüchtigen, er will nicht schwachseelige Ästheten ergötzen. Diese volkserzieherische, vaterländische Ader leiht seinem Wirken, den Stoffen wie der Form seines dichterischen Schaffens, so sehr das Gepräge, daß man ihn wohl den türkischen Ernst Moritz Arndt genannt hat. Freude am Vaterland, Liebe zu der Heimatscholle, Preis ehrlicher Arbeit, Pflege des stillen Glückes, Aufbau des sozialen Gewissens, das sind die starken Wurzeln seiner Kraft und Kunst, und was es für die Erneuerung des türkischen Volks- und Staatslebens bedeuten müßte, wenn es gelänge, diese Werte in den breitesten Kreisen lebendig und beherrschend zu machen, kann nur der des Orients Kundige voll ermessen.

Dem Dichter Mehmed Emin verdanken die Türken ihre Nationalhymne. Seine kriegerischen „Türkenlieder" (1898) haben zuerst die Augen auf ihn gelenkt und ungeheuren Anklang im Volke gefunden; sie halfen den Begriff des „Vaterlandes" in das Türkenherz einbürgern. Neue Töne voll starken nationalen Schwunges fand seine Leier in dem großen Weltenbrand der Gegenwart. Ein unbeschreiblicher Erfolg war ihm beschieden, als er kurz vor der amtlichen Verkündigung des Heiligen Krieges, Ende Oktober 1914, vor einer tausendköpfigen Menge in Konstantinopel den Weckruf vortrug: Ai Türk, ujan! d. h. „Türke, wach auf!" (in deutscher Übersetzung Laibach 1915, 26 S.). Der Dichter schildert hier in hochpatriotischer, die innersten Gefühle aufrührender Sprache die stolze Vergangenheit des Türkenvolkes mit seinen Ruhmestaten, seiner geistigen Kultur, seiner Ehrfurcht vor dem Glauben und der Überzeugung anderer. Und jetzt — welch furchtbarer Niedergang seit dreihundert Jahren! Aber die Zukunft winkt. Ein neues weites Reich kann erstehen. Darum trockne deine Tränen! Stärke dich und rüste dich dafür! So ruft der Dichter seiner Nation zu. Dann zeigt er ihr das neue Vaterland, das Morgenrot der kommenden glanzvollen Zeit. „Die Verse wirkten wie ein Feuerbrand." Im Nu war die erste Auflage der Buchausgabe vergriffen, und in allen Händen sah man die kleinen roten Hefte. Gewiß mischt sich viel Überschwang in das Feuer dieser Dichterseele, aber von großen Zielen lebt die Seele, und an den Zukunftsträumen nährt sich die Begeisterung. Darum ist gerade sein Turan-Lied, in dem der Dichter schaut, wie Groß-Turans Reich das ganze Asien unter der türkischen Flagge vereint, zu dem Credo der osmanischen Jugend geworden:

Jedes Wort ist unser eigen,
Das aus türkischer Kehle klingt;
Unser ist der Länder Reigen,
Der drei Welten in sich schlingt.

Turan, heilig hehres Turan,
Jeder Winkel raunt mir Sagen,
Märchen von dem ersten Urahn
Aus den alten Heldentagen.

Deine tausend Herrscher lassen,
Heldentapfre Volkserhalter,
Vor dem deinen mir erblassen
Hindostans und Chinas Alter — — — —

Mehmed Emin war inzwischen mit dem aus Rußland eingewanderten Türken Aktschura Oghli Jusuf zum Führer der türkisch-nationalen Partei geworden, und die Richtung, die sich heute als Panturkismus neben den verblassenden Osmanismus und den unter der Asche neu angefachten Panislamismus stellt, findet in ihm ihren begeisterten Anwalt. Ein Kreis von Gesinnungsgenossen hat sich um ihn geschart, und der Turangedanke: die Vereinigung der Türkenstämme zu einem zukünftigen, umfassenden nationalen Reich, schlingt, bisweilen untermischt mit islamischen Idealen, das einigende Band um diese Nationalisten — „das Vaterland ist für den Türken weder die Türkei noch Turkestan, das Vaterland ist ein großes unendliches Land: Turan . . ." singt einer der berufenen Apostel dieser türkistischen Schule, Zia Gjök Alp, in seinem Gedicht

„Turan". Aber keiner erreicht an Kraft und Urwüchsigkeit des Ausdrucks, an Ernst und Wucht des Inhalts, an melodischem Fluß und verständlicher Sprache den Meister.

Seine Dichtung hat auch die Frauenwelt von heute stark ergriffen. Im guten Mittelstand der Hauptstadt hatte schon der Balkankrieg nationale Kräfte wachgerufen, die im Samaritertum, in Liebesdienst und opferwilliger Arbeit sich äußerten, und immer vollständiger wurde hier das überkommene Leben der Instinkte von dem Leben moralischer Ideen besiegt. „Wir wollen uns, wie unsere Schwestern in den Kulturländern, in den Dienst unsres Volkes, unsres Vaterlandes stellen." „Unser Land wird leben!" Das war der Grundton dieser Bewegung, und innere Wiedergeburt gilt als das Ziel aller Arbeit. Die neue türkische Frauenwelt bewährt ihre Kriegsfürsorge auch gegenwärtig glänzend, Mehmed Emin aber widmete dem national empfindenden „Nähverein türkischer Frauen" (Bitschgi ju du), der mit der überlieferten weiblichen Tatenlosigkeit und rechtlosen Absperrung vom Leben so nachdrücklich brach, sein reizendes, vielbeachtetes Gedicht: „Näh', meine Nadel, näh'!" (deutsch bei Eieslar in Graz, 1915, 8 S.). Paul Schweder hat in seiner Kriegsberichterstattung die Anfangsverse so verdeutscht:

Nähe, fleißige Nadel, nähe
Für die Kämpfer warme Kleider,
Für die Helden an den Grenzen,
Das ist eine liebe Pflicht.

Nähe, fleißige Nadel, nähe —
Dieses Hemd in meinen Händen
Soll des jungen Türkenhelden
Starken, mutigen Leib bedecken.

Hineingewoben werden Gedanken über den Wert der Frau für ein Volk:

Ist der Mann das kalte Eisen,
Ist die Frau das heiße Feuer,
Ist die Sonne, die mit Hoffnung,
Die mit Liebe uns erwärmt.

Denn ein Land, das ohne Frauen,
Kann nicht hassen, kann nicht kämpfen
Vor dem Feinde — ist zum Tode,
Ist zum Untergang verdammt.

Damit legt der Dichter den Finger auf eine offene Wunde am türkischen Volkskörper und sucht in gefälliger Form die öffentliche Meinung für die sozialpolitische Erkenntnis zu gewinnen, die jüngst im Ikdam Ali Kemal dahin formulierte: Wenn die Hälfte eines Volkes versklavt ist, kann die andere nicht frei sein. Der Dichter preist alsdann die Größe des Türkenvolkes und die Macht des Großtürkenlandes, die wiederkehren soll. Packend ist der Schluß: „Geschworen haben wir's: Bis zum Tage, wo du mit Ehren heimkehren wirst, soll die ganze Jugend, die ganze Frauenschaft nur dir Dienst weihen! Die Schönen sollen mit Gesängen im Geist eine große Liebe entzünden, die Rosen pflückenden Hände sollen die blutenden Wunden pflegen, jedes Mädchen wird entweder dem großen Turan eine gestickte Fahne weihen oder sich selbst ein blutiges Leichentuch. Näh, meine Nadel, näh! Die rote Fahne mit Mond und Stern, die ihren Schatten breiten soll über das ganze Turanland."

Das Gedicht, mit einem Bilde, das die an einer osmanischen Fahne nähende Türkin darstellt, geschmückt, erschien jüngst neben einem anderen, das

den Fahnenträger preist, in einem Bändchen unter dem Titel: Himmelstöne oder Himmelslaute (es ist eine beliebte Vorstellung, daß dem Türken ein Befehl vom Himmel kommt). Ursprünglich hatte es Mehmed Emin in der pantürkischen Zeitschrift Türk jurdu (=Türkenheimat) veröffentlicht. Dieses literarische Unternehmen setzte sich bei seinem erstmaligen Erscheinen, alsbald nach dem Sturz des Hamidisch-despotischen Regiments, unter dem Titel Türk dernaji die Erforschung der Türkvölker in ihrem ganzen Umfang zum Ziel. Aber recht lebensfähig wurde es erst im Jahre 1912 durch seine Umwandlung in den Türk jurdu. Die Leitung des Blattes unternahm der geistig hochstehende Aktschura Oghli Jusuf, der seit 1910 in Konstantinopel lebt und der hochintelligenten turkotatarischen Gruppe angehört; er bekleidet gegenwärtig eine Professur für moderne türkische Geschichte an der Universität zu Stambul. Das stille Wirken dieser freiheitlich gesinnten, aus Rußland eingewanderten Türken, die recht eigentlich innerhalb Europas die reine unvermischte Türkenrasse vertreten, kann im Dienst des nationalen Gedankens nicht leicht überschätzt werden; Aktschura und der mit ihm befreundete Begründer der nationalen Literatur, Mehmed Emin, wurden und sind noch heute die Führer und markantesten Vertreter der türkisch-nationalen Bewegung in der Türkei. Ihr Freundschafts- und Gesinnungsbund tritt auch darin zutage, daß für den zweiten Jahrgang der neuen Zeitschrift Mehmed Emin die Schriftleitung übernahm. Türk jurdu war die Pflegestätte des türkischen Volkstums und wurde darum auch die Wiege der Mehmedschen Volkspoesie. Hier erschienen erstmals seine Gedichte: Johann Gutenberg (ein Preis der Muttersprache als des Gerüstes für das Gebäude der Wissenschaft), Anatolien, die Türkenheimat, Der junge Türke (ein Kriegslied), Zwiespalt, Haß, Der Leuchtturm, Der Schiffer, Der Schmied; die Bücherei von Türk jurdu gab auch zum erstenmal die gesammelten Gedichte des Sängers heraus, der zum Volksfreund und Volkserzieher geworden war.

„Wir wollen dem Türkenvolk dienen, den Türken Nutzen bringen. Das ist unser Ziel", so lautet kurz und klar das Programm der nationalen Zeitschrift. Darin liegt schon, daß Mehmed Emin nicht einseitig ein Kriegsrufer ist, sich auch nicht bei einem billigen Kling-Klang-Gloria-Patriotismus beruhigen kann. Sein Tun und Dichten zielt auf die Stärkung von Volk und Vaterland im weitesten Sinne; er will aufbauen und seine Volksgenossen aus der orientalischen Indolenz zu einer aufbauenden Tätigkeit hinüberzuführen ist seiner Seele heißes Bemühen. Er gleicht auch darin wieder dem teutonischen Ernst Moritz Arndt, dem „Gewissen" der Deutschen. Denn wie dieser nicht nur die Leipziger Schlacht in einem feurigen Preislied gefeiert hat, sondern auch dem „Geist der Zeit" in tiefgründigen Darlegungen nachging und ihn zu bestimmen suchte, so fühlt auch Mehmed Emin seiner Zeit und seinem Volke den Puls, um darnach die Heilmittel zu bemessen und die Wege zu äußerem Glück und innerem Gedeihen zu weisen. Zwei Quellen sind's vornehmlich, deren Segensfluß und Friedensfülle seine Harfe den Volksgenossen nicht ein-

dringlich genug zu preisen weiß — verachtete Vorwürfe für manchen Nur-Dichter und raffinierten Künstler, und dennoch die Säulen der Wohlfahrt für ein darniederliegendes Land, ein verelendetes Volk: — den Landbau und das Handwerk.

Es gemahnt fast an die Kunst des alten Homer, wenn Mehmed Emin andachtsvoll die Güte der Mutter Erde preist, die voll reicher Frucht allen Nahrung beut, die sie erarbeiten wollen. „Wir Türken sind ein Bauernvolk", darum gilt es, den Tag zu nutzen und den Boden mit starken Armen zu bestellen. „Der schönste Zustand ist für uns der Schweiß auf der Stirn und die Schwiele in der Hand," so ruft er einem jungen Landmann zu, der sich der Trägheit hingibt. „Vorwärts! Marsch! Du bist hinter den anderen zurückgeblieben. Zieh deinen Schuh an, treibe die Ochsen an!" Besonders schön ist das Hohe Lied des Landmannberufes, das er so einleitet: „Gold her, Gold!" — „Nein, Bruder, diesen Gedanken gib auf! Das goldene Zeitalter ist seit langem vorüber, jetzt ist das eiserne. Töricht ist der Träge, der das Eisen gering achtet und dann Tag und Nacht vom Golde phantasiert. Diese bescheidenen Dinge, die du da siehst, als: Same, Ochse, Hacke, Sichel — die sind es, welche wirklich die Besserung des Loses bringen; die brachten und bringen noch immer Segen jedem Herde. Die halte du heiliger als sonst irgendetwas auf der Welt. . . . Landmann sein, ist etwas Großes. Die Saat macht das Vaterland blühend. Der Pflug ist ein edles Werkzeug, der Schweiß des Angesichts ist eine Wonne. Solche Wonne kannst du sonst in keinem Berufe finden."

Wie kräftiger Geruch der Scholle steigt es aus solchen Zeilen auf. Der Dichter, selbst ein armer Fischersohn aus Anatolien, kennt die Verwahrlosung des Landes und des Volkes; er weiß auch, wie dem anatolischen Bauer geholfen werden kann, und so arbeitet hier der Volkswirtschaftler, dessen Herz in Andacht, Liebe und Ehrfurcht der mütterlichen Erde verbunden ist, an dem Aufbau des Landes und an der Hebung des Lebensmutes und der Lebenskraft.

Die gleiche Stimmung der Gesundheit und der Kraft, der Arbeitsfreude und des Schaffensfleißes atmen und pflanzen auch die Gedichte, die den Handwerker bei seinem Schaffen zeigen. Es ist der uns so vertraute Gedanke:

Arbeit ist des Bürgers Zierde,
Segen ist der Mühe Preis;
Ehrt den König seine Würde,
Ehret uns der Hände Fleiß,

der hier dem ganz anders gearteten Volkscharakter des Orientalen in tausend wechselvollen Formen und Bildern nahegebracht und eingehämmert wird; Mehmed Emin arbeitet geradezu an der Lösung eines unendlich schwierigen soziologischen und psychologischen Grundproblems des Orients, wenn er in seinen Landsleuten Arbeitsbedürfnis und Arbeitsfreude zu wecken strebt und sie zu den sittlichen Kräften der Arbeit hinleitet. Und wieder drängt sich ein Vergleich mit dem ehrenfesten Ernst Moritz Arndt auf, wenn wir die Freude an dem

uralt-ehrwürdigen Schmiedehandwerk wahrnehmen, das dem Manne für seine Rechte Säbel, Schwert und Spieß aus dem Eisenschoß der Erde darreicht. Der Schmied mit Hammer und Amboß hat es dem männlichen Sinn des Dichters besonders angetan, aber auch für den Töpfer, den Fischer, den Matrosen findet er wunderschöne Worte. Der „Rat des Schmiedes" an den Sohn auf dessen arbeitsträgen Ruf „Komm, woll'n gehen!" lautet: „Nein, mein Sohn, jetzt ist meine Arbeitszeit. Sieh, ich habe das Eisen, das in der Esse liegt, noch nicht geschmiedet. Heute muß ich vor der Esse, die bläuliche Flamme sprüht, jene weißroten Eisen schmieden. — Es ist keine Lüge; in dieser Welt gibt es Orte, die wie das Paradies sind. Aber nur die, die sich ihr Brot verdienen, spüren die Süßigkeit davon. — — — Darum soll mein Rat für dich sein: arbeiten! Ja, mein Kind, wenn du in dieser Welt glücklich leben willst, gib dem Amboß, was ihm zusteht, solange du noch Kraft im Arm hast. — — — Zuerst kommt der Hammer und der Schweiß auf der Stirn, dann das Vergnügen." An einem Schmiede weiß er es auch klarzumachen, wie man sich von dem Straßenbettler zu einem angesehenen Handwerksmann emporarbeiten kann.

Anspannung aller Kräfte des Körpers und des Geistes, Fleiß, Ausdauer und Vorwärtsstreben — das ist es, was dieser schlichte, echte Volksmann dem Nähr- und Gewerbestande unermüdlich in Wort und Schrift predigt. Aber der Mann aus dem Volke kennt auch die Aussaugung des kleinen Mannes durch ein gewissenloses System und hartherzige Obere, und heiße Zorngedichte hat er gegen Abdul Hamids Willkürherrschaft geschleudert. Er hat in seiner Jugend dies Blutsaugersystem vielleicht am eigenen Leibe erfahren und in ohnmächtiger Wut die Fäuste geballt; darum fügt sich ihm nun zu der Losung der Arbeit und Selbsthilfe noch ein anderes hinzu: die Predigt der Liebe (Caritas) und der Barmherzigkeit, die dem Nächsten vorwärtshilft auf dem Wege zum Glück. Den Reichen solche Gesinnung zu zeigen und ihnen das soziale Gewissen zu wecken, dazu hat der ernste, tief sittlich fühlende Dichter eine Reihe seiner Gedichte geschrieben, und in ergreifenden Bildern voll echten, warmen Lebens zeichnet er das mannigfache Großstadtelend, damit es dem Begüterten ans Herz greifen und die Hand öffnen möge. Da ist die Kellnerin, die ihre junge Unschuld gefährdet, damit der Vater auf dem Dorfe sich von ihrem Sündensolde ein paar Ochsen kaufen könne, da ist die blasse, hungernde, kleine Streichholzverkäuferin, der blinde, frierende Bettler — wer kann diese mit so warmer, weicher Hand gezeichneten Typen je wieder vergessen?

Aber mehr als Almosen schulden auch die Reichen dem Wohl des Ganzen die Arbeit. „An einen Jüngling" ergeht die Warnung vor verstiegenen Forderungen an das Leben, und wieder zeigt sich der Dichter als ein feiner Kenner der Seele seines Volkes, die so gern in hochfliegenden Phantasien die letzten Ziele, den höchsten Kranz vorwegnimmt, ohne der Zwischenglieder zu achten oder gar mit den Hemmungen des Lebens zu rechnen. Das Leben wird

dir nicht alle Genüsse bieten, nicht alle Fragen lösen, nicht einen Engel in Menschengestalt zum Weibe bescheren. Darum: bescheide dich, nimm dir ein braves Weib und arbeite! Das schafft das Glück des Lebens. „An ein junges Mädchen" aber ergeht in dem Zwillingsgedicht der Rat, nicht nur Musik zu treiben, soviele Freuden sie auch bieten mag, nicht nur Romane zu lesen, sondern auf einen Lebensinhalt bedacht zu sein und vor allem sich für den künftigen Mutterberuf zu ertüchtigen.

Und wieder redet hier — und anderwärts noch deutlicher — der Soziologe seelsorgerisch zu dem Herzen seiner Landsleute und bietet eine Quader zu dem Aufbau des Volkslebens und der Volkswirtschaft in dem anatolischen Stammlande der Türkei, das unter der Geißel des Malthusianismus leidet. „Laßt uns unsere Kinderzahl vermehren," heißt geradezu die Überschrift eines seiner Gedichte, und ein anderes Mal fragt er: „Warum soll sie nicht gebären?" Ergreifend weiß er die Lage zu schildern, wie der türkische Bauer und die Bäuerin sich der Aufgabe der Erhaltung des Geschlechts entziehen, weil sie nicht Wesen das Leben geben wollen, denen es hernach an einer menschenwürdigen Daseinsmöglichkeit mangelt. Und mit beweglichen Worten führt er sie dann zu ihren Menschen- und Staatsbürgerpflichten hin und macht ihnen Mut zu den Kindern, indem er auf die immerwährende Erneuerung aller Lebewesen durch natürlichen Nachwuchs hinweist, für dessen Erhaltung eine höhere Macht sorgt. Dr. Hachtmann-Dessau hat dies Gedicht jüngst in der „Deutschen Levante-Zeitung" verdeutscht; es lautet in seiner Übertragung:

Warum soll sie nicht gebären?

„Kinder? Niemals!"
„Und warum nicht? Mutterschaft ist Weibespflicht!
Wenn du jedes Jahr den Bäumen ihre Früchte abverlangst,
Wenn um jedes Kälbchens Leben du mit treuer Sorge bangst,
Warum gönnst du denn das Dasein deinen eignen Kindern nicht?"

„Hungern würden sie!"
„Ach, schweig doch! Das ist Undank in der Tat:

Sieh, allüberall erglänzet unseres Gottes Freundlichkeit;
Selbst des Regenwurmes Nahrung hält die Erde stets bereit.
Weißt du nicht: Der uns den Zahn gab, gab uns auch die grüne Saat?"

„Sie soll nicht gebären!" sagst du. Nicht doch, Bruder, zeuge nur:
Offen Kind und Kindeskindern steht die ganze Erdenflur.
Kahle Berge werden fruchtbar, wohnt erst dein Geschlecht darin.

Deine Ernten sollen bringen für den Staat den reichsten Zoll,
Deine Herdstatt jeder Bauer allen Fremden zeigen soll,
Und je mehr du Gäste speisest, desto froher sei dein Sinn!

So schärft Mehmed Emin furchtlos und warm aus einem treuen Gemüt Hoch und Niedrig, Mann und Frau, jedem Stande und jedem Alter das Gewissen

in seinen Verpflichtungen gegen sich selber und gegen das Ganze, und indem er dabei alle akademische Belehrung des Nationalökonomen und alle gelehrte Theorie der Sozialpolitik glücklich vermeidet und statt dessen die schlichten, allen verständlichen Herzenstöne wärmsten sozialen Gefühls findet, darf er und dürfen wir mit ihm hoffen, daß er das Ohr und mehr noch das Herz seiner Volksgenossen finden, und daß reicher Segen aus seiner gottbegnadeten Leier auf das Land strömen wird. Ist Mehmed Emin doch heute fraglos der gefeiertste Dichter in der neuen Türkei und dazu so volkstümlich, daß auf ihn jener abgewandelte Sinnspruch keine Anwendung finden dürfte:

Wer wird nicht einen Mehmed loben?
Doch wird ihn jeder lesen? Nein!
Wir wollen weniger erhoben
Und fleißiger gelesen sein!

Man reißt sich um seine Gedichte; höchstens könnte man die letzte Zeile dahin abwandeln:

Wir wollen weniger erhoben
Und fleißiger beherzigt sein.

Denn nicht zum Preis und zur Unterhaltung, erst recht nicht für ein unfruchtbares Genießertum führt dieser siebenundvierzigjährige Mann seine Feder, sondern zur sittlichen Veredelung seiner Leser und zur praktischen Beherzigung für seine Mitmenschen. Darum liegt auch seine „Rede" letztlich gar nicht auf dem Felde der Lyrik oder Poetik, so gewiß er ein echter, großer Dichter ist, an dessen Sangesmund schon in der Wiege eine gütige Fee gerührt hat, sondern auf dem der Menschenbehandlung: Menschen zu Menschen bilden und sein Volk durch sittliche Erneuerung zur Größe erziehen, das ist die tiefste Kraft und Triebfeder in Mehmed Emins Wirken. Die Türken aber haben Grund, für diesen Volkserzieher und Menschheitspropheten gerade in der gegenwärtigen Stunde dankbar zu sein. Denn zuletzt sind es doch nicht Ideen, sondern kraftvolle, die Ideen verkörpernde Persönlichkeiten, die an der Zukunft bauen und die Geschichte eines Volkes gestalten helfen.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6518.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37.

Wilſon, Japan und wir

Von Amtsgerichtsrat Guſtav Schneider

In dem Aufſatz „Unſer Verhältnis zu Japan“ (Nr. 4, 1917, der „Grenzboten“) ſprach ich die Vermutung aus, daß zwiſchen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika Abmachungen beſtünden, wonach die Union England im Falle eines Konflikts (mit Deutſchland) „wohlwollende Neutralität“, dafür aber England den Vereinigten Staaten bei einem Kriege mit Japan weitgehende Unterſtützung zuteil werden laſſen müſſe. Seit der Niederſchrift dieſes Aufſatzes ſind einige Ereigniſſe eingetreten, die jene damals ausgeſprochene Vermutung mehr als wahrſcheinlich, faſt als ſicher erſcheinen laſſen. Schon früher konnte man dieſe Vermutung auf die merkwürdigen Beweiſe von „Neutralität“ gründen, die Wilſon uns während des Krieges gegeben hatte. Derſelbe Mann, der ſeinerzeit die Ausführung von Waffen und Munition aus den Vereinigten Staaten nach Mexiko als „unneutral“ bezeichnet hatte, nahm den umgekehrten Standpunkt in dem Weltkrieg der Entente gegenüber ein. — Weiter ſprach für jene Vermutung die ganze Wilſonſche Friedenspolitik. In der Botſchaft Wilſons an den amerikaniſchen Senat vom 22. Januar 1917 wurde es ganz deutlich, daß auf Wilſon und den Vereinigten Staaten eine ſchwere Sorge laſtet: eben die drohende Auseinanderſetzung mit Japan. Wenn Wilſon in der Botſchaft ſagte: „Nur ein ruhiges Europa kann ein dauerhaftes Europa ſein“, ſo lag ſofort die Frage nahe, welch großes Intereſſe denn Wilſon an einem „dauerhaften“ Europa haben könne. Betrachtet man aber die Lage der Union unter dem Geſichtswinkel der japaniſchen Frage, ſo leuchtet ein, daß die Union, deren kriegeriſche Schwäche ſich gerade eben in einer faſt lächerlichen Weiſe enthüllt hat, einem baldigen Angriffe Japans wehrlos preisgegeben wäre, wenn ſie nicht die Unterſtützung eines einigermaßen kräftigen

Europas fände. Daher auch die Worte Wilsons, daß es „ein Friede werden muß ohne Sieg." Die kriegführenden Teile sollen sich nicht sämtlich so erschöpfen, daß keiner, namentlich aber England, nicht mehr fähig sind, die Union demnächst gegen Japan zu unterstützen. Und der Friede soll nicht von einer Kriegspartei der anderen diktiert, aufgezwungen werden, weil dann die Gefahr besteht, daß zwischen den jetzigen kriegführenden europäischen Staaten der Krieg wieder von neuem ausbricht, vielleicht gerade in dem Zeitpunkt, wo Amerika die Hilfe Europas notwendig braucht. — Endlich gewinnt auch der etwas phantastische Gedanke Wilsons von einer Friedensliga, einem Weltfriedensbunde, der „den Frieden und das Recht auf der ganzen Welt sichern" soll, angesichts der japanischen Gefahr greifbarere Gestalt und Ziele. Japan soll eben, wenn es die Union angreift, von allen europäischen und amerikanischen Staaten als „Friedensbrecher" in seine Schranken zurückgewiesen werden. „Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen."

Außer diesen Erwägungen waren auch noch andere für Wilsons Schritte bestimmend. Ich habe in dem ersten Aufsatz schon darauf hingewiesen, welch großes Interesse Nordamerika daran hat, daß sich England in dem jetzigen Kriege nicht völlig erschöpft; einmal, weil infolge der starken Verschuldung Englands gegenüber den amerikanischen Gläubigern eine völlige Niederlage oder auch nur eine finanziell-wirtschaftliche Erschöpfung Englands der Union an und für sich schon höchst unerwünscht sein muß; ferner deshalb, weil die von der Union England bei der Auseinandersetzung mit Japan zugedachte Rolle erst recht es jener nahelegen muß, alles zu tun, um eine völlige Niederlage Englands zu verhüten oder auch nur zu verhindern, daß England zwar unbesiegt, aber doch völlig erschöpft aus dem großen Ringen hervorgeht. Trat in der Botschaft Wilsons vom 22. Januar 1917 das Interesse an einem baldigen Ende des Krieges am meisten hervor, so fügte sich der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland, nachdem wir den verschärften U-Bootskrieg erklärt hatten, folgerichtig dem ganzen Vorgehen Wilsons ein, das er während des Weltkrieges stets beobachtet hatte: uns immer dann in den Arm zu fallen, wenn wir uns anschickten, England an dessen Lebensnerv zu rühren. Das Ideal der Union wäre es gewesen, wenn unsere Gegner einen schnellen und leichten Sieg über uns davongetragen hätten, durch den wir unsere Kriegs- und Handelsflotte verloren hätten. England kann die Vereinigten Staaten bei einer Auseinandersetzung mit Japan nur dann wirksam unterstützen, wenn es unsere Flotte in der Nordsee nicht mehr zu fürchten braucht. Nachdem die Union ihre Hoffnung auf eine völlige Demütigung und Schwächung Deutschlands hatte begraben müssen, versuchte sie, uns wenigstens durch Sirenengesänge für den künftigen Weltfriedensbund einzufangen.

Unser verschärfter U-Bootskrieg aber mußte in Nordamerika eine doppelte Befürchtung auslösen: einmal die, daß England von uns niedergezwungen

werden und damit als „Bundesgenosse“ gegen Japan künftig nicht mehr in Betracht kommen könne; ferner die, daß ein siegreiches Deutschland in seiner Jugendkraft und bei seiner wirtschaftlichen Tüchtigkeit, seinem Fleiß und seiner wissenschaftlich-technischen Bildung einen viel gefährlicheren Wettbewerber auf dem Weltmarkte in Zukunft darstellen werde, als dies dem alternden England jemals, selbst im Falle eines vollkommenen Sieges, möglich gewesen wäre. So brauchen wir uns nicht zu wundern, daß die Union die diplomatischen Beziehungen zu uns abbrach; wir brauchen aber auch nichts zu fürchten, wenn es selbst zum Kriege zwischen uns und den Vereinigten Staaten käme, wenn wir andererseits England durch den verschärften U-Bootskrieg mürbe machen können. Die Vereinigten Staaten werden uns in Zukunft dann nötiger haben als wir sie, gerade mit Rücksicht auf den japanischen Konflikt; sie werden sich deshalb auch zu weitgehenden Zugeständnissen in wirtschaftlicher Beziehung gegenüber Deutschland bereit finden lassen. Jedenfalls wäre es jetzt ein verhängnisvoller Fehler, wenn unsere führenden Männer den U-Bootskrieg einschränkten, um einen weiteren und schärferen Konflikt mit der Union zu vermeiden.

Wilson hat geglaubt, die Neutralen würden ihm leicht folgen und nicht nur die diplomatischen Beziehungen zu uns abbrechen, sondern uns teilweise sogar den Krieg erklären. In dieser Rechnung hat er sich geirrt. Es zeigt sich eben, wie vorteilhaft es für uns ist, daß der Ankündigung des verschärften U-Bootskrieges die Erklärung unseres Friedensangebots und dessen Ablehnung durch unsere Gegner vorausgegangen waren. Im Frühjahr 1916, als wir uns von Wilson die größte Demütigung gefallen lassen mußten, die uns jemals seit 1870 zugemutet worden ist, mußten wir mit einer anderen Welt- und Sachlage rechnen. Wäre damals der Bruch mit der Union erfolgt, so wäre wohl nicht nur sofort Rumänien, sondern vielleicht noch manch anderer damals neutraler Staat kriegerisch, zusammen mit unseren anderen Feinden, gegen uns vorgegangen. Einem solchen gemeinsamen und gleichzeitigen Ansturm hätten wir aber wohl kaum Stand halten können.

So günstige Wirkungen aber auch das Friedensangebot in dieser und sonstiger Hinsicht, im neutralen Ausland und im eigenen Lande, gezeitigt hat, so müssen wir andererseits doch einem gnädigen Geschicke oder der Verblendung unserer Feinde danken, daß diese es nicht angenommen haben. Abgesehen davon, daß bei diplomatischen Verhandlungen und auf Konferenzen zum Zwecke einer „Verständigung“ leicht die Feder wieder das verdorben hätte, was das Schwert uns errungen hat, so hätte auch die Gefahr nahe gelegen, daß Wilson schließlich doch als Vermittler aufgetreten wäre, wenn wir uns auch zunächst seine vermittelnde Tätigkeit höflich, aber entschieden verbeten hatten. Heute, da Wilson die Maske abgenommen hat, zeigt es sich deutlicher denn je, daß er niemals eine neutrale, sondern immer eine englandfreundliche und deutschfeindliche Politik betrieben hat, daß er also niemals ein „ehrlicher Makler“

hätte sein können. Heute muß er, der Professor, der arbiter mundi, sich gefallen lassen, daß ihm die schwedische Regierung auseinandersetzt, was „neutral" zu sein eigentlich heißt. Heute fragen ihn wirklich neutrale Blätter, warum er mit zweierlei Maß mißt; warum die Amerikaner, die auf das Recht freier Fahrt für amerikanische Fahrzeuge pochen, dieses Recht nicht durch die Fahrt nach Hamburg, Stettin oder Triest beweisen. Es wäre fast widersinnig, wenn es deshalb zum Bruch zwischen uns und der Union gekommen wäre, weil unsere Maßnahmen das Leben der Amerikaner gefährden, die sich in das Seekriegsgebiet wagen, nachdem England zuvor noch weit schlimmere Maßnahmen, z. B. das Legen von offenen Minen in der Nordsee, getroffen hat. Wilson mußte aber vom amerikanischen Standpunkt aus einen Konflikt mit Deutschland als willkommene Gelegenheit ergreifen, um nicht nur ungeheuere Rüstungen zur See, sondern auch ähnliche zu Land zu betreiben; Schritte, die sich scheinbar gegen einen deutschen, in Wirklichkeit aber gegen einen künftigen japanischen Angriff richten. Bisher befand sich Wilson in der unangenehmen Lage, einerseits die Schalmei des Pazifismus anzustimmen, gleichzeitig aber auf der anderen Seite den militärischen Geist der Amerikaner wecken zu müssen. Jetzt kann er das unbesorgt und unbehindert tun; und es ist vielleicht die größte Ironie der Weltgeschichte, daß sich in diesem Kriege nicht nur England, sondern auch das noch viel mehr dem Pazifismus huldigende Nordamerika zu dem so verlästerten „Militarismus" bekehren mußte.

Aber all dies allein erklärt nicht den Schritt, zu dem sich Wilson uns gegenüber entschlossen hat. Es muß ein zwischen der Union und England abgekartetes Spiel vorliegen; es müssen Abmachungen zwischen beiden bestehen, nach denen Nordamerika verpflichtet war, England in der größten Gefahr beizuspringen, die sich diesem jemals genaht hat. Dafür besitzen wir heute auch noch einige authentische Zeugnisse.

Die „Bayerische Staatszeitung" brachte jüngst unter der Überschrift: „Ein geheimes Bündnis Amerikas und Englands gegen Japan und Deutschland" eine Mitteilung, laut der bei einem Festessen der frühere Präsident Roosevelt erklärt hätte, Amerika hoffe, daß England die Dienste Amerikas während des Weltkrieges nicht vergessen werde, und daß sich England bei der über kurz oder lang erfolgenden Auseinandersetzung zwischen Amerika und Japan genau so wohlwollend gegen Amerika zeigen werde. — Ebenso enthielt die schwedische Zeitung „Nya Dagligt Allehanda" am 8. Februar eine Mitteilung aus Amerika: seitdem Japan begonnen hätte, China zu vergewaltigen, hätten die Vereinigten Staaten mit England einen bindenden Vertrag abgeschlossen, daß sie nach dem europäischen Kriege gemeinsam die ostasiatische Frage lösen wollten; als Ersatz dafür hätten die Vereinigten Staaten England große positive Versprechungen gemacht. Man darf jedenfalls vermuten, daß die früheren ungeschriebenen Abmachungen, die seit etwa 1911 zwischen England und der Union bestanden, während des Weltkrieges zu einem bindenden Vertrag

erweitert worden sind, durch die die Vereinigten Staaten noch mehr als wohlwollende Neutralität zusicherten.

Es erhebt sich aber damit um so schärfer die Frage, was Japan zu alledem sagen und tun wird. In Japan hat die Tatsache außerordentlich verstimmt, daß der amerikanische Senat jüngst, trotz des förmlichen Ersuchens des japanischen Botschafters um Abänderung, das Einwanderungsgesetz angenommen hat, das sich scheinbar gegen die Analphabeten, in Wirklichkeit aber gegen die Gelben richtet. In den größeren Städten Japans wurden von den Massen, und zwar von Tausenden, Protestkundgebungen gegen die Union veranstaltet. Nach der „Täglichen Rundschau" ist man in Japan von einer Verbindung zwischen Amerika und England gegen Deutschland und Japan sehr gut unterrichtet. Lauter denn je fordern die japanischen Zeitungen die Kündigung des japanisch-englischen Bündnisses und seinen Ersatz durch ein deutsch-japanisches Bündnis gegen England. Die japanische Regierung wird aufgefordert, noch während des jetzigen Krieges den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären, da England während des Krieges mit Deutschland der Union keinen Beistand leisten könne. Japan wird nicht mit Gleichgültigkeit zusehen, daß sich das mächtige und reiche Amerika militarisiert. Wie ich schon neulich bemerkte, wird es, wenn es klug ist, nicht so lange warten, bis Nordamerika seine Rüstungen vollendet hat, sondern höchstens solange, bis England möglichst erschöpft ist. Es wird wohl zunächst einmal die Folgen unseres verschärften U-Bootskrieges gegen England abwarten und seine Ansprüche in einem Zeitpunkte erheben, wo England als tätiger Helfer Nordamerikas nicht mehr in Betracht kommt. Wir werden nicht allzugroße Hoffnungen hegen dürfen, daß Japan in kurzer Zeit schon Schritte gegen die Union unternimmt; aber wir werden doch das Vorgehen Japans im Auge behalten müssen, um rechtzeitig das Eisen zu schmieden.

In der japanischen Presse sagt man Lloyd George nach, sein Ehrgeiz ginge darauf aus, ein enges Bündnis zwischen England, Rußland und den Vereinigten Staaten zu schaffen. Der englischen Diplomatie ist es auch schon gelungen, die Beziehungen zwischen Rußland und Japan merklich abzukühlen. Man weiß in Tokio nur zu wohl, daß die englischen Bestrebungen dahin zielen, Japan die Vormachtstellung, die es im Osten errungen hat, wieder zu entreißen. — Andererseits ist in der letzten Zeit im amerikanischen Senat deutlich genug ausgesprochen worden, daß Japan eine größere Gefahr für Nordamerika sei als Deutschland. So findet uns vielleicht schon der Ausgang des Krieges in der günstigen Lage, daß Japan und Nordamerika, eines um des anderen willen, sich bemühen werden, wieder in freundschaftliche Beziehungen zu uns zu treten; daß dieses bereit sein wird, uns für unsere politische Stellungnahme weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen; jenes willens sein wird, uns aus demselben Grunde Genugtuung für Tsingtau und offene Tür in China zu gewähren. Sache unserer Diplomatie wird es sein, eine dann für uns bestehende günstige Lage zu möglichst großem Vorteil für uns auszunützen. Jedenfalls dürfen wir

dann unsere Entschließungen nur von real-politischen Gründen, nicht aber durch Ärger über Vergangenes leiten und bestimmen lassen. Es gilt für uns Nordamerika fast noch mehr als Japan gegenüber das Hartmannsche Wort, an das ich neulich erinnerte: „Wenn es schon töricht ist, auf Dankbarkeit in der Politik zu rechnen, so ist es doppelt töricht, sich durch Ärger über Vergangenes, durch Schmollen und Grollen in seinen Entschließungen beeinflussen zu lassen."

Der Polen Volkszahl und Sprachgebiet im russischen Anteil

Von Professor Kranz

Altpolen war lange eine Großmacht; noch in den Tagen des Niederganges unter Johann Casimir umfaßte es ein Gebiet von 21 400 und ein Jahrhundert später, zur Zeit der ersten Teilung, von 13 300 Quadratmeilen mit 14 Millionen Einwohnern. Seit der Vereinigung mit Litauen (1386) war es aber weder ein Nationalstaat, noch — seit und trotz der Union von Lublin (1569) und der Vertragsbestimmung: Polen und Litauen bilden einen unteilbaren „Leichnam" — ein Einheitsstaat. Denn beide Länder hatten zwar einen gemeinsamen, auf einem gemeinsamen Wahlreichstage zu wählenden und gemeinsam in Krakau zu krönenden König, auch die Reichstage und die Münze gemeinsam; das Großfürstentum Litauen, mit litauischer, weiß- und kleinrussischer, nicht mit polnischer Bevölkerung, behielt aber seine eigene Verwaltung, eigenes Finanzwesen und eigenes Heer und erhielt 1581 durch Stephan Bathory sein eigenes Obertribunal. Dem Vertrage zufolge stand zwar allen Bewohnern des Doppelstaates „die Ansiedlung in allen Landesteilen frei"; die Auswanderung aus Kronpolen nach dem Großfürstentum war aber andauernd so spärlich, daß selbst polnischem Druck, Blut und Wesen die Umwandlung der Autochthonen in Nationalpolen nicht gelang. Nur der fremdstämmige Adel ging, vom polnischen Adel in seine Wappenverbände aufgenommen, im Polentum auf, wogegen die graue Masse, vielfachen Bedrückungen und Lockungen zum Trotz, bis auf einen mäßigen Bruchteil der Muttersprache und dem Glauben der Väter treu blieb, des Gegensatzes des Blutes allmählich bewußt wurde und, was einst von polnischen Kolonisten über den Bug eingewandert war, restlos aufsog. Deshalb war und blieb das herrschende Volk in der Minderheit und

hat östlich seiner ursprünglichen Sprachgrenze sein Wohn- und Sprachgebiet nicht vorzurücken vermocht. Dieses ist auch heute erheblich kleiner als das der früheren Untertanen, was ich im folgenden an der Hand der Statistik für den russischen Anteil nachweisen werde. —

Der russische Anteil setzt sich aus Kongreßpolen und aus dem „Westgebiet" mit Litauen, Weißrußland und den drei kleinrussischen Gouvernements Wolhynien, Podolien und Kiew zusammen. Von ihm sind die neun Gouvernements des „Landes an der Weichsel" mit rund 115 000 Quadratkilometern und ein Jahr vor dem Kriege mit knapp 13, jetzt mit wohl nicht über 10 Millionen Einwohnern polnische Erde. Dieses Gebiet wies allerdings vor dem Kriege neben 76 Prozent Polen 24 Prozent „Fremdstämmige" auf: Litauer, Weiß-, Groß- und Kleinrussen, Deutsche und Juden. Die Litauer und Weißrussen waren aber in winziger Minderheit. Die Großrussen waren gering an Zahl und dürften fast sämtlich in die Heimat zurückgeflüchtet sein; die Kleinrussen sind allein im Gouvernement Lublin ($^1/_4$ Million) von Bedeutung; da sie dort nur in einem der zehn Kreise (mit mehr als einer Million Polen) eine absolute, in zweien neben beträchtlichen andersprachigen Minderheiten eine knappe relative Mehrheit haben, sonst im Verschwinden sind, so ist es kein Gebot der Gerechtigkeit, dieser Viertelmillion zuliebe aus dem bis an den Bug reichenden polnischen Sprach- und Staatsgebiete ein kleinrussisches Stück herauszulösen und etwa mit Wolhynien zu vereinigen. Eher wäre, auf Grund des Nationalitätsprinzips, das weit zahlreichere jüdische (zwei Millionen) und das deutsche Element (700 000) zu berücksichtigen. Das ist jedoch nicht durchführbar. Beide Völker, über das ganze Land zerstreut, haben nirgends ein geschlossenes Territorium inne. Deutsche finden sich zu zwei Dritteln an vielen Stellen auf dem Lande und zu einem Drittel in den Städten, wo sie nur im Petrikauer Industriebezirk, z. B. in Lodz und Umgegend, dichter gedrängt sitzen; Juden gibt es umgekehrt in den Städten und Flecken überall und in Massen, auf dem Dorfe nur vereinzelt. Aus dem Staatskörper des neuen Königreichs für jene und diese national geschlossene Stücke herauszuschneiden, wäre also nicht möglich.

In dem von den Polen neuerdings mit Vorliebe „Ostpolen" genannten Westgebiet (8559 Quadratmeilen) liegt die Sache anders. Zu dessen neun Gouvernements füge ich in der folgenden Tabelle das kongreßpolnische Gouvernement Suwalki (228 Quadratmeilen) hinzu. Es ist geographisch, historisch und ethnographisch litauisches Land, hat niemals zu Kronpolen, sondern bis 1815, wo es der Wiener Kongreß zum neugeschaffenen Königreich schlug, zum Großfürstentum Litauen gehört, wird deshalb heute nicht vom Generalgouverneur in Warschau, sondern von Ob. Ost verwaltet und ist im vorigen Jahre mit dem Gouvernement Wilna zu einem Verwaltungsgebiete vereinigt worden. In diesen zehn Gouvernements sind von 485 000 Quadratkilometern 477 000 fremdstämmiges und 8000, je 4000 in Grodno und in

Suwalki, geschlossenes, mit den Weichselgouvernements eng zusammenhängendes polnisches Wohn- und Sprachgebiet.

Nach dem Annuaire statistique de la Russie, also nach der amtlichen russischen Statistik zählte man im Jahre 1910 in den zehn Gouvernements:

	Einwohner	Polen	Prozent	Litauer	Juden
Suwalki	652 000	157 000	24	345 000	74 000
Kowno	1 775 900	159 830	9	1 172 630	245 075
Wilna	1 926 900	158 000	8,2	339 135	246 540
Grodno	1 951 700	197 120	10,1	8 905	339 595
Minsk	2 813 400	84 000	3	2 810	450 145
Witebsk	1 833 900	61 250	3,4	3 850	214 565
Mohilew	2 214 900	22 150	1	13 291	268 000
Wolhynien	3 846 500	238 480	6,2	—	507 740
Podolien	3 743 700	86 110	2,3	—	460 475
Kiew	4 556 000	86 560	1,9	—	558 830
	25 314 900	1 250 500	5	1 880 621	3 361 965

	Großrussen	Weißrussen	Kleinrussen	Deutsche
Suwalki	21 500	48 000	—	36 000
Kowno	83 470	43 510	1 950	24 860
Wilna	95 190	1 080 030	1 160	3 850
Grodno	90 870	858 160	441 280	11 710
Minsk	110 000	2 139 310	13 220	5 635
Witebsk	243 910	971 050	500	9 170
Mohilew	76 410	1 825 060	4 650	2 215
Wolhynien	134 630	4 620	2 696 010	219 250
Podolien	120 170	1 000	3 028 280	3 740
Kiew	268 350	7 850	3 703 260	18 225
	1 244 000	6 949 090	9 896 310	334 645

Von $25^1/_3$ Millionen Einwohnern des Westgebiets stellten die Polen 1910 nur $1^1/_4$ Millionen, d. h. nur 5 Prozent, nur in zwei Gouvernements, Suwalki und Grodno, über 10 Prozent, wofür der eine Grund bereits angegeben ist. An Zahl den Polen überlegen waren die Kleinrussen mit fast 10, die Weißrussen mit fast 7, die Juden mit $3^1/_3$ und die Litauer mit fast 2 Millionen; an Zahl unterlegen waren nur die Deutschen, fast gleich die Großrussen, die in Witebsk und Mohilew überwiegend bodenständig, sonst aus dem Innern zugezogene, heute geflüchtete Beamte, Militärs usw. gewesen sein dürften. Das polnische Element ist im Westgebiet — bis auf jene 8000 am Westrande liegenden Quadratkilometer — landfremd, so wenig massiert und so spärlich vertreten, daß ihm ein maßgebender Einfluß auf ein an Größe dem heutigen Deutschland nur wenig nachstehendes Gebiet unter dem Rechtstitel seiner Zahl nicht eingeräumt werden kann.

Polnische Publizisten und Gelehrte, z. B. die Verfasser der Krakauer Statystyka Polski, bezeichnen die für die Polen so peinlichen Ergebnisse der

russischen Volkszählungen für das Westgebiet als mangelhaft und zuungunsten der polnischen Nation zurechtgemacht. Trotzdem legen auch sie diese — faute de mieux —, von der einzigen russischen Volkszählung nach der Sprache, der von 1897, ausgehend, ihren Untersuchungen zugrunde. Sie errechnen sämtlich einen höheren Bestand ihrer Volksgenossen, den höchsten Maliszewski, und zwar mit einer Begründung, die Widerspruch herausfordert. Danach betrug die Zahl der Polen 1910 in den sechs litauischen und weißrussischen Gouvernements nicht 682000, sondern 1476000, weil „die Litauer und die römisch-katholischen Weißrussen zu Polen gravitieren", und in den drei kleinrussischen nicht 411000, sondern 817000, weil „zukünftig kein Katholik in diesen Gebieten eine andere Sprache als die polnische werde sprechen dürfen". Die polnischen Intellektuellen halten eben als Ideologen an der Zwangsvorstellung fest, daß nicht nur jeder Nationalpole ein römischer Katholik, sondern auch jeder römische Katholik im Bereich des ehemaligen Polen ein Nationalpole sein müsse. Tatsachen belehren und bekehren sie nicht, z. B. die, daß sich im Zartum 30000 Katholiken noch immer als Deutsche bekennen, und die, daß sich in den kleinrussischen Gouvernements römisch-katholische Großgrundbesitzer neuerdings zu ihrem Volke zurückfinden und sich als Führer der Ukrainer im Nationalitätenkampfe betätigen. Und gesetzt den Fall, daß jene Höchstzahl, um die 157000 Masuren Suwalkis vermehrt, also rund 2450000, der Wirklichkeit entspräche, der polnische Prozentsatz stiege, dadurch doch nur von fünf auf zehn Prozent, bliebe also so mäßig, daß sich irgend welche Ansprüche damit zahlenmäßig nicht begründen lassen.

In polnischen Köpfen nistet unausrottbar übrigens noch manch anderer Wahn. So z. B., daß ihnen ein Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung Polens in den weitesten Grenzen zustehe; daß ihnen durch Gottes Fügung bestimmt sei, die Herren, den anderen die Knechte zu sein; daß ihnen eine Kulturmission an den kulturlosen Litauern, Weiß- und Kleinrussen anvertraut sei, die sie in der Vergangenheit erfüllt hätten und auch in Zukunft zu erfüllen gewillt und imstande wären; daß sie unter „minderwertigen" Völkern das Volk von Bildung und Besitz gewesen seien, sein und bleiben müßten. Sie sehen nicht, daß sich der Erdball inzwischen gedreht hat; daß jene „minderwertigen" Völker, nach oben gekommen und zu eigenem geistigen und nationalen Leben erwacht, sich gegen polnische Bevormundung in der Manier von ehemals energisch wehren und entrüstet verwahren; daß sie, selbst „das gutartige aber verwahrloste Völkchen der Weißrussen" (7 Millionen), den Anschluß nicht an die polnische, sondern an die deutsche Kultur suchen; daß sie wirtschaftlich zu gedeihen beginnen und einen eigenen Mittelstand, Lehrstand und führende Männer aus sich herausschaffen; daß, was ehedem aus der Unterschicht emporsteigend, unfehlbar in die polnischen Reihen übertrat, heute in Stadt und Land zum eigenen Volke zurückkehrt; daß deshalb die kleine polnische Schar in der Fremde nach dem Kriege schnell zusammenschmelzen und dort eine ganz dünne Ober-

schicht von Großgrundbesitzern, Kaufleuten und Studierten sich zum Polentum bekennen wird.

Wie schwach sind dort nicht schon heute in den Städten die polnischen Erwerbsstände, Kaufleute und Handwerker, und die freien Berufe, wie ohnmächtig gegenüber dem jüdischen Mitbewerbe! Es ist bekannt und braucht nicht mit Zahlen belegt zu werden, daß die so zahlreiche Judenschaft ($3^1/_3$ Mill.) im ganzen Westgebiet den Mittelstand und einen ungewöhnlich hohen Prozentsatz der Städter bildet, in den kleineren der 121 Städte überwiegt, aber auch in den 25 größeren fast die Hälfte (47 Prozent) der Einwohner stellt.

Nur in Wilna, der Hauptstadt Litauens, das durch Jahrhunderte das Zentrum des polnischen geistigen und wirtschaftlichen Lebens mitten in litauisch-weißrussisch-jüdischem Lande war, sind Zahl und Einfluß der Polen relativ beträchtlich; vor dem Kriege stellten sie nach einer polnischen Quelle 31, im März 1916 sogar 50 Prozent der freilich stark zusammengeschmolzenen Stadtbevölkerung (137000 über zehn Jahre). Montwills „Wilnaer Agrarbank" versucht seit Jahrzehnten von dort aus, den polnischen Großgrundbesitz der Diaspora lebens- und leistungsfähig zu erhalten; die polnische Intelligenz ist dort eifrig bestrebt, das polnische Geistesleben, das in den Jünglingsjahren des Adam Mickiewicz in Litauen so rege war und noch zur Zeit des Aufstandes von 1863 die aufwärts strebende Jugend Litauens in seinem Bannkreis hielt, neu zu erwecken, um den verloren gegangenen Einfluß auf Litauer, Weißrussen und Juden wieder zu gewinnen. Diesem Zwecke dient seit Jahresfrist der Dziennik Wileński, die Gründung polnischer Schulen und das Bemühen um Reaktivierung der Wilnaer Universität. In Wilna gibt es nach polnischen Blättern bereits vier polnische Gymnasien, achtundvierzig private Elementatschulen, vier städtische Schulen, zwei Handelsschulen, ferner Handwerker-, Fortbildungsschulen und Analphabetenkurse. Im Gouvernement Wilna (mit 158000 Polen) seien bis jetzt zweihundert polnische Volksschulen gegründet worden, ebenso sei im Gouvernement Grodno die polnische Aufklärungsbewegung sehr stark.

Daß die Blütenträume, die sich an diese rastlose Tätigkeit knüpfen, sämtlich reifen werden, ist trotzdem unwahrscheinlich. Die Ureinwohner des Westgebiets sind von gleich großem Bildungseifer beseelt; was die Zeiten der polnischen Kultur und der russischen Barbarei ihnen an Bildung vorenthalten haben, das möchten sie jetzt in kürzester Frist sich aneignen; sie erhalten es und nehmen es gerne aus deutscher, nicht aus polnischer Hand; die humane deutsche Verwaltung errichtet für sie Volksschulen mit ihrer Muttersprache als Unterrichtssprache und sichert so ihren nationalen Bestand. Von den Bestrebungen der Ukrainer und der Litauer, ihr Volkstum zu erhalten und zu fördern, war schon vor dem Kriege die Kunde nach Deutschland gedrungen; von denen der Weißrussen hören wir jetzt zum erstenmal. Man unterschätze diese Bewegung nicht! Gewiß, dieses Volk wurde bisher durch großrussische Bedrückung in seiner

nationalen Entwicklung besonders schwer geschädigt und steht kulturell tiefer als Litauer, Polen und Kleinrussen; daß es kulturfähig ist und unter deutschem Einfluß das Versäumte nachholen will, ist die Überzeugung der deutschen Beamten, die nach deutscher Art selbstlos für die geistige und wirtschaftliche Hebung auch dieses — tatsächlich verelendeten — Volkes wirken; daß es das Objekt polnischer Kulturmission nicht werden will, hat es oft und deutlich genug zu verstehen gegeben; seit einem Jahre läßt es in Wilna eine weißrussische Zeitschrift „Homan" (Volkswille) erscheinen; diese wirkt für die Wiedergeburt der weißrussischen Sprache, die ehedem die Amtssprache in Großfürstentum Litauen war, aber unter polnischem und russischem Druck ihre angesehene Stellung unter den Sprachen Europas verloren hatte und verkümmerte.

National gefährdet waren bisher im Westgebiet besonders diejenigen Fremdstämmigen, die sich zur römisch-katholischen Kirche bekannten, also fast alle Litauer, eine Million Weißrussen und ein unbedeutender Bruchteil der Ukrainer, insoweit, und weil ihre Geistlichen Nationalpolen oder polnisch gesinnt waren. Die Litauer, denen diese Gefahr zuerst bewußt wurde, haben in zähem Kampfe durchgesetzt, daß in Westlitauen die Geistlichen, selbst die Bischöfe heute Litauer sind und sich im litauischen Sinne betätigen; in Ostlitauen hat der Kampf noch nicht zu ihrem Siege geführt; hier und bei den römisch-katholischen Weißrussen wird es die Pflicht einer gerechten Verwaltung sein, dafür zu sorgen, daß in litauischen und weißrussischen Kirchengemeinden an die Stelle von polnischen Pfarrern solche der betreffenden Nationalität treten. Erst dann wird unmöglich sein, was in der Vergangenheit oft genug geschah, „daß die Polen, sogar mit Gewalt und an geweihter Stätte, jede Regung litauischen Lebens, jeden Gebrauch litauischer Sprache und Sitte verhindern" (Gaigalat); erst dann wird der polnische Geistliche, der solange Führer und unter Umständen Verführer fremdstämmiger Katholiken zu Aufständen war, aus dem Westgebiet bis auf eine kleine Minderzahl verschwinden und damit der Faktor ausscheiden, mit dessen seelsorgerischer und das geistige Leben der Pfarrkinder beeinflussender Tätigkeit sich der Scheinanspruch der Polen, dort „das Volk von Bildung" zu sein, noch am ehesten begründen ließ. Sie sind es schon heute nicht mehr.

Sind die Polen dort aber vielleicht „das Volk von Besitz"? Sie versichern es und sprechen gern von den enormen Reichtümern an Grundbesitz, über die das polnische Element in „Ostpolen" verfüge; viele Deutsche sprechen es ihnen nach. Mit Unrecht. Im achtzehnten Jahrhundert waren sie es, denn damals gehörte ihnen, d. h. dem polnischen Adel des Königreichs und dem polonisierten des Westgebiets, der größte Teil des Grund und Bodens. Das Westgebiet war damals das gelobte Land der Latifundien; dort residierten die unermeßlich reichen Magnaten, die Altpolen beherrschten und — zerstörten, die Czartoryski, Potocki, Radziwill usw. Damals konnte Karl Radziwill, der starke Zecher, der zu seinem Besitz über 100 000 besteuerte Rauchfänge zählte und als Parteigänger der Konförderation von Bar (1768) jahrelang 7000 Mann Truppen auf eigenen

Sold unterhielt, von Nord nach Süd, von den Grenzen der Wojewodschaft Wilna bis nach Kiew ohne Unterbrechung innerhalb seiner Besitzungen reisen. Und damals besaß sein Zeitgenosse Felix Potocki, der alternde Gatte der schönen Griechin, die von ihm vergöttert wurde und ihn mit dem ältesten Stiefsohn betrog, so ungeheure Länderstrecken, daß er durch Rotrußland und die Ukraine 30 Meilen weit auf eigenem Grund und Boden fuhr. Das war einmal. Seitdem ist der adlige Grundbesitz im russischen Anteil infolge von Konfiskationen nach den Aufständen, infolge der Bauernbefreiung und Ausstattung der Bauern mit Land auf Grund des Ukas von 1861 und infolge massenhafter Aufteilung adliger Güter an bäuerliche Käufer außerordentlich zusammengeschmolzen und überdies stark verschuldet. Den Bestand im Westgebiet ergibt für 1905 die folgende Übersicht (nach Tausenden von Deßjatinen; die Deßj. = 109,25 Hektar):

Gouvernement	Bodenfläche	Staats- und Kirchenbesitz	Prozent	Bauernland (auf Grund des Ukas von 1861)	Prozent	Privatgrundbesitz im ganzen	Prozent	persönliches Eigentum	Prozent	persönl. adliges Eigentum	Prozent
Kowno . . .	3 577	238	7	1 610	45	1 728	48	1 725	48	1 541	40
Wilna . . .	3 177	366	12	1 279	40	1 533	48	1 519	48	1 245	39
Grodno . .	3 278	558	17	1 517	46	1 203	37	1 070	32	791	24
Minsk . . .	8 013	810	10	1 946	24	5 257	66	4 837	51	4 042	50
Witebsk . .	4 054	327	8	882	39	2 135	53	1 943	45	1 295	33
Mohilew . .	4 105	182	4	1 619	40	2 304	56	1 859	45	1 402	34
Wolhynien .	5 772	656	11	2 299	40	2 820	49	2 585	45	2 044	35
Podolien . .	3 657	277	8	1 754	48	1 626	44	1 443	38	1 080	29
Kiew . . .	4 624	424	9	2 107	46	2 092	45	1 801	41	1 528	33
	40 257	3848	10	15 013	37	20 698	51	18 782	46	14 878	37

Wie die Schlußzahlen zeigen, besaßen im Westgebiet 1905 Staat und Kirche 10, die — fast durchgängig nicht polnischen — Bauern auf Grund des Ukas von 1861 37 und die adligen Grundeigentümer fast ebensoviel, gleichfalls 37 Prozent, also ein gutes Drittel der Gesamtfläche. Wieviel adliges persönliches Eigentum seit 1861 bis 1905 durch Aufteilung seitens der Agrarbank bäuerliches persönliches Eigentum geworden war, ergibt sich aus der Differenz der letzten und der vorletzten Rubrik, für Kowno also 8, für das ganze Westgebiet 9 Prozent. Da auf Anordnung der russischen Regierung seit 1905, wie bekannt, sehr viel Güter zerschlagen und die Parzellen, zuerst an einheimische „Fremdstämmige", seit 1913 an Muschiks vergeben worden sind, so ist anzunehmen, daß der adlige Privatgrundbesitz heute nicht viel über ein Viertel des gesamten Bodens des Westgebiets ausmacht. Sind diese Adligen sämtlich Polen? Durchaus nicht. Ein erheblicher Bruchteil sind Orthodoxe oder Protestanten, Großrussen, Kleinrussen oder Deutsche (z. B. im Norden des Gouvernements Kowno evangelische Barone aus Kurland). Für die drei

kleinrussischen Gouvernements liegen zuverlässige Zahlen aus den Jahren 1910/11 vor, die es beweisen. Damals gab es in Tausenden von Deßjatinen im

Gouvernement	Gesamtfläche	Persönl. Privatgrundbesitz im ganzen		Proz.	Katholischen zu Rubrik 2	zu 1 Proz.		Nichtkathol. zu Rubrik 2	zu 1 Proz.	
Wolhynien .	5772	Groß	2028	35	961	47	16	1047	53	18
		Mittel	148	3	50	34	1	99	60	2
		Klein	99	2	20	20	0	79	80	1
Podolien . .	3657	Groß	1121	3	621	55	17	501	45	14
		Mittel	47	1	11	23	0	36	77	1
		Klein	32	1	4	12	0	38	98	1
Kiew . . .	4624	Groß	1406	30	620	45	13	786	55	17
		Mittel	85	2	14	16	0	71	84	2
		Klein	62	1	5	10	0	57	90	1
Zusammen	14 053	Groß	4556	32	2202	48	15	2334	52	16
		Mittel	280	2	75	27	0	205	73	1
		Klein	193	1	29	15	0	164	85	1
Summe	14 053		5029	35	2306	46	16,4	2704	54	19

Wer die vorstehenden Zahlen sorgfältig mustert, nimmt zweierlei wahr. Der katholische persönliche Privatgrundbesitz ist fast nur im Groß-, ganz schwach im Mittel- und Kleinbesitz vertreten; er beschränkt sich, wie uns ausdrücklich bezeugt wird, auf sechstausend Personen, die zwar sämtlich römisch-katholisch, aber deshalb noch nicht Polen, sondern zu einem kleinen Teil Ukrainer und Deutsche sind. Bei den Nichtkatholischen dagegen sind die mittleren und kleineren Besitzer häufiger und der Großbesitz an Areal umfangreicher als bei den Katholiken, bzw. Polen. Das sogenannte „polnische" Eigentum bildete jedenfalls nur 46 Prozent des persönlichen Privatgrundbesitzes und, da dieser nur 35,8 Prozent des gesamten Areals umfaßte, nur 16,4 Prozent, also nur ein Sechstel des letzteren.

Für die sechs litauisch-weißrussischen Gouvernements fehlen leider die entsprechenden Zahlen; vermutlich liegen aber dort die Verhältnisse für die Polen eher ungünstiger. Seit dem letzten Aufstande, nach welchem Murawiew, „der Henker Litauens", unter dem litauischen Adel furchtbar aufräumte und ihm durch Konfiskationen viel Land abnahm, wie der hohe Prozentsatz des Staats- und Kirchenbesitzes in den Gouvernements Wilna und Grodno zeigt, hat die russische Regierung das Menschenmögliche getan, um den Einfluß des polnischen Grundadels zu brechen. Auf Grund des Ukas von 1861 hat sie z. B. 44 Prozent der Gesamtfläche (440600 Deßj.) der Gouvernements Kowno, Wilna und Grodno den Grundherren abgenommen und an fremdstämmige Bauern überwiesen. Der polnische Adel ist damals, nach Herrn von der Brüggen (1877), „infolge der plötzlich verordneten und hastig durchgeführten Ablösung und Bauernbefreiung in dem von Natur so reichen Lande verarmt". Er hat seitdem durch freiwillige oder Zwangsverkäufe an „Fremde" und an die Staatliche Bauern-Agrarbank (bis 1905 in jenen drei Gouvernements 8 Prozent der Gesamtfläche) viel von

seinem Besitz eingebüßt; die Agrarbank kaufte ihm soviel als möglich Güter ab, um sie erst an Litauer, seit 1913 an großrussische Muschiks aufzuteilen. Nach Wastlewski wären in Litauen und Weißrußland bis Ende 1907 rund eine halbe Million Hektar Privatbesitz unter Ausnahmerechten und mit Ausschluß polnischer Käufer verkauft worden. Zur Beschleunigung dieser Art „Enteignung" hat die russische Verwaltung im Westgebiet seit je und aus Prinzip die Bildung von Agrarkreditgesellschaften verhindert und die Staatliche Agrarbank Hofbesitzern polnischer Abstammung niemals Kredit gewährt; sie hat sie dadurch gezwungen, sich Privaten und Wucherbanken in die Hände zu geben und nach Vermögensverfall an die Agrarbank zu verkaufen. Nach einer polnischen Quelle hätte die Belastung des polnischen Hofeigentums mit derartigen Bankschulden vor dem Kriege in Kiew 25, in den acht anderen Gouvernements des Westgebiets aber 35 bis 50 Prozent betragen. Um nur polnische Gewährsmänner zu zitieren, so wären nach Wastlewski „über 5 Millionen Deßjatinen", d. h. 18 Prozent, wenn Feldmans Angaben richtig sind, 1915 weniger als ein Siebentel (14 Prozent) des gesamten litauischen und weißrussischen Gebiets in polnischen Händen gewesen. Im Kriege haben die russischen Horden das Westgebiet furchtbar heimgesucht und durch Brandkolonnen bewegliches und unbewegliches Eigentum, die Frucht auf dem Halm vernichtet. Weite Strecken haben sie in Einöden umgewandelt und die Einwohner, mit Vorliebe die polnischen Großgrundbesitzer, mitgenommen. Wenn der Friede kommt, so werden Tausende von Groß- und Kleinbesitzern zusammenbrechen und Haus und Hof verlieren, der polnische Großgrundbesitz dann dort seine Führerrolle ausgespielt haben. Auch diese letzte Säule wird stürzen über Nacht.

Weit günstiger als im ehemaligen Großfürstentum Litauen ist numerisch und wirtschaftlich die Position der Polen in ihrer Heimat, ihrem Kernlande, im Weichselgebiet, wo sie drei Viertel der Bevölkerung stellen und nicht bloß der Adel, sondern auch die Geistlichen, ein Teil der Bürger und die meisten Bauern Polen sind. Mag auch der Bauer bisher, dank der russischen Verhetzung, dem Großgrundbesitzer feindlich gegenüber gestanden haben, die Berufs- und Stammesgenossen werden sich im neuen Vaterlande bald zusammenfinden und für die Hebung der daniederliegenden polnischen Landwirtschaft einträchtig tätig sein. Auch hier hat übrigens der adlige Großgrundbesitz erhebliche Einbußen erlitten. 1864 mußte er 4 Millionen Hektar, ein Drittel des Areals des Zartums, an die landlose und landarme Bevölkerung, auch an landlose Landarbeiter abtreten, vierzig Jahre später waren infolge massenhafter Aufteilung von Großbesitz, sogar bereits 59 Prozent im Kleinbetrieb und nur noch 35 Prozent der Gesamtfläche, aber die Majorate russischer Besitzer einbegriffen, privater Großbesitz. Von letzterem ist seit 1904 noch viel zerschlagen worden, viel wird noch nach dem Kriege Bauernland werden. Immerhin wird ein angemessener Teil der großen Besitzer, deren Kreditbedürfnis die „Landkreditgesellschaft für die Gouvernements des Zartums Polen von 1826" befriedigt, die Krisis überstehen und wie bisher

sachkundig und rationell wirtschaften; was er nicht festzuhalten vermag, fällt zu seinem Trost in die Hände von Volksgenossen, nicht in die fremder und feindlich gesinnter Völker wie im Westgebiet. Polens Landwirtschaft, die unter dem russischen System wegen der vielen Schikanen, der Ungunst der Eisenbahntarife und damit der Konkurrenz des russischen und sibirischen Getreides darniederlag, wird schnell aufblühen, Neu-Polen, wenn in Zollunion mit dem Deutschen Reiche, aus einem Getreidezuschußland ein Getreide ausführendes werden und zu dauerndem Wohlstand gelangen. —

Um kurz zusammenzufassen, die Volkszahl der Polen, der „historischen Nation", im russischen Anteil beträgt, unter Zugrundelegung der von polnischen Gelehrten errechneten Zahlen, $12^1/_2$ Million, die der Fremdstämmigen 25 Millionen. Ihr Sprachgebiet umfaßt 123 000, das der andersprachigen Völker 477 000 Quadratkilometer. Sie stellen ein Drittel der Gesamtbevölkerung und sind berechtigt, ein Fünftel der Gesamtfläche polnische Erde zu nennen. Im Westgebiet ist nur jeder zehnte Einwohner ein „Pole" und kaum der fünfzigste Teil dieses Gebiets polnisches Land. „Die fremden Eroberer kommen und gehen." Nur durch massenhafte Ansiedlung eigener Unterschicht können sie erobertes Land auf die Dauer besitzen. Was die Polen heute wissen und wonach sie sich vorkommenden Falls richten würden. Sollten wir nicht ein Gleiches zu tun uns verpflichtet halten?

Deutsches Leben in Riga zu Herders Zeit

Von Dr. W. Warstat

Erst der Krieg hat das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit den russischen Ostseeprovinzen in uns neu wachgerüttelt. Er läßt uns mit lebhafter Erinnerung gerade an alle die Zeiten denken, da der geistige Zusammenhang, das Hinüber- und Herüberfluten geistiger Kräfte zwischen uns und jenen Vorposten deutscher Kultur besonders lebendig war, da jene mit Freuden den Trägern des deutschen Geistes bei sich eine gastliche Stätte bereiteten und bedeutende Männer reichsdeutschen Ursprunges dort oben sich wohl fühlten und für ihr ganzes Leben bleibende Eindrücke von dort mitnahmen.

Zu diesen Zeiten gehört vor allem das Zeitalter Herders, jene Jahre, in denen Herder selbst (1764 bis 1769) in Riga als Lehrer und Prediger wirkte, da ferner sein Freund Hamann, der „Magus des Nordens", auf einem baltischen Gute eine Hauslehrerstelle innehatte, und da endlich Herders Verleger, der Buchhändler Hartknoch, seinen bekannten und bedeutenden Verlag von Königsberg hinauf nach Riga verlegte. So kommt es, daß so bedeutsame Erscheinungen aus der deutschen Literatur jener Zeit, wie Herders „Fragmente zu den Briefen die neueste Literatur betreffend" und die „Kritischen Wälder", endlich später „Die älteste Urkunde des Menschengeschlechts" den Druckort Riga aufweisen.

Wenn wir nun diese verhältnismäßig kurze Spanne Zeit aus dem reichen Leben Herders einer Betrachtung unterziehen, so erhalten wir zugleich einen guten Einblick in das deutsche Leben Rigas zu jener Zeit. Begleiten wir also Herder nach jenem „Genf unter russischem Schatten", wie er Riga später einmal genannt hat!

Der junge Ostpreuße, der seit 1763 als Lehrer am Collegium Fridericianum in Königsberg wirkte, erhielt auf Empfehlung von Freunden im Jahre 1764 vom Magistrate Rigas einen Ruf als Collaborator an die altehrwürdige Domschule der alten Hansestadt. Herder fand in ihr ganz andere politische und gesellschaftliche, wirtschaftliche und geistige Zustände vor, als er sie bisher gewohnt war. Der verschlossene und linkische Mohrunger Kantorssohn hatte seine Knabenjahre in gedrückter Lage als Schreiber des Diakonus Trescho zugebracht, hatte sich durch seine Studienjahre in Königsberg schlecht und recht durchgehungert, und erst nach seiner Anstellung am Friedrichskollegium war

seine materielle Lage etwas freier, sein Auftreten und Benehmen etwas sicherer und unbefangener geworden. Aber noch zum Abschied hatte ihn der preußische Militärstaat an eine drückende Kette erinnert, die er seit langer Zeit mit sich herumschleppte. Er war in seinem Kantonsbezirk zum Militär eingeschrieben worden, hatte jahrelang die peinigende Aussicht gehabt, ausgehoben zu werden, und nun, vor seiner Abreise nach Riga, ließ man ihn den Eid ablegen, er werde „zurückkehren, wenn er als Soldat requiriert würde". So kann man es verstehen, daß er später beim Rückblick auf seine Rigaer Zeit die Stadt anredete:

„Mein zweites holdes Vaterland, . . .
Dein Mutterschoß empfing den Fremdling sanfter
Als sein verjochtes Vaterland! . . ."

Man muß es dem Überschwang des jugendlichen Herder und seinen schmerzlichen Erfahrungen zugute halten, daß er sich den preußischen Staat von damals nur unter dem Bilde eines „verjochten" Sklaven vorstellen kann. Allerdings, es war der Beamten- und Militärstaat Friedrichs des Großen, der mit bureaukratischer Weisheit zum Wohle der „Untertanen" regierte und von ihnen vor allen Dingen Gehorsam verlangte! In Riga aber fand Herder im Gegensatz dazu den Geist der alten hanseatischen Selbständigkeit und Freiheit, staatsbürgerlichen Gemeinsinn und Bürgerstolz noch durchaus lebendig.

Zwar waren die baltischen Lande nach dem Nordischen Kriege durch den Frieden von Nystädt (1721) in den Besitz der Russen gekommen. Aber die Deutschen hatten sich zunächst über die russische Herrschaft durchaus nicht zu beklagen. Sie brachte ihnen nicht nur Frieden und damit die Voraussetzung für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung, sondern die russische Regierung ließ auch auf politischem Gebiete den Deutschbalten freien Spielraum zur Betätigung ihres altgewohnten Bürgersinns. Einem Versprechen Peters des Großen gemäß, das auch seine Nachfolger innehielten, blieben ihnen ihre altverbrieften Rechte: Gebrauch der deutschen Sprache, Selbstverwaltung, Rechtspflege durch Einheimische und nach deutschem Recht, endlich Erhaltung des evangelischen Bekenntnisses. Nur äußerlich verkörperte die Person eines Generalgouverneurs die russischen Hoheitsrechte.

So hatte sich auch in Riga die alte hanseatische Freiheit noch erhalten. Der deutsche Bürger von Riga verwaltete und regierte sein Gemeinwesen selbst. Die alte Stadtverfassung trug einen ständisch-republikanischen Charakter. Die Verwaltung lag in den Händen von drei „Ständen": des Rats, der „Großen Gilde" und der „Kleinen Gilde". Dem Rate gehörten Großkaufleute und Rechtsgelehrte an. Die Große Gilde bestand aus Kaufleuten, Goldschmieden, Künstlern und „Literaten", d. h. Leuten, die eine akademische Bildung genossen hatten. In der Kleinen Gilde waren die zünftigen Handwerksmeister vertreten*). Diese

*) Vgl. B. Tornius, Die baltischen Provinzen. Leipzig und Berlin 1915, S. 68 ff. (Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 542, geb. Pr. 1,25 M.)

korporativ-aristokratische Verfassung, die jedem Deutschen in Riga Gelegenheit gab zur Mitwirkung im Interesse des gemeinsamen Wohles, war es, auf deren Boden jener Gemeinsinn, jene tätige Anteilnahme am Wohle des Ganzen erwachsen war, welche Herder an der Rigaer Bürgerschaft als etwas ihm ganz Neues und Ungewohntes bewunderte. Eine sorgfältig abgestufte Verteilung der Rechte und Pflichten gab jedem Deutschen den Stolz, sich als Bürger zu fühlen, und altehrwürdige Formen, in denen sich die Bedeutung der Ämter und Staatsakte widerspiegelte, brachten diesen Stolz nach außenhin zum Ausdruck.

Der Eintritt in dieses freiheitlich-stolze Bürgertum bedeutete auch für Herder eine Befreiung: Befreiung von dem bureaukratischen Drucke des preußischen Militärstaates nicht nur, sondern auch materielle Freiheit und Sicherheit, denn seine Stellung gewährleistete ihm ausreichende Einkünfte; endlich Befreiung aller in ihm schlummernden geistigen Fähigkeiten zu segenbringender Tätigkeit unter ganz neuen und hohen Gesichspunkten. Er selber gesteht später in Briefen an seine Braut, daß er „in Livland so frei, so ungebunden gelebt, gelehrt und gehandelt habe", wie niemals wieder. Dabei scheint es so, als ob ihm bei näherer Bekanntschaft mit dem Rigaer Stadtstaate gerade an ihm und an der Hingabe der Bürger für ihn aufgegangen sei, was „Vaterland" und was „Vaterlandsliebe" bedeute. Im Jahre 1765 wurde in Riga das von freiwilligen Abgaben erbaute und kurz vorher von der Kaiserin Katharina bei ihrem Besuche geweihte Gerichtshaus unter feierlichem Gepränge unter Beteiligung des Rates und der Gilden sowie der Geistlichkeit in Gebrauch genommen. Auch in der Domschule wurde bei der Gelegenheit ein Festakt abgehalten, bei dem Herder nach Angabe seines Freundes, des späteren Bürgermeisters Wilpert, die Festrede gehalten hat, während Herders Biograph Haym die aus diesem Anlaß verfaßte Abhandlung: „Haben wir noch jetzt das Publikum und Vaterland der Alten?" nur als eine Festschrift ansehen will. Wie dem auch sei: wenn Herder die Frage, ob wir noch ein Vaterland im Sinne der Alten haben können, ein Vaterland, dem wir mit voller Hingabe uns widmen können trotz unserer veränderten politischen Anschauungen und der veränderten Stellung der Religion zum Staate, wenn er diese Frage im zweiten Teile jener Abhandlung bejaht, so waren es sicher nicht seine preußischen, sondern seine Rigaer Erfahrungen, die ihn dazu bewogen. Und wenn er am Schlusse die Hoffnung ausdrückt, daß es auch einem Fremden möglich sein werde, als Patriot zu arbeiten und „außer dem Geburtslande ein Vaterland durch Verdienste zu erwerben", so geht daraus deutlich hervor, wie sehr Herder sich als Bürger dieses Gemeinwesens zu fühlen wünschte, das er bewunderte, wie sehr er ein Rigaer Patriot zu werden wünschte*).

*) Vgl. R. Haym, Herder nach seinem Leben und seinen Werken, Berlin 1880, S. 108 ff., und Herders Hymne „Zur Feyer der Beziehung des neuen Gerichtshauses zu Riga", die den Schluß der oben im Text erwähnten Abhandlung bildete.

Aber Herder wurde nicht nur Rigaer Patriot und wünschte an der Stadt Gedeihen mitzuarbeiten, „wo man mit Fleiß und Nutzbarkeit die Feinheit, mit Freundschaft und Bequemlichkeit Wohlstand, mit Freiheit Gehorsam, mit dem rechten Glauben das Denken, mit den Welttugenden die Grazie verbindet", sondern er wurde zugleich auch russischer Patriot. Und dieser russische Patriotismus Herders kann uns bezeichnend sein für die Doppelstellung des gesamten Deutschtums im Baltenlande jener Tage: es war echt deutsch nach Herkunft und Geist, trotz alledem aber gut russisch gesinnt. So wie die Rigenser die Kaiserin Katharina in ihrer Stadt begeistert begrüßt hatten, so besingt auch Herder in dem Hymnus „Auf Katharinas Thronbesteigung" (27. Juni 1765) jene Fürstin:

„Die unsre Mutter ist,
Die Grazie auf Europens höchstem Throne,
Die Heldin in der Palmenkrone,
Die von dem Throne stieg, und Riga küßt:
Die Göttin singt mein patriotisch Lied!"

Er feiert sie als „Monarchin, Mutter, Kaiserin, Europens Schiedsrichterin":

„Wohin, wohin sie sieht, blüht Glück!
Ein Blick der Grazie schafft Tempe aus den Wüsten: . . .
Denn Sie, Sie segnet alles Land,
Und uns! — Heil uns! — Sie segnet alles zwar,
Doch uns, doch uns besucht Sie gar!"

So ruft denn Herder am Schlusse dieser überschwenglichen Hymne:

„Jünglinge, die ihr einst uns Nachwelt seyd,
Nennt, wenn wir schlafen, nennt zu unserm Ruhm
Das eurer Väter Säkulum,
Da Peter sie in seine Staaten nahm,
Und nennt das unser Säkulum,
Da Katharina zu uns kam."

Wenn wir heute solche lächerliche Schmeichelei und verwegenste Speichelleckerei im Gewande der hochtrabendsten Phrasen lesen, — die noch dazu von Haym als „ehrlichster Enthusiasmus" in der „Sprache der ausgesuchtesten Schmeichelei" erklärt wird, — so will es uns fast wie Scham ergreifen, daß ein Deutscher und dazu noch ein Führer im Reiche deutschen Geistes, je so etwas schreiben konnte, schreiben konnte mit Beziehung auf eine russische Herrscherin. Und doch muß dieser Stil dem allgemein in Riga üblichen entsprochen haben; denn ein ähnlicher Ton findet sich in Herders: „Lobgesang am Neujahrsfeste", der den Jahrgang 1765 der Rigaer „Gelehrtenbeiträge", eines Beiblattes zu der angesehenen Rigaer Wochenschrift „Rigaische Gelehrte Anzeigen", eröffnete. Der Überschwang der Sprache mag wohl zum Teil dem Stile des jugendlichen Herder aufs Konto zu schreiben sein: der Inhalt selbst entsprach aber sicherlich der

offiziellen Loyalität, der sich die Rigaer Bürger dem russischen Herrscherhause gegenüber befleißigen mußten und schließlich auch mit gutem Rechte befleißigen konnten. Im Nordischen Kriege hatte Riga die schlimmsten Leiden durchzumachen gehabt, „im russischen Schatten" war es zu einem Genf des Nordens geworden, nicht nur an Freiheit, sondern auch an Wohlstand.

Man darf auch nicht vergessen, daß es ein deutsches Nationalbewußtsein in dem Sinne, wie wir es heute gewohnt sind, nämlich im politischen Sinne, noch gar nicht bei den Deutschen gab; sie bildeten eben keine politische Einheit mehr. Auch das reichsdeutsche Volkstum kannte in seiner staatlichen Zersplitterung ein politisches Nationalbewußtsein nicht. Lediglich das Gefühl einer völkischen und einer kulturell-geistigen Zusammengehörigkeit lebte in ihm und schuf trotz der Zersplitterung eine Art von idealem Zusammenhang unter den Deutschen.

Ein ideales Deutsch-Gemeinschaftsbewußtsein nun besaßen sowohl die Rigenser als auch Herder. Nicht nur vermöge seiner Jahrhunderte alten Herrenstellung im baltischen Lande, sondern auch vermöge seiner politischen Bevorzugung und seiner höheren Bildung war aus dem Deutschtum der baltischen Lande eine in sich fest zusammenhängende Kaste geworden, die sich ihrer Kulturmission stolz bewußt war. Sie fühlte sich als Trägerin der alten deutschen Kultur, lernte gegenüber der fremden Nationalität mit doppeltem Stolz den Wert der eigenen schätzen (Haym) und war namentlich damals nach dem unseligen Nordischen Kriege doppelt eifrig bemüht, jene ideale Kultur- und Geistesgemeinschaft mit dem deutschen Volke dadurch zu betätigen und zu vertiefen, daß Gelehrte, Schriftsteller, Lehrer, Prediger in großer Anzahl aus dem Reiche und namentlich aus der benachbarten ostpreußischen Universitätsstadt Königsberg herübergeholt wurden. Auch Herder verdankte diesem Bestreben ja seine Berufung.

Wieder erhalten wir, wenn wir Herders Anteilnahme an diesem von Deutschland her befruchteten geistigen Leben Rigas verfolgen, das beste und anschaulichste Bild davon. Schon seine Tätigkeit als Lehrer zeigt uns seinen und seiner Rigenser Mitbürger „deutschen Patriotismus" im klarsten Lichte. Die Domschule, an der Herder wirkte, stammte aus der Zeit der Reformation und war gleich nach dem Nordischen Kriege wieder hergerichtet worden. Gerade die Lehrer an dieser Schule waren es, die den geistigen Zusammenhang mit dem Reiche aufrecht erhielten. Herders Rektor Lindner ging zum Beispiel, kurz nachdem er die Berufung Herders durchgesetzt hatte, als Professor der Poesie an die Universität Königsberg, und sein Nachfolger war ein früherer Amtsgenosse Herders am Collegium Fridericianum in Königsberg, Schlegel. Die Anstalt selbst stand natürlich auf humanistischem Boden, aber der Unterrichtsplan berücksichtigte doch, den Bedürfnissen der Kaufmannstadt Riga entsprechend, auch die realistischen Fächer. Gerade Herders Aufgabe umfaßte den Unterricht in der Natur- und Ländergeschichte, der Mathematik, in französischer Sprache und im Stil. Und Herder bemühte sich seinerseits, diese mehr auf

das „Nützliche, Weltübliche und Schöne“ gerichteten Wissenschaften durch die Art seines Vortrages und seine Lehrmethode zu adeln und zu verfeinern. In seiner Antrittsrede: „Wiefern auch in der Schule die Grazie herrschen müsse“ entwirft er sein Idealbild eines Lehrers, dessen „Grazie“ in reinem Herzen, in der Sittlichkeit und edlem Anstand zu finden sei. Den Wert dieser realen Wissenschaften mit ihrer Anwendungsfähigkeit auf das praktische Leben hat Herder aber hier in Riga besonders anschaulich kennen gelernt, und mehrfach hat er gerade in seiner Rigaer Zeit gegen die unbeschränkte Herrschaft der lateinischen Sprache in den Schulen sich ausgesprochen, vor allem wegen der Benachteiligung der deutschen Sprache und des deutschen Stils und im Interesse der Entwicklung unserer deutschen Literatur.

Daß Herders Art dem Geist seiner Mitbürger wohl entsprochen haben muß, beweisen seine Beliebtheit und seine Erfolge als Lehrer. Sie verschafften ihm auch einen Ruf als Inspektor an eine von der lutherischen Gemeinde in Petersburg gegründete Unterrichts- und Erziehungsanstalt. Um ihn zu halten, schuf der Rat von Riga eigens für ihn eine außerordentliche Predigerstelle an den beiden vorstädtischen Kirchen, der Jesus- und der Gertrudenkirche. So übernahm Herder neben seinem Lehr- auch noch ein Predigeramt. Und ein ähnliches Ideal wie in der Schulstube suchte er jetzt von der Kanzel mit Glück als Prediger zu verwirklichen. Seine einfache, anmutige Sprache, in der er „mit Geist, Herz und wahrer Religiosität“ „zur Ausübung jeder menschlichen Tugend, zur Liebe zu Gott und den Menschen, erweckend das Gefühl der Unsterblichkeit“, aufmunterte, verschaffte ihm bald große Beliebtheit. Nach einem Berichte Wilperts war die Zahl seiner Zuhörer und Zuhörerinnen immer sehr groß, obgleich seine Predigten nachmittags und in einer Vorstadt stattfanden. Gerade die aufgeklärte Menschlichkeit seiner sittlich-religiösen Anschauungen, die ihm seine Zuhörer, namentlich die Herzen der Jünglinge und der Frauen gewann, verschaffte ihm aber Gegner unter der orthodox lutherischen Geistlichkeit der Stadt. So lernt Herder bald auch die Schattenseiten eines so abgeschlossenen und in verhältnismäßig engen Grenzen sich bewegenden Lebens kennen, wie es in Riga herrschte. Er muß sich bald über Neid und Feindschaft seiner geistlichen Amtsbrüder beklagen.

Dessenungeachtet nimmt er im geistigen Leben Rigas auch sonst einen geachteten Platz ein. Er findet Aufnahme in die Rigaer Freimaurerloge, er arbeitet mit an dem mit Unterstützung des Rates herausgegebenen Wochenblatt „Rigaische Anzeigen von allerhand dem gemeinen Wesen nöthigen und nützlichen Sachen“, in denen sich neben trivialen Berichten über Haus-, Küchen- und Wirtschaftsangelegenheiten, Anekdoten und Alltagsereignissen, neben ständigen Anzeigen über entflohene Leibeigene aus Kurland und Livland philosophische und ästhetische, sprachwissenschaftliche und sogar theologische Untersuchungen fanden. Denn mit ihnen hatte der Redakteur, ein aus Leipzig stammender Jurist Dr. Winkler, die „Gelehrten Beiträge zu den Rigaischen Anzeigen“ verbunden,

die vierzehntägig erschienen. Als Mitarbeiter an diesen hat Herder sich nicht nur in journalistischer Kleinarbeit, scherzhaften und patriotisch-lehrhaften Gedichten versucht, sondern er hat auch größere Abhandlungen geliefert, z. B. die Frage beantwortet: „Ist die Schönheit des Körpers ein Bote von der Schönheit der Seele?" Diese Tätigkeit als Wochenschriftsteller bot ihm wohl die erste und beste Gelegenheit dazu, um einen Versuch zu machen mit der Verwirklichung eines Lieblingsgedankens, jener „Philosophie der Menschheit", die eine Philosophie des Menschen, des gemeinen Volkes, des gesunden Verstandes werden sollte. Er wollte die Philosophie popularisieren, sie auf das Praktische anwenden. Gerade die auf das Praktische gerichtete Geistesart der Rigaer und des gesamten Rigaer Lebensstiles hatte in Herder diese Gedanken von der Popularisierung und Nutzbarmachung der „Philosophie", will heißen der Wissenschaft, entstehen lassen, sie nahm er als wertvollste Frucht seiner Rigaer Eindrücke und Erfahrungen von dort mit in sein weiteres Leben hinaus als Grundlage für seine spätere Humanitätsphilosophie.

Auch das musikalische Interesse war in Riga sehr lebendig. Hamann schreibt im Jahre 1765 an Herder: „Konzerte pflegen dort ein Schlüssel zum Umgang zu sein", und noch in späteren Jahren erinnert dieser sich gern daran, wie die schöne und vornehme Welt in Riga sich gerade bei den Konzerten gerne habe bewundern lassen. Er selbst stellte, genau so wie er es bei patriotischen Anlässen mit patriotischen Liedern getan hatte, bei besonderen musikalischen Anlässen seine Muse in den Dienst der Allgemeinheit: bei der Einweihung der Katharinenkirche z. B. liefert er den Text zu einer Cantate. Wenn man noch erwähnt, daß auch wandernde Theatertruppen, im Jahre 1766 die Mendische, von Zeit zu Zeit in Riga Vorstellungen gaben, und daß diese Vorstellungen in Herder den Gedanken auslösten, „über die Fehler der hiesigen theatralischen Gesellschaft in Tragödien" zu schreiben, so ist das Bild von der Regsamkeit des deutschen Geisteslebens in Riga und der tätigen Anteilnahme Herders daran wohl vielseitig genug.

Was Wunder, daß ein solcher Mann auch im gesellschaftlichen Leben Rigas eine beliebte Persönlichkeit war. Zwar ist nicht zu leugnen, daß die Kreise des wohlhabenden Bürgertums einerseits und vollends gar die des auf den umliegenden Gütern wohnenden Adels gegeneinander und gegen Fremde von einer gewissen Zurückhaltung und Abgeschlossenheit waren. Als dann Herder aber, vermöge seiner persönlichen Eigenschaften und dank dem Umstande, daß er den Söhnen und Töchtern der besten Familien Privatstunden geben mußte, erst in jene Kreise Zugang gefunden hatte, da begegnete er dort gastlicher Liebenswürdigkeit, einem weltmännisch-gebildeten Ton und einem Lebensstil, der zwar eine gewisse Verfeinerung, selbst gewissen Luxus zeigte, dennoch aber stets auf der Grundlage gediegener Einfachheit und Ehrbarkeit beruhte. So legte Herder den letzten Rest linkischen Wesens, der ihm noch von früher anhaftete, ab und paßte sich dem Anstand, der Anmut, der leichten Gefälligkeit seiner Rigaer Freunde

an. So manchen Abend verlebte er in den Familien des Ratsherrn Behrens und seiner Brüder, eines Freundes Hamanns und Kants, ferner bei den Familien Schwarz, Grave, Zuckerbecker u. a. Im Hause des Kaufmanns Busch findet er eine Seelenfreundin in dessen Frau. Namentlich im Hause Hartknochs herrschte eine geistig angeregte Geselligkeit. Man las sich Stellen aus literarischen Werken vor, um ein andermal bei einem feurigen Trunk bis in die Nacht hinein zu schwärmen. Im Sommer ging es hinaus auf die „Höfchen", die Sommersitze der reichen Rigaer Kaufleute vor der Stadt, und auf die Güter der Adligen in der Umgegend. Eines von diesen, Gravenheide, das Gut des Herrn von Schrewogel, besingt Herder in einem schwärmerischen Gedichte:

„Hier als Jüngling Rosenkränze winden —
Ist ein Königreich.
Hier sein Leben neu verjüngt empfinden —
Sagt, was ist dem gleich?
Hier, wo sich Vergnügen
Nicht mit Silber zahlt,
Und wo sich mit sanften Zügen
Auf dem Antlitz der Bewohner treue Freundschaft malt."

Seiner Freundschaft mit dem jungen Baron Budberg auf Trastehof setzt er in einem gefühlvollen Widmungsgedicht ein Denkmal:

„Dann denk' . . .
Auch an den Freund in deiner schönsten Jugend,
Der, wenn er mit dir dachte, scherzte, las,
Im Arm der Musen gern die Welt vergaß!"

Nur den Verkehr mit tiefer wissenschaftlich gebildeten Männern, wie er ihn in der Universitätsstadt Königsberg gewohnt gewesen war, mußte Herder in der Kaufmannstadt Riga entbehren. In seinem Reisejournal von der Seereise nach Nantes gesteht er das später selber ein. Dieser Umstand, ferner die Anfeindungen seiner geistlichen Widersacher und endlich sein ins Weite strebender Geist, der nach größeren und umfassenderen Aufgaben verlangte als sie ihm die verhältnismäßig engen und bürgerlich umschränkten Verhältnisse Rigas bieten konnten, trieben Herder schließlich doch von Riga fort, von jenem vorgeschobenen Posten des Deutschtums wieder zurück mitten in das volle Fluten des deutschen Geisteslebens im deutschen Vaterlande. 1769 verließ er Riga zu Schiff, um nunmehr nach Frankreich zu fahren. Er sagt selbst: „Geliebt von Stadt und Gemeinde, angebetet von meinen Freunden und einer Anzahl von Jünglingen, die mich für ihren Christus hielten, der Günstling des Gouvernements und der Ritterschaft, . . . ging ich ungeachtet vom Gipfel dieses Beifalls, taub zu allen Vorschlägen, unter Tränen aller, die mich kannten, weg, da mir mein Genius unwiderstehlich zurief: Nutze deine Jahre und blicke in die Welt! Und noch hat es mich keinen Augenblick gereut."

Diese Worte enthalten wohl keine Übertreibung. Herders Geist und Gaben, verbunden mit seiner natürlichen Lebhaftigkeit und seiner jugendlich tatkräftigen Begeisterung haben zur Belebung und Kräftigung des deutschen Lebens, zur Vertiefung des deutschen Bewußtseins in Riga viel beigetragen. Anderseits fand er trotz seiner vielseitigen Betätigung in Riga Muße und Ruhe genug, um einige Schriften zu verfassen, die seinen Namen in ganz Deutschland bekannt machten: das „Denkmal auf Thomas Abbt" und insbesondere die „Fragmente zur neueren deutschen Literatur", sowie die „Kritischen Wälder". — Für Herder selbst war seine Rigaer Zeit aber vor allem eine Lehrzeit. Nach seinem wissenschaftlichen Studium kam er hier zuerst in innige Berührung mit dem praktischen Leben, lernte auf dem engumgrenzten Raum Rigas eigenartig gestaltete politische, völkische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse überschauen und beurteilen. Zum ersten Male erprobte er die eigene Kraft an der tätigen Mitwirkung innerhalb einer wertvollen Gemeinschaft. Durch diese Betätigung hat sein Charakter und seine geistige Entwicklung eine bleibende Einwirkung erfahren, so daß von dem deutschen Riga oben im Baltenlande eine wichtige Spur hineinführt mitten in das Geistesleben unserer klassischen Zeit. Herder selber war sich dessen voll bewußt, was er Riga verdankte. Zum Abschied ruft er der Stadt zu:

„Gabst mütterlich dem Fremdling Wunsch und Hoffnung,
Arbeit und Muse, Freud' und Brot,
Und Neidessporn, ihn anzuglüh'n! Und gabst ihm
Der Freunde warmes Herz,
Der Freunde Herz, aus deren Bundesarmen
Ich mich dort bitter weinend rang —
Für Alles! Alles! segnet dich der Fremdling —
Mehr sagen kann er nicht!"

Das neue Kanalprojekt der Bayerischen Staatsregierung und der Krieg

Von Professor Dr. W. Halbfaß

In einer früheren Betrachtung (Nr. 50, 1916) hatte ich auf die eminente Bedeutung der besseren Ausnützung der einheimischen Wasserkräfte für die nächste Zukunft Deutschlands nachdrücklichst hingewiesen und gezeigt, daß sie auch noch für den jetzt tobenden Weltkrieg ausschlaggebend sein kann neben der vollen Ausnützung der übrigen wirtschaftlichen und der militärischen Kräfte des Reiches. Ich möchte in den folgenden Auseinandersetzungen entwickeln, daß das gleiche auch für die Erweiterung und den Ausbau der deutschen Wasserstraßen gilt.

Eine neuerliche Veranlassung, auf die Entwicklung unserer Wasserstraßen und ihre Bedeutung für den gegenwärtigen Krieg näher einzugehen, gibt der soeben vom Bayerischen Landtag angenommene Entwurf „eines Gesetzes betreffend die Ausarbeitung eines ausführlichen Entwurfes für die Herstellung einer Großschiffahrtsstraße von Aschaffenburg bis zur Reichsgrenze unterhalb Passau", welcher weit über die blau-weißen Grenzpfähle hinaus die höchste Beachtung verdient.

Bekanntlich ist gerade in Bayern der Gedanke einer gesteigerten Binnenschiffahrt besonders rege gewesen, einesteils, weil der jetzige bayerische König schon als Prinz Ludwig sich von jeher dafür interessiert und gearbeitet hatte, anderenteils aber, weil gerade dieser deutsche Bundesstaat am meisten unter den wirtschaftlichen Veränderungen der Neuzeit leidet, die dem industriell und kommerziell weit begünstigteren Norden das unbedingte Übergewicht über den Süden unseres Vaterlandes verschafften.

Das neue Kanalprojekt faßt den Ausbau einer für die Großschiffahrt geeigneten Verbindung zwischen Main und Donau besonders ins Auge. Der schon bald achtzig Jahre bestehende Ludwigskanal schafft eine schiffbare Verbindung beider Flüsse nur in sehr beschränktem Umfang, der den heutigen Verkehrsverhältnissen in keiner Weise genügt, schon aus dem Grunde, weil sowohl Main wie Donau bis vor kurzem für die Großschiffahrt nicht geeignet waren. In dieser Richtung sind zwar in letzter Zeit einige günstige Änderungen eingetreten, insofern die Kanalisierung des unteren Main bis Aschaffenburg in nächster Zeit fertig gestellt sein wird und auch für die Schiffbarmachung der Donau von Regensburg aus abwärts nicht unerhebliche Verbesserungen erfolgt sind, aber für eine wirkliche Großschiffahrt für mindestens 1200 Tonnenschiffe fehlten doch bisher noch alle Unterlagen. Das neue Kanal-

projekt sieht zunächst eine Kanalisierung des Main bis Bamberg hinauf vor, erweitert dann den Ludwigskanal bis Nürnberg bis zu einer Wassertiefe von mindestens 2,5 Meter, verläßt dann aber die Richtung des alten Kanals, weil der erhöhte Wasserbedarf des neuen Kanals weder durch Inanspruchnahme des Oberflächenwassers noch durch Ausnützung von Grundwasserbecken ohne empfindliche Schädigung der ansässigen Bevölkerung hervorgebracht werden kann und erreicht den Anschluß an die Donau schon bei Steppberg oberhalb Neuburg, wobei die Speisung hauptsächlich aus dem Lech erfolgt. Im Donautal selbst wird die Schiffahrtsstraße teilweise in Seitenkanälen bis Saal oder Regensburg verlaufen, um dann auf der Donauwasserstraße bis zur Reichsgrenze unterhalb Passau zu führen. Neben der Führung über Bamberg ist in einem gewissen Stadium der Vorbereitung auch an eine Abzweigung vom Maingebiet schon in Ochsenfurt oder in Kreuzwertheim gedacht worden, doch haben technische Umstände, als da sind verlorene Steigung, ungünstiges Gelände, Umgehung wichtiger Orte, bedeutend höhere Bau- und Betriebskosten, dazu geführt, von diesen Varianten Abstand zu nehmen und endgültig bei der Route über Bamberg zu bleiben.

Mit Rücksicht darauf, daß die Donau auf österreichischem und ungarischem Staatsgebiet schwerlich schon in absehbarer Zeit so ausgebaut werden wird, daß auch bei Niederwasser die für das vollbelastete 1200 Tonnenschiff erforderliche Wassertiefe von 2,5 Meter vorhanden ist, begnügt sich das neue Kanalprojekt mit einer Tiefe von zwei Metern unter Niederwasser, und nur für die notwendigen Seitenkanalbauten zwischen Steppberg und Saal, und für die Kachletstrecke bei Vilshofen soll von vornherein, um spätere kostspielige Umbauten zu vermeiden, eine solche Wassertiefe angestrebt werden, welche auch bei niedrigstem Schiffahrtswasserstande den Verkehr von 1200 Tonnenschiffen gestattet. Bei ununterbrochenem Tag- und Nachtbetrieb rechnet der Entwurf bei 270 Schiffahrtstagen auf jährlich zehn bis zwölf Millionen Tonnen Güter; für einen größeren Verkehr müßten die Schleusen zu Doppelschleusen umgebaut werden.

Auf dem Main und der Donau könnte die Beförderung der Massengüter wie bisher durch Schleppzüge erfolgen, auf dem neuen Donau-Mainkanal am zweckmäßigsten durch die elektrische Treidellokomotive von Leinpfad aus. — Die Baukosten für die 734 Kilometer lange Wasserstraße werden auf 650 Millionen Mark oder rund 886000 Mark für das Kilometer beziffert, wobei die Kosten für die Entwurfsbearbeitung und die Bauzinsen eingerechnet sind.

Die Verzinsung und Amortisierung dieser Summe würde zunächst einen Jahresaufwand von $32^1/_2$ Millionen Mark erfordern; die Kosten des Betriebes und der Unterhaltung der Wasserstraße werden bei einem Jahresverkehr von 5 Millionen Tonnen auf $7^1/_2$ Millionen Mark geschätzt, die sich bei einem doppelt so großen Verkehr nur um 400000 Mark erhöhen würden. Rechnet man dazu noch die besonderen Kosten für die Treidelei mit 1,24 Mark bzw. 1,95 Millionen Mark, so würde sich bei einem Jahresverkehr von 5 Millionen

Tonnen der jährliche Gesamtaufwand auf 41240000 Mark, bei einem doppelt so großen Verkehr nur um 1100000 Mark höher belaufen. Es verhalten sich also die Ausgaben ähnlich wie bei gesteigerter Auflagenhöhe eines Buches, die gegenüber den sonstigen Kosten kaum irgendwelchen erheblichen Einfluß ausübt.

Diesen Ausgaben gegenüber stehen folgende Einnahmen. Befahrungsgebühr, bei 5 Millionen Tonnen 15 Millionen Mark, bei 10 Millonen Tonnen rund 38 Millionen Mark, Ertrag der Treidelei 2400000 Mark bzw. 3200000 Mark, also eine Gesamteinnahme von 17,4 Millionen bzw. 41,1 Millionen Mark.

Selbstverständlich können diese Zahlen nur als ziemlich rohe Schätzungen aufgefaßt werden, aber soviel läßt sich aus ihnen ersehen, daß nur bei einem Jahresverkehr von 10 Millionen Tonnen sich Einnahmen und Ausgaben einigermaßen decken würden, daß aber bei geringerem Jahresverkehr bei nur wenig verminderten Ausgaben die Einnahmen ganz erheblich hinter ihnen zurückbleiben würden.

Dabei sind die Sätze für Befahrungsgebühren, um in lohnenden Wettbewerb mit den Eisenbahnen treten zu können, reichlich hoch gerechnet, daß, wenn auch durch Verkauf überschüssiger elektrischer Kraft sich erhebliche Nebeneinnahmen erzielen ließen, demnach das Projekt rein finanziell in recht ungünstigem Licht erscheinen müßte, wenn man nicht in Betracht zöge, daß infolge der Benutzung des Wasserweges eine bedeutende Ersparnis im Eisenbahnverkehr eintreten wird, die der Entwurf bei einem Jahresverkehr von 5 Millionen Tonnen auf 6 Millionen, bei einem Jahresverkehr von 10 Millionen Tonnen auf das Dreifache schätzt.

Die große militärische Bedeutung der Wasserstraße geht aus der einfachen Betrachtung ohne weiteres hervor, daß die Lokomotiven und Güterwagen für 800000 Wagenladungen mit einem Durchschnittsgewicht von je 12,5 Tonnen frei geworden wären, wenn im jetzigen Krieg der neue Großschiffahrtsweg vom Rhein zur Donau, eingerichtet für 10 Millionen Tonnen Jahresverkehr, bereits ausgebaut gewesen wäre!!

Was das bei der heutigen Knappheit an rollendem Material auf Eisenbahnen bedeutet, braucht wohl nicht noch besonders hervorgehoben zu werden. Ist es doch bekannt, daß die Knappheit an vielen täglich gebrauchten Dingen, vor allem an Brennmaterialen, nicht eine Folge von Mangel an ihnen selbst ist, sondern die Folge einer Überlastung der Verkehrswege und Verkehrsmittel, die zu ihrer Herbeischaffung notwendig sind. Man mache sich nur einmal klar, daß ein einziger Schlepper von 1200 Tonnen die Nutzlast von vier Güterzügen zu je 25 bis 30 Wagen befördert, und daß ein Schleppmotorschiff zwei bis drei solchen Schleppern entspricht, also die Last von mehr als zehn Güterzügen mühelos bewältigt, mithin 300 Güterwagen für andere Zwecke frei macht!

Gerade die Tatsache, daß wir, trotzdem das deutsche Eisenbahnwesen anerkanntermaßen das erste in der ganzen Welt ist, zur Zeit unter einem Wagenmangel leiden, wie er überhaupt noch nicht dagewesen ist, weist gebieterisch auf den energischen Ausbau der Wasserstraßen hin. Wir hätten in allem mehr leisten und schaffen können, wenn wir im Weltkriege bei dem Verkehr mit den

Balkanländern die Eisenbahnen um 800000 Waggonladungen pro Jahr hätten entlasten können.

Doch was vergangen ist, ist vergangen, getane Sünden lassen sich nicht wieder gut machen, aber sie müssen uns anspornen, sie nicht von neuem zu begehen, sondern energisch daran zu arbeiten, daß fortan Fehler vermieden werden, die wir jahrelang hindurch begangen haben.

Auch ganz abgesehen vom Weltkrieg und seinen unmittelbaren Beziehungen zu den Wasserstraßen soll dieses große Kanalprojekt die verkehrs- und handelspolitische Verbindung des Ostens mit dem Westen festigen und erweitern und mit dazu helfen, daß der Balkan und der Orient in diesem Völkerringen mit den Mittelmächten zu einem verkehrs- und handelspolitischen Ganzen, zu einer weltgebietenden und weltbeherrschenden Einheit zusammenschmelzen.

Es ist gewiß nicht ohne Absicht geschehen, daß der Gesetzentwurf die Frage nach der Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf der Donau offen läßt. Bisher war hierfür bekanntlich die „Donauschiffahrtsakte" maßgebend, welche am 7. November 1857 zwischen Bayern, Württemberg, Österreich-Ungarn und der Türkei abgeschlossen wurde. Aber sicherlich werden gleich nach Friedensschluß die Schiffahrtsverhältnisse auf der Donau rechtlich eine Neuregelung erfahren, und da ist es von großer Wichtigkeit, daß Bayern eben auf Grund des neuen Kanalprojektes dabei ein gewichtiges Wort mitzureden hat, ist ja doch die richtige Bemessung der Schiffahrtsabgaben eine der notwendigsten Voraussetzungen für die Rentabilität jeder Schiffahrtsstraße.

Allgemein bekannt dürfte ja sein, daß die geplante Großschiffahrtsstraße durch Bayern ja nur ein Glied, wenn auch das größte und wichtigste, in einer ganzen Kette von Wasserstraßen bildet, welche Deutschland über kurz oder lang durchziehen sollen. Die beiden wichtigsten unter ihnen dürften die Verbindung der Weser mit dem Main, welche in Verbindung mit dem Main-Donaukanal der Donau einen direkten Ausgang in die Nordsee verschaffen wird und die Verbindung der Oder mit der Donau sein, welche die reichen Kohlenschätze von Österreich-Schlesien der Industrie dienstbar machen und zugleich im Verein mit schon vorhandenen und noch zu erwartenden Wasserverbindungen der Oder mit der Weichsel den ganzen Osten Deutschlands bis hinab zur Ostsee in direkten Kontakt mit dem Orient setzen soll.

Das ganze Heer der Kanalisierung von Strömen von der Mosel bis an die Memel soll hier nicht wieder in Schlachtreihe aufgestellt werden; es möge nur noch an den Schluß dieser Betrachtung, die wesentlich dem neuen bayrischen Kanalprojekt gewidmet ist, die vielleicht nicht ganz überflüssige Bemerkung gesetzt werden, daß der Norddeutsche Mittellandkanal noch immer nicht fertig gestellt ist, sondern zwischen Weser und Elbe noch eine Lücke klafft, welche endlich auszufüllen ohne Zweifel die wichtigste Tat auf wasserwirtschaftlichem Gebiet bedeuten wird, die im Norden unseres Vaterlands geschehen muß.

Neue Bücher

G. von Below: „Der deutsche Staat des Mittelalters. Ein Grundriß der deutschen Verfassungsgeschichte." (Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig 1914, Preis 10 M.)

Der als Herausgeber der „Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" bekannte Freiburger Universitätsprofessor läßt mit diesem Buche eine Arbeit erscheinen, die sowohl für den Historiker wie auch für den Juristen von großem Interesse ist. Der Verfasser hat sich in seinem Werke, von dem bisher nur der erste Band vorliegt, der die allgemeinen Fragen behandelt, die Aufgabe gestellt, den Staat des Mittelalters als Staat, die mittelalterliche Verfassung als staatliche Verfassung darzutun und abzugrenzen, indem er sowohl das, was die alte Verfassung von der neueren trennt, als auch dasjenige heraushebt, was sie mit ihr verbindet. Es sollen, wie sich Below im Vorwort ausdrückt, „das mittelalterliche Staatsrecht als öffentliches Recht und zugleich die Besonderheit des mittelalterlichen öffentlichen Rechts dargelegt werden."

Wenn die Belowsche Arbeit auch in erster Linie dem Mittelalter gewidmet ist, so war es doch notwendig, fast überall bis in die Verhältnisse der Urzeit zurückzugreifen, da das Mittelalter nicht als scharf abgegrenztes Zeitalter gefaßt werden kann, sondern die Verhältnisse des Altertums mehr oder weniger in das Mittelalter hinübergreifen. Andererseits bot sich dem Verfasser wiederholt Gelegenheit, das neuere Verfassungsrecht zum Vergleich heranzuziehen.

Der bisher erschienene I. Band des Werkes zerfällt in zwei Teile, von denen der erste die Literaturgeschichte des Problems behandelt, während der zweite Teil die systematische Darstellung der Reichsverfassung enthält. Diese Einteilung, die Vorwegnahme der Literaturgeschichte vor Beginn der eigentlichen Darstellung, ist außerordentlich zu begrüßen; denn hierdurch erspart sich der Verfasser längere Auseinandersetzungen mit der zahlreichen, zum Teil älteren Literatur über sein Problem in der Darstellung selbst. Below beginnt diesen ersten Teil mit den Schriften C. L. von Hallers, der Wort und Begriff „Patrimonialstaat" geprägt und einen großen Einfluß auf die nachfolgende Literatur ausgeübt hat. Im weiteren Verlauf des literaturgeschichtlichen Überblickes wird die Stellung der Staatsrechtslehrer zu der von Haller gegebenen Darstellung und Auffassung des Staates und sodann die Erweiterung des Problems geschildert, wie sie sich namentlich unter dem Einfluß der großen Rechtshistoriker Waitz, Roth, Gierke und Sohn vollzogen hat.

In der systematischen Darstellung der Verfassung des deutschen Staats im Mittelalter sucht Below die beiden Fragen zu beantworten: dürfen wir dem deutschen Mittelalter einen Staat zuschreiben, und welche Ausdehnung haben die spezifisch staatlichen Rechte in unserer alten Reichsverfassung gehabt? Er kommt hierbei zu dem Ergebnis, daß das Mittelalter einen Staat im vollen Sinne des Wortes und ein öffentliches Recht gekannt hat, daß die staatlichen Elemente in

großer Zahl auch da zum Vorschein kommen, wo das Privatrecht die Situation zu beherrschen scheint. In dem I. Bande kommen zunächst die wirtschaftlichen Voraussetzungen der deutschen Verfassung im Mittelalter zur Darstellung und im Anschluß an dieses einleitende Kapitel die Verfassung des Reichs, von der in diesem Bande das Reichsgebiet, der Herrscher, der König und die Reichspersönlichkeit, der Staatszweck, der Untertanenverband und die Natur der staatlichen Herrschaft besprochen werden. Von besonderem Interesse ist die Untersuchung über das Wesen und die Entstehung des Feudalismus, dessen Ursachen Below nicht allein in den wirtschaftlichen Verhältnissen sieht, wie es die meisten neueren Historiker, unter ihnen auch Lamprecht, tun.

Es ist leider nicht möglich, hier ausführlicher auf die außerordentlich lesenswerten Ausführungen Belows einzugehen. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß der zweite Band dieses Werkes, das leider durch den Krieg eine kleine Unterbrechung erfahren hat, recht bald erscheinen möge.

Dr. Kurt Ed. Imberg

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Tagesfragen

Muß es sein? Die Art, wie Erörterungen über die Ausgestaltung der Kriegergrab- und -denkmäler zurzeit die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken suchen, ist danach angetan, an der Front Widerspruch hervorzurufen. Muß denn schon wieder über Stilfragen geredet, in solcher Breite geredet werden, jetzt, da uns doch wirklich andere Sorgen bedrängen? Muß über Kriegergrabmäler und Kriegerdenkmäler geschrieben werden in einer Zeit, da es wirklich nicht auf die Denkmäler für Taten, sondern auf die Taten selbst, nicht auf Grabmäler, sondern aufs Lebendigsein im potenziertesten Sinne und nötigenfalls aufs Sterbenkönnen ankommt? Das Sterben ist ja nun mal eine traurige Begleiterscheinung des Krieges. Muß denn aber gar so viel davon gesprochen werden, während man doch sonst über Dinge, die anderen wehe tun, anständigerweise schweigt — über das Sterben und darüber, was einem nach dem „Heldentod fürs Vaterland" an „Kriegerverehrung" und „Heldenwürdigung" — ich gebrauche die landläufigen Wendungen — bevorsteht? Muß es sein?

Ich weiß nicht, ob es vielen so geht: es hat nach meinem Empfinden für Frontsoldaten etwas Verletzendes, wenn über „Kriegergrabmäler" lang und breit diskutiert wird; Erörterungen vollends, ob im Grab- und Denkmalsstil der Klassizismus oder der Naturalismus oder noch andere „-ismen" vorwalten sollen, wirken heute, zu einer Zeit, da nicht abzusehen ist, wieviel dorngekrönte Anwartschaften auf solche Erinnerungszeichen noch erstehen mögen, beinahe zynisch. Die Kunst muß auch im Kriege ihr Brot verdienen, gewiß. Aber könnte sie nicht ein wenig mehr das Leben der Lebenden zum Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit machen, statt den Blutzoll der Zeit so sehr in den Mittelpunkt ihres Wirkens und Strebens zu rücken?

Gar mancher Kunstfreund wird diese soldatischen Randbemerkungen mit überlegenem Augurenlächeln lesen und um Gegengründe nicht verlegen sein. Den um Gefallene Trauernden werde durch Erörterung solcher Fragen und kritische Ausführungen ein Dienst erwiesen und guter Rat erteilt? Nein! Sie empfinden es als unziemliche Einmischung in eine Sache, die nur sie, sie

ganz allein, angeht; oder sie sind gar aufs tiefste verletzt, das von ihnen gesetzte Erinnerungszeichen als Schund oder Stillosigkeit gebrandmarkt zu sehen. — Die Nachfahren könnten durch minderwertige Grab- oder Denkmäler einen schlechten Begriff von unserem künstlerischen Können bekommen? Mögen sie doch! Was liegt daran? Selbst wenn es in fünfzig oder hundert Jahren etwa heißen sollte: „Es war eine ernste, große Zeit — aber einen originellen Grab- und Denkmalsstil hat sie nicht gefunden" — die Gefahr dieser Kritik können wir unbekümmert auf uns nehmen. Aus den Gräbern dieses Krieges, ob mit oder ohne Denkmal, käme den so hochmütig Tadelnden vieltausendstimmig die Antwort: „Einen Denkmalsstil, verehrte Nachkommenschaft, haben wir nicht gefunden, in der Tat; dazu fehlte es uns an Zeit, weil wir vollauf damit beschäftigt waren, uns rechtschaffen zu schlagen, um euch die Güter, geistige und gegenständliche, zu erhalten, die wir vordem für uns und unsere Kinder errungen." — Die Denkmals- und Grabmalskunst soll aus der Schwere dieser Zeit Anregung schöpfen? So? Nun, wir danken dafür, als Anreger für einen neuen Grabmalsstil betrachtet und verwertet zu werden! Dann käme man wohl schließlich noch dazu, ein gutes Grab dem Gefallenen als Verdienst anzurechnen! Nein und abermals nein! Es ist doch von so geradezu monumentaler Gleichgültigkeit, ob der Musketier N. oder der Leutnant M. ein gutes oder minder gutes Grabmal hat, oder ob in den späteren Kunstgeschichten das Schlachtendenkmal von Lothringen gepriesen und das in der Champagne getadelt wird. Nochmals: was geht uns heute Gräber- und Denkmalsstil an? In dieser Zeit, die nur eine Stilfrage kennen sollte: anständig seine Schuldigkeit zu tun und, wenn's nottut, mit Anstand zu sterben wissen!... Verschont uns in diesem Krieg mit solchen Dingen! Es kommt eben wahrhaftig auf anderes an als auf Grabmalkunst und Denkmäler!

Man mißverstehe mich nicht: ich rede nicht einer Verkümmerung alles Geistigen das Wort; nur dem Grabkunstsnobismus sage ich Fehde an. Man tue heute sein Bestes in Taten, draußen und drinnen, nach Hindenburgscher Losung. Und wenn man geistig weiterschaffen will (und die geistige Arbeit auch als Selbstzweck soll gewiß nicht liegen bleiben!), so ziehe man die Linien nach, die das Zeitgeschehen uns — dem einzelnen, der Nation, der Menschheit — aufprägt. Das Tüfteln an alten Stilen aber lasse man lieber bleiben — und erst recht das Suchen nach neuen Ausdrucksformen; die kommen zu ihrer Zeit von selber und setzen sich durch.

Also Krieg dem Grab- und Denkmalskunstsnobismus und Krieg seinem Gefolge, das da „Kriegerverehrung", „Heldenwürdigung" und ähnlich heißt! Das sind hochmütige Gesellen, aufgeblasene Luftballons von Worten. Allen an der Front — und vielleicht auch manchem Einsichtigen dahinter — geschieht ein Gefallen, wenn man auf das Aufsteigenlassen solcher Ballons verzichtet. Wir sind keine „Krieger" und „Helden", sondern Soldaten! Man streiche diese großen, hohlen Worte aus dem Sprachregister unserer Zeit! Reinhard Weer

Kriegsbeschädigte Offiziere als Amtsanwälte. Vor einiger Zeit ist ein Werk erschienen, das sich betitelt: „Die Verwendungsmöglichkeiten der Kriegsbeschädigten in der Industrie, in Handel, Gewerbe, Handwerk, Landwirtschaft und Staatsbetrieben, herausgegeben von Felix Krais, Kommerzienrat, Stuttgart." In diesem an sich sehr verdienstvollen Buche sind — entsprechend wohl dem kaufmännischen Berufe des Verfassers — die Möglichkeiten, welche sich dem Kriegsbeschädigten im Staatsdienste bieten, zu kurz gekommen. Es wird nur auf die Staatsstellen in Post, Eisenbahn- und Militärwesen eingegangen. Es sei deshalb hier auf einen Beruf im Justizdienst hingewiesen, welcher sich m. E. für Offiziere, die aus dem Militärdienst auszuscheiden gezwungen sind, besonders eignet, nämlich auf den Beruf des Amtsanwalts.

Über den Amtsanwalt bestimmt § 148 Ger.-Verf.-Ges.: „Das Amt der Staatsanwaltschaft wird ausgeübt bei den Amtsgerichten und den Schöffengerichten durch einen oder mehrere Amtsanwälte." Der Amts-

anwalt ist also Organ der angesehenen Behörde der Staatsanwaltschaft, und er hat, indem er in den Sitzungen des Schöffengerichts die Anklage vertritt, eine dem richterlichen Vorsitzenden ebenbürtige Stellung. Er ist in der Bearbeitung seines Dezernates selbständig. Das Amt eines Amtsanwalts vereint also in sich verschiedene Vorzüge, wie sie wenige der Stellen haben werden, welche den kriegsbeschädigten Offizieren offen stehen. Dies ist wohl auch der Grund, warum sich bereits aus der Zeit vor dem Kriege nicht wenige verabschiedete Offiziere in diesem Berufe befinden. Wenn sich nun kriegsbeschädigte Offiziere in größerer Anzahl diesem Berufe widmeten, wird er zudem gesellschaftlich eine weitere Hebung erlangen, so daß der Übertritt dem früheren Offizier auch in dieser Hinsicht leichter fallen wird.

Verschiedene Hochschulen, welche Fortbildungskurse für kriegsbeschädigte Offiziere eingerichtet haben, so z. B. die in Breslau und Danzig, haben auch Vorlesungen über den Beruf des Amtsanwalts in den Rahmen dieser Vorlesungen aufgenommen. Mit der theoretischen Vorlesung werden die Hörer jedoch genau so wenig einen klaren Blick dafür bekommen, was ihrer in dem neuen Berufe wartet, wie etwa die Studenten der Jurisprudenz sich bei ihrem Studium einen Begriff über ihren künftigen Beruf machen können. Viel wichtiger wäre deshalb m. E. eine praktische Vorbildung für die kriegsbeschädigten Offiziere, welche schon Neigung haben, in diesen Beruf überzutreten, oder welche sich über ihn Klarheit verschaffen wollen. Zu einer solchen praktischen Vorbildung aber bieten gerade jetzt während des Krieges die im Inlande tätigen Kriegsgerichte eine besonders günstige Gelegenheit. Dadurch, daß jetzt auch die älteren Jahrgänge zu den Fahnen gerufen sind, also Leute, die mitten im Wirtschaftsleben stehen und deshalb auch in strafrechtlicher Hinsicht ganz andere Fälle vor das Kriegsgericht bringen und ganz andere Schwierigkeiten bereiten, als die jugendlichen aktiven Soldaten zwischen dem zwanzigsten und zweiundzwanzigsten Lebensjahre, weisen die im Inlande belegenen Kriegsgerichte eine solche Auswahl von Rechtsfällen auch des bürgerlichen Strafrechts auf, daß Offiziere, welche sich auf den Beruf des Amtsanwalts vorbereiten wollen, hier eine praktische Schule finden würden, wie sie ihnen sonst nirgends wieder geboten wird.

Ich denke mir die praktische Ausbildung der Offiziere so, daß jedem der Richter eines Kriegsgerichts ein Offizier zugeteilt wird, den er in gleicher Weise beschäftigt, wie der Amtsrichter am sogenannten kleinen Amtsgericht den in der Praxis bis dahin völlig unbewanderten Referendar. Nebenher gehen könnte natürlich eine theoretische Vorlesung über Strafrecht und Strafprozeß in dem Rahmen, in dem ein Amtsanwalt diese Kenntnis nötig hat. Für diese Vorlesungen aber wird sich an jedem Orte aus der Zahl der Kriegsgerichtsräte oder Zivilberufjuristen eine geeignete Persönlichkeit finden, die besser als ein Theoretiker wissen wird, was den Amtsanwälten an positiven Kenntnissen not tut und die aus der Fülle der eigenen Praxis heraus diese theoretische Belehrung mit praktischen Beispielen beleben wird.

Landgerichtsrat Dr. Sontag,
z. Zt. Kriegsgerichtsrat

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6518.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Deutſche Schutzgebiete in Europa

Von Profeſſor Dr. Conrad Bornhak

Ueberſeeiſche Gebiete des Mutterlandes mit anderen geographiſchen, nationalen, ſozialen und wirtſchaftlichen Lebensbedingungen wie dieſes ſind auch von jeher nicht in deſſen ſtaatsrechtlichen Organismus aufgenommen worden, ſondern in anderen Rechtsformen regiert worden, insbeſondere ohne Teilnahme an deſſen verfaſſungsmäßigen Einrichtungen, wie z. B. an ſeiner Volksvertretung. Das engliſche Kolonialrecht unterſcheidet je nach dem Kulturzuſtande der überſeeiſchen Beſitzungen einfache Kronkolonien, die mit abſoluter Staatsgewalt vom Mutterlande regiert werden, ſolche mit Representative Government, in denen man bereits beſondere verfaſſungsmäßige Einrichtungen entwickelt hat, und mit Responsible Government unter eigenen parlamentariſchen Miniſterien. Aber im engliſchen Parlamente und im engliſchen Kabinette ſind auch die höchſtentwickelten überſeeiſchen Beſitzungen mit bundesſtaatsähnlicher Verfaſſung, wie Kanada, Auſtralien und Südafrika, nicht vertreten, wohl aber der Allmacht engliſcher Parlamentsgeſetzgebung unterworfen. Deutſchland hatte ſeit ſeinem Eintreten in die Kolonialpolitik ein Kolonialrecht entwickelt, das die Schutzgebiete zwar völkerrechtlich anderen Staaten gegenüber als Reichsinland, aber ſtaatsrechtlich grundſätzlich als Reichsausland außerhalb des verfaſſungsmäßigen Bundesgebietes erſcheinen ließ. Der Bevölkerung europäiſcher Abſtammung war zwar deutſches Recht und unabhängige Rechtspflege gewährleiſtet, aber im übrigen wurden die Schutzgebiete mit abſoluter Staatsgewalt vom Mutterlande regiert, auch die deutſchen Reichsangehörigen im Schutzgebiete hatten an den verfaſſungsmäßigen Einrichtungen des Mutterlandes keinen Anteil, kein deutſches Schutzgebiet war im Reichstage vertreten.

Doch es ist nicht nur die geographische Trennung des außerhalb Europas belegenen Gebietes, wodurch die besondere Schutzgebietsverfassung veranlaßt wird, sondern die Verschiedenheit der nationalen und kulturellen Verhältnisse überhaupt. So umfaßte einst die römische Provinzialverfassung wie die deutsche Markenverfassung gerade die unmittelbar an das eigene Stammland angrenzenden Gebiete, die man im Interesse der eigenen Sicherheit politisch, militärisch und wirtschaftlich beherrschen mußte. Die römische Republik machte sogar noch einen weiteren Unterschied zwischen Klientelstaaten, denen man noch eigene einheimische Herrscher belassen hatte, und Provinzen, die durch römische Statthalter regiert wurden, genau so wie das moderne Kolonialrecht zwischen Protektorat und Kolonie unterscheidet.

In der neueren Zeit ist es namentlich England, das seine Kolonialverwaltung keineswegs auf die ihm untertänigen Länder in fremden Weltteilen beschränkt, sondern, was meist unbekannt oder unbeachtet ist, eine ganze Reihe von Kolonien in Europa besitzt. Den Anfang macht die mitten zwischen den drei vereinigten Königreichen liegende Insel Man mit keltischer Bevölkerung unter dem Titel eines Königreiches und eigener Verfassung. Daran schließen sich die normannischen oder Kanalinseln, der letzte Rest der einstigen englischen Besitzungen auf französischem Boden, auch mit besonderen verfassungsmäßigen Einrichtungen ausgestattet. Die Felsenfestung Gibraltar ist seit dem Utrechter Frieden von 1713 englische Kronkolonie. Zeitweise befand sich auch die Insel Minorka in gleicher Rechtslage. Malta, seit dem Wiener Kongreß von 1815 anerkannt englischer Besitz, wird als englische Kolonie mit Representative Government regiert. Aus dem europäischen Kolonialbesitze Englands wieder ausgeschieden sind die Jonischen Inseln, von 1815 bis 1863 ein bundesstaatsähnliches Gemeinwesen unter englischer Protektion und 1863 an Griechenland abgetreten, und Helgoland, das bis 1890 englische Kronkolonie war. Dagegen wird der Weltkrieg vielleicht die französische Kanalküste mit Calais und Boulogne dem englischen Kolonialbesitze als unfreiwilliges Geschenk des Ententegenossen hinzufügen.

Der praktische Sinn des Engländers hat sich nie den Kopf darüber zerbrochen, wie man solche Besitzungen, die man zur eigenen Sicherheit bedurfte, regieren sollte, womöglich gar den Erwerb verschmäht, weil man den einheitlichen Organismus des Vereinigten Königreiches nicht durch fremdartige Bevölkerungselemente beeinträchtigt wissen wollte. Das Wesentliche war die politische, militärische und wirtschaftliche Beherrschung des Gebietes. Alles übrige ergab sich von selbst. In die englische Parlamentsverfassung wurde es natürlich nicht aufgenommen, daran dachte kein Mensch. Im übrigen gab es der Angliederungsformen so viele, als das Bedürfnis erforderte, von der einfachen militärischen Besetzung und Verwaltung bis zur staatenähnlichen Organisation, von der tyrannischen Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung bis zu ihrer erheuchelten Beschützung gegen fremde Gewalt.

Deutschland wird nach der Erklärung des Reichskanzlers nicht anders Frieden schließen, als daß es alle möglichen Sicherheiten gegen eine künftige Wiederholung des Überfalles vom Sommer 1914 erhält. Diese Sicherheiten bestehen vor allem in Gebietsveränderungen. Nur ein ganz kindliches Gemüt kann sich einen Ausgang des gewaltigen Weltkrieges in der Weise denken, daß alles, was französisch war, wieder französisch, alles, was belgisch war, wieder belgisch wird, man harmlos in den Zustand vom Juli 1914 zurückkehrt, als ob gar nichts geschehen wäre. Weder im Osten noch im Westen, weder auf dem Balkan noch auf dem Weltmeere gibt es einen Status quo ante.

Das einfache Gebot der Sicherheit erfordert, daß die deutschen Grenzlande künftig nicht schutzlos einem feindlichen Einfalle ausgesetzt sind. Dazu muß Deutschland jenseits seiner bisherigen Grenzen in Ost und West Marken bisher feindlichen Gebietes selbst dauernd besetzen. Die Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft gehen in derselben Richtung, sie erfordern neues Industriegebiet im Westen, neues Landwirtschaftsgebiet im Osten.

Wenn man dies auch rückhaltlos anerkennt, so ertönt doch immer wieder das Bedenken des deutschen Philisters. Wir dürfen den festgefügten Organismus des deutschen Nationalstaates nicht durch Angliederung von Fremdkörpern sprengen. Schon haben wir unsere liebe Not mit Polen und Dänen und mit Elsaß-Lothringern, die gelegentlich im Reichstage ein Schauspiel aufführen. Was würde es erst für ein Hexensabbat werden, wenn dazu auf der einen Seite die Belgier, auf der anderen Letten, Litauer und Weißrussen kämen und womöglich alle in ihren Zungen über deutsche Vergewaltigung zeterten? Da wollen wir doch lieber unter uns bleiben und jene interessanten kleinen Nationen anderen überlassen.

War es an sich schon ein Fehler, die Elsaß-Lothringer, die doch in ihrer überwiegenden Mehrheit deutschen Stammes waren, sogleich als Reichsland in den deutschen Reichsverband aufzunehmen, nun gar im Jahre 1911 ihnen eine Verfassung zu geben, die den französischen Separatismus erst recht in die Höhe schießen ließ, so wäre es vollends eine Ungeheuerlichkeit, unseren Reichsverband mit Vlamen und Wallonen, mit Letten, Litauern, Weißrussen und weiteren Polen und endlich mit allen polnischen Juden zu belasten. An dieses liebliche Bild eines erweiterten Reiches denkt man mit Grausen, indem man jede Annexion ablehnt.

Allein eine solche Erweiterung des Reichsgebietes, wie sie 1871 durch Elsaß-Lothringen erfolgte, ist doch nicht der einzige Weg, um dem Reiche die notwendige Sicherheit zu gewähren. Wenn der Reichskanzler betonte, daß der künftige Frieden dem Reiche die notwendige Sicherheit bieten müsse, und es daher weder im Osten noch im Westen einen Status quo ante geben könne, so erklärte er doch auch andererseits, von einer Annexion Belgiens habe er nie gesprochen. Beides ist sehr wohl miteinander vereinbar. Ebenso ist die Beherrschung der neuen Marken jenseits der bisherigen Reichsgrenzen nicht im

Widerspruch mit dem Schutze der kleinen Völker, weil diese eben nicht im deutschen Nationalstaate aufgehen sollen.

Zunächst wird jene russische Zunge verschwinden, die sich zwischen Preußen und Galizien nach Posen vorstreckte. Die gemeinsame Eroberung von Kongreß-Polen durch Deutschland und Österreich brachte es mit sich, daß die polnische Frage nicht von Deutschland allein gelöst werden konnte. Angesichts der vollzogenen Tatsache ist es müßig zu erörtern, ob die Errichtung des Königreichs Polen die beste Lösung war. Jedenfalls war sie besser als die von Österreich gewünschte Angliederung von Kongreß-Polen an Galizien, wodurch Deutschland von Eydtkuhnen bis Lindau an Österreich gegrenzt, und dieses Schlesien völlig umklammert hätte. Doch zwei Vorbehalte müssen dabei gemacht werden, ein geographischer und ein sachlicher.

Noch ist die Grenze des neuen Polenstaates nach Osten nicht bestimmt. Die Polen schwelgen dabei schon in überschwenglichen Hoffnungen, sprechen von Warschau und Wilna als den zwei Städten, die jedem polnischen Herzen teuer sind, und von den Ländern, die nach Polen gravitieren, d. h. nach denen Polen seine Hand ausstreckt. Davon kann keine Rede sein. Der polnischen Nationalität wird ihre staatliche Selbständigkeit zurückgegeben, aber nicht um wie im alten Polenreiche über andere Nationalitäten zu herrschen und sie zu unterdrücken. Die östliche Grenze des Polenstaates wird daher nicht weiter gehen können als die der polnischen Nationalität, d. h. ungefähr bis zu einer Linie, die Lyck und Lemberg verbindet.

Politisch ist der neue Polenstaat eine Schöpfung Deutschlands und Österreichs, muß also auch unter deren Einflusse bleiben. Dankbarkeit ist eine schöne Tugend, auf die man leider in der Politik nicht rechnen kann, am wenigsten nach den schon gemachten Erfahrungen bei den Polen. Ein selbstständiger Polenstaat wird wirtschaftlich und politisch die Neigung haben, sich an Rußland anzuschließen, und zwar um so mehr, je weiter seine Grenzen nach Osten ausgedehnt werden, und er von Rußland nichts mehr zu erwerben hat — wirtschaftlich, weil die entwickelte polnische Industrie in Rußland ihr Absatzgebiet hat, politisch, weil nur im Anschlusse an Rußland die Befreiung der preußischen und österreichischen Polen und ihre Vereinigung mit dem Königreiche möglich ist. Ein selbständiges Polen müßte für Rußland sofort das werden, was Belgien für England und Frankreich war. Gegen die Gefahr, daß ein künftiger Krieg wieder mit der Überflutung Ostpreußens und mit dem Kampfe um die Weichsel- und Narewfestungen beginnt, bedarf es realer Sicherheiten. Diese Festungen dürfen also nicht dem neuen polnischen Heer überantwortet werden, sondern müssen von Deutschland und Österreich besetzt bleiben. Diesen steht auch als Schutzmächten die Vertretung des Landes nach außen zu.

Damit ergibt sich für Polen ganz naturgemäß die Stellung eines gemeinsam deutsch-österreichischen Schutzstaates mit eigener staatsrechtlicher Persönlichkeit, aber unter dem politischen und militärischen Schutze der beiden Mächte, deren maß-

gebender Einfluß unter Ausschaltung aller fremden Mächte auch durch die neue polnische Verfassung, welche die beiden Schutzmächte erlassen, gesichert und anerkannt werden muß. Ein solches Schutzverhältnis ist nicht ohne Vorgang. Stand doch die auf dem Wiener Kongreß 1815 begründete Republik Krakau unter der gemeinsamen Protektion der drei Ostmächte, bis sie 1846 Österreich einverleibt wurde, wie gleichermaßen die Jonischen Inseln unter derjenigen Englands. Durch die gemeinsame Protektion zweier Mächte ergibt sich ganz von selbst eine selbständigere Stellung des Schutzgebietes, als wenn es nur einer einzigen Macht unterworfen wäre, wie denn für Polen ein staatlicher Charakter in Aussicht genommen ist. Staatlichkeit bedeutet aber noch keineswegs volle Freiheit der Bewegung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und völkerrechtliche Persönlichkeit. Innerhalb des ihnen gezogenen Rahmens werden die Polen dann erst den Beweis zu führen haben, daß sie wirklich in dem Jahrhundert der Fremdherrschaft die ihnen früher fehlende Fähigkeit zur Selbstregierung erworben haben. Und das können die Polen reichlich an sich selbst erproben, ohne daß man ihnen fremde Nationalitäten, die angeblich nach Polen gravitieren, als Versuchskaninchen. preisgibt. Schon die polnischen Juden, durch Rußland gewiß nicht verwöhnt, sind von dem ihnen in Aussicht stehenden Schicksal keineswegs entzückt. Bei denen geht es aber eben nicht anders, da sie kein geschlossenes Gebiet bewohnen.

Dagegen sind Kurland und Litauen allein durch das deutsche Schwert erworben. Über sie braucht man sich daher auch nicht mit Österreich auseinanderzusetzen. Sie an Polen preiszugeben, weil sie zu dem Polenreiche von 1772 gehörten, liegt keinerlei Anlaß vor. Denn jenes Polenreich, das ebenso der Geschichte angehört wie das heilige römische Reich deutscher Nation, ist eben wesentlich am Gegensatze der unterdrückten Nationalitäten und Bekenntnisse zugrunde gegangen.

Kurland wie Litauen sind für Deutschland militärisch unentbehrlich zum Schutze Ostpreußens. Sie bilden ferner das notwendige neue Siedelungsland des deutschen Volkes. Im Gegensatze zu dem dicht besiedelten Weichselgebiete von Kongreßpolen sind beide Länder dünn bevölkert, überdies ist ein großer Teil der Bevölkerung von den Russen fortgeschleppt und wird voraussichtlich nie zurückkehren. Die Krondomänen geben weiteres Siedelungsland. Die griechisch-katholischen Weißrussen sind auszusiedeln und von Rußland zu übernehmen, damit ihr Land als Entschädigung dient für die vertriebenen deutschen Kolonisten Rußlands.

Kurland und Litauen sollen also unbeschadet des friedlichen Fortbestandes der einheimischen lettischen und litauischen Bevölkerung deutsche Kolonialländer und Ackerbaukolonien werden. Dabei empfiehlt es sich, evangelische Ansiedler ausschließlich nach Kurland und in die von den Weißrussen zu räumenden menschenleeren Gebiete, katholische Ansiedler ausschließlich nach Litauen oder in menschenleeres Gebiet zu leiten. Damit wird jeder Anschein vermieden, als

diene die deutsche Ansiedlungstätigkeit zur Protestantisierung bisher katholischer Landesteile. Ebenso wird jeder konfessionelle Gegensatz zwischen den deutschen Einwanderern und der einheimischen Bevölkerung von vornherein unterbunden, sie fühlen sich beide gegenüber der bisherigen russischen Fremdherrschaft und dem Glaubensdrucke der Orthodoxie der russischen Kirche als Glaubensgenossen. Das fördert die innere Annäherung und schafft der höheren deutschen Kultur auch unter der einheimischen Bevölkerung der Litauer und Letten, die ja an sich schon den Germanen stammverwandt sind, freie Bahn. Von einem Gegensatze gegen das deutsche Staatswesen wird man dann hoffentlich ebensowenig etwas verspüren, wie unter den stets staatstreuen Litauern Ostpreußens.

Mit der fortschreitenden deutschen Besiedelung von Litauen und Kurland können dann allmählich in beiden Schutzgebieten Einrichtungen kommunaler und staatlicher Selbstverwaltung unter vollständiger Schonung der einheimischen Bevölkerung entwickelt werden. Damit reift das neue Deutschland im Osten allmählich zur vollen Einverleibung in den staatlichen Organismus des Reiches heran.

Ganz andere Wege sind hinwiederum in dem Gebiete einzuschlagen, das als unnatürliches staatliches Zwittergebilde bisher Belgien hieß*).

Darüber kann kein Zweifel sein, daß die künftige Sicherheit Deutschlands an seiner Westgrenze die politische, militärische und wirtschaftliche Beherrschung Belgiens zur bitteren Notwendigkeit macht. Aber ebensowenig kann bei der Fremdartigkeit und Feindseligkeit der belgischen Bevölkerung von einer Einverleibung Belgiens nach Art derjenigen Elsaß-Lothringens die Rede sein. Zwischen beiden politischen Tatsachen gilt es also einen Weg zu finden, der auch nur in einer schutzgebietsähnlichen Organisation liegen kann.

Von den künftigen Schutzgebieten des Ostens unterscheidet sich aber das dicht bevölkerte belgische Land dadurch, daß es keinerlei Raum für eine deutsche Ansiedelung bietet. Abgesehen von den Deutschen, die durch Heer und Beamtentum und durch wirtschaftliche Unternehmungen nach Belgien gezogen werden, ist also nur mit der einheimischen Bevölkerung zu rechnen.

Diese ist aber an sich zwiespältig. Vlamen und Wallonen waren durch das englisch-französische Kunstgebilde des belgischen Staates zusammengeschweißt und hätten sich auch ohnehin über kurz oder lang getrennt, wenn das deutsche Schwert nicht dem belgischen Staate ein Ende bereitet hätte. Deutscherseits liegt kein Anlaß vor, die Kunstschöpfung weiter aufrecht zu erhalten, aus der beide Nationalitäten herausstreben.

Damit ergeben sich zwei Schutzgebiete nach der Sprachgrenze, Vlamland und Wallonei, innerhalb deren unter deutscher Herrschaft die Bevölkerung allmählich von der Gemeinde aufwärts zur Betätigung am öffentlichen Leben heran-

*) Vgl. darüber meine Schrift „Belgiens Vergangenheit und Zukunft", Berlin 1917, Verlag der Grenzboten.

zuziehen ist. Versteht es dabei die deutsche Verwaltung namentlich, sich mit der katholischen Kirche in ein gedeihliches Verhältnis zu setzen, so wird zum mindesten das Vlamentum bei voller Wahrung seiner Sprache und Kultur auch den inneren Anschluß an das große deutsche Mutterland wieder gewinnen.

Ein Kranz von Fremdstämmigen umgürtete seit den Zeiten Peters des Großen, Katharina der Zweiten und Alexanders des Ersten das russische Reich und gab ihm Schutz nach Westen. Wie weit wir auch in Rußland vorgedrungen sein mögen, die Grenzen großrussischen Volkstums sind noch lange nicht erreicht. In den mannigfachsten Formen hatte das alte, noch von deutscher Staatskunst beherrschte Rußland diese Angliederung vollzogen, als Realunion von Polen und Finnland, die beide eigenen staatlichen Charakter hatten, mit ausgedehnter Selbstverwaltung der deutschen Ostseeprovinzen. Erst das politisch unfähige Moskowitertum seit Nikolaus dem Ersten hat diese Bildungen im Interesse einer mechanischen Staatseinheit von Großrussentum und Orthodoxie zerstört und damit die Frage der Fremdstämmigen geschaffen. Aber noch immer bilden sie den schützenden Panzer nach Westen um den Riesenleib Rußlands.

Das Deutsche Reich, in der Mitte Europas durch Feinde von Ost und West und von Nordwest bedroht, bedarf ebenfalls des sichernden Panzers gegen künftige Überfälle. Den festgefügten Organismus des Reiches wollen wir uns nicht durch fremde Völkerschaften und deren Vertretung im deutschen Reichstage trüben lassen. Wir haben deren an unseren Polen, Dänen und Franzosen schon genug. Schaffen wir uns deshalb für die Zukunft Schutzgebiete nach Ost und West unter der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Herrschaft des Reiches.

Deutschland und England in Afrika

Von Oberlehrer Dr. Wütschke

In einem früheren Aufsatz*) habe ich anzudeuten versucht, wie England auf dem ganzen Erdball Stützpunkte seiner Macht sich erworben, wie es durch Besitzergreifung scheinbar noch so unbedeutender Punkte des Festlandes und Ozeans sein System eines Stützpunktnetzes ausbaute, wie es ihm gelang, den größten Teil der Hauptengpässe des Seehandels in starkem Maße zu beherrschen und damit tatsächlich eine einzigartige Macht der See- und Weltherrschaft zu erringen.

Diesen Weg hat England auch auf dem afrikanischen Festland eingeschlagen. Den Gegner abzudrängen von den günstigsten Punkten der Erdoberfläche, ihm die geographischen Grundlagen einer Machtentwicklung zu entziehen oder doch mindestens deren Wert zu beeinträchtigen, das ist das Mittel, das England in Afrika leider allzu häufig mit größtem Erfolge angewendet hat.

Afrikas natürliche Eingangstore bilden die Flußmündungen. Sein Charakter als Hochfläche mit mehr oder minder schroffem, terrassenförmigem Rande weist den großen Flußtälern die Aufgabe von Eingangsstraßen in das Innere zu. Aber dieses Innere des Erdteils lockte bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts als Wirtschaftsgebiet niemanden; man hatte sich bis dahin in Europa mit der Vorstellung des „dunklen" Erdteils abgefunden. Die unermeßliche, öde, menschenfeindliche Sandwüste des Nordens und Südens übte ebensowenig Anziehungskraft aus wie der undurchdringliche Urwald der heißen Mitte; denn anders schilderte keine Überlieferung den Erdteil. Wohl bildeten einzelne Küstenstriche des gemäßigten Afrika teils alten Kulturbesitz, wie die Mittelmeerküste, das Niltal, teils waren sie bereits im siebzehnten Jahrhundert europäischer Kulturbesitz geworden, wie das holländische Burengebiet in Südafrika, aber sobald man weiter ins Innere vorzudringen versuchte, stieß man auf den unfruchtbaren, jeden Wertes unbar erscheinenden Wüstensand oder auf den Urwald, der die ansteigenden Höhen überdeckte und das ganze Innere des Erdteils zu erfüllen schien. Man ahnte weder den Reichtum des südafrikanischen Wüstengebiets an gleißendem Gold und blitzendem Edelgestein der Diamanten, noch die wahre Ausdehnung und den wirtschaftlichen Wert der Urwälder, noch das Vorhandensein weiter steppenartiger, viehreicher und

*) Englische Weltpolitik und Weltverkehrsfragen vor dem Kriege, „Grenzboten" 1915, Heft 37, S. 321 ff.

dem verschiedenartigsten Anbau zuträglicher Hochflächen im Innern. Erst die großen, um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in verstärktem Maße einsetzenden Entdeckungsreisen hellten den Zustand des Erdteilinnern auf; vollends brachte für Äquatorialafrika die Durchquerung Stanleys in den Jahren 1875/77 völlig neue Ergebnisse und warf mit einem Schlage die bisher fast allgemein herrschende Ansicht von der Wertlosigkeit des Erdteils über den Haufen. Es kommt dazu, daß die fast gleichzeitige Aufhebung des Sklavenhandels, der ja seine Ware aus Afrika bezog, dazu zwang, sich nach neuen Erwerbs- und Handelserzeugnissen des Erdteils umzusehen.

England erkannte die große Bedeutung der neuen Entdeckung. Unter dem Gesichtspunkt der eben beginnenden imperialistischen Politik trieb es, wie ich mich ausdrücken möchte, von jetzt an in Afrika „rein afrikanische" Politik. Es erwarb oder erweiterte seine Besitzungen um ihrer selbst willen, im Gegensatz zu der bisher geübten „indisch-afrikanischen" Politik, worunter ich die Maßnahme Englands verstanden wissen möchte, daß alle seine afrikanischen Erwerbungen nur Stützpunkte und Schutzniederlassungen auf dem einstmals einzigen Wege von Europa nach Indien um das Kap herum bilden*).

Man kann den Zeitpunkt, in dem England den neuen Weg seiner Politik einschlug, nämlich sich auch möglichst die Zugänge zum Innern Afrikas zu sichern, fast genau bestimmen. Es ist der September 1876, im Geburtsjahr des Kongostaates, als in Brüssel auf Einladung König Leopolds II. von Belgien die Kongokonferenz zusammentrat. In diesem Augenblick richtete die englische Politik mit sicherem geographischen Blick ihr Ziel auf die Flußmündungen, in der richtigen Erkenntnis, damit die Zugangspforten und -straßen zu beherrschen, wenn etwa das Innere des Erdteils sich reicher erweisen sollte, als man bisher allgemein annahm. Die Stanleyschen Entdeckungen schienen diese bisherige falsche Annahme zu entkräften. Dieses „Zugreifen auf gut Glück" ist immer ein Kennzeichen der englischen Ausdehnungspolitik gewesen.

Mit der Sperrung der Kongomündung setzt dieser neue Zweig der afrikanischen Kolonialpolitik Englands ein.

Allerdings lehrt nun ein Blick auf die Karte, daß England heute gar keinen Besitz an der Kongomündung hat und auch niemals hatte. Dennoch liegt hier das typische Beispiel der angedeuteten britischen Abdrängungs- und Sperrpolitik vor. England weigerte sich bekanntlich, der im Anschluß an jene Konferenz 1882 entstandenen Association internationale du Congo beizutreten, um sich in jeder Weise seine Handlungsfreiheit wahren zu können. Selbst die besondere Aufmerksamkeit, die Frankreich seit 1880 durch Savorgnau de Brazza der Kongo-

*) Ähnliches bezweckte bereits im siebenzehnten Jahrhundert Holland zur Sicherung des Seeweges zu seinen ostindischen Kolonien durch Erwerbung von St. Helena 1633 (bis 1651), von Mauritius 1638 (bis 1710) und vom Kapland 1651 (bis 1814). — Auch der Streit um Madagaskar zwischen England und Frankreich im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts dient zur Kennzeichnung dieser britischen Absicht.

frage zuwendete, konnte England nicht veranlassen, aus seiner Zurückhaltung durch persönliches Eingreifen herauszutreten. Aber es unterstützte die älteren Ansprüche Portugals auf die Kongomündung und auf einen Teil des Unterlaufes nachdrücklichst, da dem kleinen romanischen Königreich vermöge seiner Lage weder von Belgien noch Frankreich eine Gefahr drohen konnte, noch dazu unter Englands „Schutz." Am 24. Februar 1884 erkannte England vor aller Welt unumwunden Portugals Souveränität an der Kongomündung an. Leopolds II und Bismarcks Einspruch nützte nichts. Bismarck konnte im Februar 1885 im Anschluß an die seit November 1884 tagende Konferenz nur die neue Kongoakte durchsetzen, die aber an der Sperrung der Kongomündung nichts mehr ändern konnte. Trotz aller Handelsfreiheiten im Kongogebiet blieb Englands Einschränkung des Kongohandels mit Hilfe Portugals bestehen.

England wendete seit diesen Vorgängen kein Auge von der deutschen Kolonialpolitik, zumal kurz vorher (Februar 1884) Deutschland ein Stück des afrikanischen Bodens selbst unter seinen Schutz gestellt hatte. Jeder Schritt Deutschlands in Afrika bedeutete von nun an für England eine Einschränkung seiner Macht, und damit ein Zeichen zum Einschreiten gegen den Eindringling. Ging man doch sogar in England so weit, daß man infolge Bismarcks Eingreifen in der Kongofrage schon das Schicksal des unabhängigen Kongostaates mit dem Belgiens verknüpfte, obwohl dieser Staat nichts weiter damit zu tun hatte, als daß zufällig sein König auch Souverän des neuen Afrikastaates war. Ja, man sah in England schon das kleine Belgien in Deutschlands Händen, und damit nicht nur den Verlust des „englischen Sprungbrettes zum Kontinent", sondern auch im Kongostaat bereits den Anfang eines großen deutsch-afrikanischen Kolonialreichs. England wollte keinen Nebenbuhler in Afrika mehr dulden; es hatte mit seinem Hauptgegner Frankreich schon genug zu schaffen. Und dennoch! War es etwa Überhebung und Anmaßung, wenn ein aufstrebender Staat wie das neue Deutsche Reich sich in einem der wenigen der freien Betätigung noch zugänglichem Teil der Erde ein neues Arbeitsfeld seiner starken, jungen Kraft suchte? Aber der krasseste Egoismus, gestützt auf die tatsächliche Macht, waltete in England allein; jede billige Gerechtigkeit schien ausgeschaltet. Wenn der Widerstand Deutschlands und Bismarcks gegen die englischen Pläne damals nicht stärker war, so lag es nicht an politischer Schwäche Deutschlands, sondern an dem geringen Einfluß, den die noch junge Macht besaß. Man muß sich klar sein, daß von dem Augenblick an, als Bismarck in die afrikanischen Verhältnisse eingriff, nicht mehr wie bisher Frankreich, sondern eben Deutschland Englands Kolonialgegner in Afrika war. Alle französisch-englische Gegnerschaft schien vergessen; ja, England unterstützte sogar in starker Weise Frankreichs Kolonialpläne, namentlich dort, wo Frankreichs afrikanische Interessen mit den deutschen zusammenstießen, vor allem in Togo und Kamerun. Das war für England um so leichter, als Frankreich sein Hauptinteresse dem nordwestlichen Afrika zuwendete, während England die Hauptstützen seiner Afrikamacht in

Ägypten und Südafrika sah, seitdem durch Eröffnung des Suezkanals für England das politische Schwergewicht in Afrika nicht mehr an der afrikanischen West- und Südküste, sondern im Nordosten lag. Sobald freilich Frankreich Miene machte, die für den neuen Seeweg nach Ostindien wichtigen Interessenkreise zu stören, rief es die englische Feindschaft hervor, wie der „Fall Faschoda" und die Marokkokonferenz, namentlich die Behandlung der Tangerfrage, lehren. Im übrigen aber konnte die imperialistische Afrikapolitik Englands, die schließlich ihr Ziel in einem „Afrikareich vom Kap bis Kairo" sah, nur Deutschland als den einzigen Gegner und Störer seines afrikanischen Großkolonialreiches betrachten. Den größten Schmerz bereitete es England, daß die deutsche Besitzergreifung eines Teiles von Ostafrika bis zu den großen Seen und zum unabhängigen Kongostaat bereits einen Keil in dieses Gebiet getrieben hatte, ehe England das Ziel des ersehnten Afrikareichs völlig klar vor Augen stand. Zwar standen ihm auch noch portugiesische Besitzungen und die Burenrepubliken im Wege, aber sie waren England weniger bedenklich als Deutsch-Ostafrika. Darüber kann kein Zweifel bestehen: die englische Afrikapolitik wird seit dem Jahre 1884 völlig von dem Verhalten Deutschlands in Afrika bestimmt. Seitdem lassen sich zwei Bestrebungen Englands in Afrika klar verfolgen: die Zurückdrängung, mindestens Schädigung der deutschen Machtgebiete und die immer deutlichere Entwickelung eines einheitlichen Afrikareichs vom Kap bis Kairo als Gegengewicht des deutschen Einflusses, aber unter möglichster Ausschaltung aller fremden Interessen. Beide Bestrebungen gingen teils Hand in Hand, wie in Ostafrika, wo bald die eine, bald die andere stärker hervortrat, teils fand, wie in Westafrika, nur die erste ihren vollen Ausdruck.

Das eine der beiden Ziele, die Absperrung und Schädigung Deutschlands in Afrika, war vor Ausbruch des großen Krieges tatsächlich bereits erreicht, dem andern glaubte England kurz vor Beginn des Krieges nahe zu sein, ja, es erhofft vielleicht seine Verwirklichung, wenn ihm als Lohn seiner Unterstützung des angeblich überfallenen Belgien ein Teil des Kongostaates und Deutsch-Ostafrika zufiele. Der Ausgang des Krieges erst wird nun die volle Lösung der Fragen geben, die mit diesen beiden englisch-afrikanischen Bestrebungen im Zusammenhang stehen. Er kann sehr wohl die Mängel mildern, die die Erreichung des ersten Ziels durch England gezeitigt hat; das zweite aber könnte immerhin für England in nebelhafte Ferne rücken, wenn nicht für immer als unerreichbar entschwinden.

Deutsch-Südwestafrika. Es ist bemerkenswert, daß England fast zum gleichen Zeitpunkt, als die Kongofrage zur Verhandlung stand, mit seiner Haltung Deutschland gegenüber offen hervortrat. Bereits zu Beginn des 5. Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts hatte die rheinische Missionsgesellschaft an der Südwestküste Afrikas vom Kap bis ins Damaraland hinein Stationen errichtet. Dieser christlichen Liebestätigkeit folgten bald Kaufleute, und bereits 1868 wendete Bismark diesem Gebiete, wenn auch wohl ohne territoriale Absichten, seine Auf-

merksamkeit zu. Das damals liberale britische Kabinett würdigte diesem Vorgehen des preußischen Ministerpräsidenten keiner Beachtung. Erst in dem Augenblick als Disraeli 1874 die Regierung übernahm, besetzte England die dem Südteil der Küste des heutigen Schutzgebietes vorgelagerten guanoreichen Pinguineninseln, und bald (1879) wehte auch die britische Flagge über der Walfischbai, dem einzigen natürlichen Eingangshafen des Hinterlandes. Weder Lüderitzbucht noch Swakopmund konnten später, als 1884 durch Bismarcks Eingreifen Südwestafrika deutscher Besitz geworden war, trotz aller großartigen Kunstbauten den Mangel eines natürlichen Eingangstores in das Innere ersetzen. Es wäre ein nicht zu unterschätzender Vorteil, wenn es einmal möglich sein würde, diese englischen Vorposten-Inseln und den britischen Küstenwachplatz, der in seiner politischen Abgeschlossenheit gar keine Bedeutung hat, aus dem Körper der deutschen Kolonie zu entfernen. Wenn auch die Inseln kein unmittelbares Hemmnis sind, die Walfischbai nur in beschränktem Maße ein solches darstellt, so würde doch eine freiere Entwicklung der Kolonie, ich möchte sagen, ein freieres Atmen einsetzen können, wenn sie nicht englisch wären. Einer das eben erworbene Küstengebiet bedrohenden englischen Umklammerung konnte Bismarck noch rechtzeitig zuvorkommen, indem er am 12. August 1884, fünf Tage nach der amtlichen Erklärung der Protektoratsübernahme über Lüderitzland, auch das nördlich der Walfischbai bis 18 Grad s. Br. gelegene Gebiet als unter deutschem Schutz stehend erklärte. Damit war die in den ersten Augusttagen drohende Gefahr einer Besetzung durch England durch ein frisches Zugreifen beseitigt. Einen Monat später erkannte England die deutsche Schutzherrschaft über die Küste vom Oranjefluß bis zum Kunene an, behielt aber die kleinen Küsteninseln und die Walfischbai in seinem Besitz.

Bedenklicher für die Kolonie als diese immerhin kaum spürbare englische Umklammerung von der Seeseite ist die vom Binnenlande aus. Schon die gemäß den Längen- und Breitenkreisen mathematisch zugeschnittenen Grenzlinien lassen erkennen, daß auch hier wie in fast ganz Afrika die jetzigen Territorialgrenzen nur Notbehelfe sind, daß ihre endgültige Festlegung einer späteren Zeit vorbehalten ist. Gerade für Südwest wäre eine solche endgültige Regelung, die mehr Rücksicht auf die geographische Eigenart des Landes, auf seine orographischen, hydrographischen und völkischen Verhältnisse nimmt als die auf dem Papier am grünen Tisch gezogenen Linien, recht wünschenswert. Möge dieser Tag nicht mehr allzu fern sein! Gegen Norden nach portugiesischem Gebiete zu gibt der Kunene in seinem Unterlauf und der Kubanyo in seinem Mittellauf die allgemeinen Richtlinien, gegen Süden dürfte kaum eine andere Grenzführung als heute zu erwarten sein. Allerdings müßte das zum mindesten höchst merkwürdige Erzeugnis hilfloser Diplomatie verschwinden: die Grenze am Nordufer des Oranje. Solange sie nicht in die Mitte des Stromes verlegt ist, hat Deutsch-Südwest-Afrika in der Tat keinen Anteil an Segnungen des Stromes. Völlig ohne geographische Rücksicht ist die Ostgrenze gezogen,

noch willkürlicher das unglückliche Gebilde des zum Sambesi sich reckenden Zipfels an der Nordostecke.

Den Anstoß zu dem englisch-deutschen Gegensatz im Binnenlande gab die fast gleichzeitig mit der deutschen Küstenbesetzung zusammenfallende Reise des Burenpräsidenten Krüger nach Europa (1884). Seine in englischen Berichten mehr oder minder zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauschte und mit politischem Geschwätz reichlich umkleidete wohlwollende Aufnahme in Berlin scheint in London ziemlich starke Bestürzung hervorgerufen zu haben. Man sah ein Bündnis Deutschlands mit den beiden Burenrepubliken voraus, sah den englischen Einfluß in Südafrika schwinden, ja, man rechnete selbst mit einer völligen Preisgabe des britisch-südafrikanischen Besitzes. Das Kabinett Gladstone griff entschlossen ein und beruhigte die englischen Gemüter erst, als englische Truppen an der Westgrenze der Burenrepubliken den Oranje nordwärts überschritten und so einen Keil zwischen den neudeutschen Küstenbesitz und die Burenstaaten trieben. Betschuanaland ward in den folgenden Jahren britisch und damit der Schlüssel zu weiterem nordöstlichem Vordringen Englands. Vorher bereits hatten die Engländer von Natal her ihren Einfluß nordwärts längs der Küste bis zur Delagoabai geltend gemacht. So spürten denn auch wie Deutsch-Südwest die Burenrepubliken die britische Umklammerung. Die endgültige Grenzregelung im Osten der Kolonie erfolgte erst 1890 nach Bismarcks Abgang.

Damit beginnt der Abschnitt der südwestafrikanischen Kolonialgeschichte, der an den Namen Caprivi geknüpft ist und bis auf den heutigen Tag seine Spuren in dem sogenannten Caprivizipfel bewahrt hat. In dem nach Bismarcks Abgang von Caprivi unterzeichneten, später noch einmal zu erwähnenden Vertrag von 1890 konnte bei Schaffung der festen „Hinterwand" der Kolonie weder eine wesentlich andere östliche Grenzführung gegen Britisch-Südafrika erreicht werden, als wie sie theoretisch bereits seit Gründung der Kolonie bestand, noch konnte ein größeres Gebiet am Sambesi gewonnen werden, obwohl — ebenfalls seit 1884 — die deutsch-portugiesische Grenze im Norden diesen Strom erreichte. So entstand der völlig wertlose, in keiner Weise organisch mit der übrigen Kolonie verknüpfte Zipfel, der bis heute als wenig erfreuliche Erinnerung den Namen an seinen Schöpfer bewahrt hat. Es wäre besser gewesen, man hätte auf dieses Gebiet ganz verzichtet gemäß dem Satze seines Begründers: „Je weniger Afrika, desto besser!"

Es bedarf nur noch der kurzen Erwähnung einzelner Tatsachen, um zu zeigen, wie England mit nimmerrastendem Eifer, freilich nicht immer mit einwandfreien Mitteln arbeitete, um sein Ziel der Abdrängung aller nichtenglischen Interessen in Südafrika zu erreichen. Das war für England um so leichter möglich, als es sich in Südafrika um Staaten handelte, die England nicht im entferntesten eine gleichwertige Macht entgegensetzen konnten. Weder der Ausgang eines diplomatischen Streites mit Portugal noch der eines Waffenganges mit

den Burenrepubliken konnte zweifelhaft sein. Portugals südafrikanische Besitzungen der Ost- und Westküste verlangten ja geradezu nach einer Vereinigung über den inneren Kontinent hinweg. Vor 1876 schien diese Möglichkeit noch gegeben, schwand dann aber vollends, als die Kongofrage andere innerafrikanische Fragen aufrollte. Als 1886 der Gedanke in Portugal von neuem auftauchte, war es bereits zu spät. Neuerdings scheint England Portugiesisch-Ostafrika vom Njassasee her geradezu rückwärts anzufallen, um die wichtige innerafrikanische Verbindung Njassasee-Sambesimündung in seine Hände zu bekommen. Daß Portugiesisch-Ostafrika in dem Augenblick, wo dieser Rückenstoß die Kolonie in zwei Teile zerschneidet, zu bestehen aufgehört hat, d. h. in dem englischen Kolonialreich aufgeht, dürfte kaum zweifelhaft sein*). Wie England seinen Überfall auf die Burenrepubliken zur Verwirklichung seiner südafrikanischen Pläne vorbereitete, ist zu bekannt, als daß es an dieser Stelle nochmals erörtert werden müßte. Es brauchen nur die Namen Jameson und Cecil Rhodes genannt zu werden. Nur die eine Tatsache sei nochmals betont, daß die Knebelung Portugals in Ostafrika das endgültige Geschick der Burenrepubliken bereits ahnen ließ. Kaum besser als durch den Verlauf der englisch-südafrikanischen Politik mit dem Ziele eines britischen Afrikareiches wird das alte Wort wieder bestätigt, daß Sentimentaliät keinen Platz in der Politik hat, ein Wort, daß auch uns, namentlich England selbst gegenüber, unbeschadet unseres Rufes, nicht so oft aus dem Gedächtnis entschwinden sollte!

Für den Ausbau des britischen Afrikareichs vom Kap bis zum Nil hatte die Einengung Deutsch-Südwestafrikas, des einzigen für England wirklich bedrohlichen Besitzes, die große Bedeutung, daß der angeblich versuchte Einbruch der Deutschen nach dem Innern und ihre Vereinigung mit den Burenstaaten mißglückte. Wie ein Symbol der Anfang der neunziger Jahre in die Klemme geratenen deutsch-südwestafrikanischen Politik streckt sich noch heute der Kaprivizipfel vergeblich verlangend gen Osten. —

Togo und Kamerun. Nicht viel besser für die deutsche Kolonialentwicklung liegen die Dinge in Togo und Kamerun. Auch hier ist nach Besitzergreifung der Gebiete die deutsche Kolonialpolitik nicht vom Glück begünstigt worden, und die gegenwärtigen territorialen Zustände, besonders in Kamerun, tragen bereits vom ersten Tage ihrer Festlegung an den Keim der Neuordnung in sich, die hoffentlich nicht allzu fern ist und nicht allzu schwierig sein dürfte.

In Westafrika sind gemäß der orographischen Gestaltung des Erdteils das Kongo- und Nigerbecken die natürlichen Ziele jeder europäischen Kolonisation

*) Johnston sagt als Erläuterung zu seiner Karte: „Wie Afrika nach dem Kriege aussehen wird" (Vortrag in der Royal Geographical Society, 24. Februar 1915, abgedruckt Deutsche Kolonialzeitung, 1915, Nr. 7, Sonderbeilage und „Weltwirtschaftliches Archiv", Oktober 1915): „England wird Portugal die Tungibucht (Mündung des Rovuma im Norden anbieten und dafür das Stückchen Land erbitten (!), welches Britisch-Njassaland von dem schiffbaren Sambesi noch trennt."

und Brennpunkte der gegenwärtigen Kolonialwirtschaft in Mittelafrika. Als drittes Becken schließt sich beiden das Tsadseegebiet an, dessen wesentlicher, wirtschaftlicher Nachteil freilich in seiner Abgeschlossenheit und schweren Zugänglichkeit vom Meere her liegt. Für alle drei Gebiete aber ist der Golf von Guinea der Ausgangsort der wirtschaftlichen Erschließung, deren natürliches Fortschreiten zu den beiden ersten Becken von den Mündungen der beiden Ströme flußaufwärts erfolgen muß, zum Tsadseebecken am nächsten vom innersten Winkel der Guineabucht und vom Nigerbecken aus*). Seit der Aufrollung der Kongofrage und seit ihrer vorläufigen Lösung durch die Kongokonferenz blieben aber als wirtschaftliche Arbeitsgebiete der europäischen Neukolonisation nur noch das Niger- und Tsadseebecken, von denen das letztere aus dem angeführten Grunde zunächst stark zurücktrat.

Als das Deutsche Reich 1884 mit der Besetzung der südwestafrikanischen Küste in die Reihe der Kolonialstaaten eintrat, war das Nigergebiet bereits vergeben. Die Kongoakte enthält den Artikel: „Die Schiffahrt auf dem Niger ist frei, und die Ausführung dieser Bestimmung wird England und Frankreich anvertraut." Darin liegt schon ein Verzicht seitens Deutschlands auf koloniale Betätigung im Nigergebiet. Unmittelbar darnach besetzte denn auch England gemäß diesem Artikel die gesamte Küste des Nigergebiets von Lagos bis zum Rio del Rey und im Innern das Gebiet des Benue bis nach Jola, den Franzosen nur die Landschaften um den Nigerbogen belassend.

Keinen glücklicheren Griff konnte Bismarck daher tun als die Besetzung der Togo- und der Kamerunküste. War doch von der ersten aus die Möglichkeit gegeben, binnenwärts vorschreitend eine Verbindung mit dem oberen Niger zu erlangen, und vom innersten Winkel der Guineabucht, der so glücklich in der Mitte zwischen den drei Becken liegt, nach allen drei Gebieten vorzustoßen! Die beiden neuen Angriffspunkte der deutschen Kolonisation waren sonach in Hinblick auf die wirtschaftlichen Erschließungsmöglichkeiten recht glücklich gewählt. Aufgabe der Diplomatie war es nun, durch günstige Verträge mit den eingeborenen Machthabern und durch glückliche Verhandlungen mit den europäischen Nachbar-

*) Der ehemalige Hauptzugang zum Tsadseebecken durch die Wüste von Tripolis aus südwärts hat seine Bedeutung für die Erzeugnisse des Tsadseebeckens heute fast völlig verloren. Wenn gewisse Bestrebungen die Verbindung mit unseren Kolonien auch neuerdings wieder auf den Weg Berlin—Neapel—Tripolis—Tsadsee weisen, um den durch England beaufsichtigten Kanalweg zu meiden („Tag", Beilage, 27. Januar 1916), so ist dem nur entgegen zu halten, daß England von Malta aus und infolge seiner Machtstellung im Mittelmeer diesen Weg mindestens ebenso bedroht wie den alteingebürgerten; ganz abgesehen davon, daß ein einziger Landweg vermöge seiner geringen Leistungsfähigkeit für den Transport von Massengütern und vermöge der damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Kosten, niemals einen Seeweg ersetzen kann. Nicht „der Schnellverkehr nach Afrika" ist für unsere künftige Weltwirtschaft das Ausschlaggebende, sondern der möglichst zuverlässige und billige Transport von Massengütern der Kolonien nach dem Mutterlande. Die Zeit spielt dabei gar keine Rolle, wichtig ist einzig und allein die Größe des verfügbaren Transportraumes.

kolonisatoren so viele Vorteile zu erringen, daß der Anschluß an die drei Becken von den beiden Küstenbesitzungen aus auch wirklich erreicht wurde. Man muß offen genug sein, zuzugeben, daß es leider nicht geglückt ist, diesen Anschluß zu erreichen, in erster Linie deshalb nicht, weil die junge deutsche Kolonisation sowohl in Togo wie in Kamerun mit den beiden Afrika-Kolonialmächten zu rechnen hatte, mit England und Frankreich. Ihre allgemeine politische Stellung zu dem neuen Deutschen Reiche war demnach allein bestimmend für die Grenzregelungen dieser afrikanischen Guineakolonien. Als dort die schwarz-weiß-rote Flagge zum erstenmal am Mast emporstieg, war England bereits im Begriff, seinen großen, gesicherten Afrikabesitz zu vergrößern. Für England war, wenn man so sagen darf, bereits mit der Kongo- und Südwestafrikafrage eine „deutsch-afrikanische Gefahr" heraufbeschworen; kein Wunder also, wenn England diese neue Festsetzung mit ganz besonderem Mißtrauen betrachtete und einem weiteren Vordringen ins Innere mit Nachdruck zu begegnen suchte. Bedauerlich bleibt, daß bis in die Mitte der neunziger Jahre — und gerade die ersten zehn Jahre deutscher Kolonialgeschichte waren für die Grenzregelungen entscheidend — die damalige Stärke Englands jedes kräftigere Auftreten unsererseits zwecklos erscheinen ließ. Heute müssen, wenn die Frage der Grenzregelung dieser beiden Gebiete wieder aufgerollt werden, alle Bedenken, die damals zu Recht bestanden, zurücktreten. Unsere heutige Weltstellung gibt uns Bürgschaft dafür, daß uns eine neue Zurücksetzung bei Lösung der unbedingt auftauchenden Afrikafragen seitens Englands erspart bleibt. Von Frankreich gar nicht zu reden! Damals war uns aber auch Frankreich gegenüber ein stärkeres Auftreten kaum möglich, da es leicht zu einem neuen, für die innere Entwicklung des jungen Deutschen Reiches wenig wünschenswertem Waffengang geführt haben würde.

Betrachten wir nach diesen allgemeinen Erörterungen über Togo und Kamerun beide kurz vor der letzten Gebietsänderung in Kamerun (1911).

Togo. Die kleine deutsche Kolonie erstreckt sich östlich von der Goldküste, von der sie nur einen wenig über 60 km langen, wenig zugänglichen Teil ohne natürlichen Hafen umfaßt, etwa halbwegs nordwärts zum Nigerbogen ins Innere in einer durchschnittlichen Breite von 150 km. Die Westgrenze bildet zum großen Teil der schiffbare Volta, von dessen Unterlauf aber — und das ist das besonders in die Augen fallende Kennzeichen — die Grenze plötzlich ostwärts abbiegt, so daß seine Mündung im benachbarten englischen Gebiet liegt. Nicht weniger merkwürdig ist die Abgrenzung im Osten gegen Französisch-Dahome, wo der schmale allerdings wertlose Küstenstreifen zwischen Anache, dem Abfluß des Togosees und dem Monu französisch geblieben ist. Mit dieser kurzen Umrißzeichnung ist unsere diplomatische Niederlage bei den Grenzverhandlungen mit England und Frankreich klar und einwandfrei gekennzeichnet. Wir haben weder von dem einst berühmten Aschantiland ein Stück erlangen können, haben nicht einmal den vorzüglichen Zugang durch den Volta erreicht, noch ist binnenwärts der Anschluß an den Niger gewonnen worden. Noch 1894/95 versuchte eine

deutsche Expedition ins Innere diesen Anschluß an den Niger zu erreichen, leider vergeblich. Allerdings trifft England keine Schuld; dieses hat vielmehr ebenfalls seine Ansprüche auf Teile des Nigerbogens von Aschanti aus aufgeben müssen, beide zugunsten Frankreichs, dessen Waffen gerade in der für eine Besitznahme der Eingeborenenländer am oberen Niger durch Europäer günstigen Zeit mit Erfolg sich einen Weg von der Küste und von Senegambien aus gegen das Nigerbecken bahnten. In Verträgen mit Deutschland und England vom Jahre 1897 und 1898 wurden die Aschanti und Togo im Innern abschließenden „Hinterwände" festgelegt, sodaß seitdem die territorialen Veränderungen am Niger bis auf weiteres ihren Abschluß erreicht haben. Eine binnenländische Vergrößerung Togos bis zum Niger wäre nur im Rahmen einer größeren allgemeinen Machtverschiebung der Kolonialstaaten Afrikas denkbar.

Kamerun. Wenn ich eben sagte, daß es unserer Diplomatie leider in Westafrika nicht geglückt ist, für Kamerun und Togo Anschluß an die drei Becken des Niger, Kongo und Tsadsee zu erlangen, so scheint die Karte Kameruns dieser Tatsache zu widersprechen. In der Tat hat Kamerun von der ersten Grenzregelung an durch den oberen Benue Anteil am Nigerbecken und durch den Schari Anteil am Tsadseebecken erhalten, und die 1911 im Anschluß an die Marokkokonferenz erfolgte Gebietsentschädigung in Französisch-Kongo (Neukamerun) hat schließlich auch eine Verbindung mit dem Kongobecken durch die beiden Zipfel zum Sanga und Ubangi gebracht. Aber diese Anteile sind doch sozusagen nur Fühler, die Kamerun tastend und sehnsüchtig verlangend nach diesen reichen Gebieten ausstreckt. Sie spiegeln dem Laien vor, als sei damit tatsächlich der lang gehegte Wunsch erfüllt; sie täuschen einen Wertbesitz vor, der in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Wollen wir doch ganz offen bekennen: hätte man vor Festlegung der Grenzen ausgiebigere Gutachten von Fachgelehrten eingeholt, und hätte man dann die Verhandlungen kräftig und mit mehr Entschlossenheit geführt, so wäre ohne Zweifel ein glücklicheres Gebilde entstanden, als Kamerun in seiner heutigen Gestalt darstellt. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß in nicht zu ferner Zeit gerade dieser westafrikanischen Kolonie, deren Lage nicht günstiger sein kann, ein glücklicheres Los beschieden ist; wir dürfen sogar hoffen, daß das Wort des Franzosen Darcy*) sich bewahrheitet: Kamerun werde vielleicht eines Tages „die Wiege eines großen Reiches" werden, worüber späterhin noch einige Worte zu sagen wären.

Deutschland suchte in Kamerun zunächst Anschluß an das Nigerbecken durch Erreichung des oberen Benue zu gewinnen. Kaum aber rückte die deutsche Kolonisation in dieses Gebiet vor, so erhob England seinen Einspruch. Zwar hatte es noch 1885 bei der Grenzfestsetzung am Rio del Rey gute Miene zum bösen Spiel gemacht, indem es der Besetzung

*) Darcy, La conquête d'Afrique. Paris 1909. S. 232.

der ganzen Küste von da bis zum Kongo durch Deutschland zustimmte*); aber beim ersten Schritt Deutschlands in das wertvolle Nigerbecken erhob es gebietend seine Stimme. Es erreichte denn in der Tat auch eine von der Mündung des Großflusses aus — ohne Rücksicht auf dessen Lauf — gradlinige Grenzführung im Nordwesten Kameruns bis zum Benue, die die Kolonie völlig vom Nigerbecken abschloß. Ja, Deutschland konnte nicht einmal die Zuteilung des Ortes Jola erreichn, der für die Vermittlung des Handels von Innenkamerun zum Nigersystem als Handelsplatz eine bedeutende Rolle spielt. Die merkwürdige halbkreisförmige Ausbuchtung um Jola im Zuge der sonst gradlinigen Grenze bleibt zunächst ebenso ein sichtbares Kennzeichen einer deutschen diplomatischen Niederlage England gegenüber wie der Caprivizipfel in Südwestafrika und die Umgehung der Voltamündung in Togo. Daß demnach die Belassung des oberen, nicht schiffbaren Benue von ganz untergeordneter Bedeutung ist, versteht sich von selbst. Ein Anteil Kameruns am Nigerbecken besteht also in der Tat, aber praktisch ist er völlig wertlos.

Wesentlich besser liegen die Dinge am Tsadsee. Deutschland hat einen nicht unbedeutenden Teil des Beckens im Besitz; zudem vermittelt das große Stromsystem des Schari und Logone den Verkehr. Aber der See ist in seiner stetig zunehmenden Versumpfung als verkehrsvermittelnder Wasserweg völlig wertlos. Der Hauptnachteil besteht aber, selbst wenn ein reger Wasserverkehr möglich wäre, naturgemäß darin, daß das gesamte Tsadseebecken abflußlos und damit vom großen Weltverkehr völlig abgeschlossen ist. Immerhin ist der Wert des deutschen Anteils trotz der 1911 erfolgten Verkleinerung an dem viehreichen Becken nicht gering zu veranschlagen, zumal die nächste Verkehrsverbindung zum Meere durch Kamerun führt, eine Verbindung die durch den begonnenen Bahnbau von Duala nach Garua eine aussichtsreiche Verbesserung erfährt.

Es bleibt als drittes das Kongobecken, an dem Kamerun seit 1911 durch den Sanga- und Ubangizipfel einen größeren Anteil hat. Daß damit freilich alle deutschen Wünsche restlos erfüllt sind, kann mit gutem Gewissen rundweg verneint werden. Zunächst weist die Verkehrsrichtung dieser beiden Erzeugungsgebiete infolge ihrer Zugehörigkeit zum Kongosystem nicht nach Kamerun, sondern gen Süden nach Belgisch-Kongo. Jede Ausfuhr der reichen Erzeugnisse geht, wenn sie auf dem natürlichen Wasserwege erfolgt, trotz der Internationalität des Kongoflusses, durch fremdes Gebiet. Erst der geplante Bau einer Kameruner Südbahn könnte darin etwas Wandel schaffen. Man kann sich bei Betrachtung dieser beiden seltsamen Gebietszipfel des Eindrucks nicht erwehren, als ob die

*) Noch heute hat Herr Johnston in der Anmerkung zu den Begleitworten seiner Karte: „Wie Afrika nach dem Kriege aussehen wird" (a. a. O.) seinem Schmerz über den Verlust dieser Gebiete Ausdruck gegeben, nicht ohne eine etwas seltsame Sentimentalität, wie er selbst zugibt. „Als eine der Gerechtigkeiten der Geschichte möchte ich es erleben, daß sich die englischen Baptistenmissionare wieder in Kamerun niederlassen, ebenso wie ich nicht sterben möchte, ohne in der Hagia Sophia in Konstantinopel eine Messe singen gehört zu haben."

allen geographischen Bedingungen zuwider laufende Abgrenzung nur wieder ein vorläufiges Beruhigungsmittel für Deutschland sein sollte, um die leidige Marokkofrage zu Ende zu bringen. Trotzdem: diese völlig willkürliche und widernatürliche Gebietsregelung verlangt geradezu stürmisch eine Änderung. Kamerun in seiner heutigen Gestalt ist ein geographisch völlig unorganisches Gebilde. Man betrachte die Karte genauer! Das ehemals geschlossene Französisch-Äquatorialafrika erstreckte sich als ein einheitliches Ganzes von der Nieder-Guineaküste bis ins Herz Afrikas. Heute ist es durch die beiden Kameruner „Kongofühler" in drei voneinander völlig getrennte Teile zerrissen. Das mittlere, von deutschem und belgischem Gebiet umschlossene Stück ist von jeder Verbindung mit dem übrigen französischen Kolonialbesitz gelöst. Denkt Frankreich wirklich im Ernst an eine Dauer dieses Zustandes? Oder machte es 1911 das Kongozugeständnis an Deutschland nur in der Hoffnung, in einem angeblich wohl nicht allzu fernen „Revanchekrieg", der selbstverständlich für die grande nation siegreich ausfallen mußte, die beiden deutschen „Fühler" wieder abzureißen und dann die Kongofrage zu seinem Gunsten zu lösen, wie es bereits in den siebziger Jahren versuchte? Dann wäre also die Abtretung der beiden Gebiete nur ein billiger Brocken gewesen, den Frankreich Deutschland vorwarf zur Stillung seiner Ansprüche? Fast muß man das alles nach dem Verhalten Frankreichs im gegenwärtigen Kriege annehmen. Vielleicht ist aber die wirklich endgültige Lösung der Kongofrage und damit auch die Lösung der Lebensfrage jener beiden Kameruner „Kongofühler" nicht mehr allzu fern; ob freilich in dem eben angedeuteten Sinne Frankreichs und Englands, mag dahingestellt bleiben.

(Schluß folgt).

Gesellschaft und Einzelwesen in der Erziehung

Von Professor Dr. Gerhard Budde

Die Sozialpädagogik vertritt den Standpunkt, daß hoch über dem Individuum die Allgemeinheit steht, daß die Individuen nicht ihrer selbst wegen, sondern der Allgemeinheit wegen da sind und sie deshalb auch nicht einen Selbstzweck darstellen, sondern vielmehr nur ein Mittel für die Gesellschaft oder den Staat, und daß dementsprechend auch die Jugenderziehung zu gestalten ist. Die Individualpädagogik wehrt sich dagegen, daß das Individuum einfach zu einem Mittel oder Werkzeug für die Zwecke der Gesellschaft gemacht wird und macht dieser gegenüber eine Selbständigkeit des Individuums geltend. Es tritt uns auf diesem Gebiet der Pädagogik bis auf den heutigen Tag ein Gegensatz der Anschauungen entgegen, der auf dem allgemein geistigen Gebiet als Kampf zwischen einer Sozialkultur und einer Individualkultur durch die Jahrtausende geht.

Die Pädagogik der Naturvölker und die des Orients war durchaus sozial. Aber schon in der griechisch-römischen Kulturwelt stellt sich neben die Sozialpädagogik Platos die Individualpädagogik der Sophisten. Auf die Sozialpädagogik des Mittelalters, in dem nur an die Stelle des Staates die Kirche getreten war, folgte die Individualpädagogik der Renaissance. Neben den sozialpädagogischen Theorien des französischen Revolutionszeitalters steht die noch bis heute fortwirkende Individualpädagogik Rousseaus. Im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts finden wir nebeneinander und zu höchsten Zwecken zusammenwirkend die soziale Auffassung Pestalozzis, der allerdings zugleich auch herrliche Worte für die Rechte des Individuums hat, und den durchaus individualistischen Aristokratismus Wilhelm von Humboldts. Und in unserer Zeit ringen noch bis heute die aus Comtes Soziologie geborene Sozialkultur und moderne Sozialpädagogik und die auf Nietzsche zurückgehende Individualkultur und moderne Individualpädagogik um die Vorherrschaft. Welche von ihnen sollen wir nun anerkennen?

Sehen wir zunächst, was die Sozialkultur aus dem Menschen macht. Nach der Lehre Comtes ist der einzelne Mensch so sehr auf die anderen angewiesen, daß er ohne sie nicht zu existieren vermag. Alles menschliche Leben entwickelt sich nur im Zusammensein, nur innerhalb der Gesellschaft; nach ihrem

Stande bemißt sich auch die Art und das Wohl des individuellen Daseins; bis in seine Wünsche und Träume hinein ist jeder an seine Umgebung, an das soziale „Milieu" gebunden. Das Bewußtsein, an erster Stelle ein Glied des Ganzen zu sein, muß mehr Kraft und Eindringlichkeit erlangen; es muß die altruistischen Triebe gegenüber den egoistischen stärken, die nicht schlechthin verwerflich sind, die aber gewöhnlich zu sehr die Oberhand haben. Niemand fühle sich als bloßer Privatmann, jeder vielmehr als ein öffentlicher Beamter, der Reiche sich als „Depositär des gemeinsamen Besitzes". Die Comtesche Soziologie ist eifrigst bemüht, die völlige Bedingtheit des Menschen durch die soziale Umgebung, das „Milieu" zu zeigen. Zugleich tritt der Begriff des gesellschaftlichen Durchschnitts, des mittleren Menschen, in den Vordergrund; es wird nachgewiesen, daß die Abweichungen der Individuen, soweit meßbar, sich innerhalb weit engerer Grenzen bewegen, als der erste Eindruck uns annehmen läßt. „So verweilt die Aufmerksamkeit weit weniger bei der Verschiedenheit der Individuen; und die Analyse des individuellen Seelenlebens, diese Stärke unserer großen Dichter, weicht der Massenbeobachtung mit ihrer Statistik." Eine solche Weltanschauung macht zur Hauptsache, was der Mensch für die Gesamtheit leistet, nicht aber, was er im eigenen Bereiche denkt und tut. Die Verbesserung der gesellschaftlichen Lage wird das allüberragende Ziel. „Die Moral wird zum Wirken für die Gesellschaft, die Kunst setzt sich zur Aufgabe die Vergegenwärtigung der gesellschaftlichen Zustände, und die Erziehung erstrebt nicht die Entwicklung individueller Art, sondern die Hebung des gemeinsamen Bildungsstandes."

Überall wird so das Individuum zurückgedrängt. Dazu trieb einmal die wirtschaftliche Entwicklung, der gegenüber alle Anstrengungen des bloßen Individuums nichtig zu sein schienen, andererseits aber auch die technische Gestaltung der gesamten Kultur, welche ein straffes Ineinandergreifen und ein williges Sichfügen der einzelnen Kräfte zugunsten der Organisation des Ganzen verlangt.

Wer wollte und könnte bestreiten, daß diese moderne Sozialkultur manche schätzenswerte Leistungen aufzuweisen hat? Sie lehrt, daß wir ganz auf die Gesellschaft angewiesen sind und von ihrem Gedeihen auch das Glück des einzelnen abhängt. Da muß es ihr natürlich besonders wichtig erscheinen, daß der Stand der Gesellschaft gehoben und alle in ihr vorhandene Kraft zur vollen Wirkung gebracht wird. Das kann aber nur durch engen Zusammenschluß geschehen. Durch diese engere Verbindung wurde jeder einzelne gehoben, wurden reiche Quellen moralischer Gesinnung erschlossen, wurde die gegenseitige Teilnahme gesteigert und ein Bewußtsein durchgängiger Solidarität erzeugt. Auch hat die Forderung des Sichfügens und des Sicheinordnens des einzelnen in die Gesamtorganisation mehr Disziplin und dadurch mehr Kraft und Mannhaftigkeit in das Leben gebracht. Das alles sind ganz unverkennbar Vorteile und Vorzüge der Sozialkultur. Sie sollen voll anerkannt und bewertet werden;

aber man darf nun über sie nicht die Gefahren übersehen, die eine solche Sozialkultur für das Geistesleben in sich birgt. Auf diese Gefahren eindringlich hinzuweisen, hat besonders Rudolf Eucken mehrfach Veranlassung genommen.

Er zeigt, daß die Sozialkultur zwar Wohlfahrt und ein sorgenfreies, genußreiches Leben zu verschaffen vermag, aber daß mit der Steigerung dieser Wohlfahrt noch nicht, weder für den einzelnen noch für alle, eine innere Befriedigung notwendig verbunden ist. Ein sorgenfreies und genußreiches Leben genügt noch keineswegs, um den Menschen glücklich zu machen. „Denn indem wir den einen Feind, die Not und den Schmerz, erschlagen, erwächst uns ein anderer, vielleicht noch schlimmerer, in der Leere und Langeweile, und was gegen diesen die bloße Sozialkultur aufzuweisen hat, ist nicht zu ersehen." Überhaupt trägt alle Kultur, welche sich auf die Pflege und Förderung des Menschen innerhalb des unmittelbaren Daseins beschränkt, unvermeidlich den Stempel einer Öde und Leere; in ihr erstickt die Sorge um die Mittel des Lebens die um das Leben selbst. Vor allem bedroht eine solche Sozialkultur auch das geistige Schaffen; denn sie macht die Bedingungen und Schranken des menschlichen Zusammenseins unvermeidlich auch zu Bedingungen und Schranken für jenes Schaffen; damit wird dieses aber zu einem Mittel und Werkzeug menschlichen Glückes erniedrigt, das gleichgültig gegen seinen eigenen Gehalt macht und es unter den seiner unwürdigen Begriff der Nützlichkeit beugt. Wo dies geschieht, wird das geistige Schaffen aber seiner eigentlichen Kraft beraubt; wirklich gelingen kann es nur dann, wenn es um seiner selbst willen mit ganzer Hingebung erfaßt und betrieben wird. Auch hat sein Gedeihen zur Voraussetzung, daß sich das individuelle Leben frei entfalten und die individuelle Art sich kräftig ausbilden kann. Gerade diese individuelle Art wird aber auch bei der freiesten politischen Verfassung durch die Sozialkultur eingeengt. Ferner kann geistiges Schaffen nur dann nach Wahrheit streben, wenn ihm eine zeitlose Geltung, eine Überlegenheit gegen allen Wechsel und Wandel garantiert wird; die Sozialkultur ist aber stets von der jeweiligen Lage abhängig. „Sie folgt der flüchtigen Stimmung des Menschen und muß so schließlich bei unabläßigem Umschlagen auch die wichtigsten, die heiligsten Angelegenheiten als eine Sache der bloßen Mode behandeln." So kennt sie nur relative, stets sich ändernde, aber keine absoluten Werte.

Und diese beiden Momente, die Relativität der sie beherrschenden sittlichen Werte und die Einschnürung des individuellen Lebens, sie sind es gerade, die die Sozialkultur zu einer Begründung der Pädagogik untauglich machen.

Noch schwerer aber fällt der von Eucken der Sozialkultur gemachte zweite Vorwurf für die Pädagogik ins Gewicht, daß nämlich durch die alleinige Anerkennung des gesellschaftlichen Organismus die Bedeutung der Einzelpersönlichkeit mit ihrem Recht auf eigenartige Ausbildung verdunkelt, wenn nicht ganz aufgehoben wird. Die Sozialpädagogik, sagt der Jenenser Pädagoge Rein, dürfe folgerichtigerweise überhaupt keine Einzelseelen kennen, die mit

Eigenleben ausgestattet und zur Eigenartigkeit berufen sind. Sie übertrage den Kommunismus auf wirtschaftlichem Gebiete auf das geistige Gebiet und schalte damit das Individuum als solches aus der Erziehung aus. Damit sei aber auch zugleich die Grundlage der gesamten Erziehung ebenso verschoben, als wenn ein einseitiger Individualismus die Gesamtheit mit dem frechen Wort der Vielzuvielen verächtlich mache und das Recht der Existenz schließlich nur einer Geistesaristokratie zuerkenne, die, auf wenige Übermenschen beschränkt, keiner Herdenmoral zu folgen verpflichtet ist.

Das geschah in der individualistischen Philosophie Nietzsches und in der aus ihr hervorgegangenen individualistischen Pädagogik unserer Zeit. Im Rechte ist dieser Individualismus mit seinem Widerstand gegen die alle individuelle Art einengenden Bestrebungen der Sozialkultur. Er geht bei diesem Widerstand von folgenden ohne Frage richtigen Erwägungen aus: Der Mensch ist kein bloßes Glied einer Verkettung, sondern er ist ein selbständiges Einzelwesen, das sich der Unendlichkeit gegenüberstellen und mit ihr ringen kann, und das dem Kreis der bloßen Gesellschaft weit überlegen ist. Deshalb ist es ein Widersinn, einem solchen Weltwesen das Geistesleben erst durch die Gesellschaft vermitteln und es dabei an das Maß dessen binden zu wollen, was der Zusammenschluß der Kräfte an Geistigkeit erreicht hat. Ein Wesen, das aus seinem Grundverhältnis zur Geisteswelt einen unendlichen Wert besitzt, kann sich seinen Wert unmöglich erst von menschlicher Schätzung zusprechen lassen und damit alle Unabhängigkeit der Gesinnung verlieren; vor allem kann es auch seine Wertung geistiger Güter nicht von der Schätzung abhängig machen, die die jeweilige Gesellschaft ihnen zukommen läßt. Ihm muß vielmehr der Ewigkeitswert der geistig sittlichen Persönlichkeit dem Relativismus der Masse weit überlegen erscheinen. Er erkennt nicht in dieser Masse, sondern gerade in dem hervorragenden Individuum den Träger des Lebens, wenigstens allen Fortschritts in ihm. Er sieht, daß der Fortschritt im Kulturleben nicht, wie die Vertreter der Sozialkultur annehmen, einer einfachen Summierung der Vernunft in der Gesellschaft entspringt, daß er vielmehr von der Richtung abhängig ist, in der diese Summierung erfolgt, und daß jener Summierung die entscheidende Richtung durch die führenden Individuen, und nicht durch die Masse gegeben wird. „Was an Tüchtigem an einzelnen Stellen aufstrebt, das findet sich oft nicht zusammen und ist daher für das Ganze wie verloren. Daß die Verbindung der aufstrebenden Kräfte nicht gelingen will, das kann eine Zeit mit schwerem Druck belasten, und solcher Druck liegt auf unserer eigenen Zeit. Das aber ist das Werk der Großen, durch glückliche Ausprägung eines geistigen Charakters und mutiges Vordringen eine Summierung in bestimmter und erhöhender Richtung anzubahnen und durchzusetzen; so waren sie die Herren, nicht die Diener der Zeit." (Eucken.) Weil aber das Individium für das Geistesleben diese fundamentale Bedeutung gewinnen kann, so muß der Versuch der Sozialkultur, es überall bloß zu einem Mittel für die Zwecke

der Gesellschaft zu machen, entschieden zurückgewiesen nnd ihm gegenüber das Recht der Persönlichkeit energisch gewahrt werden.

Dabei kommt es nun aber darauf an, daß der Begriff der Persönlichkeit, mit dem gerade in unserer Zeit so viel Mißbrauch getrieben wird, richtig gefaßt wird. Den modernen „Übermenschen", der sich nach seiner Laune auslebt, vermögen wir nicht als „Persönlichkeit" anzuerkennen. Er löst sich nicht bloß von der Gesellschaft ab, sondern lockert auch alle unsichtbaren Zusammenhänge und löst sich damit auch von der Geisteswelt ab. Sein extremer Individualismus stellt das Individuum ganz auf das subjektive Befinden, auf subjektive, fortgesetzt wechselnde Stimmungen und macht es damit zu einem schwankenden Rohre, das der unruhige Wind solcher Stimmungen ewig hin- und herbewegt. Dabei scheidet alle absolute Wahrheit aus, und an ihre Stelle treten unzählige, von dem augenblicklichen subjektiven Befinden der einzelnen Individuen abhängige individuelle Einzelwahrheiten, die zu einem Kampfe aller gegen alle und damit zu einem Chaos der Kultur führen müßten. Und auf dieses Chaos würde die Jugenderziehung systematisch vorbereiten, wenn sie im Sinne der aus der extrem individualistischen Philosophie entsprungenen extrem individualistischen Pädagogik gestaltet werden würde.

Das Losungswort dieser Pädagogik ist die schrankenlose Selbstentfaltung der Kinder. Das „Sichausleben" soll also schon bei dem Kinde beginnen. Seitdem Ellen Key das hohe Lied vom Jahrhundert des Kindes angestimmt hat, hat diese extrem individualistische Pädagogik bis auf den heutigen Tag namhafte Vertreter gefunden. Nach ihrer Meinung ist eine Anlage zum Bösen bei den Kindern nicht vorhanden; die scheinbaren Fehler sind nur die Kehrseiten guter Eigenschaften; so läßt sich aus Eigensinn Charakterstärke, aus Gefallsucht Liebenswürdigkeit, aus Unruhe Unternehmungslust entwickeln usw. Alle üblichen Erziehungsmittel sind zu verwerfen; sie machen die Leidenschaften zu in Käfigen gesperrten Raubtieren.

Es ist ohne weiteres klar, daß die letzte Konsequenz solcher Anschauungen ist, daß wir am besten überhaupt auf jegliche Erziehung verzichten und einfach die ungezähmten Raubtiere auf einander loslassen. Aber werden wohl jemals aus solchen ungezähmten Raubtieren Persönlichkeiten werden können? Wir haben nicht den Mut, dies zu glauben; wenigstens müssen wir dies aufs entschiedenste bestreiten, wenn, wie es sein sollte, der Begriff der Persönlichkeit so gefaßt wird, wie dies in der Philosophie Rudolf Euckens geschieht, die uns als die umfassendste und tiefste Kulturphilosophie der Gegenwart erscheint.

Was versteht denn nun Eucken unter „Persönlichkeit"? „Wer im Zusammenhang einer Weltanschauung für Persönlichkeit eintritt", heißt es bei ihm, „behauptet damit, daß das Geistesleben kein bloßer Anhang der Natur ist, sondern eine eigentümliche Art des Seins besagt; er behauptet, daß es nicht in einzelne Betätigungen und Vermögen aufgeht, sondern eine ihnen überlegene und sie umfassende Einheit enthält und damit zu einem Beisichselbstsein, einem Selbst-

leben wird; er behauptet endlich, daß dies Selbstleben kein bloßer Sammelpunkt ihm zugeführter Elemente, sondern aktiver Art ist, eine umwandelnde Kraft an allem Empfangenen ausübt und das ganze Dasein auf eine höhere Stufe hebt. Nur wenn dies alles zutrifft, bringt Persönlichkeit etwas wesentlich Neues in unser Dasein und rechtfertigt damit den Effekt, mit dem sie von vielen ergriffen wird."

Nach diesen Worten Euckens kann sich also eine Wendung zur Persönlichkeit nur auf Grund eines besonderen, selbständigen Geisteslebens, einer neuen Weltstufe und im Zusammenhang mit ihr vollziehen. Ohne dieses Geistesleben kann der Mensch sich nicht über die naturhafte Ordnung hinausheben, die ihn zunächst umfängt und beherrscht. Erst bei der Anerkennung einer Welt innerer Unendlichkeit kann wahre Persönlichkeit sich bilden, weil es sich bei Persönlichkeit um ein neues Grundverhältnis zur Welt, um eine neue Art des Lebens und Seins handelt. Das bloße Verlangen einer kräftigeren Konzentration, einer Verstärkung des Subjekts, einer größeren Selbständigkeit gegenüber der Umgebung führt allein noch nicht zur Persönlichkeit. Diese entsteht erst dann, wenn der Mensch nicht ein bloßes Stück der vorhandenen Welt bleibt, sondern von innen her an einer neuen Welt Teil gewinnt. „Ohne eine Umkehrung des nächsten Anblicks der Wirklichkeit und ohne den Gewinn eines neuen Lebensbodens könnte die Sache leicht mehr schaden als nützen, indem sie in eine bloße Verbrämung des natürlichen Lebenstriebes, eine Überspannung des Selbstgefühls, ein bloßes Genießen und Fürsichzurechtlegen aller Dinge auslaufen müßte."

Somit ist für die Bildung von Persönlichkeit die erste Voraussetzung, daß ein Ganzes des Geisteslebens im Grunde unseres Wesens wirkt. Wenn deshalb die Erziehung Persönlichkeit erstrebt, so muß sie sich die Anbahnung eines solchen Geisteslebens als Aufgabe stellen. Mit dieser Zielsetzung gewinnt die Philosophie Euckens für die Pädagogik eine besondere, grundlegende Bedeutung.

Persönlichkeit kann sich nur entwickeln, wenn der individuellen Art die Möglichkeit der Entfaltung gegeben wird. Insoweit der Individualismus das für die Persönlichkeitsentwicklung erforderliche Maß individueller Freiheit verlangt, ist er berechtigt. Auch auf dem Gebiet der Pädagogik muß die hohe Bedeutung der Persönlichkeit anerkannt und Persönlichkeitsbildung die oberste Aufgabe werden. Eine solche Bildung anstrebende Persönlichkeitspädagogik, die eine Synthese zwischen Sozialpädagogik und Individualpädagogik darstellt, ist die Pädagogik, der die Zukunft gehört. Gegenüber dem Ziele der recht verstandenen Persönlichkeitsbildung müssen alle Rücksichten auf Staat und Gesellschaft zurücktreten. Es sei aber dabei nochmals betont, daß Eucken unter Persönlichkeit etwas ganz anderes versteht als die extremen Individualisten. Er verwirft deshalb auch die aus deren Anschauungen geborene individualistische Pädagogik im Sinne einer Ellen Key u. a. Oder klingt es nicht wie eine direkte Absage an diese, wenn Eucken in seinen „Geistigen Strömungen der Gegenwart" sagt:

„Nur ein grenzenloser, man möchte sagen, kindlich naiver Optimismus, den man liebenswürdig nennen möchte, wenn er nicht mit seiner die Halbgebildeten bestechenden Flachheit gefährlich wäre, kann wähnen, daß man dem Menschen nur schrankenlose Freiheit zu gewähren brauche, um das ganze Leben zu seliger Harmonie zu führen." Solche schrankenlose Freiheit führt nimmermehr zu einer Persönlichkeitsbildung wesenhafter Art. Diese aber brauchen wir.

Ihr darf von keiner Seite, auch nicht von der Gesellschaft oder vom Staate, entgegengearbeitet werden. Das geschieht aber z. B., wenn an den höheren Schulen auf der Oberstufe, wo die geistige Eigenart der Schüler hervortritt, diese nicht berücksichtigt, sondern im Interesse einer sogenannten allgemeinen Bildung von allen Schülern in allen Fächern dasselbe verlangt wird. Dann entsteht der Zustand, den Eucken mit den Worten schildert: „So erhalten wir leicht konventionelle Gestalten, typische Menschen, Exemplare einer bloßen Gattung, während die Ausbildung individueller Art unterdrückt wird und damit etwas verloren geht, dessen die Aufrechterhaltung innerer Selbstständigkeit dringend bedarf."

So muß eine wesensechte Persönlichkeitspädagogik verlangen, daß alle Hemmnisse beseitigt werden, die sich der Bildung von Persönlichkeiten entgegenstellen. Damit ist auch am besten dem Interesse des Staates gedient. Denn gerade er braucht Persönlichkeiten, und er arbeitet gegen sein eigenes Interesse, wenn er durch eine das Individuelle nivellierende Jugendbildung von vornherein der Heranbildung selbständiger Originalität entgegenarbeitet. Nicht bloß das Interesse der Gesellschaft oder des Staates, aber auch nicht bloß das Interesse des Individuums darf für die Erziehung bestimmend sein, sondern sie muß den Interessen der Gemeinschaft und denen der Individuen gleichmäßig Rechnung tragen. Gebt der Gesellschaft und dem Staate, was der Gesellschaft und des Staates ist, aber gebt auch dem Menschen, was des Menschen ist, das ist die Forderung, die eine über die Einseitigkeiten moderner Sozialpädagogik und Individualpädagogik hinausstrebende Persönlichkeitspädagogik an alle Erziehungsinstanzen richtet.

Der drohende amerikaniſche Handelskrieg

Von Dr. Kurt Peſchke

Als der Krieg mit England ausbrach, ſtellte es ſich heraus, daß die deutſchen Gläubiger in den britiſchen Ländern ſo gut wie rechtlos waren. Jeder geſchäftliche Verkehr mit ihnen war dem auf engliſchem Gebiete Wohnenden verboten, ſie empfingen keine Zahlungen mehr, die engliſchen Gerichte waren ihnen verſchloſſen. Während das deutſche Reichsgericht ausſprach, daß es dem deutſchen Völkerrecht fern liege, den Krieg unter möglichſter wirtſchaftlicher Schädigung der Angehörigen feindlicher Staaten zu führen und ſie der Wohltaten des bürgerlichen Rechtes zu berauben, daß daher die feindlichen Staatsangehörigen den Inländern in bezug auf das bürgerliche Recht ebenſo gleichgeſtellt ſeien wie vor dem Kriege, entwickelte England die Gedanken ſeines Rechtes weiter zu einem richtigen Syſtem des Handelskrieges und verleitete ſeine Bundesgenoſſen zu ähnlichen und teilweiſe noch ſchärferen Maßnahmen.

Angeſichts unſeres augenblicklichen Verhältniſſes zu den Vereinigten Staaten, das jeden Augenblick in den Kriegszuſtand übergehen kann, erhebt ſich die Frage, welche Behandlung deutſche Privatrechte im Kriegsfalle dort zu gewärtigen haben. Prüft man darauf hin die Entſcheidungen der amerikaniſchen Gerichte, wie ſie in den Kriegen der Union im letzten Jahrhundert ergangen ſind, ſo wird man nicht ohne Beſtürzung entdecken, daß die amerikaniſche Anſchauung ſich mit der engliſchen deckt. Wie in England iſt vor den amerikaniſchen Gerichten jeder, der in einem feindlichen Lande wohnt, ein Feind, ein alien enemy. Ein ſolcher kann keinen gerichtlichen Schutz weder als Kläger noch als Beklagter in Anſpruch nehmen, er darf während des Krieges keinen geſchäftlichen Verkehr mit Amerikanern unterhalten, weder neue Verträge abſchließen noch irgendwelche Zahlungen oder ſonſtige Leiſtungen erhalten. Die vor Kriegsausbruch abgeſchloſſenen Verträge bleiben zwar grundſätzlich während des Krieges nur aufgeſchoben. Soweit aber, und dieſe Ausnahme wird die Regel bilden, die Verträge ihrer Natur nach eine geſchäftliche Verbindung mit dem Feinde ſchon während des Krieges verlangen, alſo nicht bis zum Ende des Krieges vertagt werden können, werden ſie von rechtswegen aufgelöſt. Das trifft vor allem die Frachtverträge, aber auch die Verſicherungen, namentlich die Güterverſicherungen. Eine von ſelbſt eintretende Beſchlagnahme des feindlichen Eigentumes kennt das amerikaniſche Recht zwar nicht; aber dies war ja

auch in England zuerst nicht rechtens und ist dort nur durch besondere Kriegsverordnungen allmählich eingeführt worden.

Es besteht keine Hoffnung, daß diese amerikanische Rechtsauffassung in dieser Zeit nicht mehr als gültig anerkannt werden würde. Zwar hat die Haager Landkriegsordnung, die auch von den Vereinigten Staaten ratifiziert worden ist, bestimmt, daß es verboten sein solle, die Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei außer Kraft zu setzen oder ihre Klagbarkeit auszuschließen. Aber schon vor dem Kriege hat die englische Regierung durch den Mund Lord Greys erklärt, daß sie in dieser Bestimmung keine Abänderung des überkommenen englischen Rechtes erblicken könne. Die Vorschrift wende sich nur an die Befehlshaber eines besetzten Gebietes und untersage ihnen, die Privatrechte der unterworfenen feindlichen Untertanen zu beschränken. Daß diese Auffassung mit Wortlaut und Sinn der 1907 abgegebenen Erklärungen unvereinbar ist, war schon vor dem Kriege nicht nur die herrschende Meinung der deutschen, sondern auch der französischen Völkerrechtslehre. Derselbe englische Gelehrte, Professor Oppenheim, der die englische Regierung zur öffentlichen Stellungnahme veranlaßt hat, hat damals zugleich auch bei dem amerikanischeu Staatsdepartement angefragt und dort festgestellt, daß dieses den englischen Standpunkt teile. — Es ist nur zu bedauern, daß es nicht gelungen ist, gleich darauf im diplomatischen Wege diese so wichtige Meinungsverschiedenheit zu klären und eine dem modernen Rechtsbewußtsein sich anpassende Abänderung der angelsächsischen Auffassung zu erreichen.

Auch der jetzt viel genannte preußisch—amerikanische Vertrag von 1799 bietet keine Gewähr, daß Amerika etwa Deutschland gegenüber von seinen eingewurzelten Rechtsanschauungen ablassen wird. Der Vertrag enthält nur die Bestimmung, daß im Kriegsfalle die beiderseitigen Staatsangehörigen, die im feindlichen Lande wohnen, dort unbelästigt bleiben können, und daß die Kaufleute binnen neun Monaten nach Regelung ihrer Angelegenheiten das Land zu verlassen haben. Wenn jetzt, wie verlautet, darüber verhandelt wird, ob der Vertrag ausgedehnt werden soll, so ist doch eine Erweiterung dahin, daß auch die Privatrechte der im feindlichen Lande wohnenden Bürger unangetastet in alter Kraft bestehen bleiben sollen, bisher nicht einmal besprochen worden. Es ist auch sicherlich auf amerikanischer Seite keine Geneigtheit anzunehmen, das bisherige amerikanische Völkerrecht zu unseren Gunsten zu ändern. Die Folge dürfte sein, daß Deutschland im Kriegsfalle auch Amerika gegenüber zu Vergeltungsmaßregeln gezwungen sein wird. Damit aber ist der Anfang eines Handelskrieges gegeben, wie er, zum Schaden beider Teile und ohne sonderlichen Nutzen für einen, schon seit längerer Zeit zwischen den Kriegsparteien geführt wird.

Neue Bücher

Landeskunde der Provinz Brandenburg. Unter Mitwirkung hervorragender Fachleute herausgegeben von Ernſt Friedel und Robert Mielke. IV. Band. Die Kultur. 140 Abbildungen. Berlin 1916. Dietrich Reimer (Ernſt Vohſen). 36 Bogen Lexikonformat. Geh. 4 M., geb. 5 M.

Es iſt das viertemal, daß ich in den „Grenzboten“ über das große Werk der brandenburgiſchen Landeskunde berichten darf. Während der erſte Band die Natur, der zweite die Geſchichte, der dritte die Volkskunde zum Gegenſtande eingehendſter Forſchungen und Darſtellungen hatte, bringt der eben erſchienene vierte Band die Schilderung der geſamten Kultur in den Gebieten der Provinz Brandenburg. Hier wird mancher, dem die anderen Bände weniger Anregung geben, ein Gebiet bearbeitet finden, das über Fachwiſſenſchaft hinausgeht und jedem etwas bietet, der auf allgemeine Bildung Anſpruch erhebt. Da behandelt zunächſt der Mitherausgeber Profeſſor Mielke ſelbſt die Kunſtgeſchichte, und zwar von einem eigenartigen Geſichtspunkte aus, indem er die völkiſchen Grundlagen der märkiſchen Kunſt in der Zeit vor den Hohenzollern zu ermitteln ſucht und eine bäuerliche, bürgerliche, kirchliche und höfiſche Kunſt voneinander abgrenzt. Daraus ergibt ſich die Schilderung der Hauskunſt auf dem Lande, der künſtleriſchen Anſchauung in den Städten, in den Klöſtern und die Betrachtung der Kunſtanſchauung an den Höfen. Der zweite Abſchnitt behandelt die Kunſt unter den Hohenzollern bis zum Zuſammenbruche im Dreißigjährigen Kriege unter dem Kurfürſten Georg Wilhelm. Die erſten Fürſten hatten noch zu viel mit politiſchen und anderen Sorgen zu tun, als daß ſie ihr Augenmerk auf die Kunſt, in der damals gerade die Gotik ihrem Ende entgegenging, hätten richten können. Sie haben trotzdem manches Kunſtwerk geſchaffen, z. B. das Berliner Schloß, aber erſt unter Joachim dem Zweiten, dem Vater der brandenburgiſchen Renaiſſance, wurde die Geſchmacksrichtung in neue Bahnen geleitet, namentlich auch die Malerei begünſtigt. In dieſer Zeit entſtanden in Berlin und in der Provinz eine Reihe von Renaiſſancebauten und Schlöſſern mit ſchönen Portalen, aber dann kam der große Krieg, deſſen Laſten ſchwer auf Brandenburg lagen; das künſtleriſche Wirken ging zugrunde.

Der Große Kurfürſt richtete die brandenburgiſche Kunſt nach dem Kriege wieder auf, und es folgte der Reihe nach die Hofkunſt Friedrichs des Erſten, die Puritanerkunſt Friedrich Wilhelm des Erſten, das Rokoko Friedrich des Zweiten, ſowie das Aufſteigen der bürgerlichen Kunſt. Wegen des beſchränkten Raumes können nur dieſe Namen als Inhalt reichhaltiger Ausführungen Mielkes an der Hand vieler Zeichnungen angeführt werden, wie auch die Kunſt des neunzehnten Jahrhunderts nur durch die Stichworte der Biedermeierei, der Romantik Friedrich Wilhelm des Vierten, der Eklektizismus und der neueſten Zeit bis 1913 angedeutet werden kann.

Der Mielkeschen Kunstgeschichte folgt eine Übersicht über die literaturgeschichtliche Entwicklung der Provinz Brandenburg von Paul Alfred Merbach. Der Verfasser geht dabei von dem Grundsatze aus, daß das Wesen der einzelnen deutschen Landschaft nur mit Hilfe der provinziellen Literaturgeschichte ergründet werden kann nnd meint, daß es verhältnismäßig lange gedauert hat, bis Brandenburg an der allgemeinen deutschen literarischen Entwicklung einen bescheidenen Anteil gewonnen habe. Während die schaffende Beschäftigung mit literarischen Dingen in der althochdeutschen Zeit vom Süden her bis an den Harz vordrang, und die mittelhochdeutsche Zeit sich um die Kulturstraßen des Rheins, der Elbe und der Donau gruppierte, auch die Reformationszeit sich literarisch ganz im Westen abspielte, verteilt sich erst spät das literarische Leben auf einzelne Städte, die es schließlich als Großstädte fast vollständig an sich reißen. Aber trotz dieser für die Mark Brandenburg nicht günstigen Vergangenheit zieht Merbach manche vergessene Dichtung an das Licht und würdigt viele Dichter, die bisher kaum dem Namen nach bekannt gewesen sind, gibt auch zahlreiche Proben zur Beurteilung wieder. Dabei würdigt er auch z. B. die Lehninische Weissagung und die darüber bis heute noch fortgeführte Literatur, sowie die Bedeutung Berlins als Mittelpunkt wissenschaftlicher und literarischer Tätigkeit in der Gegenwart.

Im Anschlusse an die Merbachsche Literaturgeschichte gibt Dr. Kurt Sachs im dritten Abschnitte eine Übersicht über die Musikgeschichte, die nach seiner Auffassung vorwiegend eine Musikgeschichte bleiben muß, solange es noch an der Darstellung einer märkischen Musikgeschichte fehlt, die nur mit Hilfe örtlicher Forschungen entstehen kann. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet der Verfasser die Geschichte der Musik bis zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts und von da bis zur Gegenwart, im einzelnen kommt dabei die Oper, das Konzertwesen, das Unterrichtswesen, die Musikwissenschaft und der Instrumentenbau in Frage.

Der Abschluß des Bandes bringt eine Geschichte des Bildungs- und Erziehungswesens, also der engeren Wissenschaft und geistigen Tätigkeit von Dr. Richard Galle. Auch hier wird zunächst der vorreformatorischen Zeit gedacht, dann der Reformation selbst und der sich daran anschließenden kirchlichen Kämpfe. Nach diesen löste sich das Bildungswesen von der Kirche los, und an deren Stelle trat auch auf diesem Gebiete die Staatshoheit, die mit ihren Mitteln die Akademie der Wissenschaften und die Landesuniversität gründen und manche private wissenschaftliche Regung fördern konnte. Über alles dieses belehrt der Verfasser in gründlichster Weise und gibt ein stolzes Bild der brandenburgischen Kulturverhältnisse.

Der neue Band ist somit, wie die drei ersten Bände, ein wichtiges Handbuch mit reichem Stoffe und verdient bei den Freunden heimatlicher Bestrebungen volle Beachtung.

R. Krieg

Christian Friedrich Weiser: „Shaftesbury und das deutsche Geistesleben." B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, Preis 10 M.

Keiner der geistigen Führer des Auslandes im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert hat auf die deutsche Dichtung und die Gedankenwelt unseres klassischen

Zeitalters so stark eingewirkt wie Rousseau und Graf Shaftesbury, der Verfasser der unter dem Titel „Characteristics“ zusammengefaßten, ethischen und ästhetischen Schriften. Der Geist des Genfer Bürgers brauste wie ein Sturmwind zu uns herüber, seine Wirkungen waren allenthalben zu spüren, aber sie waren nicht von gleichmäßiger Stärke noch von langer Dauer, obwohl die Auseinandersetzung mit ihnen bis tief ins neunzehnte Jahrhundert fortgedauert hat. Die Gedanken des großen Engländers drangen zunächst nur bei einzelnen bevorzugten Geistern ein und erst von hier aus durch tausend Kanäle, oft bis zur Unkennbarkeit verdünnt oder entstellt, in immer weitere Kreise. Goethes begeisterte Huldigung in der Logenrede auf Wieland hat zusammengefaßt, was von Dankbarkeit gegen Shaftesbury damals in unzähligen Herzen lebte, aber erst in allerjüngster Zeit hat die deutsche Literaturwissenschaft die ganze Bedeutung des Mannes und seines Werkes für den deutschen Idealismus zu erschließen und die merkwürdige Erscheinung geschichtlich einzuordnen versucht. Wieviel aber die Gegenwart, die ja so vielfach bei dem Großen des achtzehnten Jahrhunderts und der Romantik wieder anzuknüpfen sucht, von diesem gewaltigen Anreger, diesem unerschrockenen Wahrheitsfreunde, diesem feinfühligen Ergründer tiefster Weltzusammenhänge, diesem Meister im „Erleben“ zu lernen berufen ist, hat Christian Friedrich Weiser in seiner umfänglichen Arbeit gezeigt.

Was Weiser geben will, ist also nicht sowohl eine gelehrte Arbeit zur Geschichte der Literatur oder der Philosophie, als vielmehr ein auf gründlicher Beherrschung eines ausgedehnten Bildungsstoffes beruhendes Lebensbuch, das wohl nicht bloß zufällig im Titel an Gundolfs „Shakespeare und der deutsche Geist“ erinnert. Weiser bietet dem Forscher ein genaues Literaturverzeichnis und eine Fülle von Hinweisen und wertvollen Gesichtspunkten für die Erkenntnis des Fortwirkens von Shaftesburys Ideen, insbesondere bei Herder und bei Schiller. Aber er ist weit entfernt, die Fülle von Tatsachen, die ein treufleißiger Vorarbeiter wie Max Kochs Schüler H. Grudzinski beigebracht hat (Shaftesburys Einfluß auf Wieland, Stuttgart, Metzler, 1913), unter neue Gesichtspunkte zu stellen. Der „deutsche Geist“, mit dem er seinen Helden in Verbindung setzen will, ist der Geist der Gegenwart oder ein idealer deutscher Geist, an den er glaubt mit der ganzen Wärme des treugebliebenen Auslanddeutschen; denn als solchen bekennt er sich nicht bloß in der Vorrede, ihn verrät auch seine bisweilen etwas schwere Sprache und allerlei Vorurteile über das Deutschland der Gegenwart und seine innere politische Lage, wie sie manches treue Herz jenseits des Ozeans festhält. Weiser hat überhaupt ausgesprochene Überzeugungen, die uns oft zum Widerspruch herausfordern, über Preußentum und Luthertum, über Kirche und Schule, Vaterland und Staat. Aber er gehört zu jenen, die wirklich etwas zu sagen haben, und manche Schiefheit im einzelnen nimmt man gern hin, weil der Verfasser allenthalben die weitesten Ausblicke über die ganze Kulturgeschichte bis zum klassischen Altertum hinauf eröffnet. Und dazu ladet denn freilich gerade Shaftesbury ein, der Lehrling der Griechen, der Eingeweihte der tiefsinnigen Mystik Plotins, der tapfere Bekämpfer des französischen Absolutismus und Materialismus wie des kahlen englischen Empirismus und des anglikanischen Cant. Die Hauptsache aber ist doch, daß Weiser, nicht ohne gelegentliche Breite, aber mit größter Eindringlichkeit die Leitgedanken Shaftesburys in ihrer Tiefe, in ihrer inneren Einheit und

Geschlossenheit und vor allem in ihrer wahren Meinung darstellt. Denn auf solche Einheit ist das ganze Gedankensystem des Engländers gestellt, Vereinheitlichung und Verinnerlichung ist seine Methode. Die von innen her bestimmte Form ist es, nach der alles Lebende drängt und die Persönlichkeit ist ihre höchste Entfaltung. Von der menschlichen Persönlichkeit aber führen tausend Fäden zu dem im Weltall sich entfaltenden, persönlichen Gott. So führt die höchste Steigerung persönlichen Lebens zuletzt zur Hingabe des „Ich" an das Ganze, dessen Einheit und Ganzheit in seligem ästhetischem Schauen allein erfaßt werden kann. Allenthalben sehen wir die einzelnen Gedanken zurückgehen bis auf Plotin und die Stoa nnd andrerseits weiter wirken auf unser deutsches Geistesleben. In Shaftesbury wurzelt, um nur einiges Wenige zu nennen, Herders Klimalehre (heut sagt man: „Milieu") und seine Erfassung der Welt unter dem Gesichtspunkt des Widerspiels lebendiger Kräfte, Goethes „innere Form" und Schillers „ästhetische Erziehung", es weisen aber auch, durch viele noch unaufgedeckte Zwischenstufen hindurch, Leitgedanken Richard Wagners u. a. m. auf ihn zurück. Wir Deutschen wollen freilich, wenn wir ins achtzehnte Jahrhundert zurückblicken, unsres Leibniz nicht vergessen, dem wir eben erst unter den Stürmen des Weltkrieges gehuldigt haben. Aber es wäre erfreulich, wenn Weisers Buch wieder dazu führen sollte, daß wir uns von dem edlen, freien Sinne Shaftesburys durchdringen ließen, von dessen Schriften das achtzehnte Jahrhundert eine vollständige, treffliche Übersetzung besaß, dessen Hauptwerke aber auch der Gegenwart wieder nahe gebracht worden sind.*)

Professor Dr. Robert Petsch

*) „Die Moralisten" hat nach der alten Übersetzung K. Wolff mit Erläuterungen herausgegeben (Jena, Diederichs 1910); dasselbe Werk zugleich mit dem „Brief über den Enthusiasmus" hat Frischeisen-Köhler, die „Untersuchung über die Tugend" P. Ziertmann in der „Philosophischen Bibliothek" (Band 110 und 111, Leipzig, Meiner, 1905 und 1909) veröffentlicht. Dazu vergl. neuerdings die tiefe und weitherzige Einführung in die Gedankenwelt des Deutschen Idealismus von E. Cassirer, „Freiheit und Form" (Berlin, Cassirer 1916).

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da anderenfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6518.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Belgiens Neutralitätsrecht

Von Geh. Justizrat Professor Dr. Th. Niemeyer

Am Abend des 4. August 1914 wurde das Neutralitätsrecht Belgiens in den Mittelpunkt der Weltbewegung gerückt. Englands Staatsmänner haben das fertig gebracht. Durch einen der unaufrichtigsten, gröbsten und zugleich erfolgreichsten der politischen Kunstgriffe, die die Welt gesehen hat, ist es der englischen Regierung gelungen, die Welt eine Zeitlang glauben zu machen, sie führe Krieg um des Rechtsschutzes der belgischen Neutralität willen. Und Englands Regierung hat es verstanden, mit diesem Vorwand ihren Krieg volkstümlich zu machen, in England und außerhalb Englands, und sie hat damit erreicht, das englische Volk, das überwiegend den Krieg nicht wollte, zu einer nationalen Entrüstung und zu einer nationalen Erhebung, welche zu Beginn des Krieges ohne jenen Vorwand schwerlich zu erreichen gewesen wäre, aufzustacheln.

Daß Deutschland den ungeheuren Betrug, der hier begangen wurde, nicht vorausahnte, nicht bereits vor seiner Begehung entlarvte oder doch nach seiner Vollbringung sofort mit der sieghaften Schärfe klarer Rechts- und Tatumstände bekämpfte, daß es vielmehr die heuchlerische Anklage durch ein Bekenntnis formalen Unrechts unterstützte, ist wohl die größte politische Mißlichkeit, welche Deutschland während dieses Krieges erfahren hat.

Inzwischen ist manches bekannt geworden und vieles geschehen, was Licht in die Dinge gebracht hat. Daß das belgische Neutralitätsrecht für England nur Vorwand war, ist mittlerweile allen klar geworden, die nicht vorsätzlich ihre Augen verschließen. Die seit zehn Jahren von England, Frankreich und Belgien betriebene politische und militärische Konspiration gegen Deutschland steht außer Zweifel. Es liegen Zeugnisse einer Reihe französischer Gefangener darüber vor, daß Belgiens Gebiet bereits seit Ende Juli 1914 durch in der Maßgegend einrückende französische Regimenter von seiten Frankreichs verletzt worden ist. Ferner hat der belgische Diplomat Bassompierre, der die Nacht

vom 2. zum 3. August beschrieben hat, mit Genugtuung festgestellt, daß die ersten Gewehrschüsse auf belgischem Gebiet durch die belgischen Gensdarmen gegen die Deutschen abgefeuert worden sind. „Damit war Blut geflossen und Unwiderrufliches geschehen."

Ich bin nicht der Meinung, daß diese und andere auf derselben Linie liegenden Tatsachen wesentlich für die völkerrechtliche Beurteilung sind. Ihre Aufdeckung ist schätzbares Material, um einer irregeleiteten öffentlichen Meinung auf den richtigen Weg zu helfen, indem man sich dem gang und gäbe gewordenen Maßstab anpaßt und auf die Gesichtspunkte eingeht, von welchen die hypnotisierte Welt ihr Urteil über Deutschlands Recht abhängig macht.

Daß die spätere Nachwelt ganz andere Maßstäbe anlegen und mit der subjektiven Unwahrhaftigkeit des englischen Vorwandes auch dessen objektive Nichtigkeit erkennen wird, dessen dürfen wir uns, glaube ich, getrösten. Der Weg, auf welchem das Urteil der Geschichte sich bilden wird, führt aber über die begriffsjuristische Denkweise, welche im Privatrecht allmählich auf das richtige Maß beschränkt, sich nunmehr die Herrschaft im Völkerrecht erobern zu wollen scheint, weit hinaus. Die Wechselbeziehung zwischen der Vielgestaltigkeit des Geschehens und dem inneren Reichtum richtigen Rechtes, die Entwicklung des von Geschlecht zu Geschlecht sich forterbenden Buchstabenrechtes zu dem Rechte, das mit uns geboren ist, das Verhältnis der Politik und der Geschichte zum Völkerrecht, müssen und werden in künftigen lichteren Zeiten besser als jetzt erkannt werden. Damit wird der schwelende Dunst trüber Rabulisterei aus der Politik und aus dem Völkerrecht weggeblasen sein zum Heile internationaler Verständigung, welcher trotz Völkerhaß und Lügenpest der Gegenwart und trotz aller Giftgase die Zukunft gehören muß, aufgebaut auf der Erkenntnis politischer Interessenvereinigung, nach dem freien Willen freier, gleichberechtigter und starker Staaten.

* * *

Es sind zwei ganz verschiedene Gesichtspunkte, unter denen Belgiens Neutralitätsrecht zu beurteilen ist. Diese Gesichtspunkte finden in zwei auch zeitlich weit auseinanderliegenden diplomatischen Urkunden ihre Stütze.

Die eine Stütze der gegen Deutschland gerichteten Anklage ist der belgische Neutralisierungsvertrag vom 19. April 1839, die andere die Haager Neutralitätskonvention von 1907.

Am 19. April 1839 wurden drei Verträge geschlossen: ein belgisch-holländischer und je ein Vertrag der fünf Großmächte (Frankreich, England, Österreich, Preußen, Rußland) mit Belgien und mit Holland. Das Verhältnis dieser Verträge ist folgendes: Der belgisch-holländische Vertrag bestimmt in vierundzwanzig Artikeln die Unabhängigkeit, die Grenzen, die Wasserverhältnisse, die Finanzverhältnisse des neugegründeten Königreichs Belgien. Die beiden Verträge der Großmächte sind ganz kurz und sprechen nur den Beitritt der Großmächte zu den vierundzwanzig Artikeln des Hauptvertrages aus. Der Artikel 7 des Hauptvertrages bestimmt:

„Belgien wird einen unabhängigen und beständig neutralen Staat bilden. Es wird gehalten sein, dieselbe Neutralität gegenüber allen andern Staaten zu beobachten."

In den beiden Großmächteverträgen heißt es dann von den vierundzwanzig Artikeln des Hauptvertrages: „... sont considérés comme ayant la même force et valeur que s'ils étaient textuellement insérés dans le présent acte et qu'ils se trouvent ainsi placés sous la garantie de leurs dites Majestés."

Das ist die berühmte Garantieklausel.

So einfach die Bestimmungen klingen und so wenig Skrupel sich Millionen Menschen darüber machen, die seit 1914 darüber mit einem fertigen Urteil absprechen, so zweifelhaft ist ihr Sinn, so unmöglich ist es, aus dem Wortlaut ihre Bedeutung und ihre Tragweite zu bestimmen.

Was ist Neutralität? Was ist beständige Neutralität? Welche Pflichten erlegt sie dem neutralisierten Staat im Frieden, im Kriege, in den verschiedenen Möglichkeiten der Kriegsvorgänge auf? Welche Rechte gewährt sie? Was bedeutet Stellung unter die Garantie der Mächte? Welche Pflichten erlegt sie den Mächten auf? Welche völkerrechtlichen Folgen knüpfen sich an die Verletzung der Pflichten durch den neutralisierten Staat, durch andere Staaten, durch die Großmächte, durch Holland?

Soviel Fragen, soviel Zweifel. Der Wortlaut des Vertrages sagt nichts über sie.

Welche Hilfsmittel der Auslegung gibt es? Maßgebend soll der Wille der Vertragschließenden sein. Was ist Wille? Wessen Wille ist maßgebend? Der Wille der Delegierten, die den Vertrag schlossen? Der Wille der Staatsoberhäupter? Der Wille der Völker? Wie, wenn jeder unter demselben Wort etwas anderes verstand?

Im Privatrecht haben solche Probleme dazu geführt, die sogenannte Auslegung der Verträge auf die Kunst der Rechtsanwendung, das heißt auf die Findung des sachgemäßen Rechts zurückzuführen. Wie viel mehr muß dies im Verhältnis der Staaten zutreffen, bei denen politische Interessen verfolgt, neue Verhältnisse geschaffen werden, für welche erst die jetzt getroffenen Verabredungen den rechtlichen Boden feststellen.

Gewiß scheint zu sein, daß die Staaten sich binden wollten. Aber wie kann man sagen, daß sie gebunden sind, wenn man nicht weiß, woran sie sich haben binden wollen? Auch im Privatrecht kommt derartiges vor. Dann bleibt nichts übrig als auf die Umstände zurückzugehen, unter welchen der Vertrag geschlossen ist, auf seine Entstehungsgeschichte und den Zweck des Vertrages.

Müßte man die Methoden des Privatrechtes, welches doch beherrscht wird von den Grundgedanken der Vertragstreue, auf das Völkerrecht anwenden, so wäre man darauf angewiesen, die Neutralisierung auf ihren Zweck im Verhältnis der beteiligten Staaten zu prüfen. Wie viel mehr muß dies gelten im Staatenverhältnis, im Völkerrecht!

Bei der Neutralisierung handelt es sich um einen politischen Vertrag. Der Begriff des politischen Vertrages ist in der Wissenschaft des Völkerrechtes noch nicht genügend entwickelt. Aber darüber besteht doch kein Zweifel, daß Staatsverträge, welche Rechtsregeln aufstellen, wie die Genfer Konvention, die Pariser Seerechtsdeklaration, die Haager Konventionen, ein völlig anderes Wesen haben als Friedensschlüsse, Bündnisverträge, militärische Verabredungen, Gebietsregulierungsverträge und so auch die dauernden Neutralisierungen. Für die politischen Verträge hat Bismarck das Bild von Gefriervorgängen angewendet. „Das flüssige Element der internationalen Politik" — so schrieb Bismarck über den Dreibundvertrag — „wird unter Umständen zeitweilig fest. Aber bei Veränderungen der Atmosphäre fällt es in seinen ursprünglichen Aggregatzustand zurück." Ein anderes Mal hat sich Bismarck dahin geäußert: Politische Verträge haben mehr die Bedeutung von Feststellungen als von Verpflichtungsakten; ihr Wirklichkeitswert geht so weit, wie die Solidarität der Interessen, die in ihnen zum Ausdruck kommt. Ein belgischer Jurist, Cressonnières, hat 1911 geschrieben: „Politischen Verträgen haftet ihrer Natur nach ein Moment der Unbeständigkeit an. Sie entsprechen den Bedürfnissen des Augenblicks, in dem sie geschlossen werden. Sie regeln eine bestimmte Sachlage: besteht diese nicht mehr, so werden sie hinfällig. Alle theoretische Achtung vor dem Vertragsprinzip vermag nichts gegen geschichtliche Notwendigkeiten, und trotz der feierlichsten Erklärungen und der echtesten Pergamente bleibt das oberste Gesetz für jedes Volk die Pflicht seiner Selbsterhaltung und seiner vollen nationalen Entfaltung."

Die Neutralisierung Belgiens stellt einen politischen Schöpfungsakt dar, dessen Ergebnis tatsächliche Verhältnisse waren, die nur in äußersten Umrissen umschrieben wurden, deren Entwicklung und praktische Handhabung aber von dem Willen der Schöpfer abhängig blieb.

Ein Blick auf die Vorgeschichte erhärtet dies.

Man erinnert sich, daß die spanischen Niederlande sich seit Ende des 16. Jahrhunderts in einen katholischen (heute belgischen) und einen protestantischen (heute holländischen) Teil, innerlich spalteten, daß die holländischen Provinzen sich bald von der spanischen Herrschaft befreiten, während der heute belgische Teil bei Spanien blieb. Durch den Frieden von Utrecht — 1713 — wurde dieser letztere — heute belgische — Teil österreichisch (bis 1797) unter gleichzeitiger Herstellung eines holländischen Besatzungsrechtes für eine Anzahl von Festungen zum Schutz des Landes gegen französische Angriffe. Dieses Besetzungsrecht wurde in dem sogenannten Barrièrevertrage von 1715 näher geregelt. Von 1797 bis 1815 waren dann die Provinzen (welche erst seit 1830 Belgien heißen) französisch; durch den Wiener Kongreß endlich wurden sie zu Holland geschlagen, von dem sie sich durch die am 25. August 1830 ausgebrochene Revolution loszureißen unternahmen.

England, das 1790 (mit Preußen und Holland) Österreich den Besitz dieser Provinzen für alle künftigen Geschlechter garantiert, 1797 es Frankreich

überlassen, 1815, als Führerin der Großmächte, sie Holland einverleibt hatte, erzwang endlich 1839 (ebenfalls unter Beteiligung der übrigen Großmächte), daß Holland, welches bis dahin mit Wort und Waffen sein Recht verfochten hatte, durch den Neutralisierungsvertrag vom 19. April 1839 die geschehene Gewalttat der Unabhängigkeitserklärung Belgiens anerkannte.

Die belgische Revolution war unter dem unmittelbaren Einfluß der französischen Julirevolution ausgebrochen und wurde mit französischer Waffenhilfe durchgeführt. Ihr Erfolg war ein politischer Sieg des revolutionären Frankreichs und wurde von der Regierung Louis Philipps als nationaler Gewinn übernommen. Talleyrand, der als Vertreter Frankreichs sich in London der belgischen Angelegenheit besonders annahm und möglichst bald eine französische Annexion daraus machen wollte, sah alsbald, daß dies wegen Englands Widerstand zur Zeit nicht erreichbar war. Er nahm deswegen mit dem Erreichbaren vorlieb, und das war die Neutralisierung Belgiens.

Die erste Formulierung dafür fand statt am 20. Januar 1831.

Der Gedanke war nicht neu. Schon bald nach dem Barrièrevertrag von 1715 hatte Frankreich die Neutralisation der belgischen Provinzen vorgeschlagen, um das lästige gegen Frankreich errichtete Bollwerk loszuwerden, aber vergeblich. Talleyrand scheint 1831 so geschickt gewesen zu sein, selbst das erste Wort von der Neutralisierung Belgiens zu sprechen und zwar, wie er hinzufügte: „à l'instar de la Suisse".

Die Bezugnahme auf die Schweiz war eine von den mancherlei Lügen der damaligen Diplomaten. Die Schweiz hatte in sechshundertjährigem Kampf sich als selbständiger, kräftiger und selbstbewußter Staat bewährt und dann erst, nachdem es auch noch in der Napoleonischen Krise sich behauptet hatte, 1815 die Zusicherung dauernder Respektierung des Friedenswillens und der Friedensmacht seiner tapferen Bevölkerung erlangt. Belgien aber war nie ein Staatssubjekt gewesen, es besaß keinen nationalen Charakter und keine nationale Geschichte. Es war stets, und 1831 mehr als je, ein Spielball fremder Politik, kein Staatsindividuum, sondern lediglich ein Objekt für die Landgier und die Machtsucht der Großstaaten. Der Vergleich: „à l'instar de la Suisse" ist verletzend für die Schweiz, deren auf politischen Granit gegründete und in allen Feuern erprobte Neutralität kein Geschenk, geschweige eine Zwangsauflage aus der Hand der Mittelmächte war, wie es die belgische Neutralisierung zweifellos war und sein sollte.

Talleyrands Annexionsabsichten und die Falschheit seines Neutralisierungsvorschlages wurden durchschaut durch den preußischen Vertreter in London, Heinrich v. Bülow, von dem Talleyrand am 7. Dezember 1830 schrieb: „C'est un homme d'esprit et qui comprend très bien la position de son pays." Bülow kam dem französischen Minister scheinbar entgegen. Er stellte seinerseits namens Preußens den förmlichen Antrag, die belgische Neutralisierung auszusprechen. Zugleich aber wurde dem französischen Gedanken das Rückgrat ge-

brochen, indem eine Formulierung gewählt wurde, welche vollen Ernst mit der Neutralisierung machte. Das Protokoll über den Bülowschen, am 20 Januar 1831 von der Londoner Gesandtenvereinigung angenommenen Antrag sagte:

„Belgien wird einen dauernd neutralen Staat bilden. Die fünf Großmächte garantieren ihm diese dauernde Neutralität, sowie die Unverletzbarkeit und Integrität seines Gebietes. — In gerechter Gegenseitigkeit wird Belgien gehalten sein, dieselbe Neutralität gegenüber allen andern Staaten zu beobachten und deren innere wie äußere Ruhe nicht zu stören."

Wäre diese Fassung zum Vertrage erhoben worden, so wäre damit der klare Ausdruck eines ehrlichen politischen Willens und eine echte völkerrechtliche Sanktion dieses Willens gegeben gewesen. Niemand hätte die Aufrichtigkeit der Neutralisierung Belgiens, die Unantastbarkeit seines Gebietes und die Garantiepflicht der Mächte anzweifeln können.

Die Bülowsche Fassung ging im wesentlichen in den als Vertrag der achtzehn Artikel bekannten Entwurf vom 26. Juni 1831 über, nicht aber in den von diesem Entwurf stark abweichenden Vertrag selbst („Vertrag der 24 Artikel"), welcher zwischen den Großmächten und Belgien am 15. Oktober und 15. November 1831 abgeschlossen wurde, und der, durch den am 19. April 1839 erfolgten Beitritt Hollands, diejenige Stütze erhielt, auf welche fortan Belgiens Neutralisierung gestellt blieb.

In der Fassung der achtzehn Artikel vom 26. Juni 1831 wurde Belgien als ebenbürtiges völkerrechtliches Staatensubjekt behandelt und ist als solches mit einem souveränen Sicherheits- und Forderungsrecht gegenüber den fünf Großmächten ausgestattet worden. Durch die später beschlossene Fassung ist Belgien in diejenige Rolle zurückgedrängt, welche ihm durch das politische Spiel Frankreichs und Englands von Anfang an zugedacht war, nämlich lediglich ein Objekt der Politik anderer Staaten zu sein, eine Sache, ein Freiland für die Machtbestrebungen seiner westlichen und nördlichen Nachbarn. In dieser Herabwürdigung zum Objekt der Politik — welche von den einsichtigsten Belgiern stets in vollem Bewußtsein verstanden worden ist — liegt der Grund für Belgiens jetziges Unglück und zugleich der Schlüssel für die Erkenntnis der weltgeschichtlichen Lügen, welche der Vertrag vom 19. April 1839 und seine Verwertung als Kriegsvorwand durch England darstellt. Man muß die Bülowsche und die Talleyrandsche Fassung — der Kürze halber seien diese Ausdrücke gestattet — scharf vergleichen, um den Sinn des Unterschiedes zu durchschauen. Gegenüber der klaren und starken Gestaltung der Garantiepflicht in dem Bülowschen Antrag ist in der Talleyrandschen Redaktion die Garantiepflicht der Großmächte auf eine Weise verflüchtigt, welche ein dialektisch-politisches Meisterstück genannt werden darf. Während nach Bülows Antrag unmittelbar hinter der Neutralisierungsformel der prägnante Satz stand: „Die fünf Mächte garantieren Belgien diese immerwährende Neutralität, sowie die Integrität und Unverletzlichkeit seines Gebietes", war in den späteren Artikeln

kein Wort von der Garantie gesagt. Natürlich nicht! Denn diese Artikel bildeten einen lediglich zwischen Belgien und Holland geschlossenen Vertrag. Anstatt daß nun aber die Großmächte in dem von ihnen mit Belgien geschlossenen Vertrage Neutralität, Integrität nnd Unverletzlichkeit des Gebiets dem Staate Belgien garantierten, bediente man sich der ausweichenden Formel, daß die vierundzwanzig belgisch-holländischen Artikel zum integrierenden Bestandteil der beiden Großmachtverträge erklärt wurden mit dem Zusatz: „Qu'ils se trouvent ainsi placés sous la garantie de leurs — dites Majestés." Durch diese Klausel war dem Inhalt der vierundzwanzig Artikel sachlich gar nichts hinzugefügt. Die Großmächte nehmen damit keine andern Pflichten auf sich als Holland, dem niemand jemals eine Garantiepflicht angesonnen hat (auch nicht das Protokoll vom 20. Januar 1831). Vor allem ist in der Talleyrandschen Fassung völlig verschwunden die Unverletzlichkeit des Gebietes und damit derjenige Gegenstand, der, wenn man hätte Ernst machen wollen, durchaus den Inhalt der Garantiepflicht bilden mußte.

Der Begriff Neutralität allein sagt gar nichts. Welche Pflichten, welche Rechte Belgien, welche Obliegenheiten, welche Befugnisse die Großmächte und Holland haben sollten, sagt dieser Begriff nicht. In voller Absichtlichkeit, in dem klaren Bewußtsein des rechtlich inhaltlosen, lediglich politischen Provisoriums, wurde eine undeutliche, irreführende und nichtssagende Formel angewendet.

Das spätere Verhalten Frankreichs und das Verhalten Englands ist in vollkommen konsequenter Durchführung dieser politischen Behandlung einer politischen Frage sich gleich geblieben. Seit 1839 ist kein Jahrzehnt vergangen, ohne daß sowohl von französischer als von englischer Seite der Auffassung Ausdruck gegeben ist, der Vertrag von 1839 verpflichte die Großmächte zu gar nichts, geschweige zu dem tätigen Schutz der belgischen Neutralität.

Aus der Zahl dieser Äußerungen seien nur einzelne herausgegriffen, die in der Gegenwart besonderes Interesse verdienen:

Lord Palmerston erklärte am 8. Juni 1855:

„Die Weltgeschichte zeigt, daß wenn sich ein Streit erhebt und eine kriegführende Nation es für nützlich hält, ihre Armee durch ein neutrales Gebiet hindurchmarschieren zu lassen, Neutralitätserklärungen nicht allzu ängstlich beachtet zu werden pflegen." Lord Stanley erklärte 1866: „Die kollektive Garantie gibt England gegen einen Verletzer der Neutralität ein formelles Recht zu kriegerischem Einschreiten; von einer juristischen Verpflichtung dazu aber könne keine Rede sein." Gladstone lehnte in einer Unterhausrede vom 10. August 1870 die Verpflichtung zum Schutze einer etwa verletzten belgischen Neutralität ab und erklärte dies unter Berufung auf Lord Aberdeen und Lord Palmerston als eine praktische Auffassung der Garantie. „Ich kann mich nicht der Doktrin anschließen, daß die einfache Tatsache des Bestehens einer Garantie bindend ist, ohne Rücksicht auf die besondere Lage in dem Zeitpunkt, wo sich

die Gelegenheit gibt, auf Grund der Garantie zu handeln." Noch stärker hatte sich zwei Tage vorher im Oberhaus Lord Granville ausgelassen: „Wir denken nicht daran, daß unser Land moralisch oder völkerrechtlich oder durch seine Interessen genötigt sei, die Neutralität Belgiens aufrecht zu erhalten."

Im Jahre 1887, als die Boulanger-Gefahr Europa bedrohte, ließ Lord Salisbury im „Standard" erklären: Was hätte England im Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich zu tun? Die Antwort lautete: Nichts anderes, als daß England neutral bliebe, auch wenn zeitweise belgisches Gebiet militärisch besetzt würde; dann hätte es aber dafür zu sorgen, daß nach dem Kriege die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens mit peinlicher Gewissenhaftigkeit geachtet werden müsse.

Die merkwürdigste aber von allen englischen Erklärungen ist die von Lord Grey in der Sitzung des englischen Unterhauses am 3. August 1914 abgegebene. In dieser Sitzung hat Grey, die vorhin mitgeteilten Erklärungen Lord Granvilles und Gladstones von 1870 verlesen und hinzugefügt: „Der Vertrag von 1839 ist ein alter Vertrag und ist nicht nur bestimmt durch die Interessen Belgiens, sondern auch durch die Interessen der Garantiemächte. Davon ging unsere Regierung schon 1870 aus. Unsere Regierung hat heute ihre Interessen nicht anders einzuschätzen, als es die Regierung Mr. Gladstones im Jahre 1870 tat."

Bekannt ist, daß zwischen 1860 und 1870 Napoleon mit Bismarck über ein Abkommen verhandelte, wonach Preußen Süddeutschland und Frankreich Belgien bekommen sollte. Benedetti hat bekanntlich den Entwurf dieses Abkommens auf Bismarcks Veranlassung niedergeschrieben, Bismarck ihn abgelehnt und 1870 veröffentlicht.

Napoleon schrieb am 19. Februar 1869 an den Kriegsminister Niel: „Belgien öffnet uns die Tore Deutschlands. Wir können von da über den Niederrhein vorstoßen, wohin wir wollen" und im „Moniteur diplomatique" vom 11. März 1869 las man: „Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Neutralität Belgiens unverträglich sein würde mit dem Durchmarsch einer französischen Armee durch sein Gebiet. Die maßgebendsten Publizisten geben zu, daß die neutralen Staaten einem fremden Staate den Heeresdurchmarsch gestatten können." Das stimmt zu der gesamten französischen Auffassung. 1871 berichtete der belgische General Chazal, der 1870 das belgische Oberkommando hatte, in der belgischen Militärkommission: „Im französischen Kriegsrat vor der Schlacht bei Sedan erwog man, ob man nicht mit der eingekreisten Armee den Durchmarsch durch belgisches Gebiet ins Departement du Nord erzwingen sollte. Nur der Hinweis auf die 20 000 Mann belgischer Truppen an der Grenze schreckte von dem Versuche ab."

Daß Belgien seinerseits alle diese Vorgänge und Aeußerungen kannte und würdigte, ist selbstverständlich.

Als die Diplomaten in dem Neutralisierungsvertrage 1831 die Unverletzlichkeit des belgischen Gebietes ausschalteten, wußten sie ganz genau was sie wollten

und taten. Sie wollten die Möglichkeit eines Einmarsches in Belgien offen halten und ihn als verträglich mit der Neutralität Belgiens behandeln.

In dem unter den Augen der Großmächte entstandenen Artikel 121 der belgischen Verfassungsurkunde hat Belgien dementsprechend ausdrücklich das Recht in Anspruch genommen, durch Gesetz den Einmarsch fremder Truppen zu gestatten. Es heißt dort: „Ausländische Truppenteile dürfen belgisches Gebiet nur auf Grund eines Gesetzes besetzen oder passieren (occuper ou traverser)."

Zwei unter dem Namen der Festungsverträge neuerdings vielbesprochene Geheimverträge Englands, Rußlands, Österreichs, Preußens, der eine am 15. November 1818 in Aachen, der andere am 14. Dezember 1831 in London ohne Frankreichs Vorwissen abgeschlossen, werfen auf dies alles das grellste Licht.

Der belgische Staatsmann Goblet d'Alviella hat diese Verträge 1863 literarisch eingehend behandelt. Im Jahre 1889 hat der belgische Major Girard auf sie hingewiesen. 1902 sind sie von Descamps gedruckt und 1912 von Girard betont worden. Daß auch in Treitschkes Deutscher Geschichte ausführlich über das Aachener Militärprotokoll berichtet und dessen politische Bedeutung hervorgehoben ist, scheint in weiteren Kreisen unbekannt geblieben zu sein.

Die vier Vertragschließenden waren gegen Frankreich verbunden durch die Quadrupelverträge vom 1. März 1814 und vom 21. November 1815. Diese Verträge wurden von ihnen durch einen am 15. November 1818 geschlossenen öffentlichen Vertrag aufrecht erhalten. Diesem Vertrage nun wurde eine Geheimklausel beigefügt, welche bestimmte, daß „in casu foederis" Belgien von England und Preußen in der Weise besetzt werden solle, daß im Einvernehmen des Königs von Holland England Ostende, Nieuport, Ypern und die Scheldebefestigungen, Preußen aber Huy, Namur, Dinant, Charleroi, Mariembourg und Philippeville besetzen solle. Am 14. Dezember 1831 aber wurde; wiederum in einem Geheimvertrage, vereinbart, daß der König der Belgier hinsichtlich des Militärprotokolls vom 15. November 1818 an die Stelle des Königs von Holland trete.

Angesehene Juristen und Historiker haben aus den Geheimabkommen von 1818 und von 1831 ein Besetzungsrecht, eine „Servitut" hergeleitet, auf Grund deren Deutschlands Einmarsch im August 1914 als Ausübung partieller Territorialhoheit gerechtfertigt gewesen wäre. Ich kann dieser Auffassung nicht beipflichten. Es sei nur auf zweierlei hingewiesen, erstens, daß es in dem militärischen Protokoll von 1818 heißt: man ist übereingekommen, dem König von Holland zu empfehlen, die Festungen usw. durch die englischen und preußischen Truppen besetzen zu lassen, zweitens, daß in dem Abkommen von 1831 die Nachfolgerschaft des Belgierkönigs nach dem König von Holland festgestellt wurde mit dem Zusatz: „Vorbehaltlich der Verpflichtungen, welche dem König der Belgier und den vier anderen Höfen die dauernde Neutralität Belgiens auferlegt."

Ein Besetzungsrecht, eine „Servitut", kann ich, wie gesagt, unter diesen Umständen nicht annehmen. Dagegen wird durch die heimlichen Quadrupel-

Abmachungen von 1818 und 1831 der rein politische Charakter, die völkerrechtliche Wert- und Inhaltlosigkeit des Neutralisierungsvorganges des letzten Zweifels entkleidet. Die Widerruflichkeit und Wandelbarkeit, das precarium (privatrechtlich gesprochen) als das Wesen der belgischen Neutralisierung wird durch die heimlichen Festungsabkommen bis zur Nacktheit enthüllt, so sehr man auch das Bemühen wahrnimmt, das völkerrechtliche Mäntelchen so zu hängen, daß die politische Blöße nicht allzu anstößig hervortrete.

Die Einverleibung des Kongostaates in Belgien, die seit 1904 vollzogene Teilung der Großmächte in zwei neugruppierte gewaltige politische Lager, sind Momente, denen man vielfach entscheidende Bedeutung und die Wirkung beigemessen hat, den Vertrag von 1839 aufzuheben. Ein größeres Gewicht liegt aber in der Tatsache der von allem Anfang an bestandenen Inhaltlosigkeit und Unaufrichtigkeit des Neutralisierungsaktes.

* * *

Eine ganz andere Frage ist die des Haager Neutralitätsabkommens von 1907. Die in Betracht kommenden Bestimmungen lauten in der Übersetzung:

Art. 1. Das Gebiet der neutralen Mächte ist unverletzlich. Art. 2. Es ist den Kriegführenden untersagt, Truppen durch das Gebiet einer neutralen Macht hindurchzuführen. Art. 5. Eine neutrale Macht darf auf ihrem Gebiet keine der bezeichneten Handlungen dulden. Art. 10. Die Tatsache, daß eine neutrale Macht die Verletzung ihrer Neutralität selbst zurückweist, kann nicht als eine feindliche Handlung angesehen werden.

Es gibt zwei Gesichtspunkte, aus denen das Recht Deutschlands, trotz dieser Bestimmungen den Einmarsch in Belgien zu bewirken, gerechtfertigt werden könnte.

Der eine beruht auf der in dem Haager Abkommen enthaltenen Klausel, daß das Abkommen nur gilt in einem Kriege, in der alle Kriegführenden Vertragsmächte sind. Aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen, auf die hier nicht eingegangen werden soll, erscheint dieser Gesichtspunkt nicht zutreffend. Erwähnt sei nur, daß Serbien, das dem Neutralitätsabkommen nicht beigetreten ist, erst am 6. August die diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich abgebrochen hat.

Der zweite und sieghaft durchschlagene Gesichtspunkt ist der vom Reichskanzler am 4. August 1914 als heiliger Hochschild des guten deutschen Gewissens emporgehaltene Rechtstitel: Not kennt kein Gebot!

Unsere Feinde haben unseren Notruf mit Hohn beantwortet. Der Oxforder Kronjurist Sir Erle Richards hat in einem Pamphlet: „Haben wir noch ein Völkerrecht?" den Humor seiner Landsleute mit der Behauptung angerufen, auf Not könne auch eine Familie sich beziehen, welcher ihr Haus und ihr Gärtchen zunächst völlig genügten, deren wachsende Kinderschaar aber nötig macht, dem Nachbarn seinen Garten und sein Haus wegzunehmen.

Das sind Sophismen, nach Art des Acervus-Beweises, wonach es keine Sandhaufen gibt, weil man nicht sagen kann, mit dem wievielten Sandkorn hingestreuter Sand zum Haufen wird. Natürlich sind die rechtlichen Begriffe Not, Notwehr, Notstand dehnbar; sie sind darauf zugeschnitten, der Vielgestaltigkeit des Lebens, der Würdigung jedes einzelnen Falles gerecht zu werden. Auch im Privat- und Strafrecht gibt der Gesetzgeber diesen Begriffen in klarer Absicht einen weiten Spielraum, und wer in Notstand oder Notwehr handelt, läuft Gefahr, daß er nachher durch den Richter im Stich gelassen wird.

Daß der Notbegriff gerade im Völkerrecht oder doch im Gebiet des Neutralitätsrechts keine Stätte habe, ist vereinzelt gesagt worden, ist aber nicht haltbar. Es wäre höchst unvernünftig, ungerecht und undurchführbar, wenn souveränen Staaten ein Recht versagt sein sollte, das in allen Rechtsordnungen der Welt von jeher als unantastbares Menschenrecht gegolten hat: das Recht im Falle echter Not sich hinwegzusetzen über die normalen Schranken sonst geltender Rechtsregeln, das Recht, den Wert seiner lebendigen Existenz einzusetzen gegen den Wert von Sachgütern, das Recht unersetzlichen Gütern die ersetzbaren Güter anderer zu opfern.

Wenn es wahr ist einerseits, daß der Durchmarsch durch Belgiens Gebiet für uns eine militärische Notwendigkeit, also eine staatliche Lebensfrage war, und wenn es anderseits wahr wäre, daß es Deutschlands Regierung trotzdem völkerrechtlich schlechthin verwehrt war, in Belgien einzurücken, so muß man sagen, daß dieses Völkerrecht ein ohnmächtiges Buchstabenrecht ohne Wahrheit und ohne die Kraft wirklicher Geltung war, ein Recht von demselben Wert wie der Schein des Shylock, ein Stück Papier mit unsittlichem, mit unmöglichem Inhalt: der Verpflichtung zur Selbstopferung, zum passiven Selbstmord.

Wir wissen aber aus zahlreichen Zeugnissen alter und neuer Juristen, auch englischer und amerikanischer Autoritäten, daß das Notrecht, das unbedingte Recht der Selbsterhaltung stets als unentziehbares, unverzichtbares Daseinsrecht der Staaten gegolten hat. Statt aller nenne ich nur aus älterer Zeit Hugo Grotius und Vattel, aus neuerer Zeit Lawrence, Hall, Twiß und Westlake. Die theoretische Anzweiflung dieses Rechtes, welche neuerdings unternommen ist, scheitert an der Natur der Sache, an der Wahrheit der Tatsachen.

Es ist nicht wahr, daß die Staaten jemals übereingekommen sind, auf das Recht der Not zu verzichten. Niemals aufgehört hat deswegen das Recht der Staaten, durch Notwehr und Notstandshandlung die Pflicht der Selbsterhaltung zu üben.

Das überlieferte Völkerrecht erlaubt die Kriegführung. Das Völkerrecht prüft auch nicht, ob die Kriegsführung auf gerechter Veranlassung beruht. Der Staat, welcher seine Existenz auf des Schwertes Spitze und Schneide setzt, übt rechtmäßige Gewalt, wie er sich gleichzeitig dem rechtmäßigen Entschluß aller anderen

neutralen Staaten aussetzt, ihre Waffen gegen ihn selbst zu kehren und ihn in Ausübung gleichfalls rechtmäßiger Gewalt bis zur Vernichtung zu bekämpfen.

Ob dieser Zustand des Rechtes gut oder schlecht, ob er notwendig oder abschaffbar ist, ob er sich mit der Idee völkerrechtlicher Gemeinschaft der Staaten verträgt, das ist eine Frage für sich. Nur auf die Feststellung kommt es hier an, daß das Völkerrecht, welches bislang gilt, keine andere Legitimation für die Kriegführung verlangt, als die Kundgebung des Willens zur Kriegführung. Damit ist die unerbittliche Schranke gezeichnet, welche dem Recht der Neutralität gesetzt ist.

Es gibt angesichts der völkerrechtlich unbedingten Zulassung des Krieges nur ein allgemeines Recht der Neutraltiät, aber kein allgemeines Recht auf Neutralität.

Daß alle Staaten das unbedingte Recht hätten, neutral zu bleiben, ist ebenso unwahr wie es unwahr ist, daß kriegführende Staaten den Anspruch haben, daß neutrale Staaten neutral bleiben. Das Recht auf Neutralität, eigene und fremde, wird beschränkt und überwunden durch das Recht auf Kriegführung. Der Weltkrieg hat dafür, gering gezählt, einige dreißig Beispiele geliefert. Der Vorrang des Rechtes auf Kriegführung vor dem Recht auf Neutralität ist auch nicht nur brutale Tatsächlichkeit, sondern er beruht auf der innerlichen Folgerichtigkeit des bislang bestehenden Rechtszustandes. Denn es ist nicht abzusehen, welche Gerechtigkeit es fordern sollte, daß wenn einzelne Staaten Krieg miteinander führen, dritte Staaten dadurch besser oder schlechter in bezug auf das Recht der Kriegführung gestellt sein sollten als sonst. Alle Bestimmungen des Neutralitätsrechtes stehen unter der Gefahr, daß im Falle ihrer Verletzung der Zustand der Neutralität aufgehoben und durch das Kriegsverhältnis abgelöst werden kann. „Es geht, solange es geht," kann man sagen. Die Neutralitätsvorschriften sind ein konventioneller Versuch, die Neutralität — aktive und passive — möglichst zu erhalten, die Gefahr eines Umsichgreifens des Kriegsbrandes einzudämmen.

Auch die Haager Neutralitätskonvention enthält nur Rechtsgrundsätze für den Fall bestehender Neutralität. In dem Augenblick, als Belgien den Krieg mit uns begann, — das tat es, als es sich dem deutschen Einmarsch mit den ersten Gewehrschüssen widersetzte — handelte es rechtmäßig. Aber es brach gleichzeitig seine Neutralität und löste sie durch den Krieg ab. Deutschland verletzte die belgische Gebietshoheit, als es einmarschierte, nachdem Belgien seine Zustimmung, die es nach seiner Verfassung durch Gesetz hätte geben können, versagt hatte. Aber Deutschland hat damit keine Vertragstreue gebrochen. Es hat gehandelt nach dem geltenden Recht des Krieges und nach dem Gesetz der Not, dessen Voraussetzungen gegeben sind, so lange Staaten, anstatt sich gegenseitig zu achten und zu helfen, einander umwerben, fürchten, betrügen, bekämpfen.

Deutschland und England in Afrika

Von Oberlehrer Dr. Wütschke

(Schluß)

Deutsch-Ostafrika. Es ist das größte Schmerzenskind der britischen imperialistischen Politik in Afrika. Seit Englands Plan, durch das Kongobecken hindurch einen Zusammenschluß des ägyptischen Sudan mit Britisch-Südafrika zu erreichen, in dem Augenblick der Unabhängigkeitserklärung des Kongostaates zunächst gescheitert war, versuchte es, östlich der großen Seen eine Verbindung zu erlangen. Aber die Schwierigkeiten waren für England größer, die Umstände für Deutschland günstiger, als man in England geahnt hatte.

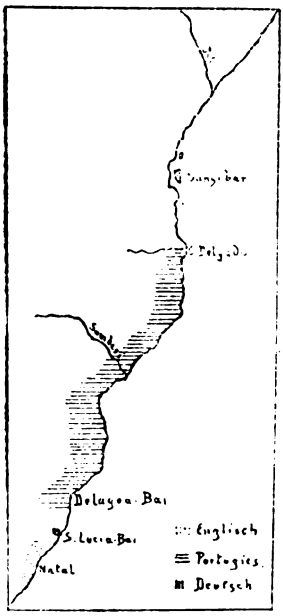
Ihren Ausgang nahm die englisch-ostafrikanische Politik von der Insel Sansibar. Sansibar galt seit Jahrhunderten als der beste Hafen und der günstigste Stapelplatz an der afrikanischen Ostküste vom Roten Meer bis zur Delagoabai. Durch klimatische Verhältnisse begünstigt, war es von Indern und Arabern zum Mittelpunkt des Tauschhandels erhoben, der sich hier zwischen ihnen und den Eingeborenen des ostafrikanischen Seengebiets abwickelte. So war Sansibar bereits um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts der besuchteste Handelsplatz des afrikanischen Ostens und als solcher für England um so begehrenswerter, als von 1859 an der Bau des Suezkanals neue Handelsaussichten im Indischen Ozean eröffnete. Zwar liebäugelte auch die Regierung Napoleons des Dritten bereits mit dem Besitz der Insel; aber England konnte 1862 Frankreich veranlassen, in eine scheinbar alle Teile befriedigende Lösung einzuwilligen: beide Staaten kamen überein, die Unabhängigkeit des Sultanats Sansibar zu achten. In Wirklichkeit hat England mit diesem Vertrag bereits gewonnenes Spiel*). Sein unter dem Deckmantel eines Generalkonsuls eingesetzter Beamter war Vertrauter und erster Berater des Sultans. Nicht ohne Grund gilt noch heute in England das Wirken Sir John Kirks als besonders erfolgreich. Und als 1870 der Sultan starb und sein Nachfolger nicht willig auf den Bahnen seines Vorgängers wandelte, da setzte England, dem vergeblichen Einspruch des in den Krieg mit Deutschland verwickelten Frankreich hohnlachend, dem neuen Sultan die Pistole auf die Brust, d. h. es drohte mit einem Bombardement

*) Es sei daran erinnert, daß 1907 England in ganz ähnlicher Weise Rußland von Persien fernzuhalten wußte, indem es mit Rußland den bekannten Vertrag des Inhaltes schloß, daß beide Großmächte die Unabhängigkeit und die Unantastbarkeit der persischen Souveränität sich gegenseitig garantierten.

seiner Hauptstadt (1873). Vollends geriet sie in englische Abhängigkeit, nachdem ein Jahr später Sansibars Angebot, unter deutschen Schutz zu treten, von Bismarck abgelehnt wurde. Die Insel ist seitdem englisch, wenn auch dem Namen nach unabhängig.

Nun aber begannen mit dem Erblühen des einigen Deutschen Reiches auch deutsche Kaufleute die ostafrikanische Küste zu betreten und Gerhard Rolfs, der derzeitige deutsche Generalkonsul, unterstützte sie nach besten Kräften. Bereits im Februar 1885 wehte die schwarz-weiß-rote Flagge über einem ostafrikanischen Schutzgebiet von über 120000 Quadratkilometer, Sansibar gegenüber. England machte gute Miene zum bösen Spiel. Alle Quertreibereien Gladstones durch sofortige Gründung einer britisch-ostafrikanischen Gesellschaft, alle Vorhaltungen beim Sultan, selbst die Erregung eines Aufstandes der Witus und Wassagaras verfehlten ihre Wirkung. Konnte es England so nicht verhindern, daß die Deutschen die Küste besetzten und Verträge mit den eingeborenen Machthabern abschloß, so versuchte es wenigstens, sich das Hinterland zu sichern, um so nach Fehlschlagen des Kongodurchgangs eine Verbindung zwischen dem englischen Südafrika und dem Sudan herzustellen.

Immerhin muß man sagen, daß die in jenen Tagen bewußt einsetzende imperialistische Politik Englands mit dem Vertrag vom 29. Oktober 1886 ihre ersten Erfolge erzielte, nicht nur insofern, als Frankreich dadurch fast völlig in Ostafrika ausgeschaltet wurde, sondern auch durch die erste feste Grenzregelung zwischen England und Deutschland: die deutsch-englische Grenze zwischen der Küste und dem Viktoriasee, wie sie heute noch besteht, verdankt ihm ihr Dasein. Im übrigen sind die Verhältnisse an der ostafrikanischen Küste ziemlich verwickelt. Doch dürfte es immerhin am Platze sein, im gegenwärtigen Zusammenhang auf diese Dinge nochmals kurz einzugehen*), wobei ich die territorialen Machtverschiebungen vom Kap Gardafui bis zum Kapland unter besonderer Berücksichtigung Englands und Deutschlands betrachte:



Ost-Afrika 1870—1884

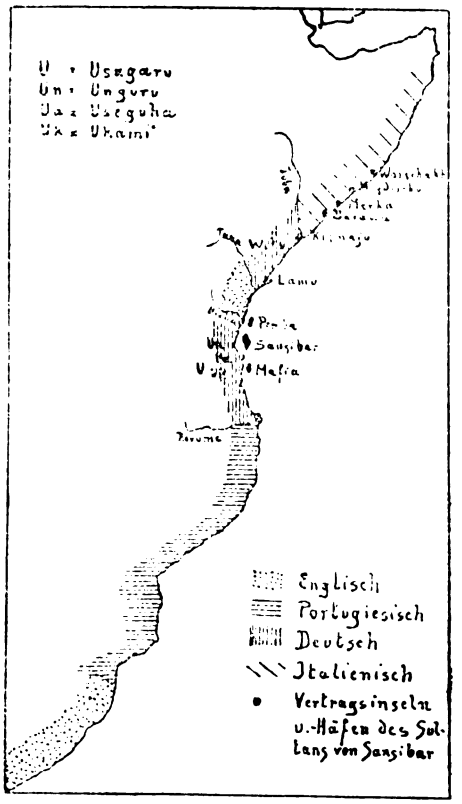
1. Zeit von 1870 bis 1884: Die Küste bleibt im wesentlichen den Arabern überlassen; nur Portugal hat seinen bereits im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts erworbenen Besitz etwa vom Kap Delgado bis zur Delagoabai noch in Händen; Natal ist seit 1824 britisch; ebenso (wenn auch nicht völkerrechtlich, s. o.) seit 1873 Sansibar. — Deutschland versucht 1884 die Erwerbung der St. Luciabucht südlich der

*) Nach Supan, die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien. Gotha, Perthes 1899.

Delagoabai gelegentlich des Vordringens der Buren zur Küste durch Sululand, muß aber bereits im nächsten Jahre auf Einspruch Englands darauf verzichten.

2. 1885 bis 1889: Die ersten deutschen Erwerbungen im ostafrikanischen Seengebiet durch Schutzverträge mit den Herrschern von Usſagara usw. (27. Februar 1885), durch Kauf eines Teils von Witu von dessen Sultan seitens eines Deutschen (8. April 1885); bald (27. Mai 1885) tritt das ganze Sultanat Witu unter deutschen Schutz; 1886 wird die Grenze des neuen Gebiets gegen Portugiesisch-Ostafrika am Rovuma festgesetzt. Die weiter nördlich gelegene Küste steht zunächst, was von Deutschland und England im Oktober 1886 ausdrücklich anerkannt wird, unter der Herrschaft des Sultans von Sansibar, dessen Machtbereich sich vom Rovuma bis Kigini ($2^1/_2$ s. Br.), über alle Inseln und über einige Somalihäfen erstreckt. England hat keinen festländischen Küstenbesitz außer Natal, Deutschland hat keinen Anteil an der Küste, sein Machtbereich liegt küstenabseits.

Später aber (28. April 1888) tritt durch Vertrag mit dem Sultan auch die Küste zwischen dem Rovuma und Umba unter deutschen Schutz, die vom Umba bis Toma (zuerst seit Mai 1887, dann ausdrücklich durch Freibrief vom 3. September 1888) unter britischen, dann die von Toma (Witu) bis Kisimayu (seit 1889) wiederum unter deutschen, endlich die vom Jub bis etwa 10 Grad nördlicher Breite (ebenfalls 1889) unter italienischen Schutz. — Südlich des festen portugiesisch-ostafrikanischen Besitzes reicht vorübergehend (von 1885 bis Ende 1886) die „Neue Republik" der Buren bis an die Küste, die dann bis zum Kap britisch wird.



Ost-Afrika 1885—1889

Ende 1889 ist demnach die ganze Ostküste unter vier europäische Mächte, von Nord nach Süd unter Italien, Deutschland, England, Deutschland, Portugal, England aufgeteilt mit Ausnahme des Gebietes am Kap Guardafui und der dem Sultan von Sansibar 1886 zuerkannten Somalihäfen.

3. Nach 1890: Durch Vertrag vom 1. Juli 1890 verliert Deutschland an England Witu und die Küste von Witu bis Kisimayu und verzichtet

endgültig auf Sansibar. England dehnt dafür (19. November 1890) seinen Besitz bis zum Jub aus und regelt mit Italien (30. März 1891) seine Grenzen, das Gebiet um Kap Guardafui wird italienisch. Seitdem ist eine Gebietsänderung im Küstensaum nicht eingetreten; die heutige Karte zeigt die in diesen Tagen festgelegten Grenzen.

Deutschland mußte also auf ein nicht unbeträchtliches Stück seines eben erworbenen Besitzes verzichten. Ein Mißerfolg der englischen Kolonialpolitik war damit aber doch verbunden: eine küstennahe Verbindung vom Norden zum Süden war England versagt, es blieb ihm nur das Gebiet nahe den großen Seen zur Erfüllung seines Wunsches. Aber auch hier legten ihm die Ereignisse unüberbrückbare Hindernisse in den Weg und nahmen ihm auch da jede Hoffnung auf einen innerafrikanischen Besitz. Daß es ein Deutscher war, der diese für England ungünstigen Ereignisse in Fluß brachte, trug nicht wenig zu einer nachhaltigen Spannung zwischen beiden Mächten bei.

Das für England nach seiner Abdrängung von der Sansibar gegenüberliegenden Küste wichtigste Gebiet war nunmehr das Land der Nilquellen und des oberen Nil einschließlich des Landstreifens zwischen dem Viktoriasee einerseits, dem Tanjanyika-, Kiwu- und Eduardsee andererseits, das ja noch nicht durch eine „Hinterwand" abgegrenzt war. Es bot sich also immer noch Gelegenheit zum Erwerb. Nun war in das von Gordon dem ägyptischen Sudan angeschlossene obere Nilgebiet seit 1878 Emin Pascha (Eduard Schnitzer) durch das Vertrauen Gordons berufen. Aber die im Anfang der achtziger Jahre im Sudan entbrannten Mhadistenaufstände schnitten ihn von jeglicher Verbindung mit Ägypten ab; an ein Durchschlagen war nicht zu denken. Und so blieb er denn, durch das Vertrauen seiner Truppen und der Eingeborenen gehalten, als unumschränkter Gebieter in Äquatorialafrika.

Das mußte England, das sich eben in Ägypten festgesetzt hatte (1882), ein Dorn im Auge sein. Ja, man konstruierte in England einen inneren Zusammenhang zwischen diesen südsudanischen Ereignissen und der durch Graf Pfeil und Dr. Peters erfolgten Festsetzung Deutschlands an der ostafrikanischen Küste; man fürchtete in England nichts Geringeres als einen künftigen Anschluß der südsudanischen Länder an das eben entstandene Deutsch-Ostafrika und damit eine Bedrohung Ägyptens und ein völliges Mißlingen seiner afrikanischen Pläne. Daß die in England angeblich zur Befreiung Emin Paschas ausgerüstete Expedition unter Stanleys Führung stark von politischen Erwägungen veranlaßt war, kann kaum einem Zweifel unterliegen. Emin Pascha wurde befreit, die von Peters in richtiger Erkenntnis der Lage unternommene Gegenexpedition kam zu spät. In England triumphierte man, aber der Jubel kam zu früh. Der Einfluß Emins und das Vertrauen, das er bei den Eingeborenen genoß, waren zu groß, als daß sie durch englische Winkelzüge hätten erschüttert werden können. Dazu kam die gleichzeitige Bedrängnis des eingeborenen Herrschers von Uganda durch Araber, der Peters sofort durch

Abschluß eines deutschen Protektoratsvertrages über Uganda zu begegnen suchte.

Von diesem Augenblick an kann die innerafrikanische Frage als gelöst betrachtet werden. Deutschland konnte mit dem Ergebnis zufrieden sein: das hauptsächlich umstrittene Gebiet westlich vom Viktoriasee bis zur Grenze des Kongostaates und zum Tanjanjika wurde deutsch (1888). Damit schwand für England auch die letzte Hoffnung auf einen innerafrikanischen Besitz zur künftigen Verbindung seiner nord- und südafrikanischen Interessengebiete. Alle späteren deutsch-englischen Verhandlungen, vor allem der unmittelbar folgende Vertrag von 1890, der ja England das Witugebiet, die Inseln Sansibar und Pemba endgültig zusprach, und der in England als eine schwere diplomatische Niederlage Deutschlands bejubelt wurde, konnten an der erreichten und ausschlaggebenden Tatsache der Verdrängung Englands aus Innerafrika nichts ändern. Es darf unumwunden zugestanden werden, daß Deutschland — freilich unbeabsichtigt —, das Verdienst hat, dem im Laufe der letzten Jahrzehnte immer stärker hervortretenden Drang Englands, ein großes britisches Afrikareich als Stütze seines „Indiameerreiches" (Kjellén) zu gründen, schon damals einen starken Riegel vorgeschoben zu haben. Aber auch nirgends sonst in Afrika hat Deutschland so glücklich jeden englischen Einspruch von sich abschütteln können, nirgends sonst ist Deutschland so beharrlich seinen Weg zum Ziel gegangen wie in Ostafrika. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß dieses Ergebnis neben dem hohen Verdienst Peters' den glücklichen Zeitumständen zu danken ist.

Wie weit deutsche Interessen im übrigen Afrika, d. h. außerhalb der deutschen Kolonialgrenzen, mit englischen zusammenstießen, braucht nicht näher erörtert zu werden. Es sind unerhebliche Zwischenspiele, die auf die Entwicklung der afrikanischen Kolonialpolitik beider Mächte ohne großen Einfluß geblieben sind. Weder in Ägypten noch in Abessynien ist es zu ernsteren Auseinandersetzungen zwischen beiden gekommen, und wie weit die portugiesischen Kolonien in geheimen Verhandlungen zwischen beiden Mächten eine Rolle gespielt haben, wird erst eine spätere Zeit erfahren. Nur die 1910 auftauchende Marokkofrage führte England gegen Deutschland auf den Plan, das darin sofort eine Gefährdung seiner Mittelmeerstellung witterte, vor allem wohl eine Gefährdung seiner „Verschlußstellung" an der Straße von Gibraltar. Wir können wohl mit gutem Gewissen sagen, daß wir so ausschweifende und unsinnige Pläne mit unsern berechtigten Wünschen nach gewissen Rechten in Marokko niemals verknüpft haben, wie sie im Hirne gebildeter Engländer damals entstanden. Strebten wir doch angeblich nach nichts Geringerem als nach der Herrschaft im Mittelmeer!

Die Gesamtheit des Verhältnisses deutscher und englischer Interessen in Afrika stellt sich also ungefähr so dar:

Deutschlands Kolonien sind vermöge der im ganzen glücklich, aber rücksichtslos arbeitenden englischen Politik untereinander getrennte Gebilde. Sie

entbehren der Vorteile eines einheitlich geschlossenen Kolonialreiches; keine Kolonie ist mit einer andern unmittelbar verbunden; zwischen alle schieben sich fremde Kolonialbestandteile ein, die ihrerseits dem deutschen Einflusse oder der deutschen wirtschaftlichen Betätigung fast völlig fernstehen. Dieser Mangel an Einheitlichkeit und Geschlossenheit erschwert eine einheitliche Regelung mancher kolonialer Fragen, erschwert vor allem die wirtschaftliche Ausnutzung der Kolonien; die von England erreichte Absperrung von allen größeren schiffbaren Strömen, besonders von den Eingangstoren der Meere her, von den Flußmündungen, macht sich für die Entwicklung des Warentransports nachteilig bemerkbar. In einem gewissen Gegensatz steht dazu das britisch-afrikanische Kolonialreich. Wenn auch bei ihm die Einheitlichkeit im Sinne einer unmittelbaren Verknüpfung aller Besitzungen nicht erreicht ist, so ist doch zweifellos schon durch die Größe der einzelnen Teile ein starkes Übergewicht bedingt. Dazu kommt, daß die beiden größten bereits im Bereich der gemäßigten Zone liegende Kulturgebiete sind und ihre Erzeugnisse die aller übrigen afrikanischen Gebiete überhaupt an Wert weit übertreffen. Vor allem aber ist durch die Erschließung des mehr oder weniger von britischem Gelde abhängigen Kongostaates wenigstens ein einheitliches britisches Wirtschaftsgebiet vom Kap bis Kairo nahezu vollendet. Besonders hat England der wirtschaftlichen Erschließung des Seengebiets, hier vor allem des reichen Bezirks Katanga, sein Augenmerk zugewendet. Die Absicht der Nordsüdverbindung wäre vollends erreicht, wenn England diese Gebiete dereinst auch politisch seinem Kolonialreiche angliedern könnte, ein Ziel, auf das England vor dem Kriege oft genug durch Einberufung einer neuen Kongokonferenz hinstreben wollte. Eine kleine statistische Übersicht sei erlaubt. Deutschland besitzt in Afrika vier voneinander völlig getrennte Besitzungen, England, wenn wir von den Inseln und kleineren Stützpunkten absehen, deren acht, also die doppelte Zahl; der Unterschied liegt aber nicht nur in der eben gekennzeichneten größeren Geschlossenheit der englischen Kolonien gegenüber den deutschen, sondern auch im erheblichen Größenunterschied, wie die auf der nächsten Seite folgende Zusammenstellung der Gebiete, der Größe nach geordnet, zeigt.

Zieht man nur die vier größten britischen Kolonien in Betracht, so bilden Englands afrikanische Hauptbesitzungen drei große Bruchstücke Afrikas — denn Ägypten hängt mit Britisch-Ostafrika unmittelbar zusammen — von denen jedes größer ist als die größte deutsche Kolonie. Ägypten und Südafrika allein, jedes für sich, ist erheblich größer als die Gesamtheit aller deutschen Kolonien zusammen.

Dazu kommt weiter, daß die englischen größeren Kolonien fast alle in ihren Grenzen abgeschlossene Landschaftsgebiete umschließen: Ägypten und der ägyptische Sudan das Gebiet des Nils, Nigeria das des unteren Niger und Benue; ebenso bilden Britisch-Ost- und Südafrika in sich ein einheitliches Ganzes. Bei den deutschen Kolonien trifft das nur für Deutsch-Ostafrika zu.

Deutschland			England		
	Quadrat-kilometer	Einw. in Millionen		Quadrat-kilometer	Einw. in Millionen
Deutsch-Ostafrika . . .	995 000	7,5	[Ägypten*)	3 543 800	14,3]
Deutsch-Südwestafrika	835 000	0,09	Britisch-Südafrika**) .	3 222 900	9,2
Kamerun	790 000	2,5	Britisch-Ostafrika***) .	1 102 000	5,4
Togo	87 200	1,0	Nigeria	868 900	17,1
			Goldküste	207 700	1,5
			Somaliland	176 100	0,3
			Sierra Leone	83 160	1,4
			Gambia	9 373	0,15
	2 707 300	11,09		9 233 933	49,35

Nehmen wir einmal an, die vier deutschen Kolonien seien selbständige staatliche Gebilde im völkerrechtlichen Sinne, so würde ihr erstes und ihre Lebensfähigkeit bedingendes Bestreben sein, ihre Grenzen so zu verlegen, daß sie möglichst in sich geschlossene, durch die natürliche Gestaltung der Erdoberfläche gegebene Landschaften umschließen. Wollte man ihnen auf Grund einer solchen natürlichen Landschaftsgliederung diejenigen Gebiete des Erdteils zuweisen, die im Anschluß an die jetzt bestehende Abgrenzung als natürliche Landschaftsgebiete mit hinzugezogen werden müßten, so dürfte ihnen etwa folgende Umgrenzung zukommen (wobei die durch die Kameruner „Fühlhörner" gekennzeichneten territorialen Wünsche berücksichtigt werden müssen):

Zu Togo gehört mindestens das ganze linke (östliche) Voltaufer, wodurch die Kolonie Anteil an der Flußschiffahrt bis zur Mündung und damit einen vorzüglichen Ausfuhrweg erhalten würde.

*) Ägypten ist, obgleich völkerrechtlich immer noch zur Türkei gehörig, als englische Kolonie anzusehen: { Oberägypten . 994 300 Quadratkilometer; Sudan . . . 2 549 500 „

**) Als zusammenhängendes Gebiet bestehend aus:

	Quadratkilometer	Einw. in Mill.
Südafrikanische Union .	1 225 280	6,0
Basutoland	26 658	0,4
Betschuanaland . . .	712 200	0,1
Rhodesia	1 138 450	1,6
Swasiland	17 170	0,1
Njassaprotekt.	103 080	1,0
	3 222 838	9,2

***) Bestehend aus:

Britisch-Ostafrika . . .	523 200	2,6
Ugandaprot.	578 800	2,8
	1 102 000	5,4

(Sämtl. Zahlen nach Gothaischem Hofkal. 1914.)

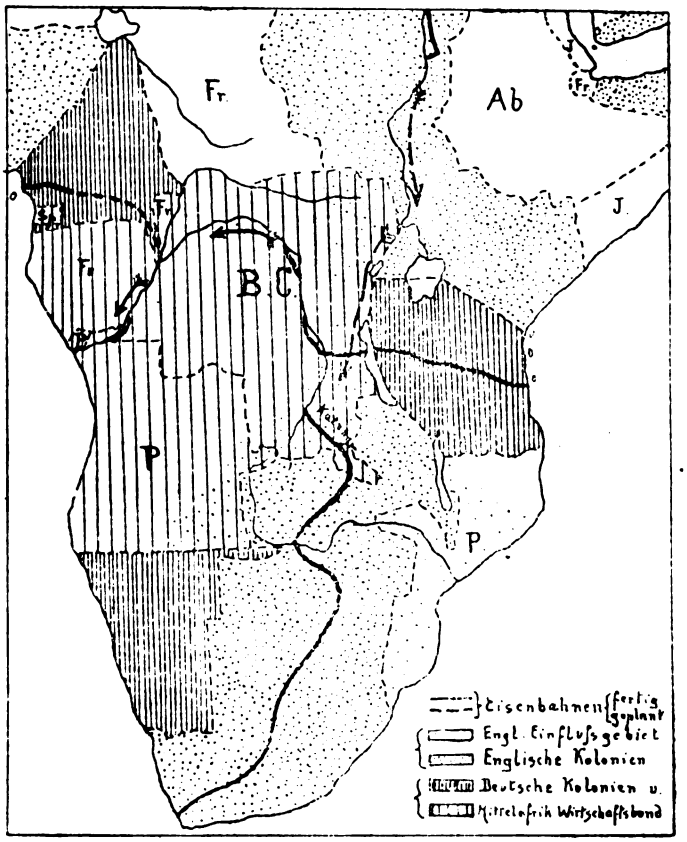
Die jetzige völlig willkürliche Nordwestgrenze Kameruns liegt am Westhange der Kamerunberge bereits im Gebiet des Nigerbeckens. Da sie einmal über den Hauptzug des Gebirges hinausverlegt ist, wodurch der Wunsch der Anteilnahme am Nigergebiet gekennzeichnet ist, so müßte sie folgerichtig noch weiter nach Westen vorgeschoben werden, mindestens bis an das linke Ufer des Kroßflusses und des Benue, wenn nicht bis an den Niger selbst. Die jetzt bestehende Abtrennung von Jola und die politische Teilung des einheitlichen Bornu am Tsadsee ist vom geographischen Standpunkt völlig ungerechtfertigt.

Die „Kongobecken-Fühler" sind gänzlich ungeographische Gebilde; sowohl das zwischen beiden als auch das zwischen dem westlichen „Fühler", dem Meere und dem Kongo gelegene Gebiet gehört landschaftlich zu ihnen, ebenso wie das willkürliche mathematisch umrissene Spanisch-Guinea.

Deutsch-Südwestafrika hat durch den Caprivizipfel Anteil an dem ihm völlig wesensfremden Sambesigebiet. Da dieses Gebiet heute politisch ohne Bedeutung ist, wirtschaftlich aber ganz andern Charakter trägt als die Kolonie selbst, würde ein gänzlicher Verlust dieses Zipfels von keiner Bedeutung sein. Gibt man aber dem nach Osten verlangenden Drängen nach, so dürfte das gesamte Njamiseebecken mit voller Berechtigung dem Caprivizipfel angeschlossen werden. Daß die politische Selbständigkeit eines so kleinen Gebietes wie das der Walfischbai und die der küstennahen Inselchen allen geographischen Grundsätzen widerspricht, ist zweifellos. Ähnlich liegen die Dinge bei Deutsch-Ostafrika. Auch hier gehören die jetzt politisch vom Küstengebiet gelösten Inseln zu diesem, während sonst die Kolonie in ihren heutigen Grenzen ein ziemlich einheitliches Bild darbietet.

Ich habe oben bereits angedeutet, daß es England in Afrika geglückt ist, einen ziemlich ganz von ihm abhängigen Wirtschaftsbund zusammenzubringen. Die den südenglischen Kolonien benachbarten portugiesischen Besitzungen sind durch englisches Geld und englische wirtschaftliche Erschließung bei der gleichzeitigen politischen und finanziellen Abhängigkeit ihres Mutterlandes von England so völlig anglisiert, daß man sie heute ruhig als englische Schutzgebiete, ähnlich etwa wie das vergewaltigte Ägypten, ansehen kann. Wenn auch im Kongostaat französische Gesellschaften einen erheblichen Anteil der wirtschaftlichen Ausbeutung in Händen haben, so kann doch der dem Seengebiet benachbarte Teil unbedingt diesem zwar völkerrechtlich nicht sanktionierten, aber doch in der Tat bestehenden britisch-afrikanischen Wirtschaftsbunde angegliedert werden. Auf diese Weise hat England doch schon im gewissen Sinne die territorialen Voraussetzungen seines Planes einer innerafrikanischen Verbindung vom Kap zum Nil erreicht. Wie stark die Abhängigkeit des Kongostaates von England ist, zeigt der Bau der großen britischen Überlandbahn vom Kap zum Nil, die bereits die britisch-belgische Grenze überschritten hat, in Katanga bis mitten ins Herz Afrikas eingedrungen ist und bei Bukama ihren Anschluß an den Kongo erreicht hat. Von Norden her reckt sich der Schienenstrang bis in das Gebiet des mittleren

Nil entgegen; zwei Drittel der großen, in erster Linie politischen Zwecken dienenden Überlandbahn sind fertig gestellt. Schneller als zu wünschen ist, kann das fehlende Drittel unter Zuhilfenahme von Flußstrecken und Seen die volle Verbindung von Alexandria bis Kapstadt vollenden, eine Krönung der Beharrlichkeit, mit der England seinen imperialistischen Plan eines britischen Afrikareiches verfolgt hat.



P = Portugiesisch, Sp = Spanisch, Fr = Französisch, I = Italienisch, B.-C. = Belgisch-Congo, Ab = Abessinien. Die Pfeile bezeichnen die Richtungen der fehlenden Bindeglieder der Verkehrslinien.

Aber dieses britische Afrikareich ist nicht nur deshalb eine Gefahr, weil es Englands Weltmacht zu einer Weltherrschaft, um nicht zu sagen Weltknebelung erweitert, sondern auch deshalb, weil damit in dem fast einzigen Gebiet der Erde, das der freien Betätigung anderer Nationen noch übrig geblieben ist, diese Betätigung einer dauernden englischen Aufsicht, also einem Zwange unterstehn. Es liegt im Interesse aller Nationen, die Anteil an Afrikas Boden haben, die politische Verwirklichung des englischen Planes zu hindern und die wirtschaft-

liche Macht Englands in Afrika nicht noch weiter um sich greifen zu lassen. Noch schieben sich als selbständige politische Gebilde Belgisch-Kongo und Deutsch-Ostafrika zwischen Kap und Kairo. Das politische Ziel für England steht demnach fest: eines von beiden zu beseitigen, Deutsch-Ostafrika mit Gewalt oder Belgisch-Kongo, durch wirtschaftliche Knebelung gefügig gemacht, durch Verträge. Eines muß nach Englands Meinung zum Ziele führen, je nach dem die Gelegenheit sich bietet. Ein für England glücklicher Ausgang des Krieges würde voraussichtlich diesen Wunsch zur Erfüllung bringen, ja England hätte voraussichtlich die Genugtuung, beides auf einmal zu erreichen: Deutsch-Ostafrika als Eroberung und einen seinen Wünschen entsprechenden Teil von Belgisch-Kongo aus Dank für das tapfere Eintreten zugunsten der so schnöde von uns verletzten belgischen „Neutralität". Mit Begleichung dieser so einfachen, in England wohl allgemein anerkannten Rechnung würde Englands imperialistische Politik ihre höchsten Triumpfe feiern — auf Kosten und zum Hohne der englischen Verbündeten freilich. Es ist begreiflich, daß England angesichts dieses hohen Zieles seine ganze Kraft für ein glückliches Ende des Krieges zu seinem Gunsten einsetzt; denn mit Englands Niederlage würde der Gedanke eines britischen Afrikareiches mit einem Schlage voraussichtlich für immer vernichtet sein.

Wie sicher aber England schon während des Krieges seiner Sache ist und wie weit es sein imperialistisches Ziel eines Afrikareichs schon verwirklicht sieht, zeigt der oben erwähnte am 24. Februar 1915 von Johnston gehaltene Vortrag über die künftige Gestaltung Afrikas. Wenn ich hier einige Worte darüber einschalte, so geschieht es, weil der Inhalt sich im wesentlichen mit ähnlichen Betrachtungen beschäftigt, wie sie die vorliegenden Abschnitte bieten, vor allem aber deshalb, weil dieser Vortrag ein krasses Beispiel dafür ist, mit welchem Neid England jeden deutschen Fortschritt verfolgt, mit welchen verwerflichen Mitteln es arbeitet, mit welcher Heuchelei es jahrzehntelang zu täuschen wußte. Ist doch der Satz recht bezeichnend, der im Anfang jener Betrachtungen steht: „Wir taten, was in unsern Kräften stand, um Deutschland den Weg für seine kolonialen Bestrebungen zu ebnen!" Die Ausführungen dieses Vortrages fallen um so schwerer ins Gewicht, als sie von einem sonst so klarschauenden und urteilsfähigen Manne stammen wie Sir Harry Johnston und vor dem Forum einer so angesehenen Vereinigung, wie die Königliche geographische Gesellschaft in London ist, gesprochen sind. Es wäre freilich nutzlos und zeitverschwendend, auch nur zu versuchen, diesen Wust von unsinnigen, heuchlerischen Phrasen zu widerlegen. Aber es lohnt sich im Zusammenhange der gegenwärtigen Betrachtungen, das mit so außerordentlicher Sicherheit von Sir Johnston vorausgeahnte Ergebnis des Krieges in Afrika mit einigen Worten zu streifen.

Dem Vortrag sind drei Karten beigegeben: Nr. 1: „Die politische Karte von Afrika im Juli 1914", Nr. 2: „Wie Afrika im Jahre 1916 ausgesehen haben könnte", Nr. 3: „Wie Afrika nach Beendigung des Krieges voraussichtlich aussehen wird." Nur die beiden letzten kommen hier in Betracht.

Wie stellt sich nun in den Köpfen der Engländer — denn man darf wohl die Ansichten eines so gebildeten und sachkundigen Mannes ruhig verallgemeinern — die künftige Gestaltung Afrikas dar, vor allem, wie weit wäre auf Grund der beiden Kartenbilder der Plan des britischen Afrikareiches verwirklicht worden?

Die Darstellung der Karte: „Wie Afrika im Jahre 1916 ausgesehen haben könnte" geht von der Voraussetzung aus, daß „Deutschland, anstatt Europa einen Krieg aufzuzwingen, die mit den Westmächten bereits versuchsweise eingeleiteten Unterhandlungen zum Abschluß gebracht hätte". Dann wäre — soweit Deutschland in Betracht kommt — „Frankreich wahrscheinlich einverstanden gewesen, auf ganz Französisch-Kongo (und das Vorkaufsrecht auf Belgisch-Kongo) . . . zu verzichten, wenn Deutschland Metz und das französisch sprechende Lothringen zurückgegeben und Luxemburg aus dem deutschen Zollverein entlassen hätte. . . Belgien hätte sicher gegen einen kleinen Teil von Französisch-Loango Deutschland das gesamte Kongobecken verkauft, wenn sich Deutschland seinerseits einverstanden erklärt hätte, auf jedes Anrecht auf das Großherzogtum Luxemburg zu verzichten, wodurch sich dieses Land dem politischen Einfluß und dem Schutz Belgiens genähert haben würde. . . Großbritannien hätte einer Erweiterung der deutschen Kolonien nichts in den Weg gelegt, vorausgesetzt, daß sein besonders großes Interesse an Katanga anerkannt und ihm durch Gewährung einer direkten Verbindung zwischen Uganda und dem Nordzipfel des Tanjanjikasees der Kap-Kairo-Weg zugesichert worden wäre. . . Gleichzeitig wäre es England möglich gewesen, Deutschland als Dank für die Verbindung die Insel Sansibar zu überlassen. Und ein Teil des Caprivizipfels wäre gegen die Walfischbucht ausgetauscht worden. . . Unter solchen Umständen hätte sich Portugal vielleicht durch finanzielle Bedenken dazu bewegen lassen, Süd-Angola an Deutschland zu verkaufen oder abzutreten." Deutschland selbst hätte zur Abrundung „nur" das kleine Gebiet zwischen Viktoria- und Tanjanjikasee abzutreten brauchen.

Herrlich fürwahr, wenn man an die unbedingte Ehrlichkeit Englands glauben könnte! Deutschland hätte ein großes Kolonialreich haben können, wenn usw. Aber selbst dieses Unmögliche vorausgesetzt: Wie wäre Leistung und Gewinn verteilt gewesen? Belgien behält von seinem ehemaligen Besitz ein winzig kleines Stück, Frankreich verliert einen Teil seines Kongobesitzes (gewinnt in Europa allerdings sehr viel), Portugal wird nahezu um die Hälfte von Angola verringert. Und England selbst? Es tritt großmütig die für es völlig wertlose Walfischbai ab und bedingungsweise Sansibar, von dem England genau weiß, daß es nicht im entferntesten mehr die Bedeutung als ostafrikanischer Handelsplatz hat wie ehedem. Und der Gewinn? Alle diese Staaten sind von nun an mehr oder weniger von Englands Gnade abhängig, England selbst aber hat auf Kosten anderer, ohne erhebliche eigene Opfer das Ziel seiner afrikanischen Politik erreicht, indem es sich den Mantel der Groß-

mut umwarf; das winzige abgetretene Nordweststück Deutsch-Ostafrikas, Katanga und der Tanjanjikasee stellen eine ununterbrochene Verbindung vom Sudan nach Rhodesia, von Kairo zum Kap her*). England hat dem australischen und asiatischen Teil seines „Indiameerreiches" den afrikanischen hinzugefügt und seine Weltherrschaft von neuem gefestigt. Deutschland aber hätte mitten im Herzen seines „einheitlichen" Kolonialreiches dauernd einen englischen Dolch, der ihm das Leben bedroht. Aber John Bull triumphiert mit stolzer Miene: „Seht, was bin ich für ein ehrlicher Kerl! Meinem Feinde habe ich großmütig sein Afrikareich erhalten, ja sogar noch vergrößert! Nun sage noch einer, daß ich nicht ehrlich bin!"

Hätte England so, wenn Deutschland jemals so wahnsinnig gewesen wäre, den Absichten Englands nachzukommen, sein Afrikareich auf Kosten der kleineren Staaten, namentlich auf Kosten Belgiens durch Einstecken des Katangabezirkes erreicht, so hofft es nunmehr nach dem Kriege — wie die letzte Karte zeigt — dieses Ziel auf Kosten Deutschlands zu erreichen, dem natürlich nun alle Kolonien genommen werden. Daß alle — nur bei Kamerun ist eine Ausnahme gemacht — englisch werden, ist selbstverständlich. Kamerun soll großmütig mit Frankreich geteilt werden. Und wie gütig ist das mächtige England gegen Portugal und Belgien! Von ersterem wird es „das Stückchen Land erbitten (!), welches Britisch-Njassaland von dem schiffbaren Sambesi noch trennt", d. h. der oben gekennzeichnete Rückenstoß ist ausgeführt, Belgien aber kann „den unbequemen (!) Streifen des Bangeolo-Gebietes (d. h. einen Teil des reichen Katangagebietes) und das rechte Ufer des Semliki gegen einen besseren Zugang zum Albert-See und den Ufern des Kiwusees (die für afrikanische Verkehrspolitik keine Rolle spielen!) eintauschen." — Das britische Afrikareich ist der Lohn des Krieges, den England zum „Schutz" der kleinen Staaten begann. Und wie lange würde es dauern, bis die einzigen noch von diesem britischen Afrika umschlossenen Kolonien der kleineren Staaten verschwunden sind!? Portugiesisch-Afrika, Belgisch-Kongo, dann Italienisch-Ostafrika und endlich Abessinien sind die nächsten Opfer britischer Herrschsucht, müssen die nächsten Opfer sein, will England nicht plötzlich seinen politischen Plänen untreu werden.

Als Gegengewicht zu dieser imperialistischen Politik Englands in Afrika mit dem Ziele eines geschlossenen ostwestlichen Afrikareiches ist bereits vor dem Kriege die Anbahnung eines „afrikanischen Wirtschaftsbundes unter deutscher Führung" vorgeschlagen worden**).

*) Die Nachzeichnung der Johnstonschen Karte in Kjellén, „Die politischen Probleme des Weltkrieges", Leipzig 1916, S. 27, bringt leider diese außerordentlich wichtige Tatsache nicht klar zum Ausdruck, weil der Tanjanjikasee mit der deutschen Flächensignatur überdeckt ist, so daß dort die Trennung der britischen nord- und südafrikanischen Besitzungen durch deutsches Gebiet noch als Tatsache erscheint.

**) Hänsch, „Die Aufteilung Afrikas", Geogr. Zeitschrift 1912, S. 382ff; Dowe, „Afrika und die Europäer", Geogr. Zeitschr. 1913, S. 622ff.

Von ganz besonderer Bedeutung für ein derartig geschlossenes Wirtschaftsgebiet müßte sich die Fertigstellung des in der Ausführung stehenden ost-westlichen Überlandweges von Deutsch-Ostafrika durch Belgisch-Kongo nach dem Golf von Guinea erweisen. Die ostafrikanische Mittellandbahn, die belgische Lukugabahn, der Kongo und die seine Stromschnellen umgehenden Bahnen, sowie die Südkameruner Bahn sind berufen, in Zukunft die Glieder dieses großen Verkehrsweges zu werden, der das reiche Innerafrika an zwei Weltmeere anschließt*). Dieser durchgehende Verkehrsweg ist weniger problematisch als sein nordsüdliches Gegenstück der Kap-Kairobahn. Zudem wird er allen wirtschaftlichen Erfordernissen Innerafrikas viel eher gerecht, weil der Abtransport der Erzeugnisse nach Ost oder West erheblich kürzer, schneller und daher billiger sich vollzieht als auf der in viel stärkerem Maße politische Absichten zur Schau tragenden Kap-Kairobahn.

Ob freilich dieses an sich wünschenswerte Ziel eines deutsch-afrikanischen Wirtschaftsbundes, das einen bei der Erwerbung Neukameruns in optimistischen deutschen Kolonialkreisen auftauchenden Gedanken eines deutschen Mittelafrika fast verwirklichen würde, überhaupt jemals zu erreichen ist, bleibt abzuwarten. Hier ist auch mehr als je der Wunsch der Vater des Gedankens. Vielleicht bringt aber ein für uns glücklicher Krieg dennoch eine Lösung, die dem angedeuteten Gedanken immerhin nahe kommen könnte; die Hineinzerrung Portugals in den Krieg kann für die künftige politische Gestaltung Afrikas nicht ohne Bedeutung bleiben.

*) Seine Bedeutung für unsere Kolonialpolitik und -wirtschaft würde hinfällig sein, würde das von Delbrück erörterte Programm des Austausches Deutsch-Ostafrikas gegen englische westafrikanische Kolonien verwirklicht worden sein (Über die Ziele unserer Kolonialpolitik, Preußische Jahrbücher 1912, Märzheft).

Die altdeutsche Malerei als Kulturproblem

Von Dr. R. Schacht

Die spontane d. h. nicht durch Notwendigkeiten des wissenschaftlichen Ausbaus bedingte Wahl neuer kunstgeschichtlicher Forschungsgebiete läßt stets mit Sicherheit auch auf eine ihr zugrunde liegende Wandlung des Zeitgeistes in künstlerischer Hinsicht schließen. Und wenn nach jahrzehntelanger Pause binnen weniger Jahre auf einmal drei zusammenfassende Werke über altdeutsche Malerei erscheinen, denen dann noch eins über die altdeutsche Plastik an die Seite tritt, so muß das nachdenklich stimmen. Es deutet darauf hin, daß man in der altdeutschen Malerei etwas Neues sieht, sich auf Grund veränderter künstlerischer Anschauungen anders zu ihr einstellt, sie anders und — das versteht sich wohl von selbst — höher wertet. Damit zugleich ist gegeben, daß man die Kunstepoche, die vorher im Mittelpunkt des Interesses stand, die Renaissance, in der subjektiven Achtung sinken läßt. Man kann diese Umwertung in der Kunstgeschichte schrittweise verfolgen. Ihre heute lebenden älteren Vertreter haben, bis auf die Spezialforscher, die es natürlich immer gegeben hat, alle das Erbe jener Generation angetreten, die sich am schlagendsten in dem Namen Hermann Grimms zusammenfassen läßt, alle haben über irgendeinen großen Meister der italienischen Renaissance gearbeitet, alle erblickten in der Renaissance einen Gipfelpunkt der Entwicklung, und der große Erfolg von Wölfflins schönem Buch über die „Klassische Kunst“ ließ erkennen, daß auch das große Publikum willig den Führern folgte.

Nun aber ist zweierlei auffällig. Einmal, daß kein neuer Raffael geschrieben wurde, der doch die im ersten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts lebendigen Tendenzen zusammenfaßt wie kein anderer, und zweitens, daß das folgende größere Werk Wölfflins — Dürer behandelte. Diese beiden Tatsachen deuten darauf hin, daß man das „Klassische“ nicht im Sinne des Klassizismus, dem gerade Raffael als das Höchste gegolten hatte, ansah, sondern etwas anderes suchte. Man sehnte sich — auf jeder Seite von Wölfflins „Klassischer Kunst“ ist das zu spüren — nach Klarheit der Anschauung, nach beruhigter Fülle der Empfindung, nach reifer Größe, aber man wollte den machtvollen Impuls, den lebendigen Drang der Persönlichkeit nicht aufgeben. Nicht der ruhig erntende, zusammenfassende, in der Handschrift aber leicht unpersönlich werdende Raffael, sondern der eigenwilligste Geist des Zeitalters, Michelangelo,

wurde der Hauptheld der Kunstgeschichte (Frey, Justi, Makowsky, Steinmann, Thode), er, der Persönlichkeit und Meisterschaft, den Furor des Temperaments und die Beruhigung der Gestaltung, die Beherrschung der Form und die Kraft zur Weiterentwicklung besaß. Die Vorliebe für den Meister ging sogar so weit, daß sich die Forschung dem Barock, also der von Michelangelo eingeleiteten Kunstepoche, zuwandte. Hier aber geriet man ins Fremde, nicht mehr allgemein Erfaßbare, und es ist bezeichnend, daß Wölfflin, der, wie man annehmen muß, gleich allen bedeutenden Köpfen, seine Bücher aus persönlichem Bedürfnis heraus schrieb, die Ergänzung zur klassischen Kunst in — Dürer suchte.

Nun hat man aber Wölfflin von verschiedenen Seiten — weniger öffentlich als privatim — den Vorwurf gemacht, daß sein Dürerbuch dem Gegenstand nicht ganz gerecht wird. Wölfflin hat selbstverständlich ein starkes und zugleich geschärftes Gefühl für den Wert der Persönlichkeit, aber sein kritischer Standpunkt liegt doch ganz auf dem Boden der klassischen Kunst. Er ist keineswegs blind dagegen, daß in manchen ungelenken, im klassischen Sinne unausgereiften Werken mehr Werte stecken als in anderen, in denen Dürer unfrei die Renaissance einfach zu kopieren sucht. Aber vollendet ist ihm der Künstler Dürer doch erst, wenn er durch die Schule der klassischen Kunst hindurchgegangen ist, das Problem der „klassischen" Vollendung im Werke Dürers reizt den Meister im Analysieren des klassischen Kunstwerkes mehr als das Problem der Menschwerdung Dürers, der Organisation des Künstlers im ganzen und von innen heraus. Das Buch ist und bleibt ein gutes und sehr lehrreiches Buch, aber es ist unvollständig. Vielleicht reizte es jedoch gerade deshalb zur Nachfolge. Denn nun erst wurde der Weg frei für eine Reihe populärer Veröffentlichungen, der Bilderwerke der Verlage Fischer und Francke und Langewiesche. Zugleich aber fiel damit neues Licht auf die Schule der altdeutschen Malerei, aus der Dürer herauswächst (nicht als Krönung, sondern nur als eines von vielen Ergebnissen!). Der erste, der hier Zusammenfassung der reichen Einzelforschung versuchte, war der Wölfflinschüler E. Heidrich (Die altdeutsche Malerei, Jena, Diederichs 1909). Ihm kam es vor allem darauf an, ein größeres Publikum für diese Dinge zu gewinnen, weshalb, sehr verständig, die kulturellen und künstlerischen Grundlagen der altdeutschen Malerei dargelegt, ihre Härten erklärend entschuldigt, die Bestrebungen der einzelnen Meister erläutert werden. Aber das Ganze klang doch in Dürer und Holbein aus, hier war die Vollendung, alles andere war nur Vorbereitung.

Einen Schritt weiter ging dann F. Burger (in dem an dieser Stelle schon wiederholt genannten „Handbuch der Kunstgeschichte", Berlin-Neubabelsberg, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion. Erscheint in Lieferungen). Er wandte sich in der Einleitung gegen diese Übereinanderordnung von deutschem Quattrocento und italienischer Renaissance und versuchte, leider in höchst unklar formulierender, von nicht immer begründeten aber hitzig ergriffenen Einfällen unheilvoll beeinflußter Weise, die die Wirksamkeit seiner Ergebnisse nur allzu

häufig wieder in Frage stellte, das Eigenleben der deutschen Kunst aus einem besonders gearteten, auch in der Renaissance im Kerne selbständig bleibenden Lebensprinzip zu erklären. Damit erst war der Standpunkt Wölfflins, der übrigens nicht genannt wurde, grundsätzlich aufgegeben. Einen Bundesgenossen bekam Burger in dem ungleich bedeutenderen, solide arbeitenden und klar gestaltenden Pinder, dessen im gleichen Handbuch erschienene Einleitung zur altdeutschen Plastik (leider alles, was bisher erschienen ist), jeder lesen sollte, dem an der Erfassung der altdeutschen Kunst gelegen ist. Hier erst wird die anders geartete Lebensorganisation der altdeutschen Kunst mit der nötigen Schärfe und Klarheit herausgearbeitet, hier erst eine nach den Gesichtspunkten der Renaissance entstehende Ordnung ausdrücklich abgelehnt.

Eine derartige Stellungnahme vermißt man in dem jüngst erschienenen, doch schon vor dem Kriege im wesentlichen abgeschlossenen Werke E. Glasers (Zwei Jahrhunderte deutscher Malerei, F. Bruckmann, A. G., München 1916) durchaus. Das ist ein Mangel, weil wir in diesen Dingen, wie wir gleich sehen werden, zur Klarheit kommen müssen, aber es wäre objektiv unrecht, dem Verfasser daraus einen Vorwurf machen zu wollen. Denn verhängnisvollerweise sind die Dinge auf diesem Gebiete alles eher als spruchreif. Glaser selbst ist sich bewußt, daß es etwas sehr Bedenkliches hat, die altdeutsche Tafelmalerei einer gesonderten Betrachtung unterziehen zu wollen. In der Tat lassen sich auf dem Gebiete der altdeutschen Kunst die einzelnen Zweige kaum trennen. Tafelmalerei, Wandmalerei, Buchillustration, Glasmalerei, die graphischen Künste, die Skulptur, weiterhin auch die Baukunst haben sich während dieser Zeit in so weitgehender Weise gegenseitig beeinflußt, daß es fast unmöglich ist, einen einzelnen Kunstzweig aus dem Zusammenhang herauszulösen.

Das Problem wäre also eigentlich, eine Geschichte der altdeutschen Kunst zu schreiben. Diese Aufgabe, nach deren Erfüllung der Zeitgeist auch unabhängig von der durch den Krieg erstarkten Einstellung auf das Nationale verlangt, wird vor der Hand kaum gelöst werden können. Nicht nur weil das Material weit verstreut, die Spezialliteratur fast ins Unübersehliche angeschwollen ist, sondern zugleich wegen der inneren Schwierigkeiten. Denn — um allein bei der Malerei zu bleiben — nicht so klar offenbart sich innerhalb der deutschen Grenzen der Kunstwille des einzelnen, die Entwicklung der Gesamtheit, wie das beispielsweise in Italien der Fall ist. Zwei Jahrhunderte lang hat hier das einzige Florenz die unbestrittene Führung, die Gesamtentwicklung ist klar und logisch, das Wirken des einzelnen übersichtlich und leicht abzugrenzen, Einflüsse vom Ausland fehlen so gut wie gänzlich. In Deutschland haben wir mindestens drei Kunstzentren, Prag, Köln und Nürnberg, von denen keins unbedingt als führend anzusehen ist, neben denen aber eine Menge Kunstkreise als gleichberechtigt aufkamen (Westfalen, Basel, Salzburg, Ulm, dann die einzelnen Meister: in Nördlingen Herlin, in Tiefenbronn Moser, in Hamburg Franke und Bertram, in Augsburg später Holbein.) Die Entwicklung ist vulkanisch, Aufgaben von Jahrzehnten werden in

stürmischem Ergreifen vorweggenommen, Rückständiges steht unvermittelt, oft auf derselben Tafel neben Fortschrittlichem, fremdländische Einflüsse schieben ihre Wellenkreise auf schwer zu scheidende Weise durcheinander und scheinen stellenweise das Bodenständige völlig zu verdrängen, und der lebhafte Wandertrieb eines unausgereiften Volkes trägt Verschiedenartigstes zusammen, Unverarbeitetes neben Formelhaftem, Unverstandenes neben Eigenwilligem, Angelerntes neben Triebhaftem. Und keine Chronik hilft das Chaos klären, die Hände scheiden, die anders wie in Italien, wo die stilistische Disziplin auch im größten Atelier noch zu spüren ist, oft unvermittelt nebeneinander arbeiten. Der einzige Wohlgemut ist noch heute ein nicht völlig geklärtes Problem, vom jungen Dürer zu schweigen. Aus alledem ergibt sich ein überaus mühsames Arbeiten, die Notwendigkeit ständiger Selbstkontrolle, vorsichtigen Tastens, großer Klarheit der Auffassungs-, sicherer Beherrschung der Darstellungsgabe.

Dennoch — die Aufgabe wird irgendwie gelöst werden müssen, denn das Problem der altdeutschen Kunst ist ein Zeitproblem, seine Darstellung mußte sich zu einer Darstellung des deutschen Geistes auswachsen. Gewiß sind die Deutschen des 20. Jahrhunderts nicht mehr die gleichen wie die des 15., aber die künstlerischen Tendenzen, die Schwächen und Stärken sind fast ganz die gleichen geblieben und es gibt kein Volk in Europa, das sich auf künstlerischem Gebiete im Kern seines Wesens seit dem 15. Jahrhundert so gleich geblieben ist wie das deutsche. Und gerade weil wir das Bedürfnis haben, zur Klarheit über uns selbst zu kommen, im 15. Jahrhundert uns aber wie in einem Spiegel sehen können, deshalb wird das Problem von allen Seiten so eifrig angepackt. Es handelt sich nicht um einen Wettbewerb der Kunsthistoriker, die Bewegung ist noch auf einer ganzen Reihe von andern Gebieten zu belegen. So verlangt die Pädagogik immer dringender die Abkehr von der Renaissancebildung, die Germanistik ist gegenüber der alten Philologie zu einem mindestens gleichberechtigten Kulturfaktor geworden, in der Kunst macht sich ein verändertes Leben bemerkbar, ein ungestüm Elementares, das zur Form strebt aber das Brennende der Intuition nicht lassen will, nach allen Fernen, nach allen Sternen greift und doch sein Ich höher fühlt, Rasenstück und Apokalypse, das Kaninchen und den reitenden Tod nebeneinander sieht, in den Dingen neue Gesetze spürt und das Kunstwerk auf neue Art organisieren will.

Solches Nebeneinander deutet einen Zeitwillen an, dem sich schulmeisternde Bedenklichkeit vergeblich in den Weg stellen wird. Es ist ganz klar, daß mit dem Neuen vieles von dem bewährten Alten aufgegeben wird, aber in welcher Entwicklung ist das nicht der Fall? Deutschland ringt um sein eigenes Wesen. Ein guter Teil dessen, was man auf dem Gebiet der Malerei Expressionismus genannt hat, was aber in allen Künsten, ja sogar in der wissenschaftlichen Methode und in der Philosophie deutlich wahrnehmbar ist, ist der Ausdruck dieses Ringens. Denn der Expressionismus ist nicht, wie verärgerte Spießer glauben, eine ausländische Erfindung, sondern eine internationale Erscheinung

von der es ganz gleichgültig ist, wo sie zuerst nachgewiesen werden kann, die jedoch nicht kosmopolitisch orientiert, sondern auf Ausprägung des Besonderen, Nationalen, gerichtet ist.

Schwer und gefährlich ist es, aus historischen Beispielen Prophezeiungen herzuleiten. Aber es ist möglich — so vieles auch wirklich und mehr noch scheinbar dagegen spricht —, daß damit eine neue Periode geistiger deutscher Weltbeherrschung beginnt. Denn während die anderen Völker, nur wenn sie sich selber konstituierten, sich zu geistigen Weltbeherrschern auswuchsen, haben die Deutschen die Führung gehabt, wenn sie internationale Bewegungen als Werkzeug zum Ausdruck ihres eigenen Wesens benutzten: Holbein, der europäischen Ruf hatte, die Renaissance, Luther die Reformation, Goethe Romantik und Klassizismus. Wer weiß, wie stark vor dem Kriege der deutsche Einfluß auf geistigem Gebiet in Frankreich und Italien war, der wird die Möglichkeit einer neuen deutschen Weltherrschaft auf geistigem Gebiete nicht von der Hand weisen. Denn gegen geistige Einflüsse helfen weder Verordnungen noch Absperrungen, und auch der ausgesprochenste Chauvinismus kann geistige Zusammenhänge nicht lösen.

Aus solchen Gedankengängen heraus wird man an dem Buche Glasers wenig Genügen finden. Es ist eine fleißig und nicht unselbständig verarbeitende Darstellung, aber es fehlt ihr durchweg an Plastik. Wer für die Florentiner Apostelköpfe Dürers kein Wort hat und den Holzschuher in einer Zeile abtut, wem vor der Madonna des Bürgermeisters Meyer „alle Begriffe verstummen", beweist damit, daß eine Darstellung der altdeutschen Malerei über seine Kraft geht. Wohl fehlt es nicht an einzelnen guten Beobachtungen und Bemerkungen, aber sehr vieles ist allzu oberflächlich (auch im Stil!) behandelt, anderes wieder mit im Zusammenhang gleichgültigen Einzelheiten überladen, und dem Ganzen fehlt der klar gliedernde Überblick und vor allem der selbständige Standpunkt zum Problem überhaupt; mit den äußeren Kriterien des klaren Stehens, Greifens, Sitzens, der räumlichen Klarheit, mit Renaissancekriterien also, wird man der altdeutschen Kunst heute nicht mehr gerecht. Es galt die Dinge einem großen mit den Originalen viel zu wenig bekannten Publikum, für das die zahlreichen beigegebenen auch weniger Gekanntes berücksichtigenden Abbildungen sehr häufig weder groß noch scharf genug sind, nicht nur zugänglich, sondern vor allem lebendig zu machen, und das ist dem im übrigen als tüchtiger Forscher bekannten Verfasser nicht gelungen.

Neue Bücher

Öſterreichiſche Bibliothek. Nr. 7: Fürſt Friedrich zu Schwarzenberg, Bilder aus Alt-Öſterreich; Nr. 8: Abraham a Santa Clara, Auswahl aus ſeinen Schriften; Nr. 9: Beethoven im Geſpräch; Nr. 10: Radetzky, Autobiographiſche Schriften; Nr. 11: Auf der Südoſtbaſtion unſeres Reiches von Robert Michel; Nr. 12: Anton Wildgans, Öſterreichiſche Gedichte 1914/15: Nr. 13: Comenius und die Böhmiſchen Brüder. Im Inſel-Verlag zu Leipzig. In Pappe geb. je 60 Pf.

Die neuen Bändchen der vor einiger Zeit hier (74. Jahrg., Nr. 47) angezeigten „Öſterreichiſchen Bibliothek", deren Herausgabe Hugo von Hofmannsthal leitet, entſprechen den Hoffnungen, die die Sammlung bei ihrem erſten Erſcheinen erweckte. Lebendige Vielſeitigkeit und ſachliche Gediegenheit kennzeichnen die Auswahl, die volkstümlich-lehrreich für alle Kreiſe iſt. Gerade bei uns in Norddeutſchland erfreut ſich die öſterreichiſche Kriegs- und Kulturgeſchichte einer bedauerlichen Fremdheit. Welcher Reichsdeutſche weiß beſtimmteres aus dem Leben des Fürſten Schwarzenberg, der die „für Europas Freiheit kämpfenden Scharen" auf den Ebenen Leipzigs 1813 zum Siege führte, oder aus dem Leben des vielgenannten Radetzky? Selbſt ſehr viele Deutſch-Öſterreicher ſtehen dieſen ihren Führern aus großer Zeit fern, kennen weder ihr Leben noch ihre Perſönlichkeit, wie der Reichsdeutſche etwa das Schickſal und die Erſcheinung Blüchers oder Moltkes. Hier bietet nun die „Öſterreichiſche Bibliothek" zwei Handbüchlein, die durch die Kennerſchaft von Helene Bettelheim-Gabillon und Ernſt Molden vortrefflich in der Feldherrn Sein und Wirken einführen und durch gute Literaturangaben anleiten, weiter in das Leben Alt-Öſterreichs einzudringen. Alt-Öſterreich: Beethovens Geſtalt erſcheint unlöslich mit ſeinem Bilde verknüpft; Felix Brauns Feinſinn wählte aus verſchiedenen Beethoven-Biographien, aus den Briefen des Meiſters, aus zeitgenöſſiſchen Aufzeichnungen, Erinnerungen uſw. reiche, farbige Schilderungen des Menſchen und Künſtlers, formte ſie zu einem wertvollen Bilde der Perſönlichkeit Beethovens im Reiche der Muſik und des Geiſtigen. Noch weiter zurück in Öſterreichs Vergangenheit führen die Bändchen über „Comenius und die böhmiſchen Brüder" und über Abraham a Santa Clara. Was Comenius und ſeine Anhänger für Öſterreich bedeuteten und noch bedeuten, was Comenius der Welt gegeben hat, ſtellt Friedrich Eckſtein in ſeiner Einleitung, mit Worten Herders über Comenius, durch eine Auswahl aus den Schriften des großen Pädagogen, Philoſophen und Theologen plaſtiſch dar, während Richard von Kralik vor allem Abraham a Santa Clara ſelbſt ſprechen läßt und zwar mit wirkungsvoller, erzieheriſcher Beziehung zum Kriegsleben unſerer Gegenwart. Sie lebt vor uns auf in Robert Michels farbenbunten, fein ziſelierten Zeichnungen „auf

der Südostbastion unseres Reiches"; Serajewo, Banjaluka, Jajce, Mostar — die ganze Herzegowina, jetzt wieder mehr denn je „aktuell" — erfährt durch Michel eine künstlerisch zu bewertende Abschilderung auf Grund einiger soldatischer Dienstjahre in jenem Wetterwinkel, von dem Michel auch ein paar nette Anekdoten erzählt. Das Titanische unserer Zeit sucht Anton Wildgans, nicht wie Michel das Landschaftlich-Idyllische, zu fassen. Die Gedichte Wildgans haben hinreißende Einzelheiten; sie wuchsen aus der Stunde des Erlebens; immerhin geht auch durch sie jener merkwürdig erkältende Wille zum Kriegsgedicht, der vieles verstandesmäßig und unsere Kriegsdichterei so oft schal erscheinen läßt. Schal ist Wildgans freilich nie: hochgemut und ganz innerlicher Geist, hier nur Erlebender, dort aber auch Richter, tönt aus ihm Österreichs Stimme wie sie bei uns etwa aus Rudolf Alexander Schröder tönte. Und beide werden wir stets vernehmen wollen, wie wir auch zu den kommenden Bändchen der „Österreichischen Bibliothek" stets gerne greifen werden.

Hanns Martin Elster

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum II. Quartal 1917 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 6 M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW 11.

Zeichnet die ſechſte Kriegsanleihe.

Die Kriegsopfer für alle Völker abzukürzen, hat Kaiſerliche Großmut angeregt.

Nun die Friedenshand verſchmäht iſt, ſei das deutſche Volk aufgerufen, den verblendeten Feinden mit neuem Kraftbeweis zu offenbaren, daß deutſche Wirtſchaftsſtärke, deutſcher Opferwille unzerbrechlich ſind und bleiben.

Deutſchlands heldenhafte Söhne und Waffenbrüder halten unerſchütterlich die Wacht. An ihrer Tapferkeit wird der frevelhafte Vernichtungswille unſerer Feinde zerſchellen. Deren Hoffen auf ein Müdewerden daheim aber muß jetzt durch die neue Kriegsanleihe vernichtet werden.

Feſt und ſicher ruhen unſere Kriegsanleihen auf dem ehernen Grunde des deutſchen Volksvermögens und Einkommens, auf der deutſchen Wirtſchafts- und Geſtaltungskraft, dem deutſchen Fleiß, dem Geiſt von Heer, Flotte und Heimat, nicht zuletzt auf der von unſeren Truppen erkämpften Kriegslage.

Was das deutſche Volk bisher in kraftbewußter Darbietung der Kriegsgelder vollbrachte, war eine Großtat von weltgeſchichtlich ſtrahlender Höhe.

Und wieder wird einträchtig und wetteifernd Stadt und Land, Arm und Reich, Groß und Klein Geld zu Geld und damit Kraft zu Kraft fügen — zum neuen wuchtigen Schlag.

Unbeſchränkter Einſatz aller Waffen draußen,
aller Geldgewalt im Innern.

Machtvoll und hoffnungsfroh der Entſcheidung entgegen!

Anatolische Zukunftsbilder

Von Professor Fritz Braun

Immer wieder sprechen wir in diesen Tagen von den wirtschaftlichen Zukunftsplänen der Mittelmächte und schauen dabei ahnenden Geistes ein Zeitalter, in dem sich die Lande von dem Mündungsgebiet des Rheines bis zum Persischen Golf zu einem großen Wirtschaftsverbande vereinigt haben und deutsche Dampfpflüge das Schwemmland Mesopotamiens aufbrechen, um sächsische und rheinische Webereien mit der nötigen Baumwolle zu versorgen. Aber wir dürfen bei dem Schmieden solcher Pläne nicht vergessen, daß wir mit Werten rechnen, die augenblicklich noch nicht vorhanden sind, und sollten uns auch darüber klar werden, welche Schwierigkeiten überwunden werden müssen, damit diese von uns ersehnten Werte geschaffen werden können.

Vor dem Ausbruch des großen Weltkrieges hatte man sich daran gewöhnt, mit einer Aufteilung der Türkei zu rechnen. Mochte es auch die Politik der Pforte Menschenalter hindurch zuwege gebracht haben, eine der lüsternen Großmächte gegen die andere auszuspielen, so schien doch der Tag näher und näher zu rücken, wo diese Künste einmal versagten und die Beute endgültig verteilt würde. Wäre das geschehen, so hätten die glücklichen Erben des Khalifen in ihrem Anteil nach Herrenrecht geschaltet und gewaltet und auf die widerstrebenden Kräfte eines wesensfremden Glaubens und Volkstums nur soweit Rücksicht genommen als es ihr eigener Vorteil zu erheischen schien.

Gott sei dank haben sich die Dinge anders entwickelt! Als die Männer am Goldnen Horn noch in letzter Stunde die Pläne ihrer Freunde und Gönner, die sie vor lauter Liebe beinahe gefressen hätten, richtig durchschauten, stellten sie sich kurz entschlossen auf die Seite der Mittelmächte. Bald kämpften die Osmanen Schulter an Schulter mit jenen Deutschen, die zwar von den Franzosen und Engländern in Stambul stets als Finsterlinge und Reaktionäre verschrien worden waren, aber dafür wenigstens nicht jene allzu liberale Neigung der Gallier und Briten gezeigt hatten, den mit der Beredsamkeit eines Robespierre trunken gemachten Freund unversehens zur Guillotine zu führen.

Solange wie Rußland, Frankreich und England hungrigen Schakalen gleich des letzten Augenblicks der Türkei harrten, war deren Aufteilung die Losung. Nunmehr, da die Osmanen die Partei der Mittelmächte ergriffen haben, muß

es für diese eine der wichtigsten Aufgaben bleiben, die Türkei zu erhalten und zu stärken.

Ob das Zusammenwirken der drei raumgewaltigen Bundesmächte sich für alle gleich erquicklich gestalten wird, hängt hauptsächlich davon ab, ob die mitteleuropäischen Reformer und Sendboten ihre Aufgabe in der Türkei in taktvoller Weise zu lösen verstehen. Wir müssen uns immer wieder und wieder darüber klar werden, daß wir bei unseren Plänen nicht mit der Türkei von vorgestern und gestern zu rechnen haben, d. h. mit einem Lande, dessen wirtschaftliche Hilfsquellen nur zum geringsten Teile benutzt wurden und dessen Bevölkerung keinerlei Lust zeigte, an dem wirtschaftlichen Wettkampf der westlichen Nationen teilzunehmen. Ein türkisches Reich, dessen Wehrmacht wieder auf den Stand des Frühlings 1912 herabsänke, dessen wirtschaftliches Leben durch Völkerzwist und urväterische Rückständigkeit in den meisten Berufsarten gelähmt würde, dessen Einnahmen kaum dazu hinreichten, die Staatsmaschine in schwerfälligstem Gange zu erhalten, und dessen Verkehrsmittel so unzulänglich wären, daß die Grenzgebiete am Persergolf, die wichtigste Reibungsfläche mit den Briten, eine äußerste Thule blieben, dürfte keiner Macht der Welt als ein erwünschter Bundesgenosse erscheinen.

Die neue Türkei soll in einem erneuerten Kleinasien und Mesopotamien ihr Kernland erhalten. Damit diese Länder die ihnen zugedachten Aufgaben erfüllen können, werden sie aber noch viel, viel Arbeit erfordern. Eisenbahnen, Brücken und Talsperren müssen gebaut und unabsehbare Flächen, wo heute noch die stillen Geister der Steppe herrschen, in fruchtbare Fluren verwandelt werden. Alles das kostet schweres Geld, aber darin liegt wohl nicht die Hauptschwierigkeit, denn Mittel zum Bau erwerbender Anstalten pflegt man in unseren Tagen leicht zu beschaffen. Viel heikler ist die Frage, wer später die wirtschaftliche Arbeit in jenen Ländern leisten soll. Nur dann würde das Osmanische Reich aus der Krisis, in die es heute eingetreten ist, mit neuer Kraft hervorgehn, wenn es gelänge, fast alle landwirtschaftliche Arbeit, die in dem Neuland geleistet werden müßte, der in ihrem Wesenskern unveränderten osmanischen Bauernschaft anzuvertrauen, denn nur ein Volk mohammedanischer Bauern vermag die Grundlage des Khalifenreiches zu bilden. Die Erfahrung, daß bisher jede nahe Berührung mit fremden Völkern und Religionen die Lebenskraft und Bodenständigkeit mohammedanischer Bauern stark beeinträchtigt hat, zwingt uns zu dem Schluß, daß die geschilderte Aufgabe recht schwer zu lösen ist. Und doch ist sie nicht zu umgehn. Wenn wir uns auf die christlichen Völker der Levante stützen wollten, würden wir dadurch Elemente, die, im Grunde genommen, immer staatsfeindlich waren, so sehr fördern, daß sie das Osmanische Reich, das wir doch stärken möchten, über kurz oder lang zu Fall brächten. Außerdem würden wir dadurch die Türkei, deren beste Soldaten die Söhne der anatolischen Bauern sind, in Kürze so gut wie wehrlos machen.

Europäische Ingenieure und Techniker, welche die Pläne der großen Kulturarbeiten entwerfen sollen, sind verhältnismäßig leicht zu beschaffen, aber sonst fehlt es beinahe an allem, denn vergebens sehen wir uns nach höheren und mittleren Beamten um, welche die Verbindung zwischen den deutschen Kulturpionieren und der einheimischen Bevölkerung in richtiger Weise herstellen könnten, und vergebens auch nach einer Lehrerschaft, welche fähig wäre, den Nachwuchs Anatoliens unter sorgfältiger Schonung der religiösen Überlieferung auf die wirtschaftlichen Aufgaben einer neuen Zeit vorzubereiten. Denn so, wie sie heute fühlen, denken und wirken, wären die meisten Osmanen weder willens noch fähig, der europäischen Kopfarbeit die schwieligen Hände zu leihen. Hier und da, im einen oder andern Gau, mögen die Aussichten tröstlicher sein, doch das sind eben Ausnahmen, die an dem Sachverhalt nichts wesentliches ändern.

Es könnte befremden, daß wir so kurzerhand behaupten, es fehle in der Türkei an einer höheren Beamtenschaft, welche die Kenntnisse und den guten Willen besäße, zwischen den deutschen Ingenieuren und Unternehmern auf der einen und der anatolischen Landbevölkerung auf der andern Seite zu vermitteln. Dem ist aber in der Tat so, denn die Beamten der alten Türkei, welche alle Dinge nur auf sich bezogen, verstanden höchstens zu regieren, aber nicht zu verwalten, und daher kämen sie für die Aufgaben der Zukunft kaum in Betracht. Wie oft begegnete man nicht in den Städten des Inneren solchen Leuten, die den Aufenthalt in ihrem Wirkungskreis nur als eine hoffentlich recht kurze Verbannung betrachteten und, weit davon entfernt, in ihrem Amtsbezirk eine zweite Heimat zu erblicken, mit allen Fasern nach dem gelobten Stambul zurückstrebten. Solche Elemente müßte man von dem Neulande, an das wir denken, nach Kräften fernhalten.

Des weiteren behaupteten wir, es mangele an einer Lehrerschaft, die dazu berufen wäre, die Kinder der anatolischen Bauern auf die neue Zeit und ihre Pflichten vorzubereiten. Für jeden, der Kleinasien kennt und als „Gjaur" die Meute der anatolischen Provinzstadt einmal auf seiner Spur hatte, ist das nur eine Binsenwahrheit, denn die Bildung, welche dem jungen Geschlecht bisher zuteil wurde, ward ihm zum guten Teile von religiösen Eiferern vermittelt, welche vielmehr bestrebt waren, die Mauern, mit denen sich die anatolische Landbevölkerung nach außen hin abschloß, zu erhöhen als niederzureißen. Die eigentliche Schwierigkeit, mit der wir hier rechnen müssen, besteht darin, daß wir den Islam sorgfältig erhalten, aber gleichzeitig daran verhindern müssen, sich in herkömmlicher Art in Christen- und Fremdenhaß auszuwirken.

In Tagen, wo unter Sturm und Wetter ein neues Zeitalter geboren wird, ist man stets geneigt, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, die sich in einer Entwicklung der Dinge in der vom Sieger gewünschten Weise entgegenstellen. Der Erfahrene weiß jedoch, daß die wirklichen Schwierigkeiten, die unser im näheren Orient harren, erst nach dem Friedensschluß fühlbar werden dürften, und daß es den Takt und die Willenskraft vieler wohlwollender und scharf-

sichtiger Männer erfordern wird, um die Türken solange guten Mutes zu erhalten, bis sie selber eingesehen haben, daß sie bei der Verwirklichung der deutschen Pläne in jeder Hinsicht auf ihre Rechnung kämen, ohne daß sie etwas von dem preisgeben müßten, was ihren Vätern ehrwürdig dünkte.

Aber verlieren wir darum nicht den Mut! Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden. Außerdem vermögen wir in dem Osmanischen Reiche doch auch gar manche nützliche Bundesgenossen zu entdecken.

Zu den tüchtigsten Beamten des Reiches gehörten, was Einsicht und Tatkraft anging, schon in der alten Türkei die Albanesen, die sich trotz ihrer langen Abgeschiedenheit eine erfreuliche Kulturfähigkeit erhalten haben. Wenn wir es richtig anfingen, würde es nicht schwer fallen, eine große Zahl dieser Leute, die mit zäher Treue an ihrem Khalifen hangen, in den Dienst der erneuerten Türkei zu ziehen. Da ihre Rechtgläubigkeit im großen und ganzen einwandfrei ist, und da sie der westlichen Zivilisation lange nicht so ablehnend gegenüberstehen wie die Söhne Kleinasiens, dürften sie sich trefflich dazu eignen, in mannigfachen Ämtern zwischen den deutschen Kulturpionieren und den anatolischen Bauern zu vermitteln und diesen das Vertrauen zu der neuen Zeit einzuflößen, ohne daß alle Arbeit vergeblich wäre.

Die zweite Menschenklasse, mit der wir als mit brauchbaren Gehilfen rechnen dürfen, sind die Mohadschir, jene mohammedanischen Auswanderer, welche die christlichen Herrschern zugefallenen Teile der Balkanhalbinsel verließen, um in Kleinasien auch fürderhin im Schatten des Khalifen zu wohnen. Die Mohadschir sind erfahrungsgemäß viel rühriger als die Anatolier, und die meisten von ihnen sind schon in ihrer früheren Heimat mit westlichen Kulturmethoden vertraut geworden. Daher stellen sie in mancher Hinsicht geradezu das Salz Kleinasiens dar. Gelingt es uns, sie richtig zu verteilen und als Dorfälteste und in ähnlicher Stellung zu Beratern ihrer urwüchsigeren Glaubensgenossen zu machen, so wären schon eine Menge Kanäle geschaffen, durch die das kleinasiatische Bauernvolk unserem Einfluß zugänglich gemacht werden könnte.

Auf einen dritten Weg, uns Gehilfen bei unserer Arbeit zu verschaffen, haben wir schon öfters hingewiesen. Die Briten und Amerikaner bauten armenische Waisenhäuser, um Haß gegen die Türken zu säen und das Reich der Osmanen zu Fall zu bringen. Auf, laßt uns türkische Waisenhäuser bauen und auf ihnen aus Kriegerwaisen türkische Lehrer heranbilden, Lehrer und solche Handwerker und Landwirte, welche im Arbeiterheere der türkischen Land- und Kleinstadtbevölkerung die Rolle von Korporalen und Feldwebeln spielen könnten, Leute, welche ebenso wie ihre künftigen Arbeitsgenossen im Geiste des Islam erzogen wurden, aber ohne dessen scharf ablehnende Haltung gegen alles Ausländische zu teilen.

Noch stehen wir mitten im Kriege, und so mancher Deutsche mag glauben, alles sei in unserem Sinne entschieden, wenn nach dem Friedensschluß die Halbmondfahne von der Maritza bis zum Suezkanal und zur palmenbeschatteten

Mündung der mesopotamischen Ströme im Winde flattert. Wir dürfen ihnen nicht recht geben! Für uns gewonnen ist dieser Krieg erst dann, wenn auf Kleinasiens Steppen in schwanken Silberwellen das Korn der Ernte wogt, wenn in dem Zwischenstromland fleißige Hände den Segen der Baumwollpflanzungen bergen, wenn der kleinasiatische Bauer seinen Hecktaler im Diwan birgt und der wehrhafte Nachwuchs einer erstarkten, von aufrichtiger Bundestreue erfüllten Türkei jederzeit bereit ist, die Warenzüge der Bagdadbahn mit bewaffnetem Geleit an den Persischen Golf zu führen.

Das zu erreichen, wird sicherlich noch den Schweiß ganzer Geschlechter kosten, aber wir werden diese Mühen gern und willig auf uns nehmen, wenn wir zu der Erkenntnis gelangt sind, daß die deutsche Macht in der weiten Welt nur so erhalten, nur so gefördert werden kann.

Auslandsstudium und Kulturpolitik

Von Otto Jöhlinger, Dozent am Orientalischen Seminar der Universität Berlin

Das Preußische Kultusministerium hat dem Abgeordnetenhause eine Denkschrift über die Förderung der Auslandsstudien in Preußen zur Kenntnisnahme vorgelegt, die die Beachtung weitester Kreise und das Interesse aller derer verdient, die sich mit der Frage der Förderung der Auslandsstudien an unseren Hochschulen beschäftigen. Den Anlaß zu der Denkschrift gaben die von den verschiedensten Seiten in den letzten Jahren gemachten Vorschläge auf Ausgestaltung des Unterrichts an deutschen Universitäten in Fragen der ausländischen Sprachen, der ausländischen Literatur und der ausländischen Wirtschaftsverhältnisse. In den weitaus meisten Fällen gipfeln bisher die Forderungen auf diesem Gebiet in dem Verlangen nach Schaffung einer besonderen Auslandshochschule, wie sie Österreich in seiner „Konsular- und Exportakademie" besitzt. Es würde zu weit führen, wollte man hier alle die Projekte wiedergeben, die sich mit der Schaffung einer besonderen Anstalt für Auslandswissenschaften befaßt hatten. Auch in den Parlamenten ist das Problem der Förderung der Auslandsstudien mehrfach zur Sprache gekommen, und zwar sowohl im Reichstag als auch im Landtag.

Inzwischen sind die beteiligten Ressorts in Preußen und im Reiche nicht müßig gewesen. Das Ergebnis der Vorarbeiten ist die jetzige dem Landtag vorgelegte Denkschrift. Wie schon erwähnt, handelt es sich hierbei um ein höchst beachtenswertes Werk, und zwar gilt das sowohl in bezug auf die Form, als auch auf den Inhalt. Die neue Denkschrift unterscheidet sich ganz erheblich von dem trockenen Stil, in dem sonst amtliche Schriftstücke abgefaßt sind. Es weht ein frischer Zug in der ganzen Darstellung. Man merkt, daß dem Verfasser die Begriffe „Kulturpolitik" und „Weltpolitik" keine Schlagworte sind, sondern Bezeichnungen für einen Inhalt, mit dem er wohl vertraut ist.

Von vornherein betont die Denkschrift, daß die Auslandskunde schon stets innerhalb der deutschen Universitäten zu den Aufgaben der deutschen Bildungsstätten gehörte, und sie beruft sich als Zeugen auf Männer, wie: Humboldt, Savigny, Ranke, Ritter und Bopp. Freilich mußte bisher hinter den nationalen Aufgaben der Universitäten das Auslandsstudium etwas zurücktreten. Trotzdem ließen es sich Gelehrte wie Behörde angelegen sein, das ihrige zur Förderung beizutragen. „Das Hineinwachsen Deutschlands in die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge" — so heißt es weiter — „rückte die Auslandsstudien aus der Sphäre der Wissenschaft entscheidend in die der praktischen Staatsbedürfnisse." Es wird alsdann gezeigt, daß der Staat Beamte braucht und zwar auslandskundige Beamte, die als Pioniere des Deutschtums im Auslande tätig sein sollen, und schließlich hat der Staat ein großes Interesse an weltpolitisch gebildeten Staatsbürgern überhaupt. Mit den Erfordernissen der Behörde hat nach Auffassung der Denkschrift die Organisation der Auslandsstudien annähernd Schritt gehalten. Aber wir brauchen nicht nur Beamte, wir brauchen die weltpolitische Kenntnis für weite Schichten unserer Bevölkerung, und mit Recht heißt es, daß „die Auslandskenntnis ein unentbehrlicher Bestandteil der nationalen Bildung sei".

Nach diesen Feststellungen bietet die Denkschrift einen kurzen geschichtlichen Rückblick. Sie gedenkt der segensreichen Tätigkeit des Seminars für orientalische Sprachen an der Universität zu Berlin, das schon über 25 Jahre zur Zufriedenheit der Behörde und des Publikums wirkt. Eine Ausdehnung der vorliegenden Ansätze hatte das Preußische Kultusministerium schon lange erstrebt und zwar ließ es sich nicht von dem Gedanken leiten, damit nur den Interessen der Wissenschaft zu dienen, sondern es verfolgte dabei auch die Förderung einer deutschen Kulturpolitik im Auslande, eine Aufgabe, deren Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Die Vorarbeiten für die Ausbreitung des Auslandsstudiums in Deutschland waren schon weit gediehen, als der Weltkrieg ausbrach, der aber die Arbeiten nur etwas verzögerte, dagegen nicht zur Einstellung brachte. Jetzt ist die Bearbeitung des Materials so weit gediehen, daß das Preußische Kultusministerium bereits mit den ersten Anträgen an den Landtag herantreten kann.

Es handelt sich bei dem neuen Problem um drei Aufgaben: die wissenschaftliche Auslandskunde, die politische Schulung von Beamten oder Privaten, die ins Ausland wollen und ferner die Weckung außenpolitischen Interesses und Verständnisses in der Heimat.

Allen drei Gesichtspunkten will das Kultusministerium gleichmäßig gerecht werden. Die Frage, ob hierfür das Reich oder Preußen zuständig ist, wird dahin beantwortet, daß die Förderung der Studien allzeit Aufgabe der Bundesstaaten war und daß keine Veranlassung vorliegt, hier an diesen Verhältnissen etwas zu ändern. Wenn auch an den deutschen Hochschulen Reichsbeamte vorgebildet werden, so ist das noch kein Grund dafür, den Ausbau des Studiums der Reichsleitung zu übertragen. Denn die Aufgabe des Auslandsstudiums ist ja nicht nur Beamte zu erziehen, sondern darüber hinaus auch den weiteren Kreisen zu dienen oder wie es in der Denkschrift in klarer Form ausgesprochen ist: „Es sollen auch Auslandsbeamte ausgebildet werden; aber was würde eine noch so verschwenderisch ausgestattete Auslandshochschule, was würden uns die bestausgebildeten Auslandsbeamten nützen, wenn die deutsche Bildung nach wie vor binnenländisch orientiert bleiben würde. Die Erziehung zum Weltvolk erfolgt nicht durch Konsul und Diplomatie, sondern den neuen Tatsachen unserer Weltstellung gerecht werdende Erweiterung unserer Bildungsinhalte." „Zwar werden", so heißt es ferner, „die bisherigen Fachinstitute wie das Orientalische Seminar in Berlin oder das Hamburgische Kolonial-Institut nie entbehrt werden können; aber darüber hinaus ist es notwendig, daß die ganze akademische Jugend und nicht nur ein kleiner Kreis mit weltpolitischem Denken sich erfüllt, und dies zu erreichen, ist nur im Rahmen der Universitäten möglich, nicht durch Schaffung einer besonderen Auslands-Hochschule."

Das Preußische Kultusministerium lehnt eine Zentralanstalt, wie sie eine Auslandshochschule, Kolonialakademie oder dergleichen darstellen, ab, und nach der Begründung, die hierfür gegeben wird, muß man sagen, daß diese Ablehnung durchaus berechtigt ist. Vor allem steckt sich das Kultusministerium das Ziel für die Förderung der Auslandsstudien wesentlich weiter. Es will, wie es sagt, unserer Bildung, die bisher allzu „einseitig literarisch, historisch, ästhetisch gerichtet war, eine neue Note hinzufügen". Dies ist nach Auffassung der Unterrichtsverwaltung um so notwendiger, als der Krieg uns gezeigt hat, daß das staatswissenschaftliche Verstehen der Gegenwart in Zukunft unentbehrlich ist. Die Auslandsstudien sollen nicht nur den vorbereiten, der in das Ausland will, sie sollen darüber hinaus auch demjenigen den Gesichtskreis weiten, der in der Heimat bleibt. Dabei ist gedacht an die jungen Juristen, an die kommenden Oberlehrer, von denen es heißt, daß sie unsere Bildungsideale in die Jugend der Zukunft pflanzen sollen und daß sie in ihren eindrucksreichsten Jahren erfahren sollen, daß neben den Ideen von Weimar und der Zucht von Potsdam das neue Deutschland andere Aufgaben zu erfüllen

hat, als literarisch-künstlerische Bildung zu pflegen und pflichtgetreue Beamte und tapfere Soldaten zu erziehen. Weimar und Potsdam sollen auch weiterhin nach der Auffassung der Unterrichtsverwaltung unsere Grundlagen bilden; aber darüber hinaus wird als Losung bezeichnet: „Unser Feld ist die Welt." Deshalb haben alle Akademiker sich mehr als bisher mit den Problemen der Weltpolitik und Weltwirtschaft zu befassen, eine Forderung, die durchaus im Interesse unserer Zukunft liegt und die wärmste Unterstützung aller Freunde des Auslandsstudiums verdient.

Naturgemäß soll nicht jeder sich mit allen Problemen des Auslandes beschäftigen. Notwendig ist, daß er die Zusammenhänge kennen lernt, daß er politisch fühlt und empfindet. Die Kenntnis der Auslandsverhältnisse soll die Grundlage für die politische Weltanschauung bilden, und um das zu ermöglichen, soll in der Heimat alles getan werden, was das Studium ausländischer Verhältnisse erleichtert. Dann wird das, was die Unterrichtsverwaltung anstrebt, verwirklicht werden, nämlich: eine erfolgreiche deutsche Kulturpolitik im Auslande.

Wie schon erwähnt, ist die Unterrichts-Verwaltung eine Gegnerin einer Auslandshochschule. Dort wird es nur wenigen möglich sein, sich zu belehren. Es werden nur ein paar hundert Bevorzugte hiervon Nutzen haben. Die Aufgabe des Preußischen Kultusministeriums ist aber nicht beschränkt auf einige Hundert, sondern sie wendet sich an die ganze akademische Jugend Deutschlands und darüber hinaus an die weiten Schichten der deutschen Intelligenz. Sie alle sollen teilhaftig werden der Vorteile einer gehobenen Ausbildung; sie alle sollen die Früchte ernten, die jetzt gesät werden. Deshalb verlangt die Unterrichtsverwaltung nicht Zentralisation, sondern Dezentralisation mit dem Ziele wissenschaftlicher Arbeit, Schulung der Beamten und Interessenten und politischer Erziehung der Bevölkerung.

Sehr treffend verlangt der Referent des Preußischen Kultusministeriums ein langsames organisches Wachstum, ein Sichanpassen an die erst allmählich entstehenden Bedürfnisse und „kein Prunken mit weithin sichtbaren Organisationsformen und voll klingenden Namen, sondern eine bewußte Förderung des Willens zur Sache". Hierin wird man durchaus zustimmen müssen. Nicht auf die Form kommt es an, sondern auf den Inhalt, und nach der ganzen Fassung der Denkschrift kann man das Vertrauen haben, daß das, was jetzt erstrebt wird, das Richtige trifft. Ob man die Institute, die jetzt geschaffen werden, mit einem besonderen Namen belegt oder nicht, das tut nichts zur Sache. Mit Recht hat schon am 3. August 1909 der damalige Rektor der Berliner Universität, Geheimrat Kahl, in seiner Gedächtnisrede die Worte ausgesprochen: „Zurück von der Äußerlichkeit zur Innerlichkeit." Und dieser Gedanke wird auch jetzt festgehalten. Es wird verlangt, daß die „aus den Schützengräben heimkehrende akademische Jugend die Ursachen des Weltkrieges, seine weltgeschichtliche Bedeutung in wissenschaftlich vertiefter Form vorgetragen

erhält." Dazu ist die Dezentralisation notwendig, d. h. an allen Universitäten soll es gelehrt werden, es soll nicht das Vorzugsrecht weniger Bildungsstätten sein. Darüber hinaus sollen an einigen Hochschulen besondere Kulturkreise gepflegt werden, wobei man an Traditionen und dergleichen anknüpfen wird. Kiel soll sich den überseeischen Fragen widmen, Bonn dem romanischen Kulturkreis, Königsberg i. Pr. und Breslau der slawischen Welt und Münster i. W. dem christlichen Orient. Für Berlin wird keine „Sonder-Note" verlangt. Hier sollen die gesamten Gebiete der Auslandsstudien umfaßt werden. Mit Recht hat schon Dr. Grothe in Nr. 144 der „Kölnischen Zeitung" vom 11. Februar 1916 darauf hingewiesen, daß in Berlin als dem Endpunkt der Strecke Berlin—Bagdad die Türkei und Vorderasien, sowie die Mittelmeerländer besondere Berücksichtigung finden sollen. Dieser Wunsch ist durchaus berechtigt; er wird aber bereits erfüllt. Ebenso ist in Berlin das Studium der deutschen Kolonien und der Verhältnisse des britischen Weltreiches besonders gut ausgebildet.

Das Kultusministerium weist darauf hin, daß schon früher ein gemeinsames Vorlesungsverzeichnis aller in Berlin gehaltenen kolonialwissenschaftlichen Vorlesungen herausgegeben wurde. Dieses Verzeichnis bildete stets für die Studierenden eine wertvolle Information. Es enthielt die Vorlesungen an der Universität, am Orientalischen Seminar, an der Handelshochschule, der staatswissenschaftlichen Vereinigung, der früheren Bergakademie usw. Dabei waren aufgeführt unter den weltwirtschaftlichen und kolonialpolitischen Vorlesungen die Kollegien und Seminare von Prof. Zoepfl, die Vorlesungen über Kolonialpolitik von Prof. Köbner; ferner die verschiedenen Vorlesungen am Orientalischen Seminar über den Orient, die Religion, Kultur- und Missionsfragen der Professoren Mittwoch, Hartmann, Kampffmeyer, Westermann, Richter usw., ferner die Vorlesungen über die Rechtswissenschaft von List, Kaufmann, Triepel, Preuß, Gerstmeyer und schließlich geographische Vorlesungen von Penk, Wegner usw. Schon dieses umfangreiche Verzeichnis, das sicherlich demnächst ausgebaut wird, zeigt, wie zahlreich in Berlin die Möglichkeiten, Auslandsstudien zu treiben, vorhanden sind.

Im einzelnen werden alsdann besondere Anträge gestellt, so die Beschaffung der notwendigen Auslandsliteratur und die Errichtung eines Orientalischen Seminars an der Universität Münster i. W. Eine Neuerung gegenüber dem bisherigen bedeuten die Sonderlehraufträge, die in Zukunft an einzelnen Universitäten erteilt werden sollen und für die 50000 M. angefordert werden. Hier ist in Aussicht genommen, die bisherige bewährte Tradition der Universitäten zu verlassen und Männer der Praxis, sei es aus dem Wirtschaftsleben, sei es aus dem Außendienst des Reiches zu Lehrzwecken heranzuziehen. Diese sollen zunächst als „beauftragte Dozenten" Vorlesungen halten. Man wird hierbei davon absehen, eine Promotion oder Habilitation vorzuschreiben, und das ist auch durchaus zu begrüßen. Denn man kann von einem Generalkonsul,

der jahrzehntelang die Interessen Deutschlands im Auslande vertreten hat, nicht verlangen, daß er noch nachträglich den strengen Anforderungen unserer Universitätsvorschriften genügen soll, wenn er über seine Erfahrungen im Auslande Vorlesungen halten will. Sehr zu begrüßen ist dabei, daß unter Umständen diese Vorlesungen auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden können, also ähnlich wie die Vorlesungen am Orientalischen Seminar, die nicht nur auf Studenten beschränkt sind, sondern darüber hinaus allen Schichten des gebildeten Publikums offen stehen. Für diese außerordentlichen Lehraufträge denkt man besonders an: Geographie und Landeskunde, ausländisches Recht, Wirtschaftskunde des Auslandes und weltwirtschaftliche Beziehungen überhaupt, sowie Geschichte, Religion und Kulturgeschichte fremder Völker.

Hier wird ein sehr bemerkenswerter Anfang gemacht zu dem Ausbau des Auslandsstudiums, der hoffentlich die gewünschten Früchte zeitigen wird.

Die größte deutsche Universität Berlin wurde inmitten der Stürme der Befreiungskriege, als Deutschland wirtschaftlich am Boden lag, durch Friedrich Wilhelm den Dritten gegründet. Es ist ein Zeichen unserer gewaltigen wirtschaftlichen Kraft und unseres Vertrauens in die Zukunft, daß wir jetzt wieder inmitten der Stürme eines Weltkrieges den Ausbau unserer Universitäten vornehmen und namentlich uns ein Rüstzeug für den Kampf auf dem Weltmarkt schaffen, auf den wir auch in Zukunft nicht verzichten werden. Man kann der Unterrichtsverwaltung nur dankbar sein, daß sie in der jetzigen Zeit Mittel und Wege gefunden hat, um die Vorbedingungen der notwendigen Kenntnisse ausländischer Verhältnisse organisch auszubauen, Kenntnisse, die unserer Stellung in Weltwirtschaft und Weltpolitik von außerordentlichem Nutzen sein werden.

Das Vermächtnis Brucks

Von Dr. Karl Buchheim

Am 22. April 1860 wurde dem österreichischen Finanzminister Karl Ludwig Freiherrn von Bruck noch spät abends ein versiegeltes Schreiben des Kaisers gebracht, durch das er unerwartet ohne Gnadenbeweise seines Amtes enthoben wurde. Außer sich vor ungerecht gekränktem Stolz brachte er sich noch in derselben Nacht tödliche Verletzungen mit dem Rasiermesser bei und starb am folgenden Tage. Am 26. April wurde er auf dem Wiener evangelischen Friedhof unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung beigesetzt. Aber kein Würdenträger des Staates erschien an seinem Grabe, ja das Wiener Regierungsorgan brachte nicht einmal einen Nachruf. So endete dieses Leben, das aus unbekanntem rheinischen Kleinbürgertum zu den Höhen der Macht emporgeführt hatte, mit einem außergewöhnlich jähen tragischen Sturze. Waren es doch falsche Verdächtigungen gegen die persönliche Ehrenhaftigkeit des Mannes, die seinen Fall herbeigeführt hatten.

Die Geschichte hat Bruck längst wieder anerkannt. Schon bald nach seinem Tode wurde es aller Welt offenbar, daß man ihm die Beteiligung an gewissen Unterschleifen während des unglücklichen italienischen Feldzugs von 1859 zu unrecht zugetraut hatte, und je tiefer die Forschung in die Geschichte des nachmärzlichen Österreich eindrang, um so heller leuchteten die staatsmännischen Verdienste dieses Ministers, der in dem talentereichen Ministerium Schwarzenberg, das Österreichs Neugestaltung nach dem Sturmjahr vollzog, wohl einer der genialsten Köpfe war, und der als Diplomat am Goldenen Horn und in Berlin auf schwierigem Posten glänzende Erfolge davongetragen hatte. Um also Brucks Namen vor der Geschichte wieder zu Ehren zu bringen, dazu war das neue Buch von Charmatz*) nicht erst nötig. Aber den weiteren Kreisen der gebildeten Öffentlichkeit Deutschlands, die sich seit Jahrzehnten leicht begreiflicherweise, aber doch ein wenig einseitig, nur für die politischen Führer unseres Volkes interessiert, die in Preußen gewirkt haben, kann das Buch zeigen, wie auch unter österreichischem Banner bedeutende Köpfe für die nationale Sache tätig gewesen sind, und wie hier große politische Gedanken geboren wurden, die unbeschadet des Werkes Bismarcks ihre Bedeutung bis in unsere Gegenwart in Anspruch nehmen dürfen. Das wertvollste Geschenk bietet uns

*) R. Charmatz, Minister Freiherr von Bruck, der Vorkämpfer Mitteleuropas, sein Lebensgang und seine Denkschriften. S. Hirzel. Leipzig 1916. Geh. 5 M., geb. 6,50 M.

Charmatz in den Denkschriften Brucks. Auch diese waren der Wissenschaft längst gedruckt zugänglich, aber die weitere Öffentlichkeit bedarf sehr wohl dieses neuen Hinweises und dieser bequemen Zusammenstellung. Als wissenschaftliche Biographie ist das Buch von Charmatz nicht zulänglich. Da stellen wir heute, seit wir den „Bismarck" von Erich Marcks und den „Mevissen" von Josef Hansen besitzen, ganz andere Anforderungen. Charmatz ist ein liberaler Publizist, dessen Bücher, wie die „Deutsch-österreichische Politik" von 1907, und dessen Aufsätze in der „Hilfe" und anderen liberalen Organen vom Standpunkte seiner Partei ganz brauchbar, aber nicht epochemachend sind. Zum historischen Biographen fehlt ihm wohl der eigentliche Beruf. Das Buch über Bruck ist offensichtlich viel zu schnell entstanden. Es lag dem Verfasser begreiflicherweise daran, Bruck noch im Kriege, bevor man an die Lösung des Mitteleuropaproblems herangeht, zu Gehör zu bringen. Das Wertvollste an dem Buche ist eben der zweite Teil, wo Bruck selber in seinen Denkschriften zu uns spricht. Um seinetwillen vor allem muß man dem Werke von Charmatz recht guten Erfolg wünschen.

Auch ich bin der Meinung, daß in einer Zeit, die in irgend einer Form Mitteleuropa wird neu ordnen müssen, Brucks Vermächtnis nicht unbeachtet bleiben darf. Österreichs große Staatsmänner müssen, wenn auch keiner von ihnen an die Dimensionen Bismarcks heranreicht, in unserm politischen Denken zu Ehren kommen. Denn unsere Zeit wächst wieder in die Aufgaben hinein, die zu Brucks Zeiten noch nicht lösbar waren. Darum unternehme ich es hier, das Vermächtnis Brucks, wie ich es anschaue, im Umriß zu deuten.

I.

Österreichs innere Zukunft.

Das große Geheimnis, warum es Bismarck gelang, das Deutsche Reich aufzurichten, was so vielen begabten Staatsmännern und vom besten Willen beseelten Politikern vor ihm nicht gelungen war, beruht wesentlich darin, daß er es verstand, das Interesse Preußens im deutschen Interesse wiederzufinden, den Egoismus des Hohenzollernstaates selber der nationalen Sache dienstbar zu machen. Alle politischen Ideale können nur dann der Verwirklichung entgegenreifen, wenn politische Mächte sich veranlaßt sehen, ihrem Banner zu folgen. Österreich fand, als es in Wettbewerb mit Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland stand, den großen Führer nicht, der es verstanden hätte, seinen Staatsegoismus mit der deutschen Sache in Einklang zu bringen. Fürst Felix Schwarzenberg, der Neugestalter der von der Revolution schwer erschütterten Donaumonarchie, der diplomatische Sieger von Olmütz, wäre der berufene Mann gewesen. Aber der skeptische Grandseigneur hielt von den politischen Idealen der deutschen Nation nicht viel und glaubte nicht daran, daß Staaten einen nationalen Beruf haben können, obwohl in seinem Kabinett ein Mitarbeiter saß, der ihm davon hätte überzeugen können und gewiß nichts versäumt hat, oft darauf hinzuweisen, wie bitter nötig auch dem österreichischen Staate

ein politisches Ideal gewesen wäre. Dieser Mitarbeiter war sein Handelsminister Karl Ludwig von Bruck.

Bruck glaubte an den deutschen Beruf eines deutsch geleiteten Österreich. Die im preußischen Geiste schreibende kleindeutsche Publizistik hat solchen Glauben, von ihrem Standpunkte aus mit Recht, mehr oder weniger zu einer politischen Torheit gestempelt. Wir aber werden ihm im Hinblick auf die Zukunftsaufgaben unserer europäischen Politik heute wieder leichter gerecht werden können. Auch wir müssen wieder, wenn schon unter vielfach veränderten Umständen, an den Beruf eines deutsch beeinflußten Österreich glauben, wenn wir wollen, daß die im Krieg vereinten Zentralmächte auch im künftigen Frieden gemeinsamen politisch-kulturellen Zielen dienen. Und wer sollte das nicht wollen, nachdem uns soviel Blut aneinander gekittet hat! Wir müssen heute beweisen, daß Brucks politische Arbeit nicht eine historische Fata morgana war, sondern ein Vermächtnis an die künftigen Generationen, von dem die Geschichte zunächst keinen Gebrauch machen konnte, das uns aber aufbewahrt blieb, damit wir seine Gedanken und Erfahrungen in unsere eigenen politischen Aufgaben verweben könnten.

Brucks Ziel war die Zolleinigung ganz Deutschlands und Österreichs. Sie sollte zur Grundlage einer Gesamtreform des Deutschen Bundes und damit der politischen Einigung Mitteleuropas werden. Das großdeutsche Ideal des Siebzig-Millionenreiches im Herzen Europas und des einheitlichen Wirtschaftsgebietes von der Nordsee bis zur Adria schwebte ihm vor. Man muß diese Pläne auf dem Hintergrunde ihrer Zeit würdigen. Eben hatte in den Frühlingstagen seiner Revolution das deutsche Volk „von der Etsch bis an den Belt" seine Boten nach Frankreich gesandt, und eben hatte man das stolze Werk der Nationalversammlung scheitern sehen. Dann hatte Preußen durch Abschluß der „Union" von 1849 das Einigungswerk zu seiner Sache gemacht. Sollte das eben neu erstarkende Österreich da zurückbleiben? Man fühlte doch allgemein, daß man das Jahr 1848 nicht umsonst erlebt hatte, daß man an irgendeinem Zipfel die Arbeit weiter wirken müßte, die in Frankfurt unvollendet geblieben war. Welches politische Ziel aber konnte Österreich dem deutschen Volke weisen? Da war es Bruck, der die Gunst des Augenblicks erfaßte. Jetzt muß Österreich, sagte er, die eignen Rosse vor den deutschen Wagen spannen, dann wird Deutschland niemandem lieber als ihm die Krone des neuen Bundes aufs Haupt setzen. Er proklamierte zum erstenmal von einem Regierungssessel aus den genialen Gedanken Friedrichs Lists, die nationalen Wirtschaftsinteressen zur Grundlage des politischen Ideals zu machen, wie nach ihm auch Bismarck den vorher unpolitischen Zollverein zu einem Instrument preußischer Nationalpolitik ausgenutzt hat. Man muß sich gegenwärtig halten, wie neu nach den politischen Utopien der Revolution Brucks Gedanke war, eine deutsche Zolleinigung zur Grundlage der Gesamteinigung zu machen. Nur dann wird man der staatsmännischen Bedeutung des Ministers gerecht.

Bruck begann seine Propaganda am 26. Oktober 1849 mit einem Artikel der amtlichen Wiener Zeitung und führte dann sein politisch-ökonomisches Programm in zwei grundlegenden Denkschriften näher aus. Die Wiener Regierung wolle sich nicht mehr gegenüber den deutschen Verhältnissen rein negativ verhalten, sondern sie trete mit bestimmten Vorschlägen zu einer wirtschaftlichen Einigung hervor. Aus den drei handelspolitischen Gebieten, in die Deutschland damals zerfiel: den Nordseestaaten, dem Zollverein und Österreich müsse ein einziges werden, das den Bedürfnissen aller Glieder Rechnung trage. Österreich werde von seinem merkantilistischen Prohibitivsystem zum gemäßigten Schutzzoll übergehen, es werde seine Gewichtseinheit und seine Tarifsätze denen des Zollvereins anpassen, und erwarte vom freihändlerischen Norden das nötige Entgegenkommen gegen die Schutzzollinteressen des Südens. Der Zollverein erfülle ja nur die Wünsche seiner eignen Industrie, wenn er sich den österreichischen Schutzzöllen anpasse. Für die nötigen Übergangsperioden machte Bruck praktische Vorschläge. Die Vorteile der Einigung versäumte er nicht, in gehöriges Licht zu stellen: man werde durch Ersparnisse der bedeutend vereinfachten Verwaltung finanzielle Vorteile erzielen; die Wirtschaftskräfte des Zollvereins und Österreichs würden in der Vereinigung nicht bloß summiert, sondern potenziert werden, der anspornende Wettbewerb bedinge erhöhte Leistungsfähigkeit für die Weltkonkurrenz; und endlich werde die ökonomisch fest begründete mitteleuropäische Einheit auch politisch ihr Schwergewicht für den ganzen Erdteil geltend machen.

Das Ministerium Schwarzenberg benutzte Brucks Programm mit Erfolg im Kampfe gegen die politischen Unionsbestrebungen Preußens. Aber nach dem Siege von Olmütz gelang es bei der nunmehrigen Ordnung der deutschen Verhältnisse auf den Dresdner Konferenzen doch nicht, diese Gedanken zur Geltung zu bringen. Für den Fürsten Schwarzenberg waren sie zu wenig Herzenssache: ihm genügte die einfache Wiederherstellung des alten deutschen Bundes. Bruck gab den Kampf nicht auf. Im Februar 1853 brachte er als Sonderunterhändler in Berlin den preußisch-österreichischen Handelsvertrag zustande, der wirklich einen kleinen Schritt vorwärts auf dem Wege zur mitteleuropäischen Zolleinigung bedeutete. Aber als Finanzminister (1855—1860) hatte er keine Gelegenheit mehr, das finanziell damals fast bankrotte, der italienischen Katastraphe von 1859 zutreibende Österreich zu einer aktiven deutschen Wirtschaftspolitik fortzureißen, und vor seinem Tode blieb ihm nur noch übrig, wenigstens der Nachwelt sein politisches Testament über „Die Aufgaben Österreichs“ (geschrieben im Sommer 1859, zuerst veröffentlicht bei Otto Wigand, Leipzig 1860; bei Charmatz S. 241—281) zu hinterlassen.

Das Ideal Brucks, das einige großdeutsche Mitteleuropa, ist nicht zustande gekommen; Österreich ist heute keine innerdeutsche Macht mehr, aber dafür der in der Not der Zeit uns enger als je zur Seite kämpfende Bundesgenosse des Deutschen Reiches. Darum ist gerade das, was Bruck über die Bedeutung

der deutschen Kultur für Österreich schreibt, trotz des Umschwungs der Zeit keineswegs veraltet. Auch heute wieder regen sich ernsthafte Bestrebungen, die auf eine wirtschaftspolitische Annäherung Deutschlands und des Donaureiches abzielen. Noch wissen wir nicht, wie weit man auf diesem Wege gehen wird. Aber das mögen die Interessenpolitiker hüben und drüben sich gerade von Bruck, der selbst ein Mann der ökonomischen Praxis war, gesagt sein lassen, daß historische und kulturelle Notwendigkeiten sich nicht ungestraft spotten lassen. Auch heute noch weist das eigene wohlverstandene Staatsinteresse Deutschlands und Österreich-Ungarns beide Mächte aufeinander an. Einheiten, die eine tausendjährige Geschichte gefügt hat, kann die Politik einer einzelnen Periode nicht völlig trennen. Als Bruck seinen Glauben an die Gemeinschaft Preußens und Österreichs bekannte, arbeitete die Zeittendenz geradezu darauf hin, diesen Glauben Lügen zu strafen. Aber nachher war es doch gerade der große Überwinder Österreichs, Bismarck, der selber neue Wege zu dem alten Verbündeten und Gegner anbahnte. Und der Weltkrieg predigt am allerdeutlichsten jedem, der hören kann, wie notwendig die Einheit ist. Ohne Deutschland wäre der Habsburgerstaat vielleicht schon längst eine Beute der russischen Übermacht, und ohne Österreich-Ungarn würde Deutschland an allen seinen Grenzen umringt und schier erdrosselt. Aus deutschem Geiste saugt auch Österreich seine besten Lebenskräfte: das war immer so in der Geschichte und kann auch heute nicht anders sein. Seine deutsche Lebensader darf sich Österreich nicht unterbinden lassen, wenn es selber leben und lebendige Kultur nach Osten tragen will bis über die Karpathen und den Balkan und an die Gestade des Pontus. Österreich ist Deutschlands anderes Gesicht, ist selber ein zweites Deutschland, untrennbar von unserem eigenen Wesen durchdrungen. Das lebendige Gefühl dafür beginnt in vielen unter uns im Weltkriege wieder zu erwachen, und wollten wir ihm etwa nicht trauen, so bestätigt es uns ein ausländischer Beobachter vom Range Kjelléns („Die politischen Probleme des Weltkriegs" S. 134). Das ist nichts anderes als die erneuerte politische Erkenntnis Brucks.

Bruck formulierte im Schlußwort seiner Staatsschrift von 1859 die Aufgaben Österreichs so, daß man den Geist dieser Forderungen etwa folgendermaßen ausdrücken könnte: Bei aller Rücksichtnahme auf seine eigenartigen Verhältnisse, bei aller notwendigen Schonung und Selbständigkeit der verschiedenen Nationen und Konfessionen muß das große allgemeine Ziel der Staatsentwicklung sein die möglichste Annäherung aller österreichischen Verhältnisse auf wirtschaftlichem, sozialem, kommunalpolitischem, kirchlichem, pädagogischem und verfassungspolitischem Gebiete an die deutschen Zustände. Damit aber hat Bruck auch für unsere Zeit recht. Man hat Österreich für ein politisches Gebilde gehalten, das nicht leben und nicht sterben könne; viele wollten es beseitigen und wußten doch nicht anzugeben, welche Neuordnung an seiner Stelle Bestand zu haben verspräche. Nun, auch unser Deutscher Bund war einmal ein hoffnungsloses Monstrum, und es ist doch das Deutsche Reich aus ihm geworden.

Auch Österreich wird durch seine Zukunft die Welt in Erstaunen setzen, denn es ist das andere Deutschland. Die bisherige Entwicklung Österreichs ist in vielen äußeren Umständen nicht durchaus im Sinne Brucks verlaufen. Statt im Deutschen Bunde selber die führende Stellung zu gewinnen, ist der Kaiserstaat vielmehr aus ihm hinausgedrängt worden. Und auch im Inneren hat weder die Entwicklung des städtischen Mittelstandes, der Industrie und der Schule, noch die Schöpfung und der immer vollständigere Ausbau parlamentarischer Körperschaften so im deutschen Sinne gewirkt, wie Bruck hoffte. Gerade diese Fortschritte haben mindestens ebenso stark der Ausbreitung slawischer und sonstiger Nationalideen genützt. Die polnische, die tschechische, die slowenische Nation und die anderen alle schienen immer mehr gerade durch die modernen Errungenschaften ihr eigenes undeutsches und österreichfeindliches Wesen zu entwickeln. Im Osten wartete der Russe auf den Tag, wo ihm die panslawistischen Früchte von selber in den Schoß fallen sollten. Aber es ist ganz anders gekommen. Als es Ernst wurde, da erkannten die slawischen Völker auf einmal, wie unrussisch sie längst geworden waren. Gerade die Tschechen, die am lärmendsten ihre deutschfeindliche Gesinnung zur Schau getragen hatten, sind ihrer kulturellen Struktur nach längst so deutsch geworden, wie die Deutschen selbst. Der tschechische Mittelstand, die tschechische Arbeiterschaft, die tschechischen Agrarier haben keine andern politischen, wirtschaftlichen nnd sozialen Probleme als die entsprechenden deutschen Volksgruppen. Die tschechische Industrie arbeitet wie die deutsche, die tschechische Schule lehrt nach den Methoden der deutschen, die tschechische Literatur und Bildung tritt der deutschen strebend an die Seite. Was ist an der tschechischen Kultur, das nicht verwandt wäre mit der deutschen, das etwa hinstrebte auf die Zustände und Entwicklungstendenzen der russischen? Sogar die tschechische Geburtenstatistik weist nicht mehr die echt slawische unbegrenzte Fruchtbarkeit auf, sondern teilt das zu unserm Leidwesen rettungslos sich verlangsamende Tempo der deutschen. Die übrigen Nationalkulturen Österreichs und auch Ungarns gehen schneller oder langsamer einer ähnlichen Entwicklung entgegen. Auch sie werden, gerade weil sie mit der deutschen Kultur konkurrieren, weil sie ihr in reger nationaler Eifersucht keinen Vorsprung lassen wollen, ihrer Struktur nach notwendig immer mehr der deutschen Kultur sich annähern. An eine Germanisation Österreichs im Sinne Josefs II. und des deutschen Zentralismus ist nicht zu denken, aber gerade infolge des politischen Erwachens der Nationalitäten wird ihre Kultur immer mehr auf die deutsche Stufe rücken. Die große Menschheitsaufgabe, für die gemeinsame Kulturarbeit selbständiger und selbstbewußter Völker politische Formen zu finden, wird, wenn irgendwo, zuerst in Österreich ihrer Lösung entgegenreifen. Noch ist die Menschheit trotz alles Geredes vom Völkerrecht, von internationaler Bildung und Wirtschaft, ein Schemen. Der Egoismus der Völker beherrscht die Bühne; die Nationen sind selber Ansätze zur Menschheit. Keine von ihnen kann in dem Sinne Menschheit werden, daß sie alle andern Völker in sich aufzusaugen

vermöchte. Auch den Engländern, die ja schon glaubten, daß die ganze Welt mit jedem Tage „reißend schnell englisch" würde, werden, wie der Heldenkampf unseres Volkes gegen ihre Übermacht beweist, die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wohl aber besteht Aussicht, daß mehrere Völker mit der Zeit immer vollkommener in einen bestimmten Kulturkomplex hineinwachsen, verwandte Bildungs- und sich ergänzende Wirtschaftsinteressen bekommen und dann über die nationalen Staatsformen hinaus und unbeschadet ihrer Eigenheit, auch gemeinsam politische Formen finden werden. Österreich-Ungarn ist seiner kulturellen Struktur nach, und nach Maßgabe seiner Entwicklungsmöglichkeiten ein Deutschland außerdeutscher Völker, es ist eben Deutschlands anderes Gesicht. Es erzieht seine Nationalitäten nach und nach zur Reife, und wird als Frucht seiner schweren Kämpfe und Versuche schließlich ihrer gemeinsamen Kulturarbeit einen politischen Rahmen schaffen.

Niemand kann heute schon prophezeien, wie dieser einmal aussehen wird, ob ein polnischer oder serbischer oder rumänischer Staat als dritter, vierter und fünfter im Bunde dem heutigen Zis- und Transleithanien gleichberechtigt an die Seite treten könnte, ob das Prinzip der Personalunion die heutige Realunion zwischen Österreich und Ungarn ablösen wird. Niemand weiß, mit welchem Ergebnis der Weltkrieg abschließen wird, und welcher Art die Selbstständigkeit Galiziens sein soll, die der alte Kaiser Franz Josef noch im Monat eines Todes in Aussicht gestellt hat. Dringend wünschenswert gerade auch im Sinne Brucksscher Gedanken und im Sinne der Bestrebungen aller gut österreichischen Patrioten ist es, daß das engere Zisleithanien ohne Galizien und Dalmatien, die ehemaligen deutschen Bundesländer, auch künftig eine staatliche Einheit und von maßgeblichem Gewicht innerhalb der Gesamtmonarchie bleiben. Hier bilden die Deutschen die kompakte Mehrheit, und von hier aus kann für alle Zeiten dafür gesorgt bleiben, daß das deutsche Volksinteresse in der Gesamtmonarchie die nötige Berücksichtigung erfährt. Die übrigen Nationen dieses engeren Zisleithanien: Tschechen, Slowenen und Italiener, sind diejenigen, die ihrer kulturellen Zusammensetzung nach am meisten den Deutschen angenähert sind, mit denen man also auch am leichtesten Formen selbst engeren politischen Zusammenlebens finden wird. Man darf sich durch die Hitzegrade der nationalen Eifersucht in Prag oder Laibach in dieser Einsicht nicht beirren lassen. Wer weiß, ob alles nach dem Kriege so schlimm wiederkehrt, und wenn auch: es wird vorübergehen!

Innerhalb und außerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle war Kleinmut über Österreichs Zukunft oft an der Tagesordnung. Aber der Glaube, den Bruck in besonders trüber Zeit, nämlich unmittelbar nach der italienischen Niederlage von 1859, bewährte, hat doch immer wieder recht behalten. Und war das historische Schicksal seinen Plänen auch nicht günstig, seine Grundgedanken sind doch nicht alt geworden, und die Fackel seines Geistes vermag auch in die Zukunft Österreichs, die wir Zeitgenossen des Weltkriegs erwarten dürfen, wegweisend zu strahlen.

II.

Die Zukunft der deutschen Weltpolitik.

Im Jahre 1859 schrieb Bruck, es sei Österreichs Aufgabe, zu verhindern, daß Deutschland ökonomisch einseitig nach Norden gravitiere. Wenn es nicht gelinge, der wirtschaftlichen Zusammenfassung eine bundesrechtliche Grundlage zu geben, wenn der separate Zollverein weiter bestehe, dann müsse er notwendig den Bund sprengen und eigene Wege einschlagen. Tatsächlich ist es ja sehr bald so gekommen.

Der deutsche Handel hat zwei natürliche Wege in die Welt hinaus: nach Süden und Südosten in die alten Kulturländer des Mittelmeers und weiter durch den Suezkanal in den Indischen und Großen Ozean, und nach Nordwesten aus der deutschen Bucht durch die englischen Gewässer in den Atlantischen Ozean. Im Altertum und Mittelalter war das Atlantische Meer der äußerste Westen, das Ende der Welt. Folglich war Deutschlands wirtschaftliches Gesicht überwiegend dem Süden zugekehrt. Kreuzzug und Römerfahrt wiesen auch dem Kaufmann den Weg. In Schwaben, Franken und am Rhein lagen unsere großen Handelsstädte. Der hanseatische Norden bildete ein besonderes eigenartiges Handelsgebiet, das mehr um die Ostsee als um die Nordsee herum gruppiert und jedenfalls keineswegs an atlantische Welthandelsstraßen angeschlossen war, weil es eben diese damals noch gar nicht gab. Mittelmeerkultur und Ostseekultur waren im Altertum getrennte Zentren der europäischen Menschheit gewesen, deren jedes über einen ziemlich selbständigen ökonomischen Blutkreislauf verfügte. Diese alte Tatsache wirkte in der gesamten Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters noch nach. Sie erklärt den Gegensatz der Politik Friedrich Barbarossas und Heinrichs des Löwen, begründet den Widerstreit zwischen italienischen Interessen und ostdeutscher Kolonisation, zwischen Kreuzzugsimperialismus und Ostseeherrschaft. Daß es einen, gegenüber dem griechisch-lateinischen, selbständigen nordischen Kulturkreis gegeben hat, hat erst die moderne germanische Anthropologie und Archäologie aufgeklärt. Die gründliche Aufhellung der Nachwirkungen dieser alten Kulturantithese in der deutschen Geschichte bleibt sogar erst noch künftiger Forschung und Darstellung überlassen. Die lateinische Kultur mußte in Deutschland über die nordische siegen, weil sie an die Wege des Welthandels angeschlossen war, während die nordische am Rande der Welt lag. Alle höhere Kultur des deutschen Mittelalters und auch der ersten Jahrhunderte der Neuzeit wurde lateinisch, und im wesentlichen erst im neunzehnten Jahrhundert hat unsere Bildung begonnen, dagegen zu reagieren. Seit der Entdeckung des atlantischen Seewegs waren die Welthandelsmöglichkeiten gründlich verwandelt. Mehr und mehr waren es die westlichen Randländer unseres Erdteils, die den Reichtum der Welt zuerst auffogen, während die Handelsplätze Italiens und der Levante in ihrer Bedeutung stark zurückgingen. Jetzt erst konnte der Weg zu den Schätzen der Welt auch durch die Nordsee führen. Deutschlands Kultur schaute nun nicht mehr überwiegend

nach der alten lateinisch-griechischen Küste, sondern nach der neuen Seite, von der der atlantische Seewind pfiff.

Das neunzehnte Jahrhundert brachte die Blütezeit des englischen Freihandels und damit die Fiktion von der Freiheit des Weltmeeres. Wir müssen uns nämlich darüber klar werden, daß die vielberufene Freiheit der Meere bisher eine Fiktion war. Der Ozean hat tatsächlich immer einen Herrscher gehabt: der Reihe nach Portugal und Spanien, Holland und zum Teil auch Frankreich, seit Cromwells Zeiten immer unbestrittener Großbritannien. Seit Trafalgar konnte bis zum Weltkrieg kein Gegner mehr gegen England auftreten, und nur weil die Meeresherrscherin Britannia so gewaltig war, daß sie gar keine Konkurrenz mehr zu fürchten hatte, und es zu ihrem eigenen Vorteil für angemessen fand, den Freihandel zu proklamieren, schien es, als ob das Meer frei wäre. Auf Grund dieser Fiktion hat der deutsche Handel nach der atlantischen Seite entstehen können und ist emporgeblüht, bis er eines Tages England gefährlich erschien, und die eifersüchtige Seetyrannin das Tor zum angeblich freien Meere zuwarf. Wir vertrauen darauf, daß es zu spät ist, und wir sind entschlossen, den Riegel gewaltsam zu sprengen. Aber bedeutsame Lehren für unsere historische und politische Erkenntnis sollten wir aus diesem Hergang ziehen.

Durch die Entwicklung des Weltverkehrs seit dem sechzehnten Jahrhundert hatten sich die Welthandelswege verschoben. Viele Tausende von Kauffahrern bevölkerten den Ozean, und die Länder und Küsten des europäischen Südostens und des Orients versanken in Stagnation. Auch wir Deutschen gaben uns eine Mühe, die verschütteten orientalischen Handelswege irgendwie zu öffnen. Alle natürlichen Bedingungen wiesen uns nach dem Atlantischen Ozean, und da England seine Seeherrschaft durch den Freihandel maskierte, so schien ja dieser Weg auch vollkommen frei zu sein. Wozu hätten wir uns da, bei unsrer erst seit 1870 behobenen politischen Ohnmacht, die nutzlose Mühe geben sollen, den Lauf der natürlichen Verkehrsentwicklung irgendwie zu korrigieren! Längst ehe der Kaiser das glückliche Schlagwort prägte, suchten die vorwärts strebenden Kreise der deutschen Volkswirtschaft unsere Zukunft mehr und mehr auf dem Wasser. So verschob sich der ökonomische Schwerpunkt unserer Nation nach Norddeutschland, und der politische folgte ihm notwendigerweise. Daß ein preußischer Zollverein ohne und schließlich gegen Österreich möglich wurde, daß eine kleindeutsche Handelspolitik entstehen und zu höchster Blüte gelangen konnte, kennzeichnet am besten den Verlauf der Dinge. Aber das alles — wir müssen es heute erkennen! — ist nur möglich gewesen, weil die Fiktion des freien Meeres bestand. Wahrscheinlich war es Englands größter weltgeschichtlicher Fehler, daß es nicht schon längst mit dem Freihandel brach und die deutsche Kriegsflotte so mächtig werden ließ wie jetzt, wo sie uns, wie wir hoffen, den Zugang zum Meere erzwingen wird. Heute ist der entscheidende Kampf da, und er steht günstig für uns. Nichtsdestoweniger sind wir für den Augenblick

von dem atlantischen Handelsweg fast ganz abgesperrt, und wären vielleicht doch erdrosselt worden, wenn wir nicht die lange Zeit zu gering geachtete Gasse nach Südosten gehabt hätten. Unsere atlantische Handelsentwicklung, so glänzend sie gewesen ist, war bisher doch nur auf einer Fiktion aufgebaut, unser Zugang zum Weltmeer hing vom guten Willen unseres nun zur Genüge erkannten Vetters jenseits des Kanals ab. Das hätte leicht unser Verderben werden können, wenn nicht die Einsicht unserer über Gebühr geschmähten Regierungspolitik trotz der atlantischen goldenen Hesperidenäpfel die angestammte historische Verbindung mit Österreich und dem Wege nach Südosten erhalten hätte und wenn nicht die Tüchtigkeit unseres Volkes uns immer wieder auch durch die größten Bedrängnisse durchhülfe. Schon vor dem Weltkriege begann uns die Bedeutung des Weges Berlin—Wien—Konstantinopel aufzugehen. Aber dem Manne, der in der Maienblüte des Freihandelsdogmas und in dem Augenblick, wo sich die Loslösung Kleindeutschlands von Österreich, d. h. ökonomisch die endgültige Wendung der deutschen Wirtschaftsfront nach dem Atlantischen Ozean, unabwendbar vorbereitete, an leitender Stelle den festen Glauben bewahrte und verkündete, daß das Heil des deutschen Volkes von der freien Verkehrs- und Kulturverbindung mit dem Südosten nicht unabhängig sei, dem gebührt heute ein besonderes Denkmal. Und das war der österreichische Minister von Bruck. Nennt man künftig die Namen der großen deutschen Staatsmänner, so soll man den seinen nicht mehr vergessen!

Die Erziehung der deutschen Wirtschaftsinteressen im Zollverein in vorwiegend atlantischer Richtung (d. h. ihre Basierung auf die Nordseehäfen) war möglich geworden, weil England — natürlich im eigenen Interesse — sie zuließ. Diese Entwicklung bildete wiederum den ökonomischen Hintergrund der politischen Hegemonie Preußens, und die politische Erstarkung Deutschlands veranlaßte ihrerseits den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung. Dieser bedingte die erst zögernd einsetzende, aber immer notwendigere Kolonial- und Flottenpolitik. So kamen wir durch die unabänderliche Tragik der Entwicklung in den Gegensatz zu England und damit in den Weltkrieg.

Es ist möglich, ja sogar recht wahrscheinlich, daß der Friede, der diesen Krieg eines Tages beschließen wird, uns irgendwelche Verträge beschert, in denen die Freiheit der Meere fester und feierlicher denn je verbürgt wird. Man wird in Zukunft von völkerrechtlichen Kulissen noch viel ausgiebiger Gebrauch machen als bisher. Aber jedem einsichtigen Politiker ist es klar, daß die wirkliche Freiheit der Meere hinter den völkerrechtlichen und moralischen Aufbauten von den Machtverhältnissen auf dem Ozean abhängen wird, die das Ergebnis des Krieges bilden. Für Deutschland wenigstens wird das Weltmeer nur nach dem Grade unserer Macht frei sein, die wir in die Wagschale werfen können. Solange sich die Geographie nicht ändert und unser Anteil an der Küste auf den Winkel der Deutschen Bucht beschränkt bleibt, so lange können wir bei ungünstiger weltpolitischer Konstellation jederzeit wieder einmal

abgesperrt werden. Auch eine weitere Entwicklung unserer Kriegs- und Handelstauchboote wird die Ungunst unserer geographischen Lage niemals ausgleichen. Denn dieselbe Technik, die Unterseeboote bauen kann, wird auch Mittel finden, das Meer gegen diese abzusperren. Solange die britischen Inseln für uns wie ein Riegel vor dem Weltmeer liegen, und dort ein Gegner sitzt, der die gehörigen Machtmittel in den Händen hat, ist unser atlantischer Weltwirtschaftsweg ewig bedroht. Um diese Bedrohung abzuschwächen, ist der Besitz der belgischen Küste für uns notwendig. Nur ein deutscher Kriegshafen in Zeebrügge ist dem Feinde am Kanal nahe genug, um diesem eine gründliche Sperre wenigstens sehr zu erschweren. Darum dürfen wir von Belgien unter keiner Bedingung die Hand wieder lassen, wenn wir den Krieg mit einem Sieg abschließen wollen, der diesen Namen überhaupt verdient. Eigentlich müßten wir unsere Machtsphäre sogar mindestens bis Calais oder Boulogne ausdehnen. Erst dann könnten wir sagen, daß wir einen halbwegs freien Zugang zum Atlantischen Ozean hätten. Ein solcher Gewinn ist aber nicht wahrscheinlich. Und weiter: mögen wir auch England jetzt besiegen, das britische Weltreich können wir doch nicht umstürzen. Dieses Reich aber wird uns nach dem Kriege wirtschaftlich weiter bekämpfen. Die Vereinigten Staaten sind, während Europa sich zerfleischt, mächtig erstarkt an Kapitalmacht und ökonomisch-politischem Selbstbewußtsein. Sie sagen uns das auch schon ganz deutlich in Wilsons Noten und Botschaften. Was aber Südamerika oder Ostasien anlangt, so weiß heute niemand, ob nicht das Zwanzigste Jahrhundert dort neue Weltmachtzentren schaffen, und ob nicht auch von da aus eines Tages eine agressive Macht- und Wirtschaftspolitik einsetzen wird. Selbst wenn wir also einen freien Zugang zum Atlantischen Ozean erstritten, so kann doch heute niemand mit Sicherheit wissen, ob uns der dann noch so viel nützen würde, wie früher zu erwarten stand. Wir hoffen natürlich das Beste, und manche Kenner des Weltwirtschaftswesens beruhigen uns. Aber als utopisch lassen sich die Autarkiebestrebungen der großen Welt- und Wirtschaftsmächte heute nicht mehr abtun. Die „offene Tür" ist in aller Welt ein zweifelhaftes Faktum geworden, und weniger denn je wird der Handel unbeeinflußt von den politischen Machtverhältnissen seine Wege suchen können. Wenn darum jetzt das Schlagwort „Freiheit der Meere!" bei unsern Kriegszielerörterungen eine große Rolle spielt, so wollen wir doch ja aufmerken, daß wir uns von ihm nicht in einen Nebel einhüllen lassen. Wir wissen noch nicht, welchen Einfluß die politisch-ökonomische Konzentration der Weltvölker auf den Handel haben wird, und wissen darum auch nicht, ob die „Freiheit der Meere" so wirksam für uns wird, wie wir wünschen möchten. Nicht die Freiheit, sondern nur die Herrschaft könnte den Verkehr auf dem Ozean mit Sicherheit nach unserm Gefallen gestalten. England hat diese Erfahrung nicht umsonst dargetan. Eine solche Herrschaft aber, wie sie England ausgeübt hat, wird in Zukunft nicht mehr sein. Uns zumal kann sie nach menschlicher Voraussicht nicht zufallen.

Darum kann Deutschland sich nicht allein auf seine atlantische Expansion verlassen. Diese große Errungenschaft des neunzehnten Jahrhunderts muß mit allen Kräften erhalten werden, aber nicht eindringlich genug kann man darauf hinweisen, daß die viel ältere historische Aufgabe des deutschen Volkes die Expansion nach Osten und Süden ist. Vor dem Kriege durfte man das nicht laut sagen, weil der status quo damals unantastbar war. Aber jetzt gelten diese Rücksichten nicht mehr. Wir brauchen Siedelungsgebiet im Osten und ein Absatzgebiet im Süden und Südosten, das uns kein Feind nehmen kann. Wird die Wirtschaftsfläche der Erde unter die Weltvölker verteilt, so wollen und müssen wir unsern festen Anteil haben. Es gilt mit Recht für einen besonderen Vorzug des russischen Imperiums, daß das Expansionsgebiet: Sibirien, Kaukasien, Turkestan, überall unmittelbar an das Kernland sich anschließt. Nun, ein Imperium wollen wir uns nicht erobern, wohl aber können wir mit unsern Bundesgenossen zusammen ein geschlossenes Gebiet freien Kultur- und Wirtschaftsaustausches, den uns kein Feind behindern kann, von der Nordsee bis zum Indischen Ozean bilden, und könnten an dieses auch verhältnismäßig leicht eine runde und genügend große Kolonialherrschaft in Afrika anschließen. Das sind keine Utopien, sondern geographisch und politisch sichergestellte Aussichten und Ziele, die auch dem historischen Beruf unseres Volkes entsprechen. Die atlantische Expansion behält dabei ihr volles Recht. Die Gasse nach Südosten ist nur unsere notwendige Sicherung für den möglichen Fall, daß der atlantische Weg früher oder später wieder einmal Hemmungen erfährt. Das Programm Berlin—Bagdad soll nicht unsere Seegeltung mindern oder überflüssig machen, sondern sie ergänzen und uns eine uneinnehmbare weltpolitische Basis sichern. Das mögen die Interessenten der Atlantischen Expansion, die heute schon allzu gern Wasser in den Wein der Begeisterung für einen dauernden Wirtschafts- und Kulturbund Mitteleuropas schütten möchten, sich doch ja vor Augen halten!

Ein dauerndes enges Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ist für uns eine Lebensnotwendigkeit. Das ist die weltpolitische Erkenntnis des Ministers von Bruck, die heute wieder Geltung bekommt. Dieses Bündnis bedingt eine umfassende Kulturarbeit im Sinne bewußter Annäherung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die Nationalkulturen der Donaumonarchie müssen nach und nach auf die Höhe der deutschen gehoben werden, und die deutsche Nation muß ihre führende und völkerverbindende Aufgabe begreifen. Und wie die verschiedenen Nationen, so muß das deutsche Kulturbewußtsein auch die verschiedenen Konfessionen umfassen, die nun in unseren weltpolitischen Gesichtskreis rücken. Einen Kulturkampf gegen irgendeine Kirche konnte sich einst Kleindeutschland leisten. Wir aber müssen die Konfessionen wieder ebensogut wie die Nationen als feste Gehege eines bestimmten Kulturbestandes achten lernen. Je weiter wir nach Südosten vordringen, desto wichtiger werden die Konfessionen als gruppenbildende Volksmächte. Kirchen sind keine Privatvereine,

sondern öffentliche soziale Körper, die man in ihrer Eigenart gelten lassen muß, so gut wie die Nationen. Es ist nicht überflüssig, dies im Zusammenhang mit unseren weltpolitischen Zukunftsaufgaben zu betonen. Denn auf dem Schaubrett unserer künftigen mitteleuropäischen und orientalischen Politik werden die Konfessionen wie die Nationalitäten als bestimmte Figuren stehen. Wir kirchlich meist lauen, oft fast indifferenten Protestanten, wollen gewöhnlich nicht zugeben, daß Konfessionen politische Größen sind. Diese Erkenntnis ist aber eine wichtige Voraussetzung unserer künftigen Weltpolitik. Auch hier ist Bruck uns vorausgegangen. Er war als reformierter Protestant österreichischer Minister in der Konkordatszeit und hat als solcher lernen müssen, mit politischen Konfessionen zu rechnen. Bruck nennt sein politisches Prinzip in dieser Beziehung das der „Unterscheidung" zwischen Staat und Kirche. Weder soll eine Kirche durch Konkordatsherrschaft den Staat für ihre Zwecke benutzen dürfen, noch soll der Staat durch „Trennung" von den Kirchen so tun, als könnte er die politischen Konfessionen ignorieren. Er soll vielmehr den Kirchen wie den Nationalitäten, die er umfaßt, einen bestimmten Lebensraum zuweisen, der ihrer Bedeutung entspricht und ihr Nebeneinanderleben möglich und ersprießlich macht. Das sind alles Dinge, in denen die österreichische politische Erfahrung uns weitaus überlegen ist. Für alle mitteleuropäische Politik ist und bleibt zweifellos für jeden, der sehen will und kann, die römische Kirche als verbindendes Element zwischen den Nationalitäten und als festgewurzelter kulturpolitischer Faktor hochwichtig und unersetzlich. Aber auch die griechischen Kirchen sind diplomatisch zu behandeln. Wo es möglich ist, wäre ihre Annäherung an Rom im Interesse des abendländischen Kultureinflusses und der Vereinfachung des politischen Schachbrettes zu befördern.

Unsere Weltpolitik darf nicht nur wirtschaftlich bestimmt sein, sondern muß auch Weltsozial- und Kulturpolitik werden, muß alle in ihr Gebiet fallenden sozial-kulturellen Gruppenbildungen der Menschheit in ihrer Totalität mit ins Auge fassen und ihr Gewicht klug abschätzen und für sich verwenden lernen. „Man darf nicht vergessen", schrieb Bruck (bei Charmatz S. 268), „daß die Finanzkraft und der Kredit eines Staates ebenso wie seine nachhaltige Wehrkraft nicht abstrakt aus sich oder an und für sich bestehen: sie sind vielmehr das Ergebnis seiner entwickelten Hilfsquellen, aller Verhältnisse und Zustände." Auch die Wirtschafts- und Wehrkraft Mitteleuropas wird also nicht aus sich und an und für sich bestehen, sondern alle seine inneren Verhältnisse und Zustände werden sie und darum auch jede künftige Weltpolitik unserer Nation bestimmen.

III.

Die Zukunft Italiens.

Brucks politisches Programm umfaßte nicht nur Deutschland, Österreich-Ungarn und den europäischen Südosten, sondern ein ganz besonderer Platz kam auch noch dem Nachbar im Süden, dem vielbegehrten Italien zu. „Nord-

italien mit seinen Mittelmeerhäfen", schrieb er (vgl. Charmatz S. 274 ff.) „bildet eine natürliche Ergänzung, ein südliches Vorland von Deutschland, wie an diesem umgekehrt Italien seine militärische und wirtschaftliche Ergänzung, sein großes nördliches Hinterland findet". Frankreich und am Pontus sogar Rußland erreichen selbst das südliche Meer; Mitteleuropa braucht den Durchgang durch Oberitalien, um diesen Anschluß zu finden. Deswegen greift das Verlangen des uns heute feindlichen Italien nach Triest nicht mehr und weniger als unsere Lebensinteressen an. Die historische Anziehungskraft, die Italien immer auf die germanischen Stämme ausgeübt hat, war keineswegs romantischer Natur, sondern der Trieb nach gesteigertem Dasein, nach dem Reichtum und dem quellenden Leben des Südens führte die Schwärme der Völkerwanderung und die Römerheere der deutschen Könige über die Alpen. Mit Unrecht haben manche Geschichtsschreiber, deren Blick allzu eng an der Heimat haftete, die italienische Politik der Ottonen, der Salier und Staufer für Vergeudung der deutschen Nationalkraft gehalten. Barbarossa war kein Romantiker und sah trotz seiner Vernachlässigung der ostdeutschen Kolonisation weiter als die sächsischen Partikularisten unter Heinrich dem Löwen. Soviel erreichte die staufische Politik doch, daß die lombardischen Städte und die großen italienischen Häfen wirtschaftspolitisch an Deutschland angeschlossen blieben. Öfters bestand die Gefahr, daß Italien ganz dem französischen Einflusse verfiel. Man braucht nur die Namen Karls von Anjou, Franz des Ersten und Napoleons zu nennen. Es gelang aber stets, die Gefahr zu beschwören. Das Haus Habsburg trat in die Fußtapfen der Staufer und hat mit seiner italienischen Politik auch der deutschen Nation manchen wichtigen Dienst geleistet. Nur die habsburgische Herrschaft in Italien hat es verhindert, daß andere für uns gefährliche Fremdherrschaften dort aufkamen. Deutschland hatte nach Brucks richtiger Erkenntnis nur die Wahl, „entweder selbst in Italien zu herrschen oder dort eine fremde Macht herrschen und auch die italienischen Kräfte gegen Deutschlands Sicherheit und Wohlfahrt verwendet zu sehen". Wir haben es ja nunmehr erfahren, wohin es geführt hat, daß Deutschland die nationale Einheit und Unabhängigkeit Italiens zulassen mußte. Ist die wirtschaftliche Gefahr seines Anschlusses an unsere Gegner heute nicht mehr so schwerwiegend wie früher, so ist doch die militärische Bedrohung unseres Daseins wesentlich größer: neben Frankreich im Westen, Rußland im Osten stürmt Italien als dritte europäische Landmacht vom Süden her auf uns ein.

Als Bruck sein politisches Testament schrieb, hatte Österreich eben die Lombardei verloren. Aber Venedig besaß es noch, in Rom regierte noch der Papst, in Neapel die Dynastie der Bourbonen. Noch war Italien keine Einheit, noch bestand die Möglichkeit seiner Beherrschung. Bruck plante damals ebenso wie die Ausdehnung des deutschen Zollvereins auf den gesamten deutschen Bund, so auch einen italienischen Bund auf der Basis eines italienischen Zoll-

vereins. Er schlug vor, die italienischen Gebiete Österreichs aus dem Zollverbande der Monarchie herauszunehmen und sie diesem italienischen Zollverein anzuschließen. Der gesamtdeutsche und der gesamtitalienische Zollverein sollten in ein freundliches handelspolitisches Verhältnis treten. Dieses entspreche nur der Natur der Dinge, denn während die italienische Produktion mit der südfranzösischen, spanischen, algerischen, griechischen im Verhältnis der Konkurrenz stehe, könnten die deutsche und italienische Produktion einander nur ergänzen.

Die Geschichte entschied auch in Italien nicht für Brucks Pläne. Aber die politischen Erkenntnisse, von denen er ausgegangen war, sind keineswegs Lügen gestraft worden, hat doch Bismarck sehr bald durch Abschluß des Dreibundes ihnen Rechnung getragen. Man machte jetzt also den Versuch, nachdem Italien jeder deutschen Herrschaftssphäre entglitten war, durch Bündnisvertrag den Zusammenhang Mitteleuropas mit seiner südlichen Halbinsel aufrecht zu erhalten, der vorher ein Jahrtausend lang durch Herrschaft gesichert gewesen war. Dieser Versuch ist mißlungen. Nicht, daß Bruck etwa sich geirrt hätte über das natürliche wirtschaftliche Ergänzungsverhältnis der Dreibundländer. Italien erfährt jetzt selber in seiner kläglichen Abhängigkeit von der englischen Kohle und der englischen Schiffahrt, wohin es gelangt, wenn es sich feindlich gegen Deutschland und Österreich-Ungarn abschließt. In Italien haben die geistigen Antipathien über die materiellen Sympathien gesiegt — übrigens ein prächtiger Tatsachenbeweis gegen jede einseitig ökonomische Geschichtsauffassung. Das Königreich Italien steht seiner geistigen Kultur nach ganz unter dem Einflusse des westeuropäischen Liberalismus und Nationalismus, es ist ein zweites Belgien in dieser Hinsicht (vgl. meinen Aufsatz in den Grenzboten 1916, Nr. 51). Die italienische Seele ist wider uns vergiftet. Was viele Tausende deutscher Romfahrer nicht zu sehen vermochten oder nicht gestehen wollten, daß das neue Italien trotz aller Dreibundpolitik Haß und Widerwillen, Rachsucht und Verfolgungsgeist wider seine deutschen Weggenossen gezüchtet hat, das ist vor unsern Augen Ereignis geworden. Die Geistessaat des von Frankreich verblendeten Garibaldianismus ist blutig in die Halme geschossen. Die italienische Seele ist uns genommen. Wir werden die traurigen Folgen nur bessern, wenn wir ihr die verderbliche Liebe zur Jakobinerkultur austreiben.

Was werden wir tun können? Eine neue Herrschaft Österreichs über Italien ist unmöglich, doch mag die Monarchie ihre Grenze soweit vorschieben, daß in Zukunft die lombardisch-venetianische Ebene unter den k. k. Kanonen liegt. Fast noch wesentlicher aber dürfte es sein, von innen heraus Italiens politische Kultur zu erneuern. Die wirtschaftlichen Vorteile des Anschlusses an Mitteleuropa müssen den Italienern wiederum möglichst zu Bewußtsein gebracht werden. Darum wollen wir uns auch vor der nationalistischen Torheit hüten, den Reiseverkehr nach Italien künstlich einzuschränken, wie entrüstete Patrioten bei uns fordern. Solche moralische Unkosten verteuern die Politik. Auch werden wir in Italien für eine geeignetere Presse sorgen müssen, als wir sie

vor dem Kriege hatten. Vor allem aber müssen wir gegen den deutschfeindlichen Liberalismus in Rom und Mailand den bisher im Schmollwinkel verharrenden italienischen Katholizismus mobilisieren. Voraussetzung dafür ist die Versöhnung des heiligen Stuhls mit dem Königreiche Italien. Die Wiederherstellung des Kirchenstaates könnte uns ganz recht sein, wenn sie möglich wäre. Da man sich diese Möglichkeit aber nicht vorstellen kann, und die römische Kirche auch selber sehr genau weiß, daß sie durch den Verlust des weltlichen Patrimoniums gewiß nicht an Macht eingebüßt hat, so wird sich ihre Versöhnung auch ohne Zerschlagung der italienischen Einheit erreichen lassen.

Das jetzige italienische Garantiegesetz hat vollkommen versagt. Die Klage des Papstes über seine Gefangenschaft im Vatikan war nicht unberechtigt. Es hat sich gezeigt, wie es mit der Freiheit seines diplomatischen Verkehrs mit den Gegnern Italiens bestellt ist. Die Behandlung des Oberhauptes der römischen Kirche darf in Zukunft keine italienische Angelegenheit mehr sein. Wir müssen durchsetzen, daß der heilige Stuhl unter internationale Garantie gestellt wird. Es ist zu hoffen, daß die Kirche dann zu Gegendiensten bereit sein und den Katholiken die Teilnahme an der inneren Politik Italiens gestatten wird Hat in Rom erst einmal der dem Engländer- und Franzosentum mit Haut und Haaren verschriebene Garibaldiliberalismus abgewirtschaftet, dann wird es auch möglich sein, die politische Kultur Italiens nicht bloß innerhalb des Katholizismus stärker mit dem deutschen politischen und geistigen Leben zu verbinden.

Uns Deutsche erwarten nach dem Kriege riesengroße politische Organisationsaufgaben in und außer unserem Vaterlande. Wir brauchen zu ihrer Lösung klare Gedanken und ein großes Herz. Möchte sich beides aus dem Vermächtnis der großen Staatsmäner unsrer Vergangenheit auf uns vererben!

Neue Bücher

Zum Problem der Ukraina

Bei Mickiewicz (in den Dziady) ſagt ein Kammerjunker: „Über Litauen, wahrhaftig, weiß ich weniger als über China.“ Wiſſen wir Deutſchen — außer wenigen — von Litauen, von Oſteuropa im allgemeinen und im beſonderen von der Ukraina mehr? Bis zum Kriegsbeginn war letztere, ſelbſt der Name, den meiſten Deutſchen unbekannt und Hekuba; nur von den Ruthenen Galiziens hatten wir, wegen der lebhaften und unabläſſigen Klagen ihrer Führer, die wir ſeit Jahrzehnten mit halbem Ohr und ohne inneren Anteil anhörten, auch wohl oft genug als läſtig empfanden, eine ungefähre Kenntnis. Seit Beginn des Weltkrieges iſt unſer Intereſſe an der ganzen Ukraina, auch am ruſſiſchen Anteil und an ſeinen Bewohnern, erfreulicherweiſe in ſtetem Wachſen; an dem Lande ſowohl, das das weite Gebiet von den Karpathen bis zum Kaukaſus umfaßt, als auch an dem Volke, das mit ſeinen 36 Millionen Köpfen das ſechſtzahlreichſte Europas iſt. Dieſes Intereſſe dauernd wach zu erhalten und unſere Wißbegierde zu befriedigen, ſind Gelehrte und Publiziſten der Ukrainer unermüdlich tätig; ſie ſind ſich des furchtbaren Ernſtes der Situation bewußt; ſie wiſſen, daß ſie in kürzeſter Friſt die öffentliche Meinung Deutſchlands für die gute Sache ihres Volkes, das jetzt oder nie frei wird, gewinnen und uns überzeugen müſſen, daß wir, was wir für ſie tun, auch zu unſerem Vorteil tun, daß wir die ruſſiſche Gefahr nur dann dauernd bannen werden, wenn wir die „Fremdvölker“ des Zarenreiches, vor allem das zahlreichſte, die Ukrainer, aus dem Joch des ſeelenmordenden Moskau loslöſen und ihnen, unter Anlehnung an Mitteleuropa, ein menſchenwürdiges Daſein ſowie „die vollſtändige nationale Entwicklung in eigener Sprache und nach eigenem Weſen“ gewähren. Es kann und ſoll hier aus der Überfülle der einſchlägigen Literatur nur einiges, beſonderer Beachtung würdiges hervorgehoben und denen zum Studium empfohlen werden, die die Geſchichte des ukrainiſchen Volkes, die Geographie des ukrainiſchen Landes und den augenblicklichen Stand der Beſtrebungen zur Löſung des ukrainiſchen Problems kennen zu lernen wünſchen, um ſich ſo zu eigenem Urteil zu befähigen. —

An erſter Stelle ſei hier die **„Geſchichte der Ukraina“** von **Michael Hruſchewskyj** genannt. Der gelehrte Verfaſſer des gediegenen Werkes, der dem Lehrkörper der Univerſität Lemberg als Profeſſor der oſteuropäiſchen Geſchichte angehört, iſt ein durch ſeine wiſſenſchaftlichen Leiſtungen legitimierter Fachmann und zugleich ein in ſeinem Urteil unbeſtechlicher Forſcher, der die Objektivität, die größte und notwendigſte Tugend des Hiſtorikers, ſtets und auch da übt, wo er von den Kämpfen des eigenen Volkes gegen Großruſſen, Litauer und Polen und von den Leiden ſeiner unterdrückten Stammesgenoſſen ſpricht. Da er die gewaltige Stoffmenge

mit Leichtigkeit meistert und übersichtlich gliedert, stellt er an Gedächtnis und Fassungskraft seiner, wenigstens der wissenschaftlich gebildeten Leser, keine allzu hohen Ansprüche. Sein Buch füllt eine Lücke aus; ja sein Erscheinen war, wie die Herausgeber, „Der Bund zur Befreiung der Ukraina", mit Recht betonen, eine dringende Notwendigkeit. Es gab nämlich in der deutschen wissenschaftlichen Literatur — außer zwei Werken Johann Christians von Engel, die gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts erschienen und heute eine Seltenheit sind, — bisher keine einzige, das Thema erschöpfende und auf der Höhe der Forschung stehende Gesamtdarstellung der Geschichte des ukrainischen Volkes. Beide Forderungen erfüllt jetzt das Buch Hruschewskyjs, dessen erstem Teil in Kürze der zweite mit einem Verzeichnis der wichtigsten einschlägigen Literatur und einem die Benutzung erleichternden Register folgen wird. Der erste Teil handelt in den ersten vier Kapiteln von der Ukraina, vom Lande und dem Volke, von den Siedlungen, der Kultur und Lebensweise der Ukrainer, von ihren Handelsbeziehungen und den Handelswegen nach Skandinavien, Byzanz, dem Osten und Süddeutschland und schließlich von den Anfängen der staatlichen Organisation. Die sechs folgenden Kapitel erzählen uns vom Aufbau und von der Zersetzung des Kiewer Staates im neunten und zehnten, von den Teilfürstentümern im elften bis dreizehnten, von dem Staate Halitsch-Wolhynien im dreizehnten und vierzehnten, von den Geschicken der ukrainischen Länder unter der Herrschaft des Großfürstentums Litauen uud der Krone Polen im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert und von der Einverleibung in das Polenreich durch die ebenso hinterlistige wie gewaltsame Union von Lublin (1569). Die letzten drei Kapitel zeichnen in scharfen Umrissen Bilder des sozialen und nationalen, religiösen und kulturellen Lebens der Ukraina vom vierzehnten bis in das zweite Jahrzehnt des siebzehnten Jahrhunderts, des Anwachsens der Macht, des Übermuts und der Unduldsamkeit der dieses Gebiet überschwemmenden polnischen Schlachta, sowie der Entrechtung und Knechtung des einheimischen Bauernstandes, der erst unter polnischem, seit den Teilungen nnter russischem Joch geschmachtet hat und in diesem Jahr die endliche Erlösung durch die deutschen Waffen erhofft.

Auf der gleichen Höhe der wissenschaftlichen Forschung wie Hruschewskyj hält sich ein Schüler Pencks, der Privatdozent der Geographie an der Lemberger Hochschule **Dr. Stephan Lozynskyj**. Auch er beherrscht die Methoden und Forschungsergebnisse der Hilfswissenschaften seines Spezialfachs und bietet desha.b in seiner **„Ukraina"** von seinem Volke und dessen Wohnsitzen eine nach Form und Inhalt vortreffliche Darstellung.

Auch sein Buch, das gleichfalls eine Lücke ausfüllt, ist vom „Bunde zur Befreiung der Ukraina" herausgegeben worden; es ist bestimmt, als Quelle der Belehrung und Aufklärung der wissenschaftlich gebildeten und politisch interessierten deutschen Oberschicht und als Nachschlagewerk für deutsche Schriftsteller zu dienen, für die es eine willkommene, an Tatsachen und Zahlen unerschöpfliche Fundgrube sein wird; es verdient, wie Hruschewskyjs Geschichtswerk, aufs wärmste empfohlen zu werden. Wenn der Verfasser bescheiden von seinem Büchlein und den zwei Bändchen spricht, den Anspruch, eine wissenschaftliche Leistung zu bieten, ablehnt und bemerkt, daß man bei ihm wenig wissenschaftliches Material finden werde, so widerlegt ihn schon rein äußerlich die Tatsache, daß der stattliche Band 378 S. Text, ein reichhaltiges

Verzeichnis der wichtigeren Literatur, ein sorgfältig gearbeites Register, sechs ausgezeichnete Übersichtskarten und vierzig wohlgelungene Abbildungen von Menschen und Landschaften bietet, welch letztere übrigens auch getrennt zu kaufen sind. Und wer sich in den Inhalt vertieft, erkennt sofort, daß das Buch ein wissenschaftliches Werk ist, das, um Worte Engelbert Pernersdorfers anzuführen, „auf wissenschaftlicher Grundlage fußt und zum erstenmal in deutscher Sprache ein vollständiges Bild der physischen Geographie und der Anthropogeographie der Ukrainer gibt". Zu Lampenfieber hat der Autor also keinen Grund; sein Buch wird seinen Weg machen. Um einiges hervorzuheben, so ist von ihm mit zwingenden Gründen bewiesen worden, daß die Ukraina als eine physisch-geographische Einheit anzusehen ist, daß die Ukrainer eine ebenso vollkommen slawische Nation (kein Filialvolk der Großrussen) sind wie die übrigen Slawenvölker, daß sie sich insonderheit von den drei ostslawischen Völkern, deren anthropologischer Typus merkliche Spuren einer mongolischen Beimischung verrät, leiblich und seelisch durchaus und zwar vorteilhaft unterscheiden, und zudritt, daß die ukrainische Intelligenz den Anschluß der ukrainischen Kultur an die westeuropäische, speziell die deutsche, ersehnt und betreibt.

An dritter Stelle möchte ich die Aufmerksamkeit noch auf den bei C. A. Schwetschke (Berlin) herausgekommenen Sammelband „Die Ukraine" lenken. Die Verfasser der vier inhaltreichen und wertvollen Aufsätze setzen die Vergangenheit des ukrainischen Volkes geschickt mit seiner Gegenwart in Beziehung und fördern dadurch das Verständnis für das ukrainische Problem. Worauf Hruschewskyj und Lozynskyj mehrfach hinweisen, das wird bei ihnen eingehend behandelt, für Hofrat Barwinskyj sogar zum Thema: „Die politischen und kulturellen Beziehungen der Ukrainer zu Westeuropa". Barwinskyj weist diese Beziehungen, ihre Einflüsse und Wirkungen von frühen Jahrhunderten bis in Bismarcks Tage für das politische, kirchlich-religiöse und zurzeit des Klassizismus geistig-kulturelle Leben seines Volkes nach; er beseitigt damit den polnischerseits im Umlauf erhaltenen Irrtum, die Ukrainer würden, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft im Bann der byzantinischen und der moskowitischen Denkweise, also auch des Panslawismus bleiben. Sein Landsmann Dr. Eugen Lewickyj führt durch seinen Beitrag „Die wiedererwachte Ukraina" den deutschen Leser in die ukrainische Literatur ein und macht ihn mit ihren Größen, namentlich mit Taras Schewtschenko, bekannt, zeigt aber auch, daß das ganze kleinrussische Volk auf die Stunde der Erlösung wartet, und daß die scheinbar leblose Masse, sobald die Großrussenherrschaft zusammenbricht, in Bewegung geraten und zur Führerrolle befähigte Männer, Popen, Volksschullehrer und Vertreter der freien Berufe, an ihre Spitze treten werden. Speziell von der Volksdichtung der Ukrainer, von ihren historischen Liedern erzählt uns, ersichtlich mit innerem Anteil, Professor Cremer selbst Erlebtes, viel Interessantes und nur wenigen Bekanntes. Seine Mitteilungen sprechen für die Annahme, daß die Ukrainer, denen, durch die Schuld des russischen Tschin zu 80 Prozent Analphabeten, die Schulkultur fehlt, die aber eben eine alte, festgewurzelte Volkskultur haben, sich schnell, begabt und geistig regsam, wie sie sind, zur Vollkultur entwickeln werden. Über sie urteilte Herr von der Brüggen, ein Kenner, bereits vor Jahrzehnten: „Das Volk der Kleinrussen, beweglich, von scharfem Verstande, von festem, kernigerem Grund-

charakter als die großrussischen Vettern, voll Frohsinn, voll gemütvoller, aber nicht allzuweicher Poesie, ist vielleicht der tüchtigste, intelligenteste, kulturfähigste Zweig der russischen Familie". Den Schluß des Sammelbandes macht ein gehaltvoller Vortrag von Dr. Falk Schupp, dem Herausgeber der „Osteuropäischen Zukunft": „Die Ukraine, Deutschlands Brücke zum Morgenlande." Aus seinen, die volkswirtschaftliche Seite der Frage besonders hervorhebenden Ausführungen ersehen wir, daß der halbasiatische Koloß, durch den Verlust der kleinrussischen Länder tödlich getroffen, seiner besten Machtmittel, eines erheblichen, hervorragend steuerkräftigen Bruchteils seiner Bevölkerung, seines fruchtbarsten Bodens, der einen Kornkammer unseres Kontinents, und ungewöhnlich reicher Schätze unter der Erde verlustig gehen würde, daß sich dann dort unten unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und Industrie eröffnen würden, und daß die restlose, durch die Rücksicht auf die Sicherung der Existenz des deutschen Reiches und Volkes gebotene Lösung der Ostslawenfrage zur conditio sine qua non die Lösung der ukrainischen hat, die nicht, wie ängstliche Gemüter wollen, bis zum nächsten Kriege aufgeschoben, d. h. für immer aufgegeben werden darf, sondern jetzt vollzogen werden muß. —

Wer die drei hier besprochenen Werke sorgfältig durchstudiert, ist zu eigenem Urteil über das ukrainische Problem befähigt; wer sich eine eingehendere Kenntnis, namentlich von dem galizischen Nationalitätenkampfe erwerben will, der muß freilich auf die in Wien erscheinenden „Ukrainischen Nachrichten" sowie auf die in Genf für die Neutralen herausgegebene „Revue ucranienne" und auf die endlose Reihe der Broschüren, die der Aufklärung der deutschen öffentlichen Meinung dienen sollen, verwiesen werden. Genannt seien wenigstens drei: die „Polonia irredenta", des leider zu früh heimgegangenen Roman Sembratowicz, „Die selbständige Ukraina" des Herrn von Joltuchowskyj, der bei knappster Fassung das Wesentliche zu sagen weiß, und das „Galizien" des Dr. Eugen Lewickyj, der über die nationalen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zustände des unglücklichen Landes kurz und knapp einen nichts wichtiges weglassenden Überblick gibt. Wer sich in diese Literatur versenkt, wird viel neues, bisher unbekanntes erfahren und die aufgewandte Mühe reich belohnt finden; er wird das unglückliche, begabte, liebenswürdige und gutartige Volk lieb gewinnen und ihm ein Ende seiner Leiden wünschen. Möchte ihm dies jetzt beschieden sein! Professor Kranz.

Emil Ermatinger: Gottfried Kellers Leben. Stuttgart und Berlin, Cotta 1915. 677 S. 17 M. — Gottfried Kellers Briefe und Tagebücher, herausg. von Emil Ermatinger das. 1916. 2 Bände. 527 S. 13,50 M. und 597 S. 15,50 M.

Zu dem Werke Gottfried Kellers liegt nun die Biographie und die vollständige Ausgabe von Briefen und Tagebüchern vor. Auf Grund der Arbeit Bächtolds und einer erneuten Einsicht in die Gesamt-Korrespondenz und Tagebücher stellt Ermatinger die Persönlichkeit Kellers dar. Es bietet sich ihm dabei die dreifache Aufgabe: Zu erforschen, was der Dichter an eigenen Werten des schaffenden Geistes mitbringt, wie er sich den historischen Gegebenheiten gegenüber verhält, und wie sein persönliches Erleben, die Umwelt und die Verhältnisse, zur Formung seines Wesens beitragen.

Im Mittelpunkt der geistig-sinnlichen Veranlagung Kellers steht der Gesichtssinn. Durch das Auge nimmt er das Weltbild in sich auf, daher die große Anschaulichkeit und Buntheit seiner Gestalten. Von außen nach innen geht sein Erlebnis rein sinnlich genommen, aber auch der Entstehungsprozeß seiner Gestalten geschieht auf diesem Weg. Keller ist der große Wirklichkeitsdichter mit der unendlichen Mannigfaltigkeit des Lebens selbst.

Kellers literarisches Erscheinen fällt in die Zeit der verklingenden Romantik. Von ihren Einflüssen beherrscht, beginnt Keller seine literarischen Erstlinge, ihre Überwindung ist sein eigentlicher Entwicklungsprozeß. Dieser wird vollzogen und theoretisch erfaßt durch die Philosophie Feuerbachs und bedeutet für Keller die entschiedene Wendung vom Idealismus zum Realismus.

Neben der Darstellung der Wesenszüge Kellers und der historischen Entwicklung seiner Kunst, verfolgt Ermatinger die äußeren Schicksale des Dichters. Er schildert die Umwelt in der Heimat, wie sie uns ähnlich im „Grünen Heinrich" vorliegt, die Studienzeit in der Fremde und seine Tätigkeit und Wirkung im Vaterland. Er läßt aus den drei Elementen, den Anlagen des schaffenden Geistes, den geschichtlichen Gegebenheiten und der Fülle der Erlebnisse die Persönlichkeit Kellers vor uns erstehen und gibt damit zu dem Werken des Dichters selbst das würdige Geleitwort.

Soweit der I. Band des gewaltigen Werkes. In Band II und III spricht der Dichter selbst zu uns in Tagebuchaufzeichnungen und im größten Umfange in Briefen. Für den Kellerfreund und Kenner ist es an sich nicht überraschend, daß in allen Aufzeichnungen das unmittelbare Erleben des Dichters in buntester Mannigfaltigkeit und plastischer Deutlichkeit ersteht. Ist aber die Dichtung Kellers der geformte Ausdruck seines Erlebens, so können die Briefe und Tagebuchblätter als ein Mittel zwischen Mensch und Werk angesehen werden, als ein Übergang vom chaotischen Wirrsal der Einzelerscheinungen zur endgültigen Form des Kunstwerkes. Gerade das aber macht die zwei Bände so bedeutsam. Und noch eine weitere Tatsache: manches Erlebnis hat sich bei Keller nicht zum Kunstwerk verdichtet, hat aber seinen Niederschlag in diesen Dokumenten des Menschen gefunden. So erscheinen uns in Band II S. 168 die Worte, die Keller in den politischen Kämpfen des Jahres 1848 gefunden hat besonders heute bemerkenswert. Es sind Worte, die sein tiefes Verständnis für das ringende Deutschland und die Aufgaben jener Tage bekunden. Sie klingen wie für heute geschrieben und sind ein wertvolles Zeugnis für Kellers echt deutsches Empfinden.

Im III. Bande sehen wir, wie des Dichters Beziehungen sich gemehrt haben, wie seine Wirkung die weitesten Kreise des literarischen Lebens umspannt. Der Band bedeutet in dieser Hinsicht eine große Bereicherung gegenüber dem längst geschätzten Briefwechsel mit Storm. Neben Storm sind es besonders Freiligrath und Heyse unter den Dichtern, mit denen Keller seine künstlerischen Ideen und Ansichten bespricht und unter den Theoretikern F. Th. Vischer und Hermann Hettner. Aber auch an viele andere Freunde richtet Keller literarische Urteile und Bemerkungen, und so ist der Briefwechsel neben seiner Bedeutung für die Kellerforschung und seinen menschlichen und ästhetischen Werten eine Fundgrube für literarhistorische Studien und Anregungen. Dr. Johanna Kohlund

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Neue Ziele, neue Wege

Von Dr. H. Handke

Im zweiten Buche ſeines philoſophiſchen Hauptwerkes „Die Welt als Wille und Vorſtellung“ weiſt Schopenhauer auf die „wunderliche Tatſache“ hin, „daß jeder a priori ſich als ganz frei auch in ſeinen einzelnen Handlungen hält und meint, er könne jeden Augenblick einen anderen Lebenswandel anfangen, welches heißt, ein anderer werden. Allein, a posteriori, durch die Erfahrung findet er zu ſeinem Erſtaunen, daß er nicht frei iſt, ſondern der Notwendigkeit unterworfen iſt, daß er, aller Vorſätze und Reflektionen ungeachtet, ſein Tun nicht ändert und vom Anfang ſeines Lebens bis zum Ende denſelben von ihm ſelbſt gemißbilligten Charakter durchführen und gleichſam die übernommene Rolle bis zu Ende ſpielen muß.“

Es kann auch der Politik des Tages nur nützlich ſein, ſie gelegentlich einmal von einer derartig hohen Warte der philoſophiſchen Erkenntnis aus zu betrachten. Zu Beginn des Krieges, in der erſten Zeit der hochquellenden Begeiſterung jener wunderbaren Auguſttage des Jahres 1914 hatten wir alle uns mit dem Kanzler das feſte Verſprechen gegeben, uns auf dem Gebiete der Politik von jeder „Sentimentalität“ im politiſchen Leben freizuhalten und der deutſchen Neigung, alles Fremdartige zu bewundern und nachzuahmen, abzuſchwören. Die Folge aber hat gezeigt, das wir dazu nicht fähig ſind, daß das fremde Vorbild auf viele von uns ſeine alte Anziehungskraft ausübt und daß wir in den Sentimentalitäten, wie unter anderem der Haßgeſang gegen England vom Jahre 1914 beweiſt, wieder mitten drin ſind, ja vielleicht iſt die Abſchwörung jener Sentimentalität die erſte Sentimentalität geweſen, weil wir ja nicht erſt nötig gehabt hätten, uns ſo feierlich von ihr loszuſagen, wenn wir ſie tatſächlich im Innern überwunden hätten. Das hat man in England, wo man in der Politik keine Sentimentalität kennt, auch längſt richtig erkannt und in dieſem Rüttlſchwur nur einen Beweis dafür erblickt, das in dieſer

Hinsicht alles beim Alten bleiben wird — und vielleicht wäre es auch nicht das schlimmste, wenn dem so wäre. Denn wenn uns auch die Sentimentalität in politischen Dingen in mancher Hinsicht geschadet hat, so ist sie schließlich doch nur der Schatten gewisser unleugbarer Vorzüge des deutschen Wesens, denen wir unsere bisherigen Erfolge in der Welt verdanken und die mit verloren gehen würden, wenn wir die Sentimentalität tatsächlich abstreiften — wohlbemerkt, sofern dies möglich wäre. Denn diese so feierlich abgeschworene Sentimentalität ist im Grunde nur der Ausfluß des weit umfassenden universellen Charakters des deutschen Geistes, ohne den wir weder auf wirtschaftlichem noch auf geistigem Gebiete das geworden wären, was wir heute sind und dem wir letzten Endes die Kraft verdanken, einer Welt von Feinden nicht nur zu widerstehen, sondern sogar zu hoffen, sie niederwerfen zu können. Auch in anderer Hinsicht hat eine derartige grundlegende Charakteränderung, sofern sie möglich ist, ihre großen Bedenken, weil sie nur zu leicht zu dem Verlust des überkommenen Charakters führt, ohne etwas neues Tatsächliches an seine Stelle zu setzen, also zur Charakterlosigkeit und somit zur schlimmsten Entartung. Vielleicht ist die Rückständigkeit bei einem Teil unserer Feinde, besonders bei den Franzosen und Russen, auf eine derartige Entartung zurückzuführen.

Diese Erkenntnis, nicht aus unserer Haut heraus zu können, darf aber natürlich nicht dazu führen, aus der Vergangenheit nichts zu lernen und alle gemachten Fehler einfach zu wiederholen. Können und wollen wir vielleicht die deutsche Sentimentalität, die auf der Fähigkeit, mit anderen mitzufühlen und uns in andere einzufühlen, beruht, auch nicht von Grund aus ablegen, so können wir doch danach streben, sie verstandesmäßig auf Grund der gemachten Erfahrungen zu beherrschen, statt uns von ihr beherrschen zu lassen. Sie völlig zu verneinen, würde der größte Fehler sein, weil sie doch immer wieder durchbrechen und uns gerade dort einen Streich spielen würde, wo wir am wenigsten darauf gefaßt sind. Besäßen wir diese Sentimentalität nicht, sondern an ihrer Stelle die Rücksichtslosigkeit des englischen und russischen Eroberungsgeistes, so würden zweifellos auch unsere Kriegsziele wesentlich andere sein und uns in Aufgaben verstricken, denen wir mit dem uns überkommenen Charakter nicht gerecht werden könnten.

Immerhin wäre diese Abschwörung der Sentimentalität in politischen Dingen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik noch begreiflich, da sie uns dort zweifellos manche Nachteile gebracht hat und die nicht von Sentimentalität angekränkelten diplomatischen Mittel unserer Feinde sich den unseren überlegen gezeigt haben. Wie tief uns dagegen die Fremdtümelei im Blute steckt, zeigt wohl am besten der Umstand, daß wir auch auf dem Gebiete der inneren Politik noch immer fortfahren, nach dem Auslande zu blicken und viele Kreise nach wie vor in der Nachahmung der politischen Demokratie unserer Feinde das Allheilmittel für gewisse innerpolitische Sorgen und auch für den Haß, mit dem uns die Welt beehrt, erblicken, obwohl doch gerade die deutsche Wider-

ſtandsfähigkeit in dieſem Weltkriege gezeigt hat, daß wir innerpolitiſch im Kerne geſund ſind und vorausſichtlich nicht imſtande wären, die gegenwärtige Widerſtandsfähigkeit zu bekunden, wenn wir uns tatſächlich innerpolitiſch durch die Tat zu den politiſchen Idealen unſerer Feinde bekannt hätten, die ſie jetzt ihrer Niederlage entgegenführen. Denn nachahmen ſollte man doch nur das, was ſich bewährt, nicht aber, was ſich ſo überzeugend als verkehrt und mangelhaft herausgeſtellt hat, wie der innerpolitiſche Aufbau unſerer Feinde. Es iſt ſchwer verſtändlich, daß dieſer naheliegende Gedanke in den Parlamentsverhandlungen der zweieinhalb Jahre Kriegszeit, die hinter uns liegen, nicht öfter und ſchärfer zum Ausdruck gekommen iſt, und daß ſtattdeſſen immer wieder der Gedanke geäußert werden konnte, die zutage getretene Feindſchaft der Welt durch ein Entgegenkommen gegen unſere Feinde in innerpolitiſcher Hinſicht zu beſänftigen, obwohl die Bekämpfung des Teufels durch freundliches Entgegenkommen ſich bisher in der Welt nur wenig bewährt hat. Wenn uns der Krieg auf innerpolitiſchem Gebiete etwas klar gezeigt hat, ſo iſt es die Überlegenheit der deutſchen Methode, und dieſe Erkenntnis ſollte uns nicht wieder verloren gehen und auch bezüglich der Frage der Neuorientierung immer an erſter Stelle ſtehen. Anſätze in dieſer Hinſicht ſind auch erfreulicherweiſe bereits vorhanden, ſo bei den Sozialdemokraten z. B. in den Büchern von Lenſch und Häniſch, die in ehrlicher, nicht genug anzuerkennender Begeiſterung mit einer ganzen Reihe von alten Vorurteilen über Deutſchland und Preußen gebrochen haben und ebenſo auch auf der anderen Seite, wo man den Leiſtungen der organiſierten Demokratie, die ſich in dieſem Kriege ſo glänzend bewährt hat, ebenfalls gerecht geworden iſt und freudig anerkennt, daß die früher als ſtaatsfeindlich und ſtaatszerſetzend bekämpfte Sozialdemokratie ſich große Verdienſte um die Hebung des Arbeiterſtandes und um das Durchhalten im jetzigen Kriege erworben hat. Hier iſt der Punkt, wo die ſogenannte Neuorientierung einſetzen ſollte; nicht die urteilsloſe Nachahmung der entarteten und abgewirtſchafteten weſtlichen Demokratie mit ihren Exporten nach Rußland muß unſer Ziel ſein, ſondern die Vereinigung der bewährten überlieferten reichsdeutſchen und bundesſtaatlichen Methoden, in erſter Linie auch der viel angefeindeten preußiſchen Methoden, die ihre Goldechtheit in dem Läuterungsfeuer des Weltkrieges klar bewieſen haben, mit den Methoden der Organiſationen der deutſchen Demokratie, die im Gegenſatz zu der rein negativen weſtlichen Demokratie durchaus poſitiv geartet iſt, zu einer höheren harmoniſchen Einheit in der Weiſe, daß ſie in Zukunft nicht mehr gegeneinander, ſondern miteinander zu arbeiten berufen ſind. Denn wenn auch jeder ſtaatliche Fortſchritt nur aus dem Kampfe der widerſtreitenden Meinungen im Innern erwachſen kann, ſo liegt doch auf der Hand, daß ein jedes Staatsweſen dann auf der höchſten Höhe ſteht und die größte Kraft nach innen und außen entfalten kann, wenn der Kampf der Meinungen als ſolcher auf ein Mindeſtmaß zurückgeführt iſt und durch ein gemeinſames Zuſammenarbeiten nach den gleichen Zielen erſetzt worden iſt.

Für diesen Ausgleich aber ist die Gegenwart und die Zeit nach dem Kriege geeigneter als jede andere. Für diesen Ausgleich ist der Krieg selbst die beste Vorschule gewesen, weil hier dank der naiven politischen Geschicklichkeit unserer Militärbehörden, bereits das harmonische Zusammenarbeiten tatsächlich erzielt worden ist, das unser innerpolitisches Ziel für die Zukunft sein muß. Ist es hier möglich gewesen, die Leistungen unserer demokratischen Organisationen mit den staatlichen und den noch viel schärferen kriegerischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen, so darf man daran auch nicht verzweifeln, dieses Ziel auf staatlichem Gebiete zu erreichen. Gerade die Eingliederung der Sozialdemokratie, abgesehen natürlich von der rein negativen westlich gerichteten Richtung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, dürfte sich, wenn erst einmal ein gemeinsames Arbeitsfeld geschaffen ist, leichter vollziehen als es zunächst den Anschein hat. Nicht mit Unrecht hat man gesagt, das es neben dem preußischen Staat kaum etwas anderes gibt, das dem gleichen preußischen Geist zeigt, als die preußische Sozialdemokratie, und tatsächlich hat die Sozialdemokratie in sich außerordentlich viele staatsbildenden Elemente, wie der bewundernswerte Ausbau ihrer Organe zeigt. Auch das Buch des Sozialdemokraten Lensch, der früher zu den radikalsten Vertretern der Sozialdemokratie gehört hat, ist mit seiner manchmal an konservative Politiker gemahnenden Betonung staatlicher Notwendigkeiten ein Beweis dafür. Daß er zurzeit bei seiner Partei nicht viel Anklang gefunden hat, sondern ziemlich allein dasteht, ist doch kein Beweis dagegen. Denn auch die sozialdemokratische Fraktion, obwohl sie sich den Pflichten gegen das Vaterland nicht entzogen, sondern sich freudig in seinen Dienst gestellt hat, spiegelt nicht den Geist der Arbeiterschaft wieder, die jetzt draußen vor dem Feinde durch zweieinhalb Jahre gestanden und ihre Treue gegen das Vaterland mit ihrem Blute besiegelt haben. Entstammt sie doch durchgehend der Zeit vor dem Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", das die Neuorientierung tatsächlich eingeleitet hat und viele von ihnen stecken, trotz ihrer jetzigen Haltung, doch noch zu sehr in dem Geiste des alten Klassenkampfes und eines negativen Marxismus, als das man aus dieser Haltung bindende Schlüsse für die Zukunft ziehen kann. Ihr endgültiges Gesicht wird die Sozialdemokratie erst nach den nächsten Wahlen haben, bei denen die Männer den Ton angeben werden, die im Felde gestanden und dort eine ganz andere Auffassung von Militarismus und Junkertum erhalten haben, als die alte Generation, die wohl im Kampfe gegen diese Kräfte, aber nicht im Kampfe mit ihnen gegen einen gemeinsamen Gegner gestanden hat.

Was überhaupt die Vorwürfe des Militarismus und des Junkertums betrifft, die uns von unseren Feinden gemacht werden, so haben einsichtige Leute auch demokratischer Richtung längst erkannt, daß bei uns in mancher Hinsicht ein weit echterer demokratischer Geist vorhanden ist, als etwa in England mit seiner erbarmungslosen Knechtschaft der unteren Klassen unter den Willen einer kleinen regierenden Kaste oder auch in Amerika, wo man neben dem goldenen

Kalb noch eine ganze Reihe anderer falscher Götter anbetet und europäische Grafen- und Fürstentitel vielleicht höher als bei uns geschätzt werden.

Es fragt sich, ob man sich tatsächlich bei der Weiterentwicklung unseres staatlichen Lebens grundsätzlich für das demokratische oder aristokratische Prinzip entscheiden muß oder ob nicht, trotz ihrer scheinbaren Gegensätzlichkeit ein Ausgleich beider möglich ist. Man kann für einen aristokratisch-autoritativen, auf strammer Organisation beruhenden Ausbau unseres staatlichen Lebens, im weiteren Sinne natürlich, eintreten, schon weil man den aristokratischen Aufbau der Gesellschaft für das Naturgemäße und auf ewigen Gesetzen Beruhende erachtet und daneben doch den demokratischen Geist, dem wir in diesem Weltkriege so viel verdanken, nicht missen wollen. Beruht auf dem ersteren die Fähigkeit, alle Kräfte für ein großes Ziel zusammenzufassen, so auf dem zweiten, dem demokratischen Geist, die freudige spontane Mitarbeit jedes einzelnen, die der geknechtete Mensch nicht kennt. Den Weltkrieg würden wir weder ohne die eine noch ohne die andere Fähigkeit überstanden haben. Beides sind übrigens Erbstücke aus unserer alt-germanischen Vergangenheit, und ein Blick auf unsere ganze Geschichte zeigt, daß das deutsche Volk immer dann am höchsten gestanden hat, wenn der in ihm wohnende demokratische Trotz durch eine starke Organisation gebändigt und durch eine weitblickende Politik auf große Ziele hingewiesen war. Auch heute noch haben wir das Nebeneinander dieser beiden großen staatlichen Kräfte in dem demokratischsten Wahlrecht der Welt, dem Reichstagswahlrecht, und den mehr oder weniger aristokratisch gearteten bundesstaatlichen Wahlrechten und Parlamentsvertretungen, in erster Linie dem preußischen Dreiklassen-Wahlrecht und dem Herrenhause. Es wäre töricht, über beide Einrichtungen mit hergebrachten Schlagworten aburteilen zu wollen, hat doch erst kürzlich das Preußische Dreiklassen-Parlament mit einer aus dem Herzen kommenden Begeisterung die großen Verdienste des auf so ganz anderer Grundlage aufgebauten Reichstages in diesem Kriege freudig anerkannt. Und ebensooft sind auch von anderer Seite die preußischen Leistungen im allgemeinen und auch die des preußischen Parlaments anerkannt worden, obwohl das eigentlich nicht nötig gewesen wäre, denn für das preußische Staatsgebilde spricht das entscheidende Wort wohl am besten die preußische Geschichte selbst mit ihren großen Erfolgen, die um so höher zu bewerten sind, als sie nur auf Arbeit und Tüchtigkeit, nicht aber auf dem Reichtum des Bodens und der Gunst der äußeren Verhältnisse beruhen. Es wäre eine politische Verschwendung sondergleichen, wollte man ohne zwingende Notwendigkeit eine dieser beiden Kraftquellen des deutschen Volkes verstopfen nur um einer politischen Theorie willen; besitzen doch auch andere Länder und gerade die politisch erfolgreichsten neben einem Unterhaus ein Oberhaus, ja vielleicht haben sie diesem Umstande, daß ein Ausgleich zwischen dem spontanen Betätigungsdrange des demokratischen Unterhauses und des die Tradition und die staatliche Autorität repräsentierenden Oberhauses geschaffen werde, ihre größten Erfolge zu verdanken.

So lange England auf dem Gebiete der auswärtigen Politik seine größten Erfolge hatte, stand auch das Oberhaus auf der Höhe seiner Macht.

Doch soll natürlich für uns nicht das Vorbild des Auslandes in einer so wichtigen deutschen Lebensfrage maßgebend sein. Uns genügt es, festzustellen, das unsere deutschen staatlichen Einrichtungen sich bewährt haben, um weiter an ihnen festzuhalten.

Selbstverständlich ist damit nicht die Frage der Reformbedürftigkeit der einen oder anderen Einrichtung überhaupt erledigt. Hinsichtlich des Reichstags hat sich dieses Bedürfnis höchstens bei einigen reaktionären Außenseitern bemerkbar gemacht, und seine Haltung in diesem Weltkriege hat wohl am besten bewiesen, daß er auf der Höhe seiner Aufgaben steht. Ebensowenig allerdings wird man einen derartigen Vorwurf gegen das Preußische Abgeordnetenhaus erheben können, dessen Verhandlungen, was staatliches Verantwortlichkeitsgefühl und hohes geistiges Niveau betrifft, es mit jedem Parlament der Welt aufnehmen können, ja das manchmal an politischer Besonnenheit den Reichstag übertroffen hat. Man kann auf diesem Standpunkte stehen und trotzdem die Ansicht vertreten, daß das preußische Wahlrecht reformbedürftig sei, nicht dem demokratischen Prinzip zuliebe, dem im deutschen Reichstage Genüge geschehen ist, sondern weil es den seit dem Erlaß der preußischen Verfassung völlig veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nicht mehr gerecht wird und tatsächlich aus diesem Grunde erhebliche Teile des Volkes verärgert und mißmutig abseits stehen und sich am politischen Leben nicht beteiligen. Das aber ist ein Luxus, eine Verschwendung der Volkskraft, die wir uns besonders in den schweren Zeiten, die nach dem Kriege kommen werden, nicht mehr leisten können. Und wenn dieser Krieg etwas gezeigt hat, so ist es die Mündigkeit auch der breiten Massen, die sich in diesem Kriege so glänzend bewährt haben. Von diesem Geschlecht wird man nicht befürchten brauchen, daß es um politischer Schlagworte willen an dem Fundamente des Staates rühren wird. Hat doch z. B. gerade infolge des Krieges das Schlagwort vom Kapitalismus, sonst eines der feuergefährlichsten, viel von seiner Zugkraft verloren. Vielleicht deshalb, weil dank unserer sozialen Gesetzgebung und unserer weitblickenden wirtschaftlichen Politik, in ganz Deutschland ein Hochstand der Lebenshaltung auch der unteren Klassen erreicht ist, der keinen heißen Haß gegen den Besitzenden mehr recht aufkommen läßt und selbst der Arbeiterstand an dem Beispiel seiner Führer und Unternehmer einsieht, daß Reichtum — von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen — nicht Müßiggang und leichtes Leben, sondern im Gegenteil erhöhte Pflichten und erhöhte Sorgen bedeutet und daß von ihm das stolze Wort „noblesse oblige“ heute ebenso gilt wie vom Adel. Der Reiche ist heute viel weniger ein Nutznießer seines Besitzes, als sein Verwalter im allgemeinen und öffentlichen Interesse, und man läßt ihm diese Verwaltung, weil sich gezeigt hat, daß sie bei ihm in besseren Händen liegt als bei einer staatlichen Zentrale. Gerade die Erfahrungen, die

wir in diesem Kriege mit dem uns durch die Verhältnisse aufgezwungenen Kriegssozialismus und der zentralisierten Verwaltung aller der vielen Aufgaben gemacht haben, die sonst dem freien Wirtschaftsleben obgelegen haben, zeigen am besten, daß eine Ausschaltung der freien Kräfte und ihrer Ersetzung durch eine staatliche Zentrale ein Unding ist. Man sollte aber die Reform, die unabwendbar geworden ist und zu der sich auch der preußische Ministerpräsident in so feierlicher und bestimmter Weise bekannt hat, nicht über das Knie brechen, und zwar schon deshalb nicht, weil diejenigen doch auch ein Wort dabei mitzureden haben, die jetzt im Felde stehen und durch ihre Leistungen einen erhöhten Anspruch auf staatliche Beachtung sich erworben haben. Es würde eine Bevormundung der Besten des Volkes und der deutschen Zukunft bedeuten, wollte man über ihren Kopf hinweg zu neuen Maßnahmen schreiten. Wir in der Heimat, unsere Parlamentarier, wenn auch natürlich die große Zeit nicht eindruckslos an ihnen vorübergegangen ist, können doch zu wenig beurteilen, welch ein neues Geschlecht in den Stürmen des Krieges herangewachsen ist. Wer wollte sich vermessen, heute zu sagen, wie die nächsten Wahlen ausfallen werden? Ob sie, wie manche behaupten, die sozialdemokratische Hochflut bringen werden oder nicht und welcher Art im ersteren Falle die sozialdemokratische Hochflut wäre? Aber selbst wenn diese Hochflut kommen sollte, brauchte man nicht zu verzweifeln. Das Geschlecht, das mit seinem Leben das Vaterland verteidigt hat, wird das so schwer Errungene nicht irgendwelcher Theorien willen wieder über den Haufen werfen, sondern im staatlichen Leben dasselbe Verantwortlichkeitsgefühl bekunden, wie auf dem Schlachtfelde. Bei ihnen wird die Stimme der Verführer keine Geltung haben, sondern nur der Führer, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind und an diesen wird es nicht fehlen, nachdem draußen Angehörige aller Berufsstände in Tod und Gefahr zusammengestanden und sich gegenseitig kennen und schätzen gelernt haben.

Der Geist der Unterordnung des einzelnen unter das große Ganze, dem wir den Sieg gegen die Übermacht unserer Feinde verdanken, wird auch das deutsche Volk in der Zeit des schwer errungenen Friedens beherrschen.

Bargeld zu Hause

anzusammeln und liegen zu lassen

ist töricht wegen der Gefahr des Abhandenkommens und wegen des Zinsverlustes,

zwecklos weil in 2½jähriger Kriegsdauer der untrügliche Beweis erbracht ist, daß man im Bedarfsfalle gegen Kriegsanleihe immer Geld haben kann,

schädlich für die Allgemeinheit, weil unsre Feinde aus der Verzagtheit Schwachmütiger stets von neuem die Hoffnung schöpfen, uns unterzukriegen.

Was folgt daraus?

Klug, vorsichtig und nützlich handelt nur, wer sein ganzes Geld in Kriegsanleihe anlegt.

Wird England katholisch werden?

Von Pastor A. Guthke

Seit den Zeiten Cromwells ist es allgemeine Überzeugung geworden, daß England das Hauptbollwerk des Protestantismus ist. Deutsche und englische Protestanten haben schon wegen der Glaubensverwandtschaft, die das englische Volk mit dem größten Teil der Bewohner Deutschlands verbindet, einen deutsch-englischen Krieg nicht für möglich gehalten oder doch für eine unter allen Umständen zu vermeidende religiöse und sittliche Versündigung erklärt. Wohl haben an den kirchlichen Verständigungsbestrebungen zwischen beiden Ländern auch Katholiken teilgenommen; aber doch die vorausgesetzte Glaubensverwandtschaft spielte bei der Entstehung dieser Bestrebungen eine nicht geringe Rolle. Dem deutschen Protestanten war bei dem immer wachsenden Einfluß, den England durch seine Kolonisationstätigkeit und seine Mission auf die Weltkultur ausübte, bei aller Kritik an dem englischen Christentum doch oft das ein tröstlicher Gedanke, daß dieser Einfluß von einer protestantischen Macht ausging und in protestantischem Sinne wirkte. So muß es gewiß auffallen, daß eine solche Frage, wie die Überschrift sie enthält, überhaupt aufgeworfen werden kann. Die nachfolgenden Ausführungen aber sollen zeigen, daß sie in gewissem Sinne doch gestellt werden darf.

Die Frage ist nicht so zu verstehen, als ob für Englands Protestantismus die Zahl und die Zunahme der Katholiken eine Gefahr bedeute. Leider fehlen für England die Grundlagen einer zuverlässigen kirchlichen Statistik, da bei den Volkszählungen, um auch den Anschein einer Verletzung der religiösen Freiheit zu vermeiden, keine Angaben über das Bekenntnis gemacht werden dürfen. Man ist also auf Schätzungen angewiesen. Danach rechnet man im eigentlichen England (mit Wales) jetzt mit noch nicht zwei Millionen Katholiken, die aber zu etwa drei Vierteln aus eingewanderten Iren bestehen. In ganz Großbritannien wohnen etwa sechs Millionen Katholiken, das sind vierzehn Prozent der Bevölkerung. 1841 waren es ungefähr sieben Millionen, sechsundzwanzig Prozent der damaligen Bewohner*). Das Sinken ist die Folge der

*) Diese Zahlen und einige andere tatsächlichen Angaben verdanke ich dem sehr lehrreichen Aufsatz von Professor D. H. Böhmer in Leipzig: „Die Kirche von England und der Protestantismus“ in der „Neuen Kirchlichen Zeitschrift“ 1916, Heft 8 und 9. Besonders Theologen ist diese gründliche Arbeit zur Berichtigung vieler falschen Anschauungen sehr zu empfehlen.

sich meist nach Amerika richtenden irischen Auswanderung. Es deuten alle Anzeichen darauf hin, daß im eigentlichen England ein nennenswertes Wachstum des Katholizismus in neuerer Zeit nicht eingetreten ist. Z. B. betrug die Zahl der nach römisch-katholischem Ritus geschlossenen Ehen in England und Wales im Jahre 1850: 37, im Jahre 1880: 43, 1907: 42 auf das Tausend aller Eheschließungen. Die Steigerung ist nicht erheblich und beruht auf der Vermehrung der Iren in England. Stärker scheint freilich die katholische Geistlichkeit zu wachsen. Z. B. zählte man 1907 in England und Wales 2290 Priester, 1909 schon 3650. Man darf daraus aber kaum auf die Zunahme eines wirklichen Bedürfnisses schließen, da die katholische Kirche bekanntlich bestrebt ist, in Missionsgebieten möglichst zahlreiche Kräfte ins Feld zu führen. Sie erfreut sich ja heute auch in England vollkommener Freiheit, nachdem alle Beschränkungen, die man ihr gegenüber aus geschichtlich erklärbarer Besorgnis vor staatsgefährlichen Einflüssen länger als anderen nicht staatskirchlichen Gemeinschaften gegenüber festgehalten hatte, längst weggefallen sind. So ist seit 1850 auch eine katholische Hierarchie in England wiederhergestellt. Es gibt zwölf Bistümer unter einem Erzbistum, und das Gesetz, das den römischen Bischöfen wenigstens die öffentliche Führung ihrer Titel untersagte, die sogenannte Kirchentitelbill von 1851, ist nie praktisch durchgeführt worden. Es ist also der katholischen Kirche jede Möglichkeit zur Betätigung offen, und es soll auch nicht bestritten werden, daß ihre Priester versuchen, Anhänger zu werben, und daß ihnen das auch in mehr oder minder zahlreichen Fällen gelingt. Aber von einem irgendwie nennenswerten Wachstum der katholischen Kirche, das hierauf zurückzuführen wäre, kann sicherlich nicht geredet werden.

In diesem Sinne ist aber die Frage der Überschrift auch gar nicht gemeint. Zu der Fragestellung berechtigt vielmehr die Beobachtung bedeutsamer Wandlungen, die sich innerhalb der englischen Staatskirche vollzogen haben. Es ist eine bei uns noch nicht genügend bekannte und gewürdigte Tatsache, daß in England seit achtzig Jahren eine Gegenreformation im Gange ist, die natürlich nicht wie einst die römische mit irgendwelchen gewaltsamen Mitteln arbeitet, die auch nicht auf Einzel- oder Massenbekehrungen ausgeht, die vielmehr ihr Ziel auf eine viel umfassendere, gründlichere und darum für den Protestantismus gefährlichere Weise zu erreichen strebt. Diese Gegenreformation, die in England den Katholizismus — nicht die römische Kirche, wie gleich hier vorläufig bemerkt sei — wiederherstellen will, geht von einer Richtung der englischen Staatskirche aus, die wir gewöhnlich nicht mehr ganz zutreffend die hochkirchliche Partei nennen. Diese ist in der Kirche immer vorhanden gewesen. Ihr Bestreben war hauptsächlich, gegenüber den protestantisch-puritanischen und später pietistisch-methodistischen Elementen die besonderen anglikanischen Eigentümlichkeiten in Lehre, Verfassung und Gottesdienst unverkürzt festzuhalten; man könnte sie also auch als die orthodox-konservative oder

strengkirchliche Partei bezeichnen. Ursprünglich war in ihr der Gegensatz gegen Papismus und Puritanismus gleich stark; sie war stolz darauf, gegenüber beiden Extremen die rechte Mitte, die via media, zu halten. Im Anfange des neunzehnten Jahrhunderts hatte diese Partei sehr an Ansehen und Bedeutung verloren; ihre Grundsätze wurden durch die erstarkende evangelikale (pietistische) und die neu aufkommende breitkirchliche (liberalisierende) Richtung bedroht. So wurde z. B. die für das anglikanische Kirchensystem grundlegende bischöfliche Verfassung zwar noch überall als ein ehrwürdiges Erbstück angesehen, aber man legte keinen besonderen dogmatischen Wert mehr darauf; dem Bischof Blomfield von London schrieb man das Wort zu, der Glaube an die apostolische Sukzession, worauf diese Verfassung ja beruht, sei mit den Nonjurors, den letzten Anhängern der Stuarts in der Kirche, ausgestorben. Zugleich begannen sich ernstliche Gefahren für die staatsrechtliche Stellung der Kirche zu zeigen. Die staatlichen Reformbestrebungen ließen die Kirche nicht unberührt. Durch die Aufhebung der Korporations- und Testakte (1828) wurde der Zutritt zu allen Staatsämtern und zum Parlament von der Zugehörigkeit zur Staatskirche unabhängig gemacht. Der Staat schien sich ganz von der Kirche trennen zu wollen, aber ohne sie freizugeben. Das nun tatsächlich konfessionslos gewordene Parlament dachte nicht daran, seine gesetzgebende Macht auch in innerkirchlichen Angelegenheiten aufzugeben; man befürchtete von ihm Änderungen der Agende, des Common Prayer Book, ja Abschaffung der alten Glaubensbekenntnisse. Den Evangelikalen und Breitkirchlern lag wenig an den besonderen kirchlichen Vorrechten: ihre Verteidigung konnte nur von den Hochkirchlern erwartet werden. Diese erfuhren nun in diesen gefahrvollen Zeiten, denen sie aus eigener Kraft nicht gewachsen gewesen wären, eine mächtige Hilfe durch eine anfangs in loser, später in engerer Verbindung stehende Gesellschaft Oxforder Theologen, die es unternahmen, die Kirche vor der drohenden Liberalisierung zu retten. In der veränderten Stellung der Kirche zum Staat sahen sie einen nationalen Abfall gleich dem Abfall Israels, als es sich einen König wählte. Keble, einer dieser Oxforder, hielt am 14. Juli 1833 seine berühmt gewordene Predigt über National Apostasy, die man mit Recht als den Anfang der Oxforder Bewegung, die für die englische Kirche so bedeutungsvoll geworden ist, ansehen kann. Als Führer traten nach dem früh (1836) verstorbenen Froude neben Keble besonders Newman und Pusey hervor. Sie nahmen den Kampf für die Kirche durch öffentliche Agitation auf. Sie sahen es aber auch als ihre Aufgabe an, die Kirche neu zu beleben und von innen heraus zu reformieren. Den Schmähungen gegenüber, die damals und später auf diese Männer gehäuft worden sind, erfordert es die Gerechtigkeit, zu sagen, daß sie ernstlich und nicht ohne Erfolg bemüht waren, dem Verfall des kirchlichen Lebens und der Verweltlichung der Geistlichkeit zu steuern. Um ihre Gedanken zu verbreiten, schufen sie sich ein Organ in den seit 1833 erscheinenden Tracts for the Times; daher stammt der Name

Traktarianer. Diese Aufsätze über religiöse und kirchliche Fragen erregten bald großes Aufsehen. Bald wurde gegen ihre Verfasser der Vorwurf des Romanisierens erhoben, ein Vorwurf, der durchaus berechtigt war, wenn man „Katholisieren" mit „Romanisieren" gleichsetzte. Denn es war allerdings die gemeinsame Überzeugung dieser Traktarianer, daß die englische Kirche ein echter Zweig der einen (sichtbar gedachten) katholischen Kirche sei oder wieder werden müsse. Sie wollten mit aller Macht die Vorstellung von der Kirche als einem freien Verein oder als einer Schöpfung des Staates zur Zeit der Reformation ausrotten. Sie beanspruchten für ihre Kirche dieselbe göttliche Stiftung und Autorität, die der Gesamtkirche zukommt (nach katholischer Lehre); nur so glaubten sie sie gegen alle von außen kommenden Eingriffe sichern zu können. Darum legten sie ganz besonderen Wert auf die apostolische Sukzession und auf den Nachweis, daß trotz der Reformation in der englischen Kirche immer rechtmäßig geweihte Bischöfe und Priester vorhanden gewesen seien, was ja nach katholischer Lehre Grundbedingung auch gültiger Sakramentsverwaltung ist. Durch die Tracts sollten die kirchengeschichtlichen und dogmatischen Beweise für den wahren katholischen Charakter der englischen Kirche beigebracht werden, die aber als von Rom durchaus unabhängig gedacht wurde. Denn immer haben sich die Traktarianer und ihre Nachfolger gegen den Vorwurf gewehrt, daß sie dem Papsttum in die Hände arbeiten wollten. Die Hoffnungen, die von römischer Seite manchmal gehegt wurden, daß sie der römischen Kirche in England den Boden bereiten würden, sind getäuscht worden; wenn auch eine Anzahl von ihnen zu Rom übergegangen sind, so wurde das immer von der weitaus größten Mehrzahl entschieden verurteilt, weil man ja eben in der englischen Kirche ein rechter Katholik sein könne. — Nach dem Erscheinen des 90. Traktats (von Newman, 1841), in dem der kühne, man könnte auch sagen, jesuitische, Versuch gemacht wurde, das Bekenntnis der englischen Kirche, die neununddreißig Artikel, in katholischem Sinne zu deuten, traten die Bischöfe aus ihrer bisher abwartenden Stellung heraus und erklärten sich gegen die Oxforder. Die Tracts stellten ihr Erscheinen ein. Newman trat 1845 zur römischen Kirche über, verzweifelnd an der lange gehegten Hoffnung, seinen Anschauungen Daseinsrecht in seiner Kirche erkämpfen zu können. Die Bewegung hatte einen ihrer hervorragendsten Führer verloren. Aber ihre Kraft war damit nicht gebrochen. Sie ging trotz aller Anfeindungen weiter und hat mehr und mehr die ganze Kirche ergriffen. Dafür zeugt der sogenannte Ritualismus, d. h. die immer weitere Aufnahme katholischer Kultusformen, die altkirchlichen und altenglischen vorreformatorischen Quellen, ja auch römischen Vorschriften entnommen werden. Dieser Ritualismus ist nicht aus ästhetischen Liebhabereien zu erklären, obwohl solche mitsprechen, auch nicht einfach als Nachahmung römischen Wesens zu beurteilen, sondern er ist aus der Gesamtanschauung der Oxforder Bewegung erwachsen, ist die Übertragung ihrer geschichtlichen und dogmatischen Behauptungen auf das Gebiet des Gottesdienstes. Die

älteren Oxforder hatten freilich, wie Pusey selbst bezeugt, noch wenig Gewicht auf diese Dinge gelegt, sie überließen sie den „schwächeren Brüdern". Aber in ihrem Gesichtskreise lagen sie doch schon. So schreibt Newman in seiner „Apologia pro vita sua", der Geschichte seiner religiösen Entwicklung, daß es schon geraume Zeit vor seinem Übertritt seine Überzeugung gewesen sei: „Die anglikanische Kirche bedarf eines Zeremonials, eines Rituals und einer Vollständigkeit in Lehre und Andachtsübung, die sie zurzeit noch nicht hat, wenn sie erfolgreich mit der römischen Kirche wetteifern will .... Dazu würden geeignet sein z. B. Bruderschaften, besondere Gebetsübungen, Ehrerbietung vor der Jungfrau Maria, Gebete für die Toten, schöne Kirchen, reichliche Opfer für diese und in ihnen, mönchische Institute und viele andere Einrichtungen und Gebräuche, von denen ich zu sagen pflegte, daß sie uns ebenso gut gehörten wie Rom, obwohl Rom sie sich angeeignet hätte und stolz darauf wäre, während wir sie uns hätten entgleiten lassen." Newmans Hoffnungen sind durch die Entwicklung übertroffen worden. In Hunderten von englischen Kirchen hat der Gottesdienst durch Meßgewänder, Weihrauch, Heiligenbilder und anderes eine Gestalt angenommen, die von der katholischen Form nicht mehr zu unterscheiden ist; besonders ist das Abendmahl ganz zur Messe geworden, welcher Name auch mit Vorliebe gebraucht wird. Wohl wird das alles nicht widerspruchslos hingenommen. Es ist vielfach zu Disziplinaruntersuchungen, Prozessen und Absetzungen gekommen, wenn ritualistische Priester allzu eifrig vorgingen, ja die Gegner erreichten sogar eine allgemeine staatliche Untersuchung (1904) gegen die Ritualisten. Aber das alles hat die Ausbreitung des Ritualismus nicht aufhalten können.

Der Ritualismus ist nun zwar das am meisten in die Augen fallende, aber durchaus nicht wichtigste Ergebnis der Oxforder Bewegung. Diese hat vielmehr im Laufe der Zeit zu einer völligen Umbildung der alten hochkirchlichen Partei geführt, ja sie hat einen solchen Einfluß auf die ganze anglikanische Kirche ausgeübt, wie es selten einer kirchlichen Bewegung vergönnt gewesen ist. Sie hat den Anglokatholizismus hervorgerufen, der den Ritualismus in sich enthält, aber bei weitem mehr ist und mehr bedeutet als Ritualismus. Die Tatsache, daß dieser Anglokatholizismus, wenn er auch noch nicht zur vollen Herrschaft gelangt ist, doch auf dem besten Wege dazu zu sein scheint, rechtfertigt die Frage: Wird England katholisch werden?

Die Antwort auf diese Frage ist abhängig von einer Frage geringeren Umfangs: Wird die englische Kirche katholisch werden? Der Anglokatholizismus behauptet, daß sie es dem Rechte nach, wenn auch nicht der Wirklichkeit nach, bereits ist, denn er vertritt die Anschauung von dem ungebrochenen Zusammenhang der vor- und nachreformatorischen Kirche in England. Er leugnet die Bedeutung der Reformation, indem er sie zu einer bloßen Episode herabsetzt, durch die nichts Wesentliches geändert wurde, oder er sieht in der Reformation ein Unheil, dessen Folgen wieder gutgemacht werden müssen.

Sein Ziel ist, alles wieder auszuscheiden, was durch die „kontinentale Reformation" an Protestantismus in die englische Kirche eingedrungen ist. Ein antiprotestantischer Zug war von Anfang an in der Oxforder Bewegung enthalten, denn ihr galt der Protestantismus als Quelle des Liberalismus, der feindlich gegen die Kirche auftrat, und des „Erastianismus", der sie in die Abhängigkeit vom Staat gebracht hatte. Antiprotestantisch war in gewissem Sinne auch die alte hochkirchliche Partei gewesen, aber ebenso scharf auch antirömisch. Nun wurde die Front einseitig gegen den Protestantismus gerichtet Newman bekennt, daß auch er in dem Glauben aufgewachsen sei, daß der Papst der Antichrist sei. Es war der Einfluß Froudes, der ihm diesen Glauben nahm, und ihn in der römischen Kirche eine echte, wenn auch hier und da verunreinigte Kirche sehen ließ, mit der die englische viel enger zusammengehört, als mit den evangelischen Gemeinschaften, denen ein Hauptmerkmal der wahren Kirche, das bischöfliche Amt, fehlt. Diese antiprotestantische Stimmung hat sich nach dem Ausscheiden Newmans nicht etwa geändert, sondern sie ist geblieben und hat sich mehr und mehr der ganzen englischen Kirche mitgeteilt. Es ist ganz irrtümlich, anzunehmen, daß es sich bei dem Traktarianismus um eine vorübergegangene Erscheinung handle, im Gegenteil, wir haben es bei seiner Fortsetzung, dem Anglokatholizismus, mit einer höchst lebendigen Macht zu tun, die ein großes Gebiet erobert hat, und nicht ruhen will, bis sie die ganze englische Kirche sich untertan gemacht hat. Die These: „Unsere Kirche ist katholisch, nicht protestantisch" ist in weitem Umfang angenommen und wird von zahlreichen Theologen und Bischöfen vertreten. Ein Beweis für die fortgeschrittene Katholisierung ist schon die Tatsache, daß die Leiter der Kirche teils nicht den Willen, teils nicht die Macht mehr haben, den Ritualismus zu unterdrücken. Noch mehr zeugt dafür, daß die englische Kirche sich immer schärfer von den evangelischen Kirchen sondert und sich immer mehr von dem Zusammenleben und Zusammenarbeiten mit ihnen zurückzieht. Wenn einzelne ihrer Gesellschaften oder Mitglieder sich noch an allgemein-evangelischen Bestrebungen beteiligen, wie z. B. an der Edinburger Missionskonferenz, so kann das nur unter vielfachem, entschiedenem Widerspruch geschehen. Vor 75 Jahren konnte der Erzbischof von Canterbury noch mit der preußischen Landeskirche zusammen das evangelische Bistum Jerusalem gründen, schon damals freilich nur unter scharfem Protest Newmans; heute wäre ein ähnliches Unternehmen ganz undenkbar. Wie Newman und seine Freunde schon 1838 sich weigerten, sich für die Errichtung eines Denkmals für die protestantischen Märtyrer unter der blutigen Maria zu interessieren, so hat 1883 die Universität Oxford die Beteiligung an der Lutherfeier abgelehnt. Und es würde nicht bloß der Krieg die Ursache sein, wenn auf eine etwaige Einladung zur vierhundertjährigen Jubelfeier der Reformation die englische Kirche eine Absage erteilen würde. In demselben Maße, wie sie sich von den evangelischen Kirchen entfernt hat, hat sich die englische Kirche den katholischen genähert. Besonders mit den

romfreien Kirchen des Ostens bestehen die freundschaftlichsten Beziehungen, die von den höchsten kirchlichen Würdenträgern, wie dem Bischof von London, klug und eifrig gefördert werden. Wie die Bestrebungen auf eine Union mit der russischen Kirche durch die gegenwärtige und die vermutliche zukünftige politische Lage gefördert werden, darauf habe ich schon in einem Aufsatz in Heft 15, Jahrgang 1916 dieser Zeitschrift hingewiesen. Mit Rom ist man freilich noch zu keinem irgendwie hoffnungsvollen Einvernehmen gekommen, so große Mühe sich auch die Anglokatholiken darum gegeben haben. Denn Rom will nicht Verständigung, sondern Unterwerfung unter alle seine Bedingungen, es fordert Anerkennung der päpstlichen Oberherrschaft und Unfehlbarkeit. Dagegen aber sträuben sich die Anglokatholiken doch, und in diesem Sinne haben sie recht, wenn sie sich gegen den Vorwurf des Romanisierens verwahren. Wie von Wittenberg und Genf, wollen sie auch von Rom unabhängig bleiben. Es gibt aber einzelne Anglokatholiken, die bereit sind, auch über diesen Graben zu gehen. So sagt der Rev. Mackay in London in einem Vortrage 1915: „Die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit braucht nicht auf ewig den Weg zur Wiedervereinigung zu versperren. Es läßt sich eine Lösung in der Lehre derjenigen lateinischen Theologen finden, die die Bedeutung dieses Dogmas abschwächen. Schließlich muß doch für praktische Bedürfnisse ein höchster Gerichtshof da sein. Wenn wir nun einen Nachfolger Petri, der wieder die Stellung des Petrus unter seinen Mitaposteln einnimmt, bitten, für uns die Überzeugung der ganzen Kirche in unangreifbaren Sätzen auszusprechen, und das in den seltenen Fällen nur, wenn ein solches Aussprechen erforderlich ist, dann haben wir nur getan, was notwendig zur Wiedervereinigung gehört. Eine so verstandene Unfehlbarkeit schafft uns die entscheidende Stelle, nach der wir uns um praktischer Bedürfnisse willen alle sehnen." Und das Organ der Anglokatholiken, die „Church Times", sagt in einer Besprechung dieses Vortrags: „Wenn Mackay geneigt ist, die petrinischen Ansprüche des römischen Bistums als eines dauernden Faktors in der Organisation der Kirche zu übertreiben, so muß man der Nachwelt das Urteil in dieser Sache überlassen." Also wird hier schon eine Entwicklung für möglich gehalten, die zuletzt zu einem Siege des Katholischen über das Englische führt.

Überblickt man die tatsächlichen Zustände in der heutigen englischen Kirche, in der die evangelische Richtung sich in der Rolle der geduldeten fühlt, während die katholische von zuversichtlicher Siegeshoffnung erfüllt ist und kraftvoll und zielbewußt der Alleinherrschaft zustrebt, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine ursprünglich zweifellos evangelische Kirche, in der ein evangelisches Bekenntnis rechtliche Gültigkeit hat, in der anscheinend unaufhaltsamen Rückbildung zu einer katholischen begriffen ist. Das ist sicherlich eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Kirchengeschichte. Der Prozeß wird wahrscheinlich sehr beschleunigt werden, wenn einmal die Kirche entstaatlicht sein wird; denn jetzt ist es hauptsächlich der Staat, der der völligen Katholi-

sierung im Wege steht. Die englische Kirche ist jetzt noch so gebunden an den Staat, daß sie z. B. kein Wort ihrer Liturgie ändern kann, ohne dazu durch eine besondere Parlamentsakte ermächtigt zu sein. Auf die Lösung des bisherigen Verhältnisses wird von zwei Seiten hingearbeitet. Die Liberalen sind Freunde der Entstaatlichung; sie werden unterstützt von der Arbeiterpartei, die zwar in England nicht kirchen- und religionsfeindlich ist, in deren Programm aber natürlich kein Platz ist für eine bevorrechtete Kirche. Lloyd George hat bereits die Entstaatlichung der Kirche in Wales durchgesetzt; nur die Ausführung des Gesetzes ist bis nach dem Kriege aufgeschoben worden. Daß nach dem Kriege zu gelegener Zeit die Forderung der Entstaatlichung auf die ganze Kirche ausgedehnt werden wird, ist wahrscheinlich. Dieser Forderung stimmen aber auch manche Anglokatholiken zu, weil sie glauben, nur auf diesem Wege zur Freiheit der Kirche gelangen zu können. Haben sie auch noch nicht die Mehrheit in ihrer Partei, so machen sie doch schon laut und kräftig genug ihre Ansicht geltend und helfen die Entwicklung beschleunigen.

Eine Folge der Entstaatlichung würde nun wahrscheinlich der Zerfall der Kirche sein, d. h. die jetzt noch durch das gemeinsame Band der Staatskirche zusammengehaltenen Richtungen würden sich zu besonderen Kirchen entwickeln. Dann würde eine neue katholische Kirche, die englisch-katholische, entstehen, gebildet aus der Mehrzahl der Glieder der jetzigen Staatskirche. (Das ist auch die Meinung z. B. von Albert Hauck in seinem Buch über „Deutschland und England in ihren kirchlichen Beziehungen." Leipzig, 1917.)

Damit wäre freilich die Frage: Wird England katholisch werden? noch nicht völlig in bejahendem Sinne entschieden. Denn es sind doch immerhin auch noch in der Kirche evangelische und protestantische Bestandteile enthalten, die sich von einer ganz katholisierten Kirche loslösen würden. Dann sind ferner die großen Freikirchen der Methodisten, Baptisten und Presbyterianer da, die in England den Protestantismus vertreten. Und es ist doch sehr zweifelhaft, ob es der Kirche gelingen wird, diese großen, mit den kleineren Sekten vielleicht ein gutes Drittel der englischen Bevölkerung bildenden Gemeinschaften aufzusaugen. Zwar will man in neuerer Zeit eine Hinneigung vieler Freikirchler zur Staatskirche, ja selbst zum Ritualismus, beobachten, zwar scheint die Kirche zahlenmäßig und dem Einfluß nach stärker zu wachsen, als die „Sekten". So meint auch Hauck: „In dem langen Wetteifer der kirchlichen Gemeinschaften scheint das Übergewicht der Episkopalkirche zuzufallen. Sie scheint der Eigenart des englischen Volkes doch mehr zu entsprechen, als die freien Gemeinschaften, die sich von ihr ablösten." Aber gerade der in der Kirche herrschende Anglokatholizismus hat in der Forderung der Anerkennung des bischöflichen Amts einen Schlagbaum aufgerichtet, der den Freikirchen die Rückkehr unmöglich macht. Als bloß menschliche Ordnung würden sich viele ihrer Glieder mit dem Episkopalsystem befreunden können; aber es anzuerkennen als eine göttliche, zum Bestand der wahren Kirche not-

wendige Einrichtung mit allen von den Anglokatholiken daraus gezogenen Folgerungen — dazu dürften doch nur wenige bereit sein.

So wird man nicht mit einem Verschwinden des Protestantismus in England in absehbarer Zeit rechnen dürfen. Eine beträchtliche Schwächung aber liegt jetzt freilich schon vor. Und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Hoffnungen der Anglokatholiken auf eine weitere Zurückdrängung des Protestantischen durch den gegenwärtigen Krieg wenigstens teilweise sich erfüllen. Es gibt auch jetzt noch in England, selbst in der Staatskirche, Leute, die nicht so unbesonnen sind, in dem „deutschen Hunnentum" eine unmittelbare und logische Folge der Lehre Luthers zu sehen. Aber die Anglokatholiken bemühen sich redlich, den Krieg auszunutzen, um die Gefährlichkeit der deutschen protestantischen Theologie zu beweisen, die bisher in England einen so großen Einfluß hatte. Sie scheinen damit selbst in den Kreisen der Freikirchen hier und da Eindruck zu machen. Gelingt aber die Verdrängung dieser Theologie, so ist damit ein weiteres starkes Hindernis der anglokatholischen Bestrebungen beseitigt, und der Weg wird freier zur gänzlichen Katholisierung der Kirche, wenn auch noch nicht des ganzen Volkes.

Der rumänische Bauernstand

Von Oberlehrer Dr. H. Südhof

Unsere Kriegsberichterstatter und Feldgrauen betonen immer wieder den trostlosen Anblick, der sich ihnen auf dem flachen Lande in Rumänien darbietet. Die Bauern führen ein klägliches Dasein. Sie leben dahin wie das liebe Vieh, mit dem sie nicht selten im Winter den Wohnraum teilen müssen. Ihre Wohnungen sind eines Menschen durchaus unwürdig. In krassem Gegensatz zu diesen Bildern steht das Leben in den Städten, vor allem in Bukarest. Hier herrscht unbekümmert um das Elend vor den Toren der größte Luxus. Dem Kenner rumänischer Verhältnisse ist dieser Gegensatz durchaus nicht überraschend. Er liegt begründet in den Agrarverhältnissen, hauptsächlich in der Grundbesitzverteilung, die eine Ausbeutung des Bauern durch gewissenlose Großgrundbesitzer oder Pächter stark begünstigt.

Rumänien ging im Jahre 1864 an die Befreiung des bis dahin leibeigenen Bauernstandes. Fast eine halbe Million Bauern wurde in Besitz von etwa eineinhalb Millionen Hektar Ackerland gesetzt. Diese Bodenfläche wurde zu zwei Dritteln von den Privatgütern und zu einem Drittel von den Staatsdomänen geliefert. Die Größe des einzelnen Besitztumes beträgt nach dieser Reform im Durchschnitt drei Hektar, eine Fläche, die für die Entwicklung eines gesunden Bauernstandes ganz und gar unzureichend war. Der Staat schritt daher in den Jahren 1881 und 1889 zu weiteren Aufteilungen seiner Domänen. Dieses Mal fielen die Parzellen für den einzelnen Bauern etwas größer aus. Die Zahl der Ansiedler aber erreichte kaum den fünften Teil derjenigen vom Jahre 1864.

Die Erfolge, die sich der Staat von dieser Kolonisation versprochen hatte, stellten sich aber nicht ein. Man erhoffte einen selbständigen gesunden Bauernstand, der in der Lage war, die Steuererträge des Staates zu steigern, gegen die Klasse der Großgrundbesitzer ein wirksames Gegengewicht zu bieten und für den Heeresersatz tüchtige Soldaten abzugeben. Statt dessen aber blieb der jetzt nicht mehr leibeigene Bauer in Wirklichkeit ebenso abhängig vom Großgrundbesitzer oder Pächter wie vordem. In sehr vielen Fällen hat sich die Lage der Bauern sogar noch verschlechtert.

Die Schuld für dieses Fehlschlagen ist ausschließlich der Behörde zuzuschreiben. Der Staat führte die Kolonisation mit einem wahrhaft bewundernswerten Dilettantismus aus. Man ging ohne eingehende Kenntnis der wirklichen Verhältnisse, ohne Vorsichtsmaßregeln und ohne Bürgschaften für die weitere Entwicklung des Bauernstandes zu Werke. Der Durchschnittspreis für den Hektar betrug 368 Lei (Francs), eine Summe, die den örtlichen Verhältnissen entsprechend als außerordentlich hoch bezeichnet werden muß. Der mit den rationellen Bearbeitungsmethoden nicht vertraute Bauer wußte in vielen Fällen kaum so viel aus seinem kleinen Besitztum herauszuwirtschaften, als er zu seinem Lebensunterhalte unbedingt nötig hatte. An eine Tilgung der Rentenschuld konnte er nicht denken. So fielen bald die verhängnisvollen Fehler bei der Kolonisation auf den Staat zurück. Dabei hatte der Staat die Preise für das Bauernland so hoch bemessen, um seine schlechte Finanzlage damit aufbessern zu können. Im Jahre 1864 besaß der Staat an Domänen 1894817.7 Hektar, sein gegenwärtiger Besitz beträgt nur noch 297790 Hektar. Durch die Kolonisation hat er 1597027.7 Hektar geopfert. Wenn man bedenkt, daß die innere Kolonisation durchaus fehlgeschlagen ist, so behauptet man nicht zu viel, wenn man sagt, daß der Staat diesen wertvollen Reservefond in leichtsinniger Weise verschwendet hat. Anstatt eine an Zahl geringere, aber gut gestellte Klasse von Bauern zu schaffen, hat er eine Masse hungernder, unzufriedener Proletarier angesetzt, die, wie wir weiter unten sehen werden, schon zu einer ernsten Gefahr für den Weiterbestand des Staatswesens geworden ist. An eine Aufteilung der ihm noch verbleibenden 297790 Hektar kann nicht mehr

gedacht werden. Der Staat braucht diese Fläche unbedingt, um durch Vorbild auf den Fortschritt seiner gesamten Landwirtschaft einwirken zu können. Die Anlage von Musterwirtschaften ist in einem Lande wie Rumänien, in dem die weitaus größte Mehrzahl der Bauern des Schreibens und Lesens durchaus unkundig ist, eine unabweisbare Notwendigkeit.

Die Not des rumänischen Bauernstandes tritt erst recht in die Erscheinung, wenn wir uns die gegenwärtige Lage der Grundbesitzverteilung etwas näher ansehen. Der gesamte rumänische Grundbesitz verfügt über einen Flächenraum von 7826796 Hektar, der sich auf 965047 Grundbesitze verteilt. Auf den Kleinbesitz (bis 10 Hektar) entfallen 920939 Besitze mit 3153645 Hektar. Das ergibt 95,4 Prozent der Besitze und 40,29 Prozent des Flächenraumes. Demgegenüber steht der erdrückende Großgrundbesitz (Güter von über 500 Hektar) mit 2993966 Hektar und 2071 Besitzen. Es werden also 38,26 Prozent des gesamten Flächenraumes von nur 0,23 Prozent der Gesamtzahl der ländlichen Besitze eingenommen. Der Mittelbesitz (von 10 bis 500 Hektar), der für die gesunde Entwicklung der Landwirtschaft so äußerst wichtig ist, verschwindet demnach ganz und gar. Das Verhältnis verschiebt sich noch weiter zugunsten des Großgrundbesitzes, wenn die Waldungen noch zu den kultivierbaren Flächen mit hinzugezogen werden.

Infolge des bestehenden Erbrechts sind die Kleinbesitze keineswegs in einer einzigen Hand geblieben. Sie weisen noch eine Reihe von Mitbesitzern auf, die auch ihren Lebensunterhalt aus den Erträgnissen der winzigen Fläche mitbestreiten wollen. Es steht fest, daß von den durch die Agrarreform geschaffenen bäuerlichen Besitzen nicht eine ihre ursprüngliche Größe behalten hat.

Nicht weniger als 423401 Familienoberhäupter verfügen über eine Fläche von nur 673212 Hektar. Rechnet man die Familie zu 4,5 Personen, so hat diese relativ winzige Fläche 1905304 Seelen zu versorgen. Es kommen demnach auf einen Hektar etwa drei Personen. Diese Fläche ist durchaus unzureichend, um auch nur den allernotwendigsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie deckt nicht einmal die notwendige Menge an Nahrungsmitteln, ganz abgesehen von dem Saatgetreide und von den übrigen Verpflichtungen, die der Bauer als Familienvater und Steuerzahler hat. Der mehr oder minder große Fehlbetrag muß gedeckt werden, indem der Bauer sich um Afterpacht dem Großgrundbesitzer oder Pächter ausliefert. Eine Verwertung seiner Arbeitskraft in der Industrie ist so gut wie ganz ausgeschlossen.

Nicht viel besser sind diejenigen Besitzer daran, die über eine Grundfläche von drei bis fünf Hektar verfügen. Ihre Zahl beläuft sich auf 321163. Der auf sie entfallende Boden beträgt 1342997 Hektar. Diese Fläche hat, die Familie im Durchschnitt wieder zu 4,5 Personen gerechnet, 1415233 Personen zu versorgen. Bei guter Bewirtschaftung und äußerster Sparsamkeit kann, eine gute Ernte vorausgesetzt, der rumänische Bauer auf einem Besitztum von drei bis fünf Hektar sein Leben fristen. Er braucht sich nicht unbedingt auf Gnade

und Ungnade dem Großgrundbesitzer oder Pächter auszuliefern. Seine Lage ist aber noch sehr gedrückt. Ersparnisse kann er selbstverständlich nicht machen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß 3320537 Landbewohner, das sind drei Viertel der gesamten Landbevölkerung, ein elendes Dasein führen müssen. Ihr Besitztum liefert ihnen nicht, was ein Bauer selbst bei den bescheidensten Ansprüchen zu seinem Unterhalt nötig hat. Sie leiden infolgedessen an Unterernährung. An ein Aufsteigen dieser Klasse ist nicht zu denken. Diese gedrückte Lage wirkt auch stark auf die seelische Verfassung ein. Der Bauer lebt vollkommen teilnahmlos in den Tag hinein. Es kümmert ihn wenig, was man ihm verspricht oder gar für ihn zu tun sucht. Er weiß von vornherein, daß es nicht besser wird. Es fehlt ihm vollkommen das Vertrauen zur Regierung und zu denjenigen, die die Staatsregierung in ihren Händen haben und für ihre Zwecke ausnutzen: zu den Großgrundbesitzern.

Das Verhältnis der Bauern zum Großgrundbesitz bildet eins der traurigsten Kapitel im Agrarwesen Rumäniens. Der Großgrundbesitz nützt die Notlage der Bauern auf das rücksichtsloseste aus. Nicht weniger als 2993966 Hektar (gleich 38,26 Prozent des gesamten Ackerbodens) werden von nur 2071 Gütern (gleich 0,23 Prozent der Gesamtzahl sämtlicher ländlicher Grundbesitze) eingenommen. In diesen Zahlen sind nur diejenigen Besitze enthalten, die größer als 500 Hektar sind. Nehmen wir als die untere Grenze des Großgrundbesitzes 100 Hektar an, so beträgt sein Anteil an der Gesamtfläche des Ackerbodens sogar 69 Prozent (3810351 Hektar). Diese Fläche ist in der Hand relativ weniger Besitzer. Im südlichen Teile Rumäniens gibt es östlich des Alt nicht weniger als 50 Güter, die je über 5000 Hektar Ackerland verfügen. In den meisten Fällen bewirtschaftet der Besitzer sein Gut nicht selbst. Er verpachtet es und verbringt seine Zeit (und sein Geld) in Bukarest, Paris oder Monte Carlo. Kurz vor Ausbruch der Bauernunruhen im Frühjahr 1907 befanden sich von den 3810351 Hektar 2293961 Hektar gleich 60,20 Prozent in Pacht. Es gab Pächter, die in manchen Bezirken eine Reihe von zusammenliegenden Gütern in eine Hand vereinigt hatten. So hatten im Jahre 1905 die Gebr. Fischer eine Pachtfläche von 159399 Hektar, für die sie 3441343 Franks jährliche Pacht zahlten. Selbst der Staat hat diese Trustbildung begünstigt, indem er den Pächtern zur Abrundung ihrer Fläche auch staatliche Güter verpachtete. Widerstrebende Gutsbesitzer haben die Pächter dadurch zu gewinnen gewußt, daß sie verhältnismäßig hohe Pachtsummen auswarfen. Die Ausbeutung der Bauern machte die Ausgaben wieder gut bezahlt. Um auch die Grundbesitzer in der Hand zu haben, wurde nicht selten das gesamte Inventar des Gutes bei der Übernahme käuflich erworben. Dem Grundbesitzer fiel es dann später um so schwerer, die eigene Bewirtschaftung wieder in die Hand zu nehmen. Es fehlte ihm zur Wiederanschaffung des Inventars am nötigen Gelde.

Durch die Monopolisierung der Pachtungen hat der Pächter die Arbeit suchenden Bauern besser in seiner Gewalt. Aus diesem Grunde erklärt sich auch

das Überhandnehmen der Pachtungen in den Gebieten, in denen der Zwergbesitz am stärksten vertreten ist. Die große Zahl der Kleinbauern ist auf den benachbarten Pächter oder Großgrundbesitzer angewiesen. Da ihm sein winziges Besitztum nicht den unbedingt notwendigen Unterhalt liefert, muß er von den Gütern Land in Afterpacht nehmen und dafür seine Arbeitskraft verpfänden. Der Verpächter macht sich die Notlage des Bauern zunutze und zwingt ihm Preise auf, die das Doppelte und Dreifache des normalen Pachtpreises betragen. Die Pachtsumme wird in der Regel unter Anrechnung eines Tageslohnes von 40 bis 70 Pfg. abgearbeitet. Daß bei einem derartigen Verfahren der Bauer von den gewissenlosen Arbeitgebern noch weiter übervorteilt werden kann, ist klar. In einer solchen Lage befinden sich drei Viertel der rumänischen Landbevölkerung!

Es ist daher nicht zu verwundern, wenn der rumänische Bauer auf die Fremden einen trostlosen Eindruck macht. Er leidet an Unterernährung. Für seine Wohnung kann er nicht das allernotwendigste aufwenden. Er sucht in dumpfen elenden Hütten Schutz vor den Unbilden der Witterung. Die Unterernährung und die schlechten Wohnverhältnisse öffnen den Krankheiten Tür und Tor. Kindersterblichkeit und Tuberkulose erfordern jährlich ungezählte Opfer.

Die Bauern haben wiederholt versucht, sich mit Gewalt aus dieser elenden Lage zu befreien. Ihre Wut richtete sich immer gegen die Pächter und Großgrundbesitzer. In aller Erinnerung sind noch die Bauernunruhen vom Frühjahr 1907. Aus parteipolitischen Gründen hatten Anhänger der liberalen Partei die Unzufriedenheit unter dem Landproletariat geschürt. Die Agitation zeitigte blutige Früchte. In kurzer Zeit waren mehr als vier Fünftel der Bevölkerung in Bewegung. Die Bauern rotteten sich in Scharen zusammen und wandten sich mit elementarer Gewalt gegen ihre Unterdrücker. Die Behörde unternahm Beschwichtigungsversuche. Vergebens. Die Masse war nicht mehr zu beruhigen. Man hatte den Bauern früher schon so viel versprochen, es war immer beim Alten geblieben. Die Bauern marschierten zuletzt gegen die Städte, die ihrer Ansicht nach für die Knechtung mit verantwortlich waren. Sie wollten dieses Mal ganze Arbeit machen. Die Bewegung drohte, die Grundfesten des Staates über den Haufen zu werfen. Die Kanonen in den Forts von Bukarest mußten zum ersten Male für ihre praktische Verwendbarkeit bereit gehalten werden. Über Bukarest selbst wurde der Belagerungszustand verhängt. Man fürchtete aus bestimmten Anzeichen, daß die Masse der Stadtbevölkerung mit den Bauern gemeinsame Sache machen könnte. Die Regierung griff nach anfänglichem Zaudern zu den strengsten Maßnahmen, die sie zur Verfügung hatte. Sie ließ die aufrührerischen Bauern mit Kanonen beschießen. Es ist viel Blut geflossen, bevor wieder vollkommene Ruhe eintrat. Man sollte aber annehmen, daß durch diesen Aufstand die Regierung die Besserung der Lage des Bauernstandes ernstlich in die Hand genommen hätte. Es ist aber so gut wie gar nichts geschehen. Die Grundübel bestehen nach wie vor weiter.

Die gleiche Regierung ist nun im Sommer vorigen Jahres gegen die verbündete Donaumonarchie in den Krieg gezogen, um ihre Stammesgenossen, die Rumänen in Siebenbürgen, zu erlösen. Ein größerer Widersinn ist kaum auszudenken. Die wirtschaftliche Lage der Siebenbürger Rumänen ist unvergleichlich besser als diejenige ihrer Brüder in Rumänien. Sie haben sich darum auch in ihrer großen Mehrzahl seit Beginn des Krieges herzlich für diese Erlösung bedankt. Wollte die rumänische Regierung durchaus Rumänen aus der Knechtschaft erlösen, so hätte sie das im eigenen Lande ohne Treubruch und Blutvergießen tun können. Das hätte freilich auf Kosten der Regierenden geschehen müssen, während sie für die Besorgung der Geschäfte des Vierverbandes sich die Taschen füllen konnten. Diese Tatsachen haben für den Patriotismus derer um Bratianu und Take Jonescu immer eine entscheidende Rolle gespielt. Daß aber durch derartige Machenschaften das Land vollkommen zugrunde gerichtet wird, kümmert sie weiter nicht. Sie können ihre Tage doch besser in Paris als in Bukarest verleben.

Wenn der rumänische Bauer unseren sieggewohnten Soldaten mit tiefgezogener Kappe, ängstlich mit dem Ausdruck des ewig geprügelten Hundes entgegenkommt, so ist das nicht weiter zu verwundern. Er muß aus seiner Lage heraus sich jede obrigkeitliche Person als Unterdrücker vorstellen. Hoffentlich wird aber durch diesen Krieg der rumänische Bauer über seine Lage und seine Regierung aufgeklärt, und hoffentlich findet er in seinem Streben nach einem menschenwürdigen Dasein die hinreichende Unterstützung. Das wäre das Ende des alten Regimes und der Anbruch einer neuen Zeit für die alten Donaufürstentümer.

Antiqua oder Fraktur?

Von Professor Dr. Herbertz

Herr Kommerzienrat Friedrich Soennecken in Bonn widmet eine ganze Seite der Nummer 27 der „Frankfurter Zeitung“ vom 28. Januar der Frage: In welcher Schriftart findet die hohe Kultur Deutschlands in ihrer Klarheit und Wahrheit den würdigsten Ausdruck? Gleichzeitig erschien in Beilage 4 der „Kölnischen Zeitung“ ein längerer Aufsatz desselben Verfassers: Ist Fraktur eine Nationalschrift? Beide Veröffentlichungen können nicht unwidersprochen bleiben und zwar auch von denjenigen nicht — ja gerade von denen nicht, welche aus anderen Gründen Anhänger der allgemeinen und ausschließlichen Einführung der Antiqua-Druckschrift in Deutschland sind. Denn der Verfasser geht in seinen Ausführungen von falschen Voraussetzungen aus und zieht eine Reihe von Fehlschlüssen. Auch scheint mir die Einstellung, die er der Frage gegenüber einnimmt und von der aus er sie zu beantworten sucht, grundsätzlich verfehlt. Hiervon zuerst. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei zunächst die allgemeine grundsätzliche Bemerkung vorausgeschickt, daß selbstverständlich die Frage nach der vom deutschen Volke zu wählenden Schriftart eine nicht zu unterschätzende Kulturbedeutung hat. Auch der psychologische Laie weiß, daß der Zusammenhang zwischen den Gedanken und den Laut- und Schriftworten, in denen die Gedanken sprachlich formuliert und zum Ausdruck gebracht werden, ein mehr als äußerlicher und zufälliger ist und der Sprachpsychologe vermag durch Aufweis der psychologischen Beziehungen zwischen Sprechen (Schreiben) und Denken den organischen Zusammenhang beider Betätigungen nachzuweisen. Eben weil dieser Zusammenhang ein organischer ist, und weil alles Organische wächst und sich entwickelt, kann meines Erachtens eine historische Untersuchung, die sich selbst richtig versteht, nur darauf ausgehen, zu zeigen, welche Schriftart heute zur „deutschen Schrift“ geworden ist, und darf nicht dabei stehen bleiben, die geschichtlichen Gründe nachzuweisen, die beweisen, daß eine bestimmte Schriftart einst die „deutsche Schrift“ gewesen ist. Soennecken aber klebt an der Vergangenheit. Er hat durch seine gründlichen Quellenstudien nachgewiesen, daß nicht die Fraktur, sondern die Antiqua die ursprüngliche „deutsche Druckschrift“ war. Aber er begeht selbst gerade den Fehler, den er bei seinen Gegnern bekämpft, wenn er dieses Ergebnis der geschichtlichen Untersuchung für die Entscheidung der Frage nach der heute vom deutschen Volk zu wählenden Druckschriftart bestimmend sein läßt. Wir Deutsche wollen uns doch sonst

gerade dadurch auszeichnen, daß wir uns nicht durch die Vorurteile eines falsch verstandenen „Historismus" und „Nationalismus" davon abhalten lassen, das wirklich Gute und für uns Brauchbare, das uns Angemessene auch dann anzunehmen und für unsere Zwecke fruchtbar zu machen, wenn es aus fremden Ländern zu uns gekommen ist. Zugegeben also, daß die Antiquadruckschrift geschichtlich einen besseren Anspruch auf den Namen der ursprünglich „deutschen Druckschrift" hat, als die Fraktur, so würden wir doch heute die letztere annehmen und von ihr sagen, sie sei eben heute zur deutschen Schrift geworden, wenn jene erwähnte im Laufe der Geschichte sich vollziehende psychologische Entwicklung sie als das Endprodukt einer organischen Entfaltung erscheinen ließe. Wir würden sie in diesem Falle auch dann annehmen und ihr den Titel einer deutschen Schrift nicht versagen, wenn sie etwa schon früher bei den Engländern oder Franzosen eingeführt worden wäre und wir sie von diesen uns heute feindlichen Völkern übernommen hätten. Würden wir anders handeln oder urteilen, so würden wir uns eben jenes starren Dogmatismus, jenes „Autoritätsglaubens und Festhaltens an alten Gewohnheiten" schuldig machen, die Soennecken den Anhängern der Fraktur vorwirft. Die Frage aber, welche Druckschrift den heute bestehenden Forderungen des organischen Zusammenhangs zwischen Denken und Schreiben entspricht, kann nur vom psychologischen Standpunkte aus beurteilt werden. Andere außerpsychologische sogenannte „nationale" Gesichtspunkte hier hineinspielen zu lassen, wäre Chauvinismus. Was hier psychologisch gerechtfertigt ist, ist auch national gerechtfertigt. Dem psychologischen Gesichtspunkte aber wird Soennecken in keiner Weise gerecht. Dies beweist schon seine Bemerkung: „Die Deutlichkeit einer Schrift nach Augenrucken beim Lesen zu beurteilen, wie es Schlackwitz und andere versuchten, ist eine wertlose wissenschaftliche Spielerei." Für diese Behauptung bleibt uns der Verfasser den Beweis schuldig. Sie läßt sich auch nicht beweisen. Vielmehr haben neuere, namentlich von amerikanischen Psychologen angestellte Untersuchungen bewiesen, daß eine Berücksichtigung dieser „Augenrucke" für die ganze Frage von grundlegender, ja entscheidender Bedeutung ist. Ich erinnere nur an die eindringlichen Untersuchungen von Raymond Dodge z. B. „Eine experimentelle Studie der visuellen Fixation" (Zeitschr. für Psychol., Bd. 52, 1909) oder von W. F. Dearborn: „The Psychologie of Reading; an experimental study of the reading pauses and movements of the eye", der nach der sogenannten photographischen Registriermethode (durch Photographieren der Bewegungen eines von der Hornhaut des Auges beim Lesen reflektierten Lichtstrahles) bewiesen hat, daß eine richtige Beurteilung der psychologischen Aufgaben der Ruhepausen und „Augenrucke" beim Lesen keineswegs eine „wertlose wissenschaftliche Spielerei", sondern für die Psychologie des Lesens der verschiedenen Druckschriften von entscheidender Bedeutung ist. Es kann hier nur angedeutet werden, worin diese entscheidenden Gesichtspunkte bestehen. Früher (z. B. noch von Helmholtz) wurde angenommen,

daß es ein punktförmiges Gebiet deutlichsten Sehens in der Zentralgrube des gelben Fleckes der Netzhaut des Auges gebe und daß wir, bei dem Streben, deutlich zu sehen, ein Bild des zu beobachtenden Gegenstandes auf diesem Punkte entwürfen. Bei Gegenständen von auch nur einiger Ausdehnung, z. B. bei Druckbuchstaben, müßten wir dann deren Teile sukzessive den Punkt deutlichsten Sehens passieren lassen. Das Sehen, insbesondere das Erkennen der Schriftzeichen beim Lesen, würde also bei kontinuierlich bewegtem Auge und während dieser Augenbewegung erfolgen. Schon die „Psychologischen Untersuchungen über das Lesen auf experimenteller Grundlage" (Halle 1898) von B. Erdmann und R. Dodge haben die Unzulänglichkeit dieser Annahme erwiesen. Die Augenbewegung beim Lesen vollziehen sich nicht kontinuierlich, sondern ruckweise, und das Erkennen der Schriftzeichen, welches das Lesen erfordert, erfolgt nicht während dieser „Augenrucke" (die dazu keine Zeit lassen), sondern während der Ruhepausen. Diese sind also im eigentlichsten Sinne „Lesepausen" und die Augenrucke lediglich Interfixationsbewegungen. Es kommt also alles darauf an, das Gesichtsfeld des in der Lesepause ruhenden Auges, das sogenannte „Lesefeld" zu untersuchen. Erdmann hat solche Untersuchungen insbesondere mit Hilfe des Tachistoskops, welches diese Lesefelder isoliert, angestellt, und ich habe ähnliche Untersuchungen viele Jahre lang in Bonn und später in Bern fortgesetzt. Alle diese Versuche bestätigten das auch von andern Forschern übereinstimmend gefundene Ergebnis, daß das Erkennen der Schriftzeichen während der Lesepause (das „Lesen") sich nach der sogenannten optischen Gesamtform nicht einzelner Buchstaben, sondern desjenigen Buchstabenkomplexes vollzieht, der während der Lesepause das Lesefeld erfüllt. Es kommen insbesondere nicht etwa einzelne besonders hervorstechende Merkmale einzelner, sogenannter „dominierender" Buchstaben in Betracht, sondern einzig und allein die Gesamtform des Lesefeldes. Hieraus ersieht man, wie verkehrt es ist, wenn Soennecken schreibt: „Ein Vergleich der Bestandteile beider Schriften zeigt die Systemlosigkeit der Fraktur und die Gesetzmäßigkeit der Antiqua." Denn jene Bestandteile fügen sich in einer „schöpferischen Synthese" zur optischen Gesamtform des Lesefeldes zusammen, und die „Systematik" und „Gesetzmäßigkeit" einer Schrift — soweit mit diesen nicht eben eindeutigen und klaren Worten deren Geeignetheit für die Zwecke des Lesens, also ihre „Deutlichkeit" bezeichnet werden soll — nach jenen isolierten Bestandteilen zu beurteilen, wäre gleich dem Verfahren, die Eigenschaften einer chemischen Verbindung nach denen ihrer Elemente, z. B. die Eigenschaften des Wassers nach denen des Wasserstoffes und des Sauerstoffes beurteilen zu wollen. Aus dem gleichen Grunde kann es auch nur als eine unklare und zweideutige Redewendung angesehen werden, wenn gesagt wird, der Aufbau der Antiqua aus den geraden Strichen usw. sei „leicht erklärlich", während die Fraktur „wegen ihrer vielen verschiedenen Einzelteile unverstandene, an sich nichtssagende Liniengebilde" seien. Was gibt es denn

bei Schriftzeichen zu „erklären“ und zu „verstehen“? Alles, was wir durch sie erklärt erhalten und verstehen sollen, liegt in dem Worte: lesen. Und für dieses Lesen spielen die isolierten Buchstaben-Bestandteile für sich gar keine, die Gesamtform des Lesefeldes die entscheidende Rolle. Und mit bezug auf die letztere steht es durch zahllose praktische Versuche fest, daß die Fraktur der Antiqua hierin zweifellos überlegen ist. Man darf natürlich nicht — wie dies Soennecken tut — beim Vergleich für die Fraktur ganz unverständige und in der Praxis niemals vorkommende Lesebedingungen schaffen, indem man nur Majuskeln nimmt. „Die Großbuchstaben der Fraktur sind als Schrift allein nicht zu gebrauchen.“ Jawohl! Aber das ist ja auch gar nicht nötig! Man nehme einen Großbuchstaben nur als Anfangsbuchstaben — an welcher Stelle er das charakteristische Gesamtbild des Lesefeldes viel mehr heraushebt, als dies die Majuskel am Anfang eines Antiquawortes tut — und nehme im übrigen kleine Buchstaben. Man drucke also nicht — was ja auch kein Verständiger tut: SCHRIFTART sondern: Schriftart. Dann kann die optische Gesamtform unseres Wortes den Vergleich mit: SCHRIFTART wohl aushalten. Ja, mehr als das! Wir können nunmehr den Spieß umdrehen und Lesefelder aufweisen, bei denen die Antiqua im Vergleich zur Fraktur zweifellos den kürzeren zieht. Zentrumsturm = Zentrumsturm oder Zentrumsturm? Versendung = Versendung oder Versendung? Die Masse des Kreischens = die Maße oder Masse des Kreischens oder Kreischens?? Auch die Waldesseen und Grossstadt sind den Waldesseen und Großstadt entschieden unterlegen (nach G. Ruprecht, Göttingen). Man kann diesen Mängeln nur durch Einführung neuer Typen in die Antiqua, wie: ſ, ſs ß, also durch eine Anleihe bei der verhaßten und „unverständlichen“ Fraktur abhelfen.

Mit den Soenneckenschen Argumenten ist also die Fraktur nicht abzutun und die Wünschbarkeit der allgemeinen und ausschließlichen Einführung der Antiqua in Deutschland nicht zu beweisen. Dagegen will ich mich zum Schluß versöhnlich zeigen! Opportunitätsgründe mögen für eine Vereinheitlichung des Schriftsystems in der gesamten Kulturwelt sprechen. Bulgarien hat diesen Gründen nachgegeben, und Japan wird es in nächster Zeit tun. Ich kann mir denken, daß man auch in Deutschland diesen Gesichtspunkt als so bedeutsam ansehen mag, daß ihm gegenüber an sich berechtigte psychologische Bedenken zurücktreten müssen. Dann würde ich mich gegen die Einführung der Antiqua-Druckschrift auch in Deutschland nicht weiter sträuben. Aber mein Zugeständnis würde dann gewiß nicht deshalb erfolgen, weil ich mich durch die historischen und sogenannten nationalen Gründe Soenneckens habe überzeugen lassen, und auch gewiß nicht wegen der Nachteile der Fraktur, sondern trotz deren Vorzügen.

Neue Homerbücher

Von Professor Dr. W. Janell

as Goethe-Wort:

„Was Homer erschuf und Scipionen,
Kann nimmer im gelehrten Treibhaus wohnen"

erfüllt sich mehr und mehr in unserer Zeit: viele unserer Besten sind bestrebt, die griechische Antike zu lebendigem Wirken in unserem Volke zu bringen, es zu erreichen, daß sie nicht auf die mehr oder weniger pflichtgemäße Beschäftigung von seiten der Jugend in der Schule beschränkt bleibe, sondern das nationale Kulturleben kräftig beeinflusse. Das gilt in höchstem Maße von Homer.

Gewiß ist, daß Homer einen Bestandteil unserer Kultur bildet, der nicht wegzuleugnen und nicht wegzudenken ist, und zwar trotz der Mängel, die man etwa den Vermittlern Homers, der Schule oder der Übersetzung von Voß, vorwerfen mag. Wenn also Thassilo von Scheffer meint, durch jene sei den Deutschen von heut Homer derart ungenießbar gemacht worden, daß man die wenigen Männer, meist selbst Dichter und Künstler, herzählen könnte, die noch mit völliger Begeisterung sich in dieses wundervolle Meer von Poesie versenkten, so trifft das in der Allgemeinheit gewiß nicht zu, und mit vollem Recht sagt Waldmann: „Unsere Zeit verlangt nach der griechischen Antike. Man braucht sich nur das Schaffen unserer Dichter anzusehen und aufzumerken, wohin ihre Phantasie sie immer wieder führt, wie sie von den griechischen Dingen erfüllt sind, vom Mythus, von der Form, vom Menschentum". Gewiß sind es, wie Scheffer meinte, vor allem Dichter und Künstler, die jene Sehnsucht in sich fühlen, aber durch sie äußert sich doch auch des Volkes Empfinden, durch ihre Vermittlung vermag es Homer in sich aufzunehmen. An der Möglichkeit dazu fehlt es wahrlich nicht; denn die letzten Jahre brachten so viele tüchtige Würdigungen Homers.

Allen, die es drängt, den Dichter zu genießen und zu würdigen — sei es im Urtext, sei es in einer Übertragung — können die neuen Bücher Georg Finslers in vielem treffliche Führer sein. Finsler*), der im letzten Jahre verstorbene Rektor des städtischen Gymnasiums in Bern, war ein Philolog von tüchtigster Art, von kraftvoller, stahlharter Gelehrsamkeit; auf keine Autoritäten

*) Homer, Teil I: „Der Dichter und seine Welt". 2. Aufl. (Leipzig 1914, Teubner. 8° XVI u. 460 S. Geb. 5 Mark). Die homerische Dichtung („Aus Natur und Geisteswelt"). Leipzig 1915. 118 S.

eingeschworen, unmittelbar aus den Quellen schöpfend, sicher und unbeirrt urteilend, hat er das Beste über Homer geschrieben, eine feinsinnige Synthese in schlichter, ansprechender Darstellung. Was er in dem größeren Werke „Homer" gegeben hat, ist für das kleinere „Die homerische Dichtung" zum Teil wörtlich übernommen, zum Teil zusammengefaßt und bearbeitet oder auch erweitert und geändert worden.

Jenes behandelt zunächst in den „Vorfragen" das Geographische, die historischen Voraussetzungen, die epische Poesie und endlich die Überlieferung über Homer und die Aufzeichnung der Epen. In dem Abschnitt „Die homerische Welt" werden Natur und Leben, der homerische Mensch, Gesellschaft und Staat und Religion geschildert; der dritte würdigt die homerische Poesie, und der vierte behandelt die Homerkritik. In Aufbau und Einzelheiten gleich ausgezeichnet, wird diese neue Ausgabe dem Buche treue, begeisterte Freunde zuführen: einen besseren Führer durch Ilias und Odyssee vermag ich nicht zu nennen. In manchen Punkten, die die eigentliche homerische Frage berühren, wird man Finsler jedoch nicht recht geben können.

Wenn wir die wichtigsten Teile der homerischen Frage einmal so formulieren: War Homer und wer war er? Wann war er und welche Zeit schildert er? War der Dichter der Ilias und der der Odyssee eine und dieselbe Person? — so erklärt Finsler entschieden: Homer hat gelebt. Er ist ein Jonier aus Smyrna und hat um 700 die Ilias so komponiert, wie sie uns jetzt vorliegt (Seite 66). Zu demselben Ergebnis gelangt in seinem neuesten Werk U. v. Wilamowitz*): ... „Kein Zweifel darf aufkommen, daß die Schöpfung der Ilias nicht aus dem Nichts, sondern aus dem vorhandenen Materiale erfolgte, aber doch eine Schöpfung, eine einmalige Tat, ihr Dichter eine Person, ein Mensch von eignem Können und Wollen war", und dieser Dichter muß, gibt auch Wilamowitz schließlich, wenn auch sehr gewunden, zu, beinahe notwendig Homer gewesen sein (vergl. S. 374). — Das gleiche Resultat ergibt sich für Finsler**) noch auf einem anderen Wege, in dem Werke, das eine Geschichte Homers von Dante bis Goethe, in Italien, Frankreich, England, Deutschland bringt und in ein starkes Bekenntnis zu der poetischen Persönlichkeit Homers ausklingt: „Mir ist", so sagt er, „bei meiner Wanderung durch die Jahrhunderte klar geworden, daß sich so viele geistvolle Menschen unmöglich im Irrtum befunden haben können, wenn sie sich um die Erfassung des Charakterbildes Homers bemühten ..... Es darf der Irrtum nicht bleiben, als ob die Ilias etwas qualitativ anderes wäre als irgendeine große poetische Schöpfung der Welt. Wir müssen anerkennen, daß, so viele Vorgänger und Vorlagen Homer auch gehabt haben möge, in erster Linie die Frage gestellt werden muß, was er aus dem übernommenen Gute gemacht habe, inwiefern in der Gesamtheit der Epen der Stempel seines Genies zu spüren sei."

*) „Die Ilias und Homer". Berlin 1916, Weidmannsche Buchhandlung (VI u. 523 S.).
**) „Homer in der Neuzeit". Leipzig 1912, Teubner (VIII u. 530 S.).

Diese Ansicht von einer Dichterpersönlichkeit Homers ist jetzt die ziemlich allgemein herrschende; auch in der zeitlichen Festsetzung des Dichters gibt Finsler die meist herrschende Anschauung wieder. Ebenso ist es mit der Meinung über den Gegenstand der Schilderungen Homers: er stellt nicht die Kultur seiner Zeit dar, sondern die Heldenzeit, die kretisch-mykenische, und archaisiert mit Absicht. „Die epische Poesie", sagt Finsler, „will eine alte Zeit darstellen und schließt die Gegenwart aus, in bewußtem Streben nach Altertümlichkeit"; ähnlich äußert sich Wilamowitz.

Aber Finsler selber muß zugeben, daß diese Absicht des Dichters, wenn sie wirklich bestand, durchaus nicht konsequent durchgeführt worden ist: „Die Zeichnung von dem Leben seiner Heroen atmet so sehr den frischen Hauch unmittelbarster Wirklichkeit, daß es schwer ist, an eine systematisch durchgeführte poetische Fiktion zu glauben ..... Was Homer so getreu schildert, hat er gesehen. Weder ein ängstliches Archaisieren noch ein historisch falsches Idealgemälde vermöchte die Lebenswahrheit seiner Poesie hervorzuzaubern". Und in der Tat läßt sich an zahlreichen Belegen zeigen, daß von einer Durchführung jenes behaupteten Archaisierens keine Rede sein kann: wenn z. B., wie Finsler annimmt, bei Homer die Eisenzeit herrschte, aber die Überlieferung für die alte Zeit nur Bronze kannte, so durfte er das Eisen gar nicht erwähnen, was aber doch mehrfach geschieht. Wenn Finsler ferner meint, im Weltbilde Homers fehle die Großstadt, die es doch zu seiner Zeit gegeben habe, so wird hierbei etwas als erwiesen angenommen, was erst bewiesen werden muß. Für die Nichtverwendung der Reiterei durch den Dichter hat Finsler selbst schon seine frühere Anschauung, daß dies geschehe, weil Homer sie nicht für altertümlich genug gehalten habe, aufgegeben und sagt, es sei sehr wahrscheinlich, daß die Heere der Jonier überhaupt keine Reiterei hatten. Unter diesen Umständen ist es eigentlich natürlicher, anzunehmen, daß Homer alte und „moderne" Kultur in seinem Werk vereinigt, nicht, weil „lange andauernde poetische Behandlung die altertümliche Färbung festgehalten hatte", sondern weil er an der Scheide zweier Kulturen steht, die er unbefangen beide verwertet, weil er beide aus eigener Anschauung kennt; dabei kann zugegeben werden, daß er sich dann und wann gewisser Gegensätze bewußt ist. Freilich wird die zünftige Homerphilologie sich zu dieser Meinung nie bekehren, weil Homer dann zu hoch hinaufgerückt werden muß, und das soll wieder nicht gehen wegen der wesentlichen Unterschiede der homerischen Kultur von der kretisch-mykenischen. Diese werden aber vielfach erst gewonnen aus der Heranziehung von Dingen, die Homer nicht nennt, ohne daß wir wissen, ob er sie nicht doch kennt: „Hatte man nicht", sagt Wilamowitz, „das ‚Löwentor' und das ‚Schatzhaus des Atreus' immer gekannt und gewußt, daß Homer von Skulptur und von Kuppelgräbern nichts weiß? Von der ganzen Malerei weiß er nichts, die uns nun vertraut ist .... Der Blumenflor und die spielenden Fische der kretischen Vasen sind ihm fremd ... Der Palast des Odysseus zeigt einen Saal und einen Vorraum,

und im Oberstock sind die Zimmer der Frau und die Rumpelkammer: wenn das zu Tiryus passen soll, paßt es schlechter zu dem Häuschen in der ersten Rede des Lysias (um 400 v. Chr.)? Der Schild des Aias ist erst durch die Darstellungen aus der alten Zeit verständlich geworden, aber diesen Schild hat noch Tyrtaios (680 v. Chr.) gekannt . . . ."

Ist dies alles wirklich zwingend? Und außerdem erklärt Wilamowitz selbst, aus der Nichterwähnung von Dingen, die nicht in den Kreis des höfischen Epos gehörten, sei der Schluß keineswegs zulässig, der Dichter hätte sie noch gar nicht gekannt. Die Methode dieser Homerkritik läßt sich demnach auf diese zwei Formeln bringen: erstens, der Dichter gehört einer späten Zeit an, weil er etwas nicht kennt, was er nennen müßte; zweitens, er archaisiert absichtlich, weil er etwas nicht nennt, was er kennen müßte.

Die Verfasserschaft Homers für die Odyssee hält Finsler für unmöglich: „Wenn er die Ilias um 700 v. Chr. geschrieben hat, so kann er nicht der Dichter der Odyssee sein, ... die erst gegen 600 v. Chr. abgeschlossen worden ist"; Wilamowitz ist das so selbstverständlich, daß er von der Jugend der Odyssee nur ganz beiläufig als von etwas Selbstverständlichem spricht. Das gilt, sagen wir einmal, harmlosen Leuten wie dem jüngsten Lobredner Wilamowitzens als Evangelium: „Daß sein kürzlich erschienenes Werk nur der Ilias gilt, ist für jeden, auf diesem Gebiete auch nur einigermaßen Unterrichteten selbstverständlich, da die Odyssee bekanntlich (!) ein weit jüngeres und nur eben auf den Namen Homer überschriebenes Gedicht ist!!" Von Drerup, der schließlich auf diesem Gebiet auch nicht unbewandert ist, weiß dieser Kritiker offenbar nichts: Drerup hält noch immer daran fest, daß Homer beide Werke geschaffen hat und daß die Odyssee als das reifere Werk später entstanden ist als die Ilias. Und hören wir dazu noch das Urteil eines unbefangenen Laien wie Bartning (Vortrupp 1913, S. 668): „Trotz allen Unterschieden zwischen beiden Epen wird das Trennende für mein Gefühl durch das Gemeinsame weit überwogen. Dies Gemeinsame aber konzentriert sich . . . in der aus den Werken zu erschließenden Persönlichkeit des Dichters . . . . . Auch die Odyssee ist und bleibt ein ungeheures, nie genug zu bewunderndes Werk; wenn nicht Homer, wer ist dann der Riese, der so bald nach ihm solches schaffen konnte und für den wir nicht einmal einen Namen haben? . . . . . Zugegeben, daß beklagenswert viel an dem Epos herumgeschnitzelt und herumgestückelt worden ist; auch so noch vermeinen wir hinter ihm denselben Mann wie hinter der Ilias zu erkennen: einen treuen, unermüdlichen Beobachter der Natur, einen Kenner und barmherzigen Freund der Tiere, einen Gesinnungsaristokraten und Pöbelverächter, der trotzdem von mitleidiger Liebe zu allem, was Menschenantlitz trägt, erfüllt ist, einen Mann, dessen Grundstimmung bei aller Heiterkeit im Einzelnen und aller Lebenstapferkeit doch eine durchaus dunkle, ja melancholische ist, wie sie allen Genies nachgesagt wird."

Wie kann es wundernehmen, daß rebus sic stantibus das äußerste Mißtrauen sich regt gegenüber der Art, wie Wilamowitz die Schichten der

Ilias eine nach der andern, mit der jüngsten beginnend, abträgt, so die einzelnen Bestandteile des Gedichtes zu sondern und ihr Verhältnis zueinander klar zu stellen sucht, und gegenüber den Schlüssen, die er daraus zieht, wenn er immerhin auch „zwei große zusammenhängende Stücke" feststellt, ‚die aus den Büchern 1—7 und 11—15 bestehen!'

Auch Finslers Anschauung vom Werden der Ilias, deren früheste Gerüst aus dem 1., 11., 16. und 22. Buch bestanden haben soll, ist zu subjektiv, als daß sie irgendeinem anderen als ihm selbst auch nur wahrscheinlich sein könnte.

Umso freudiger aber spreche ich es aus, daß Finsler in diesen seinen letzten Werken für die poetische Erkenntnis und Würdigung des Dichters das Beste geleistet hat, und empfehle sie um so lieber allen denen, die Beruf oder Neigung treibt, Homer an der Hand dieses Meisters kennen zu lernen. Dasselbe gilt von dem dritten, auch bereits genannten Werke: „Homer in der Neuzeit", das, aufgebaut auf sorgfältigster Prüfung und Sichtung der Quellen, die wichtigsten Stimmen der Weltliteratur von Dante bis Goethe über den ältesten und größten Dichter der Weltliteratur überhaupt vernehmen läßt.

Dagegen kann ich vor dem Buche von Wilamowitz nur warnen: so erfreulich es ist, daß auch er, wie wir sahen, zu dem Glauben an Homer als den Dichter der Ilias durchgedrungen ist, so unerfreulich ist dies Buch für alle, die mehr wollen als unfruchtbare Annahmen und unsichere Schlüsse, nämlich einen sicheren Führer ins Reich der hohen Dichtung, eine so herbe Enttäuschung für jeden, der köstliche Nahrung sucht und nun Steine statt Brot erhält. Und wenn Wilamowitz recht hat mit den Worten: „Auch in der Wissenschaft kommt es nur auf die Wahrheit an, die ermittelt wird: sie setzt sich einmal durch, sie bleibt. Aber wer sie ans Licht gezogen hat, der wird über kurz oder lang gleichgültig," so steht mir jedenfalls fest, daß die von ihm hier ermittelte „Wahrheit" sich nicht durchsetzen, daß sie nicht bleiben wird.

*

Gern weichen wir aus diesem Lande grauer Theorien, „quod latus mundi nebulae malusque Juppiter urguet", wie Horaz singt, und folgen einer freundlichen Führerin ins Reich der griechischen Welt, die durch ihren Zauberstab vor uns liegt ‚wie ein helles Bild der Wirklichkeit, schimmernd im Glanze der Farben, der Meere, der Felsen, der Tempel, der Felder'.

Wer aus Homer ein lebendiges Bild seiner Zeit zu gewinnen sucht, der wird gern zu einem Werke greifen, das Griechenland uns nahe bringt, Land und Leute mit den Mitteln unserer Zeit schildert, „das Land unserer Sehnsucht und unserer Erinnerungen, das Land Homers, des Achilles, des Äschylos, des Platon und Sokrates, des Perikles". Neben Josefs und Julias von Ponten wundervollen „griechischen Landschaften" ist solch ein Buch das von Isolde

Kurz*). Eines Dichters Tochter, selber Dichterin, ist sie ausgezeichnet durch tiefes, poetisches Erfassen der Antike, vor allem Homers. „Es war eines der ganz großen Feste meines Lebens, als ich die Ilias ohne Übersetzung las; da war es mitunter bei einem Vers oder auch einem einzelnen Wort, als ob plötzlich ein Schleier zerrisse und daraus die Welt in einem unerhörten Glanze hervorträte, der mir einen Jubelschrei entriß", bekennt sie aus ihrer Jugendzeit, und den Besuch in der Argolis schließt sie mit der Nennung des Palamedes und den Worten: „So wären wir wieder in der homerischen Welt angelangt, in deren Namen wir ausgezogen sind und zu der alle Wege zurückführen. Mit dem leisen Anrauschen der Wellen umgeben mich ihre Bilder, bis der Schlaf mich einhüllt".

Voll tiefer Empfindung und von scharfem Blicke gezeichnet sind die Schilderungen dieser herrlichen „Wandertage", mögen sie uns führen nach der Akropolis, Eleusis, Delphi, Olympia, in den arkadischen Frühling oder wieder nach Athen — kraftvoll und innig die Zueignung an die „versprengte Griechin", ihre mütterliche Freundin:

„Auf einen Hügel, Heilige, leg' ich nun
Dies Buch von Hellas, dein ist jedes Wort
Und dir vertraut, du warst ja mit dabei!
— — — — — — — — — —
Die schönen Mären, die dem Kinde du
Erzählt, sind alle, alle wahr! Ich sah
Den Isthmus, wo des jungen Theseus Hand
Den Räuber Sinnis zwang, ich sah die Stelle,
Wo rastend saß die mütterliche Göttin,
Ich sah den Weg, auf dem Antigone
Lebendig einging in des Hades Haus.
So heimatinnig sah das heilige Land
Mich an, weil jeder Schritt mich dein gemahnte."

*

Bücher wie die von Georg Finsler und Isolde Kurz tun uns not; was sie leitet, ist Liebe: denn „wenn ich mit Menschen- und mit Engelzungen redete und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tönend Erz oder eine klingende Schelle".

*) „Wandertage in Hellas". München 1913, Georg Müller (8° 248 S. u. 47 Bildbeigaben).

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6513.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

FOURTEEN DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

LIBRARY USE

NOV 29 1955

NOV 2 8 1955

26Jan'60WW

IN STACKS

JAN 12 1960

RECD LD

JUN 8

LD 21–100m-2,'55
(B139s22)476

General Library
University of California
Berkeley

YD 11455

467728

AP30
G7
W16:1

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY